Max von Forckenbeck

Martin Philippson

Ger 2400.3

Harvard College Library.

FROM THE

MARY OSGOOD LEGACY.

"To purchase such books as shall be most needed for the College Library, so as best to promote the objects of the College."

Received 26 April, 1899.

Männer der Zeit.

Lebensbilder hervorragender Persönlichkeiten
der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit.

Herausgegeben von
Dr. Gustav Diercks.

Sechster Band.

Max von Forckenbeck.

Druck von H. Klöppel, Gernrode (Harz).

Digitized by Google

Max von Forckenbeck.

Ein Lebensbild

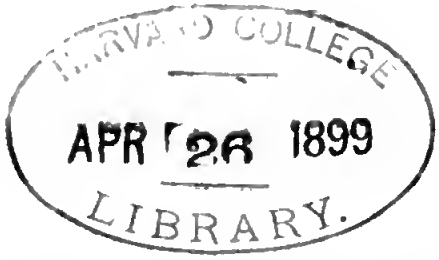
von

Martin Philippson.

Dresden und Leipzig.
Verlag von Carl Reißner.
1898.

Digitized by Google

Ger 2400.3
~~14547.45~~



Mary Ulsgood fund

Digitized by Google

A Forckenbeck

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

Vorbemerkung 1
I. Vorfahren 3
II. Jugend, Studium, erste politische Bethätigung . . . 13
III. Rechtsanwalt, Ehemann und Abgeordneter 20
IV. Mitglied der Fraktion Vincke 33
V. Uebersiedlung nach Elbing 45
VI. Begründung der deutschen Fortschrittspartei 49
VII. Das Ende der neuen Aera 71
VIII. Das Ministerium Bismarck 96
IX. Die Konfliktszeit 108
X. Die Verfassungskrise 125
XI. Die Versöhnung; Forckenbeck Präsident des Abgeordnetenhauses 143
XII. Mitarbeiter an dem Werke der Einigung Deutschlands 162
XIII. Im Norddeutschen Bunde 178
XIV. Verwirklichung des Einheitstraumes 209
XV. Oberbürgermeister von Breslau 234
XVI. Reichstagspräsident 245
XVII. Die Herrschaft des Liberalismus 256
XVIII. Häuslicher und politischer Kummer 271
XIX. Ministeraussichten und Zerwürfniß 287
XX. Oberbürgermeister von Berlin 306
XXI. Niederlegung des Reichstagspräsidiums 311
XXII. Die Sezession 324
XXIII. Die Fusion 342
XXIV. Forckenbeck und die Stadt Berlin 358
XXV. Forckenbecks letzte Lebensjahre 381

Vorbemerkung.

Hiermit übergebe ich den zahlreichen Freunden und Verehrern Max von Forckenbecks die Darstellung seines Lebens. Wie allgemein und herzlich noch heute, sechs Jahre nach seinem Tode, die Anhänglichkeit an sein Gedächtniß ist, beweisen die vielfachen mündlichen und schriftlichen Mittheilungen, die mir von allen Seiten für seine Biographie auf das Bereitwilligste gewährt wurden. Nur sie haben es mir ermöglicht, die Wirksamkeit des trefflichen Mannes nach allen Seiten zu schildern und zugleich neben dem Politiker und dem Oberbürgermeister der beiden größten preußischen Gemeinwesen auch den Menschen zur Anschauung zu bringen. Allen den freundlichen Helfern und zumal der eigenen Familie Max von Forckenbecks sei hiermit mein aufrichtiger Dank ausgesprochen.

Es wird sich hoffentlich zeigen, daß die Lebensbeschreibung Forckenbecks ein nicht unwichtiger Beitrag zur Geschichte unserer Zeit ist, zunächst der meist so einseitig dargestellten Periode des Verfassungsstreites in Preußen, dann der Jahre von 1866 bis 1875, der Begründung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches. Die Korrespondenz des Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses und des deutschen Reichstages wirft helles Licht auf viele bisher unbekannte Vorgänge jenes denkwürdigen Jahrzehnts.

Es war nicht immer leicht, mit dem, was der Forschung als geschichtliche Wahrheit erschien, die Rücksicht auf das Andenken erst kürzlich Verstorbener oder gar auf das berechtigte

Digitized by Google

Empfinden noch Lebender in Einklang zu bringen. Ich habe verſucht, mich möglichſt auf Forckenbecks eigenen Standpunkt zu ſtellen, das heißt, wie er ihn nach Jahren, wenn der Lärm des Augenblicks verklungen, eingenommen haben würde. Eine Lobſchrift aber habe ich nicht verfaßt, ſondern neben den großen Vorzügen des ſeltenen Mannes ſeine kleinen Schwächen und gelegentlichen Irrthümer erwähnt. Das war ich, abgeſehen von der eigenen Pflicht des Hiſtorikers, auch dem Andenken Forckenbecks ſchuldig, bei dem Grundſtein und Eckpfeiler des ganzen Weſens, Denkens und Handelns die Wahrhaftigkeit war.

Berlin, 1. Mai 1898.

M. Philippſon.

I.

Vorfahren.

Auf der rothen Erde des Münſterlandes ſitzen ſeit einem Jahrtauſend bäuerliche Geſchlechter auf ererbtem, freiem Grunde, an Alter und Feſtigkeit des Beſitzes angeſehenen Adelsfamilien vergleichbar. Der erſtgeborene Sohn übernimmt den Hof von dem Vater, die jüngeren Kinder, mehr oder minder mit fahrender Habe ausgeſtattet, müſſen anderswo ihr Auskommen ſuchen. Mehrere Höfe ſtanden früher unter einem Schulzenhofe, deſſen Inhaber den Vorſitz in der Verſammlung und dem Gerichte der freien Bauern führte.

Solch ein Schulzenhof iſt der der Forckenbeck, im weſtlichen Theile des Kreiſes Lüdinghauſen, 428 Morgen groß. Schon im zehnten Jahrhundert werden urkundlich die freien Männer Hruodbracht und Athalward zu Forckenbeck erwähnt, die dem Kloſter Werden zu gewiſſen Zinſen verpflichtet waren. Immer wieder durch den Lauf der mittelalterlichen Zeiten taucht das Schulzengeſchlecht der Forckenbeck in den Heberollen und Güterverzeichniſſen des Stiftes Werden auf — und noch heute bebaut es die gleiche Scholle.

Ein jüngerer Zweig dieſes uralten Bauerngeſchlechtes, des Grundbeſitzes entbehrend, ſah ſich nach bürgerlichem Erwerb um, und ſo finden wir am Ende des ſiebzehnten Jahrhunderts einen Bernhard Forckenbeck in dem münſterſchen Städtchen Drenſteinfurt. Sein Sohn Johann Matthias nahm ſchon eine hervorragende Stellung in der Hauptſtadt

des Bisthums ein: er war Doktor der Heilkunst und der Weltweisheit sowie Hofmedikus zu Münster. Aus seiner 1729 geschlossenen Ehe mit Maria Anna aus der angesehenen Münsterschen Familie Schaepman entsproßte der freilich erst zwanzig Jahre nach der Vermählung geborene Maximilian. Er verfolgte nicht die gleiche Laufbahn, die seinem Vater Ansehen und Besitz gebracht hatte, sondern studirte in Göttingen Rechtswissenschaft, trat dann, wie um die gleiche Zeit der junge Goethe, bei dem Reichskammergericht zu Wetzlar als „Subdelegations-Sekretär" ein und fand hierauf in der Verwaltung des vaterländischen Bisthums seine Stellung.

Das Hochstift Münster, ein unabhängiger Stand des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, war damals durch Personalunion mit dem Erzbisthum Köln verbunden, unter den Kurfürsten Maximilian Friedrich und Maximilian Franz. Während diese großen Herren in ihrer kurkölnischen Hauptstadt Bonn residirten, überließen sie die Regierung Münsters dem Domherrn Freiherrn von Fürstenberg, einem einsichtigen, vorurtheilsfreien Geistlichen, der mit dem ganzen Eifer und wohlmeinenden Streben der Aufklärungsperiode an die Umgestaltung und zeitgemäße Reformirung des etwas zurückgebliebenen und verdumpften Münsterlandes ging. Dabei zeigte sich nun Maximilian Forckenbeck als sein kundigster und thatkräftigster Helfer. Jeder Zweig der Staatsverwaltung erfuhr Fürstenbergs und Forckenbecks bessernde Hand. Rechtspflege und Steuerwesen wurden vereinfacht und im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit geordnet. Festungswerke und Citadelle, deren veraltete Wälle doch die Hauptstadt nicht mehr wirksam schützen konnten, fielen unter Hacke und Schaufel und machten anmuthigen Anlagen und einem prächtigen Schlosse Platz. Dagegen ward das Militär nach dem damals allein selig machenden Muster des preußischen Heeres umgewandelt. Vor allem aber galt der beiden wackeren Männer Fürsorge der Geisteskultur. Allerorten wurden Volksschulen, die bis dahin noch fast ganz gefehlt hatten, errichtet. Das Gymnasium in Münster konnte neugestaltet werden, nachdem

1773 der Jesuitenorden, dem es bis dahin angehört, von Papst Clemens XIV. aufgehoben war: nunmehr fand neben den alten Sprachen und der Philosophie auch die Mathematik als Unterrichtsgegenstand ihre Stelle. Endlich gründete man 1773 die noch jetzt blühende Akademie zu Münster, damals — bis 1818 — eine Universität mit allen vier Fakultäten. Zum Lohn für seine erfolgreichen Bemühungen erhielt Maximilian Forckenbeck im Jahre 1800 den Rang eines Wirklichen Geheimen Rathes. Auch in diplomatischen Geschäften hatte er Verwendung gefunden: 1789—1792 war er zu den end- und ergebnißlosen Verhandlungen des Aachener Kongresses entsendet, die zum Ausgleich der Streitigkeiten zwischen dem Fürstbischof und den Bürgern von Lüttich bestimmt waren. Aus den reichlich bemessenen Tagegeldern als Kongreßmitglied hatte sich der praktisch-kluge Forckenbeck ein artiges Sümmchen gespart, von dem er sich dann in Münster ein stattliches Haus erbaute, das vom Volksmunde scherzweise der Aachener Hof getauft ward.

Während die deutschen Machthaber, geistliche und weltliche, so in friedlicher Weise allmählich fortschreitende Reformen betrieben, war in dem benachbarten Frankreich längst eine grundstürzende Umwälzung vor sich gegangen, und mit der unwiderstehlichen Macht der Naturgewalt theilte sich die Erschütterung den benachbarten deutschen Gebieten mit. Das gesammte linke Rheinufer, auch das Kurfürstenthum Köln, war von den Heeren der fränkischen Republik besetzt worden, Kurfürst Maximilian Franz nach seinem Herzogthum Westfalen geflüchtet. Der Friede von Lüneville, am 9. Februar 1801 abgeschlossen, trat das linke Rheinufer endiltig an Frankreich ab; die dadurch geschädigten weltlichen Herrscher sollten in Gebieten der geistlichen Fürstenthümer des rechtsrheinischen Deutschland abgefunden werden. So verschwanden diese, zum Heile unseres Vaterlandes, von der Landkarte. Das Bisthum Münster erlitt dabei das traurige Schicksal, durch den Reichs-Deputations-Rezeß von 1802 getheilt zu werden, und zwar unter fünf kleine Dynasten und Preußen, das allerdings den größern und werthvollern Theil erhielt. Mit

Ingrimm erduldeten die Münsterländer die Zerreißung ihres „Vaterlandes"; besonders widerwärtig aber war die Gestaltung der Dinge den mit Preußen Vereinten. Sie fürchteten von dem protestantischen Herrscher Benachtheiligung ihrer Religion, sie haßten strenge Zucht und schwere Steuern, wie solche in Preußen gebräuchlich waren. Die Geistlichkeit sah mit Schrecken ihre Herrschaft endigen, Adel und höhere Beamtenschaft die Hoffnung auf müheloſe Versorgung ihrer Kinder in Pfründen und Aemtern dahinschwinden.

Zum Glück erhielt der preußische Antheil der bisherigen westfälischen Bisthümer in dem berühmten Freiherrn von Stein einen trefflichen Verwalter. So gewaltig und schroff auch sein Wesen war, er sah ein, daß hier der Uebergang von den alten zu den neuen Zuständen sich in möglichst milden Formen vollziehen müsse. Deshalb nahm er aus der einheimischen bischöflichen Verwaltung die besten Beamten in die preußische Organisations-Kommission hinüber: mit dem adligen Geheimrath Grafen Merveldt die bürgerlichen Geheimräthe Druffel und Forckenbeck, letztere — wie er selber an den Minister von Schulenburg schreibt — „zwei sehr gründlich erfahrene und einsichtige Männer, deren Beihilfe und Mitwirkung gar nicht entbehrt werden könne." Forckenbeck und Druffel zeigten bei ihren schwierigen Geschäften übrigens ebenso große Uneigennützigkeit wie Brauchbarkeit. Nach Beendigung der Auseinandersetzung mit den kleinen Dynasten boten diese den beiden Beamten ein Geschenk von je tausend Karolus (18700 Mark) — sie wiesen es zurück. Zum Lohn dafür wurden beide am 20. Februar 1804 mit dem Reichsadel geehrt; aber ihre Erhebung in den preußischen Adelsstand konnte Stein nur mit Einsetzung seines ganzen Einflusses bei dem vorsichtigen Könige Friedrich Wilhelm III. erreichen. Um so ehrenvoller war für Maximilian Forckenbeck, der nunmehr den Titel eines Geheimen Kriegs- und Domänenrathes führte, das preußische Adelspatent, das, vom 23. März 1804 datirt, ihm erst am 8. November desselben Jahres mitgetheilt wurde.

Zwei Jahre darauf zogen, nach der unheilvollen Schlacht

bei Jena, die Franzoſen unter dem Jubel der preußenfeindlichen Bevölkerung in Münſter ein. Stadt und Land wurden zuerſt zu dem Großherzogthum Berg, unter Joachim Murat, dann 1810 zu Frankreich ſelbſt geſchlagen. Maximilian von Forckenbeck hielt es im Intereſſe ſeiner Heimath für das Beſte, dieſer auch unter den neuen Verhältniſſen ſeine Dienſte zu widmen, zunächſt als Mitglied der bergiſchen Regierung, dann als franzöſiſcher Präfekturrath. Es war ein ſchweres Opfer, das er hier brachte: nicht nur, weil er im Grunde eine untergeordnete Stellung annahm, ſondern weil er durchaus deutſch und preußiſch geſinnt blieb. Er und Geheimrath Sethe behielten thatſächlich ihre preußiſche Uniform bei und trugen ſie ungeſcheut ſelbſt im bergiſchen Staatsrath in Düſſeldorf zur Schau. Forckenbecks patriotiſches Empfinden war auch allgemein bekannt und brachte ihm von Seiten der franzöſiſchen Offiziere und des mit den Fremden buhlenden münſterſchen Adels wiederholt ſchnöde Behandlung ein.

Mit heller Freude begrüßte der wackere Geheimrath die Befreiungskriege und, im Jahre 1814, die Wiedervereinigung mit Preußen. Er wurde Mitglied der Regierung in Münſter, wo er eifrig für die Durchführung der Stein-Hardenbergſchen Geſetzgebung thätig war, ſo zu den Beſtrebungen ſeiner jüngeren Jahre zurückkehrend. Am 19. Juni 1820 iſt er geſtorben [1]).

Aus ſeiner zweiten Ehe, mit Anna Maria, Tochter des Advokaten Dr. jur. Jürgen Schweling und deſſen Ehefrau, geborenen zur Mühlen, war ihm im Dezember 1796 ein Sohn, Franz, geboren; er blieb ihr einziges Kind.

Franz von Forckenbeck war zunächſt zu einer gleichen Beamtenlaufbahn, wie ſein Vater, beſtimmt. So bezog er, erſt 16 Jahre alt, im Sommerſemeſter 1813 die Akademie

---

[1]) Ueber Maximilian von Forckenbeck, den Großvater: Ms. Mittheilungen der Familie; H. Pertz, das Leben des Freiherrn von Stein, I² (Berlin 1850), S. 229 ff.; G. Freytag, Bilder aus der deutſchen Vergangenheit, V, 386; Braun-Wiesbaden, Die von Forckenbeck (Unſere Zeit) 1882, II 252 ff.; Acta der Stadtverordneten-Verſammlung zu Berlin, betreffend den Oberbürgermeiſter von Forckenbeck.

zu Münſter. Allein der patriotiſche Sinn, den der Jüngling vom Vater ererbt hatte, trieb ihn von der Hochſchule fort, in die Reihen der freiwilligen Jäger: als ſolcher hat er während des Winters 1813—14 den Befreiungskrieg mitgekämpft. Auch nach dem erſten Pariſer Frieden blieb er zunächſt im Heere; ſein Vater wünſchte, daß er endgiltig die militäriſche Laufbahn einſchlage, „da Domkapitel, niedere Kapitel und alle reichen Klöſter und Pfründen, in welchen ſo viele Söhne der Kavaliere und von unſerem Stande ein gemächliches Leben fanden, aufgehoben ſind.“ Franz wurde Lieutenant im 4. Weſtfäliſchen Landwehr-Infanterie-Regiment zu Weſel. Mit deſſen Füſilierbataillon nahm er an dem kurzen Feldzuge von 1815, nach Napoleons Rückkehr von St. Helena, Antheil. Er focht muthig in den gewaltigen Schlachten bei Ligny und Waterloo, rückte nach furchtbar anſtrengenden forcirten Märſchen und nach neuen blutigen Kämpfen in Paris ein und ward nach dem zweiten Pariſer Frieden im Departement der Eure einquartiert. Allein dem Freiheit und Unabhängigkeit liebenden Jünglinge ſagte das Soldatenleben nur ſo lange zu, wie für des Vaterlandes Selbſtändigkeit und Größe zu ſtreiten war: im Sommer 1816 nahm er ſeinen Abſchied und kehrte zu den Studien zurück, die er drei Jahre vorher mit dem Waffenhandwerk vertauſcht hatte. Um ſich der Rechtswiſſenſchaft zu widmen, reiſte er nach Göttingen; im Poſtwagen traf er mit dem um einige Jahre jüngeren, ſpäter als juriſtiſcher Schriftſteller und Romanverfaſſer bekannt gewordenen Temme zuſammen, mit dem er eine dauernde Freundſchaft einging. Er trat als heiterer, lebensfroher Muſenſohn der Verbindung der Weſtfalen bei und nahm an dem ſtudentiſchen Leben kräftigen Antheil. Er genoß das Vertrauen aller ſeiner Kommilitonen, die ihn, als nach Studententumulten im Jahre 1818 die Stadt mit Soldaten beſetzt wurde, zugleich mit von Wickede als Abgeordneten nach Hannover ſandten, um die Zurückziehung des Militärs zu erwirken. Trotz aller dieſer Zerſtreuungen und Ablenkungen lag er mit eifrigem Fleiß ſeinen Studien ob, ſo daß er dieſe ſchon nach zweijähriger Dauer — die Kriegs-

zeit wurde dem gesetzlichen Triennium hinzugezählt — mit besten Zeugnissen verlassen konnte. Darauf ließ er sich in Münster nieder, wo er bald nach dem Tode seines Vaters, noch 1820, eine Verwandte heirathete, Brigitte Hosius, deren Mutter, wie seine eigene, eine geborene Schweling war. Sie schenkte ihm zwei Kinder, Maximilian — den künftigen Präsidenten des Reichstags und Oberbürgermeister — und Julie. Dann ist sie, die fast vier Jahre älter war, als ihr Gatte, am 20. Juli 1827 zu Paderborn gestorben, wo Franz von Forckenbeck als Richter beamtet war. Diesen traurigen Eindrücken wurde er zum Glück bald entzogen, da er eben damals als Rath an die Appellationsgerichte von Hamm und dann von Münster befördert ward. In dieser seiner Vaterstadt hat er sich schon im folgenden Jahre wieder mit einer Verwandten, seiner Nichte Trinette (Katharine) von und zur Mühlen, vermählt, die ihn 1831 mit einer Tochter — Sophie — beschenkte.

Die richterliche Beschäftigung und die Familienfreuden und -leiden nahmen nicht ausschließlich den regen Geist Franz von Forckenbecks in Anspruch, der vielmehr auch den öffentlichen Angelegenheiten lebhaftes Interesse widmete. Es war die Zeit, wo die Pariser Julirevolution und die durch sie veranlaßten Aufstände in Belgien, Italien und Polen auch in Deutschland eine lebhafte Bewegung hervorriefen, wo Herzog Karl von Braunschweig vertrieben ward, dann das Hambacher Fest die Unzufriedenen Süddeutschlands vereinte, der unbesonnene Putsch der Frankfurter Konstablerwache die öffentliche Meinung erregte. An so gewaltsamen Unternehmungen betheiligte sich der Münsterer Appellations-Gerichtsrath nicht, wohl aber 1832 an einer Petition, in der der westfälische Provinziallandtag allerhöchsten Ortes vorstellig wurde, die von Friedrich Wilhelm III. während des Befreiungskrieges wiederholt und feierlich versprochene Errichtung allgemeiner preußischer Reichsstände endlich zu verwirklichen. Forckenbeck hatte hiermit nur den Auftrag seiner Münsterer Wähler erfüllt; dennoch erschien der mißtrauischen preußischen Regierung ein solcher Schritt eines richterlichen

Beamten geradezu als Rebellion. Die Polizei setzte gegen ihn die schändlichsten Verläumdungen in Umlauf; und obwohl der Oberlandesgerichtspräsident in Münster, sowie der Oberpräsident von Westfalen diese Ausstreuungen durchaus Lügen straften und dem Beschuldigten die glänzendsten Zeugnisse gaben, obwohl der Polizeiminister selber erklärte, irgend einen Beweis nicht führen zu können, beschloß das Staatsministerium Forckenbeck zu bestrafen und zugleich seinen Einfluß auf seine Vaterstadt zu zerstören [1]). Deshalb versetzte es ihn im Frühjahr 1833 ganz plötzlich ohne Gehaltsaufbesserung noch Umzugsgelder an den Appellhof in Breslau. Forckenbeck erkannte wohl, daß man ihn damit zu strafen beabsichtigte, überdies empfand er, dessen Vorfahren seit einem Jahrtausend auf westfälischem Boden ansässig gewesen, die Trennung von der Heimathserde sehr schwer. Er ging nach Berlin, um Einwendungen zu erheben. Aber als er hier nur Abweisung fand, fügte er sich auf den dringenden Rath seiner Freunde und begab sich sofort nach Breslau. Der berühmte und hochverehrte Oberpräsident Westfalens, Freiherr von Vincke, sandte dem charaktervollen freidenkenden Manne ein höchst rühmliches Abschiedsschreiben, in dem er zumal seiner Verdienste um die Schulen und Wohlthätigkeitsanstalten Münsters rühmend gedachte. Freilich hoffte Forckenbeck, bald wieder nach Münster zurückzukehren — er ließ deshalb seine Familie zunächst in der alten Bischofsstadt.

Einstweilen wirkte er in Breslau mit derselben Pflichttreue und Einsicht, die er bereits zu Münster in so hohem Grade bewährt hatte. Die Herren in Berlin überzeugten sich, daß sie es nicht mit einem wilden Jakobiner, sondern mit einem hervorragend tüchtigen Beamten zu thun hatten. Schon ein Jahr nach seiner Ankunft in Breslau beriefen sie ihn zeitweilig als Hilfsarbeiter an das Obertribunal, damals den höchsten Gerichtshof der Monarchie. Andrerseits hatte sich Forckenbeck inzwischen mit seiner schlesischen Stellung ausge-

---

[1]) Dies alles nach den Ms. Akten, wie sie abschriftlich im Besitze der Forckenbeckschen Familie sich befinden.

Digitized by Google

söhnt, und als er nach Glogau zurückbeordert wurde, holte er seine Familie dorthin von Münster ab. Der Umzug fand, da es damals noch wenige Eisenbahnen gab, fast ganz zu Wagen statt. Von Berlin aus stellte ihm der Minister von Staatswegen besondere Gala-Fuhrwerke zu Gebote. So wurden die westfälischen Forckenbecks nach Schlesien verpflanzt.

Noch eine lange ehrenvolle Laufbahn schien dem erst Dreiundvierzigjährigen beschieden, als er 1840 zum Vicepräsidenten des Appellationsgerichtes (Oberlandesgerichts) zu Glogau ernannt wurde — der erste Katholik, der in Preußen je eine so hervorragende Stellung bekleidet hat. Aber als das stürmische Jahr 1848 anbrach, das dem zerrissenen Deutschland den ersten Einigungsversuch, Preußen die Verfassung bringen sollte, da erwachte in Franz von Forckenbeck von neuem die Freiheitsliebe, die er schon in dem Franzosenkriege und innerhalb des westfälischen Provinziallandtages bethätigt hatte. Stets war er ihr treu geblieben, wie seine Einzeichnungen in das 1838 herausgegebene schlesische Denkbuch der Freiwilligen aus den Befreiungskriegen deutlich erweisen. Nunmehr, da ein neuer Völkerfrühling anzubrechen schien, warf er das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit und seiner Stellung in die Wagschale zu Gunsten der gemäßigt aber entschieden liberalen Partei, die sich damals die demokratisch-konstitutionelle nannte. Im Anfang des Jahres 1849 wurde er in Breslau selbst zur ersten Kammer gewählt, nach deren Zusammentreten am 26. Februar er auf der Linken seinen Platz nahm. Eifrig beschäftigte er sich mit der dem Landtage aufgetragenen Revision der am 5. Dezember des vorhergehenden Jahres vom Könige oktroyirten Verfassung. Da traf ihn mitten in voller Arbeit, in der Sitzung der Kammer vom 8. April 1849, ein Schlaganfall, dem der erst Zweiundfünfzigjährige erlag. Er, der wackere Kämpe der Befreiungskriege, war auf dem Schlachtfelde gefallen, wo die konstitutionelle Freiheit des Volkes durch dessen Vertretung und den Monarchen entschieden werden sollte.

Der redliche, uneigennützige, stets zum Helfen bereite, an ein weites und behagliches Leben gewöhnte Mann starb

mittellos, ja, bei dem kläglichen Gehalte der damaligen preußischen Richter, von Schulden bedrückt. Seine Ernennung zum Chefpräsidenten des Glogauer Appellationsgerichtes soll dem Könige vorgelegen haben: sie konnte nicht mehr vollzogen werden. Seine Gemahlin begab sich mit der jüngsten — ihrer einzigen eigenen — Tochter Sophie, die damals achtzehn Jahre zählte, nach Münster, um dort einem ihr verwandten Wittwer, Herrn H., das Haus zu führen [1]).

Die Sorge für seine eigene Erhaltung, sowie die der Familie lag nun dem einzigen Sohne des Verewigten, dem — laut Kirchenbuch — am 23. Oktober 1821 geborenen Maximilian Maria von Forckenbeck ob: eine durch die Umstände noch wesentlich erschwerte Aufgabe, die eine ganze Manneskraft erforderte.

---

[1]) Ueber Franz von Forckenbeck: Ms. Mittheilungen der Familie sowie des Hrn. Geheimrath H. in Bonn; Braun-Wiesbaden, a. a. O. S. 372 ff.; Deutsches Reichsblatt, Okt. 1891 (nach Mittheilungen Max v. Forckenbecks); ***, Dr. Max v. Forckenbeck (Nord und Süd, Bd. 58 [1891]), S. 179 ff.; Acta der Stadtv.-Vers. zu Berlin, a. a. O.

Digitized by Google

II.

Jugend, Studium, erste politische Bethätigung.

Von früheren Geschlechtern her spinnen und verschlingen sich die Fäden, die das Gewebe unseres Charakters bilden. Die trotzige Kraft des westfälischen Bauernthums vererbte sich auf Max von Forckenbeck von des Vaters Seite; von der Mutter Vorfahren der kühne und freie Geist des alten deutschen Bürgerthums. Denn Brigitta Hosius' Vorfahre war der Münster'sche Bürgermeister Johannes Timmerscheidt gewesen, der unmittelbar nach den furchtbaren Drangsalen des Dreißigjährigen Krieges den Muth gehabt hatte, die Freiheiten seiner Stadt tapfer, wenn auch auf die Länge vergeblich, gegen den kriegerischen Bischof Bernhard von Galen zu vertheidigen. Die geistige Kultur und das eingehende politische Interesse verpflanzten Großvater und Vater auf den Sprößling, der einst der Familie hohes Ansehen und ruhmvollen Namen verleihen sollte.

Die friedlichen Jahre der Kindheit in dem Geburtshause in der Frauenstraße zu Münster wurden für Max zuerst durch die Uebersiedelung der Eltern nach Paderborn unterbrochen, dann, auf die traurigste Art, durch den Tod, der dem Fünfjährigen die Mutter entriß. Die verwaisten Geschwister kamen zunächst zu einer Tante nach Werne und blieben dort, bis der Vater seine zweite Ehe geschlossen und

Digitized by Google

ſich mit ſeiner jungen Frau in Münſter eingerichtet hatte. In Trinette zur Mühlen fanden Max und Julie eine neue zärtliche Mutter, die im Jahre 1833 den elfjährigen Stiefſohn aus einer lebensgefährlichen Krankheit wieder geſund zu pflegen verſtand. Max' Erziehung war keine ganz leichte. Das Bedächtige und Langſame in ſeinem Weſen, das ſpäter durch Pflichttreue, Ehrgeiz und bewußten Fleiß bekämpft und neutraliſirt wurde, trat in ſeiner Jugend in den Vordergrund; er mußte zur Arbeit genöthigt werden und liebte es, den Morgen im Bette zu verträumen. Trotzdem erleichterten ihm ſein klarer Geiſt und ſein verſtändiges, ſcharfes Urtheil die Schullaufbahn, er brachte häufig Prämien nach Hauſe und hat das Gymnaſium ſchon im achtzehnten Lebensjahre mit dem Zeugniß der Reife verlaſſen können. Die Ferien verlebten die Geſchwiſter meiſt auf dem Lande, bei Vettern und Baſen und zumal bei der Tante in Werne, wohin man die Reiſe gewöhnlich auf einem leeren Kohlenwagen zurücklegte. Max und Julie, beide zur Heiterkeit und Neckerei neigend, hatten übrigens große Freude an loſen Kinderſtreichen, und beſonders unter der Obhut der nachſichtigen Tante pflegten ſie das Städtchen durch ihre Anzettelungen in gelegentliche Aufregung zu verſetzen. Dabei war Max, in eigenthümlichem Gegenſatze zu ſeiner Langſamkeit und Beſonnenheit, von ſchnell aufflackernder Heftigkeit, die ihn thatſächlich ſein ganzes Leben hindurch nicht verlaſſen hat, ſo ſehr er ſie auch ſpäter zu bekämpfen ſuchte. Julie und die Stiefſchweſter Sophie hatten nicht ſelten unter dem Jähzorn des Bruders zu leiden, der bisweilen auch mit dem Stiefelknecht oder einer andern erreichbaren Gelegenheitswaffe auf ſie einſchlug; aber die tiefe Reue, die er nach ſolchen Ausbrüchen zeigte, und ſein offenes und liebevolles Weſen verſöhnten ihm raſch die Schweſtern, die mit innigſter Liebe an ihm hingen.

Der Vater bekämpfte die kleinen Fehler des Sohnes mit Strenge, aber ohne rechten Erfolg. Wie die Heftigkeit, ſo iſt auch die Neigung zum langen Schlafe Max von Forckenbeck für immer geblieben. Das vieljährige Entferntſein des Vaters, nach ſeiner plötzlichen Verſetzung nach Bres-

lau, gerade als Max ſich in den Entwickelungsjahren befand, legte die Sorge der Erziehung ganz in die Hand der Mutter. Jeden Morgen um ſechs Uhr mußte der Knabe ſich an der Thür eines Lehrers als aufgeſtanden melden. Indem er heranwuchs, entwickelte er ſich aber zu einem liebenswürdigen, durch Humor und Herzensgüte Alten und Kindern gleich gefallenden jungen Manne.

Endlich war der Augenblick gekommen, den jeder ſich zum Studium beſtimmende Jüngling heiß erſehnt, der Moment, wo ſich die Pforten der Univerſität für Max eröffneten. Soeben — 1838 — war das Verbot, auf nichtpreußiſchen Univerſitäten zu ſtudiren, aufgehoben worden: Forckenbeck war einer der erſten, der von dieſer Erlaubniß Gebrauch machte. Sein Vater wählte für ihn, damit er den Jüngling den Verlockungen der Großſtädte fern halte, zunächſt eine kleinere Univerſität, und zwar in Süddeutſchland, um die weſtfäliſche Eigenart des Sohnes zu mindern, ihn mit leichterer und ſchnellerer Lebensführung vertraut zu machen. Das gelang ihm beſſer, als er es ſelber wohl beabſichtigt hatte. Max gab ſich in Gießen, wohin ihn der Vater geſandt, dem luſtigſten Studentenleben hin, an Arbeit dachte er wenig, wie das ja die Sitte der meiſten angehenden Juriſten während der erſten Semeſter auf der Hochſchule iſt. Ohne Wiſſen und gegen den Willen des Vaters, der ein Feind des Tabaks war, wurde er ein leidenſchaftlicher Raucher; ohne Wiſſen und gegen den Willen des Vaters begründete er mit einigen Freunden das Corps Teutonia, das noch heute in Gießen blüht. Daß auch Schweſter Julie gleichzeitig dorthin zu einer Bekannten in Penſion gegeben wurde, that den Freuden des ſtudentiſchen Daſeins keinen Eintrag. Das heitere, mit dem Bruder innigſt verbundene junge Mädchen, betheiligte ſich vielmehr an dem burſchikoſen Leben, ſo weit das eben nur möglich war. Beide Geſchwiſter haben ſich ſtets dieſer drei Semeſter in Gießen mit Vergnügen erinnert, und Max hat eine kleine Silhouette, die ihn als Gießener Teutonen darſtellt, bis zu ſeinem Lebensende ſorgfältig aufbewahrt.

Inzwiſchen war der Vater 1840 nach Glogau verſetzt,

und die beiden Unzertrennlichen reisten nach Münster, um die Eltern nach der schlesischen Festung zu begleiten. Die schöne Gießener Zeit war zu Ende. Die lange Dauer der Reise, die größtentheils in eigenem Wagen zurückgelegt ward, benutzte Präsident von Forckenbeck, um seinen Sohn genau auf sein Wissen zu prüfen, und er mußte sich zu seinem Schrecken überzeugen, daß dessen juristisches Gepäck ein sehr leichtes war. Nun kamen noch die Vereinskappen und Bänder der Teutonia zum Vorschein; sie wurden unerbittlich konfiszirt und dem Postillon geschenkt — allein der wußte wenig mit ihnen anzufangen, und so gelangte auf der nächsten Station Max ohne Mühe wieder in den Besitz der theuren Erinnerungszeichen.

Von einer Rückkehr nach Gießen war aber nicht die Rede. Berlin genoß schon damals des Rufes, eine „Ochsenuniversität" zu sein, und so kam der junge Forckenbeck nach Berlin. Hier hat er thatsächlich auf das fleißigste gearbeitet und den Grund zu seiner tüchtigen und allseitigen Kenntniß der Rechts- und Staatswissenschaften gelegt. Im Jahre 1842 bestand er in Glogau das damalige erste, das „Auskultator"-Examen und verlebte dann die lange Vorbereitungszeit als Auskultator und Referendar, die dem jungen Juristen in Preußen auferlegt war. Endlich, 1847, machte er in Berlin das große Staatsexamen und trat als Assessor bei dem Stadtgerichte in Glogau ein.

Am 18. März des folgenden Jahres brach die Revolution in Berlin aus. Die Kunde dieses Ereignisses erregte in der Familie des Glogauer Appellationsgerichts-Vizepräsidenten große Besorgniß für die jüngste Tochter Sophie, die sich damals in einer Pension in der unruhigen Hauptstadt befand. Der Assessor wurde beauftragt, sie nach dem stillen Glogau zurückzubringen. Jetzt ging die Reise schon auf der Eisenbahn vor sich; aber dicht vor Berlin mußte der Zug halten, Bassermann'sche Gestalten, theatralisch bewaffnet, musterten die Reisenden. Der junge Assessor erhielt nach längerem Parlamentiren als unverdächtig die Erlaubniß, seinen Weg zu Fuß nach Berlin fortzusetzen. Dort fand er die

Digitized by Google

Penſion leer, ſämmtliche junge Damen waren unter Führung der Vorſteherin und der Lehrerinnen ausgegangen, „ſich die Revolution anzuſehen“. Unbehelligt waren ſie über die verſchiedenſten Barrikaden geklettert, und unverſehrt kamen ſie nach Hauſe zurück. Forckenbeck geleitete dann die Schweſter nach Glogau. Das iſt der wahre Kern der Erzählung, die ſpäter ſeine Gegner fälſchlich verbreiteten: er habe 1848 in Berlin auf den Barrikaden gefochten.

In völlig anderer Weiſe nahm er an dem damals ſo lebhaft pulſirenden politiſchen Leben Theil — ganz nach der Auffaſſung und an der Seite ſeines Vaters. Den bisher in ſorgloſer Heiterkeit unter dem Schutze des verehrten Vaters dahin lebenden jungen Mann erfaßte die politiſche Leidenſchaft mit hinreißender Gewalt. Ehrgeiz und Selbſtgefühl verbanden ſich mit Begeiſterung für Freiheit und Recht und mit Haß gegen Druck und Bevormundung, um ihn mit voller Wucht in den Kampf zu führen. Drei verſchiedene Partei-Klubs entſtanden in Glogau: ein demokratiſcher, der äußerſten Linken angehöriger; ein konſervativer, nach rechts neigender; und ein konſtitutionell-demokratiſcher, der die Partei des entſchiedenen aber beſonnenen Liberalismus vertrat. Allen dreien präſidirten Richter des Glogauer Stadtgerichts; dem dritten der junge Forckenbeck. Mit der ganzen nachhaltigen Kraft ſeines Weſens widmete er ſich dem Streben, das Intereſſe der Bevölkerung in Stadt und Umgebung für die Sache monarchiſch-konſtitutioneller Freiheit anzuregen und zu erhöhen. Sein Verein hielt in Städten und Dörfern zahlreiche Verſammlungen ab, in denen er ſelber häufig das Wort ergriff, und zwar mit bedeutender Wirkung. Noch jetzt, nach einem halben Jahrhundert, gedenken die Ueberlebenden unter ſeinen damaligen Zuhörern mit lebhafter Erinnerung der einzelnen von ihm gehaltenen Reden. Das Geheimniß des Eindruckes, den er hervorbrachte, war im Grunde kein anderes als die ſchlichte Wahrheit ſeines Weſens, die innige Ueberzeugung, die aus ihm ſprach, das Gefühl, dieſer Mann vertritt das Rechte und Gute. Die ſchöne eindrucksvolle Geſtalt, die herrliche ſonore Stimme und die

kräftigen, ungesuchten Gesten des Redners erhöhten die Wirkung. Zum Lohn für seine Mühen erhielt er am 5. Februar 1849 sein erstes Ehrengeschenk von den schlesischen Gesinnungsgenossen: einen silbernen Becher.

Die Hoffnungen, mit denen das liberale Bürgerthum die Märzrevolution aufgenommen hatte, blieben freilich unerfüllt. Doktrinarismus und Abstraktion an Stelle thatkräftigen und schnellen praktischen Handelns bei den Führern; Furcht vor dem „vierten Stande" bei allen Besitzenden; das immer offenere Uebelwollen der von ihrer ersten schreckhaften Betäubung sich bald erholenden überlieferten Gewalten; Theilnahmlosigkeit, ja offene Feindschaft des Landvolkes in den altpreußischen Provinzen — alle diese Umstände brachten schon im Herbst 1848 eine starke und von Woche zu Woche siegreichere Reaktion hervor. Die Hauptstadt wurde vom Militär besetzt und in den Belagerungszustand erklärt, die preußische Nationalversammlung im November nach Brandenburg verlegt und am 5. Dezember aufgelöst, am selben Tage von der Krone eine Verfassung octroyirt, die freilich ihre meisten Artikel dem Entwurfe der Kommission der Nationalversammlung entlehnte, aber durch die Vorenthaltung des Einnahmebewilligungsrechtes und durch den sogenannten Octroyirungsparagraphen dem Parlamentarismus jede feste Grundlage entzog. Max von Forckenbeck und seine Freunde meinten, den Kampf um so mehr mit voller Kraft aufnehmen zu müssen. In Breslau trat ein aus ganz Schlesien beschickter Kongreß der konstitutionellen Vereine zusammen, an dem der junge Assessor als Vertreter des Glogauer Klubs theilnahm. Er war der geborene Vorsitzer parlamentarischer Versammlungen; so wurde er auch damals zum Vizepräsidenten des Kongresses ernannt, der sich als liberales Central-Wahlkomitee für Schlesien konstituirte.

Da trafen unsern jungen Politiker zugleich zwei furchtbare, seine ganze Zukunft bedrohende Schläge. Sein Vater starb plötzlich. Wenige Tage darauf — 27. April 1849 — wurden die Kammern aufgelöst und ein neues Wahlgesetz, auf Grund des Dreiklassensystems octroyirt, bereitete eine

Digitized by Google

reaktionäre Umgeſtaltung der kaum erlaſſenen Verfaſſung vor. Das Miniſterium Manteuffel-Brandenburg war feſt entſchloſſen, die poſitive Macht, die es in Händen hatte, zur Wiederherſtellung des Abſolutismus und der Feudalität in der von der allgemeinen Weltlage einmal gebotenen Form des Scheinkonſtitutionalismus zu verwerthen und zu dieſem Zwecke auch alle mißliebigen und gefährlichen Perſönlichkeiten aus dem Beamten-Vereine zu entfernen. In bedrängteſter materieller Lage und ohne Ausſicht auf eine Staatsſtellung fand ſich Max von Forckenbeck im Frühjahr 1849 an der Spitze ſeiner Familie — die einzige Stütze dreier hilfloſer Frauen und eines ſchwachſinnigen Oheims!

III.

Rechtsanwalt, Ehemann und Abgeordneter.

Die Befürchtungen, die Max von Forckenbeck wegen der Gestaltung seiner Laufbahn gehegt hatte, bewahrheiteten sich nur allzu schnell. Die Regierung hatte, neben so vielen anderen Oktroyirungen, am 2. Januar 1849 auch eine neue Gerichtsorganisation selbständig verfügt, die vorübergehend die richterlichen Beamten dem Belieben des Justizministers unterwarf. Dieser, Simons, einer der gewaltsamsten unter seinen reaktionären Kollegen, machte von seinen diskretionären Gewalten den freigebigsten Gebrauch. Er eröffnete dem liberalen Assessor, daß er auf eine Kreisrichterstelle sich keinerlei Hoffnung machen dürfe. Die Lage schien verzweifelt. Zum Glück hatte aber der zu früh verstorbene Präsident von Forckenbeck unter den Räthen des Justizministeriums gute Freunde, die ihre Gunst auch auf den Sohn übertrugen. Damals waren die Rechtsanwaltstellen amtliche Monopole, die von der Regierung verliehen wurden. Man setzte es also bei Simons durch, daß er dem Assessor mittheilte, er werde ihn zum Rechtsanwalt ernennen, aber nur an einer der drei neu geschaffenen ostpreußischen Kreisgerichte zu Allenstein, Bartenstein oder Mohrungen. Hier schien der „Revolutionär" ungefährlich.

Die Wahl war schwer für den jungen Juristen. Er

kannte keines der drei Städtchen, von denen er nur ahnte, daß sie alle gleich entlegen und primitiv sein müßten. So zog er denn, wie er oft erzählt hat, das Loos: es fiel auf Mohrungen. Er war freilich viel zu besonnen und pflichtbewußt, um sich mit dem Entscheid des Zufalls zu begnügen; allein bei näherer Untersuchung und Erkundigung fand sich, daß das Loos gut gewählt hatte. Mohrungen besaß nicht allein eine rein deutsche Bevölkerung, es lag auch damals noch am nächsten zur Eisenbahn. So siedelte Max von Forckenbeck im Jahre 1849 nach Mohrungen über.

Immerhin fand er dort die Verhältnisse über alle Erwartung dürftig. Die Vaterstadt Herders war ein Oertchen von 2000 Einwohnern, meist einfachsten Ackerbürgern. Es führte dorthin noch nicht einmal eine Chaussee, sondern nur schlecht gepflegte Landwege, die im Frühjahr und Herbst fast unpassirbar waren — um so schlimmer, als der Anwalt-Notar zum großen Theile auf Landpraxis angewiesen war. Das Städtchen selber war ungepflastert mit Ausnahme des Marktplatzes und zweier auf ihn führenden Straßen. Die Beleuchtung bestand in sechs elenden Oellämpchen. Es gab dort keinen bessern Gasthof oder Speisewirth, so daß es für die drei Junggesellen unter den Notablen: ihn selbst, einen Arzt und einen Assessor, um die Beköstigung übel genug bestellt war. Denn an dem sehr mangelhaften Mittagstisch bei dem Schlächter theilzunehmen oder auch in der Apotheke ein Glas Wein zu trinken, war nicht gerade erfreulich. Da erbarmte sich ein liebenswürdiges junges Ehepaar, Assessor, später Kreisrichter Heinrich und Frau, der Armen und gestattete ihnen einen Platz an ihrem eigenen Tische. Zwischen Heinrichs und Forckenbeck entspann sich eine lebhafte Freundschaft, die für das ganze Leben dauerte. Es ist vielleicht der schönste Beweis für Forckenbecks edle Natur, daß er einmal geschlossene Seelenbande auf immer bei sich und bei den Anderen festzuhalten verstand.

Sonst wurde ihm, dem „freisinnigen" Rechtsanwalt und Notar, zunächst lebhaftes Mißtrauen entgegengebracht. Im Kreise Mohrungen überwog entschieden der adlige Großgrund-

beſitz; zählte er doch nicht weniger als zehn Herrenhausmitglieder; zumal die gräflich Dohna'ſche Familie war in mehreren Zweigen vertreten. So beherrſchte die ſelbſtverſtändlich konſervative Ariſtokratie die ganze Gegend. Allein die fleckenloſe Ehrenhaftigkeit, das ſtrenge Pflichtgefühl, das gründliche juriſtiſche Wiſſen und klare Urtheil Forckenbecks beſiegten bald jedes Vorurtheil und erwarben ihm das Vertrauen aller Kreiſe und aller Parteien. Dabei beugte er ſich vor Niemandem: auch dem Grafen gab er unweigerlich das Mandat zurück, wenn ein ſolcher ihm die Vorſchriften ſtrengſter Moral zu verletzen ſchien. Trotzdem oder vielmehr gerade deshalb breitete ſich ſein Ruf über die ganze Provinz aus, zumal bei den Großgrundbeſitzern. Es gab kaum eine ſchwierige Rechtsſache, die ihm nicht anvertraut oder doch ſeinem Rathe unterbreitet wurde. Forckenbeck gehörte nicht zu den genialen Schnellarbeitern; aber ſein langſames Forſchen und Entwickeln war auch um ſo gründlicher, ſchärfer und ſachgemäßer. Theorie und Praxis ſtimmten in ſeinen Entſcheidungen und Rathſchlägen auf das beſte zuſammen, und dabei war der Hauch der Wahrheit und eines gewiſſen Idealismus über alles gebreitet, was er dachte, ſagte und ſchrieb. Auch glänzende Schwurgerichtsvertheidigungen führte er. Allein ſeine vorwiegende Begabung lag auf dem civilrechtlichen Felde, und weit und breit kam ihm niemand gleich, ſchwierige Rechtsfragen zu entſcheiden und drohenden Verwickelungen vorzubeugen. Wenn es galt, verworrene Familienverhältniſſe zu ordnen, Teſtamente zu entwerfen, größere Beſitzungen anzukaufen oder zu veräußern, kam man von fern und nah zu dem jungen Rechtsanwalt und Notar in Mohrungen. Charakter und Fähigkeiten empfahlen ihn gleichmäßig. So beſaß er bald eine ausgedehnte und eingehende Kenntniß der Beziehungen und Beſitzzuſtände aller notablen Familien der Gegend, und bei ſeinem außerordentlichen Gedächtniß mochte deshalb ſein juriſtiſcher Rath naturgemäß von größerem Werth ſein, als der anderer gleich begabter Anwälte.

Freilich hatte er ſchwer zu arbeiten, nicht nur in ſeiner

Amtsſtube und auf dem Gerichte, ſondern auch auf vielfachen meilenweiten Reiſen über Land, auf häufig grundloſen und kaum zu paſſirenden Wegen. Aber die Mühen verdroſſen den kräftigen, lebensfrohen, mit Feuereifer vorwärtsſtrebenden Mann nicht im mindeſten. Alle, die ihn in dieſen Jahren gekannt haben, ſprechen mit Begeiſterung von ſeinem heitern, feſſelnden, durch Offenheit und Friſche hinreißend liebenswürdigen Weſen. Ueber alles, was ihn beſchäftigte — ſelbſtverſtändlich mit Ausnahme der Amtsgeheimniſſe — drängte es ihn mit den Freunden zu reden. Ein gutes Glas Wein hat er ſtets geliebt. Erhielt er, was öfter vorkam, von einem dankbaren Klienten ein Fäßchen des damals dort wie in Oberſchleſien beliebten Ungarweins, ſo lud er ſeine beiden Mit-Junggeſellen ein und fuhr mit ihnen im Wagen beſtändig um den gepflaſterten Marktplatz herum, bis ſie das edle Naß ausgetrunken. Für Pflege der Litteratur blieb allerdings dem Vielbeſchäftigten wenig Zeit und Kraft übrig; ein beleſener, allſeitig unterrichteter Mann iſt Forckenbeck niemals geweſen noch geworden. Aber gern ſpielte er bei Veranſtaltungen von theatraliſchen Liebhaber-Aufführungen mit, und zwar fielen ihm hauptſächlich die Väter- und zumal Präſidentenrollen zu. So zeichnete ſich im Scherze die Stellung vor, zu der Forckenbeck ſich ſo vorzüglich eignete und die er im Ernſte auf den größten und wichtigſten Scenen des Staatslebens einzunehmen beſtimmt war.

Auch perſönlich erfreute er ſich der größten Beliebtheit in allen Schichten der Bevölkerung. Jeder war für den prächtigen, herzlichen, heitern und dabei ſo hochgeachteten Mann eingenommen. Das ganze, in den engen Verhältniſſen etwas geiſtig herabgeſtimmte Kreisgericht wußte er durch ſeine unwiderſtehliche Liebenswürdigkeit umzugeſtalten.

Indes bei aller Befriedigung in ernſter Arbeit und beſcheidenem Lebensgenuß fehlte ihm das Beſte: das Glück eines eigenen trauten Heims und des innigen Verkehrs mit einem geliebten Weibe. War er doch von Jugend auf an ſteten Gefühls- und Gedankenaustauſch mit der faſt gleichaltrigen Schweſter Julie gewöhnt geweſen. Von ihr getrennt,

Digitized by Google

empfand er um so schwerer die Einsamkeit und Ungemüthlichkeit seiner Junggesellenstube.

Ein beabsichtigter Gutsverkauf führte ihn in das Haus des Rittergutsbesitzers Theodor Reschke auf Nahmgeist im Kreise Preußisch-Holland. Herr Reschke, der ihm als seinem Rechtsbeistande schon längst persönlich nahe getreten, war ein regsamer, freigesinnter und vielfach gebildeter Mann, der schnell Forckenbecks Achtung und Zuneigung gewann. Gern verkehrte der Rechtsanwalt in dem Hause, dessen große und behagliche Lebensführung ihm sehr zusagte. Vor allem aber fesselten ihn die geistigen Vorzüge und die anmuthige Schönheit der ältesten Tochter des Hauses, Marie. Freilich siedelte die Familie Reschke, nachdem sie ihr Rittergut verkauft, im Sommer 1855 nach Königsberg über. Allein die örtliche Trennung der beiden jungen Leute, deren Herzen sich bereits gefunden hatten, währte nicht lange. Schon nach wenigen Wochen erwirkte Frockenbeck die Erlaubniß, sich der Familie auf einer längeren Reise nach der Schweiz anzuschließen, und am 12. September 1855 verlobte er sich mit der Geliebten bei einer gemeinschaftlichen Fahrt auf den grünen Wassern des Genfer Sees, im Angesicht der stolzen Savoyer Schneeberge und der lieblichen Ufer von Montreux und Vevey. „Ich finde keinen, aber auch keinen Zeitpunkt in meinem Leben, in welchem ich mich so glücklich, so selbstbewußt glücklich gefühlt habe, als ich mich jetzt durch Deine Liebe fühle," schreibt er am 23. Oktober seiner Braut. Sein Dasein hatte nun ein neues Ziel erhalten, das es einstweilen ganz erfüllte und befriedigte. Fünfundzwanzig Jahre zählte Marie Reschke, als sie sich am 11. März 1856 zu Königsberg mit Max von Forckenbeck vermählte. Es waren zwei geistig reife Menschen, die sich da verbanden — Max stand ja im fünfunddreißigsten Jahre — aber nur um so inniger, fester, treuer und gewaltiger war die Liebe, mit der sie sich aneinander schlossen für das Leben.

Etwas zaghaft, wie er selber gestand, führte Forckenbeck seine junge Frau nach dem kleinen, dörflichen Mohrungen. Sie war in Folge ihrer reichen Geistes- und Herzensgaben

der verwöhnte Liebling ihres Verwandtenkreiſes geweſen. Ihre beiden letzten Mädchenjahre hatte ſie vielfach in Tilſit, im Hauſe ihrer jüngeren, an einen Kavallerieofficier Adalbert von Wildowski vermählten Schweſter Klara verlebt und war dort der gefeierte Mittelpunkt einer regen und frohen Geſelligkeit geworden. Sie war die Tochter eines wohlhabenden Hauſes und durfte auch auf Grund ihrer materiellen Verhältniſſe Anſprüche an das Daſein ſtellen. Wirklich wurde es der jungen geiſtreichen, lebensluſtigen und ehrgeizigen Frau recht ſchwer, ſich in die engen und kleinlichen Verhältniſſe des Ackerſtädtchens einzugewöhnen. Ihr Gatte war unausgeſetzt mit ſeinen ſchweren und aufreibenden Berufsarbeiten beſchäftigt; ſo konnte der von Nahmgeiſt her gewohnte Verkehr mit den Gutsbeſitzern der Umgegend nicht aufrecht erhalten werden. Auch für die Muſik, die ſie ſehr liebte und pflegte, fand ſie keine Anregung in Mohrungen. Klatſchſucht und Neid herrſchten unten den halbgebildeten „Honoratioren“. Mehr als die gelegentlichen kurzen Reiſen zu den Eltern und zu dem Bruder ihrer Mutter, Landſchaftsrath Raſchke auf Dittrichsdorf, mußte ihr die Liebe zum Gatten über die kleinſtädtiſchen Miſeren hinweghelfen. Jedenfalls aber war es für ſie wie für den Gemahl ein großes Glück, als ihnen gerade am erſten Jahrestage der Hochzeit ein Sohn geboren wurde, der, nach dem verewigten Großvater, den Namen Franz erhielt. War der Knabe doch überhaupt das erſte Kind der neuen Generation in der Forckenbeckſchen Familie, der künftige Träger und Fortpflanzer des alten Namens!

Das Verhältniß zwiſchen den beiden Gatten blieb ſtets das ſchönſte und reinſte. Marie war in der That im vollſten Sinne des Wortes die Gefährtin und Beratherin ihres Mannes und ergänzte auf das beſte deſſen Vorzüge und Fehler. Max von Forckenbecks Sinn war auf Arbeit und Erfolg gerichtet, aber die kleinen und doch ſo wichtigen Dinge des Lebens vernachläſſigte er mehr als billig: nicht nur in ſeiner Kleidung, wo er Abnutzung und ſelbſt Unreinlichkeit nicht bemerkte, ſondern auch in Geldſachen, in denen er die weitherzige, unwirthſchaftliche Art des Vaters ererbt hatte.

Digitized by Google

Als Junggeselle pflegte er einkommende Summen in eine zum Wärmen von Tellern bestimmte Nische hinter dem Ofen zu legen — natürlich kam ihm auf diese Weise vieles abhanden. Er gab mit vollen Händen, ohne Rücksicht auf die eigenen Bedürfnisse. Marie von Forckenbeck aber verstand die Aufgabe der Frau, das Familienvermögen zusammenzuhalten. Sie war auch sonst ebenso weltklug wir unermüdlich thätig und voll Ehrgeiz für den geliebten Gatten. So gewöhnte er sich, zu seinem eigensten Nutzen, sich über alles und jedes mit seiner Frau zu berathen; schon als Bräutigam hatte er ihre Einsicht voll schätzen gelernt und dieser unbedingtes Vertrauen gewidmet. Freilich trafen die beiden kräftigen und selbständigen Charakter bisweilen hart aufeinander, zumal beide von leicht aufflammender Heftigkeit waren. Allein das berührte den Grund ihres gegenseitigen Verhältnisses nicht. „Wenn ich Dich nicht so von Herzen lieb hätte, Marie," schreibt ihr der Gemahl am 6. Juli 1862, „so würde ich bei der Selbständigkeit des Denkens und Handelns, die ich habe, nicht so offen und durch ein Bedürfniß der Mittheilung getrieben, meine Hoffnungslosigkeit in den politischen Dingen Dir mittheilen. Daß ich aber das so ohne weiteres thue, ist für mich eine Bürgschaft für unser Glück, mag es auch mitunter noch durch unsere beiden heftigen und leidenschaftlichen Charaktere augenblicklich (ich vergesse im nächsten Augenblicke) unbedeutend gestört werden. Es soll und muß aber immer seltener vorkommen." — „Verzeihe mir wirklich, meine heißgeliebte Marie," schreibt er ein anderes Mal (20. Januar 1865), „meine Heftigkeiten. Sie sind doch nur entstanden über Kleinigkeiten, wenigstens aus kleinlichen Ursachen, in Folge eines durch übermäßige, unvermeidliche große Anstrengung krankhaft aufgeregten Nervensystems. Also verzeihe dieselben mir." Rührende Bitte eines vierundvierzigjährigen Mannes, die die ganze Größe und Treue seiner Liebe und Verehrung für die Gattin wiederspiegelt!

Forckenbeck setzte in der Gemahlin Einsicht und Charakterstärke unbedingtes Vertrauen. Er, der sonst von seinen reiflich erwogenen Beschlüssen durch keine Macht der Erde abzu-

bringen war, wich nur den Rathſchlägen ſeiner Frau. „Meine heißgeliebte Marie," heißt es in einem Briefe vom 6. Februar 1862, „hat ihren Willen ſo beſonnen und, faſt wie ein Richter, mit ſo vielen Erwägungsgründen kundgegeben, daß ich mich allerdings wie — immer fügen muß."

Welch' ſchöneres Zeugniß für beider Eheleben kann es geben, als wenn nach vierzehnjähriger Verbindung der Mann noch der Gattin ſchreibt (17. Januar 1870): „Ich bin der unendlichen Liebe meiner Frau gewiß, und in dieſem Bewußtſein liegt mein Glück und mein feſter Anker im Leben. Je mehr ſich die Aufregungen und Zerſtreuungen neben der Arbeit hier (in Berlin) häufen, deſto mehr werde ich mich deſſen bewußt." —

Schon ein Jahr, nachdem die Geburt des älteſten Kindes die jungen Eltern noch enger und beglückender an einander geſchloſſen, trat eine ernſte Prüfung an ſie heran: Der Gatte erhielt einen Ruf zu politiſcher Wirkſamkeit.

Die Oktroyirung des Dreiklaſſen-Wahlſyſtems hatte das Zeichen zum Anbruch der bösartigſten und dabei unfähigſten Reaktion gegeben, die je Preußens Politik geſchädigt und geſchändet hat. Nicht nur die Demokraten, auch die gemäßigt Liberalen, wie Herr von Vincke und Oberbürgermeiſter Grabow, enthielten ſich der Theilnahme an den Wahlen, um nicht den offenbaren Wortbruch der Regierung gutzuheißen. Aber um ſo freieren Spielraum hatten die mit dem ärgerlichſten Muckerthum verquickte Romantik auf dem Throne, die Rachſucht der 1848 gedemüthigten und in ihren Vorrechten bedrohten Feudalität, der Allmachtsdünkel der jede Selbſtregierung haſſenden Bureaukratie. Auf die brutale Macht pochend, ſetzten ſich dieſe Gewalten über jede Rückſicht hinweg. Obwohl ſie durch die fügſamen Erkorenen der reaktionären Dreiklaſſenwähler alles Beliebige hätten erreichen können, kitzelte es ſie zu zeigen, wie ſehr ſie die ſelbſtgegebene Verfaſſung mißachteten. Königliche Verordnungen griffen häufig in das Gebiet der Geſetzgebung hinüber; eine königliche Verordnung ſchuf in dem Herrenhauſe die feſte Burg des preußiſchen Kleinadels. Beamtenſchaft und Polizei brachen mit

gesetzverachtender Willkür in das Privatleben des Bürgers ein, suchten selbst die Rechtspflege zu ihrem Werkzeuge herabzudrücken, ganz so wie ein pietistisches Pastorenthum sich der Schule zur Knechtung des Volksgeistes zu bedienen bemüht war. Die „Landrathskammer" vom Herbst 1855 schien dann den Sieg der äußersten Reaktion zu sichern, die völlige Rückkehr zu den vormärzlichen Zuständen zu bedeuten. Das Grundeigenthum wurde wieder festgelegt, die gutsherrliche Polizei hergestellt, die Selbständigkeit der städtischen Verwaltung auf ein Minimum herabgedrückt, die Unabhängigkeit der Richter durch ein Disziplinargesetz gebrochen. Mit offenem Druck und geheimer List wurden die Wahlen zu Gunsten der herrschenden Richtung gefälscht.

Diese rücksichtslose und selbstsüchtige Reaktion zeigte aber durch ihr Verfahren in den äußeren Angelegenheiten auch dem Blödesten, der eben nicht verblendet sein wollte, wie durchaus ihr bloßes Dasein den wahren Aufgaben und Interessen Preußens widersprach. Nur den Schutzmächten des europäischen Rückschrittes, Rußland und Oesterreich, zu Gefallen, demüthigte sie Preußen in der schleswig-holsteinischen, der hessischen und der gesammtdeutschen Frage in einer so schmachvollen Weise, wie solche in der Geschichte dieses Staates unerhört war. Selbst der Friede von Tilsit war weniger schmählich, da er nach einem Kriege und gegenüber einem Napoleon abgeschlossen werden mußte. Zu Olmütz aber unterwarf sich Preußen ohne Schwertstreich unfähigen Gegnern aus bloßer blanker Furcht vor dem Mißfallen der beiden Kaiser des Ostens. Oesterreich gebot seitdem in Deutschland unbeschränkt, trat die geringfügigen, Preußen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen mit Füßen und behandelte als Vasallen einen Nachfolger Friedrichs des Großen — einen Preußenkönig, dessen von mittelalterlichen Wahnvorstellungen umnebelter Geist sich freilich in dieser Vasallenrolle höchst glücklich fühlte.

So gerieth Preußen bei der ganzen Welt in tiefste Verachtung. Auf dem Pariser Kongresse, der zur Beendigung des Krimmkrieges zusammentrat, erhielt es nur mit Mühe

Zutritt; die kleine Schweiz wagte die Neuenburger Revolution gegen Preußen in Schutz zu nehmen, und zwar mit Erfolg. Seit der Zeit vor der Herrschaft des Großen Kurfürsten hatte das Ansehen des Hohenzollernstaates nicht so tief gestanden.

Zugleich begann die Selbstzersetzung der herrschenden Partei. Die pietistische Kamarilla und die feudalen Egoisten bekämpften unaufhörlich und oft siegreich das Beamtenthum: dieser erbitterte Krieg trat in die Oeffentlichkeit, als Herr von Rochow den bis dahin allmächtigen Polizeipräsidenten von Berlin, Hinkeldey, im Duell erschoß, als Beauftragter der Junkerclique. Die gerühmte Treue dieser Faktionen für das königliche Haus aber bewährte sich in ihren versteckten und offenen Angriffen gegen den Thronerben, den Prinzen Wilhelm von Preußen, der die Erniedrigung seines glühend geliebten Landes und die Entehrung des ruhmvollen preußischen Heeres nur mit tiefem Schmerze ertrug.

Eben dieser Prinz von Preußen jedoch erhielt, als Friedrich Wilhelm IV. in unheilbare Geistesnacht verfiel, am 7. Oktober 1858 die Regierung. Damit trat ein verheißungsvoller Umschwung ein. Der Regent berief ein neues, zum größten Theile gemäßigt liberales Ministerium unter dem Vorsitze des Fürsten Anton von Hohenzollern-Sigmaringen. In der Ansprache, die er an das neue Kabinet hielt, überhörte man gern den Nachdruck, mit dem eine Verstärkung des damals durchaus nicht volksthümlichen Heeres angekündigt wurde, um mit Jubel das Programm einer kräftigen und der eigenen Macht bewußten Politik nach außen und besonders die scharfe Zurückweisung des verhaßten Pietismus zu vernehmen: „Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken ist zu entlarven. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen; dies ist immer ins Auge zu fassen und von äußerem Gebahren und Schaustellungen zu unterscheiden.“ Goldene Worte, die bei Millionen freudige Zustimmung fanden.

Eine große Bewegung ging durch das Land. Durch die jüngsten Vorgänge ermuthigt, nahmen Liberale aller Richtungen

Digitized by Google

an den Wahlen Theil, die zum 12. November ausgeschrieben waren. Man hoffte, mit Zustimmung des Prinzregenten und unter Leitung seiner Minister, die Verfassung allmählich auszubauen, zu einer Wahrheit zu machen. Liberal aber streng monarchisch war die Bewegung. Das verkündeten selbst die Demokraten wie Waldeck und Johann Jacoby, die, um den Regenten nicht zu reizen und zu beunruhigen, für ihre Person jede Wahl ablehnten. Keine einzige Forderung wurde erhoben, die über den Rahmen der bestehenden, ja selbst aus der Reaktionszeit herstammenden Verfassung hinausging.

Forckenbeck hatte sich während der trüben Jahre der Reaktion, ganz wie seine Gesinnungsgenossen, von der Politik fern gehalten. Allerdings nicht von den öffentlichen Angelegenheiten. Erst ein Jahr wohnte er in Mohrungen, als das Vertrauen seiner Mitbürger ihn in die Stadtverordneten-Versammlung berief (1850). Er hat sich stets mit Vergnügen des Umstandes erinnert, daß er in der Gemeindeverwaltung, wie er selber einmal öffentlich sagte, „von der Pike auf gedient hatte", daß seine erste Rede bei den Mohrunger Stadtverordneten mit den Worten „Es werde Licht" begann. Er sprach nämlich dafür, an Stelle der sechs elenden Oellampen verbesserte Laternen einzuführen — ein Streben, das ihm mehr Mühe kostete, denn später, als Berliner Oberbürgermeister, die elektrische Erleuchtung der Straße Unter den Linden. 1854 erwählte dann der Mohrunger Magistrat den bewährten und allgemein beliebten Rechtsanwalt zu seinem Deputirten auf dem Kreistage. Die Art, wie er da auftrat und wirkte, ist für ihn sehr charakteristisch. Der Adel nahm dort nämlich auf besonderen Bänken Platz; nach längeren Ueberlegungen ward Forckenbeck aufgefordert, sich als Standesgenosse gleichfalls auf die adligen Bänke zu setzen. Allein von Adelshochmuth war niemand weiter entfernt als er, der sich vielmehr durchaus als Bürger und nur als Bürger fühlte. Darin empfand er ganz wie sein Vater, der gleichfalls keinen besonderen Werth auf den wohlerworbenen aber immerhin jungen Adelstitel seiner Familie gelegt hatte. Auch Max von Forckenbeck betrachtete sich stets als ein Kind des guten Münster'schen

Bürgerthums — den kommunalen Angelegenheiten hat immer sein Interesse gegolten. Er antwortete also, er sei von der Bürgerschaft gewählt und werde sich deshalb zu ihr halten. Diese Erwiderung wurde bald allgemein bekannt und trug zur Popularisirung seines Namens außerordentlich bei. Die besondern adligen Plätze aber verschwanden nunmehr aus dem Kreistage von Mohrungen.

Der Name Forckenbeck hatte einen so guten Klang in dem Wahlkreise Mohrungen-Preußisch Holland, daß, als die dortigen Liberalen im November 1858 wieder an den Landtagswahlen ernsten Antheil nahmen, ihr Augenmerk sich sofort auf den Rechtsanwalt lenkte. Als dieser merkte, daß seine Persönlichkeit der liberalen Sache zum Siege verhelfen könne, trat er mit voller Thatkraft in die Agitation ein. Am 23. November wurde er von der Mehrheit der Wahlmänner zum Abgeordneten erkoren. Ein anderer Liberaler, als Forckenbeck, hätte in dem aristokratischen Wahlkreise nicht durchdringen können. Er bedurfte all' der Zuneigung und des Ansehens, die er genoß, um der liberalen Sache diesen Sieg zu ermöglichen. Er selber war über das Ergebniß nicht wenig erstaunt.

Nun trat aber an den Rechtsanwalt die Frage heran, ob er die Wahl annehmen solle oder ablehnen. Gewiß hegte er seit seiner Jugend lebhaftes Interesse für die Politik; gewiß schmeichelte es ihn, ein Abgeordnetenmandat auszuüben; gewiß war auch er von der damals allgemeinen Hoffnungsfreudigkeit ergriffen und mochte darauf zählen, Ersprießliches für das Wohl des Volkes und den Ausbau des monarchisch-konstitutionellen Lebens beitragen zu können. Allein es gab immerhin gewichtige Gegengründe. Sollte er seine in kräftigem Aufstreben begriffene Anwaltspraxis während langer Monate in jedem Jahre vernachlässigen? sollte er die junge Frau mit dem kleinen Kinde und der Aussicht auf baldige weitere Vermehrung der Familie allein in dem unbedeutenden Landstädtchen belassen? würden nicht Geschäft und Familie durch die politische Thätigkeit allzu sehr verkürzt werden? Max von Forckenbeck legte diese Fragen mit voller Loyalität seiner Gattin vor und

machte die Entſcheidung lediglich von ihr abhängig. Aber Marie, in ihrer hochherzigen und für den Gemahl ehrgeizigen Geſinnung, trug freudig den Verzicht auf das unterbrochene Glück des Familienlebens und befürwortete die Annahme des Mandats — freilich ohne ſich die ganze Tragweite dieſes Schrittes für ihr weiteres Daſein als Frau und Mutter klar zu machen. Am 10. Januar 1859 reiſte Max von Forckenbeck zur Eröffnung des Landtages nach Berlin. Seine politiſche Laufbahn, die ihn zu den höchſten parlamentariſchen Ehren führen ſollte, hatte begonnen.

Digitized by Google

IV.

Mitglied der Fraktion Vincke.

Als Max von Forckenbeck zum ersten Male in das preußische Abgeordnetenhaus eintrat, war er bereits ein gereifter, in sich abgeschlossener Mann von 37 Jahren. Freilich mußte er als Politiker größern Stiles, als Parlamentarier seine Lehrjahre noch durchmachen; aber bei einem so klaren, einfachen, in sich gefestigten, konsequenten Charakter wie dem seinen war im Grunde das politische Wesen mit dem persönlichen identisch. Forckenbeck war weniger der Mann neuer, schöpferischer Gedanken, als der heller Einsicht, gründlicher und auf genaue Sachkenntniß hinstrebender Ueberlegung, langsamer aber sicherer Entschließung. Er erfaßte zutreffend das Wichtige und Wesentliche und hatte bald den geeignetsten Weg vor Augen, um das als richtig Erkannte zu verwirklichen. Feuriger Drang nach Bethätigung, nach positivem Eingreifen in die Verhältnisse beseelte ihn; bloße Passivität war ihm zuwider und, wenn durch die Verhältnisse geboten, peinlich, ja verzweiflungsvoll. Aber diese Leidenschaftlichkeit, die das Innerste seines Seins ausmachte, stand unter der strengen Kontrole ruhigen und sicheren Ueberlegens. Einen gleichen fruchtbaren Gegensatz erkennen wir in der Richtung seines politischen Denkens. Der treffliche, edelgesinnte Mann folgte in der Politik durchaus idealen Beweggründen, aber er suchte die Ideale nur auf dem Boden thatsächlicher Möglichkeit. Die kluge und praktische Westfalennatur machte ihn hohler Ideologie völlig abgeneigt. Kleinlich und selbstsüchtig

Digitized by Google

zu denken, wie das bei „praktiſchen“ Menſchen ſo häufig der Fall iſt, lag ihm durchaus fern; er war ein ebenſo reiner wie vornehmer Charakter. Forckenbeck hat nie mit ſeinen Grundſätzen aus perſönlichen oder politiſchen Motiven Kompromiſſe abgeſchloſſen; innerhalb dieſer Grundſätze jedoch nahm er gern das Thunliche an, wenn es auch von dem urſprünglichen Ideale noch weit entfernt blieb. Allmählich fortſchreitende Entwicklung auf der Baſis der gegebenen Verhältniſſe erſchien ihm das Natürlichſte und Zuträglichſte — zu einem Rückſchritte hat er nie die Hand geboten. Er war aufrichtiger und überzeugter Monarchiſt, aber ebenſo treu, ebenſo begeiſtert hing er an der konſtitutionellen Freiheit, an der Mündigmachung des wackern preußiſchen Volkes, an der Einigung des ganzen großen geliebten deutſchen Vaterlandes. Feſt in ſeinen liberalen Ueberzeugungen, aber gemäßigt in deren Bethätigung — das war das Programm, das er ſich ſelbſt ſogleich nach ſeiner Wahl vorgezeichnet hatte. Vorurtheile irgend einer Art kannte er überhaupt nicht, weder ſtändiſche noch religiöſe. Wie er ſeine beſten und theuerſten perſönlichen Freunde ohne jeden Unterſchied in allen Berufsklaſſen und Glaubensgenoſſenſchaften fand, ſo war ihm auch auf politiſchem Gebiete eine Scheidung in Kaſten irgend einer Art ganz einfach unverſtändlich. Es kamen dazu eine ungeheuchelte, echte Beſcheidenheit, ein rührendes, gerade weil ungerechtfertigtes Mißtrauen in das eigene Können. Daß dieſe Eigenſchaften ſich auf das engſte mit ſeinem lebhaften perſönlichen Ehrgeize verbanden, iſt erklärlich: er fürchtete bei jedem Hervortreten einen Mißerfolg, der ihn tief verletzt hätte. Er beſchloß deshalb, ſich für das erſte noch der Rede im Plenum zu enthalten, „ſich noch nicht vorzuwagen“. Er gedachte, „ſein Terrain erſt vollſtändig kennen zu lernen“. Im Grunde ſcheute er ſich vor der Kritik der 350 zum Theil ſehr redekundigen Kollegen.

Wie die meiſten Abgeordneten aus der Provinz Preußen, nahm er im Hôtel de Saxe in der Burgſtraße ſeine beſcheidene Wohnung. Seine frohe und damals noch durchaus geſellige Natur ließ ihn alle Freuden der Großſtadt genießen.

Er beſuchte gern Geſellſchaften, in die ihn alte in Berlin angeſiedelte Freunde einführten. Oft auch brachte er die arbeitsfreien Abende mit ſeinen engeren politiſchen Genoſſen in heiterm oder ernſtem Geſpräch bei einem Glaſe Wein zu. Durch ſeine Liebenswürdigkeit und ſeine geiſtreiche Unterhaltung wurde er, wie unparteiiſche Zeugen ſich deſſen noch lebhaft erinnern, der Mittelpunkt jedes geſelligen Kreiſes, an der Wirthstafel des Hôtel de Saxe ebenſo gut wie im Salon oder in der Weinſtube oder bei dem kräftiges Bier ſchenkenden „ſchweren Wagner“. Er ging häufig in das Theater, zumal in die Oper und in Konzerte. Ohne irgendwie Muſikkenner zu ſein, hatte er von je her leichte und anregende Muſik geliebt; ſeine Gattin hatte ihn dann auch mit ernſterer und tieferer Tonkunſt bekannt und vertraut gemacht. Aber dieſe Zerſtreuungen vermochten ihn nicht über die Trennung von der heiß geliebten Frau und den Kindern zu tröſten. Immer wieder ſpricht ſich ſeine Sehnſucht in ergreifender Weiſe aus. „Es fehlt mir meine liebe Frau überall,“ ſchreibt er ſchon am vierten Tage ſeiner Anweſenheit in Berlin, „es fehlt mir mein Junge, meine Häuslichkeit. Ich vermiſſe ſelbſt mein Geſchäft und die angeſtrengte fortwährende Thätigkeit in demſelben.“ — „Ich komme immer mehr zur Ueberzeugung,“ heißt es wenige Tage ſpäter, „daß niemals die äußeren Annehmlichkeiten des Ortes den zufrieden ſtellen werden, der dafür von allen ſeinen Lieben getrennt ſein muß. Ich küſſe Dich augenblicklich im Geiſte recht herzlich ab. Es iſt das aber ein ſehr kleiner Troſt.“ — Und zwei Wochen ſpäter: „Meine Stimmung iſt noch immer dieſelbe. Es will mir trotz aller Zerſtreuungen einmal ohne meine Frau hier in Berlin nicht gefallen.“ Er ſchrieb ihr regelmäßig alle paar Tage, oft täglich, über alles Wichtige und Intereſſante, was ihn in Berlin betraf. Es war ihm das eine Bedürfniß, und er wünſchte auch, ihren klugen und nützlichen Rath zu hören. „Ich weiß, Marie,“ ſchreibt er am 31. Januar 1859, „und das iſt das Fundament meines Glückes, daß Du Deinen Mann mit allen ſeinen Schwächen, mit ſeinem Ehrgeiz, mit ſeiner leichten Erregbarkeit, ſo recht

von Herzen lieb haſt. Ich küſſe Dich deshalb, mein liebes, liebes Weib, viel tauſendmal und ſchreibe Dir, gerade ſo wie die Feder läuft, mag auch einiger Unſinn mit unterlaufen.“ Immer begehrte er dringend die Anweſenheit der Frau und der Kinder in Berlin. Wirklich war in den erſten Jahren von Forckenbecks Abgeordnetenſchaft ſeine Gattin oft mit ihm in der Hauptſtadt, deren reiches Leben und deren litterariſche und künſtleriſche Genüſſe ſie ſehr liebte. Die Familie behalf ſich dann, der Erſparniß halber, im Hôtel de Saxe mit gar engen Räumlichkeiten; während der Vater ſeine wichtigen Referate, z. B. in der alles beherrſchenden Militärfrage, ausarbeitete, trieben die Kinder um ihn ihre lärmenden Spiele. Als aber erſt der Sohn, dann auch die am 16. Februar 1859 geborene Tochter Klara ſchulpflichtig wurden, mußte, zu großem Schmerze beider Eltern, die Mutter zu Hauſe bleiben, um dort die Kinder zu überwachen.

Die politiſche Lage ſchien außerordentlich günſtig. Die Wahlen hatten für das Miniſterium Hohenzollern eine überwältigende Mehrheit gegeben — 210 Liberale gegen 60 Konſervative, ebenſo viele Klerikale und 18 Polen. Etwa 50 Liberale traten der ſehr gemäßigten Fraktion Mathis bei, 150 — darunter auch Forckenbeck und die Mehrzahl der übrigen oſtpreußiſchen Abgeordneten — der etwas entſchiedenern Fraktion, deren Vorſitzender Graf Schwerin war. Aber beide Fraktionen waren feſt entſchloſſen, das Kabinet zu unterſtützen und ſich jedes unruhigen „Drängelns“ zu enthalten.

Indes kaum hatte ſich Forckenbeck einigermaßen mit der Lage vertraut gemacht, als er die Unſicherheit der anſcheinend ſo günſtigen Verhältniſſe erkannte. „Alle Zuſtände,“ ſchreibt er ſchon am 15. Januar 1859, „hängen hier wie mit baumwollenen Fäden zuſammen: ſo dies Miniſterium mit dem Prinz-Regenten und unter ſich und mit der liberalen Majorität des Hauſes. Jeder fürchtet ſich, durch Bewegung dieſe Baumwolle zu zerreißen. Wie lange aber namentlich das Abgeordnetenhaus dieſe Zuſtände und die baumwollenen Feſſeln ertragen wird, ſteht ſehr dahin. Die Unbehaglichkeit und die Enttäuſchung iſt allgemein unter den Abgeordneten.“ Dieſe

düstere Betrachtungsweise der Dinge, die sich auch vielen Kollegen Forckenbecks aufdrängte, war nur allzu gerechtfertigt. Das Ministerium selber war in sich uneins, da von dem frühern Kabinet Manteuffel noch der Handelsminister v. d. Heydt und besonders der durch und durch reaktionäre Justizminister Simons in ihm verblieben waren. Es besaß nicht Einheit und Kraft genug, um die Gunst der Lage — die Abgneigung des Prinzregenten gegen die Feudal-Pietisten, die ihn persönlich schwer gekränkt und die Schmach von Olmütz herbeigeführt hatten, sowie die augenblickliche Entmuthigung der Kreuzzeitungspartei — auszunützen. Nach außen wollte das Ministerium in kläglicher Unklarheit nicht Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland, sondern Versöhnung der österreichischen Sonderbestrebungen mit den deutschen Interessen. Ein nicht zu schlichtender Widerspruch, an dem schon die Gothaer und das von diesen beherrschte Frankfurter Parlament gescheitert waren [1]).

Der Prinzregent selber, in den Anschauungen des absoluten Königthums erwachsen und alt geworden, von der Nothwendigkeit der gottgewollten Vollgewalt der Krone überzeugt, hielt die Bewahrung dieser Vollgewalt für geboten zum Heile Preußens und für seine eigene theuerste Pflicht dem kranken Bruder und dem Himmel selbst gegenüber. Schon in seiner Ansprache an das Staatsministerium vom 8. November 1858 hatte er mit Entschiedenheit betont, daß von einem Bruch mit der Vergangenheit nicht die Rede sein könne, und nachdrücklichst vor „sogenannten liberalen, in Wahrheit überspannten Ideen“ gewarnt. Es waltete von vornherein ein Mißverständniß zwischen ihm und dem Liberalismus ob, das bald gegenseitiges Mißtrauen erzeugte. Die liberale Partei aber wurde von Georg v. Vincke, der an Stelle des zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses erwählten Grafen Schwerin ihr Führer ward, nicht nur geleitet, sondern geradezu tyrannisirt. Vincke, ein heftiger, recht-

[1]) Erinnerungen aus dem Leben von Hans Viktor von Unruh, herausgegeb. von Heinrich von Poschinger (Stuttg. 1895), S. 199.

haberischer, als Redner freilich hochbegabter Mann, hatte sich und der Partei zur alleinigen Aufgabe gestellt, die Regierung unbedingt zu unterstützen. Schon damals empfanden dies Forckenbeck und sein ostpreußischer, bald mit ihm innig befreundeter Kollege Leopold Freiherr von Hoverbeck auf das schmerzlichste [1]).

Forckenbeck wurde trotz seiner Zurückhaltung sofort in das parlamentarische Getriebe hineingezogen: nicht allein hatte er über mehrere Wahlen in seiner — der vierten — Abtheilung zu berichten, sondern er wurde auch von letzterer mit 34 Stimmen gegen 5 in die höchst wichtige Unterrichtskommission gewählt. Er verdankte dieses Mandat wahrscheinlich seiner Eigenschaft als liberaler Katholik, den man den Klerikalen gegenüberstellen konnte. Zuerst wurde er noch von den Katholiken „mit markirter Theilnahme behandelt"; aber bald „fielen sie aus ihren Himmeln" [2]). Er stellte selber in der Fraktionssitzung jede ultramontane Gesinnung seinerseits in Abrede. Forckenbeck hat nie die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche verleugnet, wie er denn öfters als Abgeordneter deren Gottesdienst offiziell besuchte, aber von jeder konfessionellen Beschränktheit war er weit entfernt. Zum Präsidenten der Unterrichtskommission ward der Westfale Harkort erwählt; als hervorragende Mitglieder traten der berühmte Pädagoge Diesterweg, ferner der freisinnige Berliner Prediger Dr. Jonas hervor. Forckenbeck selber nahm eifrig an den Arbeiten der Kommission Antheil, wo er am 31. Januar „zum ersten Male mit Unbefangenheit den Mund aufmachte" und den Regierungsvertretern, „zwei wirklichen Geheimen Räthen, Herren mit sehr ernsten Gesichtern", tüchtig zusetzte. Er stimmte mit den Gegnern der bisherigen reaktionär-pietistischen Verwaltung des Unterrichtsdepartements, in Einklang mit Diesterweg. Seine genaue

---

[1]) Erinnerungen Unruhs, a. a. O., bestätigt durch ein Ms.-Schreiben Forckenbecks an seine Gemahlin vom 5. März 1859 (fälschlich 1858 datirt).

[2]) Brief Hoverbecks v. 22. Jan. 1859; Lud. Parisius, Hoverbeck, I (Berlin 1897), S. 154.

Kenntniß der Verhältniſſe auf dem Lande und in den kleinen Städten ſowie ſeine unbedingte Beherrſchung der beſtehenden Geſetzgebung ſicherten ihm hier beträchtlichen Einfluß. In der Frage der Errichtung und Kompetenz der Realſchulen — der heutigen Realgymnaſien — hatte er die Ehre, ſeinen Vermittelungsvorſchlag von der bisher in zwei gleich ſtarke Hälften getheilten Kommiſſion einſtimmig angenommen zu ſehen. Auch in die Kommiſſion zur Berathung eines neuen Wahlgeſetzes wurde er von der Fraktion Vincke gewählt.

Inzwiſchen hatte die Regierung thatſächlich eine Reihe höchſt wichtiger und den Wünſchen aller Liberalen entſprechender Geſetze dem Abgeordnetenhauſe vorgelegt. So vor allem ein Ehegeſetz, das dringend nothwendig geworden war, weil die orthodoxe Geiſtlichkeit die Trauung bei Wiederverheirathung Geſchiedener verweigerte, ſobald die Scheidungsgründe zwar im weltlichen, aber nicht im bibliſchen Geſetze als zuläſſig bezeichnet waren. Das Miniſterium wagte dem gegenüber zwar nicht, die obligatoriſche Zivilehe einzuführen, gewährte indeß die fakultative, und hob zugleich die vom Allgemeinen Landrecht vorgeſchriebenen Ehehinderniſſe wegen Ungleichheit des Standes der Brautleute auf. Ein zweiter Entwurf ſchaffte die Befreiungen von der Grundſteuer, gegen Entſchädigung, ab, entſprechend dem § 101 der Verfaſſung, der jede Bevorzugung in der Steuergeſetzgebung zu beſeitigen befiehlt.

Forckenbeck wurde beſonders durch den Entwurf des Ehegeſetzes heftig bewegt. Tag und Nacht waren ſeine Gedanken mit dieſem Gegenſtande beſchäftigt. Bald wollte er, um doch etwas zu erreichen, im Nothfalle für die fakultative Zivilehe ſtimmen. Bald kam er wieder zur Ueberzeugung, „daß nur die obligatoriſche Zivilehe wahre Gewiſſensfreiheit, wahre Trennung des Staates von der Kirche gewährt und ſomit auch weſentlich dazu beitragen wird, die Heiligkeit und Sittlichkeit der Ehe zu heben“. Er wollte von der „Sünderehe“, wie man die fakultative Zivilehe, als eine Ehe zweiter Klaſſe, benannte, nichts wiſſen. Als aber das Miniſterium, unter dem Drucke von höchſter Stelle, aus deren Annahme eine Kabinetsfrage machte, ward ſie am 13. April vom Ab-

geordnetenhause mit 206 gegen 109 Stimmen gebilligt. Nachher veröffentlichten Forckenbeck und 34 andere Abgeordnete eine Erklärung, in der sie ihr Votum durch die dringenden Anforderungen der Lage begründeten und ihre wahre Meinung als der obligatorischen Zivilehe zugethan bezeichneten.

Die Unbehaglichkeit der innern Lage trat plötzlich vor den Wirren und Gefahren der großen europäischen Politik in den Hintergrund. Der Krieg Oesterreichs gegen Sardinien und Frankreich kündigte sich als unmittelbar bevorstehend an; man sprach auch von einem Bündniß Rußlands mit den Franzosen und Sarden; Deutschlands Integrität schien bedroht. Preußen machte allmählich sein ganzes Heer mobil. Die Aufregung im Volke und unter den Abgeordneten Preußens war außerordentlich. Die Regierung forderte für alle Fälle einen Kredit von vierzig Millionen Thaler, der einstimmig bewilligt ward. Dann wurde der Landtag geschlossen, ohne daß die entschiedeneren Mitglieder der Fraktion Vincke — unter ihnen Forckenbeck — dazu gekommen wären, wie sie es beabsichtigt hatten [1]), die Kriegslage und die Bedrängniß Oesterreichs zur Wiedereröffnung der deutschen Einheitsbestrebungen zu benutzen.

Nicht nur in eigentlich politischer, auch in nationalökonomischer Beziehung hatte Forckenbeck in dieser seiner ersten parlamentarischen Session Stellung genommen. Tiefere volkswirthschaftliche Studien hatte er bisher kaum gemacht; allein seiner ganzen freien, offenen, von keinem Vorurtheile befangenen Gesinnung und seinem praktischen Verstande sagte nur die Freiheit und naturgemäße Ausbildung des Völkerverkehrs zu. Er trat deshalb schon in den ersten Monaten seines Berliner Aufenthaltes der Freihandelskonferenz bei — und dieser Fahne ist er bis zu seinem Lebensende treu geblieben inmitten der schwersten Kämpfe, die gerade sie über ihn heraufbeschwor.

Forckenbeck hat in den Winter- und Frühjahrsmonaten des Jahres 1859 so allerseits seine parlamentarische Schulung

---

[1]) Vgl. Ms. Schreiben Forckenbecks an seine Gemahlin vom 28. April 1859.

durchgemacht. Aber ſonſt konnten er und ſeine politiſchen Geſinnungsgenoſſen mit den gewonnenen Ergebniſſen nicht zufrieden ſein. Die „neue Aera“ hatte von allem dem, was man ſich von ihr verſprochen, nichts oder doch nur wenig gehalten. Man hatte das Gefühl, wieder von politiſch redlichen Männern regiert zu werden, und der Druck des Mucker- und Polizeiſpitzelthums hatte aufgehört. Aber das war auch Alles. Poſitive Ergebniſſe waren nicht erlangt. Selbſt das Ehegeſetz hatte die drohende Klippe des Herrenhauſes noch nicht umſchifft. Die reaktionären Beamten waren nicht allein in ihren Stellungen geblieben, ſondern durften auch ungeſcheut gegen das liberale Miniſterium wühlen, es in jeder Weiſe bekämpfen. Nicht minder kläglich war die äußere Politik. Preußen hatte ſich zwiſchen Oeſterreich und Frankreich zwiſchen zwei Stühle geſetzt, da ſeiner Regierung zum Eroberungskriege auf Koſten Oeſterreichs der Muth fehlte und ſie ſich andererſeits nicht als Vaſall Oeſterreichs am Kriege gegen Frankreich betheiligen mochte. Sie entſchloß ſich zur Unterſtützung Oeſterreichs erſt, als dieſes entſchiedene Niederlagen erlitten hatte, und unter der Bedingung, daß das geſammte Heer des deutſchen Bundes unter Preußens Führung geſtellt werde. Oeſterreich, das ſchon in Italien den maßgebenden Einfluß verloren hatte, wollte nicht auch in Deutſchland abdanken und zog es vor, ſchleunigſt am 11. Juli mit Napoleon III. den Frieden von Villafranca abzuſchließen, durch den es die Lombardei opferte. Preußen aber hatte nunmehr Oeſterreich erzürnt, Frankreich ſchwer gereizt, die ſüd- und mitteldeutſchen Anhänger der Habsburger zu erbitterten Gegnern gemacht, abermals vergeblich ſein Heer mobiliſirt. Es wurde wiederum zum Geſpötte Europas. Die Politik der „neuen Aera“ war nicht klüger und kräftiger, als die Friedrich Wilhelms IV. Es fehlte eben noch der geniale Miniſter, der Preußen endlich wieder, zum erſten Male ſeit dem Tode Friedrich des Zweiten, zur maßgebenden Großmacht erhob.

Während das Miniſterium Hohenzollern weder durch diplomatiſche oder kriegeriſche Erfolge materielle, noch durch zeitgemäße innere Fortſchritte „moraliſche“ Eroberungen zu

machen wagte, unternahm es abermals die liberale Partei, die Interessen Preußens in Deutschland zu vertheidigen und dessen Beruf zur Herstellung der Einheit des großen Vaterlandes zum Ausdrucke zu bringen. In Eisenach, am 17. Juli, und in Hannover, am 19. Juli 1859, wurde der Nationalverein begründet, unter der Leitung der Preußen Schulze-Delitzsch und von Unruh, sowie des Hannoveraners v. Bennigsen. Sein Zweck war: die Einigung Deutschlands unter einer starken Zentralgewalt und einer Nationalversammlung, durch die Führung Preußens und mit Ausschluß Oesterreichs, dessen slavisch-magyarische Provinzen ihm nothwendig mit den deutschen Interessen unvereinbare Sonderziele stellten. Man war also praktischer geworden seit 1848. Diese liberalen Männer haben ohne und, lange Zeit hindurch, gegen die offizielle preußische Regierung diejenige Aufgabe formulirt und gefördert, die die einzig mögliche Gestaltung der deutschen Frage darstellte, und die Bismarck dann genau in der gleichen Form gelöst hat. Freilich war die endgültige Ausführung nur durch „Blut und Eisen" thunlich; aber ohne die Vorbereitung der öffentlichen Meinung, wie sie von dem norddeutschen Liberalismus und besonders von dem Nationalverein ausging, ohne die moralische Atmosphäre, die diese geschaffen haben, hätte Bismarcks Thätigkeit weder ihre bestimmte Richtung genommen noch die Möglichkeit des Gelingens besessen. Das wird sich aus der aktenmäßigen Erzählung dieses Buches noch des weitern unwiderleglich erweisen.

Forckenbeck gehörte nicht zu den ersten Begründern des Nationalvereins. Allein Unruh hatte von Beginn an seine und seines Freundes Hoverbeck Mitwirkung in Aussicht genommen [1]). Ein begeisterter Anhänger der deutschen Einheit unter Preußens Führung schloß sich Forckenbeck in der That sofort dem Nationalverein an. Es konnte ihn nicht davon abhalten, daß nicht nur die Junkerpartei, sondern selbst das altliberale Ministerium, in das seit Schluß der Session an

[1]) Dies und das unmittelbar Folgende nach der dokumentarischen Darstellung bei Parisius, Hoverbeck, I 161 ff.

Flottwells Stelle Graf Schwerin als Miniſter des Innern getreten war, den Verein als einen „demokratiſchen“ mit ſcheelen Augen anſah. Er war mit Recht davon überzeugt, daß bei der politiſchen Schlaffheit und dem bequemen Gouvernementalismus des überwiegenden Theiles des preußiſchen Volkes, ohne den Anſchluß des übrigen Deutſchland „für die Dauer auch die Exiſtenz einer vernünftigen freien Verfaſſung Preußens eine Unmöglichkeit iſt. Bleiben die deutſchen Verhältniſſe ſo wie ſie ſind, ſo wird und muß in Preußen nur der Militärſtaat weiter ausgebildet werden. Wir ſehen es jetzt ſchon. Die einzige Aenderung, die, abgeſehen von der gerechten Verwaltung, das neue Miniſterium ins Leben führen kann, iſt eine anderweitige, Geld und Menſchenkräfte mehr heranziehende Organiſation der Armee.“

So ſchrieb Forckenbeck am 21. Auguſt 1859 an ſeinen Freund Hoverbeck. Mit unerbittlicher Klarheit erkannte er die augenblickliche Lage, und für die Zukunft bewährte er den Seherblick, den wir bei ihm auch weiter auf dem Gebiete der Politik bewundern werden. Wo wären wir in der That heutzutage in Preußen ohne die Beimiſchung des ſüddeutſchen Liberalismus und Volksthums? „Ich wünſchte ſehr,“ fuhr er in ſeinem Briefe fort, „daß Du auch unterſchriebſt. Neue Leute können meo voto der neuen Partei nur den neuen Stempel geben, ſo daß ſie weder als die alte demokratiſche noch konſtitutionelle erſcheint.“ Auch das war durchaus richtig. Das Ziel der deutſchen Einheit unter Preußens Führung ſollte von allem Fraktionsweſen unabhängig ſein. Hieran hat Forckenbeck ſtets feſtgehalten: die Partei war ihm immer Neben-, die Sache Deutſchlands und geordneter Freiheit Hauptzweck. Deshalb opferte er ihr auch jetzt jede anderweite Erwägung: „Als Abgeordneter habe ich nicht Luſt, ängſtlich Rückſichten auf das gegenwärtige Miniſterium oder die bisher leitenden Gothaer zu nehmen. Ich ſchließe mich ohne Rückſicht darauf der Bewegung an, die mir vernünftig erſcheint und die ein beſtimmtes vernünftiges Ziel aufſtellt, während doch die Gothaer vor lauter Rückſichten jetzt einen beſtimmten Zweck noch nicht offenbart haben.“

Das ist derselbe Forckenbeck, der später die Fortschrittspartei, dann die nationalliberale Partei und die Sezession mitbegründete und endlich sich zum Freisinn bekannte. Was kümmerten ihn der Name sowie das Urtheil der Welt? Er hatte immer die großen Ziele im Auge: Schaffung wahrhaft konstitutioneller Einrichtungen und Deutschlands Einigung in gesetzlicher und monarchischer Freiheit. So reif, so fest in seinen Meinungen geklärt erscheint er bereits am Schlusse seiner ersten parlamentarischen Session.

Digitized by Google

V.

Ueberſiedlung nach Elbing.

Der Eintritt in das Abgeordnetenhaus hatte auch in den perſönlichen Verhältniſſen der Forckenbeck'ſchen Familie einen bedeutſamen Umſchwung zur Folge, den wir wohl auf die Anregung der klugen und unternehmenden Frau Marie zurückführen dürfen. In materieller Beziehung hatte Forckenbeck alle Urſache, mit ſeinem Mohrunger Aufenthalte zufrieden zu ſein. Die Praxis war ſehr blühend und einträglich; ſelbſt während ſeiner Anweſenheit in Berlin bewirkten ſein vorzüglicher Ruf und die Tüchtigkeit ſeines Vertreters, daß ein Rückgang in den Geſchäften und Einnahmen nicht zu merken war. Allein es wurde zweifelhaft, ob die Dinge ſo bleiben würden. Die großen Grundbeſitzer der Nachbarſchaft begannen, ſich von dem Rechtsanwalte, der ein liberaler Abgeordneter und ihr eifriger und wirkſamer politiſcher Gegner war, abzuwenden. Ferner legte der für die Zukunft wahrſcheinlich ſo häufige Aufenthalt in Berlin für die Angehörigen wie für ihn ſelbſt den Wunſch nahe, daß er eine Rechtsanwaltſtelle in der Hauptſtadt erhalte. Seine Gattin begehrte lebhaft danach, aus den kleinlichen und beſchränkten Verhältniſſen des oſtpreußiſchen Landſtädtchens herauszukommen. Für den Unterricht der Kinder war bei deren Heranwachſen in Mohrungen keine Möglichkeit. Forckenbeck ſah die Berechtigung ſolcher Gründe für einen Ortswechſel ſehr wohl ein und bemühte ſich bald nach ſeiner Ankunft in Berlin um einen dortigen Poſten als Rechtsanwalt und Notar.

Digitized by Google

Wirklich war eine ſolche Stelle beim Obertribunal eröffnet. Allein Forckenbecks Beſcheidenheit hielt ihn davon ab, ſich um dieſe zu bewerben. „Eine Praxis beim Obertribunal," ſchrieb er ſeiner Frau, „iſt gewiß viel ſchwerer zu begründen, als bei jedem andern Gerichte." Da kamen ihm zwei anderweite unverwerfliche Anerbietungen. In Königsberg ſollten zwei neue Rechtsanwaltſtellen gegründet werden, und man rieth ihm, ſich hierfür zu melden. Andrerſeits vermittelte ein kluger und ihm durchaus ergebener Kaufmann in Elbing, daß ein dortiger älterer Rechtsanwalt, der ruhigere Praxis ſuchte, ihm den Tauſch anbot, bei dem er allerdings eine gewiſſe Rente noch heraus zu zahlen hatte. Es war abermals Forckenbecks Beſcheidenheit, die den Ausſchlag gab. „Ich glaube," ſchrieb er, „daß die Elbinger Stelle nach Abzug der 500 Thaler noch immer beſſer iſt als die Königsberger. Dann gefällt mir auch Elbing ſeiner ſchönen Lage wegen beſſer als Königsberg." Und nun für ihn offenbar die Hauptſache: „In Königsberg ſind ſehr viele gute und junge Rechtsanwälte." Es kam hinzu, daß ſeine Gemahlin in Elbing von früher her zahlreiche Bekannte und Freunde hatte. So fiel die Entſcheidung für Elbing. Die Beſtätigung der Regierung war leicht zu erlangen, da ſie den ſchon einigermaßen unbequemen Politiker nicht ungern aus dem ſonſt konſervativen Mohrunger Kreiſe ſcheiden ſah. Unmittelbar nach Schluß der Landtagsſeſſion, im Anfange des Sommers 1859, fand die Ueberſiedelung Forckenbecks und der Seinigen nach dem weſtpreußiſchen Handelsplatze ſtatt.

Der Zauber, den ſeine Perſönlichkeit in Mohrungen ausgeübt hatte, bewährte ſich auch auf dem größern Schauplatze, zumal ihm der ehrenvollſte und freundlichſte Ruf dorthin vorausgegangen war. Bald erfreute er ſich in Elbing einer allgemeinen Beliebtheit, und ſeine Praxis wurde eine geradezu glänzende; er ward binnen kurzem bei weitem der geſuchteſte Rechtsanwalt, deſſen Entſcheidung in allen wichtigen und ſchwierigen Fällen angerufen und ausſchlaggebend wurde. Seine umfaſſende Geſetzkenntniß, die Genauigkeit in der Erforſchung und Darlegung eines jeden einzelnen

Falles, die Klarheit und Schärfe seines Urtheils, die unantastbare Ehrenhaftigkeit seines Wesens übten auch an der neuen Stätte seines Schaffens ihre Wirkung. Hat doch später, nach den Dotationen des Jahres 1866, selbst der Minister von Roon sich des langjährigen politischen Widersachers als Rechtsanwalt bedienen wollen, als er sich in der Provinz Preußen anzukaufen gedachte. Auch außerhalb Elbings verbreitete sich sein Ruf. Als er bald nach seiner Uebersiedlung in einer sehr schwierigen Erbschaftssache vor dem Ostpreußischen Tribunal (Oberlandesgericht) in Königsberg zu plädiren hatte, waren die Richter von der zutreffenden Klarheit und wissenschaftlichen Schärfe seiner Darlegung ganz begeistert. Der Vorsitzende des Kollegiums, der berühmte Präsident Simson, sagte zu den Herren: „Ein Glück für die Königsberger Rechtsanwälte, daß Forckenbeck nicht hierher versetzt ist!“ Man sieht, wie sehr er sich in seiner Bescheidenheit unterschätzt hatte. Aber nicht nur unter den Gebildeten, auch im Volke wurde er als ein unvergleichlicher Jurist betrachtet. In Wehlau wurde durch das Schwurgericht ein Verbrecher verurtheilt. Da schlug der arme Sünder mit der Faust auf das Geländer und rief zuversichtlich aus: „Ick war an Forckenbeck appelliren!“

Trotz seiner aufreibenden Beschäftigung als Anwalt und Notar, sowie als Politiker und Abgeordneter fand er noch Zeit zu umfassenden juristischen Studien und Arbeiten. In Gemeinschaft mit dem Rechtsanwalt Roepell in Danzig und dem Justizrath Magnus in Königsberg entwarf er eine, in der That dringend benöthigte, neue Hypothekenordnung. Das Projekt wurde auf dem Volkswirthschaftlichen Kongresse durchberathen und angenommen und darauf im Beginne der sechziger Jahre der Regierung unterbreitet. Es liegt wirklich dem betreffenden Gesetze von 1872 zu Grunde.

Das heitere, gesellige Wesen Forckenbecks machte sich auch in Elbing geltend, und er zählte dort bald eine große Anzahl von Freunden. Unter ihnen waren die intimsten der wegen seines Liberalismus von der früheren Regierung abgesetzte Oberbürgermeister Phillipps, der Vizepräsident des

Abgeordnetenhauſes Behrend, der Abgeordnete von Hennig-Plonchott, ſowie der tüchtige Journaliſt Büttner. Sein friſcher Humor belebte alle Kreiſe, in denen er verkehrte. Wie ſehr er in Elbing, trotz ſpäterer politiſcher Differenzen, beliebt war, beweiſen die mannigfaltigen Feſtlichkeiten und Andenken, die ihm 1872 bei ſeiner Berufung nach Breslau gewidmet wurden. Forckenbeck betheiligte ſich in Elbing übrigens mit Begeiſterung am Segelſport. Bei dieſem nicht unbedenklichen Vergnügen gerieth er einſtmals in dringende Todesgefahr, in der er jedoch die größte Kaltblütigkeit und Ruhe bewies, bis die Bedrohten glücklich wieder in Sicherheit gebracht waren.

Bis zum Jahre 1866 war Forckenbeck unbeſtritten der Mittelpunkt der liberalen Partei in Elbing. Es verſteht ſich, daß er auch hier in die Stadtverordnetenverſammlung und zum Kreistagsdeputirten gewählt wurde. So hat er den kommunalen Dienſt, nach der Kleinſtadt, ebenfalls in einer Mittelſtadt gründlich durchgemacht, bis er dann an die Spitze der größten ſtädtiſchen Gemeinweſen berufen ward. Sein Lebenslauf und ſeine Wirkſamkeit bewegten ſich in aufſteigender Linie.

Digitized by Google

VI.

Begründung der deutschen Fortschrittspartei.

Bei Eröffnung der Session im Januar 1860 hatte sich die politische Lage noch unbehaglicher gestaltet als im vorhergehenden Jahre.

Die liberale Partei war ohne ihr Verdienst zur Herrschaft gelangt. Der Zorn des Prinzregenten gegen Manteuffel wegen der Schmach von Olmütz, gegen die Feudalen wegen ihrer Kriecherei vor Rußland, zumal während des Krimkrieges, gegen die Mucker wegen ihrer persönlichen Gegnerschaft hatte momentan den Liberalismus in den Sattel gehoben. Indes der Regent hatte für diese politische Richtung keinerlei Vorliebe; im Gegentheil, er schreckte vor jedem wirklichen Zugeständniß an den Liberalismus aus monarchischen, militärischen und religiösen Rücksichten zurück. Das Ministerium und die altliberale Partei kannten diese Sachlage sehr wohl, und deshalb zeigten sie eine Schwäche, die jedoch die Situation nicht besserte, sondern verschlimmerte. Sie hätten den Zeitpunkt benützen müssen, wo die Abneigung des Prinzen von Preußen gegen die Umgebung seines Bruders noch lebhaft war, wo er ihnen nachgegeben hätte, um nicht zu den verhaßten Gegnern greifen zu müssen, wo die feudalmilitärische Kamarilla noch keine Gelegenheit gefunden hatte, das wohlmeinende und offene Gemüth des Herrschers zu beeinflussen. Anstatt dessen bewiesen sie eine Furchtsamkeit, die

Forckenbeck bei seiner Rückkehr nach Berlin auf das schmerzlichste empfand, da er es nie liebte, sich Illusionen zu machen. „Zwar hört man," schrieb er am 16. Januar 1860, „nichts mehr von einer Hinneigung des Prinzen zur Reaktion. Ebenso wenig aber sieht man Energie auf der liberalen Seite. Die Minister thun zwar ihr Mögliches, und namentlich lasse ich auf Schwerin und Patow nichts kommen. Unsere liberale Fraktion aber scheint in ihrer Mehrheit aus übergroßer Vorsicht immer einen Schritt hinter dem Ministerium zurückbleiben zu wollen, während sie einen Schritt voraus sein sollte."

Unter diesen Umständen schloß er sich enger an eine Anzahl entschiedenerer Abgeordneter an, die schon in ihm ihr Haupt sahen, und, wenn auch vergeblich, versuchten, ihn in den Vorstand der Partei zu bringen. Sein nächststehender Freund, mit dem er sich bereits seit der vorhergehenden Session duzte, war Hoverbeck. Beide Männer waren so eng verbunden, daß ihre Gemeinsamkeit sprichwörtlich wurde. Später hat politische Meinungsverschiedenheit vorübergehend eine Verstimmung zwischen ihnen herbeigeführt. Allein Forckenbecks treues Herz vermochte die Entfremdung nicht zu ertragen, die beiden Freunde fanden sich wieder zusammen und hielten den Bund bis zu Hoverbecks plötzlichem Tode am 12. August 1875 aufrecht. Hoverbeck war ein muthiger, feuriger Mann, der sich erst langsam zu entschieden liberalen Grundsätzen durchgerungen hatte, sie dann aber mit großer Leidenschaft vertrat. Er und der besonnene, klare, bereits seit seinen Jünglingsjahren in seinen Ueberzeugungen gefestigte Forckenbeck ergänzten einander vortrefflich.

Gerade damals erhielt die liberale Partei eine vorzügliche Gelegenheit, ihre Herrschaft sicher und auf lange hinaus zu begründen. Sie sollte aber gerade das Gegentheil herbeiführen.

Die Thronrede vom 12. Januar 1860 hatte eine dauernde Neuorganisation des Heeres angekündigt. In der That beruhte der Aufbau der preußischen Armee noch auf dem Gesetze von 1814, das für eine Gliederung in 36 Infanterie- und ebenso vielen Landwehrregimentern sowie vier Garde-

Infanterieregimentern mit der dazu gehörigen Jäger- und Pionierwaffe, Kavallerie und Artillerie ein jährliches Kontingent von einigen 40000 Mann erforderte. Inzwiſchen war aber die Bevölkerung Preußens von zehn auf 18 Millionen Seelen geſtiegen und hatten ſich die Streitkräfte der Nachbarmächte Frankreich, Oeſterreich und Rußland beträchtlich vermehrt. Während der friedlichen und ſparſamen Regierungen der beiden vorhergehenden preußiſchen Könige war lediglich eine weitere Verminderung ihres Heeres eingetreten durch allmähliche Herabſetzung der Dienſtzeit auf zwei Jahre. Mit einem ſo kleinen, bei jeder Mobilmachung gewiſſermaßen neu zu ſchaffenden Heere, mit ſo geringen und ungeübten Cadres konnte wirklich Preußen kein bedeutendes Gewicht in die Schalen der politiſchen Wage Europas werfen. Das hatte der patriotiſche Sinn und die militäriſche Einſicht des Prinzen Wilhelm von Preußen längſt erkannt. Schon ſeit den zwanziger Jahren hatte er für die Vermehrung des ſtehenden Heeres und für die Ausſcheidung der damals kriegeriſch allzu wenig geübten Landwehr aus dem Rahmen der Feldarmee gearbeitet. Die traurigen Erfahrungen, die man bei den Mobilmachungen der Jahre 1830, 1850 und 1859 mit der Kriegstüchtigkeit des Heeres machte, haben ihn in ſeinen Anſichten nur beſtärkt [1]). Seit dem Jahre 1849 glaubte er überdies, daß die Landwehr politiſch unzuverläſſig ſei. Nun ließ ſich ſehr wohl denken, daß man die jährliche Aushebung im Verhältniß zu der beträchtlich angewachſenen Zahl der Bevölkerung verſtärkte und dabei die ſeit 1847 übliche zweijährige Dienſtzeit beibehielte. Vom militär-techniſchen Standpunkte war dieſelbe nicht zu verwerfen. Das war die Anſicht vieler damaliger hoher Militairs, auch des Kriegsminiſters von Bonin. Hatte doch ſchon der berühmte General von Grolman, Chef des Großen Generalſtabs nach 1815, der ſo viel zu den Siegen

[1]) Das geht unwiderleglich aus dem, vom preuß. Generalſtabe veröffentlichten 1. Band der „Militäriſchen Schriften weiland Kaiſer Wilhelms I.“ (Berlin 1897) hervor. Es iſt alſo ganz falſch, wenn Miniſter von Roon ſich ſelbſt das Verdienſt der ſchöpferiſchen Gedanken der Reorganiſation zugeſchrieben hat.

des Befreiungskrieges beigetragen hatte, als überzeugter Anhänger die zweijährige Dienstzeit vertheidigt und die Meinung ausgesprochen, daß eine längere Dienstzeit die militärische Tüchtigkeit geradezu schädige [1]). Man weiß, daß der jetzt regierende Kaiser und seine militärischen Rathgeber zu ähnlichen Anschauungen zurückgekehrt sind. Der Prinz von Preußen betrachtete wirklich die dreijährige Dienstzeit keineswegs als ein Erforderniß der Ausbildung des Soldaten, sondern nach seinen eigenen Worten in einer offiziellen Denkschrift als nothwendig für die Disziplin, für den Gehorsam des Soldaten, das heißt als eine Waffe gegen die „Revolution“ [2]). Er wußte auch sehr wohl, daß dem längst überlieferten Zustande gegenüber die dreijährige Dienstzeit etwas Neues, wie er selber sagt „eine Reform“ sei [3]), die nach Einführung der Verfassung offenbar der Zustimmung beider Häuser des Landtages bedurfte.

Der Widerstand, den General von Bonin dem Reorganisationsplan entgegensetzte, hatte, nachdem die Mobilmachung des Sommers 1859 die Mängel der bisherigen Heeresverfassung abermals auf das grellste dargethan hatte, im Dezember 1859 dessen Entlassung und Ersetzung durch den schon längst mit der Umformung der Armee betrauten General Albrecht von Roon zur Folge. Roon war ein wissenschaftlich bedeutender Officier, zugleich ein vortrefflicher Organisator, ein scharfer Kopf und ein energischer Wille. Er wirkte von Beginn an als ein in das liberale Ministerium eingeschobener Keil. Ueberzeugter, ja fanatischer Konservativer, arbeitete er unaufhörlich gegen seine Kollegen, die er durch geheime Denkschriften und Vorstellungen bei dem ihm wegen seiner hohen militärischen und organisatorischen Fähigkeiten mit Recht sehr gewogenen Prinzregenten bekämpfte [4]). Er wurde eifrig durch die zahlreichen Anhänger

---

[1]) General v. Conrady, Leben und Wirken des Generals Carl v. Grolman, Bd. III (Berlin 1896), S. 299.

[2]) Bailleu, Der Prinzregent und die Reform der deutschen Kriegsverfassung; Histor. Zeitschr., Neue Folge Bd. 42 (1897), S. 398.

[3]) Ebendas.

[4]) Denkwürdigkeiten des Gen.-Feldmarsch. Graf von Roon, herausgeb. v. seinem Sohn, Bd. II (Breslau 1892), S. 38 ff. 44 ff.

der Reaktion unterstützt, die sich in der Umgebung des Herrschers befanden. Mit schlauer Berechnung setzten sie den Hebel an, um die ohnehin wankende Uebereinstimmung zwischen dem Prinzen und dem gemäßigten Liberalismus ganz aus den Angeln zu heben. Zumal der Chef des Militärkabinets, General von Manteuffel, wußte ihn unter dem Scheine militärischer Nothwendigkeit und soldatischen Glanzes — er sprach nie über Politik mit dem Regenten — zu immer kostspieligeren Forderungen zu bestimmen: wie Vermehrung der Garde, vierjährige Dienstzeit der Kavallerie, Errichtung unnöthiger Reiterregimenter, umfassende Kasernenbauten und dergleichen mehr. Diese Anhänger des Junkerthums waren überzeugt, daß die Liberalen hier Abstriche machen und so den Konflikt mit dem Regenten hervorrufen würden [1]). Denn der Prinz betrachtete, und zwar im Grunde mit vollem Rechte, die Reorganisation als sein eigenstes Werk. Eben deshalb wollte er aber auch nicht ein Jota davon aufgeben; nicht nur weil die Heeresumgestaltung in ihrem Kerne für Preußens Sicherheit und Größe unentbehrlich, sondern auch weil sie der Ausdruck der unbedingten Macht der Krone in allen militärischen Dingen sei.

Vorstellungen, die selbst der Führer der regierungstreuen Mehrheit, Georg von Vincke, gegen die dreijährige Dienstzeit, „die nur für Paradekünste geeignet sei", erhob, fruchteten nichts.

Indes einstweilen dachte der Regent nicht daran, sich von dem durch ihn selbst gewählten Ministerium zu trennen, vielmehr mit diesem und durch dessen Einfluß auf das Abgeordnetenhaus die Reorganisation durchzuführen. Kein Zweifel, daß das Kabinet als Bedingung für seine und des Hauses Zustimmung eine entschieden liberale Politik im Innern hätte durchsetzen können. Anstatt dessen machte es ohne

[1]) Theodor von Bernhardi, der selber ein unbedingter Anhänger der Reorganisation mitsammt der dreijährigen Dienstzeit war, berichtet diese Vorgänge nach den denkbar besten Gewährsmännern, den höchstgestellten Offizieren des Kriegsministeriums. Aus dem Leben Th. v. Bernhardis, III (Leipzig 1894) 263. 278. 284 f. 295 f. 310.

weiteres die Reorganisation zu seinem solidarischen Eigenthum und suchte durch schwächliches Paktiren die Reaktion zu besänftigen[1]). Es wagte den Widerstand weder der Junkerpartei noch des absolutistischen Beamtenthums zu brechen; nur zwei oder drei Beamte, die den Prinzen von Preußen allzu sehr geärgert hatten, wurden abgesetzt. Vergebens forderte die liberale Partei, verlangte selbst Vincke wiederholt und dringend die Entlassung der widersetzlichen reaktionären Beamten: in selbstmörderischer Schwäche lehnte Schwerin dies stets ab.

Am 10. Februar 1860 wurde das Militärgesetz dem Abgeordnetenhause vorgelegt. Es forderte eine Vermehrung des stehenden Heeres um 117 Bataillone Infanterie, 72 Schwadronen Kavallerie und ein Viertel der Artillerie, setzte die Dienstzeit unter der Fahne auf drei Jahre, für die Kavallerie auf vier Jahre, die Angehörigkeit zur Reserve des stehenden Heeres auf drei fernere Jahre fest. Jährlich sollten, anstatt 40000, 63000 Rekruten ausgehoben werden. Dagegen sollte die Landwehr ersten Aufgebots aus dem Verbande des stehenden Heeres losgelöst und nur zur Landesvertheidigung gebraucht, die Landwehr zweiten Aufgebotes, die ältesten Jahrgänge umfassend, ganz abgeschafft werden. Die Mehrkosten der Reorganisation wurden auf jährlich $9^1/_2$ Million Thaler veranschlagt und sollten durch einen Zuschlag von 25 Prozent zu den direkten Steuern sowie durch eine erhöhte Grundsteuer gedeckt werden.

Die Vermehrung des Rekrutenkontingents, in Uebereinstimmung mit der angewachsenen Bevölkerung des Staates, waren alle Parteien bereit anzunehmen; auf dieser Grundlage hätte die Einigung sofort statthaben können. Dagegen fanden die übrigen Punkte des Reorganisationsentwurfes bei der überwiegenden Mehrheit des Volkes lebhafte Mißbilligung. Die dreijährige Dienstzeit erschien als eine ganz unnöthige Belastung, nur dazu bestimmt, die Soldaten völlig von dem Volke, seinen Bestrebungen und Gesinnungen loszulösen. Die Herabsetzung und Verminderung der Landwehr wurde

[1]) Th. v. Bernhardi, a. a. O., S. 278.

vollends als eine durchaus reaktionäre Maßregel betrachtet. Wußte man doch, daß die Feudalen die Landwehr stets als ein demokratisches, revolutionäres Institut verabscheut, die Berufsoffiziere sie mit Geringschätzung und Hohn behandelt hatten. Und doch war nur sie volksthümlich, der man in irriger Idealisirung alle Erfolge der Jahre 1813—1815 zuschrieb; das stehende Heer, „der Kommiß", wurde allgemein als Versorgungsanstalt nachgeborener adliger Söhne angesehen — ein Irrthum, der einigermaßen verzeihlich erscheint, wenn wir erfahren, daß die Rangliste unter 2896 Offizieren nur 984, unter 932 Generalen und Stabsoffizieren gar nur 92 Bürgerliche nachwies[1])! Das stehende Heer war aber nicht allein verhaßt, sondern erschien auch lächerlich. Eine Armee, ein Offizierkorps, die sich fünfzig Jahre hindurch für einen Krieg vorbereiten, der nie kommt, müssen dem Spotte verfallen — zumal wenn dieses scheinbar nutzlose Offizierskorps trotzdem den Anspruch erhebt, der erste Stand im Volke zu sein. So glaubte man, die verkappte Aufhebung der Landwehr bedeute die Vernichtung des letzten Restes der volksthümlichen Heereseinrichtungen von 1810, die Herstellung eines starken Machtmittels für Absolutismus und Junkerthum. Man erinnerte sich, daß schon 1819 in der Vertheidigung der Landwehr der Kriegsminister von Boyen der Reaktion zum Opfer gefallen sei. Auch die finanziellen Ansprüche, die ein volles Drittheil des bisherigen Bedarfs am Heeresbudget mehr forderten[2]), erschienen als eine unerträgliche Belastung des ohnehin armen preußischen Volkes. Die Regierung solle für die Einigung Deutschlands sorgen, dann könnten reichere deutsche Lande zur Erhöhung der gemeinsamen Waffenmacht mehr beitragen[3]). Das Schlimmste war eben das tiefe und allgemeine Mißtrauen gegen Regierung und Krone, das das ganze Volk beherrschte — ein Element, das bei dem beginnenden Militärkonflikt vor allem in Rechnung

---

[1]) Biedermann. Dreißig Jahre deutscher Geschichte, II, 388.
[2]) L. Berger. Der alte Harkort (Leipzig 1890), 565.
[3]) Werner von Siemens. Lebenserinnerungen (Berlin 1892), S. 186 ff.

gestellt werden muß. Wir haben gesehen, daß das Ministerium in den inneren Angelegenheiten die einfachsten Forderungen der gemäßigtesten Richtung der eigenen Partei unerfüllt ließ. Mußte man doch erleben, daß das Herrenhaus gerade damals — am 15. Februar — auch die fakultative Zivilehe, die einzige liberale Errungenschaft der Session von 1859, mit großer Mehrheit ablehnte, ohne daß die Regierung die Kraft fand, darauf mit einem Pairsschub zu antworten, der die Burg der Reaktion gebrochen hätte! So ging im Volk und unter den Abgeordneten die Meinung dahin, der Hof wolle nur das Militärgesetz durchbringen, dann ein reaktionäres Ministerium einsetzen, das sich sofort wieder Oesterreich unterwerfen werde[1]). Denn auch in der äußeren Politik war von einem muthvollen Vertheidigen der deutschen Einheit und Freiheit nicht die Rede. Selbst der altliberale Geheimrath Max Duncker, der im Dienste des Ministeriums stand, beklagte bitter die Unthätigkeit und Unfähigkeit des Ministers des Auswärtigen, von Schleinitz, und verlangte dessen Ersetzung[2]). Kann man es da der Mehrheit des Volkes und des Abgeordnetenhauses verdenken, wenn sie in der die Menschen- und Geldkräfte des Volkes in so hohem Maße beanspruchenden Reorganisation lediglich theils eine nutzlose Soldatenspielerei, theils eine Verstärkung der ohnehin überwiegenden feudalen und absolutistischen Elemente sahen? Heute, nachdem auf Bismarcks Veranlassung König Wilhelm I. dieses vermehrte und verbesserte Heer als schneidige Waffe zur Vertheidigung und Einigung Deutschlands verwendet hat, ist es leicht, über das preußische Volk und seine Vertretung in der ersten Hälfte der sechziger Jahre höhnisch den Stab zu brechen. Damals gab es bei Freund und Feind der Reorganisation — mit Ausnahme des Regenten selbst und weniger Vertrauter — keine andere Auffassung wie die soeben charakterisirte. So fand die Reorganisation bei der Mehrheit der Fraktionen Vincke und selbst Mathis ein sehr kühle, zum Theil sogar

[1]) Bernhardi, a. a. O., S. 272. Das war auch die Meinung Georg von Vinckes.

[2]) Haym. Aus dem Leben Max Dunckers (Berlin 1891), S. 211.

feindselige Aufnahme. Ohne beträchtliche Abänderungen wollte auch Georg von Vincke sie nicht annehmen. Man hoffte vor allem, die zweijährige Dienstzeit durchzusetzen.

Allein das war eine fast absichtliche Verblendung, ein Vogel-Strauß-Verfahren. Der Prinz-Regent erklärte Herrn v. Vincke bereits im Februar 1860: „Wenn die Militärvorlage nicht ohne Modifikationen durchdringt, muß ich entweder die Kammer nach Hause schicken oder selber die Regierung niederlegen, die Sache meinem Sohne überlassen." Diese Abdankungsidee war durchaus aufrichtig. Schon gereizt durch das klägliche Fiasko der äußern Politik des liberalen Ministeriums war Prinz Wilhelm empört darüber, daß ein seit einem Vierteljahrhundert von ihm ununterbrochen erwogenes und mit den kompetentesten Militärs berathenes Werk in der Kammer Widerspruch finde. Die Junker in seiner Umgebung suchten ihn vollends davon zu überzeugen, daß alle, die für die zweijährige Dienstzeit votirten, die Armee revolutioniren wollten [1]! In Uebereinstimmung mit dieser Haltung des Herrschers erklärte Fürst Anton von Hohenzollern: Das Ministerium habe alles gethan, um den Regenten zur Rücknahme der überflüssigen Forderungen zu bewegen, allein er wolle nichts davon aufgeben; die Kammer müsse also alles annehmen, sonst werde das Kabinet zurücktreten [2].

Forckenbeck in seiner besonnenen und pflichttreuen Weise hielt sich zunächst in dieser wichtigsten Frage im Hintergrunde, da er sie noch nicht genügend studirt und sich keine feste Meinung gebildet hatte. Um zu einer solchen zu kommen, wohnte er fleißig den sich lange hinziehenden Berathungen der Militärkommission bei. Mit hingebendem Eifer arbeitete er inzwischen an den sonstigen Gesetzentwürfen, die die Regierung eingebracht hatte. Er war Mitglied der Kommission für eine neue, auf dem Grundsatze der Selbstverwaltung beruhende Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen.

---

[1]) Haym, a. O., S. 211. — Bernhardi, a. a. O., S. 272, 285, 292 f.

[2]) Hohenzollern sagte das Bernhardi selbst am 2. März 1860: Bernhardi, a. a. O., S. 277.

Ebenso wurde er in die verstärkte Gewerbekommission zur Berathung des Veit-Duncker'schen Antrages auf Neuregelung des verzopften Innungswesens gewählt. Zum ersten Male trat er auch mit einem wichtigen Initiativantrage an das Haus und vor das gesammte Volk. Am 29. März brachte er, unterstützt von siebzig Genossen, einen Antrag ein auf Abänderung der reaktionären Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 und Aufhebung des Gesetzes vom 25. Februar 1856, das lebenslängliche Anstellung der Bürgermeister anordnete. Noch besitzen wir das umfangreiche Aktenfaszikel, das der unermüdliche Arbeiter damals für seine Novelle anlegte. Es versteht sich von selbst, daß die von Forckenbeck vorgeschlagenen Abänderungen sämmtlich im Sinne größerer Freiheit der Bürger und Unabhängigkeit der städtischen Verwaltungen abgefaßt sind. So beantragte er geheime Stimmabgabe bei den Stadtverordnetenwahlen und allgemeines gleiches Wahlrecht aller unbescholtenen volljährigen Bürger, die jährlich drei Thaler Klassensteuer zahlen oder ein Einkommen von 150 bis 200 Thaler besitzen. Die Amtsdauer der Bürgermeister und sonstigen Magistratsmitglieder setzte er auf sechs und höchstens zwölf Jahre fest; nur die Bürgermeister, nicht die Stadträthe, bedürfen der Bestätigung durch die Regierung. Wie sehr Forckenbeck durch diese sein stetes lebhaftes Interesse an der kommunalen Selbstverwaltung bezeugenden Anträge das Richtige getroffen hatte, erweisen die vielfachen Zustimmungen, die er von Seiten städtischer Behörden erhielt. Bekanntlich harren viele der von ihm formulirten und ausführlich begründeten Forderungen noch jetzt der Erfüllung.

Zur selben Zeit machte er die Bekanntschaft eines Mannes, der später in seinem politischen Leben eine bedeutende Rolle spielen sollte: Rudolf von Bennigsen. Der Vorsitzende des Nationalvereins fühlte sich gedrungen den eifrigen Förderer von dessen Bestrebungen aufzusuchen. Beide Staatsmänner sagten einander bei erster Bekanntschaft ungemein zu; Bennigsen empfand schon damals vielmehr als Preuße denn als Hannoveraner.

Da das Ministerium ruhig zusah, wie seine Beamten

seine eigenen Anhänger in den Provinzen verfolgten und maßregelten, war es nicht zu verwundern, daß das Herrenhaus den Muth fand, nicht nur das Ehegesetz zum zweiten Male abzulehnen, sondern auch die zur Deckung der Reorganisation geforderte Erhöhung der Grundsteuer zu verwerfen. Die Herren wollten wohl eine Vermehrung der Armee und damit der für den Adel bestimmten Offizierstellen, aber zahlen dafür sollten die Städter mit der Schlacht- und Mahlsteuer.

Noch einmal hatte die Gunst der Lage der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Entscheidung in die Hand gegeben. Ohne sie konnte, bei der Renitenz des Herrenhauses, die Reorganisation nicht finanziell durchgeführt werden. Blieb jetzt die liberale Partei fest, so mußte die Regierung die, in unseren Tagen als militärisch vollkommen ausreichend anerkannte zweijährige Dienstzeit und die Beibehaltung der Landwehr in ihrer bisherigen Bedeutung nothgedrungen zugestehen [1]). Der Sieg des Parlamentarismus wäre damit entschieden gewesen. Aber Vincke, der äußerlich große Entschlossenheit und Kühnheit zur Schau trug [2]), hatte von Beginn an jedem Konflikte durch einen Kompromiß aus dem Wege gehen wollen. Er beabsichtigte, zunächst die ganze finanzielle Forderung provisorisch zu bewilligen; dann solle die Regierung versuchen, die Sache billiger einzurichten [3]). Als ob dazu bei der bekannten Ueberzeugung des Prinzregenten von seiner parlamentarisch unantastbaren Vollgewalt als oberster Kriegsherr nur die mindeste Aussicht gewesen wäre! Da Vincke die Mehrzahl seiner Partei zu seiner Ansicht herüberzog, auch die Konservativen und die große Majorität des klerikalen Zentrums hierfür zu haben waren, wurde der Widerstand der entschiedeneren Liberalen, unter ihnen Forckenbecks und Hoverbecks, so aussichtslos, daß sie auf ihn verzichteten. Die Regierung zog den Gesetzentwurf betreffend

[1]) Darauf hat Franz Mehring in seiner Gesch. der deutschen Sozialdemokratie, Bd. I. (Stuttg. 1897) S. 524, mit Recht aufmerksam gemacht.

[2]) S. Ms. Brief Forckenbecks an seine Gemahlin vom 15. April 1860.

[3]) Bernhardi, a. a. O., S. 272.

die Verpflichtung zum Kriegsdienste zurück und verlangte dafür eine außerordentliche Geldbewilligung von neun Millionen Thalern „zur Aufrechterhaltung und Vervollständigung der Maßnahmen für die fernere Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres.“ Die Liberalen betrachteten es schon als einen glänzenden Erfolg, daß sie die Ersetzung des Wortes „fernere“ durch „einstweilige“ erlangten und damit den provisorischen Charakter der Bewilligung schärfer betonten. In dieser Form wurde die Forderung der Regierung als Extraordinarium fast einstimmig angenommen, am 15. Mai 1860. Acht Tage darauf ward die Session geschlossen.

Allerdings hatten alle Minister, die das Wort ergriffen, auch Roon, auf das bestimmteste erklärt, daß sie den Zustand des Heeres nur als einen provisorischen betrachteten, und daß die spätere gesetzliche Regelung unter der verfassungsmäßigen Mitwirkung der Kammern unerläßlich sei. Indes die Kommission und mit ihr die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses mußten sich sagen, daß, wenn einmal die neuen Regimenter organisirt seien, der Prinzregent sie nachträglich nicht durch ihr Votum werde wieder abschaffen lassen. Die Regierung handelte in dem Wunsche, ihr einstweiliges Fortbestehen zu ermöglichen, unaufrichtig; aber auch dem Abgeordnetenhause kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß es durch eine halbe Maßregel bei der Krone den Glauben erweckte: es habe eben nur seinen Rückzug decken wollen und im Grunde die Reorganisation in vollem Umfange angenommen. Durch diese beiderseitigen Zweideutigkeiten ist zweifellos der spätere Militär- und Verfassungskonflikt verursacht worden — das Ministerium Hohenzollern-Schwerin und das von Herrn von Vincke geführte Abgeordnetenhaus tragen daran gleiche Schuld.

Der Prinzregent ließ über die Art, in der er die Bewilligung der neun Millionen auffaßte, nicht die mindeste Zweideutigkeit walten. Die 36 Landwehr-Infanterieregimenter des Heeres wurden abgeschafft und durch ebenso viele Linien-Infanterieregimenter ersetzt, die fortlaufende Nummern erhielten, und denen dann auch die Fahnen verliehen wurden. Die Reorganisation war vollzogen. Als der Finanzminister von

Patow das Kriegsbudget des Jahres 1861 auch nur um eine halbe Million zu verringern ſuchte, drohte der Prinz abermals mit der Abdankung und zwang ſo Patow, die halbe Million wieder einzuſtellen [1]).

Mit äußerſter Mißſtimmung hatte Forckenbeck dieſe Vergewaltigung der Volksvertretung mit angeſehen. Es iſt bezeichnend, daß er und Hoverbeck ſchon während der Seſſion den Führer der 48er Demokraten, Waldeck, aufſuchten [2]), der damals noch nicht zum Abgeordnetenhauſe gehörte und ſelbſt von vielen Liberalen mit Mißtrauen betrachtet wurde; erſt in der nächſten Seſſion kam er durch Nachwahl, zu Bielefeld, in das Haus.

Der Schluß der Seſſion bedeutete für Forckenbeck nicht das Ende der politiſchen Thätigkeit. Er wohnte im September der Verſammlung des von Schulze-Delitzſch und Viktor Böhmert begründeten Kongreſſes deutſcher Volkswirthe zu Elbing bei. Dieſer Verein war dazu beſtimmt, die Grundſätze der Gewerbe- und Handelsfreiheit, der Selbſthilfe und der wirthſchaftlichen Einheit aller Kulturnationen zu fördern. So beſtärkte ſich Forckenbeck wiſſenſchaftlich und praktiſch in den nationalökonomiſchen Ueberzeugungen, die er zuerſt mehr inſtinktiv ſich zu eigen gemacht hatte.

Mit ſeinen Freunden Hoverbeck und Behrend wurde er in den ſtändigen Vorſtand der Volkswirthſchaftlichen Geſellſchaft für Oſt- und Weſtpreußen gewählt. Die drei kamen im November zu Danzig zuſammen. Sie waren einig in der peſſimiſtiſchen Anſchauung der parlamentariſchen Sachlage, einig auch darin, die Schuld an dieſer in der Zerfahrenheit und vollkommenen Zielloſigkeit der großen Vincke'ſchen Partei zu ſuchen. Sie beſchloſſen, ſolchem Mangel durch Aufſtellung eines Programmes abzuhelfen. Forckenbeck, deſſen praktiſche und thatkräftige Natur ihn zum Führer der ganzen Bewegung machte, nahm es auf ſich, den Programmentwurf an etwa zwanzig entſchiedenere Mitglieder der Fraktion zu verſenden

---

[1]) Roon, Denkwürdigkeiten, II 36.
[2]) Pariſius, Hoverbeck, I 193.

und sie zu einer Vereinigung zwei Tage vor Eröffnung der bevorstehenden Session einzuladen, in der das fernere Verhalten zur Partei Vincke berathen werden sollte. Es kann diese Besprechung der drei Männer als die Geburtsstunde der deutschen Fortschrittspartei bezeichnet werden — ihr Vater ist Forckenbeck.

Immer schärfer entwickelte sich durch traurige Mißverständnisse der Zwiespalt zwischen politischen Elementen, die in vielen der wichtigsten Bestrebungen einmüthig zusammenzuwirken berufen waren, wie dies eine nicht ferne Zukunft deutlich erweisen sollte. Am 2. Januar 1861 wurde der unglückliche König Friedrich Wilhelm IV. durch einen barmherzigen Tod aus seiner tiefen Geistesumnachtung erlöst und der bisherige Prinzregent bestieg als Wilhelm I. den Thron. Nach dem Tode seines älteren Bruders zeigte er für dessen Meinungen noch mehr Pietät als vorher. Die berechtigte Ungeduld der liberalen Partei flößte ihm die Sorge ein, er befinde sich auf schiefer Ebene, arbeite der Demokratie in die Hände, vergebe seinen Königsrechten. Schon wurde es den Ministern schwer, von ihm nur einigermaßen liberale Gesetze zu erwirken. Er blieb diesen seinen alten Freunden noch treu — wie denn solche Treue zu seinen verehrungswürdigsten Vorzügen gehörte — war aber tief verstimmt. Seit dem Januar 1861 war die Ministerkrise chronisch, zumal die Einheit des Kabinets durch den Eintritt der Reaktionäre von der Heydt und Roon zerstört war. Schleinitz verfolgte diesen Elementen zu Gefallen eine durchaus legitimistische Politik nach außen, indem er jede Lösung der deutschen Frage von der — unmöglich auf gütlichem Wege zu erlangenden — Zustimmung der Fürsten abhängig machte und andrerseits dem jungen Königreiche Italien die Anerkennung versagte. Darob mit vollem Fug neue Entrüstung des deutschen und zumal des preußischen Liberalismus [1]! Zu allen diesen Gründen der Schwäche für das Ministerium kamen noch die Umtriebe Roons. Er richtete hinter dem Rücken seiner Kollegen an den König eine Denk-

[1] Heym, Duncker, 225, 230 f. 249.

ſchrift, nicht etwa wegen des Militärweſens, ſondern wegen des Miniſterverantwortlichkeits- und des Oberrechnungskammer-Geſetzes, die er hier als revolutionäre Vergewaltigungen des wahren Willens Seiner Majeſtät ſchilderte. Er wußte wohl, wie gut er damit die verwundbarſte Stelle des Monarchen traf. Etwas ſpäter — im April 1861 — forderte er ihn, gleichfalls im Geheimen, unmittelbar zur Entlaſſung ſeiner liberalen Rathgeber auf, die das Königthum Preußens zum Scheinkönigthume Belgiens, Englands und Ludwig Philipps abblaſſen wollten. Der König ſei damit auf dem Wege zum Schickſale Karls I. und Ludwigs XVI[1])! So unbedenklicher Liſt, ſo offenbarer Unwahrheiten bediente ſich der ſtets von Königstreue und Gottesfurcht redende Miniſter zur Erreichung ſeiner perſönlichen und politiſchen Ziele.

Trotz allem dem gelang es dem Miniſterium, indem es dafür die Reorganiſation aufrecht zu erhalten verſprach, vom Könige die Genehmigung zu einer Reihe liberaler Geſetze zu erlangen. Die Grundſteuervorlage wurde noch einmal mit ſcharfer Empfehlung in der Thronrede dem Herrenhauſe vorgelegt, das um 29 meiſt liberale Mitglieder vermehrt wurde; auch das Ehegeſetz wurde ihm zum dritten Male unterbreitet. Das Abgeordnetenhaus erhielt Geſetzentwürfe wegen Aufhebung des Judeneides, wegen Ausdehnung der Befugniſſe der Oberrechenkammer zur Kontrole der Verwaltung und ihrer finanziellen Gebahrung. Forckenbeck hatte im Beſondern die Genugthuung, daß die Regierung, in ausdrücklichem Anſchluß an ſeine, in der vorherigen Seſſion nicht mehr berathene Novelle zur Städteordnung, Abänderungen dieſer letztern einbrachte, mit der ſeinen eigenen Abſichten durchaus entſprechenden Zweckbezeichnung, „die in den beſtehenden Geſetzen vorhandene Tendenz der Beſchränkung des Prinzipes der Selbſtbeſtimmung der Kommunen“ zu beſeitigen[2]).

---

[1]) Wörtlich in den Denkſchriften Roons, die ſein Sohn in den „Denkwürdigkeiten“, II, 38 ff. 44 ff. mittheilt.

[2]) Aus allen dieſen Thatſachen geht klar hervor, wie unrichtig die Behauptung des Hrn. Waldemar v. Roon (Sohn) iſt („Denkwürdigkeiten“ II 49): „Die liberalen Miniſter ließen (im Frühjahr 1861) ihre Rück-

Das waren alles schöne Dinge, nur traute man dem Ministerium nicht die Kraft und den Muth zu, sie auch gegen den unvermeidlichen Widerstand der Junkerpartei und des von dieser erfüllten Herrenhauses wirklich durchzuführen. Forckenbeck und seine Freunde meinten, nöthigenfalls den Erfolg erzwingen zu müssen.

Zwei Tage vor Eröffnung der Session, am 12. Januar 1861, kam er früh Morgens in Berlin an, und um fünf Uhr desselben Tages fand in Behrends Wohnung die Versammlung der geladenen zwanzig politischen Freunde statt. Auch diese konnten sich nicht über das von Forckenbeck ausgearbeitete Programm einigen, und so erhielt dieser nebst Hoverbeck, Behrend und dem in Stallupönen neu erwählten Abgeordneten Rechtsanwalt Krieger den Auftrag, es nach den nunmehr gefaßten Beschlüssen abzuändern; die Hauptsache daran that wieder Forckenbeck [1]). Es mußte alles schnell beendet werden, denn noch am 13. Abends war Sitzung der Fraktion Vincke. Hier ward das von den Zwanzig vereinbarte Programm vorgelegt, aber selbst nur dessen Berathung auf die höhnische Abweisung Vinckes hin einstweilen zurückgestellt. Nach Wahl des Fraktionsvorstandes, bei der die Kandidaten der Entschiedeneren mit vierzig bis sechzig Stimmen unterlagen, beschied der neue Vorstand Forckenbeck und Behrend vor sich. Zumal der erstere sagte den Herren ungeschminkt die Wahrheit, konnte aber nicht verhindern, daß der Vorstand beschloß, der Fraktionsversammlung die Ablehnung jenes Programms anzurathen. Im Plenum der Partei platzten die Geister heftig auf einander. Besonders Forckenbeck in seiner schnellen Erregbarkeit und Vincke, der ihm darin glich, ließen es an scharfen gegenseitigen Hieben nicht fehlen. Zuletzt wurde der Antrag des Vorstandes mit einigen 80 gegen 34 Stimmen angenommen.

---

trittsgedanken fallen, obgleich der König die Konzessionen, welche sie „zum Ausbau der Verfassung" und zur Befriedigung der Majorität des Abgeordnetenhauses für unerläßlich erklärt hatten, abermals abgelehnt hatte."

[1]) S. seine Ms. Briefe an seine Frau v. 12. 13. Januar 1861.

Trotzdem verschoben die ost- und westpreußischen Freunde den Austritt aus der Fraktion. Vincke und dessen Anhänger suchten ihn durch Freundlichkeit und Entgegenkommen aller Art zu verhindern und schlugen überdies dem Ministerium gegenüber eine schärfere Tonart an. Allerlei beunruhigende Gerüchte durchschwirrten die Luft: Krieg wegen Schleswig-Holsteins mit Dänemark und dessen Beschützer Frankreich; Bevorstehen eines polnischen Aufstandes; Ministerkrisis wegen tiefgehender Meinungsverschiedenheiten des Kabinets mit dem Könige. Wirklich wollte Schwerin zurücktreten, weil der Monarch die Entlassung reaktionärer Beamten verweigerte; und Patow schloß sich dem führenden Kollegen an. Indes noch war Wilhelm I. nicht bereit, sich von seinem alten Freunde Patow zu trennen, und so wurde die Sache, wie Forckenbeck sich ausdrückt, wieder zusammen geleimt. Seine klare und logische Natur litt schwer unter dieser unsichern und heillosen Lage, die ihm für die ganze Zukunft des Vaterlandes bedrohlich erschien. Unter dem Drucke der Ministerkrisis fiel die Adresse, die lange Wochen hindurch als Antwort auf die Thronrede berathen wurde, sehr zahm aus — der Muth Vinckes, Mathis' und ihrer Anhänger war schnell dahingeschwunden.

Das zeigte sich recht deutlich bei der Plenarberathung der Adresse. Die Fraktion Vincke hatte sich auf Antrag der Entschiedeneren über, theilweise von Forckenbeck entworfene, Amendements geeinigt, die die Entfernung der reaktionären Beamten, die Anerkennung der italienischen Einheit, die politische und militärische Zusammenfassung Deutschlands zu einem Bundesstaate unter preußischer Führung forderten. Gerade das letzte, das wichtigste, Amendement aber ließ die große Mehrheit der Fraktion im Plenum des Hauses am 7. Februar fallen, weil Schleinitz bei dessen Annahme mit seiner Entlassung drohte — eine Erklärung, die am Tage drauf von der offiziösen Zeitung geradezu dementirt wurde. Nach diesem offenbaren Wortbruche, der die Haltlosigkeit der treibenden Kräfte der Fraktion offen darlegte, konnten die Entschiedeneren nicht mehr in ihr verbleiben. Unter Führung Forckenbecks

und seiner Freunde Hoverbeck und Behrend traten zunächst — am 9. Februar — elf Abgeordnete aus, denen allmählich noch acht andere folgten. Die förmliche Konstituirung der neuen Fraktion geschah erst am 2. März; auch die neugewählten Abgeordneten Waldeck und Schulze-Delitzsch gehörten zu ihr. Offiziell hieß sie nach dem, in Gemäßheit der alphabetarischen Ordnung zuerst unterschriebenen Mitgliede „parlamentarischer Verein Anker und Genossen". Thatsächlich wurde sie zumeist nach ihrem eigentlichen Begründer und Führer „Fraktion Forckenbeck" genannt. Vincke gab ihr, weil sie zumeist aus Ostpreußen bestand, den Spottnamen „Junglithauen", unter dem sie in die Geschichte übergegangen ist; aus diesem unscheinbaren Kerne hat sich bald die große „deutsche Fortschrittspartei" entwickelt. Das Programm war kurz aber bezeichnend: „Der Verein stellt sich auf den Boden freisinniger durch Rücksichten keiner Art beirrter Wirksamkeit für das Wohl des preußischen und des davon untrennbaren deutschen Vaterlandes"[1]).

Dieses Programm war im Grunde ein solches, das jeder einigermaßen liberale Preuße von echt deutscher Gesinnung unterschreiben konnte und noch kann. Der ausdrückliche Zusatz: „durch Rücksichten keiner Art beirrt" und die Thatsache der Bildung einer eigenen Partei erklären sich lediglich durch die damaligen Umstände. Ein angeblich liberales Ministerium, das nach außen eine durch die Erfahrung vieler Jahre als geradezu verderblich erprobte legitimistische und ängstliche Politik verfolgte, im Innern die reaktionären Elemente walten ließ und nicht den Muth zur Durchdrückung auch der bescheidensten Reformen im Sinne wirklichen konstitutionellen Lebens fand — ein solches Ministerium war dem Liberalismus gefährlicher, als ein offen reaktionäres, weil es ihn entmannte und in den Augen des Volkes verächtlich machte. Forckenbeck und seine Freunde sind deshalb, sobald man sich auf ihren, das heißt den deutschen und liberalen, Standpunkt stellt, lediglich zu loben für ihre That. Als später ein großer Minister, obwohl aus dem entgegengesetzten Lager hervorge-

[1]) Vgl. Parisius, Hoverbeck, S. 190 ff.

gangen, die alldeutſchen Beſtrebungen zum Siege führte und die freiheitlichen Tendenzen wenigſtens in beſcheidenem Umfange verwirklichte, da iſt Forckenbeck der erſte geweſen, der zu ihm übertrat und ihn unterſtützte, inſoweit und ſo lange jener den liberalen Grundſätzen nicht geradezu entgegenhandelte.

Der neue „parlamentariſche Verein“ trat bald mit einer Feſtigkeit im Abgeordnetenhauſe auf, die freilich mehr der Entſchiedenheit ſeiner Geſinnung und der Kraft ſeiner Zuverſicht, als ſeiner ſchwachen Zahl entſprach. Schon am 9. März brachte er den Entwurf eines Miniſterverantwortlichkeitsgeſetzes ein; in der hierfür gewählten Kommiſſion erſcheint auch Forckenbeck, und zwar als ſtellvertretender Schriftführer. Die Mehrheit der Kommiſſion lehnte zwar den Entwurf ab, forderte aber mit allen gegen eine Stimme die Staatsregierung zur Vorlage eines entſprechenden Geſetzes in der nächſten Seſſion auf. Ebenſo ſtimmte das Miniſterium der Forderung eines Verantwortlichkeitsgeſetzes zu und verſprach ein ſolches für die kommende Tagung der Geſetzgebung. Immerhin Erfolge der Aktion Forckenbecks und ſeiner Freunde! Am 27. April ſprach Forckenbeck zum erſten Male im Plenum des Hauſes, freilich nur zur Geſchäftsordnung und zwar in ſcharfem Gegenſatze zu Vincke und deſſen Partei. Er und ſeine Anhänger ſtimmten auch gegen das Grundſteuergeſetz, weil ſie die darin enthaltene Entſchädigung für die bisher von der Steuer Befreiten als ungerecht, als eine Schädigung der ärmeren Steuerzahler betrachteten.

Am 16. Mai erfolgte dann die entſcheidende Berathung über den Gegenſtand, der Forckenbeck ganz beſonders am Herzen lag, die Novelle zur Städteordnung. Gemäß ſeinem vorjährigen Entwurfe beantragten er und ſeine Genoſſen Aufhebung des Dreiklaſſenſyſtems, Abſchaffung der öffentlichen Abſtimmung, kürzere Amtsdauer der Stadtverordneten. Forckenbeck vertheidigte kurz ſeine Vorſchläge, die von zahlreichen Petitionen ſtädtiſcher Behörden unterſtützt und im Grunde von der Mehrheit des Hauſes gebilligt wurden. Da ſich aber die Regierung zumal gegen das Verſchwinden des Dreiklaſſen-

ſyſtems erklärte, ſchwenkte die Fraktion Vincke wieder gehorſam ein, und Forckenbecks Anträge fielen ſämmtlich.

Im Grunde wurde die Lage immer troſtloſer. Das Herrenhaus fuhr ruhig fort, alle liberalen Geſetze einfach zu verwerfen: ſo zum dritten Male die fakultative Zivilehe, ſo auch die Aufhebung des konfeſſionellen Judeneides. Nur die Grundſteuervorlagen nahm es im Mai 1861 an, da auch der Kriegsminiſter von Roon es mit gänzlicher Umgeſtaltung bedrohte. Aber dieſes Geſetz intereſſirte den König nur darum, weil es zum Theil die Mittel zur Aufrechterhaltung der Reorganiſation gewähren ſollte. Von einem grundſätzlichen Ausbau der Verfaſſung konnte alſo die Rede nicht ſein, wenn man nicht die Regierung nöthigte, auch in nichtmilitäriſchen Fragen einen Zwang auf den widerſtrebenden Kleinadel des Herrenhauſes auszuüben.

Die bedeutſamſte Frage der ganzen Seſſion war natürlich wieder der Militäretat. Die Regierung hatte verſucht, die Reorganiſation ſtillſchweigend als etwas endgültig Feſtſtehendes hinzuſtellen, indem ſie den Militäretat als eine gewöhnliche Budget-Angelegenheit, wie alle anderen jährlichen Ausgaben, behandelte. Dagegen erhob ſich ſelbſt Vincke. Sein Fraktionsgenoſſe, Generalmajor zur Dispoſition Friedrich Stavenhagen, trennte als Berichterſtatter des Militäretats die Reorganiſationskoſten, die nicht auf dem Wege der gewöhnlichen Budgetberathung erledigt werden könnten, gänzlich von dem ſonſtigen Heeresbudget. Die Regierung behauptete, gegen beſſeres Wiſſen, immer noch, die Reorganiſation ſei etwas Proviſoriſches; allerdings um wirkſam zu ſein, müſſe ſie ſo eingerichtet werden, als ſei ſie zu etwas Dauerndem beſtimmt. Dieſe Zweideutigkeit fiel freilich bei den erſt am 27. Mai beginnenden Debatten über den Militäretat im Plenum des Hauſes hinweg. Roon erklärte, daß er die Reorganiſation als etwas endgültig Geſchaffenes betrachtete — im ſchärfſten Gegenſatze zu des Finanzminiſters von Patow ausdrücklichen Verſicherungen in der vorhergehenden Seſſion, die die Zuſtimmung des Hauſes zur geſetzlichen Regelung der Angelegenheit als nothwendig bezeichnet hatten. Trotzdem waren

auch die entschiedeneren Mitglieder des Hauses zur Annahme der Reorganisation bereit, wenn sie Bürgschaft erhielten, daß mit den vermehrten militärischen Mitteln wirklich eine kräftige deutsche Politik getrieben würde. Allein Schleinitz machte jeder Hoffnung nach dieser Richtung durch seine äußerst schwächlichen Darlegungen ein Ende. So mußte allerdings die Heeresvermehrung dem Volke lediglich als zur Verstärkung des Militarismus, des Absolutismus und der Adelsbegünstigung in Preußen bestimmt erscheinen. Der Abgeordnete Kühne ließ sich hierdurch nicht beirren, eine abermalige provisorische Annahme der Reorganisations-Mehrkosten, mit einigen Abzügen, als extraordinäres Pauschquantum zu beantragen; und die Regierung nahm diese laue Auskunft unter Stellung der Kabinetsfrage an. Mit schwacher Mehrheit — 159 gegen 148 Stimmen — billigte das Haus das Amendement Kühne. Zur Rettung ihres Gewissens fügte die Majorität einen Beschluß hinzu, der die Regierung aufforderte, dem nächsten Landtage ein Gesetz wegen Regelung der Heeresfrage vorzulegen.

Man kann es dem Könige nicht verdenken, wenn er in dieser wiederholten „provisorischen" Zustimmung des Abgeordnetenhauses eine nur das Prinzip wahrende, aber darum nicht minder wirksame Annahme der Reorganisation, mit Einschluß der dreijährigen Dienstzeit, erblickte. Er sprach dies in der Thronrede, mit der er am 5. Juni die Session, die letzte dieses Landtages, schloß, offen aus. Die Rede gestand das Mißlingen aller Bestrebungen Preußens in der deutschen Frage ein, ebenso, daß Preußen nicht gedenke, wegen der Verhöhnung der, das Deutschthum in Schleswig-Holstein schützenden, gesetzlichen Zustände durch die dänische Regierung gegen diese kriegerisch einzuschreiten.

Forckenbeck aber und seine Freunde waren entschlossen, mit voller Kraft in die bevorstehende Wahlbewegung einzugreifen, um den unerträglichen Verhältnissen ein Ende zu machen. Er besprach sich darüber noch während der Session mit Hoverbeck und Schulze-Delitzsch, und die drei Gesinnungsgenossen entschieden sich dafür, als Wahlparole besonders die

Einheit Deutschlands aufzunehmen, deshalb auch mit dem Nationalverein in engste Beziehungen zu treten, für ihre Partei den Namen „nationale“ oder „deutsche“ Partei zu wählen[1]). Ein neuer Beweis, daß nicht radikaler Doktrinarismus oder grundsätzliche Feindschaft gegen ein schlagfertiges Heer diese Männer beseelte, sondern vor allem das rühmliche Streben nach einem einheitlich und freiheitlich gestalteten Deutschland. Nun zog man andere Freunde unter den Abgeordneten und unter den Berliner Liberalen heran: am 6. Juni fand die konstituirende Versammlung der neuen Partei unter dem Vorsitze Virchows statt. Die Mehrheit wollte letztere „demokratische“ Partei taufen, Schulze-Delitzsch „deutsche“, Werner Siemens „Fortschrittspartei“; schließlich vereinte man die beiden letzteren Anträge und entschied sich für die Benennung „deutsche Fortschrittspartei“, die sowohl die Gesinnung als auch die Thätigkeitsrichtung der Genossen am besten bezeichnete[2]).

Sie waren bereit, der Regierung zur Durchführung der Reorganisation die Hand zu bieten, wenn diese durch organische Gesetze und durch eine entschieden deutsche Politik die Bürgschaft gab, daß die Heeresverstärkung nicht die Hebung des Militarismus, der Junkerherrschaft und des Absolutismus zum alleinigen Zweck habe. Das sprachen noch im Herbst die anerkannten Organe der jungen deutschen Fortschrittspartei in klaren Worten aus.

---

[1]) Parisius, Hoverbeck, 208.
[2]) W. v. Siemens Lebenserinnerungen, S. 188.

VII.

Das Ende der Neuen Aera.

Mit aller Lebhaftigkeit seines Strebens trat Forckenbeck in den beginnenden Wahlkampf als Führer der Fortschrittspartei und zugleich — was sehr bezeichnend ist — als Vorstandsmitglied des Nationalvereins ein. Da seine Aussichten in dem aristokratischen Kreise Mohrungen-Preußisch Holland zunächst unsicher waren, verhalf ihm sein Freund Hoverbeck zur Kandidatur in mehrfachen anderen Kreisen der Provinz Preußen [1]).

Indes man dürfte nicht annehmen, daß dieses bewegte politische Treiben sowie die Berufsgeschäfte die Thätigkeit Forckenbecks völlig in Anspruch genommen hätten. Der Aufenthalt in Berlin hatte vielmehr nach vielen Seiten hin bildend auf ihn gewirkt. Besonders hatte er sich eifrig für Musik interessiren gelernt, war ein fleißiger Besucher von Konzerten und Operndarstellungen geworden. Er wünschte auch in tonkünstlerischer Beziehung umfassende und klare Anschauungen zu gewinnen und hörte deshalb die verschiedenste Musik, von Glucks „Armida", Beethovenschen Symfonien und Haydenschen „Jahreszeiten" bis zu Offenbachs „Orpheus". Wie empfänglich und verständnißvoll er damals für die Tonkunst war, mögen seine Worte über den „Lohengrin" erweisen. „So habe ich denn," schreibt er vom 18. April 1860, „zum ersten

[1]) Ueber diese Dinge giebt ein Ms. Brief Hoverbecks an Forckenbeck vom 7. Sept. 1861 Aufschluß.

Male eine Wagnersche Oper gehört und muß gestehen, daß die Musik denn doch einen mächtigeren und tieferen Eindruck auf mich gemacht hat, als ich geglaubt habe, und daß ich dieser neuen Art von Musik eine größere Bedeutung einräumen muß, als ich früher wollte. Wagner versteht zu malen, zu malen nämlich Seelenzustände. Es ist ganz unzweifelhaft, daß durch den ganzen Lohengrin ein mystisch-religiöser und zugleich ein deutscher Ton geht. Mich machte die Musik ganz weich." Der zärtliche Gatte und Vater wurde durch dieses Hohelied reinster Liebe lebhaft an die Gemahlin und die Kinder erinnert, „so lebhaft, daß mich Befürchtungen ängstlich quälten, und dieser Seelenzustand dauerte nach dem Schluß der Oper noch eine Zeit lang fort."

Die persönlichen Empfindungen behinderten ihn aber nicht an der Ausübung der einmal übernommenen politischen Pflicht, so wenig erfreulich und verheißungsvoll sich auch die Zustände des Vaterlandes gestalteten.

König Wilhelm I. erfüllte sich mit immer lebhafterem Mißtrauen gegen die Liberalen. Die Wahl solcher alten 48er Demokraten, wie Waldeck und Schulze-Delitzsch, flößte der Hofpartei die größte Besorgniß vor dem Aufkommen der „Revolution" ein; und in diesem Sinne suchte sie auch den Herrscher zu beeinflussen. Warf doch sogar Vincke den Demokraten den Handschuh hin und klagte sie als Feinde des Thrones an. Die ganze persönliche Umgebung des Königs aber erging sich gegen die gesammte liberale Partei in schroffen und drohenden Aeußerungen und arbeitete bei Wilhelm I. dahin, das Junkerthum wieder an die Regierung zu bringen. Die Liberalen, sagten sie, wollten durch ihre — angebliche — Feindschaft gegen die Reorganisation Preußen in militärischer Schwäche erhalten und dadurch die deutsche Revolution vorbereiten, sollten darüber auch des Vaterlands Interessen tief geschädigt werden. Wirklich warf der König in vertrauten Gesprächen den Liberalen Mangel an Patriotismus vor. Er hielt eine neue Revolution in Berlin für möglich, ja für wahrscheinlich. „Nicht der König soll regieren, die Leute — die Abgeordneten — wollen regieren," sagte er zu Theodor

von Bernhardi, „das kann und darf aber in Preußen nicht sein.“ Er betrachtete die Meinungsdifferenz mit der liberalen Partei immer mehr vom Standpunkte des Kampfes um die ausschlaggebende Macht zwischen Krone und Volksvertretung. Diese Erwägungen und die kläglichen Ergebnisse der äußern Politik ließen ihn den Versuch mit dem liberalen Ministerium als mißlungen ansehen, dessen Sturz eigentlich schon seit dem Frühjahr 1861 entschieden war[1]). Wenn es noch ein Jahr hindurch den Schein der Macht behielt, so dankte es das hauptsächlich dem Einflusse des Kronprinzen Friedrich Wilhelm.

Ganz anders, als an höchster Stelle, war die Gesinnung im preußischen Volke. Nicht als ob es nicht damals, wie später oder früher, „monarchisch bis auf die Knochen“ gewesen wäre. Aber es wollte nicht dem adligen Offizierskorps nutzlos noch mehr von seinen Söhnen und von seinem mühsam erworbenen Gute opfern, es wollte die es schwer bedrückenden reaktionären Beamten, sammt Pietisterei und Junkerthum los sein. Da die altliberalen Minister und Abgeordneten nicht hierbei geholfen hatten, wandte es sich den Demokraten zu[2]). Der bisher sehr gemäßigte liberale Stadtrichter Twesten in Berlin schrieb damals eine Broschüre: „Was uns allein noch retten kann“, in der er die Kamarilla heftig angriff und zumal den Chef des Militärkabinetts, Manteuffel, als „unheilvollen Mann an unheilvoller Stelle“ bezeichnete. Er hatte darüber mit dem General ein Duell auszufechten, in dem er schwer am Arme verwundet wurde.

Inzwischen hatte das Ministerium Schwerin von neuem seine Entlassung angeboten, weil es die Absicht des Königs, sich nach alter Ueberlieferung von den früheren feudalen Ständen die Erbhuldigung ertheilen zu lassen, als mit der Verfassung im Widerspruch stehend betrachtete. Noch einmal siegte die treue Anhänglichkeit des vortrefflichen Monarchen

---

[1]) Haym, S. 237, 267. — Bernhardi, a. a. O., III, 310, 317, IV 100 f. 118, 187. — Vgl. L. Berger, Der alte Harkort, S. 575.

[2]) So urtheilt der selber altliberale, ja gemäßigt konservative Bernhardi im Jahre 1861; IV, 134.

an seine langjährigen Diener und Freunde: er schloß mit ihnen einen Kompromiß, nach dem er sich, zur Wahrung seiner geheiligten von Gott ihm übertragenen Rechte, in Königsberg feierlich krönen lassen wollte (Juli 1861). Die öffentliche Meinung sah darin einen neuen Schritt zum unumschränkten Regiment. Am 18. Oktober fand zu Königsberg die Krönung statt, in Anwesenheit zahlreicher Mitglieder des Landtages und der Provinzialstände. Auch Forckenbeck wohnte der Feier bei. In seinen dabei gehaltenen Reden betonte der Herrscher das göttliche, über alles Menschliche erhabene, unantastbare Recht der Krone; er gedachte nur nebenbei der „beschworenen Rechte" des konstitutionellen Staatswesens. Das Heer ermahnte er, dem Kriegsherrn beizustehen gegen alle Feinde, „von welcher Seite sie auch kommen mögen". Alles Dinge, die sich aus seiner Besorgniß vor Demokraten und Revolution erklären. Herb und unfreundlich erklang seine Ansprache an die Mitglieder des Landtages: seine „Krone komme nur von Gott"; der Landtag habe lediglich „der Krone zu rathen"; er selber werde freilich auf diesen „Rath hören". Das war von dem gewissenhaften Monarchen, der noch soeben erklärt hatte, „auf dem Wege beschworener Rechte" wandeln zu wollen, gewiß nur als Gegensatz zu den vermeintlichen Bestrebungen auf Begründung der Volksherrschaft gedacht; allein die ohnehin mißtrauische öffentliche Meinung, selbst die Altliberalen eingeschlossen, erblickte in diesen Worten eine förmliche Kriegsankündigung gegen die Verfassung. So wirkten die unseligen Mißverständnisse weiter.

Sie übten auch beträchtlichen Einfluß auf die Wahlen, die im Dezember desselben Jahres stattfanden.

Das Programm der deutschen Fortschrittspartei betonte, „daß die Existenz und die Größe Preußens abhängt von einer festen Einigung Deutschlands, die ohne eine starke Zentralgewalt in den Händen Preußens nicht gedacht werden kann." So sah es mit dem angeblichen Mangel an preußischem Patriotismus bei der deutschen Fortschrittspartei aus! Daß dabei eine gemeinsame deutsche Volksvertretung sowie diejenigen Gesetze verlangt wurden, die zur „strengen und konsequenten

Verwirklichung des verfassungsmäßigen Rechtsstaates" erforderlich waren, ist selbstverständlich. In der Militärfrage hielt das Programm an der zweijährigen Dienstzeit fest, die, wie gesagt, schon damals von vielen militärischen Autoritäten gebilligt wurde, bald darauf von Roon selbst angenommen und jetzt seit Jahren im deutschen Reiche durchgeführt worden ist. Sonst aber erklärte sich das Programm mit der erhöhten Aushebung der waffenfähigen Mannschaft für einverstanden und betonte: „Für die Ehre und Machtstellung unseres Vaterlandes wird uns niemals ein Opfer zu groß sein." Die gleichfalls von dem Programme geforderte „Aufrechterhaltung der Landwehr" hat sich bekanntlich als durchaus nothwendig herausgestellt. 1866 wie 1870 hat die Landwehr am Kriege theilnehmen müssen, sind Landwehrmänner sogar in die Linien- und Garderegimenter eingereiht worden, und längst ist auch die Landwehr zweiten Aufgebots wieder aufgerichtet. Man sieht, die militärischen Anschauungen der liberalen Partei der sechziger Jahre — Anschauungen, die man noch heute als mit der Sicherheit und Größe des Staates unvereinbar zu bezeichnen wagt — haben sich durchaus bewährt und als richtig herausgestellt. Forckenbeck und seine Genossen haben nicht leichtsinnig das Wohl des Vaterlandes auf das Spiel gesetzt, haben nicht in verranntem Doktrinarismus den Patriotismus ertödtet. Sie hätten vielmehr selbst ihre bessere Einsicht geopfert, wenn sie aus der schweren dem Volke zugemutheten Last irgend einen Vortheil für Preußen und für Deutschland erhofft hätten. Solchen aber erwartete damals Niemand.

Das Programm erschien so gemäßigt, so streng monarchisch, daß die Berliner Demokraten es nur widerwillig annahmen, Waldeck sich lange Zeit hindurch ganz ablehnend verhielt.

Die Wahlen ergaben einen ungeahnten Sieg der neuen Partei. Die Zahl der Konservativen sank auf 15; ihre Führer Wagener und von Blanckenburg waren durchgefallen. Die freisinnige Fraktion Vincke bestand noch aus 95 Abgeordneten; da ihr Führer die Wahl abgelehnt hatte, übernahm Oberbürgermeister Grabow ihre Leitung, der weit entschiedener

war als Vincke. Die neue Fraktion v. Bockum-Dolffs und Immermann, zusammen 68 Mitglieder, bildeten den Uebergang zu den 83 Männern der Fortschrittspartei, von denen sie sich in Anschauungen und Bestrebungen kaum unterschieden. Die kleine Fraktion Jung-Lithauen war zur Führerin des preußischen Liberalismus geworden. Forckenbeck selber, doppelt gewählt, nahm für seinen alten Wahlkreis Mohrungen an, da ihn an diesen nicht nur die Dankbarkeit, sondern auch die Erwägung knüpfte, daß unter den Liberalen nur er die Mehrheit der Wählerschaft für sich gewinnen könne.

Am 14. Januar wurde der neue Landtag eröffnet. Die Thronrede betonte eine besonnene Reformthätigkeit zum Ausbau der Verfassung, bezeichnete aber eine Beschränkung der Armeereorganisation als unmöglich. Ein neues Gesetz wegen Verpflichtung zum Kriegsdienste sollte die Angelegenheit verfassungsgemäß regeln. Man vermißte die Ankündigung einer Reform des Herrenhauses, die alle Liberalen für die Grundbedingung jeder ersprießlichen Fortentwickelung hielten. Dieser Stimmung gab die Präsidentenwahl Ausdruck. Freilich wurde der gemäßigte Grabow Präsident, erster Vizepräsident jedoch Behrend, Forckenbecks Genosse von der Fortschrittspartei, und zweiter der Regierungsrath Florens von Bockum-Dolffs, ein steifnackiger Westfale, wie Forckenbeck und Waldeck, als oppositioneller Beamter der Regierung besonders unangenehm. Diese legte eine Reihe energischer Gesetze vor: Beschränkung des Anklagemonopols der Staatsanwaltschaft, Reform der ländlichen Polizeiverwaltung in den sechs östlichen Provinzen, Organisation der Urwahlbezirke, Ausdehnung der Befugnisse der Oberrechnungskammer; ferner eine neue Kreisordnung und ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz. Aber was würde davon Gnade vor den Augen des Herrenhauses finden? Der 25prozentige Zuschlag zu den direkten Steuern sollte zur Deckung der Kosten der Heeresorganisation bis Ende 1863 weiter erhoben werden.

Forckenbeck war mit der Absicht nach Berlin gekommen, sich persönlich ganz ruhig zu verhalten. Aber seine praktische und thatkräftige Natur ließ das nicht zu. Er bemerkte schon

in den erſten Tagen, daß in der Fortſchrittspartei eine ſtarke Gruppe, unter Waldecks Führung, ſich befinde, die, auf der demokratiſchen Doktrin fußend, eine ſchmollende und negative Politik zu beobachten gedachte. Dieſe „bloße Paſſivität und das Nein-Sagen“ ſchienen ihm aber verderblich für die liberale Sache, der ſie jede Einwirkung auf den Gang der Ereigniſſe und auf die große Mehrheit des Volkes entziehen würden. Selbſt als hervorragendes Mitglied der Fortſchrittspartei hat er nie den Wunſch und die Hoffnung aufgegeben, mit der königlichen Regierung zur Einigung und zum gemeinſamen ſchöpferiſchen Wirken für den Staat zu gelangen. Er wurde alſo im Gegenſatze zu Waldeck und deſſen Anhängern der Führer der poſitiven, im beſten Sinne realpolitiſchen Mehrheit der Partei, der er häufig präſidirte als Mitglied ihres ſechsköpfigen Vorſtandes. Auf ſeinen Antrag ſetzte die Fortſchrittspartei, mit der gewöhnlich die Fraktion Immermann vereint berieth, eine Kommiſſion zur Reviſion der Geſchäftsordnung des Hauſes der Abgeordneten ein. „Denn,“ ſagte er, „ſoll der Landtag eine populäre Macht werden oder bleiben, ſo muß er eine einfache und ſchnellere Geſchäftsordnung haben.“ Selbſtverſtändlich ward er ſelber Mitglied der Kommiſſion, die eine größere Freiheit der Interpellationen und eine Beſchränkung der zeitraubenden Kommiſſionsberathungen zu Gunſten der öffentlichen Verhandlungen im Plenum herbeiführen ſollte.

Vom Hauſe ſelbſt wurde er in die Kommiſſion für das Geſetz über die Oberrechnungskammer gewählt — eine höchſt wichtige Angelegenheit in konſtitutionellem Sinne, da es dafür Sorge tragen ſollte, daß die vom Abgeordnetenhauſe bewilligten Gelder wirklich für die von dieſem beabſichtigten Zwecke verwendet würden; nur die eingehende Prüfung der geſchehenen Ausgaben durch eine unabhängige richterliche Behörde kann für die verfaſſungsmäßige Ausführung des Budget-Bewilligungsrechtes Bürgſchaft leiſten.

Forckenbecks Wunſch war, zunächſt die bedeutendſte Frage des konſtitutionellen Lebens, die Militär- und damit zuſammenhängende Budget-Angelegenheit zu erledigen, um einen feſten Boden für die weitere Entwickelung zu ſchaffen. Indes

der unpraktiſche Idealismus der damaligen preußiſchen Liberalen wollte es anders; auch mit Hoverbeck gerieth Forckenbeck darüber zum erſten Male in Meinungsverſchiedenheit. Nicht nur viele Führer der Fortſchrittspartei, auch Grabow und Bockum-Dolffs und deren Anhänger beabſichtigten zugleich die deutſche Frage und den Streit um die heſſiſche Verfaſſung zu behandeln. Forckenbeck mußte am 2. Februar einer bezüglichen Verſammlung hervorragender Abgeordneter beiwohnen, mißbilligte aber deren Vorgehen, das er nur als eine verderbliche Zerſplitterung der Kräfte betrachtete. Er konnte nicht verhindern, daß die Fortſchrittspartei Anträge im Sinne der Einigung Deutſchlands unter preußiſcher Führung und mit Bildung einer geſammtdeutſchen Volksvertretung, ſowie auf kräftiges Eintreten gegen die eid- und verfaſſungsbrüchige kurheſſiſche Regierung ſtellte. Graf Bernſtorff, der Nachfolger Schleinitz' als Miniſter des Auswärtigen, gab theoretiſch richtige, aber praktiſch ganz werthloſe Antworten. Forckenbecks Vorausſicht hatte ſich bewährt: das Ganze war ein Schlag ins Waſſer.

Die öffentliche Aufmerkſamkeit konzentrirte ſich faſt ausſchließlich auf die Militärkommiſſion. In dieſe war Forckenbeck zum erſten Male gewählt und mit der Berichterſtattung gerade über den techniſchen Theil der Frage: die Abänderung der nach dem Geſetze vom 3. September 1814 gültigen Heereseinrichtung, betraut worden. Forckenbeck hatte nicht einmal im Heere gedient, aber mit ſeiner gewöhnlichen Gründlichkeit und Klarheit auch die Militärfrage ſtudirt, zur Bewunderung aller Fachmänner. „Sagen Sie, Herr von Forckenbeck," fragte ihn einſt Roon, „welcher Truppe haben Sie eigentlich als Offizier angehört? Anfangs glaubte ich, Sie ſeien Infanteriſt; aber als wir zur Kavallerie vorſchritten, glaubte ich in Ihnen einen Kavalleriſten zu erkennen, und jetzt, bei der Debatte über die Artillerie, bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß Sie der Artillerie angehören." Der Miniſter wollte durchaus nicht glauben, daß der Berichterſtatter nie Soldat geweſen ſei.

Kein Abgeordneter hat ſeit 1862 in dem Streite über

die Reorganiſation eine wichtigere Rolle geſpielt als Forckenbeck. Nach gewiſſenhaften Studien war er hier zu feſten Anſchauungen gelangt. Jahrzehnte lang, ſagte er ſich, iſt man ſehr gut mit der zweijährigen Dienſtzeit der Infanterie ausgekommen. Von der behaupteten Erleichterung für den einzelnen Mann kann alſo bei der Reorganiſation um ſo weniger die Rede ſein, als auch der Reſerviſt noch vier Jahre lang nur beurlaubt iſt, unbedingt zur Verfügung der Militärbehörde ſteht. Die Abſchaffung der Landwehr zweiten Aufgebots, die keinen Uebungen mehr beizuwohnen hatte, kommt hiergegen in Friedenszeiten ebenſo wenig in Betracht, wie die Abkürzung der Verpflichtung des erſten Aufgebots um ein Jahr. Dabei ſtellt ſich immer dringender die Nothwendigkeit einer Flotte heraus, für die thatſächlich bald 49 Millionen Thaler verlangt wurden. So koloſſale Forderungen könnten beſtenfalls einer Regierung bewilligt werden, die das Vertrauen des Landes genießt, aber nicht der gegenwärtigen, bei der das Gegentheil der Fall iſt. Mit großen Anleihen operiren wie Frankreich, dazu iſt Preußen zu arm und zu wenig kreditfähig; Bankerott zu ſpielen wie Oeſterreich iſt unehrlich. Freilich verſchloß ſich Forckenbeck keineswegs der Wahrnehmung der ſchweren Mängel der früheren Organiſation. Die Wehrlaſt war damals ungleichmäßig vertheilt, und die geringe Zahl des ſtehenden Heeres benöthigte die Inanſpruchnahme der Landwehr bei jeder Mobilmachung. Deshalb war Forckenbeck ſtets bereit, zur Neuſchöpfung mit der Regierung zuſammenzuwirken — auf dem Grunde einer ſtark vermehrten, wirklicher allgemeiner Wehrpflicht möglichſt entſprechenden Rekrutirung und der zweijährigen Dienſtzeit, nebſt Erhaltung der geſammten Landwehr: alſo genau auf derſelben Baſis, auf der ſeit 1893 das deutſche Wehrſyſtem beruht.

Der offenbare Entſchluß der Kommiſſion bei der zweijährigen Dienſtzeit zu beharren, die der König aus den erwähnten politiſchen Gründen nicht annehmen wollte, machte die fernere Exiſtenz des Miniſteriums Schwerin unmöglich. Ohnmächtig zwiſchen der feudalen Kamarilla und der Fortſchrittspartei, in ſich geſpalten, mußte es zuſammenbrechen. Bernſtorff er-

klärte sich mit Roon und Heydt gegen die liberalen Kollegen. Fürst Hohenzollern und Bethmann-Hollweg legten ihre Aemter nieder; an Stelle des erstern wurde auf Rath Schleinitz', der als Minister des königlichen Hauses Vertrauensmann des Herrschers geblieben war, Fürst Hohenlohe-Ingelfingen interimistischer Vorsitzender des Kabinets, ein Hochtory, der als Präsident des Herrenhauses dessen reaktionären Eifer bisweilen gemäßigt hatte, übrigens ein kränklicher und bequemer Mann. Die Aenderung verstärkte nur noch den konservativen Theil des Ministeriums, der eifrig auf den Sturz der liberalen Kollegen hinarbeitete. Bernstorff sagte ganz laut und öffentlich: wenn Auerswald, Schwerin und Patow entfernt wären, dann würde alles gut gehen [1]).

Um so weniger konnten diese liberalen Minister den Initiativanträgen entsprechen, die im Abgeordnetenhause unaufhörlich von den Fraktionen der Linken gestellt wurden, zu vollständiger Umgestaltung des Staatswesens auf freisinniger Grundlage. Sie zerfielen darüber selbst mit ihren alten und treuesten Freunden, wie Patow mit Kühne.

Hätten die Abgeordneten eine richtige Vorstellung von der wahren Lage der liberalen Minister gehabt, sie hätten sicher ihren Eifer einigermaßen gezügelt, um von den wirklich konstitutionellen Gesetzesvorschlägen, die diese eingebracht, doch möglichst viel zu retten. Hat ja selbst das Herrenhaus am 6. März den ihm zuerst unterbreiteten Ministerverantwortlichkeits-Entwurf angenommen, der, wäre er zum Gesetz geworden, es schwerlich zum Verfassungskonflikte hätte kommen lassen. Aber bevor das Abgeordnetenhaus diese hochwichtige Angelegenheit nur berathen konnte, hatte es zu existiren aufgehört.

Den liberalen Ministern flößte die unleidliche Lage endlich die Entschlossenheit ein, die sie bereits zwei Jahre früher hätten zeigen sollen. Sie wollten dem Könige wie dem Abgeordnetenhause gegenüber ihre Würde und persönliche Selbständigkeit bewahren und griffen deshalb zur ersten Gelegenheit, eine Entscheidung herbeizuführen. Sie erklärten also den

---

[1]) Haym, Duncker, 262 f. — Bernhardi, IV 224 ff.

Hagen'schen Antrag, der lediglich eine größere Spezialisirung des Budgetvoranschlags forderte, als ein unmögliches Verlangen und als ein Mißtrauensvotum — noch in demselben Jahre ist ihm Minister von der Heydt ohne weitere Schwierigkeit nachgekommen. Als der Antrag am 6. März dennoch, mit 171 gegen 143 Stimmen, angenommen wurde, bot das gesammte Staatsministerium seine Entlassung an. Der König wies sie einstweilen zurück, löste dafür am 9. März das Abgeordnetenhaus auf.

Indes das war noch nicht die eigentliche Entscheidung; sie kam unmittelbar darauf. Die beiden Parteien des Kabinets konnten nicht mehr zusammen arbeiten und reichten dem Könige ihr Programm ein. Nach allem Vorhergehenden konnte dessen schließliche Bestimmung kaum zweifelhaft sein. Er antwortete: das Programm der liberalen Minister werde zu republikanischen Einrichtungen führen, die er für den preußischen Staat verderblich halte, und ihn dadurch zur Abdankung zwingen [1]). So traten Auerswald, Patow, Schwerin, Graf Pückler zurück, die, am 18. März 1862, durch von Jagow (Inneres), von Mühler (Kultus), Graf Lippe (Justiz), Graf Itzenplitz (Handel) ersetzt wurden; von der Heydt übernahm, anstatt des Handels, die Finanzen.

Das neue Ministerium suchte durch aufreizenden Erlaß an die Beamten sowie durch Drohungen, Strafen, Lockungen und Lohnverheißungen aller Art, nach dem Muster Manteuffels und Westfals, die Wahlen zu beeinflussen. In Forckenbecks Wahlkreis ließ demgemäß der Landrath durch den öffentlichen Ausrufer unter Trommelschlag verkünden, die Fortschrittspartei sei diejenige, die anstatt des Königs herrschen wolle, und dazu gehöre auch der bisherige Abgeordnete von Forckenbeck [2]). Zur weitern Beeinflussung der Wähler verzichtete die Regierung auf den 25prozentigen Zuschlag zu den direkten Steuern, den sie sich erst kurz zuvor vom Landtag hatte bewilligen lassen. Aber alle diese Maßregeln hatten nur eine der beabsichtigten

[1]) Haym, Duncker, 263.

[2]) Rede Forckenbecks in der Sitzung des Abgeordnetenhauses v. 6. Juni 1862.

entgegengesetzte Wirkung. Die Wahlbeeinflussungen erbitterten die Bevölkerung, die ja gerade der Beamten- und Junkerwillkür sich entledigen wollte. Der Entschluß, die Söhne nicht drei anstatt zwei Jahre „dienen" zu lassen, stand bei Bauern wie bei Städtern fest. Der Verzicht auf den Steuerzuschlag schien gerade zu beweisen, daß die Fortschrittspartei mit ihrer Behauptung Recht habe, die Regierung fordere allzu große Abgaben vom Volk, um für neue Soldatenspielerei und absolutistische Gelüste immer Geld zur Verfügung zu haben. Dazu kam, daß die Indiskretion eines Beamten der Vossischen Zeitung ein streng vertrauliches Schreiben des Finanzministers von der Heydt an Roon auslieferte, das eine Verminderung des Militäretats um $2^1/_2$ Millionen forderte — also nicht viel weniger als die parlamentarische Linke bisher unter dem leidenschaftlichen Widerspruch des gesammten Kabinets hatte streichen wollen. Nach einer solchen Rechtfertigung der Fortschrittspartei und der ihr nahestehenden Gruppen durch einen reaktionären Minister selbst fielen die Wahlen des 6. Mai 1862 vollends zu Gunsten der Linken aus. „Wiederwahl" der entschieden Liberalen war die Parole. Die Konservativen verschwanden bis auf 10, die Anhänger Vinckes bis auf 20. Grabow und dessen Freunde gingen zu dem viel vorgeschritteneren „linken Zentrum" über, das unter Bockum-Dolffs 98 Mitglieder zählte. Die eigentliche Fortschrittspartei aber umfaßte nicht weniger als 135 Abgeordnete. So hatten die entschiedenen Liberalen mit 223 Stimmen von vorn herein die große Mehrheit. Das katholische Zentrum unter Reichensperger, mit 31, die Polen, mit 23 Stimmen, kamen dagegen kaum in Betracht. Sämmtliche Minister fielen bei den Wahlen durch.

Dieses Ergebniß setzte denn doch das Kabinet, das, aus fast lauter unpolitischen Männern bestehend, sich ohnehin recht unsicher fühlte, in großen Schrecken. Zumal sein eigentlicher Führer von der Heydt wünschte am Abgeordnetenhause eine gewisse Stütze zu finden; sein famoser Brief hatte ihm den Haß Roons sowie der „Generalspartei" — Manteuffel, der Generaladjutant Alvensleben, Prinz Karl — zugezogen, die dessen Veröffentlichung als eine von Heydt beabsichtigte, als eine

gegen ſie gerichtete Intrigue betrachteten [1]). Die Thronrede vom 20. Mai gewährte die von Patow verworfene Spezialiſirung der Etats, verſprach Fortſetzung der organiſchen Geſetzgebung, weitere Durchführung der Freihandelspolitik und möglichſte Sparſamkeit bei der allerdings unbedingt nothwendigen Aufrechterhaltung der Reorganiſation. Auch in der Adreßdebatte hat von der Heydt behauptet, das Miniſterium Hohenlohe ſtehe ganz auf demſelben Standpunkte, wie ſein Vorgänger. Der Miniſter des Innern aber, Jagow, entſchuldigte geradezu ängſtlich die Wahlerlaſſe, die er möglichſt als harmlos darzuſtellen ſuchte. Außer in Betreff des Hagen'ſchen Antrags kam die Regierung auch darin den oft geäußerten Wünſchen des Abgeordnetenhauſes nach, daß ſie neben dem Etat für das laufende Jahr bereits den für das kommende Jahr — 1863 — vorlegte. Offenbar wünſchte ſie einen Kompromiß.

Aber wie war ein ſolcher möglich? Die Mehrheit der Abgeordneten hatte ſich den Wählern gegenüber für die zweijährige Dienſtzeit und beträchtliche Erſparniſſe am Militärbudget verpflichtet. Nur kräftiges Auftreten in der äußern Politik im deutſchen Sinne hätte helfen können — oder des Königs Verzicht auf die dreijährige Dienſtzeit.

Das Haus wählte mit großer Mehrheit das frühere Präſidium wieder: Grabow, Behrend, von Bockum-Dolffs.

Zu den angeſehenſten Mitgliedern des Hauſes gehörte bereits Forckenbeck, der trotz aller amtlichen Gegenwirkungen abermals für ſeinen alten Wahlkreis erſchien. Allerdings trat er im Plenum wenig hervor; ſeine aus ſtolzer Beſcheidenheit hervorgehende Befangenheit hielt ihn noch immer von längeren Reden im Hauſe zurück. Aber den Kollegen waren ſein Charakter, ſein reifes und gut begründetes Urtheil wohl bekannt und von ihnen hoch geachtet. Er wurde von der Fraktion mit großer Mehrheit in ihren Vorſtand, vom Plenum in die Adreß- und in die Budgetkommiſſion gewählt. Schon am 31. Mai nahm das Haus, auf ganz kurze Empfehlung

[1]) Bernhardi, IV. 269.

durch Forckenbeck, die von diesem bereits in der vorhergehenden kurzen Session vorgeschlagenen Aenderungen der Geschäftsordnung an.

Eine Adresse an den König, als Antwort auf die Thronrede, sollte nach damaliger parlamentarischer Gepflogenheit die Wünsche des Abgeordnetenhauses in kurzer und prägnanter Weise vor den Thron bringen. Waldeck und die radikalen Mitglieder der Fortschrittspartei widerstrebten einer solchen Adresse überhaupt, da sie keinen Ausgleich für möglich hielten, auch gar nicht wünschten, sondern die Dinge zum Entscheidungskampfe treiben wollten[1]). Diese Richtung aber war durch die Neuwahlen bedeutend verstärkt worden, zumal aus den Rheinlanden und Schlesien. Forckenbeck übernahm ihr gegenüber die Führung der gemäßigtern Mehrheit der Fortschrittspartei: — hier liegt bereits der Keim für die 1866 eintretende völlige Spaltung. Wie Waldeck die Adresse ablehnte, so wollte er auch in doktrinärer Theoretik alle Heereseinrichtungen ganz einfach auf den Stand vor 1859 zurückgeführt wissen. Forckenbeck erkannte das als unmöglich an: einmal weil er Vieles von der Reorganisation als gut, ja als unentbehrlich billigte, und dann weil, wie er schreibt, der Sieg davon abhängt, daß „wir die ganze öffentliche Meinung aller liberalen Parteien hinter uns haben, die allen extremen Vorschlägen nicht beistimmen werden." Er sah sich deshalb innerhalb der Fraktion häufig als „Reaktionär" bezeichnet, ging aber unentwegt seine Straße weiter. „In der Politik," schreibt er seiner Frau am 3. Juli 1862, „heißt es immer zu prüfen, a) was man will, b) was man kann. Vier Millionen können wir streichen (die Mehrkosten der dreijährigen Dienstzeit). Der König mag auflösen, Wahlgesetz oktroyiren, machen was er will, er bekommt nicht mehr. Die gleiche öffentliche Meinung zwingt ihn. Das ganze Extraordinarium (9 Millionen) streichen, heißt aber den König zur Auflösung zwingen, die unentschiedenen Leute, und das ist die große

[1]) Nicht nur Forckenbeck faßte die Dinge so auf; vergl. darüber H. B. Oppenheims treffliche Biographie Waldecks, S. 161 f.

Mehrzahl, auf die andere Seite treiben, und ſo den Sieg für die nächſte Zeit zweifelhaft machen. Weil wir mäßige Ziele mit Entſchiedenheit verfolgt haben, deshalb iſt die Partei eine Macht geworden.“ — Man ſieht, Forckenbeck war ſtets, trotz allem Idealismus, ein beſonnener Realpolitiker, allerdings nicht in dem Sinne, daß er darüber ſeine Grundſätze irgend geopfert hätte. So fährt er denn in jenem Schreiben fort: „Nur wenn ich ſehe, daß eine Auflöſung doch unvermeidlich iſt, oder wenn die Regierung ſo fortfährt, das Land aufzuregen, werde ich gegen das ganze Extraordinarium ſtimmen.“

Mit derſelben praktiſchen Selbſtbeſchränkung wußte Forckenbeck die Mehrheit der Fortſchrittspartei zu beſtimmen, daß die Adreſſe nur die inneren Verhältniſſe in ruhiger und feſter Weiſe erörtere; während die Fraktion Bockum-Dolffs wieder die kurheſſiſchen und ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheiten, ſowie den ohnehin geſicherten Handelsvertrag mit Frankreich hineinbringen wollte. Die Adreſſe fiel denn auch ſehr friedlich aus. Sie enthielt zwar nachdrückliche Klagen und Wünſche, aber auch die wärmſten Verſicherungen der Ehrfurcht und Liebe für die Krone, und brachte keinerlei offenes Mißtrauensvotum gegen das Miniſterium. In der Kommiſſion hatte Forckenbeck ſehr entſchieden gegen Jagow und im Plenum gegen dieſen und gegen den Mißbrauch der Landwehrkontrollverſammlungen zu politiſcher Beeinfluſſung geſprochen. Indeß die nachgiebigen und verſöhnlichen Aeußerungen der Miniſter erweckten bei den Abgeordneten mildere Geſinnungen.

Allein zum Ausgleiche kam es nicht. Der König ſelber war es, der ihn verhinderte. Wie ſchon hervorgehoben, ſah er jetzt in der Mehrheit des Abgeordnetenhauſes eine Partei, die die Macht der Krone zu einem Schattenbild verblaſſen und an deren Stelle thatſächlich republikaniſche Einrichtungen nach engliſchem und belgiſchem Muſter ſetzen wolle. Er hielt es deshalb für ſeine von der Vorſehung ihm auferlegte Pflicht, dieſe Mehrheit zu bekämpfen; ſollte er dabei unterliegen, ſo war der gewiſſenhafte Herrſcher unbedingt zur Abdankung entſchloſſen. Freilich der Form nach trat von der Heydt,

der zweifellos gern den König freundlicher gegen das Abgeordnetenhaus gesehen hätte, äußerst entgegenkommend auf. Aber dem Willen des von Roon und der Generalspartei damals durchaus geleiteten Monarchen gegenüber war er machtlos. Im schroffen Widerspruche zu den ausdrücklichen Erklärungen des frühern Ministeriums mußte das neue Kabinet behaupten: eine Heeresnovelle sei gar nicht erforderlich, da die Reorganisation ganz auf dem Gesetze von 1814 beruhe. Allerdings eine kühne Aufstellung! Der liberal denkende Polizeipräsident von Berlin, von Winter, dessen Nachlässigkeit oder gar geheimer Begünstigung die Hofpartei die demokratischen Wahlen der Hauptstadt zur Last legte, wurde entlassen und durch den feudal-reaktionären von Bernuth ersetzt.

So war geschehen, was Forckenbeck gefürchtet hatte: der Krieg gegen das neue Abgeordnetenhaus war erklärt, das Land wurde auf das schwerste gereizt. Andererseits traten Waldeck und der radikale Theil der Fortschrittspartei immer anspruchsvoller auf und suchten die Führung an sich zu ziehen. Forckenbeck war unzufrieden und hoffnungslos gestimmt. Nachdem der Monarch die von den Liberalen in ihn gesetzten Hoffnungen so wenig erfüllt hatte, drohte nun auch unter den eigenen Parteigenossen Uneinigkeit einzureißen, die ihre endgültige Niederlage entschieden hätte.

Und doch wußte er noch nicht einmal, welche Gefahren für eine gesunde Entwickelung des Staatslebens die nächste Zukunft in sich barg. Dem Minister von Roon sowie der sogenannten Generalspartei, Manteuffel, Alvensleben und dem hochreaktionären Prinzen Karl, war Heydt viel zu ängstlich, viel zu gewissenhaft und für die Abgeordneten zuvorkommend. Sie arbeiteten mit Eifer auch auf dessen Sturz hin. Freilich würde dann ein verfassungsmäßiges Budget nicht zu Stande kommen — aber dafür hatten schneidige Juristen schon in diesem Juli 1862 die sogenannte Lückentheorie erfunden: Die Verfassung enthalte für den Fall, daß ein Etatgesetz nicht vereinbart werde, eine Lücke, und diese Lücke müsse, um die Weiterdauer des Staates zu erhalten, die Regierung ausfüllen, indem sie

den letztjährigen Etat weiter ausführe, bis ein neues Staatshaushaltsgesetz zu Stande komme. Lief diese Interpretation schon an sich dem Geiste, wenn nicht dem Buchstaben, der preußischen wie jeder anderweiten Konstitution zuwider, so hatte sie auf die Kosten der Reorganisation gar keine Anwendung. Denn diese Kosten waren 1860 und 1861, mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierung, nur im Extraordinarium, also für ein Jahr, bewilligt worden. Nach der Lückentheorie selbst hätte also die Reorganisation, wenn sie nicht gesetzlich geregelt wurde, sofort rückgängig gemacht werden müssen [1]). Bewußt oder unbewußt haben Wilhelms I. damalige Rathgeber durch trügerische Deduktionen diesem pflichtgetreusten und ehrenhaftesten aller Fürsten einen Verfassungsbruch aufgebürdet, den er freilich nicht als solchen ahnte. Roon hatte auch für den etwaigen Konflikt längst einen leitenden Minister zur Verfügung, dessen Ernennung er dem Könige seit Jahren anrieth: Otto von Bismarck.

Inzwischen hatte Forckenbeck in Eisenach der Sitzung des Ausschusses des Nationalvereins beigewohnt; eigentlich gegen seinen Willen, nur auf Hoverbecks Drängen, da er es nach wie vor für besser hielt, einstweilen alle Kräfte auf die Begründung eines wahren Konstitutionalismus in Preußen zu verwenden. Dann kam die Berathung des Militäretats an die Reihe. Nach der Behauptung Roons von der vollen Gesetzlichkeit der Reorganisation konnte auch Forckenbeck nicht anders, als die gesammten Kosten für die Heeresneuordnung verwerfen. Dazu veranlaßte ihn auch der Umstand, daß die offenbar vorgekommenen Verfassungsverletzungen sowie gesetzlich nicht gerechtfertigte Mehrausgaben in der Budgetkommission von dem Regierungskommissar direkt dem Könige zugeschrieben wurden, das Ministerium selber die Verantwortung dafür ablehnte und dem Herrscher zuschob. Solche Vorgänge empörten das Rechtsgefühl Forckenbecks auf das höchste. Er bewies mit klaren Worten aus den Aeußerungen der Regierungskommission selbst, daß die Reorganisation mit dem Gesetze von 1814 unvereinbar sei. Er gehörte nunmehr zu den

[1]) Vgl. Bernhardi, IV 320.

ſchärfſten Gegnern jeder, mit der Reorganiſation zuſammenhängenden Ausgabe. Er eiferte gegen die Kadettenhäuſer, in denen ein einſeitiger Kaſtengeiſt groß gezogen werde und die nur für den Adel beſtimmt ſeien, ſowie gegen die thatſächlich und ziffernmäßig immer ausſchließlichere Bevorzugung des Adels in den höheren Offizierſtellen. So ſprach ein wahrer Edelmann für bürgerliche und geſetzliche Gleichheit!

Roon freute ſich offenbar des Konfliktes, den er mit allen Mitteln zu verſchärfen ſuchte, um dann dem Könige die Abgeordneten als Feinde des Heeres zu ſchildern. Während der Kommiſſar Heydts mit zuvorkommender Höflichkeit auftrat, benahm ſich Oberſt von Boſe, der Vertreter des Kriegsminiſters, mit herausfordernder und aufreizender Schroffheit[1]).

Wirklich beſchloß die Kommiſſion auf Forckenbecks, als des Korreferenten, Vorſchlag mit allen gegen die drei Stimmen Stavenhagens, von Sybels und Tweſtens, das Extraordinarium, d. h. die Geſammtkoſten der Reorganiſation, für 1862 und 1863 völlig zu ſtreichen.

Nachdem er aber ſo ſeiner unbedingten Verehrung für Geſetz und Verfaſſung Genüge gethan hatte, ſuchte Forckenbeck ſofort eine Brücke zur Ueberſpannung des zwiſchen dem Monarchen und der Volksvertretung geöffneten Abgrundes zu zimmern — immer jedoch ohne die bisher vertheidigten Grundſätze aufzuopfern. Am 23. Auguſt ſchlug er in der Budgetkommiſſion eine Reſolution folgenden Inhalts vor: „Das Haus der Abgeordneten wolle beſchließen: In Erwägung, daß ... die Mittel für eine Fortdauer der Kriegsbereitſchaft abgelehnt ſind; in Erwägung ferner, daß demzufolge das Heer aus der ſeit dem 1. Januar 1862 lediglich auf eigene Verantwortung der Staatsregierung aufrecht erhaltenen Kriegsbereitſchaft in eine der Verfaſſung und den Finanzkräften des Landes entſprechende Organiſation überzuführen iſt — die Staatsregierung aufzufordern: 1. Dem Landtage einen Geſetzentwurf vorzulegen, welcher, bei Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, Aufrechterhaltung und Fortbildung der Land-

[1]) Ms. Brief Forckenbecks an ſeine Gattin v. 9. Auguſt 1862.

wehr, eine erhebliche Verminderung des ſtehenden Heeres durch Abkürzung der Präſenzzeit herbeiführt und auf dieſe Weiſe die Organiſation des Heeres mit den Finanzkräften des Landes dauernd in Einklang bringt; 2. gleichzeitig derſelben eine Vorlage zu machen, . . . welche ergiebt, wie die Koſten a) der bisherigen Kriegsbereitſchaft, b) der Ueberführung der Kriegsbereitſchaft in die durch das Geſetz geregelte Organiſation zu decken ſind."

Es war das offenbar, ohne jede Prinzipienverletzung, eine zum Frieden ausgeſtreckte Hand: ſie bedeutete Reorganiſation mit zweijähriger Dienſtzeit und Indemnität für die bisher verfaſſungswidrig geleiſteten Heeresausgaben. Die radikalen Mitglieder der Kommiſſion, auch Forckenbecks alter Freund Hoverbeck, der ſich hier zum zweiten Male von ihm trennte, erklärten ſich deshalb gegen dieſen Vorſchlag, da es Sache der Regierung ſei, der in ihren Rechten verletzten Volksvertretung annehmbare Propoſitionen zu machen. Vergebens führte Forckenbeck an, man dürfe nicht auf der bloßen Theorie beſtehen, ſondern müſſe einen praktiſchen Weg zum Ausgleich ſuchen; allzu ſcharf mache ſchartig. Bei der Schlußabſtimmung wurde ſeine Reſolution mit allen gegen elf Stimmen abgelehnt.

Forckenbeck mit ſeiner ſcharfen politiſchen Einſicht hatte richtiger erkannt, als ſeine Freunde, daß die Kraft der Volksvertretung zur ſiegreichen Durchführung eines offenen Kampfes mit der durch jahrhundertelange Verdienſte um den Staat geheiligten und gefeſtigten Krone nicht ausreichten!

Trotzdem ſtritt er tapfer fort unter der einmal entfalteten Fahne des Rechtes und der Volksfreiheit. Er bekämpfte die Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit durch einſeitige Anordnung des Königs und des Kriegsminiſters, ohne Gegenzeichnung des Juſtizminiſters. Mit beſonderm Nachdruck vertheidigte er das volksthümliche Inſtitut der Landwehr. Am 11. September begann die Militärdebatte im Abgeordnetenhauſe ſelbſt. Es ſtanden zwei Anträge einander gegenüber: derjenige der Budgetkommiſſion, ſämmtliche Reorganiſationskoſten mit ſechs Millionen Thalern zu ſtreichen, und der Stavenhagens, v. Sybels, Schuberts und Tweſtens, Einzelerſparniſſe auf

Grund der zweijährigen Dienstzeit vorzunehmen. Die Regierung behauptete, die Militärausgaben für 1862 in dem guten Glauben gethan zu haben, daß das Provisorium der beiden vorhergehenden Jahre erneuert werden würde, und kündigte dafür eine Indemnitätsvorlage an. Aber sie ließ keinen Zweifel darüber, daß diese Rücksicht auf die Rechte des Abgeordnetenhauses eine rein formale sei, und daß, wenn dieses auf den Beschlüssen seiner Budgetkommission beharre, das Zustandekommen eines Budgetgesetzes auch für 1863 unmöglich sei. Roon drohte den Abgeordneten: sie würden es bereuen, wenn sie sich allzu ausschließlich auf den Rechtsstandpunkt stellten. Ja Graf Bernstorff bestritt selbst die von seinen Kollegen anerkannte Nothwendigkeit der Indemnität sowie der gesetzlichen Regelung der Heereseinrichtungen.

Einem solchen Auftreten gegenüber gab es nur eine Antwort für alle diejenigen, die es ernst mit der Verfassung meinten, die in ihr etwas anderes sahen, als einen neumodischen Mantel für den alten Absolutismus. Am 16. September hielt Forckenbeck als Korreferent für den Militäretat seine erste größere Rede im Abgeordnetenhause, trotz aller innerer Erregung ruhig, fest und leidenschaftslos. Er vertheidigte die Kommission gegen den Vorwurf reiner Negation; sie wolle durch ihre Streichungen die Regierung nöthigen, auf das Gesetz von 1814 und auf eine Reorganisation auf gesetzlicher Grundlage zurückzugehen. Twesten warne vor einer Erschütterung der verfassungsmäßigen Zustände. „Sie sind schon erschüttert, und läßt man solches geschehen, so wird die Verfassung zu Grabe getragen. Deshalb wollen wir allerdings ein energisches Heilmittel anwenden. Wir glauben damit der Verfassung mehr zu dienen, als durch die Verewigung der Krankheit, die im Amendement Twesten liegt.“ Er traf den rechtlichen Kernpunkt der Sache, indem er darauf hinwies, daß die Gelder für die Kriegsbereitschaft nur als „einmalige außerordentliche Ausgaben bis 1861“ bewilligt worden seien, auch das Gesetz vom Jahre 1814 keine gesetzliche Abänderung erfahren habe. Die Regierung habe sich also thatsächlich in Widerspruch mit der gesetzlichen Kriegsver-

faſſung geſetzt. Die angebliche Schonung der Landwehr ſei ganz illuſoriſch, da die Cadres der Feldarmee für den Kriegsfall nicht völlig ausgefüllt werden könnten und die Landwehr zur Feldarmee herangezogen werden müſſe — eine Vorherſagung, die ſich in den Jahren 1866 und 1870 durchaus bewahrheitet hat; dadurch würde aber der geſetzliche Stand der Landwehrleute verletzt. Allein Forckenbeck ſtellt ſich nicht ausſchließlich auf den rechtlichen Standpunkt: „Die Oppoſition wird getrieben durch die dringendſten materiellen Bedürfniſſe des Landes.“ Er hebt hervor, daß, weil alle verfügbaren Geldmittel für den Militäretat verwendet werden, für den Unterricht nur ganz unbedeutende Zuſchüſſe gewährt werden können. So kommt es, daß von den zum Heere Ausgehobenen der 16. Mann nicht leſen kann. Außer den Koſten eines Heeres von insgeſammt 725000 Mann fordert die Regierung Umbau der Feſtungen zur Sicherung gegen die gezogenen Geſchütze, ſowie eine Flotte, die für 42 Mill. Thaler zu bauen und für die dann jährlich fünf Millionen auszugeben ſind. Solche übermäßigen Anforderungen an die Steuerkraft des Volkes müſſen große finanzielle und volkswirthſchaftliche Gefahren herbeiführen. „Wir wollen durch Ablehnung dieſes Reorganiſationsplanes dem Herrn Kriegsminiſter ein entſchiedenes und beſtimmtes „Nein“ zurufen.“

Dieſe erſte Rede zeigt uns bereits Forckenbeck in ſeiner eigenthümlichen Art als Redner überhaupt. Er war kein Kunſtredner, aber gerade die ungekünſtelte Art ſeines Sprechens, der überall auf ſcharfem Verſtande und gründlicher Sachkenntniß beruhende Inhalt, die klare, durchſichtige und in ihrer Schlichtheit überzeugende Form nahmen für ihn ein. Sein imponirendes Aeußere, ſein wohllautendes und weitdringendes Organ, ſein treuherziger bodenentwachſener weſtfäliſcher Dialekt, ſeine kräftigen Gebärden verſtärkten den Eindruck, der um ſo größer war, als er ſich nur ſchwer zum Reden entſchloß, nur bei wichtigen Veranlaſſungen das Wort nahm. Geiſtreiche und originelle Ausſprüche, fein zugeſpitzte Redekünſte, pomphafte Phraſen durfte man nicht von ihm erwarten; aber gerade das Einfache, Wahrhaftige, vom Herzen Kommende ſeiner

Auseinanderſetzung, mit natürlichem Pathos vorgetragen und leiſe vibrirend, riß die Hörer mit ſich fort. Uebrigens bereitete er ſeine größeren Reden ſorgfältig vor, ſchrieb ſie ganz nieder oder ſtellte doch eine eingehende Dispoſition auf, die er dann mit ſich auf die Tribüne nahm. Seine Beſcheidenheit und Gewiſſenhaftigkeit verleugneten ſich auch darin nicht.

Wir werden Forckenbeck beſſer kennen, wenn wir hören, was er am Tage nach dieſer ſeiner Jungfernrede an ſeine Frau ſchrieb:

„Es iſt ſolch ein Kampf um ſolche gewaltige Intereſſen doch etwas, was Körper und Geiſt gewaltig aufregt, zumal den, der mitten in dieſem Kampfe ſteht und ihn nicht zum kleinen Theile ſelbſt mitführt. Dazu kam die ſehr ſchwere Poſition, die mir die Partei angewieſen. Zuletzt ſollte ich ſprechen, die juriſtiſche, alſo ſehr trockene Seite wahrnehmen. Denke Dir drei Tage mit einer Rede in Gedanken, die jeden Abend, jeden Morgen, weil alles vorher geſagt worden, umgekrempelt werden muß. . . . Denke Dir dann das Bewußtſein, Du ſprichſt zuletzt und kannſt Vieles verderben. Es war ein ſaurer Gang zur Tribüne. Nach den erſten Worten . . . kam ein Bravo. Dann mehrere, dann „ſehr richtig“, und bald fühlte ich mich behaglich, bis mir die Stimme verſagte. Da trat wieder ein kritiger Moment ein, und ich nahm alle Kräfte zu einem ordentlichen, Vieles vergeſſenden, aber womöglich zündenden Schluß zuſammen. Das gelang. Ich bin froh, daß ich die Sache hinter mir habe.“

Nach Forckenbecks Rede wurde die erſte Poſition, die die Reorganiſationskoſten betraf, mit 273 gegen 68 Stimmen, alſo mit vierfacher Mehrheit verworfen.

Heydt war nicht gewillt, der ungeheuren Mehrheit des Volkes und ſeiner Vertretung gegenüber eine Verfaſſungsinterpretation zu verfechten, die nach ſeiner Meinung einem Verfaſſungsbruche verzweifelt ähnlich ſah. Gerade Forckenbecks Rede, die, ſehr entſchieden in der Sache, doch in der Form verſöhnlich war und den Wunſch nach einem Ausgleich kund gab, überzeugte das Miniſterium Hohenlohe, daß ein ſolcher auf Grund der 2- oder ſelbſt $2\frac{1}{2}$jährigen Dienſtzeit ſehr wohl möglich war. Es verhandelte, durch Simſons Vermittelung, darüber mit Forckenbeck[1]). Selbſt Roon, der

[1]) Höchſt intereſſante Mittheilung darüber in Ms. Forck.'s Brief an ſeine Frau v. 17. Sept. 1862.

für den Augenblick keinen andern Ausweg sah, überzeugte sich plötzlich von der Möglichkeit einer solchen Lösung. Bereits am 17. September erklärte er in der Kammersitzung, daß das Ministerium, so schwer es ihm falle, das Amendement Twesten — also Reorganisation mit zweijähriger Dienstzeit — in Erwägung ziehen wolle. „Diese Erklärung," fügte er hinzu, „wird darthun, daß die Königliche Staatsregierung keineswegs auf das spekulirt, was man einen Konflikt nennt, sondern vielmehr das Bedürfniß fühlt, eine Einigung über die obwaltende Frage herbeizuführen."

Sofort vertagte sich die Kammer. In der nunmehr zusammentretenden Budgetkommission stellte Roon zwar die gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit — offenbar mit Rücksicht auf die Stimmung des Königs — als unmöglich hin, gab aber zu, daß unter gewissen technischen Bedingungen, die noch zu erwägen seien, die Regierung solche thatsächlich zugeben könne. Auch in Betreff der Landwehr sei eine Einigung möglich. Die Kommission, und namentlich Forckenbeck, kam nach diesen Eröffnungen der Regierung auf halbem Wege entgegen; jene vertagte sich, um deren endgiltige Beschlüsse abzuwarten.

Es war ein entscheidungsvoller Moment. Heydt hat selber auf das bestimmteste erklärt, daß Roon sich mit ihm über Zulassung der zweijährigen Dienstzeit geeinigt hatte [1]). Stimmte der Monarch seinen Ministern zu, so war der Streit beseitigt, das Wesentliche der Reorganisation erhalten, die ruhige Fortentwickelung des Verfassungslebens gesichert. Bedenken wir doch, daß dieser von der großen Mehrheit des Abgeordnetenhauses gebilligte Kompromiß nur das in der Reorganisation beseitigt haben würde — dreijährige Dienstzeit und Verstümmelung der Landwehr — was seitdem die siegreiche Regierung, zum Theile noch unter Wilhelm I., selber aufzugeben für richtig fand. Der Standpunkt Forckenbecks und der Mehrheit des Abgeordnetenhauses war also ein durch-

[1]) Bernhardi, V 19; unmittelbar nach Heydts ihm persönlich gemachten Aeußerungen sofort niedergeschrieben.

aus richtiger und gesunder, schon damals von Roon selbst acceptirter.

Der König kam eilends von Potsdam zurück. In Berlin nahmen ihn sofort seine gewöhnlichen militärischen Rathgeber, Prinz Karl, Manteuffel, Alvensleben, in Beschlag. Sie stellten ihm vor, daß die Annahme der zweijährigen Dienstzeit nunmehr, nachdem man diese so lange und bestimmt zurückgewiesen, eine Niederlage des Königthums, ein Sieg des Parlamentarismus sein würde. Deshalb lehnte er sie ab[1]). Der Konflikt war damit eingetreten.

Die Ereignisse folgten sich nun Schlag auf Schlag. In der Sitzung des Hauses vom 18. September nahm Roon plötzlich alle Zugeständnisse zurück, unter dem Vorwande, die Budgetkommission lasse der Regierung nicht Zeit zur Ueberlegung; übrigens könne die Regierung auch auf die thatsächliche zweijährige Dienstzeit nicht eingehen. Abgeordneter Immermann gab dem Erstaunen über so schnellen Frontwechsel Ausdruck; Vincke rief aus: „Der Minister hat in der Zwischenzeit vom 17. zum 18. offenbar ein „Hinderniß" gefunden."

Roon „konnte auch so". Heydt jedoch, Fürst Hohenlohe und Bernstorff nahmen ihre Entlassung, da sie sich nicht so schnell Lügen strafen und auch auf die Länge keine budgetlose Regierung führen wollten.

Das Abgeordnetenhaus aber verwarf nunmehr mit 308 Stimmen gegen 11 die gesammten Kosten der Reorganisation. Selbst Twesten und seine Anhänger, die sämmtlichen Altliberalen mit Vincke und sogar mit des Königs persönlichem Freunde Auerswald votirten jetzt gegen die verstümmelte Regierung, für die sich nur neun Konservative, ein Ultramontaner und der frühere Minister Patow erklärten (23. September).

König Wilhelm fühlte sich schwer bedrückt. Er fand in seiner Umgebung niemanden, der ihm zur siegreichen Durchführung des Kampfes mit der Volksvertretung verhelfen mochte und konnte. Er selber war entschlossen, Eid und Verfassung nicht zu brechen, aber auch den Rechten der Krone, wie er

---

[1]) Bernhardi, IV 327.

ſie auffaßte und für Beſtand und Größe des Staates als unentbehrlich betrachtete, nichts zu vergeben. Er fürchtete eine Revolution mit tragiſchem Ausgang, ja er, der Herrſcher eines treuen und durchaus monarchiſch geſinnten Volkes, ſah ſich ſchon ſelber dem Schickſale Karls I. und Ludwigs XVI. verfallen, das ihm ſeine feudalen Rathgeber oft vor Augen geſtellt hatten. So drängte ſich ihm abermals der Wunſch der Abdankung auf. Wenn dem Parlamentarismus Zugeſtändniſſe gemacht werden müßten, ſolle ſich lieber ſein Sohn dazu verſtehen, der noch nicht Stellung genommen habe und deshalb durch Konzeſſionen wenigſtens nicht ſich ſelbſt und damit die Krone demüthige. Wilhelm I. hatte damals die Abdankungsurkunde thatſächlich ſchon ausgefertigt[1]). Da gelang es Roon endlich, den Monarchen zur Berufung des einzigen Mannes zu bewegen, den der Kriegsminiſter zur Bändigung der „Revolution“ für geeignet hielt: Otto von Bismarck.

---

[1]) Dieſe Dinge hat 1866 Bismarck ſelber Forckenbeck und Unruh und ſpäter auch Anderen erzählt: Poſchinger, Erinnerungen Unruhs, S. 221; H. Blum, das deutſche Reich zur Zeit Bismarcks, I (Leipzig und Wien 1893), S. 246; Philippſon, Friedrich III. als Kronprinz und Kaiſer (Berlin 1893), S. 69.

VIII.

Das Ministerium Bismarck.

Nur schwer und eigentlich in einem Augenblick der Verzweiflung hat der König dem langjährigen Drängen Roons nach Berufung Bismarcks nachgegeben. Der geniale, leidenschaftliche Staatsmann wurde damals allgemein für einen phantastischen, in seinen Anschauungen und Plänen extremen und unkontrollirbaren Menschen angesehen. Dazu kam, daß Eingeweihte, wie der Herrscher und seine Umgebung, längst wußten, Bismarck sei ein entschiedener Gegner Oesterreichs und strebe nach einem offenen Kampfe mit dieser Macht, in der die Reaktion und, seit Wilhelms I. von diesem zärtlich verehrten Vater, auch das preußische Königshaus den Hort aller deutschen Legitimität erblickten. Während seiner Gesandtschaft am deutschen Bundestage hatte Bismarck sich überzeugt, daß eine wirkliche Machtstellung Preußens in Deutschland nur nach dem Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland, dieses wiederum nur nach einer kriegerischen Demüthigung des Kaiserstaates möglich sei. Er hatte deshalb im Frühjahr 1859 sogar einem Bunde mit Frankreich gegen Oesterreich das Wort geredet [1]). Oesterreich sei ein gefährlicherer Gegner Preußens als Frankreich, sagte er damals Viktor von Unruh. Alle deutschen Höfe seien Preußen feindlich, dessen einziger Verbündeter das deutsche Volk [2])! „Eine

[1]) W. Oncken. Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm, I (Berlin 1888), S. 456.

[2]) Poschinger, Unruh, S. 207 ff.

nationale Vertretung des deutschen Volkes bei der Bundes-Zentralbehörde," schrieb er 1861 in einer offiziellen Denkschrift, „ist vielleicht das einzige Bindemittel, welches den divergirenden Tendenzen dynastischer Sonderpolitik ein ausreichendes Gegengewicht zu geben vermag. Nachdem eine Volksvertretung, zum Theil mit sehr weitgehenden Befugnissen, in jedem deutschen Staate besteht, kann eine analoge Einrichtung für die Gesammtheit unmöglich an und für sich als eine revolutionäre angesehen werden" [1]). Aehnlich drückte er sich in einem Schreiben vom 18. September 1861 an Herrn von Below-Hohendorf aus, wo er, der ehemalige Gegner alles Konstitutionalismus, ausdrücklich hinzufügte, daß „wir Konservativen der Volksvertretung selbst in Preußen nicht entbehren möchten" [2]).

Solche Anschauungen machten den genialen Staatsmann selbstverständlich der reaktionären Partei in Berlin äußerst verdächtig, die von einem deutschen Bundesstaate nur unter Führung Oesterreichs und unter Ausschluß jedes volksthümlichen Elementes hören wollte, wie ihre Führer und das Programm des im September 1861 gegründeten konservativen Preußischen Volksvereins nachdrücklich erklärten. Sie meinten, Bismarck habe seine Seele dem Teufel verschrieben, und zwar dem des Bonapartismus und der Revolution. Sie verbreiteten behaglich die gegen ihn gerichteten Verdächtigungen und Verleumdungen [3]). Dem Könige mißfielen seine Ansichten und Pläne gleichfalls. Nach dem kläglichen Scheitern von Schleinitz' äußerer Politik hatten Hohenzollern und Auerswald Bismarck nach Berlin beschieden, und in ihrer wie Schleinitz' Anwesenheit hatte er im Winter 1860 ein Gespräch mit dem Prinzregenten. Hier setzte Bismarck seine Bundesreform- und Parlamentsabsichten, sowie seine Entwürfe gegen Oesterreich auseinander. Schleinitz widersprach und erklärte sich für Zusammengehen mit Oesterreich. Der Prinz entschied sich „für jetzt" für diese letztere Ansicht, und Bismarck kehrte

[1]) H. Kohl, Bismarck-Jahrbuch, Bd. III (1896), S. 193 ff.
[2]) H. Kohl, Bismarckbriefe, 6. A. (Bielefeld u. Leipzig 1897), S. 229.
[3]) Oncken, a. a. O., S. 457.

auf seinen Botschafterposten nach Petersburg zurück[1]). Nach solchen Erfahrungen glaubte Wilhelm I. den Einflüsterungen seiner Umgebung, die Bismarck in allen Tonarten als einen verkappten Demokraten verdächtigten[2]).

Als Bismarck nunmehr, im September 1862, nach Berlin berufen wurde, sah er, daß jetzt für ihn die letzte Möglichkeit sei, die in persönlichem Ehrgeiz und für die Größe des Vaterlandes längst von ihm ersehnte Macht zu ergreifen. Er beschloß, hierfür jedes ihm mögliche Mittel anzuwenden. Es gab aber damals nur eines: sich das Vertrauen des Herrschers zu sichern durch dessen unentwegte Unterstützung im Kampfe gegen die Volksvertretung. Er hat sich darüber im Juli 1866 sehr offen gegen den Grafen Seherr-Toß ausgesprochen: „Sie haben mich auch für einen Junker, für einen Reaktionär gehalten. Der Schein trügt. Um meinen Zweck zu erreichen, mußte ich diese Rolle spielen. Beim König wurde ich von allen Seiten als ein verkappter Demokrat verdächtigt. Ich konnte sein volles Vertrauen nur gewinnen, indem ich zeigte, daß ich auch vor der Kammer nicht zurückschreckte, um die Armee-Organisation durchzuführen, ohne welche der Krieg unmöglich und selbst die Sicherheit des Staates gefährdet war." Das stimmt durchaus mit der von Unruh mitgetheilten Nachricht[3]), daß die Hofpartei, mit Manteuffel an der Spitze, Bismarck als einen Feind Oesterreichs und deshalb der konservativen Partei in Europa von Beginn an bei dem Könige angriff, und daß aus diesem Grunde Bismarck, um sich bei dem Herrscher unentbehrlich zu machen, den Konflikt, den kein anderer durchzuführen sich getraute, aufrecht erhielt. Wirklich intriguirte Manteuffel, den der König sich gewöhnt hatte in

---

[1]) Mittheilungen Bismarcks an Bernhardi, 27. Mai 1866 (Bernhardi, VI 296). Einige kleine thatsächliche Ungenauigkeiten, die einem Gedächtnißfehler Bernhardis oder Bismarcks entstammen, können die Wahrheit der ganzen Erzählung nicht widerlegen.

[2]) Mittheilungen Bismarcks an den Grafen Seherr-Toß in Pardubitz, 8. Juli 1866; Poschinger, Unruh, 221 ff.

[3]) S. 220 f. — Im September 1884 fälschlich von der Nordd. Allg. Zeit. angefochten.

allen Angelegenheiten um Rath zu fragen, unausgesetzt gegen Bismarck, an dessen Stelle er Premierminister zu werden hoffte. Und darum hat Bismarck, als selbst Roon wiederholt einen Ausgleich mit dem Abgeordnetenhause anstrebte, solchen stets von sich gewiesen [1]).

Das waren Bismarcks Absichten, als er am 23. September 1862 — wahrlich ein welthistorischer Moment! — bei dem Könige im Park von Babelsberg erschien. Er redete ihm ab, seine Abdankung zu vollziehen. „Wollen Sie es versuchen," fragte ihn der Herrscher, „ohne Majorität zu regieren?" — „Ja." — „Ohne Budget?" — „Ja." — „Ohne die Armeeorganisation preiszugeben?" — „Ja." — Bismarck versprach, auch ohne förmliche Verletzung der Verfassung auszukommen. Darauf zerriß der König die Abdankungsurkunde, die er in der Hand gehalten, und ernannte Bismarck zum leitenden Minister und Minister des Auswärtigen [2]). Finanzminister wurde von Bodelschwingh; Jagow räumte das Ministerium des Innern dem Grafen Eulenburg ein.

Die Ernennung Bismarcks rief allerseits die größte Erregung und Verstimmung hervor. Niemand im Volke ahnte seine wahren Absichten und Entwürfe, seine großartigen Pläne für die Zukunft — waren sie doch sogar dem Thronfolger unbekannt [3]). Man wußte nur aus seiner Vergangenheit, daß er als fanatischer Vertreter des Junkerthums aufgetreten war, und erwartete von ihm brutale Vergewaltigung alles Rechtes und aller Freiheit. Die Reorganisation selbst war tief verhaßt, und die aus ihr erwachsenden Lasten drückten um so schwerer, als man für den deutschen Beruf Preußens von dieser „reaktionären" Regierung noch weniger erwartete, als die ehemalige „liberale" geleistet hatte. Die Niederlage Preußens vor Oesterreich wurde für sicher gehalten [4]). Aber noch weit fester war man von dem endlichen Unterliegen der Krone

[1]) Vgl. Bernhardi, V 148, VI 188. 209.
[2]) Poschinger, Unruh, 221 f.
[3]) Eigene Aeußerungen des Kronprinzen an Bernhardi (V 334).
[4]) Siemens, Lebenserinnerungen 186 ff.

in dem inneren Kampfe gegen die von der ganzen modernen Entwicklung getragenen Volksvertretung überzeugt. Selbst konservative Politiker hegten diese Ansicht. Fürst Hohenzollern, der frühere Ministerpräsident, scheute sich nicht zu sagen: Bismarcks Ende werde ein Ende mit Schrecken sein. Es ist bekannt, daß auch der Kronprinz — wie im Grunde sein Vater selber — aus diesem gewaltthätigen Auftreten der Regierung die äußerste Gefahr, ja den Zusammenbruch des Thrones und der Dynastie hervorgehen sah. Es war für niemanden ein Geheimniß, daß der Kronprinz damals ein entschiedener Gegner Bismarcks, ja ein Anhänger der Fortschrittspartei war [1]).

Jetzt, nachdem Bismarck seine wahren Absichten enthüllt und, mit Hülfe genialer Generale und des Volkes in Waffen, glänzend durchgeführt hat, ist es leicht, die damaligen Vertheidiger von Recht und Gesetz mit Hohn zu überschütten. Zu jener Zeit stand jeder gute Preuße, der nicht gerade zur äußersten Junkerpartei gehörte oder überzeugter Absolutist war, auf Seiten der Opposition — von der Königin Augusta und dem Thronerben an durch die Reihen des Hochadels bis zum einfachsten Bürger und schlichten Bauern herab. Gewiß, diese Opposition den damaligen Bestrebungen Bismarcks gegenüber war ein Mißverständniß — aber ein unvermeidliches Mißverständniß. Wir haben dafür einen vortrefflichen Gewährsmann, nämlich den Fürsten Bismarck selbst. Am 5. April 1876 erklärte er im Abgeordnetenhause: „Ich glaube, daß ich Objektivität genug besitze, um mich in den Ideengang des Abgeordnetenhauses in der Zeit des Verfassungskonfliktes vollständig einleben zu können. Ich habe die volle Achtung vor der Entschlossenheit, mit der die damaligen preußischen Volksvertreter das, was sie für recht hielten, vertreten haben. Daraus mache ich niemandem einen Vorwurf. Sie konnten nicht wissen, und ich konnte auch ihnen nicht sagen, worauf meiner Ansicht nach

---

[1]) Bernhardi, V 83, 107, 338 ff. — Philippson, Friedrich III., S. 72 ff.

ſchließlich die Politik hinausgehen würde, und ſie hätten auch das Recht gehabt, falls ich es ihnen ſagen konnte, mir immer noch zu antworten: Uns ſteht das Verfaſſungsrecht des Landes höher als ſeine auswärtige Politik."

Dieſe beredten Worte des Reichskanzlers treffen genau die Wahrheit der Lage. Fürſt Bismarck war immer groß genug, die ebenbürtigen Gegner — allerdings nur dieſe — zu achten. Nur die Kleinen unter ſeinen Bewunderern gefallen ſich darin, jene in den Staub zu ziehen.

Es iſt klar, daß Max von Forckenbeck, obwohl er keineswegs die Siegeszuverſicht ſeiner Partei theilte, ſonſt doch mit der Geſammtheit aller nichtreaktionären Preußen und Deutſchen fühlte. „Bismarck-Schönhauſen," ſchrieb er bereits am 24. September, „bedeutet: regieren ohne Etat, Säbelregiment im Innern, Krieg nach außen. Ich halte ihn für den gefährlichſten Miniſter für Preußens Freiheit und Glück." Uebrigens ſah er in ihm eine unmögliche Perſönlichkeit. „Ich glaube, wir werden bald mit ihm fertig werden," heißt es am 2. Oktober; man weiß, daß das die allgemeine Ueberzeugung war. Schon drei Tage ſpäter wurde, von anſcheinend gut unterrichteter Seite, das Gerücht verbreitet, Bismarcks Abgang ſtehe unmittelbar bevor, es werde wieder ein Miniſterium Hohenzollern kommen. Daß ein Mann, wie von der Heydt, es nicht wagte, ohne Bewilligung Geld auszugeben, erſchien bereits als ein großer Sieg. Je eher das Reaktionsminiſterium gekommen ſei, deſto beſſer, deſto kürzer ſeine Dauer, zumal bei der Einmüthigkeit des Landes in der Ausſchlag gebenden Militärfrage. Daß auf der Verſammlung des Nationalvereins zu Weimar Ende September, der Forckenbeck beiwohnte, eine bedeutende Annäherung der Vertreter Süddeutſchlands an die norddeutſchen ſtattfand, erfüllte ihn mit neuer Zuverſicht. Im Ganzen hatte er, wie er immer wieder ſchreibt, „die Politik bis über die Ohren ſatt." Aber ſein Pflichtbewußtſein hielt ihn feſt: „ich darf in dieſer Sache nicht weichen ohne Pflichtverletzung." Er war, von ſeinem Standpunkte aus gewiß mit vollem Fug, von der Gerechtigkeit dieſer Sache durchaus überzeugt. „Andere Geſetze," ſagte er

einmal, „können nicht zu Stande kommen, das Etatsgesetz muß zu Stande kommen, wenn verfassungsmäßig regiert werden soll. Die Regierung wird nur durch das Etatsgesetz in ihren Ausgaben entlastet, denn wo kein Auftrag ist, ist auch keine Entlastung. Keine Kammer, auch die konservative nicht, hätte neue Steuern bewilligt, wenn ihr die Nothwendigkeit und Selbstverständlichkeit des Etatsgesetzes bestritten wäre." — „Was," fragt er schon am 6. Oktober 1862, „wäre unser Recht, die Regierung zu entlasten, werth, wenn wir nicht die Formen für diese Entlastung, wie Artikel 104 und 99 bestimmen, alle Jahre durch ein Gesetz festgestellt hätten [1])?" Mit scharfen Worten wendet er sich gegen die Lückentheorie. „Der Artikel 99 der Verfassungsurkunde ist nach dem klaren Wortlaut und nach dem innern Zusammenhange der Verfassung der Grundstein unserer Verfassung, und wenn der Herr Ministerpräsident von der beklagenswerthen Freiheit gesprochen hat, welche die Staatsregierung nach der Verwerfung des Etats erhielte, nämlich von der Freiheit, ohne einen Etat weiter zu regieren, so ist das der Form nach wenig Anderes und der Wahrheit nach nichts Anderes als der Absolutismus, den wir seit der beschworenen Verfassung seit zwölf Jahren in Preußen für immer zu Grabe getragen haben."

Die Richtigkeit dieser Anschauung ist 1866 von dem Ministerium Bismarck selbst durch Einbringung der Indemnität anerkannt worden. Es bleibt also für das verfassungswidrige Regiment der Konfliktszeit nur die Rechtfertigung der salus publica übrig. Aber daß die dreijährige Dienstzeit und die Zurückdrängung der Landwehr keine Grundbedingungen für das Heil des Staates waren, hat seitdem die Erfahrung unwiderleglich erwiesen. Forckenbeck war stets bereit, bei Verzicht der Regierung auf diese beiden Punkte und bei Anerkennung

---

[1]) Art. 99 der preuß. Verfassung lautet: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt." Art. 104, Alin. 1: „Zu Etats-Ueberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammern erforderlich."

des Budgetrechts mit der Regierung Frieden zu schließen. Schon in jenen ersten Tagen des Bismarckschen Ministeriums erklärte er sich öffentlich für sofortige Bereitwilligkeit der Kammer bei aufrichtiger Einschlagung des Weges zur Versöhnung seitens der Regierung, der man dann das Vergangene gern verzeihen werde.

Von leidenschaftlichen persönlichen Angriffen auf die Minister, zumal auf Bismarck, hat er sich stets ferngehalten. Er ist mit den gemäßigteren Männern der liberalen Partei, wie Faucher, von Hennig, Röpell, Twesten, Lent, Hammacher, wiederholt bei Prince-Smith zu besonderer Berathung zusammengetreten, um auf Grund der zweijährigen Dienstzeit eine Möglichkeit der Verständigung mit der Regierung zu gewinnen. Scharf unterschied er sich hierin von Waldeck und dessen Freunden, die den Konflikt als solchen für eine wünschenswerthe Thatsache hielten, durch die der Sieg der parlamentarischen Herrschaft entschieden werden würde. Einig mit diesen Männern war der besonnene und die monarchische Gesinnung des preußischen Volkes wohl erkennende Forckenbeck nur in der unerschrockenen und zähen Vertheidigung der beschworenen Verfassung und der bescheidenen Rechte, die sie dem wackern und loyalen preußischen Volke verlieh.

Bismarck versuchte es zunächst, durch versöhnliches Auftreten und vorsichtige Andeutung seiner Absichten den Konflikt zu beenden — ein Ziel, das sicher auch seinem königlichen Herrn bei Weitem das erwünschteste war. Er zog den von der Kammer im Heeresbudget so scharf bestrittenen Etat für 1863 zurück, um einen andern vorzulegen, was Forckenbeck, der nunmehr von der Budgetkommission zum Referenten ernannt wurde, für völlig gerechtfertigt erklärte. Bismarck deutete auf diese Maßregel ausdrücklich als einen „Waffenstillstand", während dessen die Regierung versuchen werde, ob sich der Konflikt in einer für das Land weniger ernsten Weise ausgleichen lasse. Die Regierung verfolge „Zwecke des Friedens und der Versöhnung".

Das waren erfreuliche Worte, aber leider fehlte jede

Zusage, nunmehr mit den vom Hause nicht bewilligten Ausgaben inne zu halten. Forckenbeck beschloß, den neuen Premierminister zu zwingen, daß er Farbe bekenne. Am Abend des 30. September versammelten sich die dreißig Kommissionsmitglieder mit Bismarck und Roon im Abgeordnetenhause um den grünen Tisch eines großen Saales, dessen Hintergrund wohl mit hundert sonstigen Abgeordneten gefüllt war. Forckenbeck als Berichterstatter beantragte eine Erklärung: 1. Die Staatsregierung zur schleunigen Vorlegung des umgeänderten Etats für 1863 aufzufordern, damit dieser noch vor dem 1. Januar 1863 festgestellt werden könne; 2. Leistung jeder Ausgabe, die von dem Abgeordnetenhause abgelehnt worden, durch die Regierung für verfassungswidrig zu erklären. Er begründete das eingehend, mit Entwickelung des Rechtsstandpunktes und mit Berufung auf das ausdrückliche Anerkenntniß der früheren Regierung. Von dem „Waffenstillstand" könne er nichts merken, da die Regierung ihren Etat für 1862 aufrecht erhalte und ebenso die „Lebensbedingungen" der Reorganisation. Höchstens könne man Vertagung auf einen Monat zugeben. Nun mußte Bismarck wohl mit seinen Anschauungen heraus kommen: Die Verfassung sei mehrdeutig; sie müsse dem preußischen Leibe angepaßt werden. Die Rechtsfrage könne leicht zur Machtfrage werden. Bei dem Konflikt handle es sich um die Grenze zwischen Krongewalt und Parlamentsgewalt; die Krone habe Rechte jenseits der Verfassung. Indes, endigte er, könne die Krisis mit Ehren beseitigt werden, so biete die Regierung dazu gern die Hand.

Bismarck sagte hier mit großartiger Offenheit Dinge heraus, die wohl der Anschauung des Königs entsprachen, bisher von den Ministern aber sorgfältig verschwiegen worden waren. Roon rückte unruhig auf seinem Sessel; Forckenbeck war ergrimmt über Bismarcks „phantastisch junkerliche Natur". Er betonte scharf: „Von einem Streite über die Grenze zwischen Krongewalt und Parlamentsgewalt ist keine Rede. Das preußische Volk ist viel zu nüchtern, um einen solchen theoretischen Streit zu unterstützen; das Materielle der Militärfrage ist es, was das Volk bewegt."

Eine Verſtändigung war unmöglich, da Bismarck nicht das Recht, ſondern ſeine großen ſtaatsmänniſchen Ziele vor Augen hatte, die er doch nur auf ſolche Weiſe andeuten durfte, daß ſie den Zuhörern lediglich als „junkerliche Phantaſtereien“, als hohle Rodomontaden erſchienen. „Nicht auf Preußens Liberalismus ſieht Deutſchland,“ ſagte er, „ſondern auf deſſen Macht. Preußen muß ſeine Kraft zuſammenfaſſen und zuſammenhalten auf den günſtigen Augenblick, der ſchon einige Male verpaßt iſt. Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen ſind einem geſunden Staatsleben nicht günſtig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeſchlüſſe werden die großen Fragen der Zeit entſchieden — das iſt der Fehler von 1848 und 1849 geweſen — ſondern durch Eiſen und Blut.“ Er blieb dabei, wenn kein Etatsgeſetz zu Stande komme, ſei tabula rasa, und die Regierung beſitze das Nothrecht, ohne Budget die Verwaltung fortzuführen. Während Virchow dieſer Auffaſſung, die während der vorhergehenden Miniſterien auch der jetzige Kriegsminiſter nicht getheilt, mit ſcharfen Worten bekämpfte, holte Bismarck aus ſeiner Zigarrentaſche einen Oelzweig heraus und zeigte ihn dem neben ihm ſitzenden Kommiſſionsvorſitzenden von Bockum-Dolffs mit den Worten: „Sehen Sie, dieſen Oelzweig habe ich mir in Avignon gepflückt, als ich hierher reiſte, um Miniſter zu werden. Ich dachte, ich könnte dieſen Oelzweig des Friedens dem preußiſchen Abgeordnetenhauſe überreichen. Ich ſehe aber, es iſt noch zu früh, und ſtecke ihn deshalb lieber wieder ein.“ Bockum-Dolffs lachte — aber er lachte mit Unrecht. Es war bitterer Ernſt in geiſtvoller Form. Bismarcks Verſuch, mit dem Abgeordnetenhauſe Frieden zu ſchließen, war aufgegeben, er mußte ſich ausſchließlich auf den König ſtützen, und dazu bedurfte er einſtweilen des Konflikts.

Forckenbecks beide Reſolutionen wurden in der Kommiſſion faſt einſtimmig angenommen. Am 6. Oktober hatte er ſie vor dem Hauſe zu vertheidigen. Die Wichtigkeit der Sache und des Augenblicks regten ihn zuerſt ſehr auf; aber als er das Wort ergriffen, wurde er ruhig, ſprach langſam und überlegt. Er wies aus der Verfaſſung ſelbſt, aus der Ge-

ſchichte des preußiſchen Abgeordnetenhauſes und des Parlamentarismus überhaupt, ſowie aus der ſtaatsrechtlichen Litteratur die Nothwendigkeit des Etatsgeſetzes nach. Mit Hinblick auf Bismarcks Worte ſchloß er: „In Preußen iſt meiner Meinung nach eine Regierung nicht anders möglich, als mit vollſtändiger treuer Beobachtung der Verfaſſung, und nur einer ſolchen Regierung würden Blut und Eiſen der Nation zu Gebote ſtehen.“ Lebhafter Beifall belohnte dieſe Worte, vielleicht weil ſie phraſenhafter waren, als dies ſonſt Forckenbecks Art.

In der Sitzung des Hauſes vom folgenden Tage beklagte Bismarck, daß ſeine zur Verſöhnung gereichte Hand, ſein Waffenſtillſtand durch die Forckenbeck'ſche Reſolution zurückgewieſen worden. Er ſei bereit, in Zukunft den Etat ſtets rechtzeitig vorzulegen, auch das Vincke'ſche Amendement anzunehmen, das die Regierung für den Fall, daß der Etat für 1863 nicht rechtzeitig zu Stande komme, zur Vorlage von Nachtragskrediten verpflichtete — jedoch ohne die, das verfaſſungsmäßige Recht des Abgeordnetenhauſes wahrenden Motive. Darauf erklärte Jubel im Namen der Vincke'ſchen Partei, deren Amendement ſei eine untrennbare Einheit, und die Ablehnung ſeiner Motive ſei auch eine Ablehnung der ganzen Reſolution. In der Verurtheilung der dem Hauſe und damit der Verfaſſung angethanen Gewalt waren alſo ſämmtliche Abgeordnete einig, mit Ausnahme von ganzen zehn Reaktionären. Nicht ohne Wirkung forderte Forckenbeck in ſeinem Schlußwort vom 7. Oktober alle Parteien des Volkes auf, ſich um die gefährdete Verfaſſung zu ſchaaren. Der von ihm ausgehende Kommiſſionsantrag wurde mit 251 gegen 36 Stimmen angenommen.

Nun entwickelten ſich die Ereigniſſe ſchnell. Am 11. Oktober verwarf das Herrenhaus das vom Abgeordnetenhaus ihm überwieſene Budget — wozu es formell das Recht hatte, das aber jede verfaſſungsmäßige Regierung unmöglich machte. Es that dann noch ein Uebriges, indem es, allerdings mit geringerer Mehrheit, das Regierungsbudget wieder herſtellte.

Das war eine offene Verfaſſungsverletzung. Nach § 62 der Verfaſſung hatte die erſte Kammer den Staatshaushalts-

Etat nur im Ganzen anzunehmen oder abzulehnen; das Herrenhaus aber hatte hier den einzigen ihm vorgelegten Etat — den vom Abgeordnetenhause ihm zugestellten — amendirt.

Auf Forckenbecks Veranlassung war es Graf Schwerin, derselbe, der gewissermaßen von der Linken gestürzt worden, welcher nunmehr alle verfassungstreuen Parteien — d. h. sämmtliche Abgeordnete, mit Ausnahme von zehn — zur Berathung über „diesen tollen Beschluß des Herrenhauses", wie Forckenbeck ihn nannte, zusammen berief. Man beschloß, vor der alsbald zur erwartenden Vertagung noch einen Protest gegen das Verfahren der „ersten Kammer" zu erheben. Am 13. Oktober tagte das Haus. Die Budgetkommission und mit ihr Forckenbeck wurden mit sofortigem mündlichen Bericht beauftragt. Er schlug eine Resolution vor, die den Beschluß des Herrenhauses für verfassungswidrig und deshalb null und nichtig erklärte. Sie wurde einstimmig angenommen.

Jedoch das alles war von nebensächlicher Bedeutung, das Herrenhaus ja nur ein gehorsames Instrument jeder Regierung, die ihm für reaktionär genug galt. Der Landtag wurde geschlossen, ohne daß für 1862 oder 1863 das Gesetz über den Staatshaushalt zu Stande gekommen wäre. Die budgetlose Zeit hatte begonnen.

IX.

Die Konfliktszeit.

Es war für Max von Forckenbeck eine schwere Aufgabe, sich auch ferner an den politischen Kämpfen zu betheiligen, die ihn schon vier Jahre lang unausgesetzt beschäftigten, ihn seiner Berufsthätigkeit und seiner von ihm so heiß geliebten Familie entzogen. Wären wenigstens durch seine Mühewaltung und durch die seinem Herzen auferlegten Entbehrungen greifbare Erfolge zum Wohle des Vaterlandes erstritten worden! Thatsächlich aber sah das Abgeordnetenhaus sich zur Ohnmacht verdammt, sah es die Regierung sich mit immer schärferem und offenerem Hohn über diejenigen Verfassungsrechte hinwegsetzen, die in allen andern Ländern als die zweifellosen Axiome alles Konstitutionalismus betrachtet wurden. Der Trost, daß wenigstens einer, und zwar der einzig maßgebende, unter den Ministern den Konflikt nicht als Zweck, sondern nur als Mittel für große, nationale, volksthümliche Ziele betrachtete, dieser Trost war ja Forckenbeck wie allen seinen Gesinnungsgenossen versagt.

Der zärtliche Gatte und Vater fühlte das Herzensbedürfniß, wenigstens seines Familienglückes durch die Politik nicht beraubt zu werden. Seine Gattin, die noch die im Mai 1860 geborene zweite Tochter Marie zu pflegen hatte, versprach ihm, in Gesellschaft der Kinder seinen Aufenthalt in Berlin zu theilen. So war die Familie während des größten Theiles der Sitzungsperioden von 1863 und 1864 im Hôtel de Saxe vereint — allerdings entbehren wir dadurch der so interessan-

ten und belehrenden Briefe Forckenbecks an die treue und kluge Gefährtin seines Lebens und Strebens.

Eine wichtige grundsätzliche Frage wurde noch im Herbste 1862 öffentlich von dem jungen Ferdinand Lassalle erhoben, der sich damals zu der Fortschrittspartei hielt. Da das Ministerium sich um die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses durchaus nicht kümmert, sagte Lassalle, so bleibt für dessen Würde und für die Achtung des Volkes vor der Verfassung nur eines übrig: das Haus muß den Verfassungsbruch der Regierung feierlich vor aller Welt darthun und dann seine Thätigkeit so lange einstellen, bis dem beleidigten Rechte Genüge gethan ist. Theoretisch war dieser Rath wohlbegründet: aber wegen seiner wahrscheinlichen thatsächlichen Folgen wurde er von der Fortschrittspartei und auch von Forckenbeck durchaus verworfen. Die Partei glaubte mit vollem Rechte nicht daran, daß das loyale und ruhige preußische Volk durch eine Revolution den Kampf für die Verfassung selber in die Hand nehmen würde; die Erfahrungen von 1849 belehrten sie, daß nicht einmal an eine allgemeine und deshalb wirksame Steuerverweigerung zu denken war. Schon hiernach wäre die parlamentarische Arbeitseinstellung einfach ein Schlag ins Wasser, ja, noch schlimmer, eine Rechtfertigung der Regierung für ihr verfassungswidriges Verfahren gewesen. Die einzige Stätte, an der noch ein freies Wort erlaubt war, die Rednertribüne des Abgeordnetenhauses, wäre verödet. Und noch mehr: die Liberalen fürchteten, daß ihre Enthaltung die Wähler ermüden und allmählich den Gegnern in die Arme führen würde. Deshalb beschlossen sie, trotz aller thatsächlichen Machtlosigkeit, trotz der scheinbaren Undankbarkeit ihrer Bemühungen, trotz des Hohnes, mit dem sie damals und später überschüttet worden sind, unentwegt am Rechtsstandpunkte festzuhalten, von dem sie den endlichen Sieg erhofften. Und ihr Idealismus hat sie nicht getäuscht. Sie haben ihre faktischen Forderungen zum größten Theile durchgesetzt: ihre Auffassung vom Budgetrecht ist durch die Indemnitätsvorlage von 1866 anerkannt worden. Die Einheit Deutschlands unter preußischer Führung und mit einer demokratischen Volksvertretung —

damals, wie wir gesehen, von der Junker- und Regierungspartei als ultrarevolutionär verschrieen — ist verwirklicht; die Zivilehe, die Freizügigkeit sind durchgeführt; die zweijährige Dienstzeit und die Landwehr sind wieder hergestellt. Den schließlichen Sieg der Liberalen hat kein minderer als Roon mit Schmerzen konstatirt. „Es geht alles aus dem Leim," klagt er in einem Briefe an Bismarck vom 21. September 1869, „und ich alter Sünder habe zuweilen Gewissensbisse, mich den rollenden Rädern der neuen Aera entgegengeworfen zu haben, da wir, wenn auch zu blendenden, doch zu ganz anderen Resultaten gekommen und zu kommen scheinen, als mir in meinen früheren Tagen wünschenswerth geschienen" [1]). Wie sachentsprechend dieses Empfinden Roons war, wird durch die bittere Feindschaft der unversöhnlichen Konservativen gegen Bismarck in den letzten sechziger und in den siebziger Jahren schlagend bewiesen. — Die Herrschaft des Parlamentes ist allerdings, infolge der glänzenden Siege von 1866 und 1870, nicht erreicht worden. Aber solche Herrschaft haben die gemäßigten Liberalen, zu denen Forckenbeck wie die Mehrheit der damaligen Fortschrittspartei gehörten, auch nie erstrebt. Das ist ihnen nur irrthümlich, wie von dem Könige, oder mit absichtlicher Entstellung, wie von den Feudalen, imputirt worden.

Als im Januar 1863 der Landtag wieder zusammentrat, brachte der ostpreußische Abgeordnete Martiny den Vorschlag Lassalles bei der Fortschrittspartei ein. Nach einigen Bedenken lehnte ihn die gesammte Partei — auch Waldeck — gegen die einzige Stimme des Antragstellers ab. Darauf legte Martiny sein Mandat nieder, Lassalle aber wurde ein so heftiger Gegner der Partei, daß er sich gegen sie selbst mit Bismarck verbündete.

Freilich gehörte viel Selbstverleugnung und Hoffnungsfreudigkeit dazu, eine zunächst völlig ergebnißlose Arbeit fortzusetzen. In der am 14. Januar 1863 eröffneten Session legte die Regierung ein Heeresorganisationsgesetz und ein

[1]) H. Kohl, Bismarck-Jahrbuch, IV 90.

Budget für 1863 und 1864 vor, die auf die früheren Beschlüsse des Abgeordnetenhauses nicht die mindeste Rücksicht nahmen. Trotzdem empfahl der wiederum zum Referenten der Budgetkommission ernannte Forckenbeck, auf die Einzelberathung des Staatshaushalts-Etats für 1863 einzugehen, damit das Haus nicht seinerseits zur Verlängerung des verfassungswidrigen Zustandes beitrage; freilich unter Rechtsverwahrung, die abermals die Verfassungsverletzung seitens der Staatsregierung hervorhebe. Dieses Verfahren wurde mit 32 gegen 2 Stimmen von der Kommission gebilligt. Forckenbeck erschien durchaus als der wahre Führer des Hauses, so großes Mißtrauen ihm auch die Radikalen im Parlament und in der Presse entgegen brachten. Am 17. Februar legte er vor dem Plenum seinen und der Mehrheit Standpunkt in einem beredten Schlußworte dar. Die Konzession der Regierung, führte er dabei aus, durch Einbringung des von dem Landtage vielfach gewünschten Gesetzentwurfs über die Verpflichtung zum Kriegsdienste ist nur formell, da der Entwurf keine irgendwie wesentlichen Zugeständnisse an die der Regierung sattsam bekannten Wünsche des Landes enthält, vielmehr in einzelnen wichtigen Punkten die Lage der Dinge im Sinne der Forderungen eines Militärstaates noch verschärft. Es entsprach so recht der bürgerlichen Gesinnung Forckenbecks, wenn er in den damaligen Konservativen vor allem den speziell preußischen Kleinadel bekämpfte, „dessen Hauptgesichtspunkt die Vertheidigung ungerechtfertigter Vortheile und Vorrechte“ sei. Er wies von neuem nach, wie alle Regierungen und Faktoren der Gesetzgebung bis zum September 1862, also bis zu Bismarcks Ministerium, den Etat als die einzige Rechtsquelle für die Ausgaben des Staates und deshalb das Etatsgesetz als unentbehrlich betrachtet und bezeichnet hatten. „Wir können nicht zu oft sagen, die Verfassung ist verletzt, die Minister bleiben mit ihren Personen und Vermögen verantwortlich.“

Der Zwiespalt zwischen der Kammer und Bismarck wurde noch durch Elemente der äußeren Politik verschärft. Im Januar 1863 war gegen die zarische Gewaltherrschaft im

ruſſiſchen Polen ein großer Aufſtand ausgebrochen. Bismarck, der zu ſeinen weitausſchauenden Plänen die Freundſchaft des Zarenthums unbedingt benöthigte, ſchloß am 8. Februar mit dieſem eine geheime Abkunft zu gemeinſamer Grenzſperre und zeigte ihm eine Gefälligkeit, die damals alle, die liberal, ja die menſchlich fühlten, tief verſtimmte und Preußen im ganzen nichtruſſiſchen Europa, ſelbſt Oeſterreich gegenüber, völlig iſolirte. Das Abgeordnetenhaus griff dieſe Angelegenheit, wo es die Sympathien der ganzen Welt auf ſeiner Seite hatte, mit Begierde auf, um dem Miniſter die ſchärfſte Oppoſition zu machen und mit 246 gegen 57 Stimmen ſeine ruſſenfreundliche Politik zu verwerfen. Beinahe wäre der Schachzug gelungen. Sogar die Miniſter Mühler und Eulenburg ſprachen in heftiger Weiſe ihre Mißbilligung gegen die ruſſiſche Konvention aus. Bismarck reichte ſeine Entlaſſung ein, die alle Welt für endgültig hielt; Manteuffel glaubte ſeine Zeit bereits gekommen. Allein der Premier that für den Augenblick einen Schritt zurück, um dann deſto energiſcher vorgehen zu können. Er gab dem Scheine nach die Konvention auf — obwohl er thatſächlich ihr ſtets nachgehandelt hat — und blieb [1]).

Dieſe ſeine vorübergehende Demüthigung ließ er das Abgeordnetenhaus um ſo ſchroffer entgelten. Er beſtritt dem Präſidenten das Recht, die Miniſter zur Beobachtung der parlamentariſchen Ordnung zu nöthigen, nannte die Mehrheit des Hauſes Verbündete der polniſchen Revolution, griff Unruh als ehemaligen Steuerverweigerer perſönlich an, beſchuldigte das Haus, die Zeit der Regierung unnütz zu verderben. Selbſt der Altliberale von Bonin zeigte ſich über dies offenbar gewollte provokatoriſche Auftreten entrüſtet.

Forckenbeck aber, der im Moment ſo leicht Entzündliche, fand in ſeiner innigen Liebe für das Land, in ſeinem Pflichtgefühl für dieſes und in ſeiner ruhigen und leidenſchaftsloſen Betrachtungsweiſe wirklich großer Dinge inmitten aller ſolcher Aufregung die Mäßigung, abermals einen ernſthaften Verſuch

[1]) Bernhardi, V 37.

der Verständigung zu unternehmen — nicht gerade mit Bismarck, aber doch mit dem Kriegsminister und dem Könige.

Nach Berathung mit seinen näheren Freunden brachte er in der Militärkommission, zu deren Referenten er gleichfalls ernannt war, einen umfassenden, auch die Marine berührenden Antrag ein. Dieser bestimmte das jährliche Rekrutenkontingent auf 60000 Mann — also ungefähr nach den Einrichtungen der Reorganisation — hielt aber an der zweijährigen Dienstzeit und der Landwehr zweiten Aufgebots fest. Dafür schrieb er der Landwehr auch diejenigen dienstpflichtigen jungen Männer zu, die nicht im aktiven Heere gedient haben und bis dahin der fast nur auf dem Papier stehenden Ersatzreserve überwiesen worden waren.

Wie wenig Forckenbeck ein theoretischer Eiferer für Parlamentsherrschaft, wie er zu Gunsten der militärischen Sicherheit und Größe des Vaterlandes vielmehr bedeutende Rechte des Abgeordnetenhauses zu opfern bereit war, beweist gerade dieser sein Antrag, der die von den Radikalen stets verlangte jährliche Festsetzung des Rekrutenkontingents durch den Landtag durchaus von sich wies. „Ein solches Gesetz," sagte Forckenbeck in seinem Berichte, „ist in einem Verfassungsstaate, in welchem das Institut der allgemeinen Wehrpflicht existirt, nothwendig, weil dasselbe allein schließlich die Gesammtleistung der Wehrpflichtigen für das Heer und deren Verwendung im Sinne des Gesetzes bedingt und sicherstellt. Das Institut der allgemeinen Wehrpflicht, weil es dauernd sämmtliche Wehrpflichtige im Staate dem Heere grundsätzlich zur Disposition stellt, verlangt auch für längere Zeit feststehende Zusammensetzung des Heeres. Die Forderung eines Organisationsgesetzes verstößt nicht gegen den Artikel 90 der Verfassungsurkunde, gegen das Ausgabenbewilligungsrecht des Abgeordnetenhauses. Das Gesetz wird nur Grundlage der Veranschlagung sein, wie jetzt bei vielen Instituten das Gesetz die Grundlage der Veranschlagung ist."

Es war immerhin eine solche Festlegung des Jahreskontingents auf alle Zeit ein großes Opfer von Seiten einer Volksvertretung!

Freilich die Regierung erklärte sich zunächst gegen den Entwurf, von dem sie nur die jährliche Aushebung von 60000 Mann annehme. Bei dieser Gelegenheit gestand, in der Sitzung der Kommission vom 21. März 1863, der Regierungskommissar Oberst von Bose ein, die Kommission der Generale habe die Zulässigkeit der zweijährigen Dienstzeit unter gewissen Bedingungen anerkannt — eine Thatsache, die schon für damals das Auftreten der Abgeordnetenmehrheit vollkommen rechtfertigt, aber von ihren Gegnern noch heute geflissentlich verschwiegen wird.

Ein großer Theil der Fortschrittspartei und selbst des linken Zentrums, unter Führung Waldecks und Schulze-Delitzsch', verwarf Forckenbecks Antrag als zu militärisch und wollte einfach an dem gesetzlichen Zustande von 1814 festhalten, da der damaligen Regierung gegenüber doch jeder Versöhnungsversuch vergeblich sei und dem Parlamente nur den Vorwurf thatsächlichen Ohnmachtsgefühles eintragen könne. Die Frage, ob den Regierungsentwurf amendiren oder rein ablehnen, beschäftigte alle Gemüther und besonders die Presse, auch in den Provinzen. Es war die Vorbedeutung der Spaltung der Fortschrittspartei im Jahre 1866!

Allein zunächst trug Forckenbeck einen bedeutsamen Sieg davon. Sein Entwurf wurde mit 16 gegen 3, seine Resolutionen wurden mit 16 gegen 4 Stimmen von der Kommission angenommen.

Die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung mußte eingestehen, daß auf dem Boden des Forckenbeck'schen Entwurfs eine Verständigung möglich wäre, wenn die bösen Resolutionen das nicht unmöglich machten. Jedenfalls aber, setzte sie hinzu, sei Forckenbecks Partei von derjenigen, die an Stelle des königlichen schlechthin ein Parlaments-Heer wolle, zu unterscheiden und ihr der endgiltige Sieg zu wünschen.

Und dieser war sicher; man wußte, daß bei der am 7. Mai 1863 beginnenden Debatte über das Militärgesetz im Plenum zwei Drittel der Stimmen dem Forckenbeck'schen Antrage beifallen würden. Dann war eine Basis der Versöhnung geschaffen, der sich die Regierung schwerlich hätte entziehen können.

Allein Bismarck wollte damals kein Aufhören des Konfliktes, um nicht selbst entbehrlich zu werden. Den vereinten Angriffen der von fast dem gesammten Lande unterstützten Liberalen und der Hofpartei hätte er dann nicht eine Woche lang Stand halten können. Um einer solchen Kombination zu entgehen, bestimmte er Roon, der damals sein treuer Verbündeter war, in der Sitzung vom 11. Mai einen Streit mit dem Vizepräsidenten von Bockum-Dolffs herbeizuführen. Darauf nahm der Ministerpräsident mit großer Schärfe gegen das Präsidium und das Haus Partei; die Minister weigerten sich, überhaupt den Sitzungen ferner beizuwohnen. Je versöhnlicher Forckenbeck sich gezeigt hatte, um so fester war er der Provokation durch das Ministerium gegenüber. Auf seinen Antrag wurde wiederholt beschlossen, die Verhandlungen über das Militärgesetz zu vertagen, „bis die Staatsregierung ihrer verfassungsmäßigen Pflicht[1]) und den Beschlüssen dieses Hauses, bei den gegenwärtigen Verhandlungen zu erscheinen, nachgekommen"; auch eine Adresse an den König zu richten, die das Ministerium auf das härteste angriff, demselben unwahre Berichterstattung an den Monarchen und Verfassungsbruch vorwarf. Eine Verhandlung zwischen dieser Kammer und dieser Regierung war nicht mehr möglich. Die Vertagung des Landtages erfolgte am 27. Mai 1863; später — am 2. September — ist er aufgelöst worden.

Nicht Forckenbecks und der ihm folgenden Mehrheit des Abgeordnetenhauses Schuld war dieser Ausgang.

Niemals früher oder später, bis zum Herbst 1866, ist Forckenbeck so sehr, wie während der ersten Session des Jahres 1863, Führer des Abgeordnetenhauses gewesen, und seine und des Hauses Absicht war: Versöhnung, soweit es Recht und Verfassung zuließen!

Sie waren damit an dem durch seine geheimen Pläne bestimmten Willen eines großen Staatsmannes gescheitert,

[1]) § 60 der Verf.: „Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen."

aber die Anerkennung für ihre patriotischen Absichten und Thaten darf ihnen deshalb nicht vorenthalten bleiben.

Die Erbitterung im Lande wuchs beständig. Während niemand glaubte, daß der Ministerpräsident sich der erhöhten Heereskräfte wirklich zur Bethätigung einer großen und segensreichen deutschen Politik bedienen wollte, thaten seine Kollegen alles, um ganz nutzlos die öffentliche Meinung herauszufordern. Der schlimmste und ungeeignetste Schritt war die auf dem Verordnungswege erlassene Preßordonnanz vom 1. Juni 1863, die kurzer Hand das Napoleonische System der Verwarnungen und Unterdrückungen von Zeitschriften einführte. Es war dies eine offene Ungesetzlichkeit, die im ganzen Lande einen Sturm der Entrüstung hervorrief und selbst den Kronprinzen zu einem öffentlichen Protest — in Danzig, am 5. Juni — veranlaßte. Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause hatten dann zur Folge eine abermalige Verstärkung der Fortschrittspartei und das Verschwinden der gemäßigt Liberalen, für die allerdings 37 Konservative — an Stelle der früheren zehn — einzogen. Forckenbeck war, außer in Mohrungen, auch in Danzig gewählt worden, blieb aber seinem alten Kreise treu.

Am 9. November 1863 wurde der neue Landtag eröffnet. Die Thronrede war in der Form und den Worten versöhnlich, hielt aber an der unveränderten Reorganisation und der Lückentheorie fest. Der König glaubte thatsächlich, sich sehr entgegenkommend gezeigt zu haben [1]). Wirklich hatte er ein Interesse an der bessern Stimmung des Abgeordnetenhauses. Der Staatsstreich der dänischen Regierung gegen die im Jahre 1852 mit den deutschen Mächten vereinbarte staatsrechtliche Stellung Holsteins und der Tod König Friedrichs VII. ließen den langjährigen Streit Deutschlands mit Dänemark in ein gefährliches Stadium treten. Ein Krieg wurde wahrscheinlich; unsicher war, ob nicht England und Frankreich zu Gunsten Dänemarks eingreifen würden. Unter diesen Umständen verlangte selbst Roon nach einer Verständigung mit der Fortschrittspartei. Er hatte bereits einen Plan zum

[1]) Bernhardi, V 127. 133. 140.

Kompromiß entworfen. Allein von deſſen Vorlegung konnte keine Rede ſein, da das Haus wieder Grabow zum Präſidenten wählte und ſo ſeine Solidarität mit dem aufgelöſten Hauſe erklärte — ein Vorgang, der den König perſönlich tief verletzte. Das unſelige Mißtrauen, klagte er Roon, verderbe alles[1]). Wer aber war an dem Mißtrauen Schuld, hatte es durch Maßregelungen und Preßordonnanzen mehr und mehr verſtärkt?

Selbſtverſtändlich verſchwanden die Ordonnanzen, die verfaſſungsmäßig ſofort dem Landtage vorgelegt werden mußten, unverzüglich und auf immer vor dem Votum des Abgeordnetenhauſes, das ſie, auf Grund des Rechtsgutachtens dreier berühmter deutſcher Juriſtenfakultäten, nicht nur verwarf, ſondern auch für geſetzwidrig erklärte.

Wie immer, befand Forckenbeck ſich in der vorderſten Reihe derjenigen, die für das verletzte Recht fochten. Als zur Unterſuchung der zahlreichen bei den letzten Wahlen von den Regierungsorganen vorgenommenen Beeinfluſſungen und Bedrückungen ein Unterſuchungsausſchuß eingeſetzt wurde, ward er Korreferent und hielt als ſolcher eine ausführliche und ſehr wirkungsvolle Rede. Auch in der Kommiſſion zur Berathung des Militärgeſetz-Entwurfes, den die Regierung wieder eingebracht hatte, ward er abermals Referent, aber dieſes Mal nur für die Rechtsfragen, während die techniſchen Fragen Stavenhagen und Lehmann übertragen wurden. Das Referat in der Anleihekommiſſion lehnte Forckenbeck ab. Ueberhaupt trat er abſichtlich mehr in den Hintergrund als in den früheren Seſſionen, und zwar aus Gründen politiſcher Schicklichkeit. Sein Verſuch der Verſöhnung, auf den viele ſeiner Freunde nur zögernd eingegangen waren, den viele andere ihm ſehr verdacht hatten, war an dem offenbaren üblen Willen der leitenden Perſönlichkeiten geſcheitert, eine Wiederholung unmöglich. Die Fortſchrittspartei beſchloß, auf Amendirung des Regierungsentwurfs diesmal nicht einzugehen, ihn kurzweg abzulehnen. Forckenbeck mußte die Führung anderen, radikaleren Elementen überlaſſen.

[1]) Daſ. V 148, VI 209.

Wirklich wurde der Zwist zwischen der Volksvertretung und dem Ministerium immer heftiger. In dem Streite mit Dänemark suchte sich Bismarck, um den bedenklichen Kampf mit den Westmächten England und Frankreich zu vermeiden, zunächst eine diplomatisch unangreifbare Stellung zu schaffen. Er stützte sich deshalb auf das von allen Großmächten unterzeichnete, allerdings den Schleswig-Holsteinern sehr ungünstige Protokoll des Jahres 1852 und verbündete sich auf das engste mit dem, den nationalen Bestrebungen der Elbherzogthümer stets feindlichen Oesterreich, jenem selben Oesterreich, das 1850 diese Lande entwaffnet und gebunden den Dänen überliefert hatte. Bismarck freilich meinte, gerade durch diesen Anschluß an den Kaiserstaat das außerdeutsche Europa, das ausnahmslos den Dänen freundlich gesinnt war, zu beruhigen: „Das Bündniß mit Oesterreich ist das Glashaus, das den deutschen Bund vor europäischem Zugwind schützt.“ Er hoffte, daß die chauvinistische Leidenschaft der Dänen, die das Londoner Protokoll bereits verletzt hatten, und seinerseits kluge Benutzung der sich hieraus ergebenden Thatsachen ihm ohne großen europäischen Krieg die Befreiung der Herzogthümer ermöglichen würden. Allein das durfte er nicht laut sagen, und einstweilen schien seine Politik einfach legitimistisch reaktionär und antideutsch. Das Abgeordnetenhaus, hierin von der öffentlichen Meinung ganz Deutschlands getragen, protestirte gegen dieses Verfahren durch eine Adresse an den König, die selbstverständlich scharfe Abweisung fand, und verwarf die für die Mobilisirung zweier Armeekorps geforderte Anleihe. Mit Recht sagte man sich, daß das Bündniß mit dem mißgünstigen Oesterreich Preußen binnen Kurzem vor die Alternative stellen werde: Unterwerfung unter den Kaiserstaat oder Krieg mit diesem. Daß der Minister und zumal der König zum Kriege greifen würde, hielt man nach den Erfahrungen einer halbhundertjährigen Vergangenheit für ausgeschlossen. Also sah man nur Ohnmacht, Schmach, Selbstvernichtung Preußens voraus.

Bismarck, im Grunde des Konfliktes froh, der jetzt sein geniales Spiel nicht nur dem Könige sondern auch dem Aus-

lande gegenüber erleichterte, suchte das Abgeordnetenhaus noch mehr zu reizen. Wenn man die Anleihe nicht bewillige, sagte er, werde die Regierung die Mittel zum Kriege nehmen, wo sie sie finde. Das Haus stelle das Parteiinteresse über die Interessen des Landes; die Herren redeten immer von Deutschland, seien aber keine Preußen mehr. Dann ließ die Regierung wieder das Herrenhaus in Aktion treten: es begnügte sich abermals nicht damit, das vom Abgeordnetenhaus angenommene Budget für 1864 zu verwerfen, sondern nahm den ihm gar nicht vorliegenden Budgetentwurf der Regierung an. Hierauf konnte nur durch eine Kriegserklärung geantwortet werden. Und nun, wo es sich um Wahrung des Rechtes handelte, war Forckenbeck wieder an seiner Stelle. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, zum schleunigen Berichte über die Botschaft des Herrenhauses aufgefordert, ernannte Forckenbeck zum Referenten. Er schlug dem Hause die entschiedensten Beschlüsse vor:

1) Das Haus der Abgeordneten erklärt den Beschluß des Herrenhauses als gegen den Artikel 62 der Verfassung verstoßend und deshalb als null und nichtig.

2) Das Herrenhaus hat durch Verwerfung des vom Abgeordnetenhause gebilligten Budgets der Regierung die Befugniß zu jeder Ausgabe entzogen.

3) Die Königl. Staatsregierung macht sich eines offenen Verfassungsbruches schuldig, wenn dieselbe fortfährt, ohne Zustimmung beider Häuser des Landtags über die Mittel des Staates eigenmächtig zu verfügen.

4) Jede Anleihe — in welcher Form es auch sei — die ohne Genehmigung der Landesvertretung für den Staat aufgenommen werden sollte, ist verfassungswidrig und für den preußischen Staat allezeit unverbindlich.

Es war zu erwarten, daß die Regierung den Landtag sofort vertagen oder auflösen werde, um die Annahme dieser Resolutionen zu verhüten, deren moralischer Eindruck auf das In- und das Ausland ein sehr großer sein mußte. Man mußte deshalb noch an demselben Tage — dem 25. Januar 1864 — die Resolutionen annehmen. Forckenbeck sprach das offen aus und begründete mit kurzen aber scharfen Worten

seine Anträge. Behm beantragte, die Resolutionen ohne Diskussion zu billigen. Dagegen protestirten im Namen der Geschäftsordnung diejenigen Parteien, die die Resolutionen, wenigstens einige von ihnen, nicht angenommen zu sehen wünschten: Altliberale, Konservative, Katholiken; dagegen protestirte auch der Handelsminister Graf Itzenplitz, da das Ministerium verlangen müsse, sich an der Diskussion zu betheiligen. Forckenbeck fand darauf die bezeichnende Antwort, das entscheidende Wort: „In Folge der Aeußerungen des Herrn Handelsministers richte ich hiermit die ausdrückliche Frage an die anwesenden Vertreter der Staatsregierung, ob diese bereit ist, sich morgen an einer Berathung der Budgetkommission über die Resolution zu betheiligen?“ Die Minister schwiegen. Präsident Grabow stellte dies fest und erinnerte daran, daß bei allen zweifelhaften Fällen der Geschäftsordnung das Haus selber deren Interpret sei. Nunmehr wurden die Resolutionen 1, 2 und 4 vom ganzen Hause angenommen, mit Ausnahme der Konservativen und weniger Katholiken, 3 von allen Stimmen gegen die der Konservativen, Katholiken und Altliberalen. Gleich darauf ward auch die Militärvorlage mit 264 gegen 34 verworfen. Die noch am selben Tage erfolgende Schließung der Session kam zu spät; das Haus hatte seine Meinung in energischer Weise kundgethan. In einem schwierigen Augenblicke hatte sich Forckenbeck wiederum als Führer des Abgeordnetenhauses bewährt.

Freilich fand die Regierung die Mittel zum Kriege, indem sie, ohne neue Abgaben verfassungswidrig zu erheben, bei den alten die Schraube kräftig anzog und überdies ganz unbedenklich aus dem Staatsschatze schöpfte. Der militärische und diplomatische Kampf wurde von ihr mit großem Erfolg geführt. Die Siegestage von Düppel und Alsen erneuerten den im fünfzigjährigen Frieden verblaßten Ruhm der preußischen Waffen. Weder die Westmächte noch Rußland kamen den Dänen zu Hilfe, die durch den Wiener Frieden die Herzogthümer als gemeinsamen Besitz an Preußen und Oesterreich abtreten mußten. Das war allerdings noch keine endgiltige Lösung der schleswig-holstein'schen Frage.

Die reaktionären Parteien sahen in der endlichen Rettung jener wackern deutschen Lande vor dänischer Unterdrückung vor allem das Signal zur Niederwerfung des Liberalismus, zur Vernichtung der Verfassung in Preußen selbst; sie riefen nach einem „innern Düppel". Soweit konnte Bismarck nicht gehen; bedurfte er doch für später gerade des Liberalismus zur Durchführung seiner großpreußischen, deutschen Pläne gegen die Fürsten und gegen die konservativen Elemente. Aber für den Moment geschah alles, um die Liberalen noch mehr zu reizen: massenhafte Nichtbestätigung liberaler Stadträthe, Maßregelung liberaler Beamten, Beförderung reaktionärer Heißsporne.

Die Regierung durfte auf große Erfolge hinweisen. Die geniale, ebenso in den Einzelheiten geschmeidige, wie in ihren endlichen Zielpunkten sichere und mit eiserner Thatkraft verfolgte Politik Bismarcks begann ihre Früchte einzuernten. Nach dem glänzenden Siege über Dänemark, der dem patriotischen Geiste des preußischen Volkes bedeutend schmeichelte und das Heer wieder volksthümlicher machte, kam ein nicht minder entscheidender Sieg über die feindlich gesinnten süddeutschen Staaten, die nach heftigem Widerstreben zur unbedingten Unterwerfung unter die durch Preußen dem deutschen Zollverein auferlegte Freihandelspolitik gezwungen wurden. Die Polen wurden besiegt, das mit der Berliner Regierung verbündete Rußland triumphirte, und die Gefahr eines Aufstandes in der Provinz Posen wie einer Einmischung des Auslandes war endgiltig beseitigt. Die Steuern ergaben sehr beträchtliche Mehrerträge, nicht nur wegen ungerechtfertigter Höhereinschätzung, sondern wegen des thatsächlichen Steigens des Wohlstandes in der Bevölkerung. Wie so manche andere Vorhersagungen der Opposition, hatte sich auch die einer Erschöpfung der Steuerkraft des Landes durch die militärischen Anforderungen als irrig erwiesen.

Die ohnehin schwierige Stellung der verfassungstreuen Opposition, in frucht- und machtloser Verneinung, wurde durch solche Thatsachen und Erscheinungen noch gefährlicher und bedrohter. Auf der einen Seite eine sieg- und erfolg-

reiche Regierung, die alle Machtmittel in Händen hatte; auf der andern ein jedes positiven Einflusses auf Staatsverwaltung und Politik entbehrendes Abgeordnetenhaus, das nicht einmal auf die Bewahrheitung seiner Warnungen und Vorhersagungen hinweisen konnte. Das Volk hatte auch nicht den mindesten Versuch gemacht, durch eigene Initiative seinen Abgeordneten zu Hilfe zu kommen, die also mit dessen zweifelloser Passivität zu rechnen hatten. Allein gerade diese unbedingte Achtung vor formalem Rechte und Gesetzlichkeit bei dem preußischen und deutschen Volk, die von Beginn an die politische Schwäche des Abgeordnetenhauses ausgemacht hatte, hielt es jetzt wiederum aufrecht. Im Grunde war die Stimmung im Lande, trotz aller Siege der Regierung, unverändert auf Seiten der Vertheidiger des abstrakten Rechtes. Diese, wenn auch jeder kräftigen Bethätigung entbehrende, öffentliche Meinung war die einzige Stütze und Hoffnung der damaligen Liberalen. Naive politische Theoretiker, wie Waldeck, waren damit ganz zufrieden. In ihrem Wolkenkuckuksheim von Idealen lebend, auf die Unveränderlichkeit des unfehlbaren Volkswillens bauend, wollten sie gar nicht eine praktische Verwirklichung ihrer Doktrinen, wenn solche auch nur durch den kleinsten theoretischen Kompromiß zu erkaufen war.

Anders Forckenbeck. Sein scharfer Blick erkannte die ganze Ungunst der Lage, und durch die Erfahrung über den Irrthum seiner drei Jahre früher gehegten optimistischen Anschauungen aufgeklärt, sah er lediglich eine Niederlage des Parlamentarismus voraus. Er fürchtete für die Liberalen „das Schicksal aller der Parteien, welche fruchtlos gegen die Macht ankämpfen. Sie zerfallen in Kotterien und werden nur mühsam äußerlich zusammen gehalten. Mir kommt es von einzelnen unserer Kollegen so vor, als wenn das System des Imperialismus auch bei uns schon die Wege bis zur Korruption gefunden hat."

Nun war Forckenbeck nicht der Mann feiger Kapitulation. „Ich will keinen faulen Frieden," schreibt er eben damals seiner Gemahlin, „lieber noch fortgesetzten Kampf und endlich wirkliche Resultate." — „Mit Freuden aber arbeitet man nicht."

Gern hätte er, wenn das Recht und die Bedürfnisse des Landes gewahrt blieben, die Hand abermals zur Versöhnung geboten.

In der That schien, als der Landtag am 14. Januar 1865 wieder zusammentrat, vielfach Neigung zum Ausgleich zu herrschen. Die Thronrede schlug einen nicht unfreundlichen Ton an. Sie wies auf die Erfolge des jüngsten Krieges hin, um damit die Reorganisation zu rechtfertigen; aber sie sprach zugleich den Wunsch nach innerm Frieden und die Verheißung aus, dann die verfassungsmäßigen Rechte der Landesvertretung in vollem Maße zu achten. In Anknüpfung daran hielt der Minister des Innern Graf Eulenburg in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 24. Januar eine sehr versöhnliche Rede. Er rieth der Volksvertretung, sie möge „die Idee, ihr Budgetrecht an der Militärfrage zu probiren, aufgeben. Suchen Sie irgend ein anderes Thema, irgend einen andern Punkt, worin Sie glauben Ihr Recht geltend machen zu müssen.“ Dann werde die Regierung gern in allen Fragen nachgeben, ja auch die Auslegung des § 99 — des Budgetrechts — durch die Kammer anerkennen.

Nur das tiefe, unvertilgbare Mißtrauen, das der gesammte Liberalismus in die Absichten dieses Ministeriums setzte, erklärt, daß selbst ein so verständiger und gemäßigter Mann, wie Forckenbeck, diese Rede, die ganz aufrichtig gemeint war und der Sachlage entsprach, als eine solche auffaßte, die jede Hoffnung zerstöre, indem sie bedingungslose Unterwerfung fordere. Allerdings darf man nicht vergessen, wie viel Hohn, Spott, Feindschaft das Ministerium dem Hause gezeigt, wie es Jahre lang alles, was sich als liberal bekannte, mit herber Rachgier verfolgt hatte.

Forckenbeck fand durch seine Ansicht von der eigentlichen Bedeutung der Rede Eulenburgs nur den Grundgedanken bestätigt, mit dem er dieses Mal nach Berlin gegangen war: „Diese Regierung kann und will nicht koncediren; unsere Sache ist es hauptsächlich, dies vor dem Lande zu konstatiren.“ Aber bei diesem Manne wandelte sich alles rein Negative von selbst in Positives, Wirksames. Mit den besten Männern

der Fortschrittspartei — Hoverbeck, Michaelis, Twesten, Reichenheim — als Fünfter zum Referenten der Budgetkommission gewählt, erhielt er das Referat über die wichtigste Frage: ob und wie in die Berathung des Etats eingetreten werden solle. Er begnügte sich aber nicht damit, wie Virchow und Saucken es wollten, in Gegenwart des nun schon mehrjährigen budgetlosen Regiments überhaupt die Einzelberathung des Etats abzulehnen; sondern er beschloß die Gesinnung des Hauses vor dem Lande darzulegen und ein Programm für die weitere Agitation und Wirksamkeit der Volksvertretung aufzustellen. Fahne sollte gegen Fahne erhoben werden; und zwar von Seiten des Parlamentes ein neues Banner, da nach den Siegen des reorganisirten Heeres in Schleswig-Holstein der Kampf um die Armeeverfassung einigermaßen seine Bedeutung verloren hatte. Es handelte sich für Forckenbeck jetzt vor allem um den Sieg des Verfassungsrechtes.

X.

Die Verfassungskrise.

„Guter Rath für dieses Referat ist wirklich sehr theuer!“ schrieb Forckenbeck am 20. Januar 1865 seiner treuen Beratherin.

„Im Augenblicke weiß ich selbst noch nicht, was ich vorschlagen werde. Der Gedanke geht mir aber lebhaft durch den Kopf,

1) alle rechtlichen Bedenken und thatsächlichen Schwierigkeiten, die der Berathung des Etats entgegen stehen, zusammenzustellen;

2) den vorgelegten Etat generell und populär, zugleich materiell zu kritisiren, zu zeigen wie gewaltig die Steuerlast gestiegen, wie schlecht die Ausgaben aus diesen Steuern vertheilt sind;

3) daraus Resolutionen ziehen:
welche rechtliche Bedenken,
welche thatsächliche Bedenken zu heben seien;

4) dann die Spezialberathung vorzubehalten.“

Dementsprechend lauteten die Anträge, die Forckenbeck am 28. Januar in der Budgetkommission vorlegte. Er schloß hieran noch die weiteren Anträge, den Militäretat nicht im Einzelnen zu berathen — da die Regierung darauf doch keine Rücksicht nahm; Rechenschaft über die — nach allgemeiner Meinung mit drückender Härte veranlagte — Gebäudesteuer von der Regierung zu fordern; endlich diese zu fragen, welche Summe sie zur Kriegführung dem Staatsschatze entnommen habe?

Diese Gesichtspunkte waren sehr geschickt gewählt, um nach dem Verluste des ursprünglichen Schlachtfelds für die liberale Mehrheit ein neues zu wählen, wohin thatsächlich die Sympathien des überwiegenden Theiles des preußischen Volkes

ſie begleiteten. Und doch wurden Forckenbecks Anträge von der Budgetkommiſſion nur gegen den Willen der Radikalen angenommen, die vor unumwundener Anerkennung des Budgetrechts des Hauſes durch die Regierung überhaupt keinerlei Verhandlungen mit dieſer geführt ſehen wollten. Als verſöhnlich betrachtete auch die Regierung den von Forckenbeck verurſachten Beſchluß. Die drei Präſidenten des Hauſes — ſelbſt der wegen ſeiner ſcharfen Parteireden verhaßte Grabow — wurden zu den Hoffeſtlichkeiten eingeladen; als ſie „wegen Krankheit“ abſagten, erfolgten neue Einladungen, denen ſie nachkommen mußten. Gerüchte aller Art, die Regierung wünſche ſich wegen der Zerwürfniſſe mit Oeſterreich über Schleswig-Holſtein mit dem Abgeordnetenhauſe zu vertragen, liefen in ſonſt wohlunterrichteten Kreiſen um. Kein Zweifel, daß, wie Eulenburg, ſo jetzt auch Roon gern einen Kompromiß herbeigeführt hätte [1]).

Die fünf Referenten arbeiteten inzwiſchen eifrig an dem Budgetberichte. Sie beſchränkten ſich aber nicht darauf, das Budget in hergebrachter Weiſe in ſeinen Einzelheiten zu prüfen, ſondern unterzogen es in ſeiner Geſammtheit, wie Forckenbeck es gewollt, einer durchaus ſachlichen volkswirthſchaftlichen, finanziellen, politiſchen und legislativen Kritik nach wiſſenſchaftlichen Grundſätzen. Aber damit nicht genug: an dieſe Kritik knüpften Forckenbeck und ſeine Mitarbeiter eine Reihe poſitiver Reformvorſchläge, die das ganze Staats- und Volksleben umfaßten. Dieſe Vorſchläge ſind ſpäter großentheils von der Regierung durchgeführt worden. „Wo man reformiren wollte, mußte man zu jenem Berichte zurückgreifen; ſelbſt noch das Hobrecht'ſche Verwendungsgeſetz von 1879 entlehnte jenem Berichte den ihm zu Grunde liegenden Gedanken“ [2]).

So poſitiv, ſo ſchöpferiſch war die Oppoſition Forckenbecks und ſeiner Freunde! Ihre politiſchen Rathſchläge haben ſpäter der Regierungsthätigkeit ſelbſt zur Grundlage gedient.

Aus dem Berichte ergab ſich dann eine Reihe von An-

---

[1]) Bernhardi, VI 209.
[2]) Braun-Wiesbaden, in „Unſere Zeit“, 1882, II 383.

trägen, die von der Budgetkommiſſion, gegen den Widerſpruch der Radikalen, angenommen wurden:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beſchließen, der Staatsregierung gegenüber zu erklären: I. In dem vorgelegten Staatshaushaltsetat iſt eine richtige Vertheilung der Staatsausgaben nicht zu erkennen. II. Der Militäretat bedarf einer weſentlichen Umgeſtaltung und Ermäßigung. III. Für produktive Zwecke, Strom-Regulirung, Wegebauten, Landesmeliorationen, für Unterricht und Wiſſenſchaft, desgleichen für Verbeſſerung der Gehälter der Lehrer, der Subaltern- und Unterbeamten, der Unteroffiziere und Gemeinen der Armee ſind größere Summen als bisher zu verwenden. IV. Gerichtskoſten und Briefporto ſind zu ermäßigen, das Salzmonopol iſt aufzuheben. V. Die Gebäudeſteuer iſt auf den urſprünglichen Anſchlag von 2843000 Thalern zurückzuführen. VI. Der Betrag der Klaſſen- und Einkommenſteuer iſt jährlich durch Geſetz feſtzuſtellen.“

Offenbar bedeuten dieſe Anträge Agitationsmittel, da das Intereſſe an der Militärfrage im Volke erſchlafft war; anſtatt für das Heer verwandt oder dem Staatsſchatze hinzugefügt zu werden, ſollen die hohen Steuerüberſchüſſe teils zu produktiven Zwecken und Verbeſſerung der Gehälter und Löhnungen ausgegeben, theils ganz erlaſſen werden. Es iſt Thatſache, daß, bei einer Steigerung der direkten Steuern um 75 Prozent, die Regierung, um nur alle Kraft auf den Militäretat zu vereinigen, auf allen andern Gebieten des Staatslebens arg knauſerte. Aber andrerſeits waren die Vorſchläge wiederum ſo allgemeiner Art, daß die Regierung über ſie ſehr gut mit der Volksvertretung Unterhandlungen beginnen und damit den beſtehenden Gegenſatz überbrücken konnte.

Nicht anders zeigte ſich die Militärkommiſſion, die den von der Regierung neuerdings vorgelegten, noch verſchärften Geſetzentwurf über die Dienſtpflicht zu berathen hatte. Sie wählte bezeichnender Weiſe Gneiſt und Forckenbeck zu Referenten und ſprach offen aus: ſie halte keinen der beſtehenden Differenzpunkte für unlösbar, wenn die Regierung nur einen neuen, auf Beſtimmung der Zahl und Stärke der Cadres ſowie der

Präſenzdauer im aktiven Heere beruhenden Entwurf vorlegen wolle; damit werde eine Einigung erzielt werden. Freilich ſelber Abänderungsvorſchläge zu machen, wie Stavenhagen und von Bonin es vorſchlugen, lehnte Forckenbeck ab; eine ſolche Initiative habe das Haus früher ergriffen, aber fruchtlos. „An der Regierung ſei es vorzugehen und zunächſt Indemnität zu verlangen.“ Das Haus dürfe allenfalls eine Reſolution faſſen, daß es nach thatſächlicher Anerkennung ſeines Budgetrechtes und eingeholter Indemnität ſeitens der Regierung auf die Bewilligung des Präſenzſtandes eingehen könne. — Man ſieht, daß das Hauptgewicht ſchon nicht mehr, wie früher, auf die Militärfrage, ſondern auf das Budgetrecht gelegt wird: offenbar eine Annäherung an den von Eulenburg verfochtenen Standpunkt. — Auch erkannte der Kriegsminiſter das Bedürfniß der Regierung, Indemnität nachzuſuchen, an und ſprach ſeine Ueberzeugung aus, daß ſich dafür eine Form werde finden laſſen. Man weiß jetzt, daß er den Bonin'ſchen Antrag, der die Wahrung der Budgetrechte des Hauſes mit den Hauptforderungen der Reorganiſation vereinte, gern angenommen hätte [1]).

Thatſache iſt, daß die Regierung ihre „Lückentheorie“ und deren ganz ungeeignete Anwendung auf das Extraordinarium von 1860 und 1861 immer nur ſo lange aufrecht erhielt, wie es ihr paßte, ſonſt aber mit einer Schnelligkeit und Bereitwilligkeit aufgab, die die ganze Nichtsnutzigkeit dieſes Auskunftsmittels ſchlagend beweiſen.

Am 14. März fand die Budgetberathung im Plenum ſtatt; dabei ſprach Forckenbeck als Hauptreferent. Er ſtellte von neuem die Budgetfrage in den Vordergrund, die allerdings den Eckſtein des geſammten Verfaſſungslebens ausmachte. Die theoretiſche Anerkennung der Rechte des Abgeordnetenhauſes, wie die Regierung ſie bei jeder Gelegenheit mit Emphaſe ausſprach, ſtand in ſeltſamem Gegenſatze zu ihrer thatſächlichen Verletzung bei den verſchiedenſten Gelegenheiten.

---

[1]) Bernhardi, VI 209.

„Im Jahre 1864," ſagte Forckenbeck, „ſchritt das abſolute Regiment in Finanzſachen zu den letzten Konſequenzen. Es nimmt die Mittel zum Kriege gegen Dänemark da, wo es ſie findet; es durchbricht die geſetzliche Schranke des Staatsſchatzes und nimmt ohne weiteres aus demſelben zehn Millionen Thaler. Noch mehr! Nachdem dieſes geſchehen, nachdem wir ein budgetloſes Regiment für das Jahr 1864 gehabt haben, wird beim Zuſammentritt beider Häuſer des Landtags der Staatshaushalts-Etat vorgelegt, als wenn nichts paſſirt wäre. Kein Wort von Indemnität, kein Wort der Entſchuldigung für dieſe verfaſſungswidrigen Zuſtände. Unzweifelhaft hat das Haus das Recht zu fordern, daß die Staatsregierung keine Ausgaben leiſten darf, als auf Grund des im voraus durch ein Geſetz feſtgeſtellten Staatshaushalts-Etats. Es hätte darum das Recht gehabt zu ſagen: Wir verweigern die Berathung des Etats ſo lange, bis uns die verfaſſungsmäßige Garantie gegeben worden, daß wir Beſchlüſſe mit verfaſſungsmäßiger Wirkung faſſen. Wenn nun angeſichts der bedrohlichen Lage Preußens nach außen und der unſeligen Zuſtände im Innern das Haus nicht von dieſem Rechte Gebrauch macht, ſondern in die Berathung des Etats eintritt, ſo thut es den erſten Schritt, den Verfaſſungskonflikt zu beſeitigen. Wenn es dann in den Beſchlüſſen, welche die Budgetkommiſſion vorgeſchlagen hat, die Bedenken offen und loyal ausſpricht, die es in dem vorgelegten Staatshaushalts-Etat gefunden, ſo thut das Haus den zweiten Schritt zur Beſeitigung des Verfaſſungskonfliktes. Antwortet die Regierung auf dieſe Bedenken nicht, ergreift ſie nicht die Initiative, dieſe Bedenken zu beſeitigen, ſo werden wir und das Land ihr mit Recht ſagen: ſie hat wohl Worte der Verſtändigung aber keine Thaten." — „Iſt denn," ſo ſchloß er, „die Verfaſſung in Preußen nur dazu da, um immer mehr Menſchen und Geld für den unerſchöpflichen Brunnen des Militäretats zu ſchaffen und zu liefern?"

Dieſe Rede Forckenbecks, klar und ſachgemäß und vom Feuer innigſter Ueberzeugung durchglüht, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen; von allen Seiten empfing er Glückwünſche und Händedruck. Auch außerhalb des Parlamentes brachte ſie eine große Wirkung hervor, da ſie die Lage ganz deutlich und überzeugend zeichnete. Mit dieſem Abgeordnetenhauſe konnte die Regierung ſich ſelbſt mit Beibehaltung der dreijährigen Dienſtzeit und alles Weſentlichen der Reorganiſation verſtändigen, ſobald ſie wollte und das verfaſſungsmäßige Budgetrecht anerkannte. Ein Jahr ſpäter hat ſie dies gethan. Warum nicht im März 1865? Weil Bismarck den widerſtrebenden König zur Beſeitigung des Auguſtenburgers in Schleswig-Holſtein und zum Kriege gegen Oeſterreich mit ſich fortziehen wollte — Ziele, die ſich nachträglich des Beifalls

ganz Deutschlands erfreuen — und weil er dies nur durchsetzen konnte, wenn er sich dem konservativ-legitimistisch gesinnten Herrscher als einzig möglichen Besieger der inneren Schwierigkeiten darstellte. Auf seinen Befehl machte das noch soeben versöhnungslustige Ministerium wieder eine Schwenkung und segelte in die Gewässer des Konflikts zurück. Bodelschwingh wie Roon erklärten, an das Heer dürfe nicht gerührt werden, der Finanzminister verwarf (15. März) die gesammten Anträge Forckenbecks und der Budgetkommission, schon, wie er betonte, aus dem Grunde, die Regierung von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses unabhängig zu erhalten.

Forckenbeck mußte erkennen, daß er und alle, die nach den Worten der Regierung die Möglichkeit einer Versöhnung erhofft hatten, zum zweiten Male elend getäuscht worden waren. Er sprach deshalb am 31. März so scharf und so leidenschaftlich, wie nie zuvor, indem er die ungeheuerliche Weise schilderte, in der die Militärpartei die Volksvertretung hintergangen hatte: „Die Kammer von 1861 hätte in Voraussicht der Möglichkeit einer budgetlosen Regierung nie die Grund- und Gebäudesteuer bewilligt. (Lebhafter Beifall.) Jetzt stellt man das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses in Frage, nachdem man unter seiner Voraussetzung von der Kammer alles angenommen, was man erlangen konnte. Es ist nothwendig für den Bestand der Monarchie, daß dieser Mißbrauch des Vertrauens aufhöre." Diese Worte, die aus einem treu monarchisch gesinnten Herzen kamen, ernteten stürmischen Beifall. Im Grunde entsprach es aber mehr der eigentlichen politischen Richtung Forckenbecks, wenn er seine wahren Absichten bei Abfassung des Budgetberichtes in charakteristischer Weise dahin kundgab:

„Den Zweck haben wir allerdings verfolgt, daß man im Lande allmählich anfange, nicht bloß allgemeine Thatsachen zu diskutiren, sondern auch die ins Gewicht fallenden Thatsachen, daß man sich nicht bloß an die prinzipielle, sondern auch an die sachliche Diskussion gewöhne; und wenn ich hier einen Wunsch aussprechen darf, so ist es der, daß unsere liberale Presse von den Gesichtspunkten, die im Bericht ausgesprochen sind, mehr Gebrauch mache, als sie bisher gemacht hat."

Das ist der ganze Forckenbeck: trotz allem Idealismus

zu praktiſcher Arbeit und praktiſcher Einwirkung neigend. Inſofern, aber auch nur hierin, iſt er mehr ein Sohn der neuſten Zeit als der ſehr edlen und begeiſterungsvollen, aber etwas unklaren Ideologie der vierziger Jahre. — Nach Annahme der Kommiſſionsanträge am 27. März verließ er Berlin, um auf einige Wochen zu ſeiner ſchmerzlich vermißten Familie und ſeiner Berufsthätigkeit zurückzukehren.

Zur Diskuſſion des Militärgeſetzes, für das er ja Mitreferent war, erſchien er wieder Ende April in Berlin. Zuerſt wollte er in der „abgedroſchenen Sache", wo doch nichts Neues zu ſagen, das Wort nicht ergreifen. Indes bald wurde ihm klar, daß er, der vor kurzem dem Ausgleich in dieſer Frage das Wort geredet, nun ſeinen veränderten Standpunkt präziſiren müſſe. Endlich, nachdem er „ſeine Rede drei Tage mit ſich herumgetragen", was immer ungünſtig auf Stimmung und Befinden wirkte, gelangte er auf die Rednerbühne. Auch hier traf er, von ſeinem und der Mehrheit Standpunkt aus, mit ſchlichten aber kernigen Worten das Richtige. Die Regierung berief ſich immer auf die Siege des neuerlichen Krieges, um die Reorganiſation mit Einſchluß der dreijährigen Dienſtzeit als unantaſtbares Gut zu bezeichnen. Nun waren aber die Siege nur über ein kleines Völkchen von $2^1/_2$ Millionen und mit Truppen erfochten worden, die zum großen Theile erſt ein oder zwei Jahre bei der Fahne geweſen waren. Forckenbeck ſagte alſo mit Recht:

„Das Volk wird ſich bei der langen Rede des Herrn Kriegsminiſters fragen: warum legt er unſeren Vertretern nicht in einer ausführlichen Denkſchrift dar, daß die Erfahrungen des letzten Krieges die Nothwendigkeit der dreijährigen Dienſtzeit herausgeſtellt haben? Wollte der Kriegsminiſter uns überzeugen, ſo mußte er doch ſo viel Achtung vor dem Hauſe haben, daß er demſelben ſeine Erfahrungen mittheilte. Das iſt nicht geſchehen. Da das Miniſterium nicht geſonnen iſt, den Verhältniſſen Rechnung zu tragen, ſo bin ich der Ueberzeugung, daß der Konflikt nicht anders lösbar iſt, als daß das Miniſterium zurücktritt oder uns auflöſt."

Es war alſo wieder ſo weit gekommen, die Fehde war von neuem eröffnet, ſchärfer und unverſöhnlicher als je, nach der abermaligen Täuſchung, die bitterſtem Hohne glich.

Das Haus verſagte den Rechnungen ſeit dem Jahre 1859

Decharge, erklärte die Entnahme von $10^1/_2$ Millionen Thalern aus dem Staatsſchatze für verfaſſungswidrig und die Miniſter dafür perſönlich verantwortlich, verweigerte überhaupt den Kriegskoſten die Indemnität. Am ſchwerſten fiel es der liberalen Partei, die für das Lieblingskind der öffentlichen Meinung, die Flotte, geforderte Anleihe wiederum abzulehnen. Das ganze Etatsgeſetz wurde, mit abermaliger Abſetzung der beinahe ſieben Millionen Reorganiſationskoſten, nach den Vorſchlägen der Budgetkommiſſion mit erdrückender Mehrheit angenommen (12 Juni). Für Verwerfung des ganzen Etats votirten außer den Konſervativen, neben ſechzehn andern Radikalen, Johann Jacoby und Hoverbeck: zum großen Aerger Forckenbecks. Hatte doch ſelbſt Waldeck für den Etat geſtimmt! „Das Land," begründet Forckenbeck ſeinen von dem des Freundes abweichenden Standpunkt, „hätte bei Verwerfung des Etats die Steuern nicht verweigert, und wußte man das, ſo mußte man ſich der nicht ungefährlichen Demonſtration, gegen den Etat zu ſtimmen, enthalten."

So ſehen wir Forckenbeck ſtets auf der Seite des gemäßigtern und zur Verſöhnung geneigtern Theiles der Fortſchrittspartei. Aber unverſöhnlich war er, wo es ſich um die Rechte des Hauſes und des einzelnen Volksvertreters handelte. Dann war er immer der erſte, der muthig, ja leidenſchaftlich auf die Breſche ſprang.

Am 7. Juni hatte, der höchſt provokatoriſchen Sprache Bismarcks gegenüber, Virchow ganz hypothetiſch geſagt: „Wenn der Herr Miniſterpräſident das im Berichte finden will, ſo weiß ich nicht, was ich von ſeiner Wahrhaftigkeit denken ſoll." Darauf ließ ihn Bismarck zum Piſtolenduell fordern. Unterhandlungen zur Beilegung der Streitſache ſcheiterten, da der Miniſter unannehmbare Bedingungen ſtellte. Virchow verſtand übrigens mit der Piſtole nicht umzugehen. Nun traten noch am ſpäten Abend hervorragende Abgeordnete, unter denen Forckenbeck, mit dem Präſidenten Grabow zu einer Berathung darüber zuſammen: ob ein Abgeordneter ſich wegen der im Hauſe gethanen Aeußerungen überhaupt, und ob Virchow ſich im gegebenen Falle ſchießen müſſe. Beides

wurde verneint, und Forckenbeck, übernahm die peinliche und delikate Aufgabe, die Sache am folgenden Tage vor das Haus zu bringen[1]). Allerdings war er dazu am besten geeignet, da er selber, bei aller Schärfe seiner grundsätzlichen Erklärungen, sich der Angriffe gegen die Person der Minister stets enthalten hatte. Am 8. Juni also brachte er die Sache im Hause zur Sprache. Er verwarf das Duell nicht ganz, wenn er es auch in der Theorie mißbilligte; allein er erklärte es für unvereinbar mit den Rechten und Pflichten eines Abgeordneten. „Der Abgeordnete Virchow würde meiner Ansicht nach die Pflicht gegen das Land als Abgeordneter verletzen, wenn er eine Forderung zum Duell annehmen wollte." Er mahnte also den Präsidenten: „daß er zur Bewahrung der Ehre und der Freiheiten des Hauses und seiner Mitglieder und damit der Ehre und Freiheiten dieses Landes Virchow schütze und an Annahme der Forderung verhindere." (Großer Beifall.) Grabow erwiderte: „Ich trete den Ausführungen des Herrn Abgeordneten von Forckenbeck in allen Punkten bei, setze zuversichtlich voraus, daß das Haus zur Aufrechterhaltung seiner Redefreiheit die eben vernommenen Grundsätze durchweg billige, und erwarte, daß der Abgeordnete Virchow sich dem Ausspruche des Hauses unbedingt unterwerfe." Der berühmte Gelehrte wies darauf thatsächlich die Herausforderung zurück, und der Versuch, die Redefreiheit der Abgeordneten durch die Pistole einzuschränken, war gescheitert. Bald sollte man gegen jene andere Waffen verwenden.

Eines weitern Erfolges konnte sich Forckenbeck in den folgenden Tagen rühmen. Das Herrenhaus verwarf zwar am 15. Juni den vom Abgeordnetenhaus gebilligten Etat, wagte aber, der am 25. Januar 1864 von Forckenbeck veranlaßten Resolution der zweiten Kammer gegenüber, nicht mehr, den von der Regierung vorgelegten Etat anzunehmen. Damit trug formell das Herrenhaus allein die Schuld des budgetlosen Regimes: eine Thatsache, die Forckenbeck am 17. Juni in der öffentlichen Sitzung hervorhob.

---

[1]) Ms. Brief Forckenbecks an seine Gattin vom 8. Juni 1865.

Trotzdem brachte die Thronrede, mit der am selben Tage die Session geschlossen wurde, gegen die Abgeordneten heftige Vorwürfe, während sie des Herrenhauses mit Lob gedachte.

Forckenbeck war glücklich, Berlin verlassen zu können nach einer fünfmonatlichen, überaus anstrengenden Sitzungsdauer, deren Ergebnisse doch wieder rein negative waren. Hätten ihn nicht die dem Lande, den Wählern und der Partei gegenüber einmal übernommenen Pflichten festgehalten, wie gern würde er auf diese unfruchtbare politische Thätigkeit verzichtet haben.

Allein er mußte den Kelch bis zur Neige auskosten.

Die Lage des Abgeordnetenhauses hatte sich in dem letzten Jahre noch wesentlich verschlimmert. Es hatte sich herausgestellt, daß die Regierung nicht nur in gewöhnlichen Zeiten ohne dessen Mitwirkung weiter wirthschaften, sondern auch gegen seinen Willen einen Krieg führen konnte. Dazu kam noch das Gelingen eines neuen Gewaltstreiches: die Veräußerung von Staatseigenthum ohne Genehmigung der Landesvertretung. Ein Vertrag mit der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft vom 10. August 1865 verschaffte dieser eine Verlängerung ihrer Existenz gegen Zahlung einer beträchtlichen Summe an den Staat. Es veranlaßte dieser Vertrag, sowie ein ähnlicher mit der Bergisch-Märkischen Bahn einen mehrjährigen, die Konfliktzeit überdauernden parlamentarischen Kampf, der schließlich, besonders durch Laskers Bemühen, ebenso wie die meisten anderen zu jener Zeit streitigen Punkte, zu Gunsten der Rechte des Abgeordnetenhauses entschieden worden ist.

Für den Augenblick bot der Köln-Mindener Vertrag Bismarck die Mittel, den von ihm längst beabsichtigten und nunmehr durch den Streit über das künftige Schicksal Schleswig-Holsteins begründeten Krieg mit Oesterreich zu führen. Ein solcher aber erschien damals allgemein als eine Ungeheuerlichkeit, als die Folge einer verkehrten und unheilvollen Politik und zugleich als das Bestreben, durch auswärtige Verwickelungen dem sich immer mehr schärfenden innern Konflikte die Spitze abzubrechen und das Volk auf die Bahn abenteuernder und

den Bestand des Staates selbst bedrohender äußerer Unternehmungen abzulenken. Werde nicht Napoleon III. den Streit der beiden deutschen Großmächte benutzen, um sich des linken Rheinufers zu bemächtigen? Fast das gesammte Deutschland stand gegen Preußen, das auch in Europa kaum einen Freund hatte; selbst sein Bundesgenosse Italien war höchst unzuverlässig und würde es gegen gütliche Erlangung Venetiens mit Freuden im Stiche gelassen haben. Die Tüchtigkeit des eigenen Heeres wurde allerseits unterschätzt; daß es im Vereine mit den Oesterreichern die so viel schwächeren Dänen überwältigt hatte, erschien noch keineswegs als ein Beweis seiner Vortrefflichkeit. Besten Falles werde alles, so glaubte man, mit einem kläglichen Rückzuge enden, Bismarck lieber um jeden Preis mit Oesterreich als mit dem eigenen Volke Frieden schließen.

Die heftige Gegnerschaft wider die Kriegspolitik Bismarcks blieb keineswegs auf die Liberalen beschränkt. Gerade die konservative Partei, die sich nachher mit ihrer gewöhnlichen rücksichtslosen Klugheit geberdet hat, als ob Bismarcks Siege die ihren seien, sah in einem Bruche mit dem Kaiserstaate den größten Frevel und bot allen ihren Einfluß auf, ihn zu hintertreiben. Die von König Wilhelm hoch geschätzte Wittwe seines Bruders, Elisabeth, dann Königin Augusta, das Kronprinzliche Paar, der Führer der feudalen Kamarilla, des Herrschers Bruder Prinz Karl, beschworen ihn, von dem „unheilvollen Bruderkriege" abzulassen. Wirklich theilte Wilhelm I. selber diese Besorgnisse.

Bewundernswerth wird es für immer bleiben, wie Bismarck, fast völlig allein stehend — nur Roon und Moltke hatte er für sich — gegen die ganze Welt und gegen seinen eigenen Herrscher seine als nothwendig anerkannte Entscheidungspolitik durchgesetzt hat. Es war eine Schärfe und Selbstgewißheit des politischen Urtheils und eine Kraft des Willens, wie sie sich größer nie in der Weltgeschichte erwiesen haben.

Allein vergessen wir nicht, daß ebenso unerhört wie Bismarcks staatsmännische Größe auch sein Glück war. Niemand in der Welt konnte die schnellen und vernichtenden Siege des

Heeres, niemand die Verblendung der österreichischen Staatsmänner, niemand auch die Schwäche und Zaghaftigkeit des durch Krankheit in seiner frühern Entschlossenheit und Schlauheit gelähmten Napoleon III. vorhersehen. Fiel aber einer dieser Momente weg, so war das Ergebniß des Krieges: endgültige Niederlage Preußens, Verlust Schlesiens und der Rheinprovinz und, bei der ohnehin erregten Stimmung des Volkes, ernste Gefährdung des Herrscherhauses [1]).

Eines der hauptsächlichsten Mittel, das schwankende Gemüth des Herrschers an sich zu fesseln und zugleich die Gegnerschaft der konservativen Partei zu vermindern oder doch unschädlich zu machen, war für Bismarck die Verschärfung des Konfliktes mit der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Je näher die Entscheidung für den Kampf mit Oesterreich rückte, um so provokatorischer trat er gegen die Kammer auf [2]). Zur großen Freude der Reaktion: nur die Besorgniß vor den konstitutionell freiheitlichen Anschauungen des Kronprinzen hielt sie damals ab, direkt auf einen Staatsstreich hinzudrängen; sie fürchtete, daß der Prinz nach seinem, als bald bevorstehend erwarteten Regierungsantritte dann mit natürlicher Gegenwirkung eine viel liberalere Verfassung einführen werde [3]).

So weit ging freilich Bismarck aus den schon entwickelten Gründen nicht; aber einstweilen schritt er doch dicht bis an die Grenze des Staatsstreichs vor.

Als zur Eröffnung des Landtags am 15. Januar 1866 die Abgeordneten sich in Berlin einfanden, war ihre Stimmung die der Mattigkeit und Niedergeschlagenheit. Die Lage im

---

[1]) Nicht ein freisinniger Oppositionsmann, sondern ein allgemein hochgeschätzter militärischer Schriftsteller, Oberst von Lettow-Vorbeck, spricht es nach vorsichtiger Abwägung aller Thatsachen aus, daß einzig und allein die ungeahnt schnellen und vernichtenden Siege des Heeres den Kampf zu Gunsten Preußens entschieden haben. Geschichte des Krieges von 1866, Bd. I (Berlin 1896), S. 44.

[2]) Berger, Harkort, 263.

[3]) So schreibt Ludwig von Gerlach an Frau von Bismarck und an Geh.-Rath Bucher, 23. Februar 1866. Kohl, Bismarck-Jahrbuch, IV 172 f.

Innern und nach außen rechtfertigte das im höchſten Maße. Allein Forckenbeck ließ ſich hierdurch in dem Entſchluß der Pflichterfüllung nicht beirren. „Im ganzen," ſchrieb er ſeiner Frau, „bin ich der Anſicht, daß die auswärtige Frage ſo ernſt iſt, über kurz und lang zu einer ſolchen Kriſis führen kann, daß man als Mann für das Land, für ſich und ſeine Kinder in Ruhe und Schärfe ſeinen Mann ſtehen und dann die Zukunft in Ruhe abwarten muß."

Es handelte ſich zunächſt um die Frage, ob der Staatshaushalts-Entwurf wieder in einer Kommiſſion vorberathen oder ſogleich im Hauſe erledigt werden ſolle. Forckenbeck und ein großer Theil der Fortſchrittspartei wieſen auf die Lächerlichkeit und Würdeloſigkeit einer ſorgfältigen Einzelprüfung in einer Kommiſſion hin, während die Regierung ſchon vier Jahre lang die Beſchlüſſe des Abgeordnetenhauſes ganz einfach unbeachtet ließ. Waldeck und die Theoretiker forderten dagegen Beibehaltung des alten Geſchäftsganges; das Haus ſolle in „majeſtätiſcher Ruhe" beharren, während das Miniſterium, auf einer „vollſtändig abſchüſſigen Ebene herabgleitend", ſehen möge, wo es bleibe.

In der gemeinſchaftlichen Verſammlung der Fortſchrittspartei und der Fraktion Bockum-Dolffs drang Forckenbecks Anſchauung mit geringer Mehrheit durch; im Plenum des Hauſes wurde ſie, trotz einer lebhaften Rede Forckenbecks, verworfen. Man wählte wieder eine Budgetkommiſſion. Allein Forckenbeck, obwohl zu ihrem Mitgliede ernannt, reiſte nach Hauſe, da er ſich an ihren fruchtloſen Arbeiten nicht betheiligen wollte. Bismarck betheiligte ſich häufig an den Debatten des Hauſes in immer heftigerer und offenbar abſichtlich aufreizender Weiſe. Die Beſchlagnahme liberaler Zeitungen wurde in ungeheuerlichem Umfange geübt. Die Abgeordneten aber beriethen geduldig alle von der Regierung ihnen vorgelegten Entwürfe, als ſei nichts geſchehen. Die Theoretiker, wie Waldeck, waren entzückt. Der „Geiſt der Zeit", das „ewige Recht" mußten ja ſchließlich von ſelbſt ſiegen, wenn man ſich nur um die Wirklichkeit möglichſt wenig kümmerte!

Da wurden ſie recht unſanft aus ihrer Ruhe aufgeſchreckt.

Am 23. März des vorhergegangenen Jahres hatte Roon gedroht, die Regierung werde gesetzliche Mittel finden, um in die Parteiorganisation der Mehrheit störend einzugreifen. Dazu hatte sich bald eine Handhabe gefunden. Am 20. Mai 1865 hatte Twesten aus Anlaß skandalöser Verurtheilungen liberaler Zeitungen eine glänzende Rede gegen die politische Korruption des Richterstandes und zumal des obersten Gerichtshofes gehalten. Seitdem bereitete die konservative Partei einen Sturm gegen die parlamentarische Redefreiheit vor, die durch § 84 der Verfassung geschützt war: „Die Mitglieder beider Kammern können für ihre Abstimmungen in der Kammer niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf dem Grund der Geschäftsordnung zur Rechenschaft gezogen werden.“ Die erste Maßnahme war ein Antrag des Abgeordneten v. d. Heydt wegen Verschärfung der Geschäftsordnung. Er wurde abgelehnt. Darauf forderte das Herrenhaus die Regierung auf, zu untersuchen, ob sich gegen den Mißbrauch der Redefreiheit nicht einschreiten lasse. Die Regierung sagte es zu, machte also die Sache zu der ihrigen. Besonders eifrig war der ultrareaktionäre Justizminister Graf Lippe, und er vermochte seinen Gesinnungsgenossen, den Präsidenten des Obertribunals, von Schlieckmann, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen. Bismarck war zunächst damit zufrieden; er freute sich, daß „den Kerls etwas ausgewischt“ wurde[1]). Man traf die vortreffliche Unterscheidung, daß die Immunität sich bloß auf die ausgesprochenen *Meinungen* als Ergebnisse des Denkvermögens, nicht aber auf die Behauptung und Verbreitung von *Thatsachen* beziehe. Die Abgeordneten Twesten und Frentzel wurden also wegen Verbreitung falscher Thatsachen im Abgeordnetenhause angeklagt. Die Gerichte erster und zweiter Instanz, sonst der Regierung nur allzu gefügig, lehnten auf Grund des § 84 die Bestrafung ab. Da berief Schlieckmann gegen die geltenden Vorschriften in den Strafsenat des Obertribunals einige zuverlässige Hilfsarbeiter, und nun erklärte, am 29. Januar 1866, dieser Senat

[1]) Bernhardi, VI 243.

mit einer Stimme Mehrheit die Verfolgung für zuläſſig. Die ungeheuerlichſte Interpretation, die gewiſſenloſe juriſtiſche Spitzfindigkeit wohl jemals erklügelt hat!

Ein lauter Schrei der Entrüſtung erhob ſich nicht nur in Preußen, ſondern in der ganzen Welt. Niemals war die Aufregung, der Zorn über das gekränkte Recht im Lande ſo groß geweſen, wie bei dieſer Gelegenheit. Selbſt die ehrenhaften Konſervativen theilten dieſe Mißbilligung. Moltke tadelte, Herrn von Bernhardi gegenüber, ſtreng die Entſcheidung des Obertribunals, für die der Zeitpunkt nicht ſchlechter gewählt ſein könnte[1]). Auch ihm graute vor der Feindſchaft der geſammten öffentlichen Meinung bei dem bevorſtehenden großen Kriege.

Sofort eilte Forckenbeck nach Berlin zurück. Er wollte den Kampf und die Gefahr mit ſeinen Kollegen von der Volksvertretung theilen.

Sein Duzfreund Hoverbeck brachte den Antrag ein: den Beſchluß des Obertribunals für ungiltig zu erklären und dagegen Verwahrung einzulegen. Forckenbeck ſelber wurde zum Referenten ernannt. Nach ſeiner Weiſe wollte er ſich nicht mit einem leidenſchaftlichen Proteſte begnügen, ſondern erforſchte ſorgfältig die Vorakten der ganzen Frage. Dann hielt er am 9. Februar 1866 als Referent ſeine Rede. Er wies darauf hin, daß bei Abfaſſung und Berathung des jetzigen § 84 am 29. September 1849 Miniſter und Kammern einig darüber geweſen ſeien, ihn im weiteſten Sinne zu verſtehen; daß 1852 eine gleiche Anklage gegen den Abgeordneten Dr. Simſon von allen Inſtanzen zurückgewieſen worden ſei; daß am 11. Mai 1863 das jetzige Miniſterium ſelber in einer Zuſchrift an das Präſidium der Kammer die alleinige Verantwortlichkeit der Abgeordneten vor der Kammer anerkannt habe — nunmehr befehlen eben dieſe Miniſter ihren Staatsanwälten die Anklage gegen die Abgeordneten. Das Obertribunal hat ſelber zweimal, ja auch der ſtrenge Disziplinarhof dieſes Gerichtes zweimal — und zwar das letzte

[1]) Bernhardi, VI 243.

Mal erſt am 3. Oktober 1864, alſo vor wenig mehr als einem Jahre — die Unverantwortlichkeit der Abgeordneten wegen ihrer im Hauſe gethanen Aeußerungen anerkannt.

„Ich ſtehe am Ende meines Referats," ſchloß Forckenbeck, „und frage: wohin ſind wir gekommen, wohin haben Sie unſer Land gebracht? 1815, als das Volk das Land den Fürſten wiedergewonnen hatte, iſt eine Verfaſſung feierlich verheißen, 1848—1850 iſt ſie gewonnen worden; und wie nun jetzt? Die Verfaſſung verordnet, ohne unſere Zuſtimmung darf kein Geld ausgegeben werden; ſeit vier Jahren wird ohne unſere Zuſtimmung gewirthſchaftet. Die Verfaſſung ſagt, die Miniſter ſind verantwortlich und können zur Anklage geſtellt werden; die Miniſter ſagen, ja wir ſind verantwortlich, aber nur Gott, d. h. wir ſind auch Menſchen. Das letzte Bollwerk unſerer verfaſſungsmäßigen Rechte untergräbt man und ſagt: Ihr ſeid verantwortlich. So wird unſere Verfaſſung zu einem Zerrbilde für das preußiſche Volk, welches ſich einer Verfaſſung ſo werth und würdig gezeigt hat. Und was haben wir in dieſer Lage zu thun? Meine Herren, einfach zu konſtatiren, daß der Einbruch in das letzte Bollwerk der Verfaſſung geſchehen iſt, auszuſprechen, daß wir ohne Geldmittel, ohne die Verfügung über die Beamten, ohne den Schutz unabhängiger Richter, ja ohne das Rechtsmittel der Vertheidigung zu gebrauchen, dieſem Syſtem entgegentreten wollen fort und fort. (Lebhafter Beifall.) Meine Herren, der Kampf iſt kein hoffnungsloſer, das will ich keineswegs ausſprechen. Ein Syſtem, das in ſchweren Zeiten dem Lande nur immer mehr Menſchen und Geld abfordert, deſſen Laſten drückend empfunden werden und ſich naturgemäß immer mehr ſteigern müſſen, ein Syſtem, welches, um ſich aufrecht zu erhalten, jede Freiheit rauben, jedes Bollwerk der Verfaſſung zuletzt niederreißen muß, und welches andrerſeits nicht einmal einen äußern Erfolg bietet, ein ſolches Syſtem muß zuſammenbrechen. Möge es dann nur nichts anderes begraben als ſich ſelbſt."

Dieſe Rede hatte glänzenden Erfolg und erntete ſtürmiſchen und anhaltenden Beifall. Trotz aller aus innigſter Ueberzeugung hervorgehender Leidenſchaft enthielt ſie ſich wieder jedes perſönlichen Angriffes, ſie wirkte nur um ſo tiefer. Forckenbeck war glücklich in dem Gefühl, von der Achtung und Sympathie des ganzen Hauſes getragen zu ſein.

Mit ſeiner entſchloſſenen und unbedenklichen Diplomatik ſuchte Bismarck den Eindruck zu verwiſchen, indem er, da der Juſtizminiſter ſich vor dem geſchäftsordnungsmäßig berechtigten Korreferenten zum Worte gemeldet, einen Konflikt wegen der Reihenfolge der Redner hervorrief. Allein Graf Lippe, der ſeine üble Stellung vor der ganzen ziviliſirten Welt denn doch fühlte, zog ſich zurück.

Zwei so hochstehende und allgemein geachtete Richter, wie Waldeck — der ja selber Mitglied des Obertribunals war — und der sonst sehr gemäßigte Simson, brandmarkten im Namen des Richterstandes das Vorgehen des Obertribunals. Es war eine glänzende Verhandlung, die in den parlamentarischen Annalen Preußens einen Ehrenplatz verdient. Twesten selber wies nach, daß diejenigen Mitglieder des höchsten Gerichtshofes, die am 29. Januar 1866 gegen die Redefreiheit stimmten, am 11. Januar 1865 noch für sie gestimmt hatten, daß damals der General-Staatsanwalt selber auf die Zurückweisung der Anklage angetragen; freilich hatte es sich nur um einen einfachen Landrath (von Lyskowski) gehandelt. Solche richterlichen Entscheidungen gegen die Verfassung brandmarkte Twesten als Ausfluß revolutionärer Gewalt. „Diese rechtsverachtende Gewalt könnte sich nicht am Ruder erhalten, wenn sich ihr nicht die servile Ehrlosigkeit zur Verfügung gestellt hätte. Die Herren Minister mögen Ihre Richter mit allen Orden des preußischen Staates behängen, Ihre Sterne decken die Wunden nicht, welche diese Männer ihrer Ehre vor der Mit- und Nachwelt geschlagen haben, leider aber nicht bloß ihrer Ehre, sondern auch der Ehre ihres Vaterlandes."

Das waren zerschmetternde Keulenschläge. Die Minister zeigten sich höchlichst aufgeregt und unsicher; sie fühlten sich rathlos vor der allgemeinen sittlichen Empörung.

„Trotz der Drohung des Justizministers," schrieb Forckenbeck am 10. Februar, „die mir nicht so unmittelbar gegen meine Person gerichtet schien" — wie seine Frau fürchtete — „und vielleicht wegen derselben, haben wir gestern die ganz gewaltige Majorität von 263 Stimmen (gegen die einzigen 35 Konservativen) erlangt. Schwerin, Simson, der Oberpräsident von Bonin stimmten mit Leidenschaft mit uns. Der moralische Sieg ist so groß, wie ihn das Haus selten erlangt hat."

Und er wirkte nachhaltig. Das Obertribunal ist jenem unwürdigen Beschlusse vom 29. Januar 1866 erlegen; gerade wegen desselben ist das Reichsgericht nicht in Berlin sondern

in Leipzig domizilirt worden. Graf Lippe ſelber iſt an den Nachwirkungen jenes von ihm herbeigerufenen Beſchluſſes geſtürzt. Wie ſchaal war der damalige Spott der Reaktion über die Ohnmacht der Beſchlüſſe des Abgeordnetenhauſes gegen das Obertribunal! Simſon, der am ſchärfſten und eindringlichſten gegen deſſen Entſcheidung geſprochen, wurde, als erſter der höchſten Richter Deutſchlands, der Vorſitzende des Gerichtshofes, der der Nachfolger des Obertribunals ward. Hier iſt Recht über Macht gegangen.

Eine Verhandlung zwiſchen Abgeordnetenhaus und Regierung war nicht mehr möglich. Der Miniſterpräſident ſchickte die Beſchlüſſe des Hauſes, die die Erwerbung Lauenburgs durch den König ohne Genehmigung des Landtags ſowie den Obertribunalsbeſchluß für verfaſſungswidrig erklärten und die Regierung aufforderten, die Kölner Polizeibehörden, die im vorhergehenden Sommer das den Abgeordneten im Kölner Zoologiſchen Garten gegebene Feſt verhindert hatten, zu beſtrafen, als die Kompetenz des Hauſes überſchreitend zurück. Darauf beſchloß letzteres am 22. Februar, über dieſes Schreiben als weiterer Behandlung nicht würdig zur Tagesordnung überzugehen. Am folgenden Tage wurde die Seſſion geſchloſſen, mit einer Thronrede, die den Abgeordneten die bitterſten Vorwürfe machte und behauptete, der Schluß geſchehe nur, um noch größeren Mißhelligkeiten vorzubeugen.

Aber gerade wie der Konflikt zur höchſten Schärfe entwickelt war, wie nichts mehr übrig zu bleiben ſchien, als Staatsſtreich oder Revolution, gerade da hielt Bismarck die Zeit für gekommen, den Frieden mit der Volksvertretung herzuſtellen.

XI.

Die Versöhnung: Forckenbeck Präsident des Abgeordnetenhauses.

Der geniale Staatsmann, der Preußens Geschicke leitete, umschiffte nur mit Mühe die Klippen, an denen sein Schiff in dem Augenblicke zu scheitern drohte, als er im Begriffe stand, die vorbereitenden Maßnahmen zu beendigen und das große Ziel seines politischen Strebens zu erreichen: den gewaltsamen Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland und des letztern Einigung unter Führung Preußens. Wiederholt war er auf dem Punkte, vor der Abneigung des Königs und der gesammten konservativen Partei gegen den Krieg mit dem Habsburger seinen Abschied nehmen zu müssen. Man darf sagen: hätte er nicht den Konflikt mit dem Abgeordnetenhause soweit getrieben, daß sein Abgang zugleich die Kapitulation der Krone vor der Volksvertretung bedeutet hätte, so würde der Monarch ihn sicher haben fallen lassen; nur dieser Umstand machte ihn dem Herrscher unentbehrlich. Er aber mußte nunmehr versuchen, sich den Liberalen zu nähern, die als einzige und begeisterte Anhänger der deutschen Einheit eigentlich seine naturgemäßen Bundesgenossen waren. Er wünschte deshalb, im Frühjahr 1866, sich der wegen ihres feudalen Standpunktes verrufensten unter seinen Ministerkollegen zu entledigen und sie durch gemäßigtere Elemente zu ersetzen. Andrerseits trat er mit einigen in Berlin weilenden liberalen Führern, selbst dem so bitter verfolgten Twesten

in Verbindung und begehrte deren Unterstützung: sie sollten ihm helfen bei der Begründung von Preußens Macht und Größe. „Um das bischen Liberalismus sollten sie sich keine Sorge machen, das würden sie unter dem ersten besten liberalen Ministerium in sechs Wochen wieder einholen, und jedenfalls werde unter dem Kronprinzen ein anderes Regiment eintreten." Zumal Georg von Vincke wollte er zum Eintritt in das Kabinet bestimmen. Auch den Kronprinzen selbst suchte er, durch die Vermittlung Max Dunckers, zu gewinnen. Alles dies schlug fehl. Seine Bemühungen bei dem Könige scheiterten an dessen Dankbarkeit für die ihm von den Konfliktsministern geleisteten Dienste. Die Versöhnung mit dem Kronprinzen und den Liberalen aber mißlang gegenüber dem furchtbaren Mißtrauen, das sie gegen Bismarck hegten. Sie sahen in dessen Entgegenkommen nur den Versuch des ertrinkenden Abenteurers, sich mit ihrer Hilfe der drohenden Vernichtung zu entziehen, wenn nicht eine plumpe Falle für sie selbst[1]). Als Bismarck am 9. Mai das Abgeordnetenhaus auflöste, erklärten die Wortführer der Fortschrittspartei in den Wahlversammlungen: Diesem Ministerium keinen Groschen.

Er und das preußische Heer wurden auch ohne sie fertig. Im Juni erfolgten die Kriegserklärung gegen Oesterreich und dessen deutsche Verbündete, die Besetzung Holsteins, Hannovers, Kurhessens, der Einmarsch in Böhmen. Nach mehreren siegreichen Gefechten vernichtete die Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli die Widerstandskraft Oesterreichs. Am 26. Juli wurden die Friedenspräliminarien unterzeichnet, die Oesterreichs Verzicht auf jede weitere Theilnahme an der Gestaltung Deutschlands enthielten. Nun wurden auch die Süddeutschen leicht besiegt und durch ehrenvolle und gemäßigte Friedensbedingungen gewonnen. Mit Recht begrüßte stolzer Jubel den greisen Monarchen und seinen großen Staatsmann, die für Preußen eine glänzendere und ruhmvollere Zeit herbeigeführt hatten, als selbst die Friedericianische gewesen war.

---

[1]) Haym, Duncker, 339 ff. 372 f. — Bernhardi, VI 294. — Korrespondenz Twestens, citirt in einem Ms. Brief G. Lipkes an Forckenbeck v. 24. Juli 1879.

Der „Bruderkrieg“ war zuerſt in Preußen ſehr unpopulär; aber kaum waren die erſten Schüſſe gefallen, die erſten Erfolge erlangt, ſo machte ſich dort der kriegeriſche Geiſt des Volkes geltend. Man wollte nicht eine Regierung bekämpfen, die für das Daſein und die Größe Preußens in Waffen ſtand. Am 25. Juni fanden die Wahlmänner-, am 3. Juli die Abgeordnetenwahlen ſtatt. Ein Glück für die liberale Partei, daß ſie nicht nach dem Siege von Königgrätz vor ſich gingen. Auch ſo hatte ſie ſchmerzliche Einbuße zu beklagen. Das linke Zentrum ſchmolz auf 65, die Fortſchrittspartei auf 83 Mitglieder zuſammen: die beiden Fraktionen der Linken hatten die Mehrheit verloren. Die Konſervativen zählten mit der gemäßigtern Freikonſervativen Vereinigung faſt ebenſo viele — 142 — Mitglieder. Zwiſchen beiden Parteien ſtanden die 26 Altliberalen, die nur noch 15 Ultramontanen, 21 Polen.

Auch Forckenbecks alter Wahlkreis Mohrungen-Preußiſch Holland war ihm untreu geworden, hatte konſervativ gewählt. Dafür wurde er in Königsberg erkoren, allerdings nur mit 363 von 685 Stimmen; und doch hatte er deren noch mehr erhalten, als ſeine dortigen liberalen Kollegen Hoverbeck und Koſch, die nur knapp die Mehrheit erlangten.

Bismarck hätte den Sieg auch in den inneren Fragen nach Belieben ausnützen können. Kein Zweifel, daß der geringfügige Widerſtand, den ihm dieſes Abgeordnetenhaus entgegengeſtellt haben würde, durch eine abermalige Auflöſung und Neuwahlen, die eine große konſervative Mehrheit ergeben hätten, leicht zu brechen geweſen wäre. Wirklich glaubte die Reaktion ihre Zeit für gekommen und muthete Bismarck zu, nunmehr mit der Verfaſſung, der „Charte Waldeck“, gründlich aufzuräumen. Indes Bismarck hatte ſeine Meinung nicht geändert, daß nur mit Hilfe des geſammten deutſchen Volkes die Einigung Deutſchlands durchzuführen und feſt zu begründen ſei, nicht aber mit Hülfe der antiunitariſchen oſtelbiſchen Junkerclique. Unter Beihilfe des Kronprinzen beſiegte er den Widerſtand, den ihm die Hofpartei, ein Theil ſeines eigenen Miniſteriums und der König ſelber entgegen-

ſetzten, und bewog den Herrſcher, bei dem Parlamente um Indemnität für das budgetloſe Regime nachzuſuchen[1]). Ein großartiges Opfer von Seiten eines ſeiner Würde ſo bewußten Monarchen, unmittelbar nach den blendendſten Siegen und Erfolgen!

Die höchſt bezeichnender Weiſe von Tweſten entworfene[2]) Thronrede, mit der der König am 5. Auguſt 1866 den Landtag eröffnete, erkannte freimüthig an: „Die Staatsausgaben, welche in den letzten Jahren geleiſtet ſind, entbehren der geſetzlichen Grundlage, welche der Staatshaushalt, wie Ich wiederholt anerkenne, nur durch das nach Artikel 99 der Verfaſſungsurkunde alljährlich zwiſchen Meiner Regierung und den beiden Häuſern des Landtags alljährlich zu vereinbarende Geſetz erhält. Ich hege das Vertrauen, daß Meiner Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushaltsgeſetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen worden iſt, bereitwillig ertheilt und damit der bisherige Konflikt für alle Zeit zum Abſchluß gebracht werden wird.“ So erkannten Herrſcher und Regierung, gerade im Gefühl ihrer Stärke, nachträglich die volle Berechtigung des Standpunktes ihrer parlamentariſchen Gegner an. Denn wenn vorher die Regierung wirklich verfaſſungsmäßig gehandelt hätte, ſo würde ſie keiner Indemnität bedurft haben.

Die ganze Lage war mit einem Schlage umgewandelt. Die von der Oppoſition bekämpfte Heeresorganiſation hatte ſich auf das glänzendſte bewährt, und ſie hatte wirklich, was man nie geglaubt, zur Löſung der deutſchen Frage im Sinne der liberalen Partei gedient. Forckenbeck kam, wie ſchon ſeine Briefe an die Gattin gezeigt haben, dieſer Umſchwung nicht ganz unerwartet. Als im Winter 1865 von der angeregten Tafelrunde im Hotel de Saxe zu Berlin der jüngſtbeendete däniſche Krieg beſprochen worden, hatte Forckenbeck mit prophetiſchem Scharfblick geſagt: „Meine Herrn, dieſer Krieg,

[1]) Vgl. v. Poſchinger, Bismarck und die Parlamentarier, Bd. II (Breslau 1895), S. 48.

[2]) Ms. Lipke an Forckenbeck, 24. Juli 1879, nach Einſicht in Tweſtens Korreſpondenz.

aus dem Preußen und Oeſterreich Arm in Arm zurückkehren, wird zwei große Kriege zur Folge haben, als erſten den zwiſchen Preußen und Oeſterreich, wegen der Hegemonie in Deutſchland, als zweiten den zwiſchen Deutſchland und Frankreich“ [1]). Die nun vollzogenen großen Ereigniſſe machten auf ihn den tiefſten Eindruck. Sein deutſches Herz jubelte über die von der Regierung mit ſo überraſchendem Erfolge eingeſchlagene Richtung. Die verſöhnliche und echt konſtitutionelle Haltung, die ſie in der inneren Hauptfrage annahm, mußte ihn durchaus befriedigen. Hatte er ja, wie wir wiſſen, längſt die Heeresangelegenheit in den Hintergrund gedrängt, die Wahrung des Budgetrechts voran geſtellt, und jetzt erkannte die Regierung dieſes in vollem Maße an. Andrerſeits machte er ſich über den Mangel an politiſcher Reife und Thatkraft des preußiſchen Volkes keine Illuſionen. Das hilfloſe Elend der Jahre 1815—1866, das Ausbleiben jeder kräftigen volksthümlichen Aktion in der Konfliktszeit, die Eilfertigkeit, mit der jetzt eben die Wähler ſich bedingungslos der Regierung unterwarfen, bewieſen ihm vollends die längſt geahnte Unfruchtbarkeit des Konfliktes. Obwohl die politiſche Maſchinerie der Fortſchrittspartei, Preſſe und Bezirksvereine, nach wie vor Entſchiedenheit forderte, ſo ſtand doch klärlich das Volk nicht mehr auf Seite der Oppoſition, ſondern wollte Frieden mit der Regierung [2]). Zu allen dieſen Gründen, die ihm einen beſcheidenen Kompromiß anriethen, kamen noch die Erwägungen in Betreff der äußern Lage Preußens und Deutſchlands. Man mußte die Regierung unterſtützen, damit ſie der unendlichen Schwierigkeiten der Einverleibung widerſtrebender Provinzen und der bundesſtaatlichen Organiſirung des ſoeben noch durch einen Bruderkrieg zerriſſenen Deutſchland Herrin werde. Und gerade in jenen erſten Auguſttagen ſchien es, als ob der zweite der einſt von Forckenbeck vorhergeſagten Kriege, der mit Frankreich, bereits zur Wirklichkeit werden ſollte.

[1]) Bericht eines Ohrenzeugen, Herr S . . . . S . . . . . zu Roſtock i. M.

[2]) Vgl. Oppenheim, Waldeck, S. 212 ff., und Ludw. Bamberger, Geſammelte Schriften, V (Berlin 1897), S. 85.

Napoleon III. erhob die Forderung nach Abtretung von Mainz und der Pfalz; Preußen traf militärische Vorbereitungen, um diesem Verlangen, wenn es Noth thue, mit den Waffen in der Hand zu begegnen; ganz Deutschland erscholl von den Entrüstungsrufen des vaterländischen Eifers. War da eine Zeit, aus theoretischen Gründen kleinliche Opposition zu erheben? Forckenbeck war entschlossen, die Regierung zu unterstützen, so weit es ohne Aufopferung freiheitlicher Grundprinzipien geschehen könne. Es war das kein Bruch mit seiner Vergangenheit, sondern, wie das bisher Gesagte schon gezeigt haben wird, nur die Verwirklichung stets gehegter Ueberzeugungen und immer bethätigter Absichten unter dem Einflusse großer und wichtiger Erfahrungen.

Forckenbeck wollte den bedeutsamen „historischen Moment" der Eröffnung des Landtags unmittelbar nach den großen Siegen nicht versäumen. Er traf pünktlich am 5. August morgens in Berlin ein. Er hoffte nach wenigen Tagen wieder auf einige Zeit nach Elbing zurückkehren zu können. Allein die Dinge kamen anders. Unruh erklärte in der Fraktion, daß er die Wahl zum ersten Vizepräsidenten nicht annehmen könne, weil er in der ganz veränderten Lage neue Leute für nothwendig halte, und schlug an seiner Stelle Forckenbeck vor, dessen Kraft und zugleich Mäßigung ihm wie allen andern Mitgliedern der Partei wohl bekannt waren [1]). Der also Geehrte zögerte zuerst. „Der Vizepräsident ist ein Posten zum blamiren und fesselt mich allzu sehr." Er protestirte, schlug ab, allein seine Parteigenossen nöthigten ihn schließlich zur Annahme der Kandidatur. Inzwischen lehnte auch Grabow die Wiederwahl ab. In ihm verkörperte sich so recht die

[1]) Wie schnell sich Sagen bilden können, beweist die hübsche Anekdote, die Braun-Wiesbaden im Jahre 1882, also noch zu Lebzeiten Forckenbecks, in dem höchst wahrscheinlich von diesem inspirirten Aufsatze „Die von Forckenbeck" (Unsre Zeit, 1882, II 383) erzählt: Forckenbeck sei durch Geschäfte in Elbing verhindert gewesen, der Eröffnung des Landtages beizuwohnen. Da habe er ein Telegramm Hoverbecks erhalten: „Komme sofort, Du sollst Präsident werden." Die Briefe Fs. an seine Gemahlin aus dieser Zeit beweisen die Unrichtigkeit solcher Angaben. Der erste ist vom 5. August 1866 aus Berlin datirt!

Konfliktzeit, und man wußte genau, daß der König, wie schon in den vergangenen Jahren, seine Präsidentschaft für eine neue Kriegserklärung halten werde. Nun schlug Unruh der vereinigten Linken wiederum Forckenbeck als ersten Präsidenten vor[1]). Der Antrag fand allgemeine Billigung. War doch Forckenbeck einer der Begründer der Fraktion Jung-Lithauen gewesen und dabei weniger scharf und ungestüm, als sein Freund und Genosse Hoverbeck. Er erschien als der wahre Mann der Lage.

Es war immerhin eine glänzende Stellung, die sich hier dem Elbinger Rechtsanwalt bot: Vorsitzender und Repräsentant der ersten Volksvertretung des siegreichen und Deutschland beherrschenden Preußen. Sie war wohl geeignet, seinem Ehrgeize zu schmeicheln, und die Betrachtung, daß er durch sie ganz der Politik verfallen, der Familie und seiner Berufsthätigkeit in weit größerem Umfange entzogen werde, zum Schweigen zu bringen. Indessen er betrachtete die Angelegenheit nicht vom persönlichen, sondern vom allgemeinen Standpunkte aus. Freilich die Klerikalen und Polen wollten auch für ihn stimmen — war doch besonders der alte Führer der katholischen Fraktion, Peter Reichensperger, sein lebhafter Bewunderer — und so wäre er schließlich der knappen Mehrheit sicher gewesen. Allein er fürchtete, daß die Altliberalen ihn nicht annehmen und zu den Konservativen übertreten würden, dann die konstitutionelle Mehrheit überhaupt nur wenige Stimmen zähle; Auflösung des Hauses und vollends reaktionäre Neuwahlen würden dessen die Folge sein. Er zog es vor, den Altliberalen anzubieten, sie möchten für Grabow als Präsidenten stimmen, dafür den ersten Vizepräsidenten aus ihrer Mitte erhalten. Allein diese Kombination wurde unmöglich. Grabow erklärte auf das bestimmteste, daß „er die Wahl als Präsident nicht annehme; er wisse, daß sie in entscheidenden Kreisen als eine feindselige Demonstration gegen die Thronrede aufgefaßt würde und unheilvolle

[1]) Wenigstens schreibt sich Unruh diese Rolle in seinen Denkwürdigkeiten zu. (S. 26.)

Folgen haben könne.“ Ein neuer Versuch Forckenbecks, den auch den Altliberalen genehmen Simson an Grabows Stelle zu setzen, scheiterte gleichfalls. Forckenbeck mußte sich fügen. Er beschloß, jedenfalls alles zu thun, um die Altliberalen für die konstitutionelle Mehrheit zu gewinnen und dieser so, abgesehen von den 26 Stimmen, auch deren Autorität an hoher und höchster Stelle dienstbar zu machen.

Am 10. Februar fand die Wahl statt. Da bei der ersten Abstimmung 17 Mitglieder des linken Zentrums für Gneist votirten, wurde ein zweiter Wahlgang nöthig. Hier erhielt Forckenbeck mit 170 Stimmen gegen 136 für den Konservativen von Arnim und 22 für den Altliberalen Grafen Schwerin die Mehrheit. Erster Vizepräsident wurde Stavenhagen, mit 180 gegen 149, zweiter der Altliberale von Bonin mit 186 gegen 137.

Nur durch die Zustimmung der Polen hatte Forckenbeck eine immerhin sehr schwache Mehrheit erhalten. Allein diesem wenig glänzenden Beginne seines Vorsitzes folgte eine um so ehrenvollere Fortdauer. Dreizehn Jahre lang hat er als erster Präsident, zuerst des Abgeordnetenhauses, dann des Reichstages gewirkt, zur größten Befriedigung aller Parteien. Er war in der That, wie seine Bekannten einstimmig bezeugen, „der geborene Präsident“.

Schon sein Aeußeres war hierfür wie geschaffen. Forckenbeck war eine prächtige, kraftvolle, stattliche Erscheinung; sein energisches Antlitz zeigte überraschende Aehnlichkeit mit dem des Grafen Bismarck. Eine volle, weithin tönende Stimme, die erst im Alter einen schnarrenden Klang annahm, verstärkte den imponirenden Eindruck, dem auch seine würdevollen Bewegungen und Gesten entsprachen. Selbst seine übermäßige Gleichgültigkeit gegen alle Aeußerlichkeiten konnte den Adel dieser männlichen Schönheit nicht beeinträchtigen. Seines schwierigen Amtes waltete er mit stets gleicher Würde. Es gelang ihm, seine natürlich aufbrausende Heftigkeit mit eisernem Pflichtbewußtsein zu unterdrücken und in allen Lagen ruhig, gleichmäßig, ohne Erregung zu präsidiren. Nie verließ ihn, auch nicht in den schwierigsten Umständen, die Geistesgegenwart.

Unterſtützt von einer durch Studium und vieljährige Praxis erlangten genauen Kenntniß der Geſchäftsordnung, leitete er die parlamentariſchen Verhandlungen mit unfehlbarer Präziſion und juriſtiſcher Klarheit; die durch die Mannigfaltigkeit von Anträgen oft überaus verwickelte Frageſtellung wußte er ſtets ſachgemäß zu ordnen — alles das gewiß keine Kleinigkeit bei fünf- und ſechsſtündigen Sitzungen, während deren er unausgeſetzt in ſchärfſter Aufmerkſamkeit verharren mußte. Vor allem lobenswerth, aber nur dem Charakter des Mannes entſprechend, war ſeine ſtrenge Unparteilichkeit. Er hat ſich ſtets als Präſidenten des ganzen Hauſes, nicht als Vertreter einer Partei betrachtet. Seine Fraktionsgenoſſen behaupteten, daß er darin zu weit gehe: er ſei weit ſtrenger gegen die Liberalen, als gegen die Konſervativen. Sie gaben ihm deshalb den Scherznamen des „Tyrannen“. Vorzüglich der Ungeſtüm des Grafen Bismarck machte dem Präſidenten oft zu ſchaffen. „Jeden Morgen,“ ſagte er einſt zu Berthold Auerbach[1]), „muß ich mir ſagen: erhalte dir deinen Gleichmuth. Ich fühle bei den Attacken Bismarcks, wie ich als Präſident die brennende Lunte in der Hand habe, über einem Faß von Sprengſtoffen. Griffe ich Bismarck auch in der mäßigſten Form an, ſo war die Zerſprengung da, deren Folgen nicht zu ermeſſen.“ Und doch wußte er auch dem Gewaltigen gegenüber die Würde des Parlaments wohl zu wahren.

Ein Mangel freilich war, bei ſeiner hohen Stellung, ſeine Unkenntniß aller fremden Sprachen. Wenn Ausländer von Bedeutung ſich ihm, dem Präſidenten und ſpätern Oberbürgermeiſter der Reichshauptſtadt, näherten, wußte er ſich nicht zu helfen. Er nahm aus dem gleichen Grunde auch nie eine Einladung in das Ausland an.

Allein das war doch etwas ganz Nebenſächliches, bei den übrigen großen Vorzügen des Charakters, des Geiſtes und des Aeußern.

„Beim Antritt meines ſchweren Amtes,“ ſchrieb er be-

---

[1]) B. Auerbach, Briefe an ſeinen Freund Jakob Auerbach (Frankf. a. M. 1884), S. 395.

reits am 29. Auguſt 1866 ſeiner Gattin, „hatte ich mir folgende Grundſätze geſtellt:

Das Intereſſe der liberalen Partei, die, bei einer etwaigen Auflöſung jetzt, kaum zu einem Drittel wieder gewählt würde;

das Intereſſe des Vaterlandes, welches der Einigkeit zur Einheimſung der Vortheile aus der Schlacht bei Königgrätz bedarf;

das Intereſſe der Freiheit und Einheit Deutſchlands machen es nothwendig, daß dieſes Haus wenigſtens ein Jahr lang zuſammenbleibt, wenn es mit den Rechten der Verfaſſung verträglich iſt.

„Du biſt nicht Präſident einer Partei, ſondern eines faſt gleich getheilten Hauſes. Du haſt durch ſtrenge Gerechtigkeit und, ſoweit es mit dem Rechte verträglich iſt, durch Höflichkeit und Langmuth deine und des Hauſes Stellung zu befeſtigen und zu verbeſſern.“

Gleich ſein Debüt, am Tage ſeines Amtsantritts — 10. Auguſt — war vortrefflich. Grabow hatte bei ſolchen Gelegenheiten ſtets eine ſcharfzugeſpitzte politiſche Rede gehalten, die oft einzelne Parteien des Hauſes verletzte. Forckenbeck dagegen ſprach nur einige kurze Worte des Dankes und ging dann ſofort zur Tagesordnung über. Dieſes taktvolle Benehmen trug ihm allgemeinen Beifall ein. Die wichtigſte Folge ſeines verſöhnlichen Auftretens aber war das Vertrauen, das er ſich dadurch ſofort bei dem zukünftigen Könige, bei dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, erwarb. Am 15. Auguſt ſchon traf ihn die Botſchaft, er ſolle ganz im Geheimen Abends 9¾ Uhr durch einen beſtimmt bezeichneten Thorweg ſich zum Thronfolger begeben. Forckenbeck gerieth über dieſe Einladung in nicht geringe Aufregung: hatte er doch noch nie zu einem der Großen der Erde in irgendwelchen Beziehungen geſtanden. Allein er beſchloß ſofort, höflich aber rückſichtslos die Wahrheit zu ſagen, auch „dem zukünftigen Könige Preußens, wer weiß dem Kaiſer Deutſchlands“. Der Kronprinz befragte ihn über die wirkliche Stimmung des Hauſes der Abgeordneten und über die Hoffnungen auf Bei-

legung des Konfliktes. Forckenbeck ſetzte ihm mit voller Offenheit ſeine Anſchauungen auseinander: „Ich habe ungenirter geſprochen, als mitunter politiſchen Freunden gegenüber.“ Ein großer Theil der liberalen Partei werde ſehr gerne, wenn ſein Gewiſſen es zulaſſe, den Konflikt ſchließen und thätig die Regierung in der deutſchen Frage unterſtützen. „Unſer Gewiſſen iſt aber noch nicht beruhigt.“ Die Thronrede enthalte keine hinreichend klare Anerkennung des Budgetrechtes; überdies habe man vordem zu viele Auslegungskünſte erfahren. „Wir müſſen noch eine Zuſicherung der Staatsregierung haben, einmal, daß Ausgaben, die wir verweigert, nicht geleiſtet würden; dann daß alljährlich der Etat ſo rechtzeitig vorgelegt werde, daß er vor Beginn des Etatsjahres als Geſetz publizirt werden könne.“

Dieſe Worte, an einer ſo bedeutſamen Stelle geäußert, geben uns den Schlüſſel zu dem ganzen fernern Verhalten Forckenbecks: Feſthalten an den großen konſtitutionellen Grundſätzen, ſonſt möglichſtes Entgegenkommen gegen die Regierung zur Förderung hoher patriotiſcher Ziele.

Der Kronprinz meinte: er ſelber ſei früher Bismarcks Gegner geweſen, aber jetzt müſſe man dieſen unterſtützen. Uebrigens empfing der hohe Herr, wie er ſich bald darauf ſeinen Intimen gegenüber geäußert hat, von dem offenen, männlichen Weſen Forckenbecks den angenehmſten Eindruck[1]). Seitdem hat er nicht aufgehört, in dieſen Mann das feſteſte Vertrauen zu ſetzen, das ſich bald zur wahren Freundſchaft für den Präſidenten ſteigerte.

Die Sorgen des neuen Amtes drückten auf dieſen gar ſehr. Er erfuhr aus zuverläſſigſter Quelle, daß der König noch immer zur konſervativen, feudal-abſolutiſtiſchen Partei neige, ſich vor dem rothen Geſpenſt fürchte, das die Kamarilla ihm beſtändig als nothwendige Ausgeburt der deutſch einheitlichen Beſtrebungen vor die Augen führte. Bismarck, von dem Kronprinzen eifrig unterſtützt, that ſein Möglichſtes, den

[1]) Ms. Briefe Forckenbecks an ſeine Gemahlin v. 15., 16., 20. Auguſt 1866. — Bisher war dieſes Zuſammenwirken des Kronprinzen mit Bismarck in den konſtitutionellen Fragen ganz unbekannt geblieben; vgl. Bernhardi VII 275 f.

Herrſcher zu der ſo lange verpönten liberalen Richtung herüberzuziehen. Je ſchwerer dieſer Kampf war, um ſo mehr ſuchte Forckenbeck die Einheit und das Anſehen des Abgeordnetenhauſes zu fördern. Da wurde es geradezu gefahrdrohend, daß dort zu der allerdings durch die Lage erforderten Antwort auf die Thronrede zahlreiche Adreßentwürfe eingebracht wurden, deren keiner Hoffnung hatte, eine Mehrheit im Plenum zu finden. Welch ein Schlag wäre das für die Autorität der Volksvertretung, welch' übles Vorzeichen für deren Wirkſamkeit geweſen! Die Fortſchrittspartei hatte nach lebhaftem Kampfe innerhalb der Fraktion einen von Waldeck herrührenden Entwurf angenommen, der in wenig verſöhnlichem Tone gehalten war und deshalb großes Unheil anrichten konnte. Zuerſt Viktor von Unruh, dann Tweſten und der junge, aber wegen ſeines hohen Talents ſchon ſehr angeſehene Abgeordnete Lasker traten deshalb aus der Partei aus, die auch Forckenbeck, nach einem für den Präſidenten geltenden Herkommen, bereits verlaſſen hatte. Trotzdem wurde der Waldeck'ſche Entwurf von der zum überwiegenden Theile aus entſchiedenen Liberalen beſtehenden Adreßkommiſſion angenommen; allein daß er die Mehrheit des Hauſes erhalten werde, war ganz ausgeſchloſſen. Da ſchritt Forckenbeck ein. Nur ihm war es zu danken, daß nach langen mühſamen Verhandlungen die Waldeck'ſche Adreſſe durch Vermiſchung mit dem an ſich allzu farbloſen Entwurfe Stavenhagens unſchädlich gemacht wurde; doch blieb der Satz ſtehen, der eine ſtarke Hervorhebung des Budgetrechtes des Abgeordnetenhauſes enthielt. Forckenbeck hatte die Genugthuung, daß trotzdem auch die Konſervativen und die Miniſter, die Mitglieder des Hauſes waren, nunmehr für die Adreſſe ſtimmten, die mit überwältigender Mehrheit vom Plenum angenommen wurde. Die Konſervativen und das Miniſterium hatten ſich damit auf den Standpunkt der liberalen Partei der Konfliktszeit geſtellt. Das war, wie Forckenbeck befriedigt ſchreibt, „eine Wiedergewinnung des verfaſſungsmäßigen Bodens, von dem aus nunmehr alle Parteien handeln können."

Am 25. Auguſt empfing der König die Deputation, die ihm die Adreſſe zu überreichen hatte, und deren Sprecher

Forckenbeck war. Der einfache, jeder Oſtentation abgeneigte Mann ging zur Majeſtät in gewöhnlichem Frack, indem er ſich ſtillſchweigend von dem früher Grabow auferlegten Zwang der Hofuniform befreite. Der König nahm die Adreſſe ohne Gegenwart eines verantwortlichen Miniſters, nur in Begleitung eines Adjutanten entgegen und antwortete in freier Rede. Nachdem er ſeinen Dank ausgeſprochen, ſagte er etwa: „Wenn die Adreſſe der Indemnität erwähnt, die die Staatsregierung von der Landesvertretung verlangt, ſo iſt in dieſer Forderung etwas ausgeſprochen worden, was Ich und Meine Regierung ſtets im Auge gehabt haben. Es iſt Meine Pflicht geweſen, zu einer Zeit, wo kein Etatsgeſetz zu Stande gekommen, ſo einzutreten, wie Ich es gethan. So mußte Ich handeln und werde immer ſo handeln, wenn ſich ähnliche Zuſtände wiederholen ſollten. Aber," ſetzte er gütig hinzu, „meine Herren, es wird nicht wieder vorkommen."

Trotz dieſer letzten Worte war es klar, daß die Antwort des Königs ſich im Gegenſatze zu der in der Adreſſe als Meinung faſt des geſammten Hauſes, auch der Miniſter, ausgedrückten Aufrechterhaltung des Budgetrechtes der Volksvertretung befand. Forckenbeck war in nicht geringer Verlegenheit. Endlich beſchloß er, im Intereſſe des Friedens, mit Zuſtimmung aller 28 Mitglieder der Adreßdeputation, nur die Thatſache, nicht aber den Wortlaut der königlichen Antwort dem Hauſe mitzutheilen. Dieſer Wortlaut war, da Se. Majeſtät nichts aufgeſchrieben hatte, nicht authentiſch feſtzuſtellen; die Abweſenheit der Miniſter nahm ihm jede ſtaatsrechtliche Bedeutung. Ein Miniſterrath unter Vorſitz des Grafen Bismarck billigte vollkommen dieſe Auffaſſung: „mit der Thronrede und der Ueberreichung der Adreſſe ſeien die Staatsakten abgeſchloſſen; die freie Rede des Königs ſei kein Regierungsakt, das Miniſterium ſelbſtverſtändlich nicht dafür verantwortlich." Dieſer Miniſterialbeſchluß war ein neuer Beweis von Bismarcks verſöhnlicher Richtung, die ſich übrigens auch in dem freundlichen und konzilianten Tone ausſprach, der von den Miniſtern dem Hauſe gegenüber dauernd angeſchlagen wurde[1]).

[1]) Dies alles nach den Ms. Briefen Forckenbecks an ſeine Frau v. 26. u. 29. Aug. 1866.

Sofort ließ Forckenbeck das Haus in seine eigentlichen Arbeiten eintreten. Es handelte sich zunächst um das Indemnitätsgesetz. Hier zeigte sich eine arge Zerfahrenheit in der liberalen Partei. Ein Theil der Fortschrittler und des linken Zentrums widersprach dem Gesetze, weil es keine Bürgschaft für die Zukunft gebe, und zwar um so weniger, als die alten reaktionären Minister am Ruder blieben und nicht einmal eine politische Amnestie bewilligt sei. Bismarck, dessen Ansehen und mächtige Rede am meisten wirken konnte, lag krank zu Bett, und Arzt und Gemahlin untersagten ihm jede Aufregung und Anstrengung. Allein Forckenbeck wünschte lebhaft das Zustandekommen des Gesetzes, das ihm im wesentlichen dem stets von dem Abgeordnetenhause innegehaltenen Standpunkte zu entsprechen schien, und dessen Ablehnung Auflösung und reaktionäre Neuwahlen bedeutet hätte. Er sandte deshalb die dringliche Aufforderung an den Reichskanzler, unter allen Umständen den Verhandlungen beizuwohnen. Bismarck kam wirklich und brachte die gewünschte Wirkung hervor. Am 3. September wurde das Indemnitätsgesetz mit 230 gegen 75 Stimmen — darunter 30 Fortschrittler, dann Gneist, Harkort, die Polen, einige Klerikale — angenommen. Forckenbeck hatte mit 35 Fortschrittlern für das Gesetz gestimmt. Aber es schmerzte ihn, sich mehr und mehr von alten Freunden und zumal von dem ihm so theuern Hoverbeck zu trennen.

Um so größere Genugthuung gewährte es ihm, als er am 6. September endgiltig zum Präsidenten wiedergewählt wurde, und zwar mit 35 Stimmen mehr, als vier Wochen vorher. Das Vertrauen des Hauses zu ihm war offenbar in schnellem Wachsen begriffen. Der Führer der Konservativen, von Blanckenburg, hatte sogar die einstimmige Wiederwahl des unparteiischen Leiters gewünscht. Und ebenso viel Vertrauen fand er in den offiziellen Kreisen, nicht nur bei dem Kronprinzen, sondern auch bei Bismarck. Nach einem Diner, zu dem dieser den Präsidenten eingeladen, behielt er ihn „über drei Stunden unter vier Augen bei sich, die heikelsten Staats- und Privatsachen mit einer ganz erstaunlichen Offenheit mit mir besprechend.“ Aber so schmeichelhafte Gunstbezeugungen

erschütterten den wackern Mann nicht in seinen politischen Entschlüssen: „Die 60 Millionen-Anleihe gebe ich jetzt den Ministern nicht, namentlich nicht den Staatsschatz von 27 Millionen, der dieselben unabhängig machen würde. Sie brauchen uns, wir sie nicht, und ehe dieses Verhältniß abgeändert wird, müssen sie Garantien geben. Die Amnestie muß die Bürgschaften einweihen.“ Er sagte das offen Bismarck wie von der Heydt, der Bodelschwingh wiederum als Finanzminister ersetzt hatte.

Freilich in Dingen der nationalen Politik waren sämmtliche Parteien einig: am 7. September wurde die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt mit allen gegen 14 Stimmen angenommen. Aber sonst schien man wieder mit vollen Segeln in eine parlamentarische Krise hineinzufahren. Heydt verlangte durchaus die sofortige Bewilligung der 60 Millionen-Anleihe. Die reaktionären Mitglieder des Ministeriums, wie besonders Graf Lippe, hatten in inneren Angelegenheiten bei dem Könige mehr Einfluß als Bismarck, dessen Wendung zum Liberalismus der Monarch mitzumachen kaum Lust empfand. Die Regierung drohte mit Auflösung des Abgeordnetenhauses. Forckenbeck war entrüstet darüber, daß man den Liberalen so „die Pistole auf die Brust setzte,“ daß von einer umfassenden Amnestie nicht die Rede war. Er wollte sein Amt niederlegen, da er seine versöhnlichen Bemühungen für gescheitert ansah. Indes seine Befürchtungen bewahrheiteten sich glücklicher Weise nicht. Der Kronprinz und Bismarck, der durchaus in dieser Zeit innerer und äußerer Gefahren jeden Anschein eines Konfliktes zu vermeiden wünschte, drangen zuletzt doch bei dem Könige durch: eine ausnahmslose politische Amnestie ward bei Gelegenheit der Einzugsfeierlichkeiten der Truppen gewährt, wie Bismarck sie Forckenbeck versprochen hatte. Der Präsident hatte das Seine dazu gethan, indem er die Minister vor allzu scharfen Angriffen im Abgeordnetenhause schützte.

Nun suchte Forckenbeck, allerdings mit theilweiser Aufgabe seines bisherigen Standpunktes, in der Anleihefrage zu vermitteln. Die Kommission beantragte Verwerfung der Anleihe. Da setzte Forckenbeck es durch, daß das Ministerinm

die Bestimmung zugestand, selbst für Kriegsfälle dürfe die Benutzung des Staatsschatzes durch die Regierung nur in Folge eines förmlichen Gesetzes geschehen. So wurde wieder eine grundsätzliche Forderung anerkannt, die das Abgeordnetenhaus in der Konfliktszeit als verfassungsmäßig gestellt, die Regierung zurückgewiesen hatte. Stück für Stück gewann die verfassungsrechtliche Theorie der alten liberalen Volksvertretung den Sieg über die autokratischen Anschauungen des Konfliktministeriums.

Damit war der Haupteinwand gegen die Neuschaffung eines Staatsschatzes beseitigt, auf den der König das größte Gewicht legte, den er in persönlichem Gespräch mit Forckenbeck als unentbehrlich für Preußens Sicherheit bezeichnet hatte[1]). Nur die Hälfte der Fortschrittspartei stimmte mit Polen und Katholiken gegen das Anleihegesetz, das am 25. September die Annahme mit großer Mehrheit fand.

Noch ein überaus wichtiger Gegenstand war vor der von Forckenbeck dringend gewünschten längern Vertagung des Hauses zu erledigen: das Wahlgesetz für den künftigen Reichstag des norddeutschen Bundes.

Es ist doch ein glänzender Beweis für die Macht der Ideen, daß derselbe Bismarck, der einst alle Demokraten mit Feuer und Schwert vom Erdboden vertilgen wollte, nunmehr die Einheit des norddeutschen Volkes in einem Reichstage verkörperte, der aus dem, 1848 von der Frankfurter Nationalversammlung verfügten allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgehen sollte. Daß Bismarck dabei den Nebengedanken hegte, das liberale Bürgerthum durch die angeblich ungebildeten und nicht denkenden Massen zu überwältigen, ist Nebensache; Hauptsache daß dieser, einst nicht mit Unrecht als leidenschaftlichster Junker betrachtete Mann nunmehr demokratischen Grundsätzen zu huldigen sich veranlaßt sah. Gerade den alten Vertretern des Liberalismus war bei der Sache gar nicht wohl zu Muthe: es war ihnen „ein Sprung ins Dunkle"; was die Reaktion erhoffte, das fürchteten sie — die Erstickung des jungen preußischen Parlamentarismus durch einen nord-

[1]) Alles das nach Ms. Forckenbecks Briefen an seine Gattin.

deutschen Reichstag, für den die breiten Wählermassen nach Bonapartischem Muster zusammengetrieben werden sollten. Indes die Mehrheit hieß auch in dieser Sache die Wünsche der Regierung gut, unter der Bedingung, daß die von dem konstituirenden Reichstage zu beschließende Verfassung vor ihrer Gültigkeit erst die Genehmigung des preußischen Landtages erhalten müsse. So suchte man sich möglichst vor dem „Sprung ins Dunkle" zu schützen. Wirklich hat die Aussicht auf die nothwendige Zustimmung des altpreußischen Abgeordnetenhauses allein die Verfassung des norddeutschen Bundes vor offen autokratischem Charakter bewahrt.

Um der Regierung Zeit zur Vorbereitung der Bundesverfassung zu geben, ward der Landtag bis zum 12. November vertagt.

Alle Verhältnisse waren im Schwunge, waren in gewaltiger Umgestaltung begriffen. Das einst in zwei Theile zerrissene Preußen war nunmehr durch große und blühende Provinzen vergrößert und in sich abgeschlossen, seine Seeküste durch hafenreiche Gestade verlängert. Von der Nordsee bis zum Main, von der Ostsee bis zum Erzgebirge waren alle deutschen Lande unter seiner Führung geeint. Wohl ertrug man mit Schmerzen die durch Frankreich auferlegte Trennung von den süddeutschen Brüdern: allein daß die Ueberbrückung des Mains nur eine Frage kurzer Zeitdauer sei, das wußte und empfand ein Jeder. Es entsprach also der Sachlage, wenn sich eine neue Partei bildete, die, unbeschadet der Grundprinzipien des Liberalismus, die preußische Regierung bei ihrer schweren Amalgamirungsarbeit und bei der Abwehr fremder Angriffe zu unterstützen wünschte. Während der Landtagsferien, am 24. Oktober 1866, veröffentlichten mehrere angesehene Mitglieder der Fortschrittspartei und des linken Zentrums — Hammacher, Lasker, Michaelis, Reichenheim, Röpell, Twesten, v. Unruh — eine entsprechende Erklärung. Zur Vertheidigung der deutschen Politik der Regierung sei Beendigung des Konfliktes unentbehrlich. Die Deklaranten wollten keine gesonderte Partei bilden, da sie sich in der „Wachsamkeit über die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes mit der ganzen entschieden liberalen Partei einig fänden." Forckenbeck enthielt sich als

Präsident der Unterzeichnung, war aber mit der Sache als solcher völlig einverstanden. Das ist die Wurzel, aus der kurz darauf die nationalliberale Partei erwuchs.

Bald stellte sich die schmerzliche Nothwendigkeit offener Trennung von den alten Genossen heraus. Der Zwist entbrannte von neuem über den Etat für 1867, den die Regierung dem Landtage bei seinem Wiederzusammentritte vorlegte. Nunmehr verließ die Mehrheit der Unterzeichner der Oktober-Erklärung ihre bisherigen Fraktionen und schloß sich zu einer neuen, damals die „nationale" genannten Partei zusammen. Ihre Mitglieder waren zunächst 26, mit Einbegriff Forckenbecks, der zwar nicht formell aber thatsächlich zu ihnen gehörte. Indes strebten sie ein freundschaftliches Verhältniß zur Fortschrittspartei und zum linken Zentrum an, und thatsächlich blieben in der ersten Zeit die Verhältnisse zwischen allen Liberalen gut.

Die Geschäfte des Abgeordnetenhauses — des letzten des alten Preußens — wickelten sich meist nach dem Willen der soeben entstandenen nationalen Partei ab. Forckenbeck hatte noch einmal vermittelnd einzugreifen, in der Frage der Dotationen für die siegreichen Generale. Der König wünsche die zu Dotirenden selber zu benennen; die Kommission des Abgeordnetenhauses aber wollte die Namen in das Gesetz bringen und fügte den vom Könige Bezeichneten noch General Vogel von Falckenstein hinzu. Forckenbeck war es, der die Regierung zur Nachgiebigkeit stimmte; dafür vermochte er seine Freunde, auch Bismarck, den einst verabscheuten, mit einer Dotation zu bedenken, obwohl er kein General war. — Das rechtzeitige Zustandekommen des Etats für 1867 vor dem Beginne dieses Jahres — zum ersten Male in Preußen — war nach einstimmigem Urtheile des Hauses nur der geschickten und kräftigen Geschäftsführung des Präsidenten zu danken. Niemals hatte ein solcher einen gleich großen und gleich schöpferischen Einfluß geübt.

Am Schlusse der Session konnte Forckenbeck mit stolzer Genugthuung seinen Kollegen vom Abgeordnetenhause zurufen: „Die Beurtheilung unserer Arbeiten gebührt dem Volke, der Zukunft, der Geschichte, und ich glaube, wir können dieses

Urtheil ruhig abwarten. Nur Eines darf ich feſtſtellen: die Uebereinſtimmung, welche in allen wichtigen Fragen der jetzt dem Schluſſe nahenden Seſſion zwiſchen allen drei Faktoren der geſetzgebenden Gewalt erreicht worden iſt — ſie konſtatirt, ſie verbürgt für die Zukunft den feſten Willen des preußiſchen Volkes, in allen ſeinen Gliedern, einig mit der Krone, im feſten Gefüge der Verfaſſung, muthig und unverzagt einzutreten in die neue Lage, welche die Erfolge des glorreichen Krieges des Jahres 1866 unſerm Staate geſchaffen haben."

Der Grund war gelegt, auf dem man zur Vollendung der deutſchen Einheit weiter arbeiten konnte.

XII.

Mitarbeiter an dem Werke der Einigung Deutschlands.

In den wenigen Monaten seines Präsidiums hatte Forckenbeck schon den Beweis geliefert, daß es keinen geeignetern Vorsitzenden einer deutschen Volksvertretung geben könne als ihn, und sich das Vertrauen sämmtlicher Parteien sowie aller leitenden Staatsmänner erworben.

Bei dem Grafen Bismarck war er ein gern gesehener Gast. Häufig wohnte er bei ihm den Diners bei, die von fünf bis neun oder gar elf Uhr dauerten, und wo nach Tische die Anwesenden sich gemüthlich um den aus seiner langen Pfeife dampfenden Bundeskanzler versammelten. Hier und auf den später eingerichteten parlamentarischen Abenden bei Bismarck trat Forckenbeck mit einer Menge hervorragender Persönlichkeiten in interessante und nützliche Verbindung. Am fruchtbarsten aber waren die vertraulichen politischen Verhandlungen, die er dabei in einer stillen Ecke oder in dem Arbeitszimmer des großen Staatsmannes mit diesem pflog, und die oft genug für das Geschick des Vaterlandes maßgebend wurden. Freilich ein Fond von Mißtrauen blieb stets zwischen dem genialen Diplomaten und dem ehemaligen Begründer der Fraktion Jung-Lithauen. Allein mit wem hatte Bismarck offenere und sicherere Beziehungen? Als einst, im Jahre 1867 oder 1868, Forckenbeck und Bennigsen abends zur geheimen Besprechung bei Bismarck gewesen waren und dieser ihnen er-

zählt hatte, wie er in der Luxemburger Frage Benedetti an der Abgabe seiner offiziellen Anfrage zu verhindern gewußt habe, hielt auf dem gemeinsamen Heimwege Bennigsen seinen Begleiter unter einer Laterne der Wilhelmsstraße fest und sagte: „Wie ist es nur möglich, daß Bismarck in demselben Augenblicke, in dem er von uns einen großen Vertrauensbeweis verlangt, uns erzählt, wie er den Benedetti dupirt hat!“ — Je nach dem Wechsel der politischen Konstellationen war Bismarck mehr oder minder gnädig — im Ganzen war das Verhältniß bis zu der großen Scheidung im Jahre 1879 ein vortreffliches.

Dem Könige selbst trat Forckenbeck schon 1866 näher. Er empfing von dem greisen Monarchen den günstigsten Eindruck. Wilhelm I., äußerte der Präsident damals, sei bisher unterschätzt worden, er besitze zweifellos klaren Verstand, gesundes Urtheil und offenbar den besten Willen; er lasse sich auch ehrerbietigen Widerspruch gefallen, höre ruhig zu und begründe dann seine abweichende Meinung in gewandter Weise[1]). Der durchaus royalistisch gesinnte Forckenbeck fühlte sich durch diese Wahrnehmungen sehr befriedigt und machte aus seiner Verehrung für den König kein Hehl. Auch Wilhelm I., der trotz äußerer Freundlichkeit zuerst seine alte Abneigung gegen den früheren Fortschrittler nicht hatte überwinden können, besaß eine viel zu gerade und offene, also der Forckenbecks kongeniale Natur, um nicht immer größeres Zutrauen zu ihm zu fassen. Wir werden sehen, wie sehr er ihn bald bei jeder Gelegenheit auszeichnete.

Freilich viel intimer gestaltete sich das Verhältniß zwischen dem Kronprinzen und Forckenbeck. Das lag einmal in der Thatsache begründet, daß der Thronfolger nicht die unvergleichlich hohe Stellung des Inhabers der Krone einnahm; dann in der Aehnlichkeit der politischen Anschauungen und Interessen Friedrich Wilhelms und des Präsidenten, sowohl in der Vergangenheit, während des Verfassungskonfliktes, als auch jetzt, nach der großen Wandlung. Der hohe Herr wollte

[1]) Letzteres: v. Poschinger, Unruh, S. 266 f.

ebenso wie Forckenbeck, unter Beibehaltung aller liberalen und konstitutionellen Grundsätze, den früheren Gegner Bismarck in seiner genialen und segensreichen äußeren Politik nach Möglichkeit unterstützen. Bei solcher Uebereinstimmung des Denkens war es natürlich, daß Forckenbecks Hoffnungen für die Zukunft sich hauptsächlich auf den dereinstigen Herrscher richteten, dessen Thronbesteigung, den gewöhnlichen Grenzen des Menschenlebens entsprechend, man für eine sehr nahe Zeit erwartete.

Als der Wahlkreis Neuhaldensleben-Wolmirstedt dem Kronprinzen ein Mandat für den konstituirenden Reichstag antrug, antwortete Friedrich Wilhelm den Wählern geradezu, er würde sich freuen, wenn sie solches dem Herrn von Forckenbeck anvertrauten.

Die fein gebildete, frei gesinnte, für alles Edle und Gute so tief empfindende Königin Augusta ist von Beginn an Forckenbeck mit größter Freundlichkeit und Huld entgegen gekommen und hat hierin niemals die leiseste Aenderung eintreten lassen.

Die einflußreiche Stellung, die Forckenbeck so erlangte, hat er nie für seinen oder der Seinigen Vortheil ausgebeutet. Wohl aber hat seine Fürsprache viele Andere gefördert, da er stets für die Wünsche Bittender ein offenes Ohr besaß. Der edle und gütige Mann konnte kaum ein Anliegen abschlagen, gab sich sonst auch die redlichste Mühe, seine Versprechen auszuführen. Er hat Unzähligen gedient, die nicht alle ihm dafür Dank wußten. —

So zog Forckenbeck in seiner ganzen Lebensstellung und Wirksamkeit auf die öffentlichen Dinge aus seiner Erhebung auf den Präsidentenstuhl des preußischen Abgeordnetenhauses reichen innern Gewinn. Aber sie legte ihm auch schwere Opfer auf. Er durfte nicht mehr, wie früher, bei weniger wichtigen Verhandlungsgegenständen auf Wochen nach Hause reisen, sondern mußte die ganzen langen Sitzungsperioden hindurch in Berlin ausharren — was um so beschwerlicher wurde, als bald auch Reichstag und Zollparlament ihn in der Hauptstadt festhielten. Dadurch wurde er seinem Erwerbe,

ſeiner Berufsthätigkeit faſt ganz entzogen und ebenſo ſeiner von ihm zärtlich geliebten Gattin und den jungen Kindern, die der väterlichen Zucht ſelbſtverſtändlich noch bedurft hätten. Das letzte der Kinder, Anna, ſtand erſt im dritten Lebensjahre. In Elbing, der Stätte ſeines juriſtiſchen Amtes und ſeiner Familie, war er nur zu Gaſte. Es waren das ſchwere, kaum erträgliche Opfer, die er hier dem Vaterlande brachte, und nur der Seelenſtärke und aufopfernden Thätigkeit ſeiner in jeder Beziehung ausgezeichneten Gemahlin, die ihr Intereſſe überall lediglich in der Größe und dem Ruhme ihres Mannes ſah, machte ſolche politiſche Wirkſamkeit überhaupt möglich.

Die Politik beſchäftigte ihn immer ausſchließlicher, nahm all' ſein Sinnen ein. Die wenigen freien Stunden, die ſie ihm während des ſieben- bis achtmonatlichen Aufenthalts in Berlin beließ, wurden von einer immer wachſenden offiziellen Geſelligkeit in Anſpruch genommen. Selbſt ſeine kräftige Konſtitution war dieſen mannigfachen, wechſelnden, ſtets anſtrengenden Anforderungen nicht gewachſen. Körper und Geiſt wurden aufgerieben. Sein früheres Intereſſe für Theater und Muſik erlahmte, er ſuchte in Oper und Literatur nur dann und wann Zerſtreuung für eine flüchtige Stunde. „Fauſt oder Fatinitza, das iſt mir ganz egal," äußerte er einſt in Breslau. Bekannte der ſpäteren Jahre hielten ihn, der früher an allen Erſcheinungen der Zeit den lebhafteſten Antheil genommen, für gleichgültig gegen die allgemeine Bildung. Nur freundſchaftlich gemüthliche Geſelligkeit unter einigen gleichgeſinnten Gefährten bei einem guten Glaſe Wein ſchätzte er noch immer. Da zeigte er eine ſo liebenswürdige und gütige Geſinnung, ſo milde Anſchauungen und ſo ungezwungene Heiterkeit, daß ältere und jüngere Männer ſich mit Freuden um ihn ſchaarten.

Wie ſo vieles andere, was das Leben glücklich und ſchön geſtaltet, wurden ihm auch alte und liebe Freundſchaften durch die Politik geraubt. Nicht nur Hoverbeck wandte ſich auf Jahre von dem „Abtrünnigen" weg, auch faſt alle alten Elbinger Anhänger und Freunde. In einſeitigem Parteifanatismus konnten und wollten ſie die Beweggründe nicht

würdigen, die Forckenbeck von dem Fortschritt zu den neuen „Nationalen" hinübergeführt hatten. Die Konservativen aber hatte der stets aufrichtig und entschieden liberale Mann doch nicht für sich gewonnen. Als ihm bei seiner Rückkehr nach Elbing von seiner ersten Präsidententhätigkeit ein Souper gegeben werden sollte, unterschrieb sich zunächst niemand dafür. Man mußte erst eine Anzahl Königsberger Gesinnungsgenossen unterzeichnen lassen; dann nahmen auch einige wenige Elbinger an der Ehrung des Präsidenten Theil.

Das alles waren schwere Einbußen, die ihm die Politik zufügte. Und hätte sie ihm dafür nur volle Entschädigung gebracht! Allerdings die jüngstverflossene, von ihm geleitete Session des Abgeordnetenhauses befriedigte ihn sehr. „Das Budgetgesetz," schrieb er im Januar 1867 seinem jüngern Freunde und Helfer Heinrich Rickert, „läge also in der Gesetzsammlung vor, zum ersten Male seit Existenz der Verfassung vor Beginn des Etatsjahres, und unter Formen, die gegen 1861 einen unendlichen Fortschritt in wirklicher Machtentwickelung des Abgeordnetenhauses beweisen." Aber da wurde alles mit so vorsörglicher Mühe und unter so herben Opfern für die parlamentarische Freiheit Errungene wieder in Frage gestellt durch die von den norddeutschen Regierungen vorgeschlagene Bundesverfassung, die durch einen machtlosen Reichstag den preußischen Landtag matt zu setzen drohte.

„Ich könnte," fährt Forckenbeck in seinem Schreiben an Rickert fort, „ruhiger und fröhlicher auf die Resultate meines politischen Entschlusses in den letzten fünf Monaten zurückblicken. Ich könnte in dem preußischen Abgeordnetenhause, nach seiner Geschichte und seiner Entwickelung, das Mittel sehen, in stetem Ringen, langsam Schritt vor Schritt und von Kompromiß zu Kompromiß immer mehr Freiheit und Einheit zu begründen, wenn nicht das Norddeutsche Bundesprojekt, sowie es jetzt (nach Mittheilungen von Gesandten richtig) in die Oeffentlichkeit dringt, mir schwere Sorgen machte.

„Ein dauerndes Normal-Militär-Budget als Grundgesetz des Bundes, von ein Prozent der Bevölkerung, 225 Thaler pro Mann, einen Reichstag mit solchen Kompetenzen, ohne Diäten, neben dem Abgeordnetenhause — das kann kein entschiedener Liberaler acceptiren.

„Gelingt es, auch nur eine erhebliche Minderheit von praktischen und zugleich entschiedenen Liberalen in das Parlament zu bringen, so wird man uns als Macht respektiren, konzediren und kompromittiren.

Man wird dann Amendements zur Verfassung zulassen. Fällt aber der Reichstag so aus, wie ich fürchte, von den 190 preußischen Deputirten eine ganz entschiedene überwiegende stockpreußische und reaktionäre Majorität; wird der Entwurf im Wesentlichen vom Reichstag angenommen: nun dann, dann muß das preußische Abgeordnetenhaus zur Verminderung eines tiefgreifenden Bruches in der liberalen Entwickelung den Kampf aufnehmen, die Verfassung amendiren oder verwerfen. Dann folgt Auflösung und der ernstliche Konflikt ist wieder unvermeidlich da."

Wie wenig verdiente dieser Mann den Vorwurf der Gesinnungslosigkeit! Er hat nie von dem gemäßigten aber entschiedenen und selbstbewußten Liberalismus auch nur ein Jota geopfert!

Die Wahlen zum konstituirenden Reichstage, am 12. Februar 1867, fielen beinahe so übel aus, wie Forkenbeck es gefürchtet hatte. In den altpreußischen Provinzen hatten die Konservativen und Ministeriellen die Mehrheit, besonders in Ost- und Westpreußen: einst dem Heerde der Fortschrittspartei. Simson, Hoverbeck und Forckenbeck fielen dort durch, die beiden letzteren in Königsberg. Auch in Elberfeld unterlag Forckenbeck der Kandidatur Bismarck, den die Konservativen ihm entgegengestellt hatten. Simson wurde in Breslau gewählt, Forckenbeck erhielt erst am 10. März bei der Nachwahl in Neuhaldensleben-Wolmirstedt einen Sitz. Katholischer wie protestantischer Klerus hatten eifrig für die Konservativen gewühlt. Anders stand es freilich in den neuen Provinzen. Hier waren alle konservativen Elemente antipreußisch gesinnt, und der Regierung wurde das Bündniß mit den Liberalen eine Nothwendigkeit. In Hannover, wo sich die neue Partei zum ersten Male „nationalliberal" nannte, siegte sie zur Hälfte, in Kurhessen und Nassau ganz. Aus Schleswig-Holstein kamen Partikularisten und Dänen, aus Sachsen meist Demokraten. Der Reichstag war auf das bunteste zusammengewürfelt: 59 Konservative, 40 Freikonservative, 18 konservative Wilde, zusammen 117; Zentrum 27, Polen 13, Partikularisten 18, zusammen 58; Nationalliberale 79, Fortschrittspartei nur noch 19, verschiedene Liberale 22, zusammen 120. Eine Mehrheit gab es nicht, und die Sache stand für den entschiedenen Liberalismus um so ungünstiger,

als die neuannektirten Nationalliberalen, die ihre Wahl zum großen Theile der Unterstützung durch die Regierung verdankten, viel nachgiebiger gegen diese waren, als die altpreußischen Parteigenossen.

Am 24. Februar 1867 wurde der konstituirende Reichstag in den sonst so ruhigen Räumen des halb vergessenen Herrenhauses eröffnet. Sicher wäre Forckenbeck auch hier Präsident geworden; da er aber noch nicht Mitglied des Hauses, wurde Simson der erste Reichstagspräsident, ein feiner, gewandter, man möchte sagen diplomatisch eleganter Vorsitzender, der bald Bismarcks und des Königs volles Vertrauen genoß. Es wurde beschlossen, die Verfassung für den Norddeutschen Bund sogleich im Plenum durchzuberathen. Ein konservativer Hauch ging durch die Versammlung. Es fiel ein gegen die feudale Verfassung Mecklenburgs gerichteter Antrag Braun-Lasker, die Regelung der staatsbürgerlichen Rechte dem Bunde zuzuschreiben, es fiel, durch die Stimmen auch vieler Nationalliberalen, die Ministerverantwortlichkeit.

Diese Gestaltung der Dinge stimmte Forckenbeck, als er am 24. März in Berlin anlangte, äußerst mißmuthig. Er fühlte sich als der einzige ehemalige Junglithauer in der zahlreichen aber recht zerfahrenen nationalliberalen Partei durchaus vereinsamt. Er fürchtete die fast unveränderte Annahme der Verfassung, die steigende Zuversicht und Unnahbarkeit der Regierung: „Ich habe mich noch nie so deprimirt wie in dieser Versammlung gefühlt.“ Mit den Abgeordneten aus den annektirten Provinzen und den Kleinstaaten vermochten die Parteigenossen weder bei dem Fortschritt noch bei den Nationalliberalen Fühlung zu gewinnen. Alles empfand Unbehagen. Präsident an Simsons Stelle bei der definitiven Wahl zu werden, wies Forckenbeck durchaus zurück, unter Androhung, sonst sein Mandat niederzulegen. Er machte aus seiner oppositionellen Stellung kein Hehl.

Das brachte denn doch bedeutenden Eindruck hervor, sowohl auf die nationalliberale Partei wie auf die Regierungskreise. Forckenbeck war eine moralische Macht ersten Ranges geworden. Auf Bismarcks Veranlassung berief ihn der Kron-

prinz nebſt Tweſten, Bennigſen und Braun zur Verhandlung. Der Prinz drang darauf, daß etwas geſchehen, zu Stande kommen müſſe — Forckenbeck aber verhehlte dem hohen Gönner nicht, daß er von den Anweſenden dem Verfaſſungsentwurf „am feindlichſten entgegen ſtehe, und zwar aus Intereſſen des preußiſchen Volkes und des Staates. Der Sprung aus wohlgeordneten Verfaſſungsverhältniſſen ins unbekannte Blaue werde ihm ſehr ſchwer.“ Die hochherzige Erwiederung des Kronprinzen: „Ich ehre und fühle Ihre Bedenken; aber wenn etwas aus Deutſchland werden ſoll, wird Preußen nicht aufgehen müſſen, wird es nicht (im Allgemeinen und mit aller Reſerve) die erſte große Provinz von Deutſchland werden müſſen?“ traf nicht ganz den Kernpunkt der Sache. Forckenbeck antwortete mit Bedenken, ob auf die Dauer die Laſt der Militärorganiſation für das Land erträglich ſei.

Die ſchärfere Tonart, wie Forckenbeck ſie repräſentirte, machte ſich unter ſeinem und ſeiner Freunde Einfluß auch bei den Nationalliberalen geltend. Trotz Bismarcks heftigem Widerſpruche nahmen ſie und mit ihnen die Mehrheit des Reichstages am 30. März den Antrag auf Bewilligung von Diäten an die Abgeordneten an. Forckenbeck hatte es dahin gebracht, daß ſelbſt die Hannoveraner nicht vor dem Zorn des Gewaltigen zurückſchreckten. Der Bundeskanzler war ſo erbittert, daß er ziemlich laut gegen den neben ihm ſitzenden Miniſter von Roon äußerte: er werde nicht wieder im Reichstage erſcheinen[1]).

Der Kernpunkt der ganzen Verhandlung aber war wieder der Streit um die Militärfrage: eiſerner Heeresbeſtand oder nicht? Der König war entſchloſſen, nicht nachzugeben, und hier konnte Forckenbeck in ſeinem Beſtreben, dem Reichstage wirklichen Einfluß zu retten, nicht auf die Feſtigkeit aller Nationalliberalen zählen. Die Herren aus Naſſau und Hannover — mit von Bennigſen und Braun an der Spitze

[1]) von Poſchinger, Bismarck und Bundesrath, Bd. I (Stuttg. und Leipz. 1897), S. 93.

— wollten das Eine Prozent der Bevölkerungszahl für immer bewilligen. Forckenbeck, Lasker, von Unruh dachten an Niederlegung des Mandates. Indes ihrem und Twestens thatkräftigen Auftreten, ganz besonders der Energie und dem Ansehen Forckenbecks, gelang es, dem Bewilligungseifer einen Damm zu setzen und die Partei dahin zu bringen, das Budgetrecht des Reichstages in Heeressachen nur bis zum 31. Dezember 1871 zu suspendiren[1]).

Am 5. April fand die entscheidende Berathung statt. Forckenbeck, dessen Anträge schließlich die Billigung der nationalliberalen Partei gefunden hatten, war von ihr zu ihrem Redner bestimmt worden: eine Verpflichtung, der er sich nicht zu entziehen vermochte. Seitdem galt Forckenbeck unbestritten als Führer dieser Partei, der er vor allem viele Jahre lang den wirklich liberalen Charakter gewahrt hat.

Zu § 55 der Verfassung beantragte er: gesammte Dienstzeit 12 Jahre, davon höchstens die ersten drei Jahre bei der Fahne. So wollte er doch für die Zukunft die Möglichkeit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit offen lassen. Hier drang er nicht durch, die dreijährige Dienstzeit wurde gesetzlich festgestellt. Dann aber kam sein Antrag zu § 56, dem strittigsten der ganzen Verfassung: „Die Friedenspräsenzstärke wird bis zum 31. Dezember 1871 auf ein Prozent der Bevölkerung normirt. Für die spätere Zeit wird dieselbe im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt." Dadurch war die Heeresstärke nur auf vier Jahre fixirt, wie denn auch das Pauschquantum von 225 Thalern pro Kopf des Heeres nur für denselben Zeitraum bemessen war. Forckenbeck vertheidigte seine Anträge mit Eifer.

„Die Anträge," sagte er, „beabsichtigen Kompromisse, drängen deshalb Ueberzeugungen, die ich hege, gehegt und früher lebhaft vertheidigt habe, zurück. Sie beabsichtigen Kompromisse zwischen den Parteien des Reichstages, zwischen dem Reichstag und den verbündeten Regierungen, zwischen den Organen der Einheit und den einzelnen Landtagen, die späterhin das Werk genehmigen sollen; sie beabsichtigen aber namentlich Kompromisse zwischen den politischen Nothwendigkeiten des Norddeutschen

[1]) Parisius, Deutschlands politische Parteien (Berlin 1878), S. 179.

Bundes und den freiheitlichen Rechten des Volkes, namentlich dem Budgetrechte, welches wir für die Zukunft unverändert aufrecht erhalten wollen. Die Anträge wollen auf diese Weise dem Werke, welches wir hier berathen, auch in den Herzen und der Ueberzeugung des Volkes diejenige Majorität sichern, die neben der militärischen Einheit das beste Ferment für das Gedeihen des Norddeutschen Bundes sein wird.

„In der Frage des § 56 giebt es für mich ein „bis hierher und nicht weiter!" Ich halte überhaupt eine grundgesetzliche Bestimmung der Friedensziffer der Armee für alle Zeiten nicht für zulässig. Wenn der Herr Kriegsminister betont hat, daß im Laufe der Verhandlungen über die Reorganisation im Abgeordnetenhause die Kontingentirung der Friedensarmee von ihm verlangt sei, so glaube ich, daß er mir einen derartigen Versuch nicht nachweisen wird. Ich habe vielmehr den Kompromiß, der immer geschlossen werden muß zwischen den Kriegsbedürfnissen und zwischen den Bedürfnissen der Volkswirthschaft und der Finanzen, gefunden einmal in der Zahl und Existenz der Cadres, dann in der gesetzlich feststehenden Präsenzzeit und endlich in der Fixirung des Jahreskontingents der durch die Musterungsbehörden Ausgehobenen und der Dreijährig-Freiwilligen, und habe geglaubt, daß in diesen drei Faktoren sich vernünftig der Kompromiß zwischen den verschiedenen Interessen finden läßt. Die Höhe der Präsenzzahl muß von den politischen und finanziellen Verhältnissen des Landes abhängen. So ist es seit dem Gesetze von 1814 bis zum Jahre 1867 gehalten worden, deshalb hat die Friedensstärke zwischen 130 000 und 250 000 Mann geschwankt.

„Wählen Sie eine sehr hohe Ziffer der Kontingentirung nach den vorwiegenden Bedürfnissen der militärischen Sicherheit und stellen Sie diese hohe Ziffer für alle Zukunft fest, so bedeutet das meiner Ueberzeugung nach Unabhängigkeit der militärischen Exekutive von dem Landtage und dem Reichstage für immer und daher 2) in Bezug auf die Militärverwaltung Vernichtung des Budgetrechts, welches das Volk verfassungsmäßig in den Staaten Norddeutschlands hat."

Dagegen ist wegen der äußeren Gefahren augenblicklich ein auf mehrere Jahre berechnetes Uebergangsstadium nothwendig. Der Termin des 31. Dezember 1871 ist gewählt, um mit dem Etatsjahre abzuschließen, und damit die Erledigung innerhalb des zweiten Reichstags fällt. Die Militärfrage „soll nicht Gegenstand der Wahlagitation des ersten Reichstags sein".

Nachdem Forckenbeck so seinen vermittelnden Standpunkt nach seiner Weise klar und phrasenlos dargelegt hatte, schloß er mit einem beredten Aufruf an die allzu nachgiebigen Parteigenossen:

„Ich bin bereit, zur Konstituirung des Norddeutschen Bundes von Volksrechten und von Budgetrechten für vorübergehende Zeiten das zu opfern, was zur Erreichung des Zweckes nothwendig ist, aber ich bitte Sie, meine Herren, sorgen Sie dafür, daß nicht einst die Nachwelt sage: In demselben Augenblick, wo durch die einmüthige, treue und energische Anstrengung des preußischen Volks solche Erfolge errungen

sind, wo wir es dieser Anstrengung des Volks in seiner Armee und in allen seinen Schichten lediglich und allein zu verdanken haben, daß wir hier über die Geschicke des Norddeutschen Bundes beschließen, in diesem Augenblicke ist von den Vertretern des Volkes dem Volke mehr an freiheitlichen Rechten genommen worden, als für die Errichtung des Norddeutschen Bundes nothwendig war."

Diese mit großem Beifall aufgenommene Rede, die die Bedürfnisse des Augenblicks so geschickt mit der Wahrung der parlamentarischen Freiheit vereinte, hatte durchschlagenden Erfolg. Forckenbecks Antrag wurde mit 137 gegen 127 Stimmen gut geheißen. Damals wurde dessen Urheber von der Fortschrittspartei arg verketzert; seitdem hat sie seine wahren Absichten und seine zutreffende Klugheit zu schätzen gelernt[1]).

Am 6. April setzte Forckenbeck, wenn auch nur mit sechs Stimmen Mehrheit, durch, daß das finanzielle Pauschquantum des Militäretats ebenfalls nur für die Zeit bis zum 31. Dezember 1871 bewilligt wurde. Nicht minder erreichte er es, daß in die Verfassung die Forderung eines eingehenden Bundes-Militärgesetzes für die nächste Zukunft aufgenommen wurde. —

Forckenbeck erschien durchaus als Leiter der Reichstagsmehrheit. Als solchen, als eine gewissermaßen gleichberechtigte Macht behandelte ihn, trotz der vorhandenen Gegensätze, Bismarck mit ausgesuchter Freundlichkeit und bemühte sich bei Gelegenheit eines Diners, zu dem er ihn eingeladen, ihn möglichst umzustimmen. Der Kronprinz suchte Forckenbeck unbemerkt in der finstern Garderobe des Reichstags auf und machte gleichfalls seine Einwirkung auf ihn geltend. Vor allem lag Bismarck daran, die 225 Thaler pro Kopf des Heeres als bleibende Bundessteuer bis zu anderweiter gesetzlicher Regelung zu bewahren, angeblich zum Schutze der Bundeseinheit, mit Voraussetzung zentrifugaler Tendenzen zumal bei dem Königreiche Sachsen[2]).

Die Einigung zwischen Reichstag und Regierung mußte

---

[1]) Parisius, a. a. O., S. 93.

[2]) Dieses und das Folgende größtentheils nach den Ms. Briefen Forckenbecks an seine Gattin.

erfolgen, ehe die bevorstehende dritte Lesung der Verfassung stattfand. Bismarck drohte, Verfassung und Reichstag aufzugeben, sich mit einem Fürstenbunde und Militärkonventionen zu begnügen. Am 10. abends, nach Schluß der Reichstagssitzung, fand eine fast dreistündige Konferenz zwischen dem Grafen, Forckenbeck, Unruh und Bennigsen statt. Bismarck lehnte die Diäten für die Abgeordneten durchaus ab, weil er in der Diätenlosigkeit ein nothwendiges Korrektiv für den demagogischen Charakter des allgemeinen Stimmrechtes erblickte, und ebenso im Interesse seiner Allgewalt ein verantwortliches Bundesministerium, wie Forckenbeck es forderte. Dieser dagegen erklärte sich auf das bestimmteste gegen den eisernen Militäretat. Unter dem Einflusse von Bismarcks gewaltiger und zugleich, wenn er wollte, so bezaubernd liebenswürdiger Persönlichkeit kam man zu vorläufiger Verständigung. Freilich erzählte der Graf nachher, er habe sich mit den Herren „herumgequält“ [1]).

Am 11.[2]) war dann eine Konferenz bei dem Kronprinzen, der Forckenbeck, Unruh, Twesten, Bennigsen beiwohnten. Hier einte man sich dahin, die Diätenfrage ganz wegzulassen, so daß, wie Forckenbeck sich ausdrückt, hierin „tabula rasa ist“, und den Beschluß der zweiten Lesung in der Militärfrage anzunehmen. Indessen eine neue Besprechung mit Bismarck, am Abend des folgenden Tages, stellte alles wieder in Frage. Der Minister verlangte verfassungsmäßige Verneinung der Diäten und, mit geringer Abänderung, die Bestimmungen des Regierungsentwurfes über das Bundesheer.

Es war eine böse, aufregende Lage. Forckenbeck, Unruh und Lasker sahen voraus, daß die Mehrheit des Reichstages sich fügen werde. Sie dachten deshalb abermals daran, ihr Mandat niederzulegen, damit sie nachher bei der Abstimmung im preußischen Abgeordnetenhause über die Verfassung freie Hand behielten.

---

[1]) Tagebuch des anhaltischen Bundesbevollmächtigten Sintenis; bei v. Poschinger, Bismarck und der Bundesrath, I 29.

[2]) Alles Folgende, bisher ganz unbekannt, nach den Ms. Briefen Forckenbecks an seine Gattin v. 13. u. 14. April 1867.

Der Kronprinz ſah die Zuſpitzung der Verhältniſſe mit großer Sorge. Er beſchied abermals Forckenbeck, ſeinen eigentlichen Vertrauensmann, für den 14. morgens um 8½ Uhr zu ſich. Der hohe Herr gab alle Bedenken des Abgeordneten als richtig zu, meinte aber, man dürfe die deutſche Sache nicht fallen laſſen; „ſollen wir in einem innern Konflikt ſein, während wir gegen die Franzoſen kämpfen?“ Es war nämlich die Zeit, wo die Luxemburger Frage einen Krieg mit Frankreich als unmittelbar bevorſtehend erſcheinen ließ. Forckenbeck wollte ſich über die wahre Sachlage Sicherheit verſchaffen, ehe er endgültige Beſchlüſſe faſſe.

„Sind Königl. Hoheit der Ueberzeugung, daß, wenn die Diäten angenommen werden, die Verfaſſung fällt, zurückgezogen wird? Iſt die Verſicherung Bismarcks in dieſer Beziehung wahr?“

— „Ja, Bismarck iſt in dieſer Beziehung ganz feſt.“

— „Iſt es wahr, daß der König die Beſtimmung der Friedenspräſenzſtärke durch die Verfaſſung auf immer, d. h. bis zur Abänderung durch Bundesgeſetz, verlangt, daß er — Bismarck — beim König das Eingehen auf mein Amendement nicht durchſetzen kann?“

— „Ich glaube es . . . es wird ſo ſein . . . ja, es iſt ſo.“

Forckenbeck erklärte, daß er ſich, bei den großen Gefahren, die er ſowohl aus der Unterwerfung wie aus der Ablehnung hervorgehen ſehe, jeder Beeinfluſſung ſeiner Freunde enthalten werde. Er fühlte wohl, daß die Liberalen damals Bismarck mehr brauchten, als er ſie, daß nach der Entwickelung in den letzten Dreivierteljahren, zumal bei der Eventualität eines Entſcheidungskrieges mit Frankreich, die Regierung die Einheit wenigſtens Norddeutſchlands auch mit Hilfe der Konſervativen zu Stande bringen könne. Für ſeine eigene Perſon beſchloß er, in der Spezialabſtimmung den Beſchlüſſen zweiter Leſung treu zu bleiben, bei der Hauptabſtimmung über die Verfaſſung aber, nach dem wahrſcheinlichen Siege der Regierung, ſich des Votums zu enthalten. Den Gedanken an Verzicht auf das Mandat hatte der

thatkräftige, schaffensfrohe Mann schon wieder aufgegeben. Seine Abstimmung über die Verfassung im preußischen Abgeordnetenhause machte er von der Bewilligung bestimmter Bedingungen abhängig, die Bismarck halb und halb angenommen hatte: Förderung der innern Selbstverwaltung durch eine liberale Kreisordnung, sowie Ersetzung der schlimmsten Konfliktsminister durch minder reaktionäre. Durch die Enthaltung bei der Schlußabstimmung im Reichstage hoffte er auf schleuniges Durchsetzen dieser letzteren Bedingungen für den Landtag zu drücken. Man sieht, Hoffnungslosigkeit war nicht für lange seine Sache. Seine elastische Natur fand bald wieder neue Wege für die Zukunft.

Am nächsten Tage — 15. April — war Sitzung im Reichstage. Bismarck erklärte, daß die Regierung alle Abänderungen des Reichstags billige, mit Ausnahme der Diäten und der Bestimmungen über die Heereseinrichtungen. Darauf wurde der Artikel 32 mit einer Mehrheit von 178 gegen 90 Stimmen wieder im Sinne der Diätenlosigkeit abgeändert. Forckenbeck, Gneist, Lasker, Reichenheim, Unruh, von Vaerst, kurz die 7 Altpreußen unter den Nationalliberalen, waren fest geblieben, während Bennigsen und die meisten Nationalliberalen der neuen Provinzen gegen die Diäten, die sie früher selber direkt beantragt hatten, stimmten.

Es war das eine üble Vorbedeutung für die am 16. vorzunehmende Abstimmung über die Heereseinrichtungen. Da gelang Forckenbeck ein Meisterstreich. Indem er die neupreußischen Nationalliberalen und die Freikonservativen mit dem Abgeordnetenhause schreckte, wo die altpreußischen Nationalliberalen den Ausschlag gaben, bewog er sie zur Annahme eines neuen Vermittelungsvorschlages: die 225 Thaler werden von den Bundesstaaten auch nach dem 31. Dezember 1871 bezahlt als bleibende Bundessteuer, wie es Bismarck gewünscht — allein ihre Verwendung wird dann durch das Etatsgesetz geregelt; die Präsenzzahl beträgt ein Prozent der gegenwärtigen Bevölkerung, kann aber, trotz Anwachsens der Volkszahl, künftig nur durch Bundesgesetz erhöht werden; während die Regierung sie von zehn zu zehn Jahren nach

den Ergebnissen der Volkszählung hatte steigen lassen wollen. Es gelang, dafür die Zustimmung Roons und hierdurch auch die des Königs zu gewinnen. Der hannoversche Nationalliberale von Bennigsen und der Freikonservative Herzog von Ujest brachten das betreffende Amendement ein, das freilich bei Bismarck lebhaften Widerspruch fand, indes mit 202 gegen 80 Stimmen angenommen wurde. Die ganze Verfassung in dieser Gestalt wurde mit 230 Stimmen gegen 53 Fortschrittler, Ultramontane, Partikularisten und Polen gebilligt. Den preußischen Nationalliberalen war der Entschluß der Zustimmung recht schwer geworden.

Und noch war nicht einmal sicher, ob dieses herbe Opfer auch Früchte tragen werde. Konnte Bismarck nicht wieder ablehnen?

Es geschah nicht. Bismarck sagte an jenem 16. April zu dem Lübecker Senator Curtius: „Es ist wohl nur zu wahrscheinlich, daß das Jahr 1872 uns wieder den Militärkonflikt bringen wird, allein wir können deshalb nicht das ganze Werk auf das Spiel setzen“[1]). Die Bundesregierungen nahmen die Heereseinrichtung in der vom Reichstage zuletzt gebilligten Form und damit die ganze Verfassung an. Am 17. wurde dies erklärt, dann der Reichstag geschlossen.

Forckenbeck hatte die von ihm so hart bestrittene verfassungsmäßige Fixirung des Friedensstandes der Armee zugeben müssen. Er konnte zur Entschuldigung sagen, daß thatsächlich an eine Verminderung des Heeres doch nie zu denken gewesen wäre, und daß er wenigstens dessen zukünftige Vermehrung von der Zustimmung des Reichstages abhängig gemacht hatte. Innerhalb dieser Grenzen hatte er auch das Budgetrecht des Reichstages gewahrt. Allen erschien er als Derjenige, der der Verfassung in den wichtigsten Punkten die endgültige Gestalt gegeben habe[2]). Deshalb wurde er von der Fortschrittspartei auf das schärfste angefeindet. Deren radikale Mitglieder, auch Hoverbeck, versagten ihm selbst den Gruß.

---

[1]) v. Poschinger, a. a. O., I 57.
[2]) Unruh, Erinnerungen S. 276 ff.

Am 29. April 1867 trat der Landtag zur Annahme der Bundesverfassung zusammen. Die Fortschrittler stimmten mit 15 der äußersten Rechten sowie mit Polen und Ultramontanen gegen Forckenbecks Wiederwahl zum Präsidenten, die dennoch schon im ersten Wahlgange durch 162 gegen 73 Votanten erfolgte. Eine reichliche Zweidrittelmehrheit, darunter die weit überwiegende Anzahl der Konservativen, hatte sich auf Forckenbeck vereint. Mehr als je erschien er als der Herr der Lage. So faßte man auch an höchster Stelle die Situation auf. Der Kronprinz, der bei Gestaltung von Verhältnissen, die seine eigene Regierung in hohem Maße beeinflussen mußten, weit thätiger gewesen ist, als man dies bisher geahnt hat, beschied den Präsidenten von neuem zu sich.

Es konnte sich selbstverständlich nicht um Amendirung, sondern nur um Annahme oder Ablehnung der Verfassung handeln. Gegen den heftigen Widerstand der Fortschrittspartei, der Polen, Klerikalen und Partikularisten nahm das Abgeordnetenhaus sie am 31. Mai mit 227 gegen 93 Stimmen an. Dann wurde der letzte altpreußische Landtag geschlossen. Eine wichtige Epoche in der preußischen und deutschen Geschichte war beendet. Es begann die Geschichte Großpreußens und des bereits halb geeinten und unaufhaltsam weiter zu völliger Einigung strebenden Deutschland.

XIII.

Im Norddeutschen Bunde.

Den Einfluß, den Forckenbeck in den höchsten Kreisen des neuen Bundesstaates gewonnen hatte, war er von Beginn an bestrebt zu Gunsten der liberalen Sache auszunutzen. Darin hat er nie geschwankt. Vor allem war er auf Beseitigung des allmählich sämmtlichen Parteien verhaßt gewordenen Justizministers Grafen Lippe bedacht. Dieser hatte die große Ungeschicklichkeit begangen, auch nach erfolgter Aussöhnung zwischen Regierung und Liberalismus auf Grund der berüchtigten Entscheidung des Obertribunals die Anklage gegen Twesten bei der ersten Instanz wieder aufnehmen zu lassen. Von der Heydt sowohl wie Bismarck waren über diese ganz nutzlose Härte um so entrüsteter, als Twesten seit dem Sommer 1866 die Aussöhnung zwischen Regierung und Volksvertretung mit besonderm Eifer angestrebt hatte, und suchten, wenn auch vergeblich, den Gang des Prozesses aufzuhalten[1]). Bismarck that alles, um den hartnäckigen und mißliebigen Kollegen zu beseitigen, der eine Ursache allgemeinen Mißtrauens gegen die Regierung war: der König blieb unbeweglich dabei, einen so treuen Diener nicht fallen lassen zu wollen. Auch Forckenbeck arbeitete eifrig an dem Sturze des verhaßten Mannes. Es gelang ihm, den Führer der Freikonservativen, Herrn von Kardorff, gleichfalls dafür zu gewinnen,

[1]) Bismarck an Heydt, 15. Juli 1866; Kohl, Bismarck: Jahrbuch IV 185 f.

der ſich bemühen wollte, ſelbſt die äußerſte Rechte zu einem möglichſt einſtimmigen Mißtrauensvotum gegen Lippe heranzuziehen. Indes ſollte die endgültige Erledigung der Angelegenheit noch ein halbes Jahr dauern, bis, wie wir ſehen werden, kein anderer als Forckenbeck Lippes Entlaſſung durchſetzte.

„Das Kennzeichen unſerer Lage," ſchrieb am 13. Mai Forckenbeck an ſeinen Freund Rickert, „iſt bei dem Alter des Königs, bei der Ermattung der leitenden Perſönlichkeiten — Mattigkeit. Man ruht gern etwas auf Lorbeeren aus, und das Volk wird dem Beiſpiele folgen, wenn wir nicht rühren[1])."

Daran ließ es freilich der unermüdlich thätige Forckenbeck nicht fehlen.

Die Fortſchrittspartei bildete einen eigenen Wahlverein und wies die von den Nationalliberalen erbetene Verſtändigung zum Behufe der Wahlen kurzweg ab. Darauf gingen die Nationalliberalen geſondert vor. Sie errichteten in Berlin einen Exekutivausſchuß, deſſen hervorragendſte Mitglieder von Hennig und Lasker, beide Forckenbecks nähere Freunde, waren. Sie erließen ein Wahlprogramm, das die Bildung der Partei rechtfertigte und als deren Ziel aufſtellte: auf den gegebenen Grundlagen die Einigung Deutſchlands gleichzeitig zur Macht und zur Freiheit herbeizuführen. Forckenbeck ſelber beſchäftigte ſich in Gemeinſchaft Rickerts und Roepells mit der Organiſirung der Partei in Weſtpreußen. Er begründete in Elbing ein nationalliberales Kränzchen und ſuchte dort ein tüchtiges Wochenblatt der gleichen Richtung ins Leben zu rufen, ſowie in der ganzen Provinz nationalliberale Lokalblätter zu ſchaffen, denen er ſtärkeren Einfluß auf die breiten Maſſen zuſchrieb, als den großen Zeitungen. Ein nationalliberaler Verein ſollte die ganze Provinz umfaſſen, auch die volkswirthſchaftliche Geſellſchaft zur Verſtärkung der Partei mobil gemacht werden. Vor ſeinen Königsberger Wählern redete er am 19. Juni, fand aber deren größern Theil fortſchrittlich geſinnt. Und doch war Forckenbeck durchaus nicht

[1]) Dies und das Folgende hauptſächlich nach Ms. Briefen Forckenbecks an Rickert, ſowie an ſeine Gemahlin.

der Höfling, als den ihn die erbitterten Radikalen hinstellen wollten: gerade damals forderte er seine Freunde zu kräftigem Widerstande gegen die von der Regierung beabsichtigte Tabaksteuer auf! —

Am 31. August fanden die Wahlen zum ersten ordentlichen Reichstage des Norddeutschen Bundes statt. Sie ergaben eine abermalige Verstärkung der Konservativen, die von 59 auf 68 stiegen; die Freikonservativen zählten wieder 40 Mitglieder. Das linke Zentrum — die Altliberalen — hatte 34 Stimmen. Die Nationalliberalen waren 83 (anstatt bisher 79). Die Fortschrittspartei erhielt 31 Abgeordnete, die Polen 11. Zum ersten Male erschien die sozialdemokratische Partei mit wenigen Vertretern im Parlamente. Im Ganzen waren die Parteiverhältnisse wenig verändert. Forckenbeck war in Wolmirstedt-Neuhaldensleben wieder gewählt. Simson wollte in großer Uneigennützigkeit ihm, dem weit einflußreicheren, das Präsidium überlassen; allein Forckenbeck lehnte entschieden ab, aus Zartgefühl und um auch nicht die mindeste Spaltung in die liberale Partei zu bringen. So ward Simson nach dem Zusammentritte des Reichstags — 10. September 1867 — mit großer Mehrheit wieder auf den Präsidentenstuhl erhoben.

Forckenbeck war überhaupt der politischen Beschäftigung herzlich überdrüssig. Die steten schweren Kämpfe nach oben und nach rechts und links hin rieben ihn auf, ließen ihn ohnehin keine sehr günstigen Ergebnisse erhoffen.

„Je länger ich hier in Berlin bin," schreibt er am 19. September an seine Gattin, „desto schwerer wird mir die Trennung von Dir und den Kindern. Man fühlt sich wirklich nur als halber Mensch, und die immerwährende Sehnsucht lähmt auch die Thatkraft nach außen hin. Immer ernstlicher erwäge ich daher den Entschluß, durch Niederlegung des Mandats für das Abgeordnetenhaus diesem unerträglichen Zustande wenigstens theilweise ein Ende zu machen. Eine Versetzung nach Berlin kann ich jetzt nicht annehmen. Das würde meinen ganzen politischen Charakter entstellen."

Dem zartfühlenden Manne schien der Entschluß, aus dem Abgeordnetenhause zu scheiden, durch dessen von der Regierung beabsichtigte Auflösung erleichtert zu werden. Bismarck gab dafür als Vorwand, daß das Haus durch

Zutritt der Vertreter der annektirten Provinzen überdies ein anderes, neues werde; sein eigentlicher Grund war wohl, daß er ein stärkeres Kontingent konservativ-ministerieller Abgeordneter aus den alten Provinzen erhoffte. Vergebens machte ihn Forckenbeck, der eben dasselbe fürchtete, in einem Gespräche unter vier Augen auf die Gefahr aufmerksam, hier bei unmittelbar aufeinander folgenden Wahlen einen Gegensatz zwischen dem Dreiklassensystem und dem allgemeinen Stimmrecht hervortreten zu lassen. Trotz des Bundeskanzlers Versicherung: die Regierung werde sich immer mit den Nationalliberalen abfinden müssen, überwog der Wunsch nach einer gefügigen Mehrheit. Am 15. Oktober wurde die Auflösung des Abgeordnetenhauses ausgesprochen, die Neuwahl sofort auf den 31. desselben Monats angesetzt.

Indessen gelang es den Bemühungen Forckenbecks, bei der bittern Feindschaft der Fortschrittspartei, die National- sowie Altliberalen, die Freikonservativen und die Konservativen des Reichstags zum Erlaß einer Adresse an den König zu einen — das erste Vorbild des spätern „Kartells". „Dem Auslande gegenüber," schrieb er damals, „dem deutschen Volke gegenüber, der Bedeutung des Reichstags halber mußten wir meiner Ansicht nach gleich an der Schwelle unserer Verhandlungen aussprechen: „Auf jede Gefahr hin d u r c h zur einheitlichen Konstituirung des ganzen Deutschland". Er hatte die Genugthuung, nicht nur dieses nationale Programm, sondern auch eine direkte Hinweisung auf den verfassungsmäßigen Weg der Einigung von den Konservativen gebilligt zu sehen. Ein wunderbarer Umschwung in den Anschauungen, dessen äußere Bekundung lediglich Forckenbecks Ansehen und diplomatischem Geschicke zu danken war.

Und doch war dem hochverdienten und einflußreichen Manne nicht wohl zu Muthe. Sein weiches Herz litt schwer unter dem Streite mit den alten Freunden. Am 29. September wurde er durch den Besuch Hoverbecks überrascht, der den Wunsch fühlte, sich mit ihm auszusprechen. Aber sie konnten sich nicht einigen. Hoverbeck sagte: alles oder nichts; Forckenbeck: wenn ich nicht das Beste bekommen kann,

nehme ich doch das Beſſere. Sein alter Gefährte hatte, wie Waldeck, kein Herz für den norddeutſchen Bund, den Forckenbeck für eine gute, der Fortbildung fähige Inſtitution, für eine wichtige Etappe auf dem Wege zur deutſchen Einheit hielt. Die Fortſchrittspartei wollte bei jeder Gelegenheit es auf einen Konflikt ankommen laſſen, Forckenbeck ſolchen, wo möglich, verhüten, um nicht den kaum entſtandenen Bund ernſtlich in ſeinem Daſein zu gefährden.

„Wo war die Kraft zu ſuchen," ſagt Ludwig Bamberger, der Freund und Geſinnungsgenoſſe Forckenbecks[1]), „von der es abhing, ob der Kanzler oder der Liberalismus Recht behalten ſollte? Doch offenbar im Volk, in den Wählern. Die Liberalen mußten, um nicht nachzugeben, von der Ueberzeugung ausgehen, daß, ſei es bei einer Auflöſung, ſei es bei der regelmäßigen Erneuerung des Reichstages, eine erhebliche Verſtärkung ihnen Recht geben würde. Aber welcher Verlaß war auf die deutſchen Wähler für die Sache des Liberalismus im Widerſtreite mit dem Kanzler? Die freiſinnige und überhaupt die politiſche Regſamkeit und Schwungkraft des deutſchen Volkes iſt hinter ſehr beſcheidenen Erwartungen zurückgeblieben. In deutlicher Erkenntniß oder mindeſtens im richtigen Gefühl dieſes Standes der Dinge haben die Nationalliberalen ſich gehütet, den Bogen allzu ſtraff zu ſpannen. Sie hätten einen verhängnißvollen Irrthum begangen, wenn ſie in optimiſtiſcher Hoffnung auf beſſere Zeiten die Erledigung der wichtigſten Geſetzgebungsarbeiten auf unbeſtimmte Zeit hinausſchoben. Es galt vielmehr den in den erſten Jahren wehenden liberalen Hauch zu poſitiven Geſetzen zu verwerthen." — Die Nationalliberalen haben überdies nie verhehlt, daß ſie die damaligen Beſchlüſſe eben nur als Abſchlagszahlung betrachteten; ſie haben wiederholt erklärt, die illiberalen Beſtimmungen der norddeutſchen Verfaſſung nur als Nothbehelfe anzuſehen und ſie bei erſter Gelegenheit, namentlich bei Hinzutritt der Süddeutſchen, verbeſſern zu wollen. Die Fortſchrittspartei dagegen

[1]) Geſammelte Schriften, V. 100 f.

dachte damals nur daran, Schwierigkeiten zu erheben. Sie erklärte sich zum Beispiel ohne jeden tieferen Grund gegen den Forckenbeck-Stephanischen Antrag auf frühzeitige Vorlegung des Bundesbudgets, der bezweckte, den Einzelstaaten die Zeit zu gewähren, daß sie ihren Landesetat nach den Bedürfnissen der Bundesfinanzen einrichteten. Ebenso erhob sie Opposition, als die Nationalliberalen die Erneuerung des Zollvereins von der Annahme der Schutz- und Trutzbündnisse sowie des alldeutschen Zollparlaments durch die süddeutschen Staaten abhängig machten, um dadurch auf diese einen Druck zu Gunsten der parlamentarischen und militärischen Einigung auszuüben. Sie brachte gegen diese nationale Forderung aber nur eine Minderheit von 26 Stimmen zur Stelle.

Nur noch ein Vorgang in diesem Reichstage sei erwähnt, weil er zur Charakterisirung Forckenbecks dient. Die Mennoniten hatten, mit Berufung auf das ihnen im Jahre 1780 gewährte Privileg, um Befreiung von der ihnen durch die Bundesverfassung auferlegten Militärpflicht petitionirt. Wir wissen, wie grundsätzlich duldsam Forckenbeck war; aber gerade deshalb wollte er aus religiösen Gründen keinerlei Ausnahmestellung gewähren. So hielt er seine erste Rede in diesem Reichstage gegen das Verlangen der Mennoniten, im Namen der Gerechtigkeit und Gleichheit: die Petition wurde abgelehnt — „zu meiner Freude", wie er seiner Gattin schrieb.

Er war fest entschlossen, ein Mandat für das neue Abgeordnetenhaus nicht anzunehmen, sprach das allen seinen Freunden gegenüber auf das bestimmteste aus und lehnte die ihm in Glogau angebotene, absolut sichere Kandidatur wirklich ab. Allein nun bestürmten ihn die Freunde unaufhörlich um Aufgabe dieser Absicht, mit Berufung an seine Pflicht für das Vaterland und für die von ihm mitbegründete Partei — schon am 25. Oktober schrieb er seiner Frau: „Der Entschluß steht noch fest." Bald darauf hat er ihn, zu seinem innerlichsten Kummer, aus seinem starken Pflichtgefühl heraus, wieder aufgegeben. Kein Zweifel, daß nur er die Partei

auf wirklich liberaler Bahn, wie er solche allein für richtig und heilsam ansah, zu erhalten vermochte.

Seinem Einflusse ist es wohl auch zuzuschreiben, daß der am 18. Oktober veröffentlichte Wahlaufruf seiner Partei sehr liberal ausfiel, entschieden gegen jede Reaktion Front machte und sogar den Uebergang vom Klassenwahlsystem zum allgemeinen Stimmrecht auch für den Landtag forderte.

Und doch gelang es den unversöhnlichen Radikalen, Forckenbeck in Königsberg zu beseitigen. In Elbing, wo der Fortschritt seine Kandidatur unterstützte, triumphirten die Konservativen. Dagegen ehrte sich Köln, indem es ihn zum Mitgliede des Abgeordnetenhauses erkor.

Die Wahlen ergaben ein neues Anwachsen der Konservativen in den altpreußischen Provinzen: sie zählten 127, die Freikonservativen 61 Mitglieder; beide vereint — 188 — hätten also im altpreußischen Landtage, ohne die Vertreter der annektirten Provinzen, die Mehrheit gehabt. Das linke Zentrum erschien mit 39, die Nationalliberalen mit 101, der Fortschritt mit 48 Abgeordneten, also die Liberalen zusammen mit gleichfalls 188. Zwischen beiden Parteien standen die Altliberalen, 22 Köpfe stark. Klerikale gab es nur noch 16, Polen, Welfen und Dänen 34. Eine feste Mehrheit war nicht vorhanden.

Da indes die Klerikalen und Antideutschen stets auf der verneinenden Seite standen, mußte die Regierung den Nationalliberalen Rechnung tragen. Es ist höchst bezeichnend, daß der einst so reaktionäre Roon nach der am 15. November geschehenen Eröffnung des Landtages an den konservativen Führer von Blankenburg schrieb: „Ich würde ohne Bedenken lieber für Forckenbeck (als Präsidenten) als für Arnim oder Schwerin stimmen[1]).“

Wirklich wurde Forckenbeck, obwohl die Nationalliberalen jeden Kompromiß nach rechts und links ablehnten, mit großer Mehrheit wieder zum Präsidenten gewählt, in diesem ersten großpreußischen Landtage, was ihn mit gerechter Genugthuung erfüllte. Dieses Mal stimmte der Fortschritt für ihn. Das

[1]) Roon, Denkwürdigkeiten, II 335.

Anwachsen des konservativen Elementes hatte den Zusammenschluß aller Liberalen zur Folge.

Sonst war die Arbeit im Landtage unerfreulich. Während Bismarck, den einigermaßen widerwilligen Roon mit sich fortziehend, im Norddeutschen Bunde reformirte, fand er sich als speciell preußischer Ministerpräsident an der Spitze eines Kabinets, dem die Lippe, Mühler und Eulenburg einen durchaus reaktionären Charakter verliehen. Es regte selbst die Altliberalen und Freikonservativen auf, daß dieser Lippe gegen einen Mann, wie Twesten, der mit Forckenbeck am meisten zur friedlichen Ueberführung der kleinpreußischen Verhältnisse in die großpreußischen und altdeutschen gethan hatte, die verfassungswidrige, von allen Untergerichten unausgesetzt als solche gebrandmarkte Verfolgung mit fanatischem Eifer fortsetzte. Endlich brachte eine scheinbar weit davon abliegende Verwickelung ihn zum Sturz.

Bekanntlich hatte im Herbste 1866 der Landtag nach hartem Kampfe eine Anleihe von sechzig Millionen Thalern für Kriegskosten bewilligt, nachdem Bismarck ausdrücklich erklärt hatte, daß die Gelder nur zu dem angegebenen Zwecke verwendet werden sollten. Trotzdem hatte er aus diesen Beträgen 16 Millionen dem depossedirten Könige von Hannover, 8,891,000 Thaler dem vertriebenen Herzoge von Nassau zur Entschädigung für ihre Domänen ausgezahlt. Twesten als Berichterstatter der Budgetkommission, hatte wohl Grund, ein solches Verfahren als einen Bruch des Rechtes und des vor einem Jahre geforderten Vertrauens zu bezeichnen. Bismarck aber gebrauchte, wie gewöhnlich wenn er sich sachlich im Unrechte fühlte, das Mittel, die Angelegenheit auf das persönliche Gebiet zu spielen. Er erklärte sich direkt beleidigt und deshalb Willens, nicht mehr an den Verhandlungen der Budgetkommission theilzunehmen. Da der Streit immer heftiger wurde, riefen beide Theile Forckenbeck zum Vermittler an. Als Präsident hatte dieser in die Vorgänge in einer Kommission, die als solche seiner Disziplin nicht unterstand, keineswegs einzugreifen. Er beschloß aber, sich trotzdem der Schlichtung eines Konfliktes nicht zu entziehen, der, aus einer

etwas herben Ausdrucksweise entsprungen, entweder die Auflösung des ersten großpreußischen Abgeordnetenhauses oder die Amtsniederlegung Bismarcks zur Folge haben mußte. Wirklich versicherte ihn der Bundeskanzler, der König genehmige seine Entlassung und seine Ersetzung durch Forckenbeck und Bennigsen. Aber Forckenbeck ließ sich durch das glänzende Bild eines Ministerpostens nicht einen Augenblick blenden; er erkannte mit der ihm eigenen objektiven Klarheit, daß ein Bismarck für lange hinaus dem nach Einheit ringenden Deutschland schlechthin unentbehrlich sei. Seinem Takte, seinem Eifer und persönlichen Ansehen gelang es, in zahlreichen aufregenden Konferenzen mit Bismarck und Twesten die Sache zum Austrage zu bringen. Twesten erklärte in einem offenen, an Forckenbeck gerichteten Briefe, er habe nur objektiv seine Meinung über das Verhalten der Regierung ausdrücken wollen und nicht entfernt an eine persönliche Beleidigung des Ministerpräsidenten gedacht. Dieser gab sich damit zu frieden und legte die Uebereinkommen mit dem Könige von Hannover und dem Herzoge von Nassau dem Landtage zur nachträglichen Genehmigung vor. Als Preis seiner Vermittelung und seiner glänzenden Uneigennützigkeit hatte sich Forckenbeck die sofortige Entlassung Lippes ausbedungen und rundweg erklärt: erfolge sie nicht, so lege er seine Stellung als Präsident des Abgeordnetenhauses nieder (30. November 1867). Das schlug, nach diesen jüngsten Erfahrungen, auch bei dem Könige durch: nach einem verurtheilenden Spruche des Abgeordnetenhauses (2. Dezember) wurde endlich, am 5. Dezember, Lippe entlassen und durch den weit aufgeklärteren und moderner gesinnten Hannoveraner Leonhardt ersetzt[1]).

Forckenbeck war nur zum Theile von diesem Erfolge befriedigt; er hoffte, daß weitere unter den reaktionären Ministern dem Grafen Lippe nachfolgen würden. Inzwischen wußte er auch in einer andern das öffentliche Wohl betreffenden Angelegen-

[1]) Diese bisher ganz unbekannte Vorgeschichte der Entlassung Lippes durch Forckenbecks Einfluß giebt dessen Ms.-Brief an seine Gemahlin vom 1. Dez. 1867. — F. äußert sich selber wiederholt dahin, daß er diese Briefe als sein Tagebuch betrachte.

heit seinen Willen durchzusetzen. Da die Regierung mit den von ihm dringend und wiederholt geforderten Maßregeln zur Hebung des durch Mißernten und Ueberschwemmungen veranlaßten furchtbaren Nothstandes in der Provinz Preußen zögerte, erklärte er — der Höfling! — nicht eher die geforderte Erhöhung der Krondotation von dem Abgeordnetenhause diskutiren lassen zu wollen, als bis das Nothstandsgesetz von der Regierung eingebracht sei. Das half[1]).

Unmittelbar nach den Weihnachtsferien kamen dann im Hause die Verträge mit den depossedirten Fürsten zur Verhandlung. Forckenbeck empfand ebenso tief wie Twesten den durch den Abschluß jener Verträge, ohne Genehmigung des Landtages, vollzogenen Rechtsbruch. „Indes," sagte er, „die Millionen sind fort. Keine Anstrengung des Abgeordnetenhauses schafft sie wieder. Ein Konflikt aber wegen einer unabänderlichen Sache ist der Freiheit höchst gefährlich. Natürlich ist das Votum nicht populär, aber darauf kommt es nicht an. Ich war überdies durch die Vorgänge bei Lippes Entfernung gebunden." Er verabredete mit Twesten, für die Genehmigung zu stimmen, aber unter scharfem Tadel. Wirklich ging Twesten in seiner Rede als Berichterstatter bis an die äußerste Grenze des parlamentarisch Erlaubten; Forckenbeck fürchtete jeden Augenblick eine Explosion. Allein Bismarck hielt an sich, und die nachträgliche Genehmigung wurde ausgesprochen.

Der neue Justizminister zeigte sich sehr ungelenk und rauh, als Lasker von ihm die Beseitigung der ominösen Hilfsrichter beim Obertribunal forderte. Indes Forckenbeck, dessen Einfluß auf die Beseitigung seines Vorgängers Leonhardt wohl kannte, wußte ihn derartig zu beeinflussen, daß er am 10. Januar 1868 den Fortfall dieser bedenklichen Institution verhieß. Abermals hatte die nationalliberale Partei in einer tiefgreifenden Streitsache aus der Konfliktszeit einen großen verfassungsrechtlichen Sieg erlangt. Wahrlich, die Opposition hatte von 1862 bis 1866 nicht vergeblich gekämpft!

---

[1]) Ms. Brief Forckenbecks an seine Gemahlin v. 5. Dez. 1867.

Immerhin blieb die Lage eine unbehagliche. Die Feudalen intriguirten hinter den Coulissen unaufhörlich zum Sturze Bismarcks, und dementsprechend wirkte im Abgeordnetenhause die äußerste Rechte oft genug mit der äußersten Linken gegen den Ministerpräsidenten. Es wurde diesem unmöglich, bei dem Könige die Entfernung Eulenburgs und Mühlers durchzusetzen, und doch war, so lange diese ihre Portefeuilles inne hatten, an durchgreifende Reformen im Innern Preußens nicht zu denken. Die Nationalliberalen sahen sich zwischen dem Gegensatze wider jene Minister und der Besorgniß, durch ein entschiedenes Votum die Entlassung Bismarcks herbeizuführen, in größter Verlegenheit. Sie halfen sich nothdürftig, indem sie in Kleinigkeiten, durch einige Budgetabstriche, Eulenburg und Mühler ärgerten und zum Abgange zu reizen suchten. Persönlich hatte sich Forckenbeck nicht zu beklagen. Der König zeigte sich ihm meist, die Königin und der Kronprinz immer gnädig, und zumal die Monarchin spendete ihm wegen der Führung seiner Präsidentengeschäfte reiches Lob. Bismarck fuhr fort, ihm einen Ministerposten in Aussicht zu stellen — ob aufrichtig oder aus Diplomatie, bleibe dahingestellt. Allein Forckenbeck mußte doch, bei der häufigen persönlichen Berührung mit dem Könige, auch wieder in direkten Gegensatz zu diesem treten, indem er gegen Etatspositionen, die ihm der Herrscher ausdrücklich empfohlen hatte, zu stimmen sich durch sein Gewissen genöthigt sah. Es war „ein gefährlicher Posten", wie seine Gattin ihm bei Uebernahme der Präsidentschaft vorher gesagt hatte. Dabei fühlte er sich durch die unausgesetzten Mühen und Aufregungen äußerst ermattet und der steten Trennung von der Familie überdrüssig. Es war eine Sisyphusarbeit, ohne rechten Erfolg und Lohn. Mit herzlicher Freude ging er Anfangs Februar 1868 in die parlamentarischen Ferien.

So wohnte er auch den Arbeiten des Reichstags, der am 23. März zusammentrat, anfänglich nicht bei, theils weil er keinen geeigneten Stellvertreter für seine Anwalts- und Notariatsgeschäfte finden konnte, theils weil es sich dort zunächst um wirthschaftliche Reformen handelte, die an sich

ſehr ſegensreich wirkten, aber eben deshalb der großen Mehrheit des Hauſes ohnehin ſicher waren. Wichtiger war der am 27. April 1868 erfolgende Zuſammentritt des erſten deutſchen Zollparlamentes.

Weniger die dieſer Verſammlung geſteckten Ziele, als ihr bloßes Daſein machte deren Bedeutung aus. War ſie doch, ſeit dem Jahre 1849, wieder die erſte Volksvertretung für ganz Deutſchland; inſofern war ſie wichtiger, als die allen politiſchen Wechſelfällen unterworfenen Bündnißverträge vom Auguſt 1866. Allerdings verhieß ſie zuerſt recht wenig thatſächlichen Erfolg. Das Zollparlament war von den Süddeutſchen — mit Ausnahme Badens — nur angenommen worden, weil ſie ſonſt aus dem Zollverein ausgeſchloſſen, das heißt wirthſchaftlich zu Grunde gerichtet wären. Dieſer widerwilligen Stimmung entſprach der Ausfall der Wahlen. In Baden waren 8, in Südheſſen 6, in Bayern 13, in Württemberg keine nationalgeſinnte Abgeordnete erkoren — zuſammen 27. Dagegen gehörten 58 ſüddeutſche Mitglieder des Zollparlamentes der partikulariſtiſchen Richtung an und vereinten ſich dann zu einer ſüddeutſchen Fraktion.

Mit Recht ſagte Bismarck zu dem württembergiſchen Kriegsminiſter von Suckow: „Die Wahlen zum Zollparlament, wie ſie nun einmal ausgefallen ſind, haben gezeigt, daß der Süden vorerſt keine weitere Verbindung mit dem Norden haben will, als Zollvertrag und Allianzvertrag[1]).“

Ebenſo unerfreulich war die Aufgabe, die die Regierungen dem erſten Zollparlamente ſtellten. Die kleineren Staaten des norddeutſchen Bundes erlagen unter der Verpflichtung, für die Geſammtheit jährlich 225 Thaler pro Kopf ihres Heereskontingentes beizutragen; ihren Finanzen drohte gänzliche Zerrüttung. Es ſollten alſo neue Hilfsquellen geſchaffen werden, und zwar durch einen veränderten Zolltarif, der, neben einigen Ermäßigungen, bedeutende Erhöhungen, zumal durch Tabaks- und Petroleumſteuer, brachte — höchſt unpopuläre Abſichten, die beſonders auf die ohnehin armen

[1]) v. Poſchinger, Bismarck und der Bundesrath, II 334.

östlichen und nördlichen Provinzen Preußens schwer lasten mußten.

Auch Forckenbeck erwartete von der ersten Tagung des Zollparlamentes wenig Gutes. „Es trägt," schreibt er am 12. April seinem Freunde Rickert, „viele Elemente der Zersetzung in seinem Schoße, sachliche wie persönliche. So ist zu fürchten, daß es uns in einer vernünftigen nationalen Gestaltung Deutschlands nicht vorwärts sondern rückwärts bringt, und so die Elemente eines zweiten Krieges mehrt, statt mindert." Er selber war entschlossen, den neuen Tarif abzulehnen: „Kommen muß man uns bei dem Geldbedürfniß der kleinen Staaten doch wieder."

Als er wenige Tage vor Eröffnung des Zollparlamentes, am 21. April 1868, in Berlin anlangte, fand er alle seine Befürchtungen übertroffen. Das ewig kreisende parlamentarische Rad — Landtag, Reichstag, Zollparlament — hatte alle Welt ermüdet und verdrießlich gestimmt. Die liberale Mehrheit des Reichstages war über das Unterbleiben jedes politischen und nationalen Fortschritts entrüstet, Bismarck hatte sich ihr ab- und wieder den Konservativen zugewendet, die ihm nunmehr eifrig den Hof machten. Die Reden, die gewechselt wurden, erinnerten häufig an die Konfliktszeit. Der König und sogar der Kronprinz suchten keinerlei Fühlung mit dem Reichstage. Unter solchen Umständen wies Forckenbeck sowohl den ihm abermals, allerdings in sehr unbestimmter Weise, angebotenen Posten als Minister des Innern wie auch die Präsidentschaft oder Vizepräsidentschaft des Zollparlamentes unbedingt zurück.

Dessen Berathungen fielen dann auch rein negativ aus: der vorgeschlagene Zolltarif ward nach mehrwöchentlichen Verhandlungen abgelehnt. Forckenbeck versuchte, wenigstens die nationalen Elemente in Nord und Süd fester aneinander zu schließen, und nach drei langen Konferenzen schien die Sache zu Stande zu kommen: als die Fortschrittspartei ihre bayrischen Anhänger gegen die Nationalliberalen aufreizte und damit die ganze Sache zum Falle brachte[1]).

[1]) Ms. Forckenbeck an seine Frau, 17. Mai 1868.

Indes wenn ein Gedanke einmal in siegreichem Vorwärtsstreben begriffen ist, so muß ihm, selbst gegen den Willen der Betheiligten, alles dienen. Es fand doch zweifellos durch das Zollparlament eine Annäherung zwischen den Vertretern des Nordens und des Südens statt; man lernte sich als Söhne eines Volkes, als Redner einer Sprache kennen. Die Stadt Berlin raffte sich dazu auf — das erste Zeichen ihrer Theilnahme für eine Volksvertretung seit zwei Jahrzehnten — dem deutschen Parlamente ein großes Bankett zu geben. Da herrschte bei reichlichem Genuß von Speise und Trank eine gewaltige Begeisterung, zumal nach einer zündend enthusiastischen Rede Berthold Auerbachs: die leicht zu entflammenden Süddeutschen umarmten und küßten die nördlichen Brüder, wie sie ihnen gerade in die Arme kamen[1]).

Allein die Süddeutschen reisten ab, und die parlamentarischen Arbeiten des Reichstages blieben so unerfreulich wie zuvor.

Forckenbeck, der sich weiteren Konzessionen seitens der nationalliberalen Partei nach Kräften widersetzte, war oben ganz in Ungnade gefallen, ward daher weder zu Hofe noch zu Bismarck geladen. Er und die ehemaligen altpreußischen Fortschrittsleute, wie besonders Lasker, fühlten sich in der nationalliberalen Fraktion des Reichstags immer mehr verlassen.

Günstiger stand es im Landtage, wo es sich nur um innere Angelegenheiten handelte und einem Eulenburg und Mühler gegenüber sämmtliche Liberalen, ja selbst die Freikonservativen in der Bekämpfung solcher Minister vollkommen einig waren. Er ward am 4. November 1868 eröffnet, Forckenbeck fast einstimmig wieder zum Präsidenten erwählt. Bismarck war krank, und diesem Umstande schrieb Forckenbeck die außerordentliche Freundlichkeit zu, die ihm der König und die übrigen Minister zeigten, weil sie ihn unter solchen Umständen nicht entbehren zu können glaubten. Aber zur Enttäuschung vieler, auf seine Erbschaft Lüsterner kam

[1]) B. Auerbach, Briefe an seinen Freund J. Auerbach, I 370.

Bismarck Ende November nach Berlin zurück. Während seiner Muße hatte er sich offenbar wieder mehr von der Nothwendigkeit des Zusammengehens mit den Liberalen überzeugt. Er stimmte dem Antrage des freikonservativen Guerard auf Schutz der Redefreiheit der Abgeordneten zu. Der Antrag wurde mit allen gegen 20 Stimmen angenommen, dann aber im Herrenhause, trotz Bismarcks Befürwortung, verworfen. Dagegen stimmten auch die „Herren" der Aufhebung des konfessionellen Eides für die Juden, sowie des Eheverbotes wegen Ungleichheit des Standes zu: immerhin Fortschritte, wenn auch nebensächliche. Forckenbeck sah sich von Bismarck auf jede Weise ausgezeichnet. Der Kanzler zog ihn wiederholt zu geheimen Berathungen über die wichtigsten Fragen der innern und äußern Politik heran, besonders über die nach alter liberaler Forderung einzubringende neue Kreisordnung. Forckenbeck war fest überzeugt, der Fortschritt würde durch Bismarck ganz anders gefördert werden, wenn ihm nicht der starke persönliche Wille des Königs, der durch und durch konservativ gesinnt war, auf Schritt und Tritt den Weg verlegte.

Forckenbeck unterstützte seinerseits den Ministerpräsidenten, soweit es ihm möglich war. Er selber blieb der alte Freund besonnener Freiheit und geschichtlich begründeten Fortschreitens. Als ihn der Magistrat von Berlin zur Feier des hundertjährigen Geburtstages von Schleiermacher in der Nikolaikirche einlud, folgte er dieser Aufforderung, obwohl Katholik: „Ich habe mich gefreut, durch mein Erscheinen in der Kirche einen Mann, der, wie Schleiermacher, die Religion für das eigenste Innere des Menschen erklärte, der jeden äußeren Zwang bekämpfte, der ein Meister der Toleranz war, auch nach seinem Tode ehren zu können[1])." Gegen das Vorurtheil der allein selig machenden Gymnasialbildung trat Forckenbeck in die Schranken und unterstützte eifrig die Petitionen, die für die Abiturienten der Realschulen erster Ordnung — jetzigen Realgymnasien — das Studium der Heilkunst und Rechtswissenschaft eröffnet sehen wollten. Er und die übrigen Führer der

[1]) Ms. Brief Forckenbecks an seine Frau v. 20. Nov. 1868.

Nationalliberalen, besonders Lasker, setzten dann bei von der Heydt durch, daß der einseitige Vertrag der Regierung mit der Köln-Mindener Eisenbahn, der im Jahre 1866 so viel böses Blut gemacht hatte, nunmehr nachträglich dem Landtage zur Genehmigung vorgelegt wurde, gegen den leidenschaftlichen Widerstand der Konservativen. So gab die Regierung von neuem in einer wichtigen verfassungsrechtlichen Streitfrage — der Veräußerung von Staatseigenthum mit der oder ohne die Genehmigung des Landtages — ihren in der Konfliktszeit mit Heftigkeit behaupteten Standpunkt auf und gestand den früher verhöhnten Liberalen den Sieg zu. (Januar 1869.)

Alles gestaltete sich nach der Rückkehr Bismarcks freundlicher, als Forckenbeck gefürchtet hatte. Der Streit wegen Beseitigung des Defizits im Staatshaushalts-Etat fand eine befriedigende Lösung. Die Angelegenheit der Hilfsrichter am Obertribunal wurde endgiltig im freiheitlichen Sinne erledigt. Die Differenz wegen Entschädigung einiger Standesherren legte Forckenbeck selber bei. Er hatte die Genugthuung, von dem Kronprinzen und dessen hoher Gemahlin mit ausgesuchter Liebenswürdigkeit und Freundlichkeit behandelt zu werden. Aber auch der König zeigte ihm jetzt viele Gnade, und die Prinzen seines Hauses betrachteten ihn geradezu als ihren politischen Vertrauensmann. Seine Briefe an seine Gemahlin geben davon häufig genug Zeugniß. Bismarck berieth ununterbrochen mit Forckenbeck. „Erst jetzt erfahre ich," sagte er lachend, „daß Sie keinen Orden haben, das ist ja ein Unglück." — „Möge man nur nicht," antwortete der Präsident, „auf den Gedanken kommen, dem Unglück abzuhelfen." Bismarck hatte gar kein Hehl, daß er gegenwärtig die Männer der äußersten Rechten als seine eigentlichen Gegner betrachte. Er brachte übrigens schon damals die Wiedererweckung des längst entschlummerten Staatsraths zur Sprache, bei Forckenbeck und bei dem Kronprinzen. Der erstere erklärte sich durchaus gegen diesen Gedanken, und seiner Einwirkung auf den Thronfolger ist es wohl hauptsächlich zuzuschreiben, wenn dieser später lebhafte Opposition gegen des Kanzlers Projekt gemacht hat[1]).

[1]) Ms. Brief Forckenbecks an seine Frau v. 2. Febr. 1869.

Alles das war persönlich recht erfreulich, aber im Grunde kam man nicht voran. „Eulenburg und Mühler bleiben," klagte Forckenbeck am 7. Februar 1869, „und wenn auch einige gute Gesetze beschlossen werden, so geht es doch in der Hauptsache gar nicht weiter. Seit drei Wochen versprach Bismarck, die Vertrauensmänner für die Kreisordnung zu berufen. Bis jetzt ist es nicht geschehen, und so geht es in allen Dingen."

Seine Ungeduld in der letzterwähnten Beziehung wurde immerhin gestillt. In der zweiten Hälfte des Februar nahmen die Sitzungen der Vertrauensmänner für die höchst wichtige Angelegenheit der Selbstverwaltung, zunächst in den Kreisen, ihren Anfang — freilich eine neue Last, diese allabendlichen Vereinigungen im Ministerium des Innern von $7^1/_2$ bis $11^1/_2$ Uhr Nachts, neben den Sitzungen des Abgeordnetenhauses und den Präsidialgeschäften. Selbst Forckenbecks kräftige Natur begann diesen Mühen und den daneben herlaufenden offiziellen „Vergnügungen" zu erliegen. Die Arbeitsschwerfälligkeit seines Lebensabends ist der jahrelangen Ueberanstrengung seines reifern Mannesalters zuzuschreiben.

Denn er schaffte mit Aufgebot aller seiner Kräfte. Er und seine Freunde arbeiteten eine Denkschrift aus, die sie der Regierung übergaben, und in der sie die nothwendige Ergänzung der Kreisordnung forderten durch eine endliche Herstellung der Landgemeinde-Ordnung für die acht alten Provinzen mit Einfügung der Rittergutsbezirke in die Gemeinden — ein Verlangen, das noch durch Dezennien der Verwirklichung harren sollte!

Forckenbeck hatte die Genugthuung, zu sehen, daß derselbe König, den er so hoch stellte, der ihm aber stets wegen der Konfliktszeit einige Zurückhaltung gezeigt hatte, ihm endlich ein volles, fast drückendes Vertrauen bewies. Es handelte sich um die der Stadt Frankfurt zu zahlende Entschädigung, bei der der König sich zu einer größern Summe verpflichtet hielt, als Bismarck ihr gewähren wollte. Hierüber hat der König direkt mit Forckenbeck korrespondirt. Aber das Abgeordnetenhaus wurde von der Regierung geradezu verhindert,

dem Wunſche des Monarchen nachzukommen. Es trat eine förmliche Miniſterkriſe ein, indes endlich drang, wie gewöhnlich wenn er ernſtlich entſchloſſen war, Bismarck mit ſeinem Willen durch. Der Herrſcher ſchenkte dann aus eigenen Mitteln der Stadt Frankfurt eine Million Gulden!

Die Politik iſt wie eine Reiſe voll Entbehrungen und Anſtrengungen. Iſt man damit beſchäftigt, ſo verwünſcht man ſie und verſpricht ſich hoch und theuer, in Zukunft ruhig und behaglich zu Hauſe zu bleiben. Aber kaum iſt man für kurze Zeit mit ihr fertig, ſo fühlt man Sehnſucht nach den Aufregungen und Ueberraſchungen, nach den neuen Eindrücken und der muthigen Selbſtbethätigung in jener Mühſal. So ging es auch Forckenbeck. Zuerſt wollte er beſtimmt dem Abgeordnetenhauſe entſagen; dann ließ er ſich doch wieder zur Annahme ſogar des Präſidentenpoſtens überreden. Dafür wollte er dem Reichstage nur an wenigen entſcheidenden Tagen beiwohnen; und dennoch ſehen wir ihn ſchon ſieben Wochen nach Schluß des Landtages wieder in der norddeutſchen Volksvertretung. Kaum iſt er dann in Berlin, ſo erſchallen ſeine Klagen über die unerträglichen Zuſtände der politiſchen Lage von neuem. Ueberhaupt hatten die Anſtrengungen und ſteten Aufregungen des letzten Jahrzehnts ihn merklich gealtert, ihn ernſter, ja mißmuthig und reizbar geſtimmt, obwohl der Kern ſeines Weſens, ſein Wohlwollen, ſeine Güte und Menſchenfreundlichkeit, davon unberührt blieb. Es ward ihm übrigens eine rechte Herzensfreude in Berlin zu Theil: ſein alter Freund Hoverbeck, den die politiſche Trennung auch innerlich ſeit Jahren von ihm geſchieden hatte, ſchloß ſich aufs neue ihm an mit wieder erwachter Innigkeit.

Alle Liberalen fühlten das Bedürfniß, ſich enger zu verbinden. Es ſtellte ſich allmählich heraus, daß Bismarck wohl gewillt ſei, durch Entgegenkommen in Nebendingen ſich die Unterſtützung der Nationalliberalen zu erkaufen, daß er aber dem Parlamentarismus wirkliche Opfer an Miniſterallmacht nicht zu bringen gedachte. Gerade die Nationalliberalen verlangten ein verantwortliches Reichsminiſterium, dem der Kanzler durchaus widerſtrebte, da er im Bunde der einzige und zwar

unverantwortliche Minister sein wollte. Selbst den wiederholt von Lasker eingebrachten und vom Reichstag angenommenen Antrag auf Schutz der Redefreiheit der Volksvertreter in allen norddeutschen Ländern unterstützte Bismarck im Bundesrathe mit so bezeichnender Lauheit, daß er dort jedesmal durchfiel. Ebenso wurden die Bestrebungen auf Herstellung einer modernen Repräsentativverfassung in Mecklenburg von der preußischen Regierung im Bundesrath zum Scheitern gebracht. Die Mißstimmung war wieder allgemein, selbst unter den Freikonservativen[1]). Um so weniger war der Reichstag geneigt, auf die immense Mehrbelastung des Volkes durch Abgaben einzugehen, wie Bismarck sie verlangte. Der Bundeskanzler forderte schon damals „die Aufbringung des Staatsbedarfs möglichst mittelst indirekter Steuern, da die direkten mit einer gewissen eckigen Brutalität auf den Pflichtigen lasteten." So hatte er ein ganzes „Steuerbouquet" zusammengestellt: Branntwein-, Braumalz-, Wechselstempel-, Börsen-, Quittungs-, Leuchtgas-, Eisenbahnbillets-Steuer — kurz, das gewerbliche Leben und die Getränke sollten schwer bluten. Die Abgaben auf das Leuchtgas und den Bahnverkehr wurden schon im Bundesrathe beseitigt, die übrigen aber dem Reichstage vorgelegt.

Dieser zeigte nicht die mindeste Neigung sie anzunehmen. Er sah sehr wohl, daß Bismarck die indirekten Steuern den direkten weniger aus Fürsorge für die Steuerzahler vorzog, als vielmehr deshalb, weil die indirekten Steuern durch die natürliche Vermehrung der Bevölkerung und ihres Wohlstandes von selbst bedeutend anwachsen und damit die Regierung von den Bewilligungen des Parlamentes ganz unabhängig stellen. Der Finanzminister von der Heydt, der seine Position erschüttert fühlte, suchte Forckenbeck in einer privaten Besprechung umzustimmen. Forckenbeck wies ihn rundweg ab: „es scheine ihm am besten, wenn die Regierung noch jetzt alle Steuervorlagen zurücknehme und die Lage der Finanzen am Schlusse des Jahres abwarte, und dann mit

[1]) H. Robolsky, Der deutsche Reichstag 1867—92 (Berlin 1893), S. 99. — v. Poschinger, Bismarck und der Bundesrath, I 274.

der liberalen Partei ernſtlich ſich zu verſtändigen ſuche, namentlich uns ſolche Rechte gebe, daß wir wenigſtens hinſichtlich einer vorhandenen Steuer jährlich bewilligen könnten!“ Kurz, Forckenbeck forderte jährliche Steuerkontingentirung, was man damals „konſtitutionelle Garantien“ nannte, die eben die von Bismarck beabſichtigte Minderung des parlamentariſchen Einfluſſes verhüten ſollten.

Der Bundeskanzler war durch die Haltung Forckenbecks, die ihm nicht mit Unrecht das Scheitern ſeines Planes vorbedeutete, ſehr erregt Er bat ihn wiederholt zu Konferenzen unter vier Augen zu ſich. Hier ſetzte er ihm auseinander: „Die Lage der preußiſchen Finanzen ſei viel ſchlimmer, als offiziell bekannt geworden; wir ſeien faſt öſterreichiſchen Zuſtänden nahe. Von der Heydt habe ihm niemals die Wahrheit geſagt; erſt durch Umwege und Drohungen habe er ſie erfahren.“ Er bemühte ſich dann, ſeinem Beſucher, deſſen Einfluß ein ſchlechthin entſcheidender ſei, durch vage Zuſage eines Miniſterpoſtens das Verſprechen der Bewilligung abzulocken. Forckenbeck antwortete höflich, aber feſt. Der Bundesrath ſolle dem Reichstage die Steuern gar nicht vorlegen, ſondern dieſe preußiſche Sache müſſe mit dem preußiſchen Landtage verhandelt werden. „Seien die Zuſtände wirklich ſo ſchlecht, ſo müßten wir zwar helfen, nicht aber ohne die Gewährung von Garantien für die Zukunft, das iſt jährliche Bewilligung der Klaſſen- und Einkommenſteuer nach Quoten.“

Um die Bedeutung des Gegenſatzes zwiſchen Bismarcks und Forckenbecks Standpunkt in dieſer Frage zu verſtehen, muß man im Auge behalten, daß bisher der Landtag zwar ein Steuer- und Ausgabe-Bewilligungsrecht, nicht aber das Einnahme-Bewilligungsrecht beſaß. Er votirte die Steuern auf immer, das heißt bis zu ihrer Aufhebung oder Abänderung durch Geſetz; nicht, wie in anderen wirklich parlamentariſch regierten Ländern, nur auf ein Jahr. Dieſes Recht, die Steuern, wenigſtens einen für das Daſein des Staates unentbehrlichen Theil derſelben, alljährlich feſtſtellen zu dürfen und damit die Macht der Volksvertretung zur thatſächlich ausſchlaggebenden zu machen, ſtrebten die Liberalen

zum Entgelt für die Bewilligung großer indirekter Steuern damals an.

Aber gerade dies wollte Bismarck nicht zugestehen. Er versuchte noch, Forckenbeck durch die Einwirkung des Kronprinzen zu gewinnen, er stellte ihm, wenn er nachgebe, den Ministerposten jetzt bestimmt zur Verfügung: nichts verschlug. Seine gleich ihm fest liberal gesinnte Gattin beruhigte Forckenbeck über seine Haltung: „Meine unabhängige Gesinnung behalte ich. Ich glaube, das kannst Du mir schon zutrauen. Dessen kannst Du ganz sicher sein, die Entscheidung fällt für die bescheidene Unabhängigkeit in Elbing aus[1])."

Man dürfte ihm nicht den Vorwurf machen, daß er aus persönlicher Bequemlichkeit die verantwortliche Aufgabe abgelehnt habe, als Minister seine Grundsätze für Land und Bund zu bethätigen. In ein liberales Ministerium wäre er gern als Mitglied eingetreten — für des Kanzlers Absichten die Kastanien aus dem Feuer zu holen, um dann entweder seinen Prinzipien und seiner ganzen Vergangenheit untreu oder bald wieder über Bord geworfen zu werden, dazu konnte ihn die Aussicht auf Würde, Titel und klingenden Lohn nicht verlocken.

Forckenbeck hatte in seinem Widerstande gegen das „Steuerbudget" auch die Gemäßigtesten unter den Nationalliberalen auf seiner Seite. Miquel sprach das lebhafteste Mißtrauen gegen den Finanzminister von der Heydt aus. Bennigsen wandte sich in der Reichstagssitzung vom 22. Mai mit Entrüstung gegen die Offiziösen, die in ihrer Presse die Nationalliberalen revolutionärer Bestrebungen und des Servilismus gegenüber den Radikalen beschuldigten. „Wir unterstützen die deutsche Politik des Bundeskanzlers," sagte der Führer des hannoverschen Nationalliberalismus, „und bekämpfen seine Kollegen in Preußen für die von diesen selbst getroffenen Maßnahmen. Das ist freilich ein uner-

[1]) Diese Vorgänge, die auf die innere Geschichte Preußens und des Norddeutschen Bundes im Jahre 1869 ein so helles Licht werfen, nach den Ms. Briefen Forckenbecks an seine Frau v. 30. April, 5. 9. Mai 1869.

träglicher Zustand, den wir jedoch nicht verschulden. Mit unserer Hilfe will man dem Volke neue Steuern auferlegen, um uns dann im nächsten Jahre bei den Wahlen zu düpiren, als diejenigen, die das Volk aufs neue belastet haben.“ — Welche Verhältnisse, wo selbst ein Bennigsen die Regierung der schlimmsten Illoyalität beschuldigte!

Auf Forckenbecks Antrag beschloß der Reichstag, gegen Delbrücks Widerstand, erst die Steuervorlage und dann die dritte Berathung des Etats für 1870 vorzunehmen, das heißt letztern mit den geringeren Einnahmen in Einklang zu bringen. Am 1. Juni wurden die Steuervorlagen der Regierungen endgiltig verworfen.

Die Krisis schien geradenwegs zu einem Konflikte führen zu müssen. Bismarck war krank vor Aufregung, der Kronprinz verreist, der König mißmuthig und abgeschlossen in Potsdam. Forckenbeck, obwohl von den Machthabern abermals mit Kühle behandelt, trug zur Besänftigung der Mißstimmung nach Möglichkeit bei, indem er durch seine Vermittelung den Entwurf wegen kommunaler Steuerfreiheit des Gehaltes der Offiziere rettete. Er war des politischen Lebens wieder sehr überdrüssig. „Aber fahnenflüchtig darf ich nicht erscheinen.“

Das Zollparlament war für den 3. Juni 1869 zusammenberufen, um abermals den neuen Zolltarif und besonders den vielversprechenden Petroleumzoll und die Zuckersteuer zu berathen. Nur die letztere wurde, gegen den Widerstand der Mehrheit der Nationalliberalen, angenommen, alle übrigen Forderungen der Regierung verworfen.

Bismarck gab die Sache einstweilen auf. Am 30. Juni 1869 ließ er sich von den Geschäften des Ministerpräsidenten dispensiren. Auch die Leitung der Bundesangelegenheiten übertrug er, wenn nicht formell so doch thatsächlich, auf Delbrück, der zum preußischen Staatsminister ernannt wurde. Der Kanzler weilte während der zweiten Hälfte des Jahres zurückgezogen in Varzin.

Daß der Reichstag auch vieles Gute positiv zu Stande gebracht, wie die Gründung eines gesammtdeutschen Ober-

handelsgerichtes in Leipzig und die Aufhebung aller aus dem Religionsbekenntnisse hervorgehenden Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte, wurde damals wenig beachtet. Man fragte sich, ob die vor kurzem noch so verheißungsvolle Entwickelung zur Einigung Deutschlands unter Führung Preußens Bestand haben oder durch die am Berliner Hofe so mächtige Partei des Alten erstickt werden müsse.

Forckenbeck wohnte als Gast den glänzenden Festen bei, die im September 1869 die Stadt Königsberg dem Monarchen gab. Der König zeigte sich ihm wieder sehr gnädig; Forckenbeck war auf seine besondere Veranlassung eingeladen worden. Als Seine Majestät auf der Rückreise auch in Elbing verweilte, grüßte er den Präsidenten wie einen alten Bekannten; der Kronprinz aber reichte unter allen bei seinem Empfange Anwesenden nur diesem die Hand. Bei der Vorstellung der Elbinger Stadtverordneten faßte der König Forckenbecks Rechte und sagte: „Sie haben mir einen gerechten unparteiischen Präsidenten gegeben.“ Wahrlich, ein nicht geringes Lob einem oppositionellen Politiker von solcher Stelle!

Nach den Festen die ernste Arbeit: am 6. Oktober ward der Landtag wieder eröffnet. Die Session mußte Klarheit in die innern Verhältnisse des Staates bringen.

Als Opfer der allgemeinen Mißstimmung fiel von der Heydt, der, weniger reaktionär als Eulenburg und Mühler, doch wegen seiner Versatilität und Unzuverlässigkeit bei allen Parteien und auch bei seinen Kollegen verhaßt war. Der König, der allein ihm wegen seiner früheren Dienste gewogen blieb, wollte ihn aber nur fortschicken, wenn er selber sein Entlassungsgesuch einreiche. Dazu gedachten ihn Roon und Eulenburg durch einen scharfen „Drücker“ zu zwingen; ein politischer Gesinnungsgenosse, der Graf Königsmark, sollte sein Nachfolger werden[1]).

Die Konservativen waren am meisten gegen von der Heydt aufgebracht, da sie seiner Person das Scheitern der

[1]) Roon an Bismarck, 21. Sept. 1869; Kohl, Bismarck-Jahrbuch, IV 90.

Steuervorlagen zur Last legten. Als aber Heydt für Eisenbahnzwecke eine Prämienanleihe von hundert Millionen Thalern forderte, die so eingerichtet war, daß vor allem die Haute-Finance dabei einen tüchtigen Schnitt machen mußte, waren auch die Liberalen entschlossen, diesem Minister nichts mehr zu bewilligen. Heydt reichte nun, am 27. Oktober, thatsächlich seine Entlassung ein. Bismarck schlug als dessen Nachfolger nicht den konservativen Grafen Königsmark vor, sondern den Liberalen Camphausen, den Präsidenten der Seehandlung, einen tüchtigen Geschäftsmann, durch den er zugleich die Nationalliberalen zu gewinnen hoffte. Der König und die andern Minister scheuten freilich den Liberalismus Camphausens; der Herrscher erhob neue Schwierigkeiten, bis Camphausen ihm schließlich zu versprechen sich genöthigt sah, er persönlich „werde der liberalen Partei keine Zugeständnisse machen". Immerhin war der Linken diese Ernennung eines aufrichtig konstitutionell gesinnten Ministers sehr erwünscht.

Allmählich klärte sich die Lage, zum Vortheile der Liberalen, ohne deren Mitwirken eben das Werk der Einigung Deutschlands unmöglich war. Forckenbeck hatte die Genugthuung, als Beginn zur Fortentwickelung der von ihm stets gewünschten und begehrten Selbstverwaltung in Preußen die Kreisordnung dem Landtage vorgelegt zu sehen. Allein er ließ sich auch hier nicht vom Scheine blenden; mit dem durchdringenden politischen Scharfblick, der ihm eigen war, erkannte er die Gefahr, daß Selbstverwaltung in den vorwiegend ländlichen Provinzen des Ostens soviel heißen werde, als Verstärkung des junkerlichen Einflusses. „In dem Entwurf," schreibt er schon am 8. Oktober 1869 seiner Gattin, „wird die Bureaukratie wesentlich geschädigt. Es wird ihr, wie noch nie zuvor, eine große Masse von Macht genommen. Aber wer soll der Erbe werden, das Volk in allen berechtigten Theilen oder die Aristokratie, der große Grundbesitz? Was ist besser, Bureaukratie oder Aristokratie? Wird es uns gelingen, das Gute im Entwurf zu nehmen, die großen Gefahren desselben zu beseitigen? Und doch

hängt für Deutschlands Zukunft vieles, alles davon ab, daß wir das Unwesen in den östlichen Provinzen Preußens endlich beseitigen." Es ist bekanntlich nicht gelungen. Forckenbeck sah dies bei der Berathung des Entwurfes im Abgeordnetenhause vorher, da „man sich auf der liberalen Seite mehr von abstrakten Prinzipien als von realen Verhältnissen leiten ließ."

Indes sonst konnte Forckenbeck befriedigt sein. Kaum war Bismarck im Dezember 1869 nach Berlin zurückgekehrt, so beschied er den Präsidenten zu sich. In dreistündiger Unterredung setzte er ihm die Lage und seine Absichten in offenster und eingehendster Weise auseinander. Forckenbeck gewann die Ueberzeugung, „daß Bismarck nunmehr vor allen Dingen national unitarisch deutsch ist. Das ist ein großer Gewinn. Zweitens, daß er vermöge dieser Grundgesinnung gegenüber den inneren preußischen Dingen immer objektiver wird; er ist nicht mehr Junker der alten Art. Drittens, er fängt an, mit Milde alle Standpunkte zu betrachten und aus ihnen das Richtige für das jeweilige Staatsinteresse zu erkennen[1])." Wiederholte Konferenzen zwischen beiden Männern bestärkten ihr Zusammenwirken zum Heile des Vaterlandes. In diesen für die Zukunft so wichtigen Jahren hat neben dem Herrscher und dem Kanzler niemand einen solchen Einfluß auf die Gestaltung der preußischen und deutschen Verhältnisse geübt wie Forckenbeck.

Alles ging rüstig voran. Der Antrag Miquels und Laskers, die Kompetenz des Norddeutschen Bundes auf das gesammte bürgerliche Recht auszudehnen, fand die Zustimmung der Fortschrittspartei, der Freikonservativen und auch der preußischen Regierung — es war die Genesis des neuen deutschen bürgerlichen Gesetzbuches. Ebenso nahm der Finanzminister den Beschluß des Abgeordnetenhauses an, die für die Freiheit des Verkehrs und für die minder bemittelten Bevölkerungsschichten so lästige Mahl- und Schlachtsteuer der Städte aufzuheben und durch eine Vermögenssteuer zu ersetzen.

---

[1]) Ms. Brief F.'s an seine Gattin vom 8. Dez. 1869.

So begann das große Jahr 1870, dessen gewaltige Ereignisse freilich niemand vorher ahnte.

Am 12. Februar wurde der Landtag vertagt. Forckenbeck hatte die schwerste Session seiner Präsidentschaft hinter sich; niemals waren die Vorlagen so zahlreich und so verwickelt gewesen. Fast während jedes Tages in den vier Monaten war Sitzung, die bisweilen acht volle Stunden gedauert hatte, immer unter Forckenbecks eigenem Präsidium. Am meisten Kopfzerbrechen hatte ihm die Kreisordnung gemacht, wegen ihrer inneren Bedeutung und wegen ihrer Komplizirtheit. Es mußten manchmal von ihm zugleich zwanzig Fragen gestellt und richtig geordnet werden; das leichteste Versehen dabei konnte und mußte unheilbare Verwirrung hervorrufen. Die Debatten waren zum Theil sehr stürmisch, und Forckenbeck hatte häufige Ordnungsrufe nach rechts und links zu ertheilen; er verfuhr aber mit sehr vielem Takte und großer Unparteilichkeit, so daß sein Verfahren allseitig Billigung fand. Einmal stieß er auch mit Roon zusammen in der heiklen Frage der Grenzen der Präsidialmacht den Ministern gegenüber. Es kam jedoch dabei nicht zur Wiederholung der bekannten Szene mit Bockum-Dolffs. „Ich sagte mir im Augenblicke," schreibt er am 27. November 1869, „als ich einschritt, daß ich das ganze Haus in die Luft sprengen könne, ging daher im Tone sehr ruhig zu Werke. Der Kriegsminister gab nach, und so war die Gefahr vorbei."

Je schwerer die noch durch die beständigen Anforderungen der offiziellen Repräsentation erhöhten Anstrengungen waren, um so schmerzlicher vermißte er den Trost und die Erfrischung des Familienlebens. War er doch verhindert, die heißgeliebte Gattin auf einer Reise nach Italien zu begleiten, die sie zur Erholung von Erschöpfung und körperlicher Schwäche unternehmen mußte. Die Länge und Weite der Trennung bedrückte ihn sehr; er hing ja mit allen Fibern seines Herzens an seiner Gemahlin. „Zuvörderst sei überzeugt," schreibt er ihr am 17. Januar 1870, „meine geliebte Marie, daß ich Dir wegen des vergessenen Geburtstagswunsches nicht im mindesten

böſe bin. Ich bin der unendlichen Liebe meiner Frau gewiß, und in dieſem Bewußtſein liegt mein Glück und mein feſter Anker im Leben. Je mehr ſich die Aufregungen und Zerſtreuungen neben der Arbeit hier häufen, deſto mehr werde ich mir deſſen bewußt, und deſto unerträglicher wird mir die ſo häufige und lange Trennung.“ Er beſchloß von neuem, das Landtags-Mandat für die Zukunft abzulehnen, nur noch im Reichstage thätig zu ſein. „Eine (Miniſter-) Stellung von der gegenwärtigen Regierung kann und werde ich nicht annehmen. Ich werde daher in Elbing bleiben.“

Indeſſen ſeine unermüdliche und aufreibende Beſchäftigung im öffentlichen Dienſte brachte ihm doch auch ehrende und erfreuende Anerkennung. Nach der mühevollen Seſſion 1869/70, der letzten dieſes Landtages, vereinigten ſich alle Parteien des Hauſes zum Geſchenke eines Andenkens an den verehrten Präſidenten, dem es von einer Deputation überreicht wurde, an der ſelbſt die von ihm häufig zur Ordnung gerufenen Polen und Ultramontanen theilnahmen. Die Gabe beſtand aus einem prächtigen maſſiv ſilbernen Theeſervice mit Tablett, auf dem zu leſen ſtand:

„Dem bewährten Präſidenten des Abgeordnetenhauſes, Herrn Max von Forckenbeck, zur freundlichen Erinnerung an die zehnte Legislaturperiode.“

Forckenbeck war tief ergriffen, zumal über den perſönlich gemüthlichen Charakter der Auszeichnung. Und woran dachte er zuerſt bei deren Entgegennahme? „Die Abgeordneten haben gewußt, daß ich eine Frau habe, die ich heiß liebe, und das Theeſervice hat auch ihr Vergnügen machen ſollen.“ — Giebt es einen rührenderen Charakterzug für dieſen ſeltenen Mann, dieſen echten Deutſchen in der ſchönſten Bedeutung des viel mißbrauchten Wortes?

In dieſem Winter hat auch Forckenbeck mit Eduard Lasker die innige Freundſchaft geſchloſſen, der Beide bis an Laskers Lebensende treu blieben. Man kann ſich kaum etwas Verſchiedeneres im Weſen und in der Geiſtesrichtung denken, als dieſe beiden Männer. Der eine, der hünenhafte Weſtfale mit dem kühlen Urtheil, dem praktiſchen Blicke, dem bei

aller Offenheit doch klugen und vorsichtigen Charakter, als Redner Mann der Thatsachen. Der andere, der kleine und schmächtige Sohn einer posenschen Judenfamilie, voll lodernden Idealismus, stets geneigt, alle Dinge vom Standpunkte der Theorien und Prinzipien aus zu beurtheilen, ein scharfer aber zugleich schwungvoller Redner. Aber was sie einte, war die strenge und unerbittliche Rechtlichkeit, die reine Begeisterung für Vaterland und Freiheit, der Sinn für historische Größe und für die nationale Monarchie.

Bei dem Schlusse der zehnten Legislaturperiode des preußischen Landtages und im Angesichte der großen Aufgaben der Zeit empfand die nationalliberale Partei das Bedürfniß, sich vor den eigenen Genossen und dem Volke enger zu konsolidiren. Sie berief auf den 5. Februar 1870 eine Versammlung von Vertrauensmännern aus ganz Norddeutschland nach Berlin ein.

Forckenbeck fand die Zeit, auch für diese Versammlung thätig zu sein und für deren zahlreichen Besuch zu arbeiten. Er schrieb ihr eine große Bedeutung zu. Eine feste Mehrheit besonnener aber unentwegt liberaler Männer konnte und mußte unter den schwankenden Verhältnissen das Werk des innern Ausbaus der preußischen Zustände und der Einigung ganz Deutschlands fördern. Eine konservative Majorität in Land- und Reichstag oder auch eine Auflösung der Liberalen durch Radikale und Sozialdemokraten hätte die ganze Zukunft unheilbar verderben müssen[1]).

Die Versammlung organisirte die Partei in einem weitern Ausschusse und einem engern Vorstande. Letzterer setzte sich aus zehn Berliner Mitgliedern — darunter Lasker, von Unruh, Braun, Miquel, von Bunsen — und sechs Auswärtigen zusammen, zu denen Forckenbeck und Bennigsen gehörten.

Ganz im Sinne Forckenbecks mahnte der nationalliberale Aufruf zur Eintracht der Liberalen gegen alle konservativen oder reaktionären Strömungen. „Wir dürfen darauf rechnen, daß der Ernst der Zeiten unfruchtbare Streitigkeiten unter-

[1]) Schreiben Forckenbecks an Rickert v. 29. Jan. 1870.

drücken, minder wichtige Gesichtspunkte zurückdrängen und alle diejenigen Schattirungen der liberalen Partei, welche mit gleichem Eifer der nationalen Gestaltung Deutschlands ergeben sind, zu gemeinsamem Wirken vereinigen wird."

Dem Reichstag, dessen Eröffnung sich unmittelbar an den Schluß des Landtags knüpfte, war eine große nationale Aufgabe vorbehalten: der Beschluß über ein allgemeines deutsches Strafgesetzbuch. Und hier war es, wo der seit fünf Jahren währende Kampf um die Redefreiheit der Abgeordneten endlich durch den von Lasker, Twesten und Hoverbeck beantragten Zusatz zu § 94 beendet wurde, der lautete: „Kein Mitglied eines Landtages oder einer Kammer eines zum Norddeutschen Bunde gehörigen Staates darf außerhalb der Versammlung, zu welcher das Mitglied gehört, wegen seiner Abstimmung oder wegen einer in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerung zur Rechenschaft gezogen werden." Der ganze Reichstag, bis auf einige Konservative, nahm den Antrag an, der Justizminister Leonhardt stimmte ihm zu. Es war ein großer Sieg des liberalen Gedankens, zugleich ein Sieg des Rechtes über Gewalt und Servilität. Ebenso war im Frühjahr 1869 im Reichstage und einige Monate später im preußischen Landtage, nach langem Sträuben der Regierung, die Befreiung der zu Abgeordneten gewählten Beamten von der Tragung der Kosten ihrer Stellvertretung durchgesetzt worden. Damit hatte die liberale Partei mit unermüdlicher Ausdauer die wichtigsten Einschränkungen des parlamentarischen Lebens beseitigt. Nur die Bewilligung von Diäten für Mitglieder des Reichstages war damals und ist heute noch nicht erreicht. Wohl aber Gewerbefreiheit, Koalitionsfreiheit, Freizügigkeit, Gleichberechtigung der Religionsbekenntnisse auf staatsbürgerlichem Gebiete. Man sieht, welche Partei schließlich, trotz einzelner Mißerfolge, als Siegerin aus dem langjährigen Ringen hervorgegangen ist. Forckenbeck hat dazu sein Theil beigetragen durch große Opfer seiner liebsten Neigungen und wichtigsten Interessen, durch stetes Einsetzen seiner ehrenhaften, einsichtigen, festen Persönlichkeit.

Die Theilnahme des großen Publikums an der Berathung des Strafgesetzbuches wurde hauptsächlich durch die Abschaffung der Todesstrafe erregt, wie der Reichstag sie bei der zweiten Lesung beantragt hatte, die Bundesregierungen aber sie bekämpften. Man suchte wieder Forckenbeck, der erst Ende April nach Berlin kam, auch in dieser Frage für einen Kompromiß zu gewinnen, doch er lehnte ab: es sei diese Angelegenheit zu sehr Gewissenssache.

Die Verhandlungen wurden durch Eröffnung des Zollparlamentes, am 21. April, unterbrochen. Forckenbeck übte hier als Führer der Freihandelspartei einen sehr großen Einfluß. Es gelang ihm, Abänderungen im Zolltarif durchzuführen, die freilich der Regierung keinen Pfennig Mehreinnahmen schafften, wohl aber die Besteuerung unentbehrlicher Nahrungsmittel sowie des für die östlichen Provinzen nothwendigen fremden Eisens herabsetzten oder aufhoben und dagegen für Luxusgenüsse erhöhten. Das Werk glückte ziemlich schnell, und am 7. Mai konnte das Zollparlament wieder geschlossen werden. Es war dessen b e s t e Session, zugleich die erste, wo etwas Positives erreicht worden war.

Im letzten Drittel des Mai fand dann die dritte, entscheidende Berathung des Strafgesetzbuchs statt. Der Bundesrath hatte alle vom Reichstage getroffenen Abänderungen angenommen, mit Ausnahme der Abschaffung sowohl der Todesstrafe als auch des besondern Staatsgerichtshofes für Hochverrathsprozesse, obwohl dieser erst 1853 durch die preußische Landrathskammer, und auch nur mit 117 gegen 116 Stimmen, eingeführt worden war. Bismarck forderte hier Nachgiebigkeit „als Opfer für die deutsche Einheit". Forckenbeck, Lasker und die meisten Nationalliberalen blieben dennoch fest und wollten lieber das ganze Werk auf das nächste Jahr verschoben sehen. Indes 17 Nationalliberale aus den neuen Provinzen und 7 Altliberale fielen bei der entscheidenden Abstimmung um, und so wurde die Beibehaltung des Staatsgerichtshofes sowie der — in einigen Bundesländern schon früher abgeschafften — Todesstrafe mit geringer Mehrheit wieder eingefügt. Am 25. Mai ward dann das ganze Strafgesetzbuch mit großer Majorität angenommen.

Immerhin war ein, trotz einzelner Ausstellungen, bedeutsamer Schritt zur Einigung weiter gethan. Ueberhaupt hatte in dieser Session besseres Einvernehmen zwischen Bundesrath und Reichstag geherrscht. Ersterer trat allen Anträgen des letztern bei, dieser verwarf nur das ungenügende Gesetz wegen Schutzes der Werke der bildenden Künste und das Rayongesetz. Am 26. Mai ward er geschlossen.

Es war die letzte Sitzung der Vertretung Norddeutschlands. Aus dem blutigen Morgenroth des Riesenkampfes mit Frankreich sollte die Einheit ganz Deutschlands, das gesammtdeutsche Parlament am Himmel der Nation aufgehen.

XIV.

Verwirklichung des Einheitstraumes.

Das französische Volk hatte längst die Siege Preußens, die Ausdehnung von dessen Macht und die zunehmende Einigung des seit vielen Jahrhunderten zerrissenen Deutschland als eine nationale Beleidigung empfunden. Es fühlte sich gekränkt, daß alle diese Erfolge ohne die Einwilligung Frankreichs erlangt waren, daß man dessen Zustimmung nicht durch Landabtretungen erkauft hatte, daß sich auf der andern Seite der Vogesen ein gleichberechtigter Großstaat zu erheben drohte. Die französische Regierung vollends glaubte sich von Bismarck hintergangen und war entschlossen, sich nicht weiter düpiren zu lassen. Die von den Spaniern selbst hervorgerufene Kandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern auf den spanischen Thron erschien ihr demgemäß als eine neue, gegen Frankreich gerichtete Intrigue Bismarcks, und ohne Ueberlegung, ohne Beobachtung der gebräuchlichsten internationalen Formen appellirte sie an den Chauvinismus des französischen Volkes, das gerade in seinen gebildeten und maßgebenden Schichten mit Begeisterung und Siegeszuversicht den Krieg gegen die gehaßten Prussiens forderte und dessen Ankündigung begrüßte.

Die preußische Regierung, das preußische und deutsche Volk wurden von dieser Kriegserklärung durchaus überrascht. Aber zum großen Erstaunen der Franzosen erhob sich vom Bodensee bis zum Niemen die ganze Nation in einmüthiger Begeisterung zur Vertheidigung ihrer Ehre und Unabhängigkeit unter der Führung des greisen Heldenkönigs Wilhelm.

Zum Kriege bedurfte die preußische Regierung der Geldmittel, und so wurde der Reichstag plötzlich zum 19. Juli einberufen. Tiefbewegt schaarte sich die in seltener Vollzähligkeit vereinte Volksvertretung — selbst von der unmittelbar bedrohten Grenze waren die Mitglieder herbeigeeilt — um den verehrten Monarchen. Eine schwungvolle Adresse, an der auch Forckenbeck mitarbeitete, gab dem Entschlusse des ganzen deutschen Volkes, mit dem letzten Blutstropfen für das große Vaterland einzustehen, Ausdruck und wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen; ebenso einstimmig die geforderte Anleihe von 120 Millionen Thaler.

Das Blut Angehöriger aller deutschen Stämme, das bei den ersten Siegen so reichlich floß, kittete Nord und Süd unseres Vaterlandes unauflöslich zusammen. Zugleich erweckte die Besetzung des Elsaß und Lothringens die Hoffnung, diese so lange dem Reiche entrissenen Provinzen ihm wieder erwerben zu können. Die Berliner Mitglieder des Vorstandes der nationalliberalen Partei beschlossen auf Laskers Betreiben, einige Männer dieses Vorstandes zu den Süddeutschen zu entsenden, um mit ihnen gemeinsam eine große Bewegung zur Einverleibung Elsaß-Lothringens in das Werk zu setzen. Forckenbeck, dessen Ansehen in ganz Deutschland ein so großes war, wurde zur Betheiligung an dieser Agitationsreise aufgefordert.

Inmitten der allgemeinen Begeisterung hatte Forckenbeck das kühl abwägende Urtheil nicht verloren. So innig ihn die deutschen Siege befriedigten und erfreuten, so sehr fürchtete er doch andererseits aus ihnen eine Erstarkung der gouvernementalen, militaristischen und konservativen Richtung. Das war schon 1866 eingetreten, wie sollte es nicht um so mehr nach den viel volksthümlicheren Siegen gegen den Erbfeind geschehen? Würde nicht der Militarismus auf der einen, die gewaltige Persönlichkeit Bismarcks auf der andern Seite alles überschatten und zurückdrängen? Was er die vielen Jahre hindurch in Berlin gesehen und selber durchgekämpft hatte, konnte solche Befürchtungen in ihm nur bestärken. Der unabhängige Liberalismus, schrieb er am 20. August 1870 an

Lasker[1]), geht schweren Zeiten entgegen und wird große Mühe haben, seinen Einfluß zu behaupten. „Er wird sehr besonnen, sehr vorsichtig, vor allen Dingen sehr einig sein müssen und disziplinirt in der Einheit.“ In allzu großer Vorsicht bezweifelte er selbst das Angemessene der Vereinigung der so ganz anders gearteten Provinzen Elsaß-Lothringen mit Deutschland und bekämpfte das unbedingte Verlangen nach solcher Einverleibung. Für viel wichtiger hielt er die Herstellung eines gesammtdeutschen Bundesstaates, und zu diesem Zwecke verhieß er, sobald er eine Vertretung in seinen Geschäften als Anwalt und Notar gefunden, seine persönliche Mitwirkung.

Unmittelbar nach dem den Krieg eigentlich entscheidenden Siege von Sedan, also im Beginn des Monats September, beschloß der Vorstand der nationalliberalen Partei, die Reise nach dem Süden ins Werk zu setzen, und zwar nach dem Rathe Forckenbecks, nicht zur Betreibung der Annexion Elsaß-Lothringens — die ohnehin gesichert schien — sondern namentlich zur Stärkung der Einheitsbewegung in Süddeutschland; die süddeutschen Freunde hatten noch besonders dazu aufgefordert. Forckenbeck, Unruh, Bennigsen sollten Lasker begleiten. Unruh lehnte als durchaus verhindert ab; Forckenbeck war sofort wieder auf der Bresche, trotz der großen Schwierigkeit, sich unmittelbar nach dem Ende der Gerichtsferien einen Stellvertreter zu schaffen. Der Präsident des Bundeskanzleramtes, Minister Delbrück, wurde von dem Zwecke der Reise unterrichtet. Lasker und Bennigsen fuhren am 6. September nach München.

Eine Woche später vermochte auch Forckenbeck abzukommen und traf die Freunde in Stuttgart. Am 18. begaben sie sich nach Karlsruhe. Ueberall verhandelten sie mit den Ministern und den leitenden Politikern. In Baden fanden sie Fürsten, Regierung und Volk zu jedem Opfer für die nationale Einheit bereit. In Württemberg waren der führende Minister Mittnacht und die gesammte Regierung wohlgesinnt, fürchteten aber von dem Könige Schwierigkeiten für

[1]) Aus Ed. Laskers Nachlaß; Deutsche Revue, XVII (1892), II 60.

das Einigungswerk. Von Baiern hatten Lasker und Bennigsen weniger Günstiges zu berichten. Das Volk war zwischen dem von den Kriegsereignissen angefachten alldeutschen Patriotismus und dem altüberlieferten zähen bairischen Sondergefühl getheilt und unentschieden, das Ministerium aber wenig wohlwollend, den Ereignissen nur widerwillig folgend. Forckenbeck bewog deshalb seine Freunde, nicht noch einmal nach München zu gehen, damit man nicht in die mühsamen Verhandlungen Delbrücks mit den bairischen Ministern störend eingreife.

Nach Berlin zurückgekehrt, theilten die drei Herren ihre Erfahrungen den Kollegen im Vorstande der nationalliberalen Partei, sowie den gleichfalls zur Konferenz berufenen Führern der Konservativen von Blanckenburg und Wagener mit und beriethen über die zukünftige Gestaltung der deutschen Verhältnisse. Sie konnten zu ihrer Freude feststellen, daß Bismarck in Betreff des Anschlusses Süddeutschlands die gleichen Wünsche hege, wie sie selber. Ueberraschender Weise zeigten sich die Konservativen viel unitarischer, als die Nationalliberalen: während diese überhaupt nur eine irgendwelche Organisation des Bundes wünschten, forderten die Konservativen ein Staatenhaus (Oberhaus) und sogar ein verantwortliches Reichsministerium [1]).

Der eigentliche Veranlasser und Führer dieser Verhandlungen war Eduard Lasker. Sie haben für das Zustandekommen der deutschen Einigung eine viel größere Wirkung geübt, als man nach der offiziellen Geschichtschreibung ahnen sollte, die nur die diplomatische Thätigkeit Bismarcks und seiner hohen Beamten beachtet. Es ist sehr zweifelhaft, ob ohne den Druck, den die nationalliberalen Führer in Württemberg und Baiern übten, ohne die zielbewußte unitarische Bewegung, die sie in diesen Ländern erst aus unklaren Gefühlen organisirten, die beiden großen süddeutschen Staaten

[1]) Dies alles und das unmittelbar Folgende, abgesehen von einigen Ms.-Briefen Forckenbecks an seine Gattin, nach „Ed. Laskers Nachlaß", a. a. O., II. III. IV. — Vgl. noch v. Blanckenburg an Roon, 24. Sept. 1870; v. Roon, Denkwürdigkeiten, II 483.

überhaupt zum Eintritt in den Bundesstaat zu haben gewesen wären. Die zwei Monate später abgeschlossenen Verträge fußen durchaus auf den Gesichtspunkten und Verabredungen, wie die nationalliberalen Abgeordneten sie geltend gemacht hatten. Den künftigen Historikern dieses wichtigen Abschnittes deutscher Geschichte ist das genaue Studium der einschlagenden Aktenstücke dringend zu empfehlen.

Forckenbeck wurde durch diese Vorgänge auch nach seiner Rückkehr höchlichst beschäftigt. Er stand darüber mit Lasker in fortlaufendem Briefwechsel, und der geistreiche Freund befolgte in der Regel seine klaren und zutreffenden Rathschläge.

Am 19. Oktober trafen Bevollmächtigte der vier süddeutschen Staaten in Versailles ein, um dort mit Bismarck, Delbrück, Roon und dem sächsischen Minister von Friesen zu verhandeln. Delbrück hatte Lasker aufgefordert, ihm eingehende Vorschläge über die möglichen und wünschenswerthen Abänderungen der norddeutschen Verfassung für die allgemein deutsche zu machen. Bennigsen, Dr. Friedenthal und von Blankenburg aber wurden, als Vertreter der Nationalliberalen, Freikonservativen und Konservativen, zur Berathung in das große Hauptquartier berufen. Indes Baiern und in Folge dessen auch der König von Württemberg — nicht seine Regierung — erhoben große Schwierigkeiten. Am 15. November unterzeichneten nur erst Baden und Hessen den endgültigen Bundesvertrag.

Inzwischen fanden am 9. November die Urwahlen, am 16. die Abgeordnetenwahlen zum preußischen Landtage statt. Sie fielen nicht so reaktionär aus, wie Forckenbeck gefürchtet hatte. Die Konservativen schmolzen von 127 auf 116, die Freikonservativen gar von 61 auf 35 zusammen. Auch die Altliberalen hatten anstatt 22, nur noch 8 Mitglieder. Das linke Zentrum war verschwunden, dagegen vermehrten sich die Nationalliberalen von 101 auf 123, der Fortschritt von 48 auf 50. Das Charakteristische dieser Wahl war das ungeheure Anwachsen des klerikalen „Zentrums“ von 16 auf 59 Abgeordnete, denen sich die 19 Polen beigesellten. Seitdem ist die unglückliche Dreitheilung der preußischen und deutschen Volks-

vertretung entstanden, die jede feste parlamentarische Mehrheit und damit jede wahrhaft parlamentarische Regierung, ja jede Regierung nach bestimmten Grundsätzen unmöglich macht. Freilich trug dazu das Verhalten vieler nationalliberaler Wähler bei, die, im Gegensatze zu den Mahnungen der Parteileitung zur Einigkeit aller Liberalen, ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Fortschrittspartei sahen.

Forckenbeck hatte die Genugthuung, dieses Mal von seinem heimathlichen Wahlkreise Elbing-Marienburg in das Abgeordnetenhaus gewählt zu werden. Seine feste und wohl überlegte, dabei so durchaus uneigennützige politische Haltung hatte endlich auch in Elbing, wo gerade er bisher der meisten Anfeindung begegnet war, die volle Anerkennung gefunden. Er war auch in Breslau gegen den Demokraten Ziegler gewählt worden, nahm aber für Elbing an[1]).

Der Reichstag wurde auf den 24. November einberufen, zur Gewährung einer neuen Kriegsanleihe von hundert Millionen Thaler — die sofort mit allen Stimmen gegen die vier der Sozialdemokraten angenommen ward — sowie zur Genehmigung der Verträge mit den süddeutschen Staaten und damit der gesammtdeutschen Verfassung.

Für den Tag vor der Eröffnung des Reichstags hatte Lasker eine Versammlung der nationalliberalen Führer einberufen, um über die Sachlage zu berathen. Er fürchtete, wie er an Forckenbeck schrieb, das Dilemma, „daß entweder nichts zu Stande kommt oder die norddeutsche Regierung zu weitgehenden Konzessionen sich versteht.“ Aber wie der ältere Freund war er gewillt, alle anderen Rücksichten zunächst dem Zustandekommen eines gesammtdeutschen Bundesstaates zu opfern, Besserung im Einzelnen von dem unwiderstehlichen Zuge der Zeit erwartend.

Freilich wurden alle Freunde einer wahren Einheit und Freiheit Deutschlands auf eine harte Probe gestellt. Der am 23. November nach unsäglichen Mühen unterzeichnete Vertrag mit Bayern enthielt an dieses die schwerwiegendsten

[1]) J. Stein, Gesch. Breslaus im 19. Jahrhundert (Breslau 1884), S. 645.

partikulariſtiſchen Zugeſtändniſſe, und von einer organiſchen Weiterentwickelung der Verfaſſung, wie die Nationalliberalen ſie ſtets von dem Uebergange des norddeutſchen zum geſammtdeutſchen Bundesſtaate erhofft hatten, war gar nicht die Rede. Selbſt auf die Mitglieder des Bundesrathes brachten die Verträge einen durchaus deprimirenden Eindruck hervor, da man ſich auf ſo gewaltige Konzeſſionen an Bayern nicht gefaßt gemacht hatte. Am 28. November wurden die Verträge mit den ſüddeutſchen Staaten dem Bundesrathe mitgetheilt, und ſchon am 1. Dezember mußte er darüber abſtimmen, und zwar mit „ja" oder „nein"; alle Amendements wurden für unzuläſſig erklärt. Das berührte ſehr peinlich. Die Mitglieder des Bundesrathes drückten dieſes Gefühl auch im Votum aus, ſtimmten aber doch zu, da niemand die Verantwortung für Verwerfung der immerhin Deutſchlands Einheit begründenden Abmachungen tragen wollte.

Forckenbeck war ebenfalls von deren Inhalt auf das ſchmerzlichſte berührt. Er ſetzte ſeinen Standpunkt gegenüber der neuen Geſtaltung der Dinge ſeiner Gattin, gleichſam ſeinem eigenen Gewiſſen, auseinander[1]):

„Richtig iſt es, daß man die Wege gegangen iſt, die wir im September in Süddeutſchland ebneten. Es iſt ferner wunderbar, daß man unter den Regierungen faſt nur die Punkte behandelt und erörtert hat, die wir damals als hervortretend bezeichneten. Neue Gedanken ſind dabei unter den Regierenden nicht hervorgetreten. Aber die Löſung der Punkte iſt vielfach nicht nach unſeren Wünſchen und Abſichten erfolgt.

Wenn die deutſchen Fürſten nach dem neuen Entwurf über Krieg und Frieden im Bundesrathe mitreden können (im Nordbunde war das allein Sache des Königs von Preußen), wenn ſie das Recht Geſandte zu halten bewahren, wenn das militäriſche Exekutionsrecht des Bundesfeldherrn fortfällt, wenn die militäriſche Einheit durch Vorrechte, die Bayern und Württemberg durch Spezialkonventionen eingeräumt werden, durchlöchert wird, wenn endlich gar Bayern die Feſtſtellung des Militärbudgets in ſeinen Kammern, wenn auch mit gewiſſen Beſchränkungen, überlaſſen iſt: ſo giebt das zuſammen ein ſo gefährliches Loch in der neuen Einheit, daß dieſelbe ſchon in den nächſten Jahren wieder gefährdet ſein kann.

Dazu kommt, daß auch die neue Verfaſſung nur auf den Leib

[1]) Ms. Brief vom 28. Nov. 1870.

von Bismarck zugeschnitten ist. Wer soll, wenn er mal nicht mehr da ist, diese kolossalen Verhältnisse als Bundeskanzler beherrschen? Das kann kein einzelner Mensch, dazu gehört ein Verein von Männern, ein Ministerium. Das fehlt in der Verfassung, und wenigstens die Möglichkeit eines solchen muß gewährt werden."

Allein dieses „Muß" stellte sich als unthunlich heraus. Sämmtliche Minister betonten, in erregten Verhandlungen mit den Parteiführern und ganz besonders mit dem einflußreichsten von ihnen, Forckenbeck, daß an eine Abänderung der geschlossenen Verträge nicht zu denken sei — wie dies auch den thatsächlichen Verhältnissen entsprach. Die süddeutschen Freunde bestürmten Forckenbeck wie Lasker und Bennigsen mit Bitten, die Verträge anzunehmen, da Besseres auf lange hinaus nicht zu haben sei. Dazu kam, daß die Verhandlungen bereits eröffnet waren, die die Annahme der deutschen Kaiserkrone durch König Wilhelm I. zum Ziele hatten. Da gab es keine Möglichkeit des Zögerns. Am 9. Dezember 1870 billigte der Reichstag mit 195 gegen 32 die mit den süddeutschen Staaten vereinbarte Verfassung Gesammt-Deutschlands. Er durfte schon den Namen „Deutsches Reich" und den Titel „Deutscher Kaiser" hinzufügen.

So war der seit Jahrhunderten gehegte Traum, der heißeste Wunsch der Besten unter den Deutschen verwirklicht: es gab ein fest zusammengefügtes deutsches Reich. Nicht um das mystische, zerfahrene, zu innerer Reformarbeit wie zu äußerer Machtentwickelung gleich unfähige, alte „römische Reich deutscher Nation" handelte es sich, sondern um einen wirklich geeinten und in jeder Beziehung zur nationalen Entwickelung geeigneten Bundesstaat, wie er seit dem Zeitalter der Ottonen und der fränkischen Kaiser nicht mehr existirt hatte. Freilich war nicht alles so ausgefallen, wie die begeisterten Freunde und Kämpfer es sich gedacht und gewünscht hatten. Das Gefüge des österreichischen Staates hatte sich allzu fest erwiesen, um dem trefflichen echt deutschen Stamm, der in dessen Gauen lebt, den Zutritt zu Gesammtdeutschland zu ermöglichen. Die als nothwendig erachteten freiheitlichen Einrichtungen waren größtentheils unterblieben. Die stramme Einheit war durch die Zugeständnisse an

Bayern und Württemberg wenigstens in der Theorie geschädigt. Allein die Hauptsache war doch erreicht; die 1849 so traurig gescheiterten rein volksthümlichen Bestrebungen auf Gründung eines deutschen Kaiserthums waren durch einmüthige Zustimmung der Fürsten und Völker Deutschlands verwirklicht. Der populäre Gedanke, die zwingende Macht einer großen historischen Idee hatten über eine zähe und höhnische Reaktion den glänzenden Sieg errungen. Dieser aber war so durchschlagend, daß thatsächlich die damals schmerzlich empfundenen Einschränkungen und Hemmnisse sich später kaum bemerklich gemacht haben.

Den Gefühlen des gesammten Reichstages gab eine von Eduard Lasker verfaßte schwungvolle Adresse Ausdruck, an deren endgültiger Redaktion auch Forckenbeck thätig war, und die Wilhelm I. um Annahme der ihm von dem Könige von Bayern angebotenen Kaiserkrone ersuchte. Am 18. Dezember überreichte eine Deputation des Reichstags dessen Adresse in feierlichster Weise dem greisen Heldenkönige in Versailles. Bei der herrlichen Anrede Simsons blieb kein Auge trocken — so sehr ergriff die Größe des Augenblicks auch die kriegsgewohnten Heerführer, die im Dienste ergrauten Diplomaten. Der 18. Januar 1871 brachte endlich die förmliche Kaiserproklamation in Versailles.

Neben diesen großen weltgeschichtlichen Ereignissen spielte der preußische Landtag eine zwar nicht unwichtige, aber doch wenig in die Augen fallende Rolle. Nach seiner Eröffnung am 14. Dezember 1870 erwählte er Forckenbeck mit allen gegen seine eigene Stimme zum Präsidenten. Dieses unerhörte Vertrauensvotum aller Parteien, das heißt des ganzen preußischen Volkes von 25 Millionen, hätte einen Andern mit Stolz erfüllt. Forckenbeck aber empfand nur die Verantwortlichkeit einer solchen Stellung. „Es drückt mich ordentlich nieder," schreibt er seiner Frau; „es legt Verpflichtungen auf, die zu erfüllen man sich kaum im Staude fühlt."

Selbstverständlich beschloß auch das preußische Abgeordnetenhaus eine Adresse an den König, zu deren Ueberreichung

Forckenbeck mit dem ersten Vizepräsidenten v. Koeller am 23. Januar 1871 nach Versailles fuhr. Drei Tage und Nächte dauerte die durch Brückensprengungen und Bahnzerstörungen vielfach erschwerte Fahrt. Die beiden Herren kamen gerade in dem Augenblicke an, als die Waffenruhe vor Paris eintrat! Der Kaiser empfing sie mit herzgewinnender Freundlichkeit; alle anwesenden Fürstlichkeiten behandelten, nach dem Beispiele des Kronprinzen, zumal den ersten Präsidenten mit ebenso vieler Güte wie Vertrauen. Bismarck hatte, seiner Gewohnheit nach, mit ihm lange und intime Gespräche. „Es war das einzige Mal, daß ich ihm geschmeichelt habe," erzählte nach der Rückkehr Forckenbeck den Freunden. Begreiflich, unter solchen Umständen! Eine Fahrt zu den Vorposten, durch die deutschen Vertheidigungslinien und Geschützstellungen, machte auf Forckenbeck einen unauslöschlichen Eindruck. Am 1. Februar Morgens war er von der denkwürdigsten Reise seines Lebens wieder in Berlin zurück.

Besonders der Kronprinz hatte mit Forckenbeck über die wichtigsten Personen und Verhältnisse mit schrankenlosem Zutrauen geredet. Es ist offenbar, daß er in dem Elbinger Rechtsanwalt seinen zukünftigen vertrauten Minister erblickte — eine Aussicht, die nur des geliebten Fürsten vorzeitiges Siechthum und Ende vereitelt hat. Damals stand er in voller kriegerischer Kraft, in dem Glanze aller seiner männlichen Schönheit vor Forckenbeck. Aber auch die schimmernde Aussicht, einst der leitende Rathgeber des zweiten deutschen Kaisers zu sein, blendete den bescheidenen Mann nicht; sie „erfüllte ihn mit wichtigen Sorgen".

Er beschloß, ein Mandat zum ersten deutschen Reichstage nicht anzunehmen. Abgesehen von der Trennung von der Familie wurden ihm die durch seine häufigen Abwesenheiten nothwendig eintretende Zerrüttung seiner Berufsgeschäfte, sowie die zunehmende Ermüdung von Körper und Geist unerträglich. „Ich kann nicht mehr," schreibt er einige Tage nach der Rückkehr von Versailles der Gattin. Man bot ihm in Neuhaldensleben-Wolmirstedt, in Elberfeld, in Elbing ein Mandat an; er hatte die Genugthuung, auch die Fortschritts-

partei, die ihn einſt ſo heftig angefeindet hatte, unter den eifrigſten Beförderen aller dieſer Kandidaturen zu ſehen. Das Geheimniß ſeiner überall ſiegreichen Wirkung war eben die Geradheit ſeines Charakters, die Tiefe und Güte ſeines Empfindens, die ruhige Klarheit ſeines Urtheils, die wohlthuende und doch Achtung gebietende Liebenswürdigkeit ſeines ganzen Weſens.

Schließlich ließ er ſich, wie früher ſo oft, auch dieſes Mal umſtimmen; wahrſcheinlich zum Theil durch die Einwirkung von Frau Marie. Er wurde wieder in ſeinem alten Kreiſe Wolmirſtedt-Neuhaldensleben gewählt.

Ultramontane, Pietiſten und Hochkonſervative thaten ſich zum Kampfe gegen das durch die Ereigniſſe ſiegreiche nationale und liberale Prinzip zuſammen. Allein dieſes Prinzip wirkte noch zu mächtig nach, unmittelbar unter dem Eindrucke des großen Krieges. Die Feudalen trugen nur in den öſtlichen Provinzen des alten Preußen, die Ultramontanen in der Rheinprovinz, dem größten Theile Weſtfalens und Baierns den Sieg davon. Die Nationalliberalen wurden durch den Zutritt vieler Süddeutſchen um 36 Mitglieder auf 119 gebracht. Allerdings ſchloſſen ſich — außer Bamberger und von Stauffenberg — beinahe ſämmtliche ſüddeutſche Nationale dem rechten Flügel der Partei an. Immerhin beſaßen, mit den 33 Abgeordneten der „liberalen Reichspartei“ (linkes Zentrum) und den 46 der Fortſchrittspartei, die Liberalen die unbeſtreitbare Mehrheit im Reichstage. Das Zentrum mit ſeinem Gefolge: Polen, Dänen und Welfen, zählte 85, die konſervative Partei in ihren verſchiedenen Schattirungen 94 Mitglieder. Dazu kamen 5 Anhänger der ſüddeutſch-demokratiſchen „Volkspartei“.

Der Reichstag nahm die revidirte Reichsverfaſſung, ſowie die Annektirung Elſaß-Lothringens mit großen Majoritäten an, ſorgte für die Hinterbliebenen der Gefallenen und für die Unterſtützung der Invaliden des ſiegreichen Heeres, bewilligte auch Dotationen für Feldherrn und Staatsmänner. Dann wurde er im Juni 1871 geſchloſſen.

Aber noch während ſeiner Dauer hatte das Verhängniß.

das sich allen deutschen Siegen angehängt hat, von neuem sich geltend gemacht. Infolge der Besetzung Roms durch die Italiener sowie des Entstehens des Altkatholizismus im Gegensatze zu dem neu verkündeten Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit hatten die deutschen Ultramontanen sich zum Kampfe erhoben. Sie forderten im Reichstage, daß das neue deutsche Reich gegen den andern jüngst auf Grund des Nationalgefühls entstandenen Großstaat, gegen Italien diplomatisch und militärisch einschreite, um die weltliche Herrschaft des Papstthums herzustellen. Sie verlangten ferner volle Unabhängigkeit für ihre Kirche im ganzen Reiche. Und als sie mit solchen Ansprüchen gescheitert waren, gingen sie zum Angriff auf diejenigen Katholiken über, die sich dem neuen Dogma päpstlicher Allmacht über Gewissen und Denken nicht unterwerfen wollten. Sie begehrten von der preußischen Regierung die Absetzung aller altkatholischen Professoren der Theologie an Universitäten und Gymnasien, nachdem die Bischöfe solche exkommunizirt. Die Antwort der preußischen Regierung auf diese herrschsüchtigen Forderungen war die Aufhebung der katholischen Abtheilung im Kultusministerium, die bisher die festeste Stütze des Einflusses der Kirche auf den Staat gewesen war.

So begann der Kulturkampf. Bismarck sah damals die streng kirchliche Partei sowohl in Süddeutschland wie in Oesterreich und Frankreich sich überall feindlich gegen Preußen, gegen das protestantische Kaiserthum, gegen das deutsche Reich erheben. Zuversichtlich ob der erfochtenen wunderbaren Erfolge, die Macht der achtzehnhundertjährigen Hierarchie über die Gemüther des katholischen Volkes unterschätzend, glaubte er wenigstens in Preußen und Deutschland diese Elemente strafen und schwächen zu können. Ob er nicht auch beabsichtigt hat, die Liberalen in solchem Kampfe zu beschäftigen und von allzu ungestümen Forderungen parlamentarischen Ausbaues des neuen Reiches abzuhalten?

Forckenbeck war in dem ausbrechenden Streite seine Stellung von vornherein angewiesen.

Wie sein engerer Landsmann Waldeck war er ein religiös gesinnter, aber durchaus liberaler Katholik. Als solcher hatte er sich bekanntlich schon im ersten Jahre seiner parlamentarischen

Laufbahn bewährt, zum großen Kummer der meisten, streng kirchlichen Mitglieder seiner väterlichen Familie. Anderseits besuchte er als Präsident stets bei der Eröffnung des Landtages den katholischen Gottesdienst — der beste Beweis, daß er von prahlerischer Hervorhebung persönlichen Unglaubens weit entfernt war. Aus gleichen Gründen hat er sich 1873 an der Adresse der „Staatskatholiken" an die preußische Regierung nicht betheiligt. Wenn er seine Töchter in dem evangelischen Glauben der Mutter, so hat er doch den Sohn in seinem eigenen katholischen Bekenntnisse erzogen. Er haßte nur den Ultramontanismus, weil dieser zu seinen Grundsätzen vom weltlichen Charakter des Staates und von der Beschränkung der Religion und Kirche auf das eigene Innerste des Menschen in unversöhnlichem Gegensatze stand. Schon in Versailles bekannte er sich vor dem übrigens ganz gleich gesinnten Kronprinzen als entschiedenen Gegner des Klerikalismus[1]). Er hat dann an dem Kulturkampfe einen regen, aber nicht gerade hervorragenden Antheil genommen. Forckenbeck befand sich in der Lage so vieler Liberaler jener Zeit: er hegte nicht gerade Begeisterung für den Krieg mit der Hierarchie, meinte aber, Fürst Bismarck, der thatsächlich die ganze Angelegenheit nur im Lichte politischer Momentstaktik betrachtete, habe es ernstlich auf eine grundsätzliche Entscheidung zwischen Staatsgewalt und Kirchengewalt abgesehen, und da müsse man zweifellos auf der Seite des Staates stehen. Gegen alle, ihm übertrieben erscheinenden Härten, wie 1876 gegen die Verschärfung des Kanzelparagraphen, hat er grundsätzlich gestimmt. Als liberalen Katholiken haßten ihn freilich die Ultramontanen mehr als jeden Protestanten oder Glaubenslosen, besonders haben sie es ihm nie verziehen, daß er die Ernennung zum Mitgliede des staatlichen Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten annahm.

Mit voller Energie ging Bismarck für den Augenblick auf den Kampf gegen die klerikale Partei ein, die er mit der ganzen Wucht der Staatsgewalt vernichten zu können hoffte. Im Reichs- wie im Landtage, die ziemlich gleichzeitig tagten, wurde der Krieg eröffnet.

[1]) Ms. Brief F.'s an seine Gattin v. 7. Februar 1871.

Der Reichstag hatte ein eigenes Heim erhalten. Unter Hitzigs Leitung wurde dort ein weniger kostbarer als praktischer und freundlicher Palast für ihn in einigen Monaten hergestellt, indem Tag und Nacht daran gearbeitet wurde. In Deutschland hatte man ein solches Wunder architektonischer Thatkraft und Geschicklichkeit noch nicht gesehen.

Der Reichstag hatte in dem nun ausbrechenden Kampfe gegen die Uebergriffe der klerikalen Richtung in der katholischen Kirche zunächst nur durch einen Zusatzparagraphen zu Artikel 130 des deutschen Strafgesetzbuches einzugreifen: den sogenannten „Kanzelparagraphen", der den Mißbrauch des geistlichen Amtes zur Gefährdung des öffentlichen Friedens mit Strafe bedrohte. Besonders das Politisiren auf der Kanzel sollte dadurch verhindert werden.

Es wäre sicher angemessener gewesen, den Krieg gegen eine so mächtige und seit vielen Jahrhunderten eingewurzelte Einrichtung, wie die katholische Hierarchie, nicht durch kleinliche Polizeivorschriften, sondern durch große grundsätzliche Schöpfungen, zumal auf dem Gebiete des Unterrichts, zu eröffnen. Wie war das aber möglich bei der mit den Jahren immer wachsenden kirchlichen Gesinnung des greisen Kaisers und bei einem durch und durch konservativen Ministerium? Forckenbeck fühlte das wohl. „Wenn es mich auch anwidert," schreibt er seiner Gattin, „die große katholische Frage bei Gelegenheit eines Strafparagraphen in Anregung zu bringen, so müssen doch Reichstag und Reichsregierung in der Sache vorwärts gehen und feste Position gegen den unfehlbaren Papst und seine Ultramontanen nehmen, und wenn man in der Kirche dem Geistlichen bei Strafe nicht widersprechen darf, so ist es auch ganz in der Ordnung, wenn er über Sachen, die zur wahren Gottesverehrung gar nicht hingehören, nicht sprechen darf."

Der § 130a wurde, unter Zustimmung Forckenbecks, aber gegen das Votum Laskers und zwölf Mitglieder der Fortschrittspartei, im Reichtage angenommen.

In umfassenderer Weise wurde der Landtag an dem „Kulturkampfe" betheiligt. Schon die Thronrede kündigte Gesetzentwürfe behufs Befreiung der Eheschließung sowie der

Schule von der Kirche an: Maßregeln, die ohne die Gegnerschaft wider den Klerikalismus nie von Kaiser Wilhelm gebilligt worden wären. Am 14. Dezember 1871 wurde in der That das Schulaufsichtsgesetz eingebracht, das der Regierung das alleinige Recht der Inspektion der Schulen übertrug.

Wenn man die kirchlichen Herrschaftsgelüste in Preußen ernstlich eindämmen wollte, so mußte man zur Ausführung der dahin abzielenden Maßregeln einen Minister haben, der nicht ein Gesinnungsgenosse der Ultramontanen war. Diese Grundforderung aber erfüllte der damalige Kultusminister Heinrich von Mühler nicht, der vielmehr seinen Ueberzeugungen und seiner ganzen Vergangenheit nach ein Freund jener Richtungen war. Wiederholt, aber vergeblich hatten die Liberalen seine Entlassung angestrebt, da der Kaiser den Minister, der ihm in der Konfliktszeit treue Dienste geleistet hatte, nicht fallen lassen wollte. In den ersten Tagen des Jahres 1872 traten auf Forckenbecks Anregung Delegirte aller liberalen Parteien unter dem Vorsitze des Altliberalen von Bonin zusammen zu gemeinsamem Beschlusse, keine Vorlage zu genehmigen, die von Mühler vertreten werde. Das schlug endlich durch, da sonst der ganze Kulturkampf brach gelegt worden wäre. Am 5. Januar forderte der Kaiser Mühler zur Einreichung des Entlassungsgesuches auf. Auch jetzt verfuhr Bismarck noch sehr vorsichtig. Erst als Besprechungen mit Abgeordneten der verschiedensten Parteien, auch der Konservativen, ihn von der Unhaltbarkeit der Stellung Mühlers überzeugten, als dann im Ministerrathe vom 11. Januar sich neue Meinungsverschiedenheiten ergaben, theilte er Mühler die königliche Ordre mit, der dieser am folgenden Tage nachkam[1]). Und noch bedurfte es einer persönlichen Ungehörigkeit Mühlers dem Kronprinzen gegenüber, um den Kaiser am 17. Januar zur Genehmigung des Abschiedsgesuches zu bewegen. Die Wahl seines Nachfolgers war sehr schwierig, da der Kaiser keinen ausgesprochenen Liberalen ernennen wollte. Endlich wurde ein tüchtiger und thatkräftiger Jurist, der Freikonservative

[1]) H. Kohl, Bismarck-Jahrbuch IV 28: Bismarck an den Kaiser 11. Jan. 1872.

Falk dazu auserkoren (22. Januar). Er war mit Forckenbeck persönlich befreundet und suchte als Minister sofort Verbindung mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses.

Die Entscheidung war wichtiger, als das sonst ein Personenwechsel in einem preußischen Ministerium zu sein pflegt. Falk war als ein jeder Frömmelei abgeneigter, dem staatlichen Interesse aus Ueberzeugung ergebener Mann von unbeugsamer Festigkeit bekannt. Sofort entfesselte die Geistlichkeit beider Bekenntnisse gegen das neue Schulaufsichtsgesetz einen wahren Sturm von Petitionen, die sich ebenso durch die Zahl der Unterschriften wie durch die Grobheit der Sprache auszeichneten. Damals war es, wo die streng Konservativen, der Adel, die protestantische Geistlichkeit und deren Getreue, mit Bismarck brachen. Sie betrachteten ihn als einen Abtrünnigen, der den Staat dem Liberalismus überliefere, und machten ihm immer entschiedenere Opposition. Andrerseits wußten aber die Liberalen nicht, inwieweit sie sich auf Bismarck verlassen konnten, zumal sie sahen, daß dieser — allerdings wohl von dem Herrscher dazu genöthigt — sich sorgfältig hütete, liberale Männer selbst von so erprobt gemäßigter und monarchischer Gesinnung, wie Forckenbeck und Bennigsen, in das Ministerium zu berufen. Sie rührten keinen Finger. So ruhte die Last der parlamentarischen Geschäfte im Landtage ausschließlich auf Forckenbeck, der die ganze Maschine im Gange erhalten mußte und schließlich bei keiner Partei dafür rechten Dank erntete, seine Popularität ganz ernstlich aufs Spiel setzte[1]).

Es war noch zweifelhaft, ob die Koalition der Klerikalen und Konservativen gegen das Schulaufsichtsgesetz dieses nicht zu Falle bringen würde. Zum größten Theile hing dies von der Haltung der Fortschrittspartei ab. Sie war an sich wenig geneigt, die schon übergroße Macht der Regierung in Preußen noch mehr zu stärken, aber sie sah doch — ebenso wie die Nationalliberalen — in dem Gesetze einen ersten Schritt zur Trennung der Kirche vom Staate. Die Sitzungen

[1]) Ms. Forckenbeck an seine Gattin, 28. Januar 1872.

des Abgeordnetenhauses vom 8. bis zum 23. Februar 1872 brachten die Entscheidung. Die Debatten waren überaus heftig, besonders die Minister und die Klerikalen geriethen leidenschaftlich an einander. Forckenbeck sah sich genöthigt in ruhiger aber fester Weise den klerikalen Führer Windthorst gegen den persönlichen Angriff des Ministerpräsidenten in Schutz zu nehmen. „Meine Verwahrung hinsichtlich der Präsidialrechte," schreibt er darüber seiner Gattin, „hatte eine doppelte Bedeutung oder vielmehr eine dreifache. Einmal wies sie die Insinuationen Windthorsts zurück, daß der Abgeordnete recht- und schutzlos gegenüber einem mächtigen Minister (sei). Bismarck wurde daran erinnert, daß ein Wächter da sei. Er war in solcher Aufregung, daß eine solche Erinnerung gut war. Sie hat mir für den nächsten Tag genützt. Der Welt wollte ich endlich abgewöhnen, daß sie bei jedem einigermaßen scharfen Angriff fragt: warum schreitet der Präsident nicht ein? — Das Haus ist ganz zufrieden mit mir."

Bei der ersten Abstimmung vom 10. Februar unterlag das klerikale-konservative Bündniß nur mit 26 Stimmen, zum Entsetzen Forckenbecks. Hier hat sich der Anschluß der streng Konservativen an das Zentrum vollzogen, der später, als Bismarck sich gegen den Liberalismus zu wenden für gut befand, dessen Niederlage herbeiführte, unter deren Folgen er noch heute leidet. Lasker, der unpraktische Ideologe Lasker, war damals der einzige unter den Nationalliberalen, der richtig urtheilte, indem er den Kulturkampf als verderblich bezeichnete, und der in diesem eine den liberalen Grundsätzen zuwiderlaufende und ihnen deshalb auch schädliche Handlungsweise erblickte. Er blieb, mit seinem Glaubensgenossen Bamberger, dauernd allein in ihrer Partei mit solcher Anschauung. Damals freilich bediente die Regierung sich gern der Liberalen zur Bekriegung der ihr unbequemen Ultramontanen. Der König erklärte sich auf einem Hoffeste mit großem Nachdrucke für das Schulaufsichtsgesetz. Sofort fielen einige Konservative um, und so erhielt der Entwurf bei der dritten Lesung eine gerade doppelt so große Mehrheit, von 52

Stimmen: 207 gegen 155. Auch das Herrenhaus beugte sich dem Willen des Herrschers und nahm am 8. März das Gesetz an.

Inzwischen hatte der Reichstag ebenfalls wichtige und schwierige Verhandlungen geführt.

Forckenbeck hatte sofort nach seiner Ankunft in Berlin, am 28. Oktober 1871, das Bedürfniß gefühlt, sich mit seinen politischen Freunden über die ganze Lage zu verständigen, besonders mit Lasker, den er vor allen schätzte. Er verkehrte fast täglich mit ihm, lud ihn auch auf das Frühjahr zu längerem Besuche in Elbing ein. Das alles, obwohl in Einzelfragen gerade zu jener Zeit ihre Meinungen vielfach auseinander gingen.

Die Reichsregierung verlangte die Bildung eines Kriegsschatzes von 40 Millionen Thaler. Hoverbeck, von der gesammten Opposition unterstützt, stellte dabei die Forderung, daß, ebenso wie es im Herbste 1866 für den preußischen Kriegsschatz gesetzlich beschlossen worden war, über jenen Schatz nur nach vorgängig eingeholter Zustimmung der Volksvertretung verfügt werden dürfe, außer im Falle eines feindlichen Angriffs auf das Reichsgebiet. Indes nun zeigte sich die Einwirkung der großen Ereignisse dieser beiden letzten Jahre auch auf die festesten Gemüther. Forckenbeck hatte seine frühere Abstimmung in dem analogen Falle durchaus vergessen. „Unleugbar," schreibt er seiner Gattin, „ist die Maßregel eine Entlastung des so schwer belasteten preußischen Staates, und ich kann daher von Hoverbeck mit seiner wirklich doktrinären Opposition nicht begreifen." Das Amendement der Fortschrittspartei ward abgelehnt, der Regierungsentwurf genehmigt.

Heftiger und aufregender waren die Verhandlungen des Militäretats, wo die Reichsregierung wieder gewaltige Mehrforderungen stellte, die allerdings den geheimen Zweck hatten, durch scheinbare Nachgiebigkeit seitens der Regierung eine Bewilligung auf mehrere Jahre durchzusetzen. Die Sache nahm eine ihren Wünschen völlig entsprechende Entwickelung.

Die Nationalliberalen beschlossen zunächst, $1\frac{1}{2}$ Millionen von den Mehrforderungen der Regierung abzusetzen, und be-

auftragten Forckenbeck und Bennigsen, darüber mit dieser zu verhandeln. Bismarck, Delbrück, Roon nahmen das Verlangen anfänglich mit scheinbarem Zorn auf und drohten mit Konflikt; dann aber erboten sie sich, die Mehrforderungen ganz fallen zu lassen — die also nicht unbedingt nothwendig gewesen zu sein scheinen — wenn der Reichstag ihnen das bisherige Pauschquantum, mit der nöthigen Ausdehnung auf Süddeutschland, für weitere drei Jahre, bis Ende 1874, bewilligen wolle. Dieser Zeitraum war gewählt, weil Frankreich bis dahin die noch übrigen drei Milliarden Kriegsentschädigung zu zahlen hatte, Deutschland so lange kampfgerüstet dastehen sollte.

Der Vorschlag sagte Forckenbeck sehr zu. „Von dessen Durchdringen," schreibt er am 3. Dezember 1871, „hängt meiner Ueberzeugung nach die ruhige und gedeihliche Entwickelung des Reiches in seinen ersten Jahren, außerdem aber die Abwendung einer bedeutenden Mehrbelastung des Landes ab. Würde es nicht so gemacht, so hätten wir schon im nächsten Jahre einen um vier Millionen höheren Militäretat, und für längere Jahre, trotz aller parlamentarischen Kämpfe gehabt. Hoffentlich werden wir 1874 friedliche Zustände befestigt haben."

Ein großer Theil der Nationalliberalen aber, und zwar neben Miquel gerade Forckenbecks nähere Freunde Lasker und Bamberger, wollte das dreijährige Pauschquantum nicht bewilligen, damit dessen Ende noch in die Dauer der damaligen Reichstagsperiode falle und die Militärfrage nicht zum Agitationsmittel bei den folgenden Reichstagswahlen werde, zum großen Schaden des Liberalismus. Es waren dieselben Beweggründe, die Forckenbeck vier Jahre früher, bei der Berathung der norddeutschen Verfassung, zur Stellung eines entsprechenden, nur mit zehn Stimmen Mehrheit angenommenen Antrags veranlaßt hatten! Lasker drohte sogar mit Sprengung der nationalliberalen Partei, nachdem diese in schwach besuchter Sitzung mit 43 gegen 26 Stimmen das dreijährige Pauschquantum bewilligt hatte. Lasker und seine Anhänger erklärten, unter allen Umständen gegen dasselbe stimmen zu wollen.

Die Erregung unter den Nationalliberalen wuchs nach der Rede Treitschkes am 29. November, der für das Pauschquantum eintrat, aber offen anerkannte, daß er damit den Boden des Liberalismus verlasse. Die zweite Berathung im Reichstage wurde bereits auf den folgenden Tag festgesetzt. Unmittelbar vor der Sitzung fand eine neue Vereinigung der nationalliberalen Fraktion statt, wobei es beinahe zum Bruche kam, schließlich das dreijährige Pauschquantum nur mit 44 gegen 40 Stimmen angenommen wurde.

Forckenbeck suchte nach einer Vermittelung, die ihn in Einklang mit seinem Beschlusse vom April 1867 setze. Er bewog die Fraktion, für einen Kompromiß der Bewilligung des Pauschquantums auf zwei Jahre zu stimmen. Indes dieses Mal hatte sein sonst so einflußreiches Wirken zu Gunsten des Friedens keinen Erfolg: weder bei den anderen Parteien, denen das Feilschen um ein Jahr als unwürdig erschien, noch bei der Regierung, die, wie Delbrück ausdrücklich erklärte, bis Ende 1874 kriegsgerüstet sein wolle[1]).

Trotzdem vertheidigte Forckenbeck seinen Standpunkt in einer längeren Rede am 30. November, ohne zu verhehlen, daß er nach etwaiger Verwerfung des nunmehr von Bamberger, Miquel und Unruh eingebrachten Antrages auf ein zweijähriges Pauschquantum auch für das von der Regierung geforderte dreijährige stimmen werde.

„Ich bekenne mich," sagte er, „von vornherein klipp und klar für einen Anhänger der Bewilligung eines mehrjährigen, im Wesentlichen unveränderten Pauschquantums. Ich habe diese Ansicht schon gefaßt während der letzten Friedensverhandlungen und nach dem letzten Friedensschlusse." Obwohl er damit auf den Widerspruch Laskers und seiner übrigen politischen Freunde gestoßen sei, habe sich seine Ueberzeugung in den Monaten seiner Zurückgezogenheit in der Heimath lediglich befestigt. Der alte Freiheitskämpfer verwahrte sich dagegen, daß seine Gründe diejenigen Treitschkes seien, der das ganze Budgetrecht der Volksvertretung in Militärsachen verneine. Er suchte nachzuweisen, daß die jetzt geschehende Bewilligung eines mehrjährigen Pauschquantums gerade im Sinne des Budgetrechts und der Minderbelastung des Volkes geschehe. „Ich halte das Budgetrecht auch in seiner Ausübung durch einen speziellen Militäretat für ein wesentliches, für ein

[1]) Hirth, Annalen, 1874, S. 178.

ſehr weſentliches Recht jeder Volksvertretung; aber weil ich es dafür halte, will ich ſeine Ausübung zur rechten Zeit, zuerſt zum Heil des neugeſchaffenen Reiches und ſodann zum Beſten der Volksvertretung, und der Zeitpunkt der Feſtſtellung eines ordentlichen ſpeziellen Militäretats iſt meiner Anſicht nach ſicher im Jahre 1872, höchſt wahrſcheinlich auch im Jahre 1873 noch nicht gekommen. Bei der Frage, nach Verlauf von faſt elf Jahren durch Berathung und Bewilligung eines ſpeziellen Militäretats das ſo wichtige Budgetrecht der jährlichen ſpeziellen Bewilligung ausüben zu wollen, dabei können ein Jahr, zwei Jahre nicht weſentlich in Betracht kommen. Daß es ausgeübt werden muß, das beweiſen mir die Verhältniſſe hier im Hauſe, und die Verhältniſſe werden ſicher zur Ausübung dieſes Rechtes drängen. Der Militäretat wird geſetzlich erfahrungsgemäß auf lange Zeit feſtgelegt. Die Zeit aber unmittelbar nach einem welterſchütternden Kriege und unter den von dieſem unmittelbar geſchaffenen Verhältniſſen iſt die denkbar ungünſtigſte von finanziellem und ökonomiſchem Standpunkte aus. Ich gehöre zu denjenigen, die jetzt und in den nächſten Jahren die Schlagfertigkeit der Armee in der Friedensziffer unter allen Umſtänden aufrecht erhalten wollen."

Nachdem der Redner auf die vielfachen ſonſtigen, überaus bedeutenden, Aufgaben hingewieſen hatte, die der Reichstag noch zu bewältigen habe und die ſeine Arbeitskraft vollauf beſchäftigten, ſetzte er ſich mit der Fortſchrittspartei auseinander: „Zum Schluß noch ein paar Worte an den Herrn Abgeordneten von Hoverbeck. Ich beſtreite Herrn von Hoverbeck ganz und gar das Recht, im Namen der geſammten liberalen Partei zu ſprechen. Er mag für ſich und ſeine Freunde ſprechen, kann aber nicht ein Urtheil darüber abgeben, ob jemand liberal oder nur „ſogenannt" liberal iſt. Dem Rathe meines Freundes von Hoverbeck habe ich in entſcheidenden Zeiten nicht folgen können, ich habe gegen ihn im Jahre 1866 die Indemnität bewilligt, ich habe gegen ihn für die norddeutſche Bundesverfaſſung geſtimmt. Jetzt nach Verlauf von Jahren iſt uns in dieſer Politik Recht gegeben, und ich hoffe, daß wiederum nach Verlauf von Jahren eben dieſe Jahre in meinem jetzigen Votum mir Recht geben werden."

Es war immerhin eine völlige Schwenkung, die, aus der praktiſchen Erwägung aller Zeitumſtände heraus, Forckenbeck in dieſer Frage vornahm. Dies hielt ihm auch Bamberger vor, indem er ihm ſeine pathetiſchen Worte für die Volksrechte aus der Rede vom 5. April 1867 ins Gedächtniß rief. Forckenbeck rechtfertigte ſeine Inkonſequenz mit den großen Thatſachen des Krieges von 1870 und der Gründung des deutſchen Reiches, die er damals nicht habe vorherſehen können.

Der von ihm selbst herrührende Kompromißantrag des zweijährigen Pauschquantums fiel gegen die alleinigen Stimmen der Nationalliberalen. Darauf trennte er sich für dieses Mal von dem entschiedeneren Theile der Partei, um mit deren größerer Hälfte sowie den Freikonservativen und Konservativen am 1. Dezember für das dreijährige Pauschquantum zu votiren, das mit 152 gegen 128 Stimmen angenommen wurde.

Forckenbeck hat hier, wie überall, seine Parteigrundsätze, allerdings immer nur in streng zeitlicher Beschränkung, zum Opfer gebracht, wenn das Wohl und die Sicherheit des Vaterlandes ihm solches zu erheischen schien. Man hätte ihm das für spätere Zeiten nicht vergessen sollen.

Nicht nur für das Heer, auch für die Kriegsmarine, war er eifrig thätig, seitdem ihm Admiral Jachmann in geheimer Besprechung auseinander gesetzt hatte, daß die Flotte über die Landmacht von der Regierung vernachlässigt werde und vom Reichstage die Anregung zu schnellerer Weiterentwicklung erwarte [1]). Es ist bekannt, daß die volksthümliche Institution der Seewehr stets ein Schooßkind der liberalen Partei gewesen war. Zum Mitglied der Marinekommission gewählt, wußte Forckenbeck die Schaffung einer solchen Flotte zu veranlassen, daß sie nicht nur die heimischen Küsten sowie den deutschen Seehandel schützen könne, sondern auch wenigstens gegen fremde Marinen zweiten Ranges Offensivkraft besitze. Dafür wirkte er besonders als Bewohner der Ostseeprovinzen, die unter der wiederholten Blokirung durch feindliche Flotten schwer gelitten hatten. Der Antrag der Marinekommission, der Reichskanzler möge dem Reichstag über die Ausführung der Flottenergänzung Rechenschaft ablegen, wurde im Plenum mit großer Mehrheit angenommen. Die liberale Partei und zumal Forckenbeck haben den wesentlichen Anstoß zur Entwickelung einer mächtigen und Achtung gebietenden deutschen Flotte gegeben, für die bisher weder die Regierung noch das sozial herrschende Junkerthum

[1]) Ms. Brief Forckenbecks an seine Gattin vom 4. November 1871.

irgend welche Sympathie gezeigt hatten. Auch das sollte wohl im Gedächtnisse des deutschen Volkes bleiben.

Bei diesem Gegenstande war Forckenbeck wieder in seinem Eifer für Deutschlands Sicherheit, Größe und Wehrkraft weit über die Grenze hinausgegangen, die seine nächsten politischen Freunde den materiellen Opfern des Volkes zu ziehen gedachten. Indes allzu tief war die Achtung von Männern, wie Unruh, Miquel, Bamberger, Lasker, für Forckenbeck begründet, allzu sehr waren sie von der Reinheit und auch von der Klarheit seiner Beweggründe überzeugt, als daß sie sich deshalb von ihm hätten trennen wollen. Gerade damals wandte sich Lasker an ihn mit der Bitte, dem Hegelianer, alten Revolutionär und Flüchtling Arnold Ruge, der dann, wie so viele seiner Gesinnungsgenossen, 1866 sich für das neue Deutschland erklärt hatte, bei Bismarck eine Pension auszuwirken. Thatsächlich hat, allerdings nach Jahren, Forckenbeck erreicht, daß dem greisen Achtundvierziger aus Reichsmitteln, zum Danke für sein Wirken zu Gunsten der deutschen Einheit, ein „Ehrensold" von jährlich tausend Mark bewilligt wurde [1]).

Seine rührende Güte zeigte Forckenbeck damals auch einem früheren Parteigenossen, dem fortschrittlichen Königsberger Abgeordneten Dr. Kosch. Der alte Herr war krank und elend und fand im Gasthofe weder Ruhe noch gute Pflege. Da nahm Forckenbeck den Greis, mit dem er nie in besonderen Beziehungen gestanden hatte, in seine Präsidentenwohnung, brachte ihn neben dem eigenen Schlafzimmer unter und pflegte ihn in jeder Weise. „Wenn Du aber herkommst," schrieb er seiner Frau [2]), „hat die Wohnung noch immer Raum für alle."

Forckenbeck hatte Grund, sich wegen seines Entgegenkommens in der Militärfrage Glück zu wünschen. Die Regierung antwortete, indem sie ihrerseits die Wünsche der

---

[1]) Arn. Ruges Briefwechsel und Tagebuchblätter, Bd. II (Berlin 1886), S. 373. 417 ꝛc.

[2]) 21. Januar 1872. — Kosch war bekanntlich Israelit.

Liberalen erfüllte. Ein Gesetzentwurf über die Oberrechnungskammer stellte diese ganz unabhängig hin, wie eine richterliche Behörde, machte die Einmischung des Königs in den gesetzlich feststehenden Etat und die willkürlichen Uebertragungen von einem Etatposten auf den andern unmöglich und nöthigte zu genauer Spezialisirung aller etwaigen Etatsüberschreitungen. Wieder ein Sieg der liberalen Sache in einem vielumkämpften Gegenstand der Konfliktzeit! Unter einträchtigem Zusammenwirken sämmtlicher Liberalen im Reichstage wurde nicht nur die Salzsteuer aufgehoben, sondern gelang es auch einem weitern Streben aus der Konfliktszeit Erfüllung zu schaffen: das Reichsbeamtengesetz wurde in liberaler und die Beamten gegen politische Maßregelung schützender Fassung abgeändert.

Wenn Bismarck in dieser Weise sich den Liberalen gefällig erwies, so geschah es, weil er deren Beistand gegen die Klerikalen nöthig hatte. Der Widerstand, den ihm letztere entgegensetzten, die rücksichtslose Weise, mit der sie in ganz Europa gegen die Regierung und die Interessen Preußens und des Reiches thätig waren, erfüllte den Reichskanzler mit großem Zorn. Man beschuldigte die Jesuiten, die Führung in dem Feldzuge gegen Berlin übernommen zu haben und in schärfster Weise zu üben. „Bismarck ist sehr aufgeregt," schreibt Forckenbeck am 2. März 1872, „und zu den durchgreifendsten Beschlüssen gegen die Jesuiten geneigt." Es entsprach nur den Wünschen des Kanzlers, wenn der Reichstag am 16. Mai mit mehr als zwei Drittel-Mehrheit beschloß: die verbündeten Regierungen um Vorlegung von Gesetzen zur Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte gegen die geistliche Gewalt und zur Erhaltung des Friedens der Glaubensbekenntnisse unter sich sowie zur Beschränkung von neuen Niederlassungen der Gesellschaft Jesu zu ersuchen. Das hierauf eingebrachte Jesuitengesetz wurde vom Reichstage noch verschärft, so daß es das Verbot der Gesellschaft Jesu und aller mit ihr verwandten Orden und Kongregationen im deutschen Reiche aussprach. In dieser Form wurde es am 19. Juni 1872 angenommen, mit 181 gegen 92 Stimmen,

die aus den Klerikalen, extrem Konservativen, einem Theile der Fortschrittspartei und den beiden israelitischen Nationalliberalen Lasker und Bamberger bestanden. Diese beiden Angehörigen einer viele Jahrhunderte hindurch unterdrückten Konfession wollten nicht die Hand zu religiös-politischen Ausnahmemaßregeln bieten. Die Klerikalen haben das ihren Glaubensgenossen wenig gedankt.

Forckenbeck hatte an diesen letzten Verhandlungen geringen Antheil genommen. Sein Interesse war damals von einer persönlichen Angelegenheit gefesselt, die in der That für ihn die größte Wichtigkeit besaß.

XV.

Oberbürgermeister von Breslau.

Die parlamentarische Laufbahn hatte Forckenbeck zu Erfolgen geführt, wie der bescheidene Mann sie nie zu ahnen gewagt. Mit Einstimmigkeit von Session zu Session zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt, der Vertrauensmann des Kaisers, der gesammten königlichen Familie, des genialen Reichskanzlers und aller hohen Beamten, überall geliebt und hochgeachtet nahm er eine äußerlich nicht einmal so glänzende wie an sich ehrenvolle und einflußreiche Stellung ein. Aber sein bürgerliches Dasein hatte unter den Pflichten, die ihm das politische Leben auferlegte, schwer zu leiden. Seine häufige Abwesenheit von Elbing, die meist die größere Hälfte des Jahres umfaßte, ließ sein Berufsgeschäft immer mehr zurückgehen. Er fand nicht immer einen guten und zuverlässigen Vertreter, und selbst der beste konnte ihn im Vertrauen des Publikums und den ihm selbst eigenartigen Vorzügen als Jurist nicht ersetzen. Eine immer wachsende Konkurrenz jüngerer Berufsgenossen that seiner materiellen Lage weiteren Abbruch. Er klagte seinem Freunde Rickert über „die ziemlich verfahrene und verdorbene Praxis". Selbst bei den dringendsten Geschäften in Elbing hielten ihn die Präsidentschaft des Abgeordnetenhauses oder entscheidende Verhandlungen im Reichstage und mit den Ministern in der Hauptstadt zurück. Solcher Konflikt der Pflichten war dem streng gewissenhaften Manne je länger je unerträglicher. „Ich muß nach Hause, ich muß ins Amt, und ich muß hier

bleiben," schreibt er am 3. Dezember 1870 seiner Gattin; „zwischen diesen verschiedenen Pflichten sich durchzuarbeiten ist gewaltig aufregend."

Und wie die geschäftlichen, so hatten auch die persönlichen Verhältnisse in Elbing sich nicht freundlich gestaltet. Forckenbecks Uebertritt zur nationalliberalen Partei hatte ihm geradezu die alten Freunde zu Gegnern gemacht. An ihrer Spitze stand der geistvolle frühere Oberbürgermeister Phillipps, der Führer des Elbinger Fortschritts. Bei der Stadtverordnetenwahl nach 1866 wurde Forckenbeck gegenüber sein Barbier als Kandidat aufgestellt und wäre beinahe gewählt worden. Das nationalliberale Kränzchen, das jener gegründet, zählte kaum ein Dutzend Mitglieder. Dessen Organ, der Neue Elbinger Anzeiger, vegetirte mühselig. Zu dem kleinen Kreise, der sich um Forckenbeck schaarte, gehörten freilich treffliche Männer, wie der Literarhistoriker Kreyssig, der Feuilletonist Fritz Wernecke, der später nach Berlin verzogene Dichter Lohmeyer. Als das Gerücht ging, Forckenbeck solle Minister werden, sagte Lohmeyer in einem launigen Tafelgedichte:

„Mit Grauen künden die Fortschrittsphilister:
„Er sank zum Minister[1])!!"

Die großen Verdienste, die sich Forckenbeck um die liberale Sache erwarb, und seine offenbare Abneigung gegen alles Streberthum glichen freilich die Differenzen einigermaßen aus — aber zu einem herzlichen Verhältniß mit den alten Elbinger Freunden ist es nicht wieder gekommen.

Forckenbeck hat auch nicht den leisesten Versuch gemacht, seinen beträchtlichen Einfluß in hohen und höchsten Regionen zu benutzen, um auf ehrenvolle und einträgliche Art solchen unerfreulichen Verhältnissen zu entgehen; er hätte das geradezu als eine Sünde gegen den heiligen Geist betrachtet.

Da bot sich ihm von selbst eine Stellung, die ihm in jeder Beziehung Genüge thun mußte und auch die Trennung von Frau und Kindern erspart hätte. Einflußreiche Stadtverordnete Berlins schlugen ihn für den vakanten Posten des Oberbürgermeisters der Reichshauptstadt vor. Der einzige

[1]) Freundliche Mittheilungen des Herrn Prof. Dr. J. in Breslau.

Einwand, der dagegen erhoben wurde, war der, daß er Katholik und deshalb für ein so überwiegend. proteſtantiſches Gemeinweſen ungeeignet ſei, zumal der Magiſtrat Patron zahlreicher evangeliſcher Kirchen iſt. Dazu kam, daß er Konkurrenten hatte, die ſchon in großen kommunalen Aemtern erfahren waren: den Breslauer Oberbürgermeiſter Hobrecht und den Danziger Oberbürgermeiſter von Winter, der einſt wegen ſeines Liberalismus die Stellung als Polizeipräſident von Berlin verloren, dort große Popularität gewonnen und in Danzig ſelbſt in der Konfliktszeit als ſtarrer Oppoſitioneller gewirkt hatte. Unter dieſen Umſtänden hielt Forckenbeck es durch ſeine perſönliche wie amtliche Würde für geboten, das Anerbieten abzulehnen, um ſich nicht der Möglichkeit einer Niederlage auszuſetzen.

Die Wahl Winters war nunmehr geſichert. Allein Kaiſer Wilhelm zürnte dem Danziger Oberbürgermeiſter, weil dieſer im Verdachte ſtand, im Jahre 1863 den Kronprinzen zu ſeiner bekannten Erklärung gegen die damaligen Preßordonnanzen veranlaßt zu haben. Der Kaiſer ließ alſo ſeinen Sohn rufen und theilte ihm mit, daß er Winter nie für Berlin beſtätigen werde: eine Eröffnung, von der der Kronprinz ſeinem Freunde ſofort telegraphiſche Mittheilung machte. Selbſtverſtändlich lehnte Winter auch durch Depeſche noch vor erfolgter Wahl in Berlin ab[1]).

Dadurch kam es, daß die Berliner Stadverordneten Forckenbeck abermals auf die Kandidatenliſte ſetzten. Zu gleicher Zeit wurde aber ein Ausſpruch Bismarcks an einige Berliner Herren herumgetragen: „Was, Frockenbeck wollt Ihr zum Oberbürgermeiſter wählen? Das laßt, mit dem habe ich was anderes vor.“

Die Sache hing ſo zuſammen. Sei es aus Ueberzeugung, ſei es um dem Schickſale Bodelſchwinghs, Lippes und Mühlers zu entgehen, hatte Graf Eulenburg längſt liberalere Grundſätze angenommen und ſich zumal mit der Kreisordnungsvorlage identifizirt, die in den feudalen Kreiſen

[1]) Ms. Brief Forckenbecks an ſeine Frau v. 2. März 1872.

und bei der hohen Beamtenschaft auf lebhaften Widerspruch stieß. So war sie schon in der vorhergehenden Session nicht zur Berathung im Herrenhause gelangt und damit auch nicht zum Gesetze geworden; und nunmehr wollte Bismarck sie gleichfalls nur im Abgeordnetenhause diskutiren lassen und dann den Landtag schließen. Eulenburg erklärte, unter solchen Umständen seine Entlassung nehmen zu wollen; und an seiner Stelle dachte Bismarck Forckenbeck zu ernennen. Aber dieser gab einen neuen glänzenden Beweis seiner bewundernswerthen Uneigennützigkeit. Es lag ihm viel mehr an der Durchsetzung der Kreisordnung als an seinem eigenen Ministerthum. Er benachrichtigte also Bismarck, er werde die Kreisordnung überhaupt nicht berathen lassen, wenn man den Landtag schließe und nicht vielmehr vertage: bei einer bloßen Vertagung werden nämlich nach dem Wiederzusammentritte die einmal eingebrachten Gesetzentwürfe bis zu Ende weiter berathen. Eine Opposition des Abgeordnetenhauses wünschte Bismarck zu verhüten, er versprach die Vertagung. Die Kreisordnung war gerettet, Eulenburg blieb. Forckenbeck wurde nicht Minister[1]).

Die Mehrheit der Berliner Stadtverordneten schien sich für Forckenbeck zu entscheiden, aber sicher war die Sache nicht, und die steten Anfragen: ob er ein eifriger Katholik sei, ob er seine Kinder katholisch oder protestantisch erziehen lasse? kränkten den fein empfindenden und bei aller Bescheidenheit mit gerechtem Selbstgefühl erfüllten Mann. Er lehnte am 21. März 1872 endgültig ab, und Hobrecht wurde gewählt.

Damit war die Stelle eines Oberbürgermeisters in Breslau frei geworden. Man dachte dort sogleich an Forckenbeck.

Freilich stand der Posten an Bedeutung und Einkommen dem Berliner weit nach und verhinderte nicht die häufige Trennung von der Familie. Dafür war er auch weniger schwierig und erschöpfend für jemand, der, wie Forckenbeck, doch stets außerhalb der eigentlichen Verwaltung gestanden hatte, und legte weniger Repräsentationspflichten auf,

[1]) Ms. Brief Forckenbecks an seine Frau v. 10. März 1872.

bot auch ungleich geringere Gelegenheit zu Konflikten mit den Wünschen an allerhöchster Stelle. Immerhin war Breslau die zweite Stadt der Monarchie mit damals 208 000 Einwohnern in 5400 Häusern.

Die Wahl fand zunächst in der Stadtverordnetenversammlung manche Gegner. Bisher, hieß es, habe man zu der wichtigen Stellung nur Verwaltungsbeamte von bewährter Tüchtigkeit berufen; einen „bloßen Rechtsanwalt" habe man dafür nicht für geeignet erachtet. Zwar führten die Vertheidiger Forckenbecks an: seine hervorragende Thätigkeit im Parlamente, namentlich in der Budgetberathung, und seine Theilnahme am kommunalen Leben in Mohrungen und Elbing biete der Stadt Breslau genügende Bürgschaft. Aber gerade dadurch zogen sie den Streit der politischen Parteien in den Wahlkampf hinein und veranlaßten, wie die Konservativen und Ultramontanen, so die extreme Linke zur Opposition, die sich des Vorwandes bedienten: man wolle seinen Oberbürgermeister in Breslau und nicht in Berlin haben. Dem wurde entgegnet: Forckenbeck werde sich verpflichten müssen, sich als Vertreter Breslaus in das stille, selten tagende Herrenhaus senden zu lassen und damit vom Abgeordnetenhause und dessen Vorsitze Abschied zu nehmen. Mit 49 Stimmen gegen 33 wurde Forckenbeck am 8. Juli 1872 von den Breslauer Stadtverordneten zum ersten Bürgermeister gewählt.

Er nahm nicht sofort an, sondern versprach nur seine baldige Hinkunft „zur Rücksprache".

Nicht allein behielt er sich die Entscheidung seiner Frau vor, sondern es hatte ihm gerade damals Minister Eulenburg, der ihm ja sein Verbleiben im Amte verdankte, die Stellung eines Appellationsgerichtspräsidenten angeboten. Forckenbeck reiste also nach Berlin. Eulenburg stellte ihm den Posten in Aachen zur Verfügung, für den er, außer des Justizministers Leonhardt Zustimmung, bereits die Genehmigung des Königs eingeholt hatte. Allein Forckenbeck empfand keine Lust, bei seiner allgemein bekannten Gegnerschaft wider die päpstliche Infallibilität und die klerikale Partei, sich in einer ganz ultramontanen Stadt und Gegend niederzulassen, wo

überdies mehrere seiner Verwandten von durchaus römischer Gesinnung lebten. Er entschied sich also für Breslau.

Seine Wahl erhielt vom Ministerium und Monarchen selbstverständlich sofortige Bestätigung. Kaiser Wilhelm ergriff sogar die erste Gelegenheit, dem hochverdienten Manne seine volle Gunst zu erweisen, noch ehe dieser in seine neue Stellung eingeführt worden. Forckenbeck hatte sich eifrig für das Fest des hundertjährigen Jubiläums der Einverleibung Westpreußens in den preußischen Staat bemüht, das am 12. und 13. September 1872 in Marienburg stattfand. Schon bei der Durchreise durch Elbing sprach der Kaiser, nach seiner Gewohnheit, vor allen Forckenbeck an und sagte ihm: „Aber das bitte ich mir aus, Herr Präsident, daß Sie nicht das Präsidium niederlegen, nachdem Sie Oberbürgermeister geworden sind.“ Eine arge Verlegenheit für den also Ausgezeichneten, da er den Breslauer Stadtverordneten ja das Gegentheil versprochen hatte! Eine stumme Verbeugung mußte aushelfen. In Marienburg erlebte Forckenbeck eine neue Ueberraschung. Bisher hatte er sich die Ertheilung eines Ordens stets verbeten. Nunmehr aber drückte ihm Eulenburg einen solchen plötzlich in die Hand: „Seien Sie nicht böse, es ließ sich nicht vermeiden.“ Es war eine hohe Auszeichnung, der Kronenorden zweiter Klasse. Inwieweit der Wunsch dabei mitgesprochen hatte, einen einfachen frackbekleideten und ordenslosen Menschen nicht unmittelbar hinter den Ministern und mit den Generälen einherschreiten zu lassen, bleibe dahingestellt.

Beim Scheiden aus Elbing ertheilte er seinem Bureauvorsteher die Weisung: er solle bei Eintreibung der noch außenstehenden Gebühren nicht zu scharf vorgehen! Am 2. Oktober 1872 fand dann die feierliche Einführung in sein neues Amt statt. Für die Betheiligung Forckenbecks als Haupt der städtischen Verwaltung Breslaus war es von großer Bedeutung, daß er, seit langem ein Kenner und Schätzer der Selbstverwaltung, gerade die Aera mit beginnen durfte, die, mit der Kreisordnung anhebend, in der Provinzialordnung ihre weitere Entwickelung fand. An der Ausführung

des Gedankens der Selbstverwaltung hat er, soweit die städtische Interessensphäre dabei berührt wurde, einen großen und in Breslau noch jetzt nachwirkenden Antheil gehabt.

Ueber die Grundsätze, die ihn bei dem Antritte seines Amtes leiteten, hat er sich selbst wiederholt ausgesprochen. Den städtischen Gemeinden, sagte er dann, werden durch die Selbstverwaltungsgesetze neue Rechte bewilligt, aber auch neue Pflichten auferlegt. Die großen Fragen der Gegenwart, an denen mehr, als je früher, alle Schichten des Volkes lebendigen Antheil nehmen, der gewaltige Aufschwung und Umschwung in den gewerblichen und industriellen Verhältnissen, die Verleihung größerer Rechte persönlicher Freiheit müssen in bedeutenden Gemeinden sorgfältig in ihren Folgen erwogen und beachtet werden. Das Hauptgewicht bei Erledigung aller dieser schwierigen und verwickelten Aufgaben ist aber nicht der staatlichen Gesetzgebung, sondern der bewährten innern Kraft der Selbstverwaltung beizumessen[1]).

Freilich suchte Forckenbeck während seiner Breslauer Periode den Schwerpunkt seiner Thätigkeit noch immer in der Politik — das sollte erst in Berlin anders werden — aber diese Hauptrichtung seines Interesses hinderte ihn nicht, mit höchster Kraftanstrengung den Anforderungen seines neuen schönen Amtes gerecht zu werden. Er arbeitete dafür mit größter Gewissenhaftigkeit und Ausdauer. Er fand sich durchaus in die neue, ihm bisher so gut wie unbekannte Verwaltungsthätigkeit hinein, die ihn zuerst ganz fremdartig angemuthet hatte. Noch auf dem Höhepunkt des Lebens, in der Vollkraft der Jahre befindlich, begnügte er sich nicht damit, dem schon früher gegebenen oder von Andern bewirkten Anstoß zu folgen, sondern entwickelte vielfach selber die leitenden Ideen. Er übernahm den Vorsitz der Armendirektion, dann der Schuldeputation, endlich fast aller größerer Verwaltungszweige, wobei ihm der junge Stadtrath Kirschner, der sich ihm mit frischer Begeisterung anschloß, die wesentlichsten Dienste leistete. Seine parlamentarische Thätigkeit und

[1]) „Nord und Süd", Band 58 (1891) Seite 179.

seine Beziehungen zu den leitenden Männern der Zentralbehörden dienten dazu, alle Schwierigkeiten rascher und gründlicher zu erledigen und die Stadt von den Provinzialbehörden so gut wie unabhängig zu machen. Andrerseits schafften ihm der Ruhm, den er sich längst erworben, und seine hohe parlamentarische Stellung, verbunden mit dem Imponirenden und Gewinnenden der eigenen Persönlichkeit, einen sehr großen Einfluß auf die nicht immer leicht zu lenkende Stadtverordneten-Versammlung. Er hatte hier zunächst manche Schwierigkeiten zu überwinden: denn die Mehrheit der Breslauer Bevölkerung und ihrer städtischen Vertreter hegte andere Meinungen auf politischem und sozialem Gebiete, als der neue Oberbürgermeister. Aber wie die verschiedensten Parteien im Landtage so wußte er auch die in Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung Breslaus von der Reinheit seiner Absichten, der Trefflichkeit seiner Rathschläge und Beschlüsse, der Unabhängigkeit seines Denkens und Fühlens zu überzeugen. Sein ebenso männliches wie freundliches und versöhnliches Auftreten trug bedeutend dazu bei, ihm Verehrung und Zuneigung der ganzen Bürgerschaft zu verschaffen. Mit Festigkeit in dem, was er für recht und gut hielt, verband er stets die Achtung vor der Kompetenz seiner Kollegen in den kommunalen Behörden. Irgend welche Konflikte, wie sie sonst bei den vielköpfigen städtischen Verwaltungen so häufig sind, haben sich während seiner Amtsführung nicht ereignet.

Nur kurz kann hier sein kommunales Wirken in Breslau skizzirt werden. Er hat die Einführung der Pferdebahnen betrieben und durchgesetzt. Er brachte die Errichtung der großen städtischen Gasanstalt zu Wege, wozu er den als Spezialisten bekannten Kommerzienrath Oechelhäuser von außen heranzog. Das Armenwesen hat er von Grund aus reformirt. Die vorzüglich für unbemittelte Kranke bestimmten Kliniken waren zum größern Theile städtisch, zum kleinern staatlich und dann von Universitätsprofessoren geleitet. Aus diesem Dualismus erwuchsen häufige und schwere Reibungen: Forckenbeck verstand es, ihnen durch ein Abkommen zwischen Staat

und Stadt ein Ende zu machen. Er schuf ein Provinzialmuseum, sowie ein statistisches Amt der Stadt und sorgte dafür, daß deren Haushalt der ganzen Bürgerschaft durch gedruckte Etatsübersichten genau bekannt wurde. Er hat die Uebernahme des Theaters in städtische Verwaltung geordnet.

In einer überaus wichtigen Angelegenheit, die für ihn, den Katholiken, eine besonders delikate war, hat er die Lösung in seiner weitblickenden und vorurtheilslosen Weise wenigstens eingeleitet. Die evangelische Geistlichkeit der Stadt Breslau stand, nach der seit einundeinhalb Jahrhunderten geltenden Altranstädter Konvention, unter einem städtischen Konsistorium, weil die Stadt subsidiär für alle kirchlichen Bedürfnisse der Protestanten aufzukommen verpflichtet war. Da nun das Kirchenvermögen für die immer größeren kirchlichen Ansprüche einer raschwachsenden Bevölkerung bei weitem nicht ausreichte, wurde die Stadt in einem die gesetzlichen Feststellungen des Allgemeinen Landrechts um Vieles übersteigenden Umfange für die konfessionellen Zwecke herangezogen. Unter des Oberbürgermeisters Leitung wurden deshalb mit den Kirchen Verhandlungen geführt, die nach seinem Abgange mit dem sogenannten Patronatsrezeß abschlossen: die Leistungen der Stadt wurden auf das Maß der landrechtlichen Verpflichtungen beschränkt und dafür den Kirchen größere Selbständigkeit verliehen.

Ganz besondere Aufmerksamkeit aber widmete Forckenbeck dem Bildungswesen, wobei ihm, außer Kirschner, auch Schulrath Thiel und Direktor Fiedler treu zur Seite standen. Eine Gewerbeschule ward ins Leben gerufen, die, mit staatlichem Zuschusse, noch jetzt existirt. Auf seine Anregung wurde die Zahl der gelehrten Schulen durch Gründung des königlichen Wilhelmsgymnasiums vermehrt. Gründlicher Umgestaltung bedurfte der Elementarunterricht, namentlich für die katholische Jugend. Für diese gab es nämlich, unter geistlichen Inspektoren, Pfarrschulen, die sehr dürftig und hinter den Anforderungen der Zeit weit zurückgeblieben waren; sie enthielten nur eine, zwei oder höchstens drei Klassen anstatt der nothwendigen Zahl von fünf bis sechs. Forckenbeck beseitigte diese Pfarrschulen überhaupt, führte zwei weltliche

Schulinspektoren ein und organisirte die städtische Schuldeputation in vollkommnerer Weise. Es stieg unter ihm die Zahl der städtischen Elementarschulen von 229 auf 363.

Auch auf den Gebieten, wo er nur früher gegebenen Anregungen folgte, wirkte er segensreich. Er ließ mehrere schöne Brücken anlegen und sorgte für Ausdehnung des Netzes der die Stadt versorgenden Wasserwerke. Unter seiner persönlichen Mitwirkung wurde endlich das große und für den Gesundheitszustand der städtischen Bevölkerung so überaus wichtige Unternehmen der Kanalisation zum Zwecke der Beseitigung der Abfuhrstoffe zu Ende geführt. Auch hier bediente er sich, wie bei der Gasanstalt, einer parlamentarischen Bekanntschaft, des bekannten Fachmannes Wiebe, ließ übrigens die entsprechenden Einrichtungen anderer Städte sorgfältig studiren. Er war unermüdlich in der Ueberwachung dieser Arbeiten. Als endlich der Moment des Zusammenschlusses der verschiedenen Röhrensysteme nahte, gab er die ihm zur Erholung so nothwendige Sommerreise auf, um sich von der glücklichen Beendigung des Werkes persönlich zu überzeugen.

Solch' angestrengtes, kluges und segensreiches Wirken fand dann, wie bei Magistrat und Stadtverordneten, so auch bei der ganzen Bürgerschaft lebhafte Anerkennung. Die konservative „Schlesische Zeitung", die ihm anfangs scharf entgegen getreten war, urtheilte schließlich: „Die Zeit der Wirksamkeit Forckenbecks in unserm Gemeinwesen ist eine Periode des Glanzes und höchsten kommunalen Triumphes für Breslau." Den schlagendsten Beweis für seine Bewährung als Leiter der Breslauer Stadtgemeinde erbrachte endlich die Thatsache, daß er nach sechs Jahren, als Hobrecht ausschied, von der Reichshauptstadt wirklich zum Oberbürgermeister erwählt ward.

Wie überall gewann er auch in Breslau durch bezwingende Liebenswürdigkeit, durch sein warmes Herz für die Sorgen und Anliegen der Einzelnen, durch seine strenge Unparteilichkeit und Sachlichkeit Aller Sympathien. Ebenso freundlich wie bestimmt und kurz im geschäftlichen Verkehre, zeigte er sich geduldig und gutherzig als Vorgesetzter. Immer

rücksichtsvoll für die Interessen anderer, fürchtete er nichts mehr, als jemandem irgendwie Unrecht zu thun. Als Fünfziger hatte er sich noch zumeist die alte Frische, Heiterkeit und Geselligkeit bewahrt.

Letztere Eigenschaft konnte er allerdings in Breslau selbst nur in sehr beschränkter Weise bethätigen. Während eines beträchtlichen Theiles des Jahres, und zwar besonders in der eigentlichen Saison, im Winter, durch seine parlamentarische Thätigkeit in Anspruch genommen, war er während des Aufenthaltes in Breslau durch die Anhäufung seiner kommunalen Aufgaben vollauf beschäftigt. Deshalb konnte er dort kaum den unumgänglichsten Ansprüchen der Repräsentation genügen, geschweige denn im eigenen Hause irgend umfassende Geselligkeit entwickeln.

In vieler Beziehung ergänzte ihn da seine treffliche Gattin.

Marie von Forckenbeck war damals schon seit Jahren durch hartnäckiges Leiden, besonders auch durch anhaltende migränenartige Kopfschmerzen, körperlich geschwächt. Sehr oft hatte sie, wenn der Gemahl endlich von den parlamentarischen Sitzungen in sein Heim zurückkehrte, dieses verlassen, ihm die Kinder übergeben und ein Bad aufsuchen müssen. Trotzdem stand sie ihm unermüdlich zur Seite. Niemand ahnte, in wie vollem Maße sie in alle ihn berührenden und bewegenden persönlichen Angelegenheiten eingeweiht war. Sie diente ihm als Geheimsekretär — halbe Nächte hindurch schrieb oft die kränkelnde Frau für den Gatten, den sie mit ihrem klugen Rathe und frei gesinnten Wesen kräftig stützte. Sie hatte, da ihr Gatte als Präsident des Abgeordnetenhauses beschäftigt war, den schwierigen Umzug der Familie von Elbing nach der schlesischen Hauptstadt ganz allein geleitet. In Breslau stellte sie sich trotz ihrer schwankenden Gesundheit mit nie rastender Thätigkeit an die Spitze zahlreicher wohlthätiger Vereine, begründete ein Lehrerinnen-Heim, vergrößerte und verbesserte die Kinderbewahr- und die Suppenanstalt. Ihr segensreiches Wirken wurde mit Recht an höchster Stelle durch die Verleihung des Luisenordens anerkannt.

So trug sie dazu bei, dem neuen Oberbürgermeister seine Stellung in Breslau zu befestigen. Politische Gegner hat er auch dort gehabt, Feinde keine.

XVI.

Reichstagspräsident.

Die Breslauer Stadtverwaltung war einsichtig genug, bei den großen schwebenden Fragen — zumal der Kreisordnung — von Forckenbeck nicht sofort die Aufgabe seiner Präsidentenstellung im Abgeordetenhause zu erzwingen. So leistete er der Mahnung Kaiser Wilhelms zunächst Folge: wegen des Oberbürgermeisterthums das Präsidium nicht zu opfern. Vielmehr hat er auch in den Provinzen für die Kreisordnung rastlose Propaganda gemacht.

Am 20. Oktober 1872 trat der Landtag nach seiner Vertagung wieder zusammen. Aber die von Forckenbeck mit so vieler Mühe durchgesetzte Maßregel erwies sich als vergeblich: das Herrenhaus lehnte am 31. Oktober mit der erdrückenden Mehrheit von 125 gegen 18 Stimmen die Kreisordnung ab.

Die Dinge waren damit von neuem zu einer Krisis gelangt. Nur mit Mühe hielt Forckenbeck die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses von ungeduldigem Drängen zurück. Die Regierung mußte nun Farbe bekennen, ob sie reaktionär oder liberal sein wolle. Das Ministerium war, wie am Schlusse der „neuen Aera", in zwei Hälften getheilt: eine gemäßigt liberale — Falk, Camphausen, Eulenburg — und eine konservative — Roon, Selchow, Itzenplitz —, die beide mit Einreichung der Entlassung drohten [1]).

[1]) Ms. Forckenbeck an seine Gemahlin, 25. Okt. 1872.

Es erschwerte die Lage, daß Bismarck wieder krank und abgespannt in Varzin weilte. Er setzte es nur mit Aufbieten seines ganzen Einflusses durch, daß der Landtag behufs baldiger abermaliger Einbringung der Kreisordnung sofort geschlossen und zugleich 25 neue Herrenhausmitglieder ernannt wurden: eine verständliche Drohung an die widersetzlichen Junker, daß ihre ganze Burg mit einigen Federstrichen gebrochen werden könne. Die Krisis war im liberalen Sinne entschieden. Forckenbeck hatte dazu durch persönliche Vorstellungen bei dem Herrscher nachdrücklich mitgeholfen [1]).

Nun reichten Roon und ein anderer der früheren Konfliktminister, von Selchow — für Landwirthschaft — ihre Entlassung ein. Selchow, der wegen Unfähigkeit und Selbstsucht längst auch bei den Parteigenossen unbeliebt war, erhielt sofort den Abschied. Von Roon mochten sich weder der Kaiser noch Bismarck trennen. Müde der steten Reibungen nach allen Seiten, übertrug der Kanzler ihm das Präsidium des preußischen Ministeriums; dafür wurde er von dem den alten kranken Herrn allzusehr drückenden Kriegsdepartement thatsächlich entlastet und solches dem General von Kameke übertragen.

So gestaltete sich die Lage, als schon am 12. November der Landtag wieder einberufen wurde. Dieses Mal sollte es endlich Ernst mit der Kreisordnung werden. Aber wie den Widerstand des Herrenhauses beseitigen? Es hatte sich gezeigt, daß die konservativen Einflüsse in der Umgebung des Monarchen denn doch allzu stark seien, um es geradezu zur Unterwerfung nöthigen zu können.

Forckenbeck meinte, zur Erreichung des seit mehr als einem Jahrzehnt angestrebten Zieles einige Opfer bringen zu müssen. In einer Reihe von vertraulichen Besprechungen verständigte er sich mit Eulenburg dahin, diejenigen Bestimmungen, die den Konservativen am anstößigsten seien, aus dem Gesetze zu entfernen, wogegen Eulenburg ihm verhieß, die wichtigsten der also über Bord geworfenen liberalen

---

[1]) Ms. Forckenbeck an seine Gattin, 15. Okt. 1872.

Anordnungen thunlichſt durch die miniſteriellen Ausführungs-inſtruktionen wieder herzuſtellen.

Die Fortſchrittspartei war für einen ſolchen, allerdings recht unerfreulichen, ja ſelbſt moraliſch etwas anſtößigen Kompromiß, den abzuſchließen Forckenbeck nur durch die dringendſte Noth veranlaßt wurde, nicht zu haben. Die Nationalliberalen mußten ſich alſo, behufs Erlangung einer Mehrheit, mit den Freikonſervativen verſtändigen. So ward der frühere liberale Kompromiß in konſervativ-gouvernementalem Sinne umgearbeitet, und demnach die Kreisordnung am 26. November zum dritten Male vom Abgeordnetenhauſe angenommen.

Daß ſchließlich Forckenbeck doch das Richtige getroffen hatte, daß ſo die Kreisordnung, ſelbſt in ihrer nunmehrigen Form, auch weitgehenden Anſprüchen der Liberalen genügte, wird durch den Umſtand erwieſen, daß die Fortſchrittspartei für ſie ſtimmte, obwohl ihre Voten zur Bildung der Mehrheit, von 288, nicht einmal nothwendig waren. Die 91 Stimmen, die ſich dagegen ausſprachen, gehörten den Klerikalen, Polen und Extrem-Konſervativen an. Und wie die Kreisordnung ſchon den Zerfall des Miniſteriums zur Folge gehabt hatte, ſo brachte ſie nunmehr auch eine wichtige Umgeſtaltung der Parteiverhältniſſe zu Wege. Die miniſterielle Minderheit der konſervativen Partei ſchied aus dem Verbande aus und nannte ſich „neukonſervativ“.

Dieſe neue Fraktion trug dann auch, mit Hilfe der kleinen freikonſervativen und liberalen Minderheit, im Herrenhauſe den Sieg davon. Die Kreisordnung wurde dort am 7. Dezember mit 116 gegen 91 Stimmen angenommen. Der Grund zur Selbſtverwaltung auch der ländlichen Gemeinſchaften war gelegt, ſo das Werk, das Stein und Hardenberg einige ſechzig Jahre früher mit den ſtädtiſchen Gemeinweſen begonnen hatten, endlich weitergeführt. Es war ein abermaliger Triumph der liberalen Beſtrebungen.

Sie waren zu neuen Siegen berufen. Forckenbecks einſichtige Diplomatie trug glänzende Erfolge davon.

Lasker traf die Hochkonſervativen mit einem furchtbaren

Schlage, indem er deren und ihres Führers, des Geheimraths Wagener, Betheiligung an schwindelhaften Eisenbahngründungen nachwies. Roon selber, der die Angegriffenen zu schützen versucht und Laskers Ehrenhaftigkeit verdächtigt hatte, mußte offen seinen Irrthum anerkennen. Der Minister nahm seines alten Gegners Forckenbecks Vermittelung in Anspruch, allein sie scheiterte an Laskers Weigerung, von seinen wahrheitsgemäßen Behauptungen um eines Haares Breite zurückzutreten. Dadurch trat eine theilweise Regierungskrise ein. Der Handelsminister Itzenplitz, der nicht sowohl aus selbstischen Beweggründen als vielmehr aus Unfähigkeit die Durchstechereien hatte geschehen lassen, wurde von seinen Kollegen ostentativ gemieden. Nachdem auch die Nationalliberalen beschlossen hatten, ihm die geforderte Eisenbahnanleihe von 120 Millionen nicht zu gewähren, nahm er seine Entlassung (13. Mai 1873). So fiel wieder ein Konfliktsminister unter allgemeiner Geringschätzung — nach Bodelschwingh, Lippe, Mühler, Selchow auch Itzenplitz. Er wurde durch den Freikonservativen Achenbach, einen frühern Universitätsprofessor, ersetzt. Wagener, der als vortragender Rath im Staatsministerium bedeutenden Einfluß geübt hatte, das geistige Haupt der konservativen Partei, wurde gleichfalls entfernt und durch eine gerichtliche Verurtheilung für immer unmöglich gemacht.

Von allen seinen Gesinnungsgenossen im Kabinet noch allein übrig, fühlte sich Roon immer unbehaglicher und isolirter. Er hat dann im November 1873 endgültig seine Entlassung genommen. Kameke erhielt nun auch der Form nach das Kriegsdepartement. Bismarck wurde wieder Präsident des preußischen Staatsministeriums. Da aber seine nervöse Abspannung ihm die wirkliche Ausübung des Vorsitzes nur selten möglich machte, schuf man die Stellung eines Vizepräsidenten, die dem gemäßigt liberalen und aufrichtig konstitutionellen Finanzminister Camphausen zufiel. Damit war dem ganzen Kabinet die Signatur gegeben. Freilich, von den entschieden liberalen Männern der parlamentarischen Mehrheit hatte dort keiner Aufnahme gefunden.

Bismarck hatte ihnen abermals Rechnung getragen, weil

er sie zur Führung des entscheidenden Schlages gegen die katholische Hierarchie in Preußen gebrauchte.

Am 9. Januar 1873 hatte Kultusminister Falk vier Gesetzentwürfe im Abgeordnetenhause eingebracht: 1. über die Grenzen des Rechtes zum Gebrauche kirchlicher Zuchtmittel; 2. über die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen; 3. betreffend den Austritt aus der Kirche; 4. über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für die kirchlichen Angelegenheiten.

Es waren Gesetze, die nicht nur die Beziehungen des Staates zur Kirche im Sinne der staatlichen Macht neu regelten, sondern thatsächlich tief in die innere Verwaltung der Kirchen eingriffen. Das war weniger bedeutend für die evangelische Landeskirche, deren höchster Bischof ohnehin der König war, als für die katholische Kirche, deren Organisation außerhalb des Staates sich gebildet hatte. Zur Durchführung dieser Bestimmungen bedurfte es einer Abänderung der Paragraphen 15 und 18 der preußischen Verfassung.

Forckenbeck hat das Bedenkliche dieser, nach dem Zeitpunkte ihrer Publikation „Maigesetze" genannten Bestimmungen nicht verkannt. Seinem ruhig und leidenschaftslos abwägenden Urtheil gingen sie viel zu weit. Er beklagte, daß zu ihrer Annahme die nationalliberale Partei durch Bismarck förmlich gedrängt werde — allerdings unterschied er sich hierin von der Meinung eines großen Theiles seiner politischen Freunde, die vielmehr den Kampf gegen die katholische Kirche freudig begrüßten. Er kannte besser, als seine protestantischen Parteigenossen, die Macht der katholischen Geistlichkeit und sah mit Trauer eine einmüthige Erhebung aller Katholiken gegen die Maigesetze voraus. Sorge und Erregung erfüllten sein Gemüth und reizten seinen Nerven bis zu unerträglicher Spannung. Wirklich erblickten alle bisher staatlich und viele liberal denkende Katholiken in jenen Bestimmungen einen direkten Angriff auf ihre Religion zu Gunsten der Alleinherrschaft des preußischen Protestantismus und gingen deshalb, gegen ihre eigentliche Ueberzeugung, zu den ultramontanen Schaaren über. Die Nachwirkung dieser unerfreulichen Wandlung dauert bis auf den heutigen Tag fort.

Die Zentrumsführer haben damals die Haltung Forckenbecks sehr wohl erkannt und zu schätzen gewußt. Sie hielten freundliche Beziehungen zu ihm aufrecht. Ihr geistvolles Oberhaupt, Windthorst, trat öfters in den Sitzungen zu ihm heran und sagte: „Heute bin ich ganz zahm, heute brauchen Sie nicht aufzupassen" — und hat sein Versprechen dann treulich gehalten.

Im Abgeordneten- und Herrenhause fanden die Verfassungsänderung und die Maigesetze Annahme; im letztern allerdings nur, nachdem die Regierung mit einem neuen Pairsschube gedroht hatte. Einige achtzig oft sehr aufgeregte und für den Präsidenten furchtbar anstrengende Sitzungen hatte Forckenbeck in dieser Landtagssession leiten müssen. Seine Kraft war momentan zu Ende. Seine treuen und nützlichen Dienste wurden vom Abgeordnetenhause durch das Geschenk einer mächtigen Vase aus vergoldetem Silber dankend anerkannt.

Auch der Kaiser ehrte ihn durch die Ernennung zum Mitgliede des neuen staatlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Er nahm die Ernennung an, hat dort aber stets im Sinne möglichster Milde und Nachsicht gewirkt. Freilich offene Auflehnung gegen die Staatsgesetze und geringschätzige Mißachtung des Gerichtshofes selbst hat bei ihm immer entschiedene Anwendung von dessen Strafgewalt zur Folge gehabt.

Die Nationalliberalen Völk und Hinschius zogen die grundsätzliche Folge aus der Stellungnahme des Staates der Kirche gegenüber, indem sie im Reichstage den Antrag auf Einführung der obligatorischen Zivilehe stellten. Wir erinnern uns, daß Forckenbeck sich als deren Anhänger schon im Beginne seiner parlamentarischen Laufbahn erklärt hatte. Uebrigens entsprach sie lediglich der Ankündigung in § 19 der preußischen Verfassung.

Und nun fanden bald nacheinander die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause und zum deutschen Reichstage statt. Sie zeigten wenigstens bei den Führern der verschiedenen liberalen Fraktionen eine erfreuliche Einigkeit. Der Aufruf der Fortschrittspartei war sehr gemäßigt, dem

Kulturkampfe geneigt, ja regierungsfreundlich. Andrerseits betonte der Aufruf der Nationalliberalen die enge Gemeinsamkeit aller Liberalen und wollte ein Zusammengehen mit den Konservativen nur dann, wenn es sich um den Kampf gegen die Reichsfeinde, das heißt gegen Ultramontane, Partikularisten, Polen und Dänen handle. Freilich haben trotzdem in manchen Provinzen die rechtsstehenden Nationalliberalen vielfach Anschluß an die gemäßigten Konservativen gesucht. Aber in der Hauptsache wurde die von den Führern ausgegebene Parole in einer Weise befolgt, wie nie vor- oder nachher. Zumal in den protestantischen Landkreisen der östlichen Provinzen Preußens fand ein förmliches Bündniß zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern zur Verdrängung der Konservativen statt. Da nun die Regierung diese im Stiche ließ und sich gänzlich neutral verhielt, da auch Neu- und Altkonservative sich mit Erbitterung bekämpften — so erlitten sie eine furchtbare Niederlage. Gewählt wurden für das Abgeordnetenhaus nur 4 Alt-, 28 Neu- und 38 Freikonservative, also zusammen 70. Freilich schwoll das Zentrum mit den Welfen auf 88 Köpfe an, die Dänen und Polen auf 20. Allein die Nationalliberalen zählten 178 Mitglieder, die Fortschrittspartei 72; die Altliberalen, die meist zu den Nationalliberalen übergegangen, waren nur noch durch 4 vertreten. Man sieht, daß die Nationalliberalen durch den Kompromiß mit der Fortschrittspartei viel mehr gewonnen hatten, als diese (November 1873). Aehnlich war der Ausfall der Reichstagswahlen am 10. Januar 1874. Hier gab es nur 22 Konservative und 36 Freikonservative, zusammen 58. Auch hier Zunahme der Ultramontanen und Welfen auf 95, denen sich zu entschiedenster Opposition 30 Polen, Dänen und Elsässer sowie 10 Sozialdemokraten verbanden — zusammen 135. Aber Nationalliberale gab es 155, Fortschrittspartei 49, zusammen 204, die Mehrheit des ganzen Reichstages, wie auch im Abgeordnetenhause. Die ausschlaggebende Stellung aber nahmen in beiden Körperschaften die entschiedenern Nationalliberalen und die Fortschrittspartei insofern ein, als sie jeden Gesetzentwurf der Regierung zu Falle bringen konnten, wenn

ſie ſich dazu mit der prinzipiellen ultramontan-partikulariſtiſchen Oppoſition verbanden.

Forckenbeck hat, ſeinem Verſprechen gemäß, in die Ablehnung eines Abgeordnetenmandates gewilligt und damit auf ſein Landtagspräſidium verzichtet, indem er die Berufung in das Herrenhaus als Vertreter Breslaus annahm. So ſehr er ſich nach Entlaſtung von den Geſchäften des Präſidiums und damit nach Einſchränkung ſeines Aufenthaltes in Berlin geſehnt hatte, ſo fiel ihm doch ſchließlich die Aufgabe des wichtigen und einflußreichen Amtes ziemlich ſchwer. An ſeiner Stelle wurde von Bennigſen zum Präſidenten des Abgeordnetenhauſes gewählt. Aber Forckenbeck wurde dafür reichlich entſchädigt.

Als am 5. Februar 1874 der neue Reichstag zuſammentrat, weigerte ſich Simſon wegen ſeiner Kränklichkeit und ſeiner anſtrengenden Berufsgeſchäfte ganz beſtimmt, das Präſidium der geſammtdeutſchen Volksvertretung wieder anzunehmen. Ganz ſelbſtverſtändlich wandten ſich alle Blicke auf Forckenbeck, dem ja Simſon ſelber ſchon mehrfach den hohen und verantwortungsvollen Poſten hatte überlaſſen, den man mehrmals zum erſten Vizepräſidenten hatte erwählen wollen. Alle Parteien boten ihm nun das Präſidium an.

Dieſe Einmüthigkeit legte Forckenbeck zweifellos die Verpflichtung zur Annahme auf. Er verhehlte ſich nicht, daß er damit abermals Zeit und Kräfte für ſeine Amtsthätigkeit in Breslau weſentlich beſchränke. Aber ſeine Bemühungen, eine anderweite Wahl herbeizuführen, ſcheiterten an dem für ihn ſo ehrenvollen Umſtande, daß alle Parteien eben nur ihn zum Vorſitzenden haben wollten. Nach reiflicher und ernſter Erwägung machte er ſich klar, daß die Pflichten für das Reich und für den Staat den Pflichten für die Gemeinde vorgehen müſſen. Er durfte ſich ſagen, daß keiner ſo wie er geeignet ſei, die liberalen und gemäßigt konſervativen Elemente zuſammenzuhalten und die Eintracht zwiſchen ihnen und dem Reichskanzler zu bewahren. So betrachtete er die Annahme als unumgänglich geboten[1]). Er ward in der That mit 263

[1]) Ms. Schreiben Forckenbecks v. c. 10. Febr. 1874 an Geheimrath *,*.

von 265 Stimmen, also fast einstimmig gewählt, während die beiden Vizepräsidenten nur gegen eine zahlreiche Opposition durchkamen. Ein glänzenderer Beweis für die ihm allgemein gezollte Verehrung und Hochachtung konnte bei der Schärfe, mit der zumal die Ultramontanen sonst allen anderen Parteien gegenüberstanden, ihm nicht gegeben werden.

Die Genehmigung der städtischen Behörden Breslaus hatte er nach dem Beamtengesetz nicht einzuholen. Aber sein Entschluß wurde von dem ganzen Magistrate der schlesischen Hauptstadt herzlich gebilligt. „So sehr," schreibt ihm der zweite Bürgermeister, „wir Sie auch hier als unsern lieben, ebenso sicher als ersprießlich leitenden Chef vermissen, so überwiegt doch im Magistrat wie bei allen Patrioten die Betrachtung, daß dem Wohle des Reiches Sonderinteressen zeitweise nachstehen müssen. Bei dem für Sie von dem Reichstage fast einstimmig abgegebenen Votum denkt man unwillkürlich an Vox populi vox Dei, an einen Ruf der Vorsehung, der Sie zugleich mit freudiger Zuversicht erfüllen muß."

Freilich machten sich auch andere Stimmen geltend. Man fand vielfach, daß bei der Abwesenheit des Oberbürgermeisters in der städtischen Verwaltung „die Zügel am Boden schleiften und die Hand fehle, die sie fest führe"; und zwar um so mehr, als man „von der Ueberlegenheit von Forckenbecks Persönlichkeit dem ganzen Kollegium gegenüber, keinen ausgenommen, überzeugt" war[1]). Indes der Oberbürgermeister fand die Mittel, das Magistratskollegium derartig zu organisiren und mit Anweisung zu versehen, daß die Unzufriedenheit bald verschwand.

Forckenbeck empfand die Würde, zu deren Träger ihn die einhellige Meinung der ganzen Vertretung des deutschen Volkes bestimmt hatte, als eine überaus gewichtige und hohe; nicht seiner Person galt das sondern dem Amte. Als ihn der Chef des Reichstagsbureau in einer offiziellen Eingabe an den Kaiser „sehr ehrfurchtsvoll", „sehr unterthänig"

[1]) Ms. Roepell an Forckenbeck, 24. März 1874.

ſchreiben laſſen wollte, ſagte ihm Forckenbeck: „So höflich darf ich als Reichstagspräſident doch nicht ſchreiben, mein lieber Happel.“ Und dennoch hielt ihn der greiſe Herrſcher in höherer Gunſt als je und behandelte ihn thatſächlich als Freund. Wenn Wilhelm I. nach Breslau kam, ließ er die höchſten Beamten und Generäle bei Seite und begrüßte vor allen Forckenbeck, mit dem er ſich am längſten und vertraulichſten unterhielt. Er verlieh ihm alsbald den Stern zum Kronenorden zweiter Klaſſe. Noch herzlicher ſtellte ſich der Kronprinz zu ihm. Der hohe Herr beſchied ihn häufig zu ſich und unterredete ſich mit ihm in harmloſem Zwiegeſpräch, bei einer Cigarre. Er ſowohl wie ſeine erlauchte Gemahlin pflegten ihn als ihren „guten alten Freund“ ſelbſt den höchſten Perſönlichkeiten vorzuſtellen. Auch Bismarck ſchätzte an Forckenbeck das ebenſo ſelbſtändige wie verſöhnliche und zuverläſſige Weſen. Da die Hofordnung dem Präſidenten des Reichstags keinen beſtimmten Platz anwies, entſchied Bismarck: „Unmittelbar hinter mir, vor allen Staatsſekretären und Generälen“. Ganz ſo intim, wie mit Simſon, ſtand freilich Bismarck mit Forckenbeck nicht. Es fehlte dem ſtarren Weſtfalen das elegante und äußerlich verbindliche Weſen ſeines Vorgängers; er konnte auch heftig abweiſend werden, wenn man von ihm das Opfer von Ueberzeugungen oder weſentlichen Volksrechten forderte. Aber Bismarcks Achtung vor ihm war deshalb keine geringere. Bei dem Herannahen jeder neuen Präſidentenwahl des Reichstages ſprach der Kanzler an Forckenbeck ſeinen eigenen und der verbündeten Regierungen Wunſch aus, daß, wenn die Wahl wieder auf ihn fallen ſollte, er das Amt auch annehmen möge.

Nicht nur nach oben, auch ſeinen Mitbürgern gegenüber behauptete der für ſeine Perſon ſo beſcheidene Forckenbeck die Würde des Amtes. Er bewarb ſich ſeit ſeiner Erkürung zum Reichstagspräſidenten niemals mehr um das Mandat eines Wahlkreiſes, um ſich weder einer Kränkung noch einer Niederlage auszuſetzen. Höchſtens geſtattete er, daß ſeine Freunde für ihn warben und redeten.

So ſtand er gleichſam als der Vertreter des ganzen

deutſchen Volkes, als eine annähernd gleichberechtigte Macht dem Kaiſer und dem Kanzler zur Seite. Ein ganzer Mann von würdigſtem Gleichmaß des Weſens, in dem ſich die beſten und wackerſten Vorzüge des deutſchen Charakters verkörperten, und deshalb auch der geeignetſte Vorſitzende des deutſchen Reichstages.

XVII.

Die Herrschaft des Liberalismus.

Das Obsiegen einer freilich sehr gemäßigt liberalen, man möchte fast sagen konservativ-liberalen Richtung in der Regierung schien nach der Umgestaltung des Ministeriums und bei dem entschiedenen Vorwalten der liberalen Parteien in beiden großen Volksvertretungen gesichert. Und doch, so sehr überwog in diesem Reiche der militärische Charakter, daß wegen der Frage der Heeresorganisation ganz im Beginne ein gefährlicher Konflikt zwischen dem Reichstage auf der einen, dem Kaiser und dem Kanzler auf der andern Seite auszubrechen drohte.

Der erste Gesetzentwurf, der dem neuen Reichstag vorgelegt wurde, war die Festsetzung der Friedenspräsenzstärke des Heeres auf den bisherigen Fuß von 401 659 Mann — ohne Offiziere, Unteroffiziere und Einjährig-Freiwillige — für immer.

Wir wissen, wie schwer es Forckenbeck gefallen war, den konstitutionellen Bedenken des Reichstags gegenüber die Fixirung der Heeresstärke 1867 auf vier, 1871 auf drei Jahre durchzusetzen. Von einer Bestimmung der Friedensstärke der Armee für alle Zukunft, von einer thatsächlichen Vernichtung des Budgetrechts des Parlamentes in militärischer Beziehung wollte übrigens Forckenbeck selber am wenigsten reden hören [1]). Die Fortschrittspartei und die entschiedenere

[1]) W. Oncken im „Zeitalter des Kaisers Wilhelm", Bd. II S. 616, behauptet, Forckenbeck habe 1863 selber die Festlegung des Präsenzstandes für alle Zeiten beantragt. Wie gröblich er Forckenbeck mißverstanden hat, zeigt schlagend dessen eigene Rede, namentlich die oben, S. 171 zitirten Worte. Vergl. oben S. 113 ff.

Digitized by Google

Hälfte der Nationalliberalen sprachen sich gegen das militärische „Aeternat“ aus, dessen erster Paragraph in der dazu bestellten Kommission mit allen Stimmen gegen die 6 konservativen und die beiden der Nationalliberalen Gneist und von Benda verworfen wurde.

Darauf brach ein furchtbarer Sturm los. Die ganze offiziöse und selbst ein großer Theil der nationalliberalen Presse griffen die Gegner des Gesetzes als Vaterlandsverräther an. Der kranke Reichskanzler von Varzin aus ließ drohend und scheltend seine Stimme erschallen und verkünden, daß er zurücktreten oder den Reichstag auflösen werde. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung gab dazu den Kommentar, indem sie die widerspenstigen Nationalliberalen damit ängstigte, sie würden nicht wiedergewählt werden. Der Kaiser selber sagte an seinem Geburtstage zu den ihn umgebenden Generalen: „Es scheint abermals eine Krisis über der Armee zu schweben;“ und erinnerte das gratulirende Reichstagspräsidium an die Konfliktszeit, mit der Ankündigung, nöthigenfalls den Kampf noch einmal aufnehmen zu wollen[1]).

Inzwischen ging der Reichstag in die Ferien. Da ließ der Kaiser den Präsidenten, der sich in dieser seiner Eigenschaft von der ganzen Agitation fern gehalten hatte, am 30. März zu sich bescheiden, um mit ihm über die Sachlage zu berathen. An die mündliche Besprechung knüpfte sich auf die Veranlassung des Kaisers ein Briefwechsel, für den jedoch Forckenbeck sowohl dem Reichstage als auch dem Kanzler gegenüber nicht die Verantwortung übernehmen mochte. Eine solche Korrespondenz konnte als eine Umgehung des Reichskanzlers, wenn nicht als eine gegen ihn gerichtete Intrigue angesehen werden. Er theilte also die Thatsache Bismarck mit, selbstverständlich indem er hiervon seinen hohen Korrespondenten unterrichtete. Abends beim Hoffest sagte ihm der Kaiser ganz geheim: „Ich habe die von Ihnen erhaltenen Briefe verbrannt.“

Forckenbecks Uebereinkommen mit dem Kaiser lief darauf

[1]) Ms. Forckenbeck an seine Gemahlin, 13. Febr. 1874.

hinaus, anstatt des „Aeternats“ ein „Septennat“ herzustellen, also die 401,659 Mann nicht auf immer, sondern auf sieben Jahre — bis zum 31. Dezember 1881 — zu bewilligen. Es war das eine längere Festlegung, als sie je vorher auch nur von der Regierung verlangt worden. Aber das Heer war damals in Deutschland so volksthümlich geworden, die Drohung des Rachekrieges seitens der Franzosen so lebhaft und beständig, daß nach einer Auflösung des Reichstags die liberalen Gegner selbst des Aeternats zweifelsohne zum großen Theile auf dem Kampfplatze geblieben wären. Als die Abgeordneten aus den Ferien zurückkamen, waren bei den Nationalliberalen die opponirenden Stimmen auf 15 zusammengeschmolzen, erklärten selbst. in der Fortschrittspartei sechs Mitglieder, daß sie bei drohender Auflösung des Reichstages oder Abdankung des Kanzlers für § 1 stimmen würden. Darauf willigten die noch widerstrebenden Nationalliberalen in das Septennat, für das Bennigsen die formelle Zustimmung des Reichskanzlers und dieser die des Kaisers erhielt. Am 20. April 1874 wurde es mit 214 gegen 123 Stimmen angenommen. — der drohende Konflikt war, wieder zum großen Theil durch die Idee Forckenbecks, beseitigt.

Für seine Opfer hatte der Liberalismus auch Genugthuungen. Im preußischen Landtage wurde das Zivilehegesetz angenommen — dieses Mal auch im Herrenhause, das während der „neuen Aera“ selbst die fakultative Zivilehe zweimal abgewiesen hatte. Aber die Einrichtung, die ohne ein religiöses Bedürfniß der Brautleute im mindesten zu schädigen, sie von hierarchischen Gelüsten der Geistlichkeit unabhängig machte, sollte über das ganze Reich ausgedehnt werden. Der Reichstag nahm den bezüglichen Antrag Völk und Hinschius am 28. März 1874 an. Der Bundesrath hat ihm aus formellen Gründen nicht zugestimmt, wohl aber den Reichskanzler aufgefordert, ein entsprechendes Gesetz baldigst vorzulegen. Die Einführung der von den Vorkämpfern des Kirchenthums auf das äußerste verabscheuten Zivilehe war für ganz Deutschland gesichert. In Preußen wurde sie noch im selben Jahre verwirklicht.

Ein weiteres Gesetz des deutschen Reiches befreite die

Preſſe von jeder Art Kaution, Stempel wie Anzeigenabgabe und hatte thatſächlich einen außerordentlichen Aufſchwung des Zeitungsweſens zur Folge.

Immer deutlicher zeigte ſich der Segen, daß ſich im Reiche nicht, wie in ſpeziell preußiſchen Dingen, zwiſchen Regierung und Volksvertretung noch das unheilvolle Herrenhaus einſchob. Unmittelbar nach dem Konflikte iſt alſo deſſen hauptſächlichſtes Werkzeug als veraltet und zweckwidrig für die weſentlichſten Beziehungen des Staats- und Volkslebens beſeitigt worden. Das hatte die feudale Reaktion nicht erwartet, als ſie 1862—66 über die Siege des Herrenhauſes jubelte!

Inzwiſchen nahm die Bekämpfung der Hierarchie durch Zwangs- und Strafgeſetze auch im Reichstage ihren Fortgang. Forckenbeck ſelber kam dazu, als Mitglied des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten die Abſetzung des Erzbiſchofes Grafen Ledochowski von Poſen auszuſprechen, der direkt zum Angriff auf die Staatsgeſetze übergegangen war und die Aufforderungen des Gerichtshofes gänzlich unbeachtet gelaſſen hatte. Unter denſelben Bedingungen hat er ſpäter auch an der Amtsentſetzung des fanatiſchen Biſchofs Martin von Paderborn und des mit kühler Entſchloſſenheit für Rom wirkenden Fürſtbiſchofs von Breslau theilgenommen.

Wie im Landtage, ſo hatte nunmehr auch im Reichstage die Geſchäftsführung Forckenbecks die Anerkennung ſämmtlicher Parteien gefunden, und trotz der Leidenſchaftlichkeit des Kampfes hatte er, der um niemandes Gunſt ſich bewarb, die ſchwere Kunſt geübt, Allen zu gefallen.

Für die zweite Seſſion, die im Herbſte begann, wurde er wieder mit allen gegen vier Stimmen gewählt — und das war nicht etwa Formſache, denn Stauffenberg als erſter Vizepräſident hatte nur eine Zweidrittel-, Hänel als zweiter eine Dreiviertelmehrheit. Auf glänzendere Weiſe konnte die Anerkennung, die der ganze Reichstag der Perſönlichkeit ſeines Präſidenten ſchenkte, nicht ausgedrückt werden. Als Forckenbeck trotzdem zögerte, ſich wieder der Feſſel und den Mühen des Amtes zu unterwerfen, bat Bismarck ihn darum auf das

dringendste, im eigenen Namen wie in dem der verbündeten Regierungen[1]). Er war zum Vertrauensmann des gesammten politischen Deutschlands geworden.

Und doch wäre es beinahe zum Bruche zwischen ihm und dem Hause gekommen.

Am 18. November stand der Bankgesetzentwurf zur Berathung. Vor der Abstimmung fand eine lange Debatte zur Geschäftsordnung statt, ob der Antrag Lasker auf motivirte — nicht nur schlichte — Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission zulässig sei oder nicht. Forckenbeck erklärte das Verfahren für statthaft, das Haus indes entschied mit 148 gegen 138 Stimmen anders; von einigen Seiten waren in der Hitze der Debatte unziemliche Worte gefallen. Darauf legte Forckenbeck zu allgemeiner schmerzlicher Ueberraschung den Vorsitz nieder.

Seine natürliche Heftigkeit, die er sonst so gut zu beherrschen verstand, hatte ihn zu einem Schritte veranlaßt, der eigentlich durch die thatsächlichen Verhältnisse kaum gerechtfertigt war. Allerdings hatte ihm eine schwache Mehrheit des Hauses in der Auslegung der Geschäftsordnung Unrecht gegeben, allein in einem ganz nebensächlichen Punkte, wegen dessen sich seine Würde wohl auf weniger schroffe Art hätte wahren lassen. Es lag ihm jedoch daran, seine Autorität nicht nur den Kollegen sondern, gerade im Interesse der Volksvertretung, auch der Reichsregierung gegenüber in vollem Maße aufrecht zu erhalten. Jedenfalls erreichte er seinen Zweck, denn schon am folgenden Tage ward ihm eine glänzende Genugthuung zu Theil: er wurde, ohne eine Stimme des Widerspruchs, durch Akklamation wieder zum Präsidenten gewählt. Der Zwischenfall hatte sein Ansehen nur gestärkt. Der Kaiser selber ließ sich bei ihm nach den Gründen der Amtsniederlegung erkundigen und ihm sagen, er halte viel darauf, daß Forckenbeck das Präsidium weiterführe. Wiederholt hat sich dann Wilhelm I. bei Dingen, die ihm sehr am Herzen lagen, in geheimen und vertraulichen Briefen an den

[1]) Ms. Forckenbeck an seine Gemahlin, 1. Nov. 1874.

Präſidenten gewendet, ihm auch öfters ſeinen ganz beſondern und perſönlichen Dank ausgedrückt.

Und wie ſeine eigene Autorität, ſo wahrte er die des Reichstages. Unter deſſen einſtimmigem Beifall erklärte er bei der Budgetberathung: es ſeien die einzelnen Poſitionen innerhalb der umfaſſenden Titel — Abſchnitte — des Staatshaushalts, worüber er abſtimmen laſſe, und die damit Bewilligung oder Nichtbewilligung erhielten. Hierdurch machte er, nach alter konſtitutioneller Ueberlieferung, dem Miniſterium die willkürliche Uebertragung der Geldmittel von einer bewilligten zu einer nichtbewilligten Ausgabepoſition und innerhalb der Etatstitel unmöglich. Die Darſtellung von Forckenbecks parlamentariſcher Wirkſamkeit iſt thatſächlich die Geſchichte der konſtitutionellen Entwickelung des preußiſchen Staates und des deutſchen Reiches.

Es bedurfte der ganzen Feſtigkeit, Ruhe und Geiſtesgegenwart Forckenbecks, um in den erregten Wogen des Kulturkampfes die Würde der Reichstagsverhandlungen vor dem Untergange zu bewahren. Bei der Budgetberathung kam am 3. Dezember 1874 der ultramontane Redner Joerg auf den Mordanſchlag zu ſprechen, den am 13. Juli desſelben Jahres ein gewaltthätiger, von religiöſem Fanatismus erfüllter Menſch, Kullmann, in Kiſſingen auf den Reichskanzler verübt hatte; Joerg klagte aber nicht Kullmann, ſondern diejenigen an, die deſſen That als eine nothwendige Folge der klerikalen Hetzereien bezeichnet hatten. Bismarck ſchleuderte darauf dem Zentrum die furchtbaren Worte zu: „Ja, meine Herren, verſtoßen Sie den Mann, wie Sie wollen, er hängt ſich doch an Ihre Rockſchöße!“

Ein allgemeiner Aufruhr im Hauſe war die Folge dieſer Anrede. Während von rechts und links ſtürmiſche Bravorufe ertönten, erklangen aus dem Zentrum häufige und laute Pfui's. Nur mit Mühe vermochte ſich Forckenbeck Gehör zu verſchaffen: „Meine Herren! Ich bitte um Ruhe — und muß bemerken, daß der Ausdruck Pfui! nicht parlamentariſch iſt.“ Eine ſcharfe Erwiderung des Reichskanzlers auf die Pfuirufe hatte beinahe ein Handgemenge zur Folge zwiſchen Klerikalen

und Nationalliberalen, das nur Forckenbeck durch Einsetzung seiner Autorität verhinderte. Windthorst aber wollte seine Revanche haben und abermals, wie er schon früher im Landtage versucht, einen Keil in das Bündniß der Liberalen und des Reichskanzlers treiben. „Ja, meine Herren," sagte er, „da niemand hier im Hause die Disziplin über die Aeußerungen des Reichskanzlers hat . . . ." Weiter kam er nicht, da Forckenbeck mit seiner bewundernswerthen Geistesgegenwart sofort das schlaue Manöver des Zentrumsführers zu vereiteln und, ohne der von ihm stets behaupteten Stellung des Präsidenten etwas zu vergeben, doch jeden Streit darüber zu vermeiden wußte. Er unterbrach Windthorst: „Der Präsident ist dazu da, in jeder Beziehung die Würde der Verhandlungen zu wahren, und wird dies Jedem in diesem Saale gegenüber thun, wenn er Veranlassung dazu findet. Der Redner kann sich also die Erörterung über das Verfahren des Reichskanzlers sparen." Die „kleine Exzellenz" gab sich noch nicht für geschlagen und suchte die heikle Sache von neuem anzuregen. „Der frühere Präsident," sagte er, „hatte eine andere Ansicht von dem Umfange seiner Disziplin . . . ." Neue Unterbrechung durch Forckenbeck: „Ich kann nicht dulden, daß das Verfahren des frühern Präsidenten hier einer Kritik unterzogen wird." Wenn dem Präsidenten hierfür lauter Beifall der Linken zu Theil wurde, zeigte er doch in derselben Sitzung noch seine volle Unparteilichkeit, indem er die Klerikalen gegen einen leidenschaftlichen Angriff eines seiner nächsten Freunde in Schutz nahm. Lasker bezeichnete das Verfahren der ultramontanen Redner, die Reichsregierung als offenbar kriegslüstern darzustellen, als „ein Verbrechen gegen das Vaterland". Inmitten des tosenden Beifallssturmes, der ihm dafür zu Theil wurde, erhob sich der Präsident und ertheilte dem Redner der Linken für diese Beleidigung von Reichstagsmitgliedern den Ordnungsruf.

Solche Vorgänge sind bezeichnend für die Unparteilichkeit und mannhafte Unerschrockenheit, mit der Forckenbeck das Präsidium führte. Nur seinen hohen Vorzügen als Vorsitzender ist es zu danken, wenn in jenem Jahre der Reichstag vor schmählichen Szenen bewahrt blieb, wie die amerikanischen

Volksvertretungen oder jüngst der österreichische Reichsrath sie der entrüsteten Welt geboten haben.

Die Aufhebung der deutschen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle, die Einstellung sämmtlicher Staatsleistungen für die katholische Kirche der preußischen Monarchie — das „Sperrgesetz" — sowie das Verbot aller kirchlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen, mit Ausnahme der lediglich der Krankenpflege gewidmeten, aus dem ganzen Staatsgebiete, endlich ein Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden, die den Gemeinden selbst, an Stelle des Bischofs, übertragen wurde, vervollständigten die Reihe der staatlichen Zwangsmaßregeln gegen die Hierarchie. Indem sie nur die katholische Kirche betrafen, trugen sie freilich in bedauerlichem Maße dazu bei, den ganzen Kampf im Lichte eines Religionskrieges erscheinen zu lassen.

Glücklicher Weise hatte der Reichstag inzwischen erfreulichere Aufgaben zu lösen. Es lag ihm ein großartiges Gesetzgebungswerk vor: eine neue Gerichtsverfassung und eine Neuordnung des Straf- und Zivilprozesses sowie der Konkursordnung, des Gebührenwesens und der Verhältnisse der Rechtsanwälte für Deutschland. Damit war wieder ein gewaltiger Schritt zur Herstellung der Rechtseinheit in ganz Deutschland gethan. Zumal die beiden Prozeßordnungen bedeuteten überdies einen wichtigen Erfolg der modernen Anforderungen: sie waren durchaus auf die Grundsätze der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens basirt. Freilich dauerte es fast noch zwei Jahre, ehe die gründliche Bearbeitung der Vorlagen durch einen permanenten Ausschuß des Reichstages deren Berathung im Plenum ermöglichte.

Inzwischen hatte gerade der Weiterausbau der von Forckenbeck so lebhaft begehrten und geförderten Selbstverwaltung ihn in einen schweren innern Konflikt getrieben, der fast zu einem Bruche mit den meisten seiner Parteigenossen führte.

Forckenbeck war nie der Mann, sich durch Schlagworte irgend einer Art bestimmen zu lassen; er war gewohnt, die Dinge an sich mit kühlem Blute gründlich zu prüfen. Er hat stets in weit höherem Maße, als die übrigen Liberalen,

die praktischen Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt. Wie nun in der am 16. Januar 1875 beginnenden Landtagssession, als allerdings nothwendige Ergänzung der Kreisordnung, eine Provinzialordnung eingebracht wurde, die die Selbstverwaltung in die Administration der Regierungsbezirke und der Provinzen einführen sollte, erkannte Forckenbeck, mit seiner durch die langjährige Kreisdeputirtenschaft geschärften Einsicht, daß dieses organische Gesetz durch Bevorzugung der ländlichen Elemente und namentlich des Großgrundbesitzes lediglich dazu dienen werde, diesem letztern und damit dem ostelbischen Junkerthum erhöhten Einfluß auf das Volksleben zu verleihen. Vor allem fürchtete er, daß der neue, hauptsächlich aus Beamten und Großgrundbesitzern bestehende Provinzialrath, der zur Aufsichtsbehörde über die Kreise, also auch die Stadtkreise, bestimmt war, die städtischen Interessen vom feudalen Standpunkte aus benachtheiligen werde. Er verwarf mit Ingrimm die ganze kleinlich büreaukratische Art, wie die städtischen Interessen den ländlichen untergeordnet wurden, und würde es vorgezogen haben, Provinzialrath und Bezirksrath ganz zu streichen und es hinsichtlich der Aufsichtsinstanz über Städte und Kreise sowie der ganzen Landesverwaltung lieber vorläufig beim Alten zu belassen.

Damit fand er die Zustimmung seiner meisten Parteigenossen nicht. Das Wort „Selbstverwaltung" übte auf sie einen blendenden Zauber; und im Vertrauen auf die Schlagworte „moderner Geist" und „natürliche Entwickelung" schlugen sie die verständigen und sachgemäßen Bedenken Forckenbecks in den Wind. Am 17. April nahm das Abgeordnetenhaus die Provinzialordnung an. Außer den Ultramontanen und Extrem-Konservativen hatten nur drei Nationalliberale und achtzehn Fortschrittsmänner gegen sie gestimmt.

Die Herrenhauskommission unterzog das Gesetz noch einer allseitigen Umarbeitung im Sinne des ländlichen Grundbesitzes, die die Zustimmung der Regierung fand. Um so lebhafter erhob sich gegen sie Forckenbeck bei der Berathung im Plenum des Herrenhauses am 28. Mai 1875. Er wies nach, wie durchaus auf den Provinziallandtagen das städtische

Element, weit mehr als bisher, gegen das ländliche zurückgedrängt werde; und dabei würden die Städte schwerer belastet durch die Umlegungsart der Provinzialabgaben. Vergebens: das Junkerthum war froh, nach allen seinen Niederlagen auf dem Gebiete der hohen Politik hier auf dem der praktischen Verwaltung seinen Einfluß und seine Macht in unerwartetem Umfange neu begründen zu können.

Zum Abschnitte V des Gesetzentwurfes, der vom Provinzialrath handelte, beantragte der Oberbürgermeister von Halberstadt, Becker, ihn ganz zu streichen. Forckenbeck war damit in vollem Maße einverstanden und befürwortete dies auf das wärmste. Er wies darauf hin, daß, ehe man einem ständischen Ausschusse so weitgehende Befugniß anvertraue, wie der Entwurf wolle, zuvor eine neue Städteordnung, eine Wegeordnung und ein Schulgesetz, zahlreiche strittige Materien, dauernd festzustellen sei. Mit Recht erklärte er es für unmöglich, daß zum Beispiel ein neuer Bebauungsplan von Magdeburg oder Breslau, der viele Millionen Thaler und die mannigfachsten Interessen großer städtischer Gemeinwesen betreffe, der Beaufsichtigung und endgiltigen Entscheidung durch einen vorwiegend ländlichen Provinzialrath unterworfen werde. In der Debatte des folgenden Tages betonte er besonders die Unklarheit der Kompetenzen des Provinzialrathes und die Gefahr, daß eine solche Selbstverwaltungsbehörde in Konflikt mit der Haltung des Landtages und der von diesem mitbestimmten Regierung trete. Allein die Konservativen rechneten ja, mit gutem Grunde, darauf, daß ihr durch diese provinziellen Einrichtungen verstärkter Einfluß ihnen künftig die Mehrheit im Abgeordnetenhause verschaffen werde. Der Antrag Becker wurde verworfen, die ganze Provinzialordnung in der Fassung der Herrenhauskommission angenommen.

Forckenbeck sah daraus die schlimmsten Gefahren für die innere Entwicklung des preußischen Staates und damit ganz Deutschlands erstehen. Das Gesetz mußte, als vom Herrenhause abgeändert, noch einmal das Abgeordnetenhaus passiren. Er beschloß die Aufbietung seines ganzen Einflusses in der Partei, um es zum Scheitern zu bringen.

Da traf er auf den Widerstand des rechtsstehenden Flügels der Nationalliberalen und besonders des Hannoveraners Miquel.

Miquel hatte bisher zu den entschiedenen Mitgliedern der Partei, zu dem Laskerschen Flügel gehört, und wurde deshalb von dem Kanzler als sein persönlicher Gegner betrachtet und zumal in vertraulichem Gespräch hart angegriffen [1]). Aber nunmehr vollzog der vielgewandte und glühend ehrgeizige Mann seine Schwenkung nach rechts. Er bemühte sich in langwierigen Unterhandlungen mit der Regierung, zumal mit dem Minister Eulenburg, um eine Verständigung und brachte wirklich einen Kompromiß zu Stande. Danach sollte das Laienelement sowohl im Provinzialrathe — mit fünf gewählten Nichtbeamten neben zwei vom Könige ernannten Beamten — als auch im Bezirksrathe — mit vier gewählten Nichtbeamten neben zwei Beamten — die ausschlaggebende Mehrheit erhalten. Polizeiliche Vorschriften des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten müssen binnen sechs Monaten vom Provinzialrath Billigung empfangen, sonst sind sie ungültig. Damit war allerdings die Bureaukratie zu Gunsten der Selbstverwaltung noch weiter zurückgedrängt. Aber gerade der Kernpunkt von Forckenbecks Einwendung: die sichere Stärkung des ländlichen und damit des junkerlichen Elementes, war hierdurch nicht beseitigt, im Gegentheil noch dringlicher gemacht. Trotzdem wurde die Provinzialordnung in der Miquel'schen Fassung, für die nun auch die Regierung eintrat, am 7. Juni 1875 im Abgeordnetenhause mit 213 gegen 148 Stimmen angenommen. Wenn jetzt auch der größere Theil der Fortschrittspartei zu richtiger Erkenntniß der Sachlage gelangt war und dagegen votirte, so hatte doch Miquel die überwiegende Mehrzahl der Nationalliberalen an sich gefesselt.

---

[1]) Davon geben verschiedene Ms. Briefe Forckenbecks an seine Gattin Zeugniß; zumal der vom 25. Januar 1870, in Betreff eines Gespräches Forckenbecks und Bennigsens mit dem Grafen Bismarck wegen der Berathung der Kreisordnung.

Forckenbeck befand sich in so großer Aufregung, wie noch nie in seinem politischen Leben. Als Patriot, als Beamter und als Haupt einer Großstadt fühlte er sich gleich sehr beängstigt. Besonders zürnte er Miquel. Er beschloß und verkündete, daß er gegen dessen Ausgleich im Herrenhause sprechen und stimmen werde. Dadurch würde er den größten Theil der städtischen Vertreter bewogen haben, die Opposition der extrem Konservativen gegen die neue Form des Gesetzes zu verstärken, es zu Falle zu bringen. Niemand wagte den leidenschaftlich bewegten Mann umzustimmen. Schließlich faßte sein vertrauter Freund Dohrn Muth und sprach ihn an: Forckenbeck antwortete heftig, ja grob. Dohrn erwiderte ihm um so ruhiger und freundlicher, und damit hatte er bei dem guten, liebevollen Herzen Forckenbecks das Spiel gewonnen. Dieser ließ sich von Dohrn in die Fraktionssitzung führen, wo Miquel, dem um seines persönlichen Ansehens willen alles an der Durchsetzung des Kompromisses lag, ihn umarmte und küßte. Forckenbeck blieb von der entscheidenden Sitzung des Herrenhauses überhaupt weg. Nach lebhafter Befürwortung seitens der Regierung nahm dieses das Gesetz in der Fassung des Abgeordnetenhauses an (12. Juni 1875). Unmittelbar darauf wurde der Landtag geschlossen.

Die Erfahrung hat den Bedenken Forckenbecks zum größten Theile Recht gegeben, wenigstens in dem Hauptpunkte: die Provinzial- und Bezirksorganisation hat die Macht und den Einfluß des grundbesitzenden Klein- und Großadels in den fünf östlichen Provinzen Preußens bedeutend verstärkt. Das zeigte sich sofort. Die im November 1875 stattfindenden Wahlen zu den Provinziallandtagen ergaben nur in Preußen eine liberale, in Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schlesien dagegen eine konservative Mehrheit. Die Nationalliberalen Miquelscher Observanz waren von dieser Wirkung ihrer gesetzgeberischen Weisheit ganz verblüfft — zu spät kam, wie gewöhnlich, die Reue, nicht Forckenbecks Warnungen Gehör gegeben zu haben.

Die Regierung aber trug dessen Beweggründen vollauf

Rechnung. Sie setzte es bei der konservativen Mehrheit des schlesischen Provinziallandtages durch, daß dieser am 4. Januar 1876 Forckenbeck zum stellvertretenden Vorsitzenden wählte.

Forckenbeck hat in seinem gütigen Herzen Miquel die persönliche und sachliche Niederlage nicht nachgetragen. Die Wahl Miquels zum Oberbürgermeister von Frankfurt am Main ist zum großen Theile der Empfehlung Forckenbecks zu danken, bei dem die Führer der dortigen Stadtverordneten-Versammlung zuvor schriftlich und mündlich Erkundigung über den Kandidaten eingeholt hatten.

Im Sommer machte Forckenbeck auf eine Einladung seines Freundes Dohrn eine Erholungsfahrt auf dessen Dampfer nach der dänischen Insel Bornholm. Da das Schiff den Präsidenten des deutschen Reichstags an Bord trug, ließ Herr Dr. Dohrn es beim Einlaufen in den Hafen von Rönne reich beflaggen und bewimpeln. Erstaunt eilten die Bewohner ans Ufer, um zu erfahren, welch' hoher Gast in ihrem Städtchen lande. Der lustige Kapitän des Dampfers ließ ihnen zuraunen: der hochgewachsene Herr mit dem spärlichen Haupthaar sei Bismarck, — mit dem ja bekanntlich Forckenbeck einige Aehnlichkeit besaß. Die Reihe des Verwunderns war an den nichtsahnenden Reisenden, als sie sich bei der Fahrt durch die Insel überall mit außerordentlichen Ehrenbezeugungen, mit Silberzeug auf den Tischen, seidenen Bettdecken und anderem Luxus, soweit er den Bornholmern zu Gebote stand, aufgenommen sahen. Erst bei dem Verlassen der Insel kam ihnen der Schwank zu Ohren, und nachträglich half es zu nichts, daß man den Kapitän auszankte. Die guten Bornholmer waren überzeugt, Bismarck habe ihr Ländchen ausgekundschaftet und werde es demnächst annektiren. Selbst in die Kopenhagener Zeitungen verbreitete sich diese Nachricht.

Am 27. Oktober trat der Reichstag wieder zusammen, der das Präsidium der vorhergehenden Tagung abermals erwählte. Er zeigte sich der Regierung gegenüber ganz unabhängig. Diese hatte eine Novelle zum Strafgesetzbuch eingebracht, die gegen die Sozialdemokraten, gegen die Ultramontanen und gegen ungetreue Angestellte des Auswärtigen

Amtes gerichtet war; zweitens aber, unter Behauptung eines ſtarken Defizits für das Reich, neue Steuervorlagen im ſchutzzöllneriſchen Sinne. Dieſe letzteren wurden von den Nationalliberalen, die damals noch aus Grundſatz freihändleriſch waren, durchaus verworfen. Der Reichstag arbeitete das ganze Budget um, indem er auf Grund umfaſſender Studien die Einnahmen beträchtlich höher anſetzte und die Ausgaben einigermaßen verminderte. Dadurch wurden neue Steuergeſetze überhaupt unnöthig. Und Delbrück nahm im Auftrage der verbündeten Regierungen den Finanzplan des Reichstages an, mit der Erklärung, daß man in Gemäßheit deſſen wirthſchaften werde. So hatte die Volksvertretung durch eine ſelbſtändige von der Regierungsvorlage grundſätzlich abweichende Aufſtellung des Budgets ihre verfaſſungsmäßigen Rechte zu voller Geltung und unbedingter Anerkennung gebracht. Es war ein großer Sieg des Parlamentarismus und ein Beweis von der ausſchlaggebenden Macht auch der deutſchen Volksvertretung — wenn ſie eine wirkliche und entſchiedene Mehrheit überhaupt enthält.

Von der Strafgeſetznovelle wurden gleichfalls die meiſten politiſchen Paragraphen abgelehnt, darunter der ſogenannte „Sozialiſtenparagraph“ — der Vorläufer aller ſpäteren Ausnahmegeſetze gegen die Sozialdemokraten — faſt mit Einſtimmigkeit. Angenommen wurden nur der „Arnimparagraph“ — gegen ungetreue Beamte des auswärtigen Amtes — für den ſämmtliche Nationalliberalen ſtimmten, und in dritter Leſung auch der „verſtärkte Kanzelparagraph“, allerdings nur mit geringer Mehrheit. Bismarck hatte ſich bei dem Scheitern ſeiner meiſten Anforderungen an den Reichstag ſehr gemäßigt und nachgiebig erwieſen. Dadurch hatte er eine Spaltung der nationalliberalen Partei verhindert, aber auch ſeinen Einfluß auf dieſe ganz erheblich verſtärkt.

Forckenbeck war zur Beſchleunigung der Arbeiten des Reichstags und zur Verſtändigung mit der Reichsregierung wieder redlich und eifrig thätig geweſen. Unter Zuziehung Delbrücks, hatte der Kanzler beſonders in der Mitte des Dezember 1875 wiederholt mit ihm verhandelt. Forckenbeck

vermochte dann die Fraktionsdelegirten, die Weihnachtsferien möglichst kurz anzusetzen.

Inmitten seiner Arbeiten für das Wohl des ganzen Vaterlandes traf ihn aber ein furchtbarer Schlag, der ihn momentan gänzlich niederzuwerfen drohte — das größte Unglück seines mühe- und erfolgreichen Lebens.

XVIII.

Häuslicher und politischer Kummer.

Die Ehe zwischen Max von Forckenbeck und Marie Reschke hatte sich zur denkbar glücklichsten und edelsten gestaltet, zur wahren und innigen Verbindung der Herzen und Geister. Die Gattin war nicht nur die sorgsame Herrin des Hauses, die liebende Mutter der Kinder, sie war auch in reichem Maße die vollberechtigte, weil vollbegabte Gefährtin des Mannes, mit ihm in beständiger Gemeinsamkeit des Denkens und Fühlens, in ununterbrochenem Austausch aller Ideen und Pläne. Der große, unvergleichliche Segen einer solchen Gemeinschaft war Forckenbeck zu Theil geworden, die zu ersetzen kein anderes Freundschafts- und Liebesbündniß im Stande ist. Frau Marie hatte sich auch in Breslau den Aufgaben der Repräsentation sowie der Leitung der großstädtischen Privatwohlthätigkeit durchaus gewachsen gezeigt, die so plötzlich an sie, die Kleinstädterin, herantraten.

Ihr Gatte erkannte das in vollem Maaße an. Als er Reichstagspräsident geworden, hatte er ihr, am 13. Februar 1874, geschrieben: „Je ernster die Verantwortung wird, die auf die Schultern des Mannes gelegt ist, desto mehr und desto sicherer lernt er den Werth der Frau schätzen, die ihm treu helfend und stützend zur Seite steht.“ Und aus so idealem Verhältnisse, aus diesem reichen schönen Leben, von der Seite des sie heiß liebenden und verehrenden Gatten und ihrer noch jungen Kinder wurde sie, die freilich schon viele Jahre hindurch gekränkelt hatte, am Abend des 3. Februar 1876, als sie sich

eben rüſtete, mit ihren beiden ältern Töchtern auf einen Ball zu gehen, in wenigen Minuten durch einen Herzſchlag hinweggerafft.

Ihr Gatte konnte nicht einmal den wehmüthigen Troſt empfinden, die Hand der ſterbenden Gemahlin in der ſeinen gehalten zu haben. Er weilte damals in Präſidialgeſchäften in Berlin. Man meldete ihm telegraphiſch eine ſchwere Erkrankung der Gemahlin. Sofort reiſte er nach Breslau; auf dem Wege dahin, in Liegnitz, erhielt er die Nachricht von ihrem Hinſcheiden.

Der kräftige, willensſtarke Mann war von dem furchtbaren Ereigniß wie gebrochen. Sein Leben hatte das Schönſte, Beſte verloren, was es beſeſſen, er entbehrte der Stütze, die ihn ſtets aufrecht gehalten, an die er ſich bei jedem Verdruß und aller Aufregung gelehnt hatte. Er beſchloß, den Vorſitz und das Mandat im Reichstag niederzulegen, ſtill nur ſeinen Kindern und ſeinen kommunalen Pflichten zu leben. Aus ganz Europa trafen bei ihm von zahlreichen Freunden und Verehrern Beileidsſchreiben ein, auch der Fürſt-Reichskanzler drückte ihm in herzlicher Weiſe ſein Mitgefühl aus.

Schon dieſe allgemeine und ehrende Theilnahme hob ſeine Stimmung einigermaßen wieder, wenn ſie ihn auch für den Augenblick ſtets von neuem erregte. Dazu kamen die fortgeſetzten und eindringlichen Bitten ſeiner politiſchen und perſönlichen Freunde, er möge auf ſeine damalige ſchlechthin unentbehrliche Thätigkeit für das Allgemeinwohl nicht verzichten. Die Sorge um die Kinder wurde ihm erleichtert, indem ſeine unverheirathete Schweſter, das treffliche Fräulein Julie, mit der ihn ſeit früheſter Jugend innige Liebe verband, ihm das Opfer brachte, die Führung des Haushaltes zu übernehmen und den faſt erwachſenen Kindern möglichſt die Mutter zu erſetzen.

Aeußerlich ging alſo das Leben über ſeinen ſchweren Verluſt hin, wie über ſo vieles andere. Alles ſchien wieder im alten Geleiſe. Aber die Lücke, die hier der Tod geriſſen, blieb für Max von Forckenbeck immer eine ſchmerzlich empfundene. Auch nach dem Tode ſeiner Frau hielt er den regen

Verkehr mit ihrer Familie aufrecht und verbrachte seine und der Kinder Ferien am liebsten im Hause seiner seit 1875 in Berlin lebenden verwittweten Schwiegermutter. Als auch dieses Haus wenige Jahre später der Tod schloß — im Juni 1879 — waren seine Schwager und Schwägerin von Wildowski diejenige Familie, deren Heim fast allein neben dem eigenen noch für ihn in Betracht kam.

Das Hinscheiden der Gattin rief ihm die ersten Jahre seiner Ehe mit ihrem hell strahlenden Glücke um so lebhafter wieder in die Erinnerung, jene drei Jahre in Mohrungen, wo er, noch nicht durch die Politik abgezogen, neben dem Beruf ganz der jungen Gemahlin gelebt hatte. Das stille preußische Landstädtchen erschien ihm nun als das verlorene Paradies. Die Beileidsadresse der Stadt Mohrungen war eines der wenigen Kondolenzschreiben, das er in längerm Briefe beantwortete. Jeder Besucher aus Mohrungen war ihm auch in den späteren Zeiten hoch willkommen, und er, der Vielbeschäftigte, der sich sonst nicht leicht stören ließ, führte dann den ehemaligen Mitbürger selber in Rathhaus und Stadt umher.

Die Zärtlichkeit seines liebevollen Herzens richtete sich nun mit doppelter Innigkeit auf seine Kinder. Sie wurden eigentlich die Herren im Hause, nach deren Wünschen alles eingerichtet wurde. Als er einst für sich und seine zwei älteren Töchter Theaterbillets genommen hatte und die jüngste Thränen vergoß, weil sie zu Hause bleiben sollte, übergab ihr der Vater das eigene Billet und ließ sie anstatt seiner der Vorstellung beiwohnen.

Zu dem persönlichen Kummer gesellten sich bald ernste politische Sorgen.

Kaiser Wilhelm hatte nur nothgedrungen den Kampf gegen die katholische Kirche aufgenommen, weil Bismarck ihm solchen als eine Vertheidigung der Macht der Krone gegen die hierarchischen Herrschaftsgelüste darstellte. Daß dabei auch die protestantische Kirche in liberalem, freigeistigem Sinne beeinflußt werden mußte, war ihm ganz unerträglich, und er wünschte dringend den Augenblick herbei, wo er den ihm verdächtigen

Bund mit dem entschiedenen Liberalismus wieder aufgeben, zu konservativen Grundsätzen zurückkehren könne. Wenn auch nicht im mindesten pietistisch, wurde er doch mit zunehmendem Alter einer immer mehr konfessionell gefärbten Frömmigkeit zugethan. Bismarck theilte diese Anschauungen nicht, aber auch er ertrug nur ungern die Anforderungen der Fortschrittspartei sowie des linken Flügels der Nationalliberalen, die das preußische und deutsche Staatswesen immer mehr in das Geleise des Parlamentarismus zu führen drohten, das heißt einer ihm persönlich und grundsätzlich gleich unangenehmen Regierungsform. Dazu kam, daß Bismarck in der anscheinend ungünstigen Handelsbilanz Deutschlands den Beweis erblickte, daß das bisher von der liberalen Partei hochgehaltene Freihandelssystem verderblich sei und durch Schutzzoll ersetzt werden müsse. Letzterer mußte ihm um so verlockender erscheinen, als er ganz naturnothwendig die von dem Reichskanzler längst ersehnte Verstärkung der indirekten Steuern brachte, die ihn von dem guten Willen der Volksvertretungen in finanziellen Dingen so ziemlich unabhängig stellte. Sein Bestreben ging deshalb bald dahin, den rechten Flügel der Nationalliberalen und die gemäßigten Konservativen zu einer großen Regierungspartei zu vereinen. Schon im April 1875 hatte er in einer Rede im Herrenhause seiner Sehnsucht nach Versöhnung mit seinen alten konservativen Freunden Ausdruck gegeben. Die Organisation der neuen konservativen Partei, die sich ja auf den Boden der von Bismarck herbeigeführten großen nationalen und politischen Umwälzung stellte, verstärkte seine Hoffnung auf das Gelingen seines Planes. Der Kaiser war gleichfalls schon 1875 für den Schutzzoll gewonnen. Forckenbeck sah damals eine völlige Aenderung der innern Politik für die nächste Zukunft voraus [1]).

Anzeichen für den Sinneswechsel der leitenden Persönlichkeiten traten auch binnen Kurzem in die Oeffentlichkeit. Schon die Steuervorlagen im Herbste 1875 trugen offenbar einen schutzzöllnerischen Charakter. Es hatte Bismarcks vollen

[1]) Ms. Forckenbecks an seine Gemahlin, 21. 27. November 1875.

Beifall, wenn sich im Februar 1876 eine Agrarierpartei zum Schutze der speziellen Interessen des Großgrundbesitzes unter dem Titel der „Steuer- und Wirthschaftsreformer" bildete. Gleichzeitig organisirte sich, unter Mitwissen des Fürsten Bismarck[1]), eine auf nationalem Boden stehende „deutsch-konservative Partei". Die ostelbischen Junker haben stets eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit erwiesen, wenn ihr Interesse dabei gewinnen konnte. Man weiß, wie heftig sie der Befestigung der Regierungsgewalt unter dem Großen Kurfürsten widerstrebt haben, wie noch dessen Enkel, König Friedrich Wilhelm I., gegen sie die fürstliche Souveränität wie einen rocher de bronze aufrichten mußte. Aber als sie sahen, daß der Krone der Sieg sicher war, wurden sie deren beflissenste Diener und nahmen dafür flugs alle hohen und einträglichen Aemter in Verwaltung und Heer in Anspruch. Ebenso waren sie die entschiedensten Widersacher der deutschen Einheit und zumal derjenigen mit parlamentarischem Beigeschmack gewesen. Sie hatten dagegen die spezifischen Preußenvereine begründet und jene Einheit als „Schmutz der Revolution" beschimpft. Kaum aber erkannten sie mit ihrem kräftigen Instinkte den endgültigen Sieg der deutschen Einheit, als sie sofort begriffen, daß jede aussichtslose Prinzipientreue lediglich schädlich sei, und daß in dem ganz Deutschland leitenden Preußen noch mehr Offizier- und hohe Beamtenstellen zu haben seien als früher. Sie stellten sich also mit kühnem Ruck auf den „nationalen" Boden, der nun recht fruchtbar für ihre Standes- und persönlichen Interessen gemacht werden sollte.

Fürst Bismarck durfte also auf die Unterstützung durch die gesammten Konservativen, mit Ausnahme einiger nicht in Betracht kommender aufrichtiger Ultras, rechnen. Es erfüllte ihn mit weiterer Zuversicht, daß, bei den Gesetzen über die Eisenbahnverstaatlichung sowohl als auch bei der Berathung der neuen Städteordnung, die Nationalliberalen sich

[1]) Rede von Heydebrand und der Lasas auf dem konservativen Parteitag in Breslau, 1880. Ist unwidersprochen geblieben.

völlig von der Fortschrittspartei trennten. Nunmehr meinte er offener Farbe bekennen zu können. Der Vertreter des Freihandels in der Reichsverwaltung, Minister Delbrück, sah sich derart bei allen großen ökonomischen und administrativen Fragen vernachlässigt, daß er am 1. Juni 1876 seine Entlassung nahm. Er wurde durch den schutzzöllnerischgesinnten Präsidenten des Reichskanzleramtes, Hofmann, ersetzt. Das jetzt gehorsame Herrenhaus wurde durch Minister Eulenburg ermuthigt, die liberalen Abänderungen der Städteordnung durch das Abgeordnetenhaus wieder zurückzukorrigiren.

Hier, wo es sich um einen so wichtigen Theil der Selbstverwaltung handelte, trat auch Forckenbeck, aus häuslichem Kummer und amtlicher Beschäftigung, in den Vordergrund. Am 23. Juni suchte er im Herrenhause der Städteordnung den sehr gemäßigten liberalen Charakter zu retten. Wie seine gesammte Fraktion war er, im Gegensatze zu der Fortschrittspartei, die auch in die städtische Vertretung das allgemeine Stimmrecht einführen wollte, dort ein Anhänger des mild gehandhabten Dreiklassensystems, aus Besorgniß, gerade die größten Kommunen unter die Herrschaft der Sozialdemokratie gelangen zu sehen. Er sagte: „Ich für meine Person bekenne mich als Freund des Dreiklassensystems in der Gemeinde, und zwar deswegen, weil dasselbe die Möglichkeit giebt, jedem, der zur Gemeinde zählt, auch ein Stimmrecht zu gewähren; daß ich ein Gegner des Wahlsystems mit einem bedeutenden Census bin, und daß ich das letztere System in der Gegenwart für unhaltbar ansehe, weil es nur zwei Klassen bildet: eine, welche zahlt und alle Rechte hat, und eine Klasse, die zahlt und keine Rechte hat. Ich sehe im Dreiklassensystem ideal ein System, welches namentlich den armen Klassen zu demjenigen Rechte verhilft, das ihnen ohne Gefahr gegeben werden kann. Sie sollen an der Diskussion und Feststellung derjenigen Angelegenheiten, die sie interessiren, lebendigen und legalen Antheil nehmen.“ Die plutokratischen Auswüchse des Dreiklassensystems, wie es sich nach den jetzigen Steuerverhältnissen gestaltet hat, hätten freilich Forckenbecks Gerechtigkeitsgefühl tief verletzt. Jedenfalls zeigte er sich auch

in dieser Frage nicht als Radikaler, sondern als Anhänger einer durch Vernunft und Ueberlieferung geregelten Freiheit.

Die Abwendung der leitenden Persönlichkeiten zur konservativen Partei war zu früh an das Tageslicht getreten. Vergebens suchte Eulenburg die Nationalliberalen wieder heranzuziehen, indem er offen erklärte: die Regierung bekämpfe nur die Fortschrittspartei und wünsche lediglich die nationalen Parteien von dieser fortzudrängen. Soweit war damals noch kein nationalliberaler Abgeordneter gekommen, daß er von solchen Worten sich hätte verlocken lassen, zumal man sah, wie die Regierung eben die Nationalliberalen nur als eine Verstärkung für ihre konservativen Lieblinge auszunutzen gedenke. Erlebte man doch, daß die offiziöse Presse ganz munter zu Gunsten der Konservativen und der Agrarier wühlte, als seien die Konfliktzeiten wieder gekommen. So vereinigten sich die Nationalliberalen mit der Fortschrittspartei zu dem Beschlusse: sämmtliche früheren Festsetzungen des Abgeordnetenhauses betreffs der Städteordnung ohne nähere Detailprüfung einfach wieder herzustellen, selbst auf die Gefahr eines Bruches mit dem Ministerium hin. Darüber fiel freilich die Städteordnung, und der Landtag wurde unter allgemeinem Mißvergnügen geschlossen.

Immerhin war der Versuch, Fortschrittspartei und Nationalliberale gänzlich zu trennen und den rechten Flügel der letztern mit den regierungsfreundlichen Konservativen zu vereinigen, einstweilen mißlungen. Dazu kam, daß die neue „deutschkonservative" Partei in voreiliger Siegesfreude einen entschieden altfeudalen Charakter annahm. So mußte die Regierung am 10. Juli durch die offizielle „Provinzialkorrespondenz" erklären, sie habe mit dieser Partei keine Gemeinschaft.

Der gescheiterte Vorstoß der Regierung hatte nur die Folge, die beiden liberalen Parteien enger mit einander zu verbinden, innerhalb der Nationalliberalen dem linken Flügel die verlorene Führung zurückzugeben. Der Wahlaufruf dieser Partei für die bevorstehenden Landtagswahlen betonte zwar das möglichste Zusammenwirken mit der Regierung, aber

ebenso stark die Nothwendigkeit der freiheitlichen Grundlagen und Forderungen. Noch weiter ging Forckenbeck, der sofort auf der Bresche war, wo es galt, jene freiheitlichen Prinzipien zu vertheidigen. Er veranlaßte, daß am 23. September eine Versammlung von Vertrauensmännern des Fortschritts und der Nationalliberalen aus der Stadt Breslau und der Provinz Schlesien in Breslau vereint tagte und einen gemeinsamen Aufruf an die Wähler erließ.

Die Wahlen am 27. Oktober 1876 fielen auch in diesem Sinne aus. Die Konservativen gewannen im ganzen nur vier Sitze, blieben also im Abgeordnetenhause ebenso schwach wie bisher; die Nationalliberalen nahmen um 8 zu; die Fortschrittspartei hatte wenigstens keinen Verlust zu beklagen. Eine Folge dieser Vorgänge war, daß der Kanzler seine Schutzzollpolitik einstweilen aufschob. Nach der Wiedereröffnung des Reichstags am 30. Oktober 1876 wies er alle Anträge der Konservativen auf Suspendirung des Gesetzes vom 30. Juli 1873, das die Eisenzölle vom 1. Januar 1877 an zum Wegfall brachte, zurück. Freilich ein Pyrrhussieg für die Freihändler, da gerade die Aufhebung der Eisenzölle die Veranlassung dazu wurde, daß die gesammte Industrie zum Schutzzolle überging.

Es schien aber in einer andern hochwichtigen Frage zum Konflikte zwischen der Regierung und den vereinigten Liberalen kommen zu sollen.

In anderthalbjähriger Arbeit hatte die permanente Justizkommission des Reichstages die großen Justizgesetze einer gründlichen Prüfung unterzogen. Sie hatte dabei, gegen den Willen der Regierung, die Preßvergehen den Schwurgerichten überwiesen, die Beurtheilung der Dienstvergehen der Beamten ausschließlich den ordentlichen Gerichten übertragen und den Zeugnißzwang für Redakteure, Verleger und Drucker von Zeitungen und Zeitschriften bei Preßvergehen aufgehoben. Als es nun im November 1876 zur zweiten Berathung dieser Gesetze im Reichstage kam, stimmten Nationalliberale und Fortschrittspartei vereint für die erwähnten politischen Abänderungen,

die trotz des Widerspruches der Vertreter des Bundesrathes angenommen wurden. Der letztere aber beschloß in seiner Sitzung vom 12. Dezember, unter Bismarcks Vorsitz, die Abänderungen für unannehmbar zu erklären.

Die Aufregung über das wahrscheinliche Scheitern der großen Justizgesetzgebung war allgemein. Auch Forckenbeck war hierüber in höchstem Maße verstimmt. Er sprach davon: es sei eine Krisis, wie sie seit der Konfliktszeit nicht schlimmer gewesen sei. Er sah die Lage deshalb für so gefährlich an, weil er bei Bismarck jetzt eine reaktionäre Stimmung annehmen zu müssen glaubte. Deshalb hielt er es für besser, seine Autorität nicht, wie früher, durch Kompromißverhandlungen mit dem Reichskanzler zu gefährden. Er sagte: er, als Präsident, müsse sich neutral verhalten[1]).

Dafür unternahmen es Miquel, als Vorsitzender der Justizkommission, sowie Bennigsen und Lasker, durch einen Kompromiß mit Bismarck und Leonhardt wo möglich das große und segensreiche Werk der gesammtdeutschen Justizreform zu retten, das, auch abgesehen von jenen Streitpunkten, werthvollste Bürgschaften für die Unabhängigkeit der Rechtspflege von der Verwaltung enthielt. Der Wille war doch bei Bismarck ein viel besserer, als Forckenbeck gefürchtet hatte. In wenigen Tagen kam man überein: die Schwurgerichte für Preßvergehen bleiben da, wo sie schon existiren; die gerichtliche Verfolgung von Beamten wegen Dienstvergehens hängt, bei Erhebung eines Kompetenzkonflikts seitens der vorgesetzten Behörde, vom Verwaltungsgerichtshof ab; der Zeugnißzwang zur Ermittelung des Verfassers strafbarer anonymer Zeitungsartikel wird zwar nicht aufgehoben, aber auf höchstens sechs Monate Gefängniß beschränkt.

Am 16. Dezember fand eine große Probe von deutschen, dem Reichstage durch die Produzenten eingesandten Weinen statt. Hier konnte Forckenbeck mittheilen, er habe vom Kanzler einen Brief empfangen, worin ihm angezeigt werde, daß der Kaiser den Kompromiß gebilligt habe. Dadurch wurde sofort die

[1]) B. Auerbach, Briefe an Jak. Auerbach, S. 298; nach einem Gespräche mit Forckenbeck.

Stimmung eine wirklich festliche. Kein Zweifel, daß der Vermittelungsantrag nirgends die vorhandenen Zustände verschlimmerte, wohl aber in mannigfachen Beziehungen verbesserte.

Getreu ihrem oft bewährten Doktrinarismus verwarf zwar die Fortschrittspartei unter solchen Bedingungen die neuen Justizgesetze. Trotzdem wurden sie am 21. Dezember mit einer Mehrheit von fünfzig Stimmen angenommen. Was wäre wohl aus diesen Justizgesetzen geworden, wenn die damaligen Nationalliberalen sie nicht vor der Attentatsperiode in Sicherheit gebracht hätten? Uebrigens waren selbst die Fortschrittsleute nachträglich über deren Gelingen hoch erfreut. Es war die erste große Reform, bei deren Zustandekommen Forckenbeck nicht maßgebend betheiligt gewesen war.

Dessen letzte öffentliche Thätigkeit in dem für ihn so traurigen Jahre 1876 war eine der Wohlthätigkeit geweihte. Er forderte seinen Freund Georg von Bunsen auf, mit ihm und dem zum Landesdirektor der Provinz Preußen gewählten Heinrich Rickert zusammenzutreten, um die Bildung eines Hilfskomites für die bei dem Deichbruch der Nogatdämme Ueberschwemmten herbeizuführen[1]). So zeigte er für Westpreußen dieselbe liebevolle Sorgfalt, die er mehrere Jahre früher für das leidende Ostpreußen bewährt hatte.

Die Provinzialkorrespondenz lobte inzwischen die Nationalliberalen gewaltig. Deren Friede mit der Regierung schien hergestellt.

Da fanden, am 10. Januar 1877, die Reichstagswahlen statt. Sie brachten gerade den Nationalliberalen einen Verlust von 25 Stimmen zu Gunsten der Konservativen, zum Theil auch der Sozialdemokraten. Freilich die Konservativen zählten zusammen immer nur 75 Mann; aber da die entschiedene Opposition — Ultramontane, Partikularisten, Sozialdemokraten, Dänen und Elsaß-Lothringer — 140 Stimmen hatten, alle Liberalen zusammen 182, so hatten Letztere die Mehrheit, die sie im vorangegangenen Reichstag besessen hatten, ein-

[1]) Ms. Forckenbeck an Bunsen 24. Dezember 1876.

gebüßt. Andrerseits war die in sich gespaltene Fortschrittspartei nicht mehr im Stande, in Gemeinschaft mit der entschiedenen Opposition ein Gesetz zu Falle zu bringen.

Wir wissen, daß Forckenbeck die Lage sehr ernst ansah. Er war im Grunde nach wie vor überzeugt, daß Bismarck nur aus Opportunitätsgründen mit den Liberalen paktirt habe, daß er, wie der Kaiser, eigentlich konservative und absolutistische Neigungen hege. Das stete Anwachsen der Sozialdemokratie stimmte in der That die leitenden Persönlichkeiten immer bedenklicher und ließ sie nur in den überlieferten Gewalten in Staat und Kirche das Heil erblicken. Auf wen aber sollte sich da der Liberalismus stützen? Bei dem deutschen Volke war nach dem glorreichen Aufschwunge von 1870 schnell eine traurige Ernüchterung eingetreten, die Neigung, die Hände in den Schoß zu legen oder doch nur für materielle Interessen zu regen. In Süd- und Westdeutschland wurde der Freisinn mehr und mehr durch den Ultramontanismus verdrängt, der, wie Antäus, aus jeder Niederlage neue Kräfte zog. Das alte Preußen fiel, sobald die Regierung nicht mehr die Konservativen bekämpfte, zum größten Theile diesen anheim. In den neu annektirten Provinzen regte sich der Partikularismus, und Elsaß-Lothringen sandte, wie Forckenbeck dies 1870 vorhergesehen, eitel Französler, Protestler in den Reichstag. Unter diesen ungünstigen Umständen mußte die liberale Partei mitnehmen, was ihr der Moment bot. „Man mußte im einzelnen Falle sich fragen, welches Interesse die leitende Politik selbst an dem Zustandekommen des Gesetzes nehme, um danach zu bemessen, auf welche äußerste Kraftprobe des liberalen Widerstandes man es könnte ankommen lassen. Bei einer Kontroverse über einzelne Artikel eines Militärgesetzes durfte man schon den Bogen etwas straff spannen, bei einem Streite über die Justizgesetze viel weniger[1]).“

Nachdem er die Ueberzeugung von der prinzipiellen Schwenkung Bismarcks gewonnen, die ihn zweifellos sehr schmerzlich berührte, hat Forckenbeck mit ihm nur noch aus-

[1]) L. Bamberger, Gesammelte Schriften V 104.

nahmsweise vertraute Beziehungen mehr unterhalten. Das Jahr 1876 war hier der Wendepunkt — schon bei dem Kompromiß wegen der Justizgesetze sehen wir den Präsidenten des Reichstags nicht mehr betheiligt. Freilich erschien er noch häufig auf den Soireen und bei den Diners des Reichskanzlers, wie es seine Stellung mit sich brachte. Aber der Vertrauensmann Bismarcks beim Reichstage ist er seit 1876 nicht mehr gewesen, sondern da ist Bennigsen an seine Stelle getreten. Diese Veränderung ist, wie wir gesehen haben, von Forckenbeck ausgegangen: er hat sich hinter seine „Neutralität" als Präsident verschanzt.

Um so mehr hielt er es für eine Pflicht jedes besonnenen Liberalen, behutsam vorzugehen, die drohende Reaktion nicht muthwillig heraufzubeschwören, lieber sich mit dem Gewonnenen befriedigt zu erklären, als durch weiteres Vordringen den Rückschlag zu beschleunigen. Er hat diese seine Anschauungsweise in einer Rede entwickelt, die er am 5. Juli 1877 bei der Generalversammlung des Vereins für Volksbildung in Breslau hielt. Er sagte damals:

„Ich glaube, es thut nichts mehr Noth, als still zu stehen, nicht um zurück zu weichen, sondern um das festzuhalten, was wir gewonnen haben. Wenn sonst die Gesetzgebung dem Drängen des Volkes zu sehr nachhinkte, so ist sie jetzt vielleicht demselben zu sehr vorausgeeilt. Die liberalen Parteien haben, in vollem Drange die Zeit zu nutzen und langjährigen Forderungen gerecht zu werden, in kurzer Zeit viel Arbeit vollbracht. Wir haben Großes erreicht, halten wir darum still, um den Hauptpunkt zu vertheidigen männiglich und nach allen Seiten, an Nebenpunkten die bessernde Hand anzulegen. Halten wir still vor allem deshalb, um dem Volke Zeit zu gönnen, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben."

Aus solchen Gründen war Forckenbeck, und mit ihm die gesammte nationalliberale Partei, gewillt, einstweilen sich von einem Zusammengehen mit dem Fortschritte ostentativ fernzuhalten und so lange Neutralität zu bewahren, bis entweder wirklich liberale Institutionen angegriffen würden oder im Volke selbst sich der Trieb nach neuem Vordringen auf der Bahn nationaler und freiheitlicher Institutionen zeige — ein Trieb, der bekanntlich heutzutage, also zwei Jahrzehnte nach jener Zeit, noch nicht wieder erwacht ist.

Von bedientenhafter Liebedienerei, von eigensüchtiger Aemterjagd war dabei ein Mann wie Forckenbeck durchaus frei. In jener Breslauer Rede warnte er vielmehr vor persönlichen Intriguen und Ehrgeiz — ob er dabei an bestimmte Mitglieder seiner eigenen Partei gedacht, wer möchte es sagen? „Gerade, fest und ehrlich soll unser Wort, unser Wesen und unsere Politik sein, aber zu seines Gespinnst reißt und ladet uns diejenigen zur Tafel, die unsere alten Gegner sind und waren und es bleiben werden in aller Zukunft. Sie setzen sich mit uns zu Tische, um desto eher das Tischtuch zwischen uns zerschneiden zu können." Worte, die sein damaliges zurückhaltendes Benehmen Bismarck gegenüber deutlich genug erklären! Er predigte dafür eine Politik der Enthaltsamkeit: „Darum, meine Herren, keine Thorheiten, keine Unüberlegtheiten! Zurück auf die Schanzen zu mannhafter Vertheidigung des bisher Errungenen! Alles Uebrige wird von selbst nachfolgen."

Diese Rede brachte einen allgemeinen und tiefen Eindruck hervor. Man erblickte in ihr die Vorherverkündigung der Reaktion, verbündet mit ehrgeizigen nationalliberalen Strebern, beschleunigt durch die radikalen Anforderungen der Fortschrittspartei und der Sozialdemokratie. Und wie richtig hatte damit Forckenbeck gesehen. Alles traf ein, wie er es hier warnend vorher verkündigt hatte.

Schritt für Schritt.

Der neue Reichstag leistete garnichts. Es war schon ein übles Vorzeichen, daß Forckenbecks Wahl nicht einstimmig, sondern gegen eine Minderheit von freilich nur 47 Stimmen geschah. Das höchste Reichsgericht wurde, im Rückblick auf die servile Haltung des preußischen Obertribunals, aber auch infolge des Erstarkens der partikularen Richtung, nach Leipzig verlegt.

Der eigentliche Vollbringer der deutschen Einheit, Fürst Bismarck, war auf das Tiefste verstimmt. Er zürnte wegen der Verlegung des Reichsgerichtes nach Leipzig; er wünschte Uebertragung der Eisenbahnen auf das Reich, vergeblich, da sich ihm dabei die größeren unter den anderweiten Bundes-

ſtaaten widerſetzten. Er ſtrebte mehr als je den Schutzzoll an, der an die Stelle der Matrikularbeiträge der Einzelſtaaten treten und ihn damit nicht nur vom Reichstage ſondern auch von den übrigen Regierungen unabhängiger machen ſollte. Mit ſolchen Plänen fand er aber weder bei den preußiſchen Miniſtern noch bei dem in drei Parteien geſpaltenen Reichstag Unterſtützung. Als Sündenbock für ſeinen Groll wählte er ſich den Chef der Marine, Stoſch, den er beſchuldigte, mit den Liberalen im Verein gegen ihn zu intriguiren. Er drohte mit ſeinem Abſchiede, begnügte ſich aber mit einem Urlaube auf unbeſtimmte Zeit, den ihm ſein dankbarer Kaiſer in gnädigſter Form gewährte. Die Angriffe der Fortſchrittspartei, die dieſen Anlaß zum völligen Sturze des Kanzlers benutzen wollte, ſuchte Forckenbeck zu verhindern, indem er auf den Präzedenzfall vom Jahre 1872 hinwies und das Ganze für eine innere Angelegenheit der Verwaltung und deshalb als zur Diskuſſion im Reichstage ungeeignet erklärte. Als er hiermit nicht durchdrang, übernahm Bennigſen in einer eingehenden Rede die Vertheidigung des Kanzlers, als deſſen ſpezieller Vertrauensmann er nunmehr erſchien. Alle Welt ſah in Bennigſen den „kommenden Mann“, den zukünftigen Miniſter des Reichskanzlers, der in ihm eine weit größere diplomatiſche Schmiegſamkeit fand als in dem geraden und feſten Weſtfalen Forckenbeck.

Nach dem Schluſſe des Reichstages, am 3. Mai 1877, kündigte ſich der bevorſtehende Umſchlag der offiziellen Witterung immer deutlicher an. Entrüſtet über die abermalige Wahl eines Sozialdemokraten in Berlin — Haſenclever — an Stelle des zum Nationalliberalismus bekehrten Fortſchrittsmannes Wilhelm Löwe-Kalbe, glaubte der Kaiſer nur noch durch die Kirche der ſozialiſtiſchen Revolution entgegenwirken zu können. Er lehnte das Entlaſſungsgeſuch des ſtarr orthodoxen brandenburgiſchen Konſiſtorialpräſidenten Hegel, eines ausgeſprochenen Gegners des Kultusminiſters Falk und des von dieſem berufenen Präſidenten des Oberkirchenraths Hermann, ab. Ehe er ſich zur Kur nach Ems begab, verſammelte er die Mitglieder des Staatsminiſteriums um ſich und forderte ſie zu

Maßregeln gegen den drohenden kirchlichen und sozialen Umsturz auf. Waren das schon bedeutsame Symptome der Wandlung, so erklärte sich der Herrscher geradezu als Gegner der ganzen kirchenpolitischen Gesetzgebung der letzten Jahre, indem er am 5. September vor vierundzwanzig Vertretern der evangelischen Geistlichkeit der Rheinprovinz sein Festhalten am Apostolicum und seinen Glauben an den Sieg einer innigen Verbindung zwischen Kirche und Schule aussprach.

Als am 21. Oktober der Landtag durch den Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Camphausen, eröffnet wurde, mußte man erleben, daß die Thronrede einfach den Bankerott des bisher befolgten Systems ankündigte, jede Hoffnung auf Ausbau der Selbstverwaltung abschnitt und bei dem Versagen der geltenden Finanzorganisation die Eröffnung neuer Steuerquellen verlangte. Graf Fritz Eulenburg, der die inneren Reformen als sein eigenstes Werk betrachtete, erhielt unbegrenzten Urlaub. Nur geringe Beruhigung vermochten beschwichtigende Erklärungen Camphausens zu geben, da man seiner Festigkeit nicht traute, auch nicht wußte, wie lange er noch Minister bleiben werde, wo alle Stützen der liberalen Regierung wankten. Erhielt doch auch, während ein Hegel triumphirte, der liberale Oberkirchenrathspräsident Hermann seine Entlassung.

Forckenbecks klarer Blick erkannte, daß jetzt für wirkliche Liberale Zeit sei, Stellung zu nehmen, um — wie er das vier Monate früher angekündigt hatte — die bisher gewonnenen Ergebnisse der freisinnigen inneren Entwickelung zu vertheidigen. Er lud den schärfsten und elegantesten Redner der linksnationalliberalen Fraktion, Ludwig Bamberger, nach Breslau ein, wo dieser am 22. November in längerem Vortrage die wichtigsten sozialpolitischen Fragen behandelte. Der Redner beklagte dabei die Uebermacht von Bismarcks gewaltiger Persönlichkeit und forderte das deutsche Bürgerthum zu muthigem Kampfe, wie gegen den Sozialismus, so andererseits gegen Reaktion und Militarismus auf. Forckenbeck aber verlieh dieser Veranstaltung den Charakter einer großen politischen Kundgebung. Bei dem Festmahle, das am folgenden Tage zu Ehren Bambergers stattfand, brachte der

Oberbürgermeiſter einen Trinkſpruch auf die Gemeinſchaft der liberalen Parteien aus, die er im Intereſſe der freiheitlichen Fortentwickelung gerade jetzt für geboten halte. Die nationalliberale Partei, ſetzte er hinzu, ſei ſtets eine wahrhaft liberale geweſen, ohne jedoch zu vergeſſen, daß außer ihr ſelbſt noch andere Faktoren in der Welt vorhanden ſind. Den Beſtrebungen der Ultramontanen, der Konſervativen und der Sozialdemokraten gegenüber erſcheine es als ein Gebot der Pflicht, daß alle liberalen Richtungen zuſammen hielten, wenn auch nicht als eine einzige Partei, ſo doch in der Weiſe, daß ſie ſich über gemeinſames Handeln einigten. Könne das Bürgerthum — ſo ſchloß Forckenbeck mit nur allzu ſcharfem Prophetenauge — zu keiner Einigkeit kommen, ſo wiſſe er nicht, wie es noch ferner Anſpruch auf Einfluß erheben könne.

Vier Monate früher hatte Forckenbeck noch gehofft, durch würdiges Sichſelbſtbeſcheiden den Eintritt der Reaktion verhindern zu können. Jetzt ſah er ſie in vollem Anzuge. Deshalb dieſe anſcheinende Wandlung: am 5. Juli Abkehr von der Fortſchrittspartei, jetzt Rückkehr zu ihr. Der Unterſchied war ein rein taktiſcher, im Grunde war ſein Ziel ſtets daſſelbe: Bewahrung eines gemäßigten aber entſchiedenen Liberalismus, Bewahrung des Einfluſſes des Bürgerthums auf die Politik — jenes Bürgerthums, in dem er den kräftigſten und zukunftsreichſten Theil der deutſchen Nation erkannt und dem er ſeit den Jünglingsjahren ſeine treuen und aufopfernden Dienſte gewidmet hatte.

Der Aufruf am Schluſſe ſeiner Rede vom 23. November wendete ſich vor allem an die parlamentariſchen Führer und Mitglieder der eigenen Partei, von denen viele immer bedenklicher zu wanken begannen und damit die Zerſetzung des Bürgerthums ankündigten, die ſich freilich in den breiteren Schichten ſchon thatſächlich vollzog.

Die entſchiedene Art, wie Forckenbeck hier ſeine Poſition wählte, war um ſo muthiger, als ihm gerade damals eine hohe Stellung winkte, deren Erlangung er ſich durch ſchmiegſames Betragen wohl hätte erleichtern können. Aber ſolche Geſichtspunkte kamen für den biedern Mann erſt ganz in zweiter Linie in Betracht.

XIX.

Ministeraussichten und Zerwürfniß.

Während seines zehnmonatlichen Urlaubs im Jahre 1877 entwarf Fürst Bismarck ein umfassendes System innerer Umgestaltung für das deutsche Reich. Dieser gewaltige Geist wollte und mußte jedem Zweig des Staatslebens seinen eigenen Stempel aufdrücken. Aus den schon erwähnten Gründen sollten die nationale Arbeit durch Schutzzoll gestärkt, überhaupt die direkten Steuern möglichst durch indirekte ersetzt, vorzüglich der Tabak nach dem Muster Frankreichs, Oesterreichs, Spaniens, Italiens zum Reichsmonopol gemacht, sämmtliche Eisenbahnen auf das Reich übertragen werden. Es ist sicher, daß die Gesammtheit dieser Entwürfe, wenn ausgeführt, der Zentralgewalt des Reiches eine ungeheure Macht übertragen, die partikularistischen Bestrebungen ebenso wie den Einfluß des Reichstags für absehbare Zeit matt gelegt hätten. Auch die Sozialdemokratie sollte in dieses eherne System hineingepreßt werden. Strenge Straf- und Polizeivorschriften sollten die Arbeitermassen von der Opposition abschrecken, während ihnen der Staat, das heißt das Regierungspersonal, auf Kosten der Besitzenden allerlei Wohlthaten zu verleihen in den Stand gesetzt würde. Kein Zweifel, daß der Kanzler es ernst mit der Besserung der Lage der ärmeren Klassen meinte, kein Zweifel aber auch, daß diese Besserung sie zugleich der Verwaltung gegenüber in eherne Bande schlagen sollte.

Solche grundstürzenden Aenderungen durchzuführen, die

nach der Absicht Bismarcks ein großes untheilbares Ganzes bildeten, bedurfte er einer festen Mehrheit im Reichstage; mit den preußischen Ministern und dem Bundesrathe wäre er schon fertig geworden. Wie die Dinge lagen, konnte er diese Mehrheit zunächst nur bei den Nationalliberalen finden. Sie waren noch immer die bei weitem zahlreichste Partei im Reichstage; zogen sie unter dem Drucke des Kanzlers die Frei- und Regierungskonservativen mit zu sich heran, so hatten sie die Majorität; übrigens war bei einer zukünftigen Neuwahl die offen ausgesprochene Gunst der Regierung im Stande, ihnen weitere bedeutende Verstärkung zu schaffen. Freilich wäre es schon damals möglich gewesen, eine Mehrheit aus Konservativen und Ultramontanen zu bilden, zumal wenn man diesen Parteien bei einer Neuwahl die Hilfe der Regierung lieh: allein noch widerstrebte der stolze Sinn Bismarcks der Kapitulation vor den so hart bekämpften und als „Reichsfeinde" gebrandmarkten Klerikalen.

Der Reichskanzler beschloß also, die Nationalliberalen an sich heranzuziehen, und zwar indem er einem ihrer hervorragendsten Führer das durch des ältern Eulenburg Urlaub, den Vorläufer seiner Entlassung, frei gewordene hochwichtige Ministerportefeuille des Innern überließ. Von den sechs in Betracht kommenden Männern: Bennigsen, Forckenbeck, Stauffenberg, Miquel, Lasker, Bamberger, schieden die beiden letzteren sofort aus, Lasker, weil er allzu oft Opposition gemacht hatte, Bamberger, weil er entschiedener Freihändler, beide, weil sie Israeliten waren. Miquel war dem Reichskanzler nicht sympathisch. Forckenbeck hatte diesem früher sehr nahe gestanden. Nicht nur alle politischen Fragen, sondern auch die intimsten persönlichen und Familien-Beziehungen war Bismarck mit Forckenbeck zu verhandeln gewohnt gewesen. Darüber lassen Forckenbecks Briefe an seine Gattin nicht den mindesten Zweifel. „Wie mir schon so häufig begegnet," schreibt er ihr, unter anderm, am 4. November 1871, „sprach Bismarck viel mit mir von seinen persönlichen und Familienangelegenheiten. Er habe fortwährenden Streit mit seiner Frau darüber, ob es ihm möglich

ſein werde, dauernd und ruhig auf dem Lande zu leben," u. ſ. w.[1]). Während der Jahre 1868 bis 1872 hätte Forckenbeck in jedem Augenblick Miniſter werden können, ſobald er es nur gewollt. Und zweifellos beſaß er genügend Ehrgeiz und, bei aller Beſcheidenheit, Vertrauen auf die eigene Kraft und Tüchtigkeit, um eine ſo hohe und einflußreiche Stellung nicht gern zurückzuweiſen. Er würde mit Freude und Befriedigung Theil an einem ganz oder vorwiegend liberalen Miniſterium genommen haben. Allein er wußte ſehr genau, daß, bei der grundſätzlichen Hinneigung König Wilhelms und Bismarcks zu konſervativen Prinzipien ein wirklich liberaler Miniſter nur dazu dienen ſollte, ſeine Partei zu bedeutenden Opfern zu veranlaſſen, ohne ſelber einen beſtimmenden Einfluß auszuüben. Das hat er ſeiner Gattin gegenüber in jenen Jahren oft ausgeſprochen, und damit hat er, wie in den meiſten politiſchen Erwägungen, das Richtige getroffen. Bismarck hatte ſich überzeugen müſſen, daß der ſtarke trotzige Weſtfale bei aller Herzensgüte und Klugheit nicht der Mann ſei, ſich als geſchmeidiges Werkzeug für ſeine Pläne verwenden zu laſſen. Seitdem war eine gewiſſe Entfremdung zwiſchen dem Kanzler und dem Reichstagspräſidenten eingetreten, die jedoch keineswegs einen gegenſätzlichen Charakter angenommen hatte.

Blieben noch Stauffenberg und Bennigſen. Der erſtere war ein vortrefflicher Parteiführer und Redner, hatte aber bisher wenig Beziehungen zu dem Reichskanzler gehabt. Anders Bennigſen. Der einſtige Vorſitzende des deutſchen Nationalvereins war ſeit Monaten der Vertrauensmann

---

[1]) Die Diskretion verbietet mir, den Inhalt dieſes Schreibens weiter mitzutheilen. — Das Erwähnte genügt, um zu beweiſen, wie irrig es iſt, wenn von Poſchinger, Fürſt Bismarck und die Parlamentarier, II 327 f., berichtet: Der Verkehr zwiſchen Bismarck und Forckenbeck habe nie einen freundſchaftlichen Charakter angenommen, der Urſprung Forckenbecks aus der Fraktion Jung-Lithauen habe Forckenbeck dem Kanzler ſtets verdächtig gemacht. Und was war der Urſprung Lothar Buchers? Als ob ſolche Erwägungen den Kanzler je beſtimmt hätten!

Bismarcks, an Stelle Forckenbecks, geworden. Er hatte sich, unter dem Einflusse seiner rühmlichen Begeisterung für Bismarcks Genius, als aus biegsamerm Holze gewachsen erwiesen, denn der ehemalige Begründer der Fortschrittspartei. Mit ihm hatte der große Staatsmann bereits seit April 1877 Verhandlungen über den Eintritt in das Ministerium geführt, und zwar zu einer Zeit, wo gar keine Vakanz im Kabinet eingetreten war, eine solche also erst geschaffen werden mußte. Diese Besprechungen, die den übrigen Führern der nationalliberalen Partei nicht verborgen blieben, hatten bereits das für Bismarck sehr erwünschte Ergebniß gehabt, daß die Nationalliberalen die von der Fortschrittspartei beabsichtigte Einbringung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes verhinderten[1]).

Der Anfang war verheißend. Als es sich um die Durchbringung seines gesammten Reformplanes handelte, berief also Bismarck seinen Freund Bennigsen mit herzlicher Einladung nach Varzin (19. Dezember 1877). Vier Tage lang, vom 26. bis zum 29. Dezember, weilte Bennigsen bei dem Kanzler. Und nun bot dieser ihm förmlich das Ministerium des Innern an.

Es ist ein treffliches Zeugniß für Bennigsens Klarheit und Einsicht, daß er diesen verlockenden Vorschlag nicht ohne weiteres annahm. Er forderte zuvor ein Doppeltes, ein liberales Ministerium und ein liberales Programm. Außer ihm, als Vizekanzler und Finanzminister an Camphausens Stelle, sollten noch die Herren von Forckenbeck, als Minister des Innern, und von Stauffenberg, für irgend ein sonstiges Portefeuille, Ministerposten erhalten; und für Bewilligung umfassender Steuern müßten die bekannten „konstitutionellen Garantien" gegeben werden[2]). Bennigsen sagte sich, daß es bedenklich für einen Nationalliberalen sei, in ein so zerfahrenes Ministerium, wie das damalige, zu treten, und daß dies nur geschehen könne, wenn die Partei dort wirkliche Stärke und einen thatsächlichen Rückhalt besitze. Wie sehr

[1]) v. Poschinger, a. a. O., II 253 ff.

[2]) Erklärungen Bennigsens in der nationalliberalen Partei, am 8. Mai 1878; Tagebuch Hölders, a. a. O. S. 278.

er dabei im Rechte war, hat kurz darauf das Schicksal seines nationalliberalen Freundes Hobrecht gezeigt, der allein das Finanzministerium übernahm und dann nach Verlauf von nur 9—10 Monaten und nach dem Scheitern aller seiner Absichten aus seinem Posten entfernt wurde.

Aber gerade deshalb wollte Bismarck durchaus nicht auf die von Bennigsen gewünschte Kombination eingehen. Viktor von Unruh sagte damals sehr richtig zu Stauffenberg: er halte es für unmöglich, daß dieser, Forckenbeck und Bennigsen unter Bismarck Minister werden könnten, da Bismarck unbedingt Unterordnung fordere, deshalb mit Männern von selbständigem Charakter nothwendig sehr bald in Konflikt gerathen werde[1]). — Was der Kanzler wollte, war ein einflußreicher und gehorsamer Gehülfe zur Durchführung seiner Pläne; was Bennigsen ihm bot, war ein liberales Ministerium charakterfester Männer, dem Bismarck in jeder Beziehung hätte Rechnung tragen müssen. Damit waren im Grunde die Verhandlungen gescheitert. Wenn Bismarck sie doch zwei Monate fortgesetzt hat, so geschah es nur, um die Nationalliberalen gefügig zu stimmen und zu sehen, ob Bennigsen nicht noch einen andern Entschluß fasse[2]).

Später hat Bismarck dem Professor Gneist, dem Nationalliberalen Schlözer und dem Finanzminister von Scholz gegenüber angeführt, die Ernennung Forckenbecks, auf den die Liberalen besonderes Gewicht gelegt, zum Minister sei ihm unmöglich gewesen, da der Kaiser nicht geneigt gewesen, mehr als einen Minister zu wechseln. Daß der greise Monarch überhaupt der Beförderung eines Liberalen zum nächsten Berather der Krone widerstrebte, ist unzweifelhaft und hatte sich schon bei dem, liberaler Neigungen verdächtigen, Freikonser-

[1]) v. Unruh, Denkwürdigkeiten, 359.

[2]) Daß von diesem Augenblicke an „die Verhandlungen nicht ernst gemeint gewesen" oder doch von Seiten Bismarcks nur einer Rekognoszirung geglichen hätten, ist die Meinung eines so Bismarck-ergebenen Beobachters wie Hölder; Tagebuch vom 31. März 1878 (v. Poschinger, a. a. O. II 275). — Auch Ludw. Bamberger hat dem Verf. gegenüber diese Ueberzeugung auf das bestimmteste ausgesprochen.

vativen Falk und dann bei Camphausen gezeigt; daß aber der Kanzler, dessen Entlassung sein dankbarer Herrscher erst soeben mit einem „niemals“ abgewiesen hatte, solche Ernennung durch Aufbietung seines Einflusses nicht ebenso gut für zwei oder drei wie für einen hätte durchsetzen können, wenn er selber ernstlich gewollt, wird niemand annehmen. Im Jahre 1881, als Forckenbeck durch seine entschiedene Opposition und als Begründer der Sezession sich nach oben hin besonders mißliebig gemacht hatte, brachten die Offiziösen in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung noch eine andere Version zum Vorschein: Stauffenberg würde „acceptabel“ gewesen sein, aber „es lag weder in der Absicht noch in der Macht des Ministerpräsidenten, Herrn von Forckenbeck ein Portefeuille zu verschaffen“. Das ist, soweit hier Kaiser Wilhelm I. in Betracht kommt, eine offenbare Unwahrheit. Wir haben gesehen, in wie herzlicher und liebenswürdiger Weise der verehrungswerthe Monarch gerade Forckenbeck seine Gunst zeigte, selbst nachdem dessen Beziehungen zu Bismarck sich gelockert hatten. Forckenbeck war geradezu der politische Vertrauensmann der ganzen königlichen Familie geworden, die — in ihren verschiedenen weiblichen wie männlichen Mitgliedern — ihn unzählige Male über die öffentlichen Vorgänge zu Rathe zog. Selbst Prinz und Prinzessin Karl machten dabei keine Ausnahme. Ließ doch der Kaiser nach der Sezession Herrn von Forckenbeck durch den Kabinetsrath von Wilmowski sagen: „er dürfe ihn leider nicht mehr einladen, bleibe ihm aber nach wie vor wohlgewogen.“ Also nicht von Wilhelm I. ging die Aechtung Forckenbecks in den höchsten Kreisen aus. Nein, Bismarck wollte 1877 und 1878 kein liberales Ministerium und vor allem nicht einen Minister von der Widerstandskraft eines Forckenbeck[1]).

Bennigsen aber wiegte sich noch in der Hoffnung, daß die Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten dennoch zum

[1]) Die aus bester Quelle schöpfende „Dresdener Zeitung“ wies schon damals — 1881 — der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ einige andere offenbare Widersprüche mit der Wahrheit nach. Schultheß, Geschichtskalender, 1881, S. 260 ff.

Ziele führen würden. Er ließ durch wiederholte Aufforderung Forckenbeck von Breslau nach Berlin kommen, noch ehe — am 6. Februar 1878 — der Reichstag eröffnet und dann Forckenbeck, auf Windthorsts Antrag! durch Akklamation wieder zum Präsidenten gewählt war. Nur fünf bis sechs Parteihäupter — außer den drei Ministerkandidaten noch Miquel, Bamberger und Lasker — wurden in das Geheimniß gezogen. Sie waren einstimmig der Meinung, daß man sich mit dem Eintritt einer geringern Anzahl von Liberalen in das Ministerium nicht begnügen dürfe. In einer vertraulichen Versammlung bei Forckenbeck, an der auch Stephani theilnahm, beschloß man, die Entscheidung herbeizuführen, indem man durch Besprechung der äußern und innern Politik die Lage nach Möglichkeit kläre. Das Einzige, was in die Augen sprang, war bisher, daß Bismarck offenbar nach einer Gelegenheit zum Bruche mit Camphausen suchte.

Erst zwei Wochen später wurden in der Fraktionssitzung der Nationalliberalen die ersten Andeutungen über die Ministerverhandlungen gemacht. Bennigsen fügte hinzu: es bedürfe anstatt der bisherigen Zerfahrenheit einer einheitlichen Leitung im Reiche und in Preußen, mit großen, führenden Gedanken und in wirklichem Zusammenhange mit der Mehrheit des Reichstags: also einer thatsächlich parlamentarischen Regierung — eine Idee, die Bismarcks Anschauungen und Absichten diametral entgegengesetzt war.

Camphausen hatte inzwischen, auf Bismarcks ernstliches Betreiben, gegen seine eigentliche Ansicht, ein umfassendes Steuerprogramm ausgearbeitet, das hauptsächlich in der Erhebung von Reichsstempelabgaben und in der beträchtlich erhöhten Besteuerung des Tabaks bestand. Da war es symptomatisch, daß die Nationalliberalen sich, wie vor Jahren einer andern Vorlage indirekter Steuern gegenüber, mit der Fortschrittspartei verständigten, zunächst ohne Rücksicht auf die Steuerforderungen das Budget durchzuarbeiten, um durch dessen Modifikation wo möglich der Nothwendigkeit neuer Steuern gänzlich zu entgehen. Vom 21. bis 23. Februar 1878 fand die die geschäftsmäßige Behandlung der Steuervorlage

entscheidende erste Lesung derselben statt. Es zeigte sich, daß alle Parteien ohne Ausnahme gegen die Vorschläge Camphausens Front machten. Hierdurch noch mehr gereizt, hielt Bismarck am 23. seine berühmte Rede, in der er die erhöhte Tabaksteuer nur als eine Vorstufe, das Tabaksmonopol aber als sein Ideal bezeichnete. Ein solches nicht zu bewilligen, waren die Liberalen unter allen Umständen entschlossen, einmal weil es sehr unpopulär war, und dann weil es der Regierung einen ungeheuren Machtzuwachs gewährt hätte, der nur durch konstitutionelle Bürgschaften von einem Umfange hätte ausgeglichen werden können, wie sie weder der Kaiser noch Bismarck je bewilligt haben würden. Der Gegensatz wider jedes Staatsmonopol war übrigens von jeher ein Glaubenssatz der liberalen Partei gewesen. Die Ankündigung des Tabaksmonopols wurde demgemäß von allen Liberalen als eine Art Kriegserklärung aufgefaßt.

Forckenbeck hat über deren Folgen selber in einer Wahlrede berichtet: „Ich präsidirte in dieser Sitzung, und als diese Vorgänge und Reden vorüber waren, kam Herr von Bennigsen zu mir zum Präsidentenstuhl mit folgenden Worten: „Forckenbeck, für das Tabaksmonopol können wir doch nicht mitgehen und wirken. Wenn Sie einverstanden sind, dann gehe ich jetzt unmittelbar zum Herrn Reichskanzler hin und sage, daß er auf uns nicht mehr zu rechnen habe.“ Ich sagte ihm, ich wäre damit vollständig einverstanden; er ging hin, und nach einer Stunde erzählte er mir, daß die Verhandlungen abgebrochen seien. Ich habe immer an dem Gelingen dieser Verhandlungen gezweifelt.“ Ihr Abbrechen war also für Forckenbeck kaum eine Enttäuschung.

Der Reichskanzler hat stets ausgesagt, die Ministerverhandlungen mit den Nationalliberalen seien an der Personenfrage gescheitert; Bennigsen hat nicht minder nachdrücklich hervorgehoben, das Mißlingen sei eine Folge der ihm wie seinen Freunden völlig unerwartet geschehenen Ankündigung des Tabaksmonopols gewesen. Beide haben von ihrem Standpunkte aus gleichermaßen Recht. Für den Reichskanzler war, wie wir hervorgehoben, das Entscheidende, daß er durchaus

kein liberales Miniſterium, ſondern nur zeitweiſe einen nationalliberalen Miniſter wollte, um deſſen Partei zum Gehorſam gegen ſeine eigenen Abſichten zu bewegen. Bennigſen mußte ſich darüber täuſchen, weil Bismarck, in dem Wunſche einſtweilen die Nationalliberalen gefügig zu machen, die Verhandlungen, obwohl Bennigſen auf den Eintritt dreier Parteiführer in das Kabinet beſtand, dilatoriſch fortſetzte; erſt als er ſah, daß ſich jene hierdurch nicht kirren ließen, führte er durch ſeine Monopolrede den Bruch herbei: ſie mußte deshalb Bennigſen als das ſchlechthin Entſcheidende erſcheinen. Am 24. Februar kündigte er ſeinen Parteigenoſſen offiziell das Ende der Verhandlungen an.

Camphauſen, als echt konſtitutionell geſinnter Miniſter, reichte ſeine Entlaſſung ein. Sie wurde zurückgewieſen. Bismarck wollte es noch einmal verſuchen, die Führer der Nationalliberalen zum Tabaksmonopol zu bekehren, und deshalb die Neubildung des Miniſteriums hinausſchieben.

Am 2. März erſchienen alle Führer der nationalliberalen Partei auf des Reichskanzlers parlamentariſcher Soiree. Bismarck unterhandelte da in ſehr eifriger und angeregter Weiſe zuvörderſt mit Forckenbeck und Bennigſen, dann faſt eine volle Stunde allein mit Forckenbeck über das von ihm dringend begehrte Monopol; die Geſellſchaft ging auseinander, während die beiden Männer noch in emſiger Beſprechung begriffen waren. Nachdem die Lockungen verſagt hatten, ſuchte Bismarck hier und in noch mehrfach wiederholten Unterredungen den Präſidenten durch Drohungen gefügig zu machen: er ſprach von der Auflöſung des Reichstags, ja von einer Regierung ohne Reichstag und Verfaſſung; er habe, hob er, wie ſchon früher öfters, hervor, die Militärkonventionen, die ſeien für die Machtſtellung Preußens und Deutſchlands ausreichend [1]). Allein dieſer „Appell an die Furcht“ fand bei Forckenbeck kein Gehör. Es gab eine feſte Grenze, über

[1]) Ueber dieſe Drohungen berichtet das Tagebuch des als einer der Führer der rechts Nationalliberalen vorzüglich unterrichteten Hölder; a. a. O. II 273. Dieſe Angaben, ſchon 1895 veröffentlicht, ſind überdies niemals angefochten worden.

die hinaus er zu keiner Transaktion mit seinem liberalen Gewissen zu haben war. Außerdem wußte er sehr gut, daß weder die Umstände noch die eigene Gesinnung es Bismarck ermöglichten, das selbstgeschaffene Werk zu zerstören.

Allein er vergaß über den augenblicklichen Zwist nicht für einen Moment der Dankbarkeit und Bewunderung, die jeder Deutsche dem genialen Schöpfer der Einheit des großen Vaterlandes zollte. Bennigsen war es, der, im Gefühle bitterer Enttäuschung und persönlicher Niederlage, die Leitung des Kampfes gegen das Tabaksmonopol übernahm. Er war es, der die Steuervorlage zu Falle brachte, der die zur Besänftigung Bismarcks vom Reichstage beschlossene Tabaksenquete bis zur Nutzlosigkeit abschwächte. Er hat mehrere Monate später das erste Sozialistengesetz scheitern lassen [1]). Er sowohl wie Lasker hielten sich demonstrativ von den Gesellschaften bei dem Kanzler fern; Forckenbeck dagegen erschien nach wie vor, um jeden Anschein einer grundsätzlichen Opposition zu vermeiden. Fest in der Sache, milde in der Form persönlicher Beziehungen war sein stets befolgter Grundsatz.

Da sich auch dieser Versuch zur Unterwerfung der Nationalliberalen als fruchtlos erwiesen, traf Bismarck seine Entscheidung, ohne und, bis zu einer gewissen Grenze, gegen sie. Camphausen, der ältere Eulenburg und der Handelsminister Achenbach wurden am 19. März 1878 entlassen. Der erstere wurde als Vizekanzler durch den bisherigen Botschafter in Berlin, Grafen Otto von Stolberg-Wernigerode — eine politisch ganz farblose Persönlichkeit — ersetzt, als Finanzminister durch den bisherigen Oberbürgermeister von Berlin, Hobrecht. Hobrecht war ein Nationalliberaler, nahm aber das Ministerium ohne vorherige Zustimmung der Partei an. Forckenbeck hat ihn dafür rückhaltlos getadelt, ihm jeden Einfluß auf die weitere Gestaltung der Dinge abgesprochen und seinen baldigen Sturz vorhergesagt. Das Portefeuille des Innern erhielt der jüngere Graf Eulenburg, Botho,

[1]) Das stellt der konservative Robolsky fest: „Der deutsche Reichstag 1867—92", S. 436 f.

ein Neffe seines Vorgängers. Das Handelsministerium ward Maybach zu Theil.

Die Ernennung Hobrechts konnte unter den vorhandenen Umständen den Nationalliberalen nur als eine Verhöhnung erscheinen. Sie beschlossen in der Fraktionssitzung vom 11. April einstimmig, das Tabaksmonopol abzulehnen, bald darauf ferner, alle dahin zielenden Schritte — also auch die Erhöhung der Tabakssteuer — entschieden zu bekämpfen.

Der Einzige, der noch den Verkehr mit dem Fürsten Bismarck aufrecht erhielt, war Forckenbeck. Der Reichskanzler betrachtete ihn damals so wenig als seinen persönlichen Gegner, daß er ihn wiederholt zu Diners einlud, daß er ihm die Ehre zu Theil werden ließ, die Fürstin zu Tische zu führen. Mehrfach hatte der leitende Staatsmann mit Forckenbeck besondere und vertrauliche Besprechungen — nunmehr so ziemlich dem einzigen unter allen Parlamentariern. Der Präsident war auch der einzige Liberale, der auf die Entschließungen Bismarcks noch Einfluß übte, wie zum Beispiel in der Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen dem Vorsitzenden des Reichskanzleramts und dem Unterstaatssekretär für die Reichs-Finanzverwaltung: einer Frage insofern, als es streitig war, wie weit der Kanzler genöthigt sei, dem Reichstage von Abänderungen innerhalb der Reichsverwaltung Rechenschaft zu geben.

So schleppten sich die Dinge in einer für alle Seiten unerfreulichen Ungewißheit hin, bis die ruchlosen Attentate Hödels und Nobilings auf den mit Recht so hochverehrten Monarchen, am 11. Mai und 2. Juni 1878, die ganze Sachlage mit einem Schlage veränderte.

Das Verbrechen Hödels, das zum Glück durchaus mißlungen war, erschien als eine Ausgeburt sozialdemokratischer Leidenschaft. Der Kaiser selber aber war der Ansicht, daß die Sozialdemokratie ihrerseits ein Kind des politischen und religiösen Liberalismus sei. Schon längst hatte er zugelassen, daß sein Hofprediger Stöcker den Berliner Freisinn auf allen Gebieten durch seine christlich-soziale Agitation mit ebenso großer Rücksichtslosigkeit wie rednerischem und organisatorischem

Geſchick angriff. Unter offenbarer Begünſtigung des höchſten Landesbiſchofs hatte die ſtreng orthodox-konfeſſionelle Hofpredigerpartei in den evangeliſchen Provinzialſynoden der älteren Landestheile Preußens das Uebergewicht erlangt. Als nun nach dem Hödelſchen Attentate das Staatsminiſterium ſich zur Beglückwünſchung für die Errettung bei dem Herrſcher einfand, zog dieſer aus dem Geſchehenen die Folgerung: es komme jetzt beſonders darauf an, daß die Religion dem Volke nicht verloren gehe. Zu den vom Könige zu ernennenden Mitgliedern der brandenburgiſchen Synode erwählte er ſtreng Orthodoxe und zum königlichen Kommiſſar daſelbſt eben den Konſiſtorialpräſidenten Hegel, der der ſiegreiche Gegner Hermanns und Falks geweſen war. Der Kultusminiſter faßte dieſe Vorgänge als eine offenbare Mißtrauensbezeugung des Kaiſers gegen ihn ſelbſt auf und forderte ſeine Entlaſſung, die indes Bismarck noch verhinderte, um nicht den Ultramontanen gegenüber vorzeitig die Waffen aus der Hand zu geben. Aber ſeit dieſen Ereigniſſen und dem Scheitern der Verhandlungen mit den Nationalliberalen ſtand es bei dem Reichskanzler feſt, in Uebereinſtimmung mit den Wünſchen ſeines kaiſerlichen Herrn, mit den Klerikalen Frieden zu ſchließen, aus ihnen und den Konſervativen eine Mehrheit zu bilden, auf die er ſich einweilen ſtützen könne. Es war Sache des deutſchen Volkes zu zeigen, ob es dem Kanzler auch bei dieſer neuen Evolution ſeiner politiſchen Diplomatik Folge leiſten werde.

Die natürliche Konſequenz von Hödels Miſſethat war die Vorlage eines Geſetzentwurfs „zur Abwehr ſozialdemokratiſcher Ausſchreitungen“. Er ermächtigte auf drei Jahre den Bundesrath zum Verbot ſolcher Vereine und Verſammlungen ſowie zur Beſchlagnahme ſolcher Druckſchriften, die die Ziele der Sozialdemokratie verfolgten.

Das war eine ſehr unbeſtimmte Bezeichnung, unter deren Schutz die Regierungen alle ihnen irgendwie mißliebigen Erſcheinungen des öffentlichen Lebens hätten unterdrücken können. Die Nationalliberalen beſchloſſen einſtimmig Ablehnung des „Sozialiſtengeſetzes“ in dieſer Form, aber

Unterstützung der Regierung für eine zukünftige, die allgemeinen Freiheiten des Volkes besser berücksichtigende Vorlage. Am 24. Mai wurde das Gesetz mit 251 gegen 57 Stimmen verworfen, der Reichstag geschlossen.

Da erfolgte am 2. Juni der neue Mordanschlag. Ein verrückter Litterat, ein Dr. Nobiling, verwundete den Kaiser so schwer, daß das Leben des greisen Monarchen bedroht war, daß er dem Kronprinzen die Stellvertretung in den Regierungsgeschäften übertragen mußte. Ganz Deutschland, mit Ausnahme einiger wahnsinniger Anarchisten, war einig in gerechtem Grimme gegen den Frevler, der sich so schwer an dem edlen Herrscher, an dem verehrten ersten Kaiser des wieder geeinten Vaterlandes vergriffen hatte. Eine Zugehörigkeit Nobilings zur sozialdemokratischen Partei ließ sich nicht nachweisen; allein ganz natürlich richtete sich der Zorn der Nation gegen Bestrebungen, die die Freveltaten Hödels und Nobilings zur Folge gehabt zu haben schienen.

Der Reichskanzler glaubte den Augenblick zur Durchführung seines neuen politischen Kurses gekommen. Er hatte dabei das weitere Glück, daß der liberal gesinnte Kronprinz sich als nur zeitweiliger Stellvertreter seines Vaters nicht für befugt hielt, in einer dessen Wünschen zuwiderlaufenden Weise in die Ereignisse einzugreifen. So erlangte Bismarck die Ermächtigung, den Reichstag aufzulösen. Die ganze offiziöse Presse aber eröffnete einen mit Wuth geführten Feldzug nicht nur gegen Sozialdemokratie und Fortschritt sondern auch gegen die Nationalliberalen. Am 30. Juli fanden die Neuwahlen statt. Ihr Ausfall entsprach nur zum Theil den Wünschen des Reichskanzlers. Allerdings waren Konservative und Freikonservative zusammen von 70 auf 115 Mitglieder gestiegen; allein das Zentrum hatte eher etwas verloren, die Sozialdemokraten waren mit neun Abgeordneten vertreten, und die Liberalen aller Schattirungen zählten mindestens noch 160 Stimmen, darunter bildeten die Nationalliberalen mit etwa 100 die zahlreichste Partei des Reichstags.

Das Entscheidende war, daß die jüngsten Ereignisse auch die Gesinnung der Liberalen beeinflußt hatten.

In seiner Wahlrede in Neuhaldensleben vom 13. Juli 1878 berief sich Forckenbeck darauf: „Ich bin ein Mann entschieden liberaler Anschauungen und werde diese entschieden liberalen Anschauungen immer vertreten. Es ist hauptsächlich zu erstreben, daß in dem zukünftigen Reichstage das liberale Bürgerthum in Stadt und Land, diese überwiegende Kraft des deutschen Volkes und darunter die festesten Stützen des nationalen Gedankens, wie bisher eine entscheidende Stellung einnehmen, einen entscheidenden Einfluß ausüben müsse."

Auch seine unabhängige Stellung Bismarck gegenüber betonte er mit unzweideutigem Freimuthe: „Gerade weil ich Respekt vor der Größe des Mannes habe, weil ich ihm dankbar bin für das, was er nach innen und außen unserm Vaterlande geleistet hat, darum will ich ihm mit Wahrheit ehrlich, selbständig und offen gegenübertreten, wo es sein muß, und ich glaube, gerade dadurch diene ich meinem Vaterlande und Bismarcks wahrer Größe mehr, als wenn ich ein unbedingter Kopfnicker wäre." Aber bei allen diesen aufrichtigen Betheuerungen seiner unwandelbar liberalen Ansichten — Betheuerungen, die er später durch die That bewahrheitet hat — versprach er zugleich seine „Mitwirkung dazu, daß den Ausschreitungen der sozialdemokratischen Partei ein wirksamer Damm entgegengesetzt werde."

Freilich, in die laute Proklamirung unbedingter Ergebenheit für den Reichskanzler, wie sie sich bei vielen Parteigenossen und besonders auch bei den journalistischen Organen des Nationalliberalismus kund that, stimmte der charakterfeste Mann nicht mit ein. „Ich wünsche ihnen," schrieb er am 29. August 1878 seinem Freunde Rickert, „mehr kühle und zurückhaltende und ablehnende Verschlossenheit, das entspricht mehr unserer Stellung. Man hat uns Fußtritte über Fußtritte gegeben und braucht uns doch vielleicht wieder. Und ferner wünschte ich etwas mehr Wahrheit über das Sozialistengesetz." Um der Stellung der Partei Einigkeit und Würde zu geben, verlangte er die Einberufung eines Parteitages während der Dauer des Reichstages, und zwar vor der zweiten Lesung des Sozia-

listengesetzes; er fürchtete das ruere in servitium. Einstweilen fühlte er sich müde und krank und ging noch auf zehn Tage in das schlesische Gebirge. Er empfand, daß seinem Leben wahres Glück und nationale Wirksamkeit abhanden gekommen waren. Er merkte, daß er, der Sechsundfünfzigjährige, zum Greise wurde.

Am 9. September trat der Reichstag zusammen, nur um das neue Sozialistengesetz zu berathen, das thatsächlich in einigen Punkten den von den Nationalliberalen vor drei Monaten gethanen Vorschlägen Rechnung trug, in anderen aber für jeden aufrichtigen Liberalen unannehmbar war, indem es nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch jeden Sozialdemokraten vogelfrei machte.

Forckenbeck that das Seinige, um die Rechtsschwenkung der nationalliberalen Partei zu verhindern. Die Konservativen boten dieser für die Wahl des Präsidiums einen Kompromiß an, indem sie, an Stauffenbergs Stelle, für sich die Besetzung der ersten Vizepräsidentschaft verlangten und dagegen für Forckenbeck als Präsidenten stimmen zu wollen verhießen. Gneist, Völk und Hölder waren in der That der Meinung, dem Konservativen von Seydewitz die von seinen Parteigenossen gewünschte Stellung als erster Vizepräsident einzuräumen, und es schien ihnen wirklich die nationalliberale Partei darin folgen zu wollen. Da trat fünfzehn Minuten vor Schluß der Fraktionssitzung Forckenbeck mit Entschiedenheit gegen ein solches Vorgehen auf. Er setzte lieber seine Ernennung aufs Spiel und erklärte, unter diesen Umständen eine Wiederwahl nicht annehmen zu wollen. Sein charaktervolles Einschreiten machte zunächst das konservativ-nationalliberale Bündniß zu nichte. Die große Mehrheit der Fraktion ließ sich von dem Eindrucke seines Vorgehens gewinnen und fiel ihm zu. Das alte Präsidium wurde wieder erkoren, allerdings gegen eine Opposition von 119 konservativen Stimmen.

Der Reichskanzler sah in diesen Vorgängen ein bedenkliches Anzeichen für das Zustandekommen des Sozialistengesetzes, das ausschließlich von der Haltung der Nationalliberalen abhing. Sein erster Gedanke war, sich keinerlei

Bedingungen gefallen zu lassen, den schon halb errungenen Vortheil weiter zu verfolgen, indem er den Reichstag abermals auflöste und wiederum Neuwahlen anordnete. Aber hierbei traf er auf den entschiedenen Widerspruch des Kronprinzen, der sich nach wie vor von Forckenbeck berathen ließ. Der Stellvertreter des Kaisers wies die Auflösung durchaus ab und verlangte eine Verständigung mit der zweifellos national und loyal gesinnten Mehrheit der Volksvertretung. Nothgedrungen ging Bismarck darauf ein und begann von neuem das Bestreben, eine Spaltung innerhalb der nationalliberalen Partei herbeizuführen, deren rechten Flügel zu sich und den Konservativen hinüberzuziehen. Er hatte dieses Mal besseren Erfolg als früher.

Eine gewisse Tendenz zur Scheidung in eine mehr linksseitige und eine rechtsseitige Hälfte war, wie bei jeder sehr großen und zahlreichen Partei, so auch bei den Nationalliberalen naturgemäß seit ihrer Begründung und zumal seit dem Zuwachsen der neupreußischen und außerpreußischen Mitglieder hervorgetreten, die nicht unter der Nachwirkung der altpreußischen Konfliktzeit standen und deshalb der Regierung Bismarcks größeres Vertrauen entgegenbrachten. Diese neuen Bestandtheile der Partei sahen stets in der Einigung Deutschlands viel mehr ihre Hauptaufgabe als in der Förderung des Liberalismus. In den meisten Kleinstaaten, sowie in den neupreußischen Provinzen fiel überdies, aus schon erwähnten Gründen, die nationalliberale mit der Regierungs-Partei zusammen, wurde von der Reichsregierung und deren Organen durch lebhafte Agitation unterstützt, deshalb traten ihr viele rein gouvernementale Elemente bei. Das Aufgehen der altliberalen Fraktion in die nationalliberale führte dieser endlich neue Verstärkung der halbkonservativen Richtung zu. So verloren die im Beginne durchwegs Ausschlag gebenden Führer, die ehemaligen Fortschrittler Forckenbeck und Lasker, immer mehr die Zügel. Schon im Jahre 1873 hatten die Rechts-Nationalliberalen, im Widerspruche mit der Parteileitung, sowohl im Reichstage als auch bei den Wahlen vielfach mit den Konservativen gemeinsame Sache gemacht.

Bei der Frage des Militärseptennats, 1874, hatten die Links-Nationalliberalen von ihren eigenen Parteigenossen und deren Presse die schlimmsten Angriffe erfahren und schließlich eine große Niederlage erlitten. Seitdem war die Einigkeit nur nothdürftig aufrecht erhalten worden. Als aber nunmehr, im September 1878, Forckenbeck das beabsichtigte Bündniß mit den Konservativen zerstört hatte, brach zumal unter den Süddeutschen die Opposition gegen die Herrschaft „einer kleinen Clique hervorragender Männer" — Forckenbeck, Lasker, Stauffenberg — in laute Unzufriedenheit aus. Trotzdem fühlte man noch deren Unentbehrlichkeit, und bei der Wahl des sechsköpfigen Vorstandes der Partei, am 18. September, trugen sie abermals den Sieg davon; die rechtsseitige Opposition brachte es einstweilen nur auf 26 bis 30 Stimmen[1]). Lasker, jetzt mit Stauffenberg Forckenbecks engster Gesinnungsgenosse, drückte in der Kommission für das neue Sozialistengesetz sehr bedeutende Veränderungen im Sinne der freiheitlichen Auffassung durch. Da legte Bennigsen den früheren Freunden den Stein in den Weg.

Bennigsen war, wie wir wissen, nach dem Scheitern seiner Ministerkandidatur der entrüstetste Gegner Bismarcks und speziell des Sozialistengesetzes gewesen. Er hatte den Reichskanzler zur Unterwerfung zwingen wollen. Allein der Ausfall der jüngsten Reichstagswahl hatte den klugen Rechner überzeugt, daß ein immer größerer Theil des deutschen Bürgerthums sich unbedingt auf Bismarck einschwören lasse, und so hielt er es für richtig, diese Schwenkung mitzumachen. Ohne zunächst irgend einen persönlichen Vortheil erhoffen zu können, begründete er die „Partei Bismarck sans phrase", eine der „drei Kompagnien Helldorf, Kardorff, Bennigsen, die getrennt marschiren, aber vereint schlagen sollten". Ohne seine Genossen irgend davon zu benachrichtigen, begann er, im Anfang Oktober, geheimste Verhandlungen mit Bismarck, die diesem die Unterwerfung des größten Theiles der Nationalliberalen und damit das Zustandekommen eines ihm zusagen-

[1]) Diese inneren Vorgänge nach dem Tagebuch eines der Führer der Rechts-Nationalliberalen, Hölder (a. a. O. II 292 ff.).

den Sozialistengesetzes sichern sollten. Die Wirkung dieser Abmachungen zeigte sich bald in der Kommission. Graf Eulenburg gab einige das Gewissen von Bennigsens Anhängern beschwichtigende Erklärungen, und darauf halfen jene, die von Lasker vorgeschlagenen Einschränkungen des Gesetzes zum überwiegenden Theile wieder herauszuwerfen. Die offiziöse Presse sekundirte, indem sie in sehr scharfen Artikeln gegen Lasker eiferte. Dieser erfuhr, welcher angebliche Freund im Verborgenen die Streiche gegen ihn und die bisher gemeinschaftlich vertretene Sache geführt hatte. Daß er und seine Gesinnungsgenossen darüber gegen Bennigsen sehr erbittert waren, ist begreiflich[1]).

Nach Lasker suchte man auch Forckenbeck matt zu legen. Der Berichterstatter der Kommission für das Sozialistengesetz, Schwarze, war plötzlich heiser geworden, und die Kommission hatte dann für diese kurzdauernde Verhinderung einen andern Berichterstatter ernannt, den Rechtsnationalliberalen von Schauß. Der Präsident jedoch erklärte ein solches Vorgehen für geschäftsordnungswidrig und ließ Schauß nicht als Referenten zu. Darüber beschwerte sich dieser bitter bei der Fraktion und zeigte seinen Austritt aus ihr an. Seine Freunde trugen gegen Forckenbeck, Lasker, Stauffenberg, Bamberger, Rickert große Verstimmung zur Schau.

Und doch glaubten sie das Talent, den Einfluß und das Ansehen dieser Männer nicht entbehren zu können. Als deren Führer galt Forckenbeck. Man wußte, daß der Kronprinz keinen politischen Entschluß faßte, ohne ihn zu Rathe zu ziehen. In Gegenwart Stauffenbergs und vieler anderer hat damals Friedrich Wilhelm zu dem Oberbürgermeister gesagt: „Auf Sie verlasse ich mich vor allen in diesen schweren Zeiten.“ Und wieder war er es, der von Bennigsen und dessen Anhängern schwer Gekränkte, ja Verrathene, der Stauffenberg und Lasker zurückhielt, ihre Trennung von der

---

[1]) Ueber diese Dinge stimmen der Konservative Robolsky und der Rechts-Nationalliberale Hölder — gewiß unverdächtige Zeugen — in ihren Aussagen durchaus überein.

Fraktion zu vollziehen und sich dem rechten Flügel der Fortschrittspartei anzuschließen.

Bennigsen fuhr inzwischen fort, sich ohne Zuziehung seiner Parteigenossen mit Bismarck, Eulenburg und den Führern der beiden konservativen Fraktionen zu verständigen. Die Mehrzahl der Nationalliberalen stimmte diesem Kompromiß zu und nöthigte zuletzt auch die Widerstrebenden dafür zu stimmen. Das immerhin einigermaßen abgeschwächte und in seiner Dauer auf $2^1/_2$ Jahre beschränkte Gesetz wurde am 19. Oktober 1878 endgiltig angenommen und dann der Reichstag geschlossen.

Und während Bennigsen stolz auf sein Werk war, die Nationalliberalen mit den Konservativen vereint in die Gefolgschaft des Reichskanzlers geführt zu haben, bildete dieser um eben dieselbe Zeit eine neue Mehrheit aus Zentrum und Konservativen. Die Unterhandlungen, die er ohne Wissen Falks während seiner Kur in Kissingen mit dem in München residirenden päpstlichen Nuntius Masella angeknüpft hatte, trugen ihre Früchte. Das Zentrum erklärte sich bereit, an der Schutzzollpolitik Bismarcks mitzuwirken.

Unter Umständen, die sein patriotisches und liberales Herz mit Kummer und Beängstigung erfüllten, hatte doch Forckenbeck eine große persönliche Genugthuung, die seinen Ehrgeiz vollauf befriedigen konnte und ihm von neuem ein Zeugniß war für das allgemeine Ansehen und Vertrauen, deren er genoß.

XX.

Oberbürgermeister von Berlin.

Unter lebhafter Mißbilligung Forckenbecks hatte sein bevorzugter Mitkandidat um die Berliner Oberbürgermeister-Stelle von 1872, Hobrecht, das Finanzministerium für den gefallenen Camphausen angenommen. Es galt, ihm für die Leitung des ersten und größten städtischen Gemeinwesens Deutschlands einen Nachfolger zu geben.

Die überwiegende Mehrheit der Berliner Stadtverordneten gehörte der Fortschrittspartei an. Aber aus dieser selbst den Oberbürgermeister zu wählen, war unthunlich, da Kaiser Wilhelm niemals einem Fortschrittsmanne für die Reichshauptstadt die Bestätigung ertheilt hätte. Man mußte also sein Augenmerk auf einen sonstigen bewährt liberalen und zugleich in der städtischen Verwaltung großen Stils erprobten Mann richten.

Die Ansichten gingen zunächst weit auseinander, und es wurden nicht weniger als zehn Kandidaten aufgestellt. Allmählich fand eine Sichtung statt, und in der entscheidenden Sitzung des Wahlausschusses vom 10. September 1878 erhielten drei Vorgeschlagene die Mehrheit: die größte Forckenbeck, die zweitgrößte Stauffenberg, die geringste Oberbürgermeister Selke von Königsberg. Merkwürdiger Weise hatten alle drei die Wahl abgelehnt, um sich nicht einer Niederlage auszusetzen. Trotzdem wurden sie dem Plenum der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen, und dieses erkor aus ihnen am 26. September 1878 den Reichstagspräsidenten

und Breslauer Oberbürgermeiſter von Forckenbeck, und zwar mit der überwältigenden Mehrheit von 85 unter 93 Stimmen — alſo ſelbſt ſeine entſchiedenſten politiſchen Gegner hatten für ihn votirt.

Nur wenige Tage hat er ſich beſonnen, ob er die Wahl annehmen ſolle. In der That, jede Bitterkeit in der Erinnerung an ſeine halbe Niederlage vor ſechs Jahren mußte durch die ungeheure Majorität ausgelöſcht werden, die ihn nunmehr unter ſo vielen Würdigen als den Würdigſten bezeichnet hatte, an der Spitze des ſich in ungeahnter Kraft und Schnelligkeit zu einer wahren Weltſtadt, zum kommerziellen, gewerblichen und geiſtigen Mittelpunkt Deutſchlands entwickelnden Berlin zu ſtehen. Schwere Aufgaben warteten hier ſeiner, gerade wegen des rapiden Uebergangs der Stadt aus kleinlichen zu größeren Verhältniſſen. Allein ſich ſtützend auf die Erfahrungen, die er während der letztverfloſſenen ſechs Jahre in der Breslauer Verwaltung geſammelt hatte, traute ſich Forckenbeck die Kraft zu, auch der umfaſſenderen und verwickelteren Berliner Verhältniſſe Herr zu werden. Am 2. Oktober nahm er durch Telegramm, am 3. durch kurzen Brief an den Stadtverordnetenvorſteher die Wahl an.

Wie volles Vertrauen ihm Kaiſer Wilhelm ſchenkte, ward abermals durch die Thatſache erwieſen, daß ſeine Beſtätigung von Forckenbecks Wahl ſchon wenige Wochen nachher, am 25. Oktober, ſtattfand, folglich ſo ſchnell, wie dies der formelle Geſchäftsgang überhaupt geſtattete [1]).

Bei der feierlichen Einführung in ſein neues Amt, am 21. November 1878, betonte Forckenbeck in ſeiner Anſprache die Vortrefflichkeit der ſeit 70 Jahren bewährten ſtädtiſchen Selbſtverwaltung und die Wichtigkeit eines einträchtigen Zuſammenwirkens aller kommunalen Behörden zum Wohle der Bürger. Jedermann wußte, daß das bei ihm keine hohle Redeweiſe, nicht einmal ein bloßer guter Vorſatz ſei. Das Beiſpiel, das er in Breslau gegeben, war eine Bürgſchaft für

[1]) Das Vorhergehende nach den Akten der Berliner Stadtverordneten-Verſammlung.

gleiches billiges und die Rechte aller Körperschaften und aller Einzelnen vollauf beachtendes Verfahren bei der Berliner Stadtleitung. So erwiderte ihm denn auch der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Straßmann in Worten, die das umfassendste und ehrendste Vertrauen zu erkennen gaben: „Hochgeehrter Herr Oberbürgermeister! Niemals bei einer städtischen Angelegenheit habe ich so freudigen Herzens das Wort ergriffen, wie jetzt in diesem Augenblicke. Ich weiß, daß Ihre Wahl, die von der Stadtverordneten-Versammlung mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität beschlossen worden ist, sich in allen Kreisen der Bürgerschaft des ungetheiltesten Beifalls erfreut, und daß auch nicht der leiseste Schatten eines Zweifels, nicht der schwächste Schein einer Besorgniß die ruhige Zuversicht trübt, mit der die Bevölkerung von Berlin der Amtsführung des neuen Oberbürgermeisters entgegensieht."

In jeder Weise trat die Befriedigung und das Vertrauen, mit denen Berlin und seine Behörden auf Forckenbeck blickten, in die Erscheinung. Man bewilligte ihm sofort 3000 Mark Umzugs- und 7500 Mark Einrichtungskosten. Und daß die Breslauer seine Wirksamkeit in ihrer Stadt mit Dankbarkeit anerkannten, zeigt die Ernennung zum Ehrenbürger, die ihm Magistrat und Stadtverordnete der schlesischen Metropole zu Theil werden ließen. Der Raths-Kanzlei-Direktor Buchwald überbrachte ihm persönlich das schöne Dokument, das die „Kraft seines Geistes, die Wärme seines Herzens, die Weite seines praktischen Blickes", und ferner seine „wohlwollende, humane Gesinnung, die Reinheit und Lauterkeit seines Charakters" preisend hervorhob.

Ueber keines Menschen innerstes Wesen ist stets ein so ausnahmslos einstimmiges Urtheil gefällt worden, wie über den geraden, edlen und gütigen Charakter Max von Forckenbecks. Das ist ein Nachruhm, wie er schöner und erfreulicher nicht gedacht werden kann.

Die Reichshauptstadt hatte schon damals — bei dem Amtsantritt Forckenbecks — in schneller Entwickelung, die an das Anwachsen der amerikanischen Städte erinnerte, die

Zahl von einer Million Einwohner überschritten. Die beiden vorhergehenden Oberbürgermeister, Seydel und Hobrecht, hatten mit Unterstützung eines Stabes hervorragender Hilfsarbeiter die Verwaltung dieses großen Gemeinwesens auf der Grundlage der Selbstthätigkeit der Bürgerschaft in trefflichster Weise geordnet. Der kleine Dienst, die Armen- und Waisenpflege sowie die subaltern-administrative Thätigkeit wurden von Tausenden unentgeltlich und freiwillig arbeitender Bürger versehen. Den Magistrat bildete ein Kollegium von 34 frei entscheidenden Mitgliedern, deren jedes ein eigenes Referat besaß und die über alle irgend beträchtlicheren Angelegenheiten gemeinschaftlich zu berathen und abzustimmen hatten. Ein großer Theil der Magistratsmitglieder gehörte politisch der nationalliberalen und selbst der gemäßigt konservativen Partei an. Die Stadtverordneten-Versammlung war aus 126 gewählten Vertretern der Bürgerschaft zusammengesetzt. Von Beeinflussung der Einzelbeschlüsse durch einen sagenhaften „Fortschrittsring" war nicht die Rede. „Ich spreche es hier öffentlich aus," sagte Forckenbeck selber in der Sitzung des Reichstages vom 30. April 1881, „ich kenne keinen Fortschrittsring in Berlin, ein solcher existirt nicht, ein solcher beeinflußt mich nicht, beeinflußt nicht den Magistrat. Ich habe in der kommunalen Verwaltung von der Pike auf gedient, kenne also die Natur der städtischen Verwaltung auf das genaueste, und ich sage, daß ich keine Verwaltung gefunden habe, in der das Regiment nach langsam im Laufe der Jahre gewonnenen festen Verwaltungsgrundsätzen, seien sie schriftlich fixirt, seien sie Gewohnheit geworden, so eisern und so ohne alle Rücksicht festgehalten würde, als in der Berliner Verwaltung. Das ist die Folge der Zustände der größten zentralisirten Lokalverwaltung, die es auf dem Kontinente giebt." In der That, Paris, die einzige Berlin an Einwohnerzahl übertreffende Stadt auf dem europäischen Festlande, ist bekanntlich in einer großen Menge verschiedener Bürgermeistereien organisirt. Eine solche ungeheure Verwaltung konnte nur nach einer umfassenden Reihe sicherer, ein für alle Male unverbrüchlich feststehender Grundsätze geführt werden.

Andrerseits war es unvermeidlich, daß sich bei einem so verwickelten Apparate mannigfache persönliche und prinzipielle Reibungen ergaben; Eifersucht im Magistratskollegium, Enge der Anschauungen in der zum Theile aus dem Kleinbürgerthum zusammengesetzten Stadtverordneten-Versammlung. Das waren Schwierigkeiten, die von dem Oberbürgermeister zu überwinden waren mit Selbstaufopferung, unendlicher Geduld, feinem Taktgefühl, und doch wieder, wo es Noth that, energischem Einschreiten. Größe und Weite des Blickes, Auffassung der Dinge von höherm Gesichtspunkte waren hier für den obersten Leiter unumgängliche Eigenschaften, die zum Glück Forckenbeck in reichem Maße besaß. Wir werden später die Art seiner Verwaltung der Reichshauptstadt in den Einzelheiten und im Zusammenhange kennen lernen.

Als er sein Amt antrat, machte er sich über die Größe der Leistungen, die es von ihm, dem Siebenundfünfzigjährigen, erforderte, keinerlei Illusionen. „Forckenbeck erklärte mir," schreibt Berthold Auerbach[1]) einem vertrauten Freunde am 14. März 1879, also vier Monate nach des neuen Oberbürgermeisters Einführung, „welche schweren Aufgaben er habe, von der Verwaltung des großen Breslauer Stadtwesens nun in die hiesige sich einarbeiten, die er unter dem Eindrucke des Attentats antrat. Und dazu das Präsidium des Reichstags!"

In der That, die Stellung Forckenbecks als Oberhauptes einer wegen ihrer politischen Meinung ohnehin bei der Regierung übel angeschriebenen Stadt wurde noch schwieriger durch den Umstand, daß die nach den Attentaten auf den Kaiser riesenhaft anschwellende Reaktion ihn selbst immer mehr in die Opposition drängte.

---

[1]) In seinem Briefwechsel mit Jak. Auerbach, S. 395.

XXI.

Niederlegung des Reichstagspräsidiums.

Fürst Bismarck hatte die großen Ziele, die er einst seinem politischen Streben gestellt hatte, vollständig erreicht: Oesterreich war aus Deutschland ausgeschieden, dieses unter Preußens politischer und militärischer Leitung geeint, die Wehrorganisation derart geordnet, daß man die äußeren Feinde nicht mehr zu scheuen hatte. Sein Genius, unterstützt durch die aufopfernde Pflichttreue und gesunde Einsicht Kaiser Wilhelms I., durch die Tüchtigkeit und Vaterlandsliebe der Nation, durch die ganze Richtung der Zeit und durch glückliche Wendung der Verhältnisse, hatte binnen weniger Jahre erreicht, was Jahrhunderte hindurch vergeblich angestrebt worden war. Da suchte und fand sein rastloser Geist eine neue Aufgabe: Deutschland auch ökonomisch dem Auslande gegenüber selbständig zu machen und zugleich die preußische Regierung finanziell derart zu stärken, daß sie von dem Gutbefinden der deutschen Mittel- und Kleinstaaten sowie der wechselnden Reichstagsmehrheiten unabhängig werde. Zu beiden Zwecken sollte, neben der Uebertragung der Eisenbahnen auf den Staat und, wo möglich, auf das Reich, vor allem die Herstellung eines umfassenden Systems gewerblicher und agrarischer Schutzzölle und indirekter Steuern dienen, die einestheils die nationale Arbeit vor dem Mitbewerb des Auslandes schützten, andrerseits der Zentralregierung des Reiches durch die zunehmende Anzahl und Wohlhabenheit der Bevölkerung von selbst und

in sich anwachsende Geldbeträge zur Verfügung stellten. Daß der Schutzzoll einen Bruch mit Preußens moderner Entwickelung bedeutete, daß Bismarck selber den Freihandel während fünfzehn Jahre begünstigt und gefördert, den Fortbestand des Zollvereins von freihändlerischen Handelsverträgen abhängig gemacht hatte — diese große innere und äußere Schwierigkeit gab dem kühnen Charakter des Fürsten nur erhöhten Reiz, die neue Bahn einzuschlagen. Er war entschlossen, alle Mittel anzuwenden, um seine Absicht zu verwirklichen, nöthigenfalls auch seinen Frieden mit dem Zentrum, mit den „Reichsfeinden", abzuschließen.

Das ungeheure Gewicht seiner sieghaften, kraft- und geistsprühenden Persönlichkeit und die dankbare Begeisterung, die gerade in den gebildeten Kreisen Deutschlands naturgemäß Hunderttausende ihm zollten, waren seine wirksamsten Waffen in dem neuen Kampfe. Ihm zu Hilfe kam eine vorübergehende wirthschaftliche Depression, wie sie in dem verwickelten, von zahllosen Umständen beeinflußten ökonomischen Leben der Gegenwart regelmäßig von Zeit zu Zeit eintritt, die aber besonders die davon zunächst betroffenen industriellen Elemente dem Freihandelssystem zur Last legten. Am 19. Oktober 1878 veröffentlichten 203 Mitglieder des Reichstags — also dessen Mehrheit, zusammengesetzt aus Konservativen, Ultramontanen und mehreren Nationalliberalen — eine dem Schutzzoll günstige Erklärung; sie ward gut geheißen durch den Deutschen Handelstag selbst in seiner Versammlung zu Berlin, am 30. Oktober. So der Zustimmung der betheiligten Kreise und der Majorität der Volksvertretung sicher, ging der Reichskanzler mit voller Offenheit vor. Am 12. November beantragte er die Niedersetzung eines besonderen Ausschusses für Tarifreform beim Bundesrathe, und am 15. Dezember richtete er an diesen den berühmten Brief, in dem er die Grundzüge seines Planes der Welt mittheilte, mit der Schärfe, Geistesfülle und Kühnheit, die ihm stets eigen gewesen sind.

Auch hier begünstigten ihn die Umstände. Der Fortschritt hatte auf seinem Parteitage vom 24. bis 26. Novem-

der den Nationalliberalen den Fehdehandschuh hingeworfen; und am 5. Dezember legte der Kronprinz die stellvertretende Regierung in die Hände seines kaiserlichen Vaters nieder — ein wesentliches Hinderniß für Bismarck war dadurch aus dem Wege geräumt.

Forckenbeck konnte dem Reichskanzler auf seiner neuen Bahn nicht folgen. Er war nicht, wie man ihm wohl vorgeworfen hat, in wirthschaftlichen Dingen unerfahren: wir erinnern uns vielmehr, daß er seit dem Jahre 1859 mit dem ihn charakterisirenden gewissenhaften und gründlichen Fleiß an den Arbeiten der Volkswirthschaftlichen Gesellschaft sich betheiligt hatte. Dabei war ihm das Freihandelssystem geradezu in Fleisch und Blut übergegangen. Er stützte sich hier, wie er es wiederholt aussprach, auf das seit sechzig Jahren in Preußen verfolgte ökonomische System, das dessen armes Volk groß und wohlhabend gemacht und dessen Industrie entwickelt hatte. Nicht er wandelte sich, die Regierung und ihre Anhänger — denn auch die Konservativen waren früher eifrige Freihändler gewesen — hatten sich gewandelt. Daß er zwei und ein halbes Jahrzehnt hindurch in der Provinz Preußen gelebt hatte, die, auf drei Seiten von den Reichsgrenzen umgeben, für ihr wirthschaftliches Dasein auf den Freihandel angewiesen zu sein schien, hat sicherlich seine Anhänglichkeit für dieses ökonomische System noch wesentlich gefestigt und ihr eine gewisse leidenschaftliche Stimmung verliehen.

Seit jeher ein begeisterter Anhänger der deutschen Einheit, empfand auch er es schwer, daß das Reich durch die Einforderung von Matrikularbeiträgen gewissermaßen bei den Einzelstaaten als lästiger Steuerbote erscheine. Er hatte sich deshalb schon in seiner Wahlrede vom 13. Juli 1878 bereit erklärt, indirekte Steuern, zumal erhöhte Tabaksteuer, zu bewilligen; aber unter einer doppelten Bedingung: einmal daß sie die Höhe der bisherigen Matrikularbeiträge — 88 Millionen Mark jährlich — nicht überstiegen, und dann, daß das unbedingt nothwendige Einnahmebewilligungsrecht der Volksvertretung gewahrt werde. Vor allem aber wies er die Be-

steuerung der nothwendigen Lebensbedürfnisse: Korn, Holz, Schmalz, Speck, Petroleum, zurück, die, seiner Ansicht nach, die Steuerlast zum größten Theile auf die Masse des Volkes werfen und bewirken mußte, daß der Lebensunterhalt in ihr wesentlich vertheuert wurde. Dadurch stiege auch nothwendigerweise der Arbeitslohn, und so werde die Exportindustrie, die auf möglichst billige Herstellung ihrer Erzeugnisse angewiesen ist, dem Auslande gegenüber konkurrenzunfähig. Durch eingehendes Studium der ländlichen Verhältnisse glaubte er sich ferner überzeugt zu haben, daß Getreidezölle, mit Industriezöllen verbunden, nur dem massenhaft Korn verkaufenden Großgrundbesitz nütze, während der kleine Landwirth, der kein oder wenig Korn veräußern kann, durch die Vertheuerung von Eisen, Leder, Holz, Zeugen, Kolonialwaaren viel mehr einbüßt, als er durch Getreidezölle gewinnt. Ueberdies sah er im Schutzzoll nur ein Glied des von der Regierung geplanten Staatssozialismus, der staatlichen Bevormundung, in denen er die gefährlichsten Gegner der persönlichen Freiheit und des Fortschrittes auf allen Gebieten der menschlichen Thätigkeit erblickte[1]).

Diese seine Stellung in den wirthschaftlichen Fragen hatte Forckenbeck schon seit 1878 laut kundgegeben. Als der Reichstag am 12. Februar 1879 zusammentrat und ihm die Aenderungen auf wirthschaftlichem Gebiete angekündigt wurden, unterließ es der Reichskanzler zum ersten Male, den Wunsch einer Wiederwahl Forckenbecks zum Präsidenten auszudrücken. Trotzdem wurde dieser abermals zu dem hohen Amte erkoren, aber gegen eine starke Minorität, mit 151 gegen 81 Stimmen. Sein Freund Stauffenberg erhielt sogar erst im dritten Wahlgange die erste Vizepräsidentschaft, und zwar nur mit 88 gegen 80 Voten, bei zahlreichen Stimmenthaltungen — also eigentlich eine Minderheitswahl. Als zweiter Vizepräsident drang der Freikonservative Lucius, ein besonderer Freund des Reichskanzlers, durch. Da indessen die Nationalliberalen geschlossen für Forckenbeck und Stauffen-

[1]) Wahlrede Forckenbecks vom 10. Oktober 1881, zum Theil wörtlich seiner Rede vom 13. Juli 1878 entlehnt.

berg eingetreten waren, nahmen dieſe die Wahl an. Sie durften noch hoffen, ihre eigene Partei in den Kampf zu führen.

Sie ſollten bald ihre Stellung als eine durchaus unhaltbare erkennen.

Zunächſt zeigte ſich in der nationalliberalen Fraktion der rechte Flügel als geradezu feindlich gegen die Kollegen von links; Lasker und der als kundiger und ſtets ſchlagfertiger Führer der Freihandelspartei bewährte Bamberger gelangten nur mit knapper Noth in den Parteivorſtand. Bennigſen und ſeine etwa dreißig Anhänger in der Fraktion erklärten im Laufe des März, die Tariffrage ſei keine Parteiſache, und ſie wünſchten ſich über ſie mit Bismarck zu verſtändigen. Die größere Hälfte der Fraktion, 40 bis 45, blieb freilich für das erſte noch dem Freihandel getreu. Allein der Abfall Bennigſens und ſeiner Leute genügte, um in der Tarifkommiſſion die Annahme der Getreide- und Viehzölle zu entſcheiden.

Andrerſeits zeigte ſich Bismarck, da er des Sieges ſicher war, äußerſt reizbar und heftig bei jedem Widerſpruch, auch dem Präſidenten gegenüber keineswegs rückſichtsvoll und verbindlich. Bald brachte die Regierung das ſogenannte „Maulkorbgeſetz" ein, das beſtimmt war, innerhalb des Parlamentes ſelbſt die Redefreiheit der Abgeordneten zu zügeln. Forckenbeck empfand es als eine perſönliche Beleidigung, da die Regierung damit, ſo ſehr ſie ſolche Abſicht auch formell in Abrede ſtellte, der Geſchäftsleitung durch das Präſidium ein Mißtrauensvotum ertheilte. Dennoch ließ er ſich, wie auch ſonſt, durch ſeine Mißſtimmung keineswegs davon abhalten, in ganz unparteiiſcher Weiſe die Intereſſen des Reichstages zu vertreten. Während von den Fortſchrittlern und ſelbſt von den Nationalliberalen in jener Zeit der Spannung faſt niemand mehr auf den parlamentariſchen Soireen des Reichskanzlers erſchien, beſuchte ſie Forckenbeck, um ein Zerwürfniß zwiſchen dem Gewaltigen und der Volksvertretung möglichſt zu verhüten. Er verſprach Bismarck, die Geſchäftsordnungskommiſſion ſolle ſich baldigſt mit der Disziplinarangelegenheit beſchäftigen. Dies geſchah auch, vielerlei Anträge wurden

gestellt, allein da die Sache unter den Reichsboten sehr mißliebig war, kam sie gar nicht zur Verhandlung im Plenum. Forckenbeck aber schützte die Würde des Parlamentes mit eiserner Hand, wie er denn das Nichterheben des Sozialdemokraten Liebknecht bei dem Hoch auf den Kaiser, am 17. März, auf das schärfste rügte und dessen bissiger Vertheidigungsrede durch Wortentziehen ein Ende machte.

Ermuthigt von seinen bisherigen Erfolgen im Zollkampfe, brachte der Reichskanzler im Anfang April 1879 den umfassenden Entwurf zur Umgestaltung des ganzen Zolltarifs in schutzzöllnerischem Sinne ein. Da die Parteien über die Behandlungsart dieser hochwichtigen Vorlage noch nicht einig waren, wollte ihnen Forckenbeck Zeit lassen, sich untereinander und mit ihren Wählern darüber zu berathen und setzte die Osterferien auf ungewöhnlich lange Zeit, vom 3. bis zum 28. April, an. Die Regierung aber beschuldigte Forckenbeck, diese Anordnung nur getroffen zu haben, damit die Opposition Zeit gewinne, überall im Lande die Agitation gegen die Lebensmittelzölle ins Werk zu setzen. Man wußte selbst den wohlmeinenden und bisher Forckenbeck so freundlichen Herrscher von dessen üblen und intriganten Absichten zu überzeugen. Wilhelm I. sprach sich dem frühern zweiten Vizepräsidenten Fürsten Hohenlohe-Langenburg gegenüber sehr ungehalten über das Verfahren Forckenbecks aus[1]).

Dieser ließ sich indes durch keine Ungunst von hoher und höchster Stelle abschrecken, für das, was er für richtig und heilsam hielt, mit voller Kraft einzutreten. Im Gegentheil übernahm er die Leitung des Widerstandes gegen die, seiner Ueberzeugung nach, volksverderbliche Vertheuerung aller Lebensmittel. Da er als Präsident des Reichstags eine solche Agitation nicht entfesseln konnte, machte er den Oberbürgermeister der Reichshauptstadt geltend. „Wir haben so gehandelt," rechtfertigte er sein und des Magistrats Vorgehen in dieser Sache den Angriffen Kleist-Retzows in der Reichstagssitzung vom 11. Juli 1879 gegenüber, „auf Anrufen

[1]) Brief Hölders v 8. April 1879; v. Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier, II 341.

der Oſtſeeſtädte, mit denen wir hiſtoriſch zu allen Zeiten Leid und Freud getheilt haben; wir haben gehandelt vermöge unſeres verfaſſungsmäßigen Rechtes, vermöge des Magiſtrates Pflicht, die reellſten Intereſſen der ihm anvertrauten Bürger zu ſchützen. Es ſtand für uns feſt, daß die Befreiung der nothwendigſten Lebensmittel die eine Wirkung ſicher hätte, eine beſſere und nachhaltigere Ernährung der großen Maſſe der Bevölkerung herbeizuführen.“ Der Beweis dafür lag vor — nach Aufhebung der Schlacht- und Mahlſteuer am 1. Januar 1875 war in Berlin ſofort der jährliche Fleiſchverbrauch pro Kopf der Bevölkerung von 52 auf 72 Kilo geſtiegen! Auf Forckenbecks Veranlaſſung alſo beſchloß ſchon am 6. April der Berliner Magiſtrat mit 33 gegen eine Stimme, an den Reichstag eine Petition gegen die Beſteuerung der nothwendigen Lebensmittel zu richten. Dreiundzwanzig deutſche Seeſtädte folgten dieſem Beiſpiele. Forckenbeck iſt aber auch der Urheber des bekannten deutſchen Städtetages, der gegen die Tarifvorlage proteſtirt hat. Offiziell waren es die Magiſtrate von Königsberg, Danzig, Thorn, Stettin, Memel und Kiel, die Berlin zur Einberufung eines ſolchen Tages aufforderten. Thatſächlich aber hat Forckenbeck durch ſeine Freunde in den ſtädtiſchen Verwaltungen jene Aufforderung an den Berliner Magiſtrat überhaupt erſt veranlaßt[1]). Ebenſo erwirkte er von Lasker ein ausführliches Rechtsgutachten, das zu dem Schluſſe kam, daß zwar nicht den Stadtverordnetenkollegien, wohl aber den Magiſtraten die Betheiligung an öffentlichen, nichtſtädtiſchen, Angelegenheiten innerhalb der allgemeinen Geſetze durchaus freiſtehe[2]). Darauf berief der Berliner Magiſtrat thatſächlich auf den 17. Mai einen allgemeinen deutſchen Städtetag zur Beeinfluſſung des Reichstages nach der Hauptſtadt ein.

Die Beſorgniß vor allzu zahlreichen Abſagen hatte die Einladung übermäßig verzögert. Das hat dann wieder dem Gelingen der Sache vielen Abbruch gethan, auch eine Wirkſamkeit inſofern verhindert, als bis zum 17. Mai die meiſten Abgeordneten ſchon Partei genommen hatten.

[1]) Darüber läßt ſeine Ms. Korreſpondenz aus dieſer Zeit keinen Zweifel.

[2]) Dieſes Ms. Gutachten vom 3. Mai 1879 befindet ſich in Forckenbecks Nachlaß.

Die Signatur bei dem Wiederzusammentritte des Reichstages war das ultramontan-konservative Bündniß. Windthorst erschien am 3. Mai zum ersten Male in der parlamentarischen Soiree des Reichskanzlers. In der Generaldebatte über den Zolltarif zeigte sich die Existenz jenes Bündnisses in offener Weise.

Die Rechtsnationalliberalen brannten vor Ungeduld, an dem Siegeszuge mit betheiligt zu sein. Sie sprachen ganz unverhüllt von der Nothwendigkeit einer Trennung von den freihändlerischen Genossen. Ihr Grimm richtete sich einstweilen gegen den unermüdlichen und beredten, stets schlagfertigen Lasker. Der abtrünnige Vertreter einer freihändlerischen Seestadt, Mosle aus Bremen, wagte schon von „semitischem Treiben in der Wirthschaftspolitik“ zu reden. Indes Bennigsen suchte den Eifer seiner allzu hitzigen Freunde zurückzuhalten. Er wäre gern als Führer der größten geschlossenen Partei vor Bismarck erschienen, wünschte auch nicht, daß man sich allzu billig weggebe [1]).

Aber jene stimmten ohne Rücksicht auf die Führer und gaben den Schutzzöllnern den Sieg. Von diesen saßen 18 in der Tarifkommission, von Freihändlern nur 6. Bei der zweiten Berathung, am 16. Mai, wurde die gesammte Zolltarifvorlage mit 218 gegen 88 Stimmen angenommen. Nur die Hälfte der Nationalliberalen hatte mit der sehr schwachen Fortschrittspartei, den Sozialdemokraten und einigen Polen gegen sie votirt.

Erst am Tage nach diesem entscheidenden Ereignisse, also am 17. Mai, trat der Städtetag zusammen: 117 Delegirte von 72 Städten waren zugegen, die mit 68 Stimmen gegen 4 eine Resolution gegen die Zölle auf Nahrungsmittel als für die städtischen Bevölkerungen verderblich und einen künstlichen Gegensatz zwischen Stadt und Land hervorrufend annahmen. Eindrucksvoller war das Festbankett, das Abends im Zoologischen Garten stattfand, und zwar vorzüglich durch die Rede, mit der Forckenbeck das dem Reichstage und seinem

[1]) Hölders Tagebuch aus dem Mai 1879; a. a. O., S. 341 ff.

Präsidenten gebrachte Hoch beantwortete. Man hatte schon viel gesprochen, fleißig zugetrunken, und die Wogen der Begeisterung gingen hoch. Er kündigte an, nicht als Präsident eines den städtischen Interessen feindlichen Reichstags sprechen zu wollen, als welcher er sich in sehr schwieriger und außergewöhnlicher Lage befinde, sondern als liberaler Mann und als Oberbürgermeister von Berlin. Anknüpfend an Worte, die er vor Kurzem in Breslau geäußert, rief er das deutsche Bürgerthum auf die Schanzen zum Widerstande gegen die ihm feindlichen Bestrebungen. Es sei Zeit, daß es eine große liberale Partei bilde, „die aber nicht blos die Städte, sondern, getreu ihren Traditionen und ihrem Gerechtigkeitsgefühle, alle Stände und namentlich auch das flache Land mit ihren Interessen umfassen werde. Dazu gehört aber, daß wir uns rühren auf verfassungsmäßigem Boden, daß wir innerhalb dieser Grenzen alle Kräfte, die uns zu Gebote stehen, eifrig gebrauchen. Mein Toast gilt also nicht allein dem freien, sondern auch dem thatkräftigen deutschen Bürgerthume!“

Es war der Schlachtruf gegen die beginnende politische, kirchliche und ökonomische Reaktion, im Namen der Grundsätze, für die die liberale Partei seit vier Jahrzehnten gekämpft, gelitten und gesiegt hatte. Nichts ist falscher als der Vorwurf, den Forckenbecks wenig bedenkliche Gegner öfters erhoben, als habe er die Städte zum Kriege gegen das flache Land aufgefordert. Gerade das Gegentheil enthielt die Rede dem Sinne wie dem Wortlaute nach. Sie machte einen ungeheuren Eindruck, bei der hohen offiziellen Stellung Forckenbecks und bei seiner bekannten zurückhaltenden Vorsicht. Die Festesbegeisterung hatte der schon lange in ihm gährenden Kampfesstimmung die Fesseln gelöst. Der Fortschrittler Ludwig Löwe verkündete sofort Forckenbeck, „den Oberbürgermeister der ersten Stadt Deutschlands, auf den dieses mit Stolz blicken würde, auch wenn er nicht Präsident des Reichstags wäre,“ als Führer des deutschen Bürgerthums im Kampfe gegen dessen Widersacher.

Aber dieser 17. Mai hatte keine Folgen. Das einige thatkräftige Bürgerthum, von dem Forckenbeck und Löwe

sprachen, existirte nicht. Bismarcks Appell an die Sonderinteressen trug die von ihm gewünschte Frucht. Die meisten industriellen Gebiete waren von schutzzöllnerisch Gesinnten beherrscht. Dieser in der Anschauung des gebildeten Mittelstandes sich so schnell vollziehende Umschwung war ein ganz natürlicher. Gerade die Siege des Liberalismus in dem Jahrzehnt nach 1866 hatten ihm den Boden abgegraben, denn das seit so langer Zeit Gewünschte und Erstrebte auf politischem Gebiete war in befriedigender Weise erreicht. Man bedurfte des Liberalismus nicht mehr und wandte sich anderen Zielen zu, die mehr persönliche Vortheile zu bieten schienen. Solche aber waren am leichtesten im Bündniß mit den Regierungstendenzen zu erreichen. Endlich trieb die Abneigung gegen die Sozialdemokratie und die Furcht vor dieser weite Kreise des Bürgerthums in das konservative Lager. Gerade die jüngere Generation war überdies unter dem überwältigenden Eindrucke der großen Siege und Erfolge des Königthums und Bismarcks erwachsen, denen gegenüber bürgerliche Freiheit und Konstitutionalismus als leere Schemen, als machtlose Prinzipien erschienen. Die meisten Städte des Westens und Südens waren am 17. Mai gar nicht vertreten, selbst Breslau, an dessen Spitze noch wenige Monate früher Forckenbeck gestanden hatte, war fern geblieben. Die Einen waren zur Partei Bismarck übergetreten, die Anderen legten, wie Roepell schrieb, die Hände in den Schoß, in der fatalistischen Ergebung, Bismarck sei doch unbesiegbar. Forckenbeck selber war ein durch übermäßige Anstrengungen und schmerzliche Erregungen schnell gealterter Mann, den wohl in wichtigen Augenblicken noch die frühere Energie erfüllte, der auch unentwegt und entschlossen auf dem Posten, den ihm sein Gewissen anwies, ausharrte, der aber zum Leiter im Kampfe gegen einen Bismarck und die Mehrheit des deutschen Volkes nicht mehr andauernde Spannkraft genug besaß. Die beabsichtigte „Anti-Kornzoll-Liga", nach englischem Muster, ist nie zu Stande gekommen. Der Städtetag blieb ein Schwertstreich ins Wasser.

Nur das wurde sofort klar: nach der bestimmten und

ſchneidenden Weiſe, in der ſich Forckenbeck durch ſeine Rede im Zoologiſchen Garten in Gegenſatz zu der Dreiviertel-Mehrheit des Reichstages geſetzt hatte, konnte er deſſen Präſident nicht länger bleiben. Uebrigens wäre das auch ohnehin unmöglich geweſen. In der einzig beherrſchenden Frage beſtand ein unverſöhnlicher Zwieſpalt zwiſchen Forckenbeck und der weit überwiegenden Majorität. Deren Mißſtimmung äußerte ſich gelegentlich in einer Weiſe, die weder mit der Aufrechterhaltung der Hausordnung noch mit der Würde des Präſidenten vereinbar war. Die leitenden Perſönlichkeiten der Regierung ſtanden ihm geradezu feindlich gegenüber. Und wie ſollte er zu gedeihlichem Abſchluſſe Verhandlungen führen, die ihm durchaus ſchädlich, ja verderblich erſchienen? „Nicht einmal formell," ſchrieb er elf Jahre ſpäter an einen Freund [1]), „wollte ich den bevorſtehenden fundamentalen Umſchwung in der Zoll- und Wirthſchaftspolitik mitmachen." Am 20. Mai 1879 legte er das Präſidium des Reichstags nieder, „aus Geſundheitsrückſichten", aber auch, wie er offen und ungeſchminkt erklärte, infolge des „Gegenſatzes, in welchen er in Bezug auf tiefgreifende Fragen mit der Mehrheit des Hauſes gekommen ſei". Der wegen Krankheit abweſende erſte Vizepräſident, ſein Freund von Stauffenberg, hatte ihm ſchon für dieſen Fall eine nur noch mit Datum zu verſehende Erklärung der Amtsentſagung anvertraut, die nun lediglich dem zweiten Vizepräſidenten zu überreichen war. Forckenbeck, in ſeiner großen Gewiſſenhaftigkeit, benutzte indes dieſe Vollmacht nicht, und Stauffenberg zeigte ſeinen Rücktritt dem Reichstage telegraphiſch an.

Wie richtig Forckenbeck dieſes Mal gehandelt hatte, indem er auf das Präſidium verzichtete, beweiſt der Umſtand, daß das Haus, in Würdigung der Gründe ſeines Entſchluſſes, keinen Verſuch machte, ihn zum Bleiben zu bewegen; beweiſt der weitere Umſtand, daß abermals das konſervativ-ultramontane Bündniß über die Liberalen und ſelbſt Freikonſervativen triumphirte, indem es die Präſidentſchaft demſelben

[1]) Herrn Bürgermeiſter K. . . . .

Konservativen von Seydewitz übetrug, dessen Wahl zum Vizepräsidenten gerade Forckenbeck mehrfach zum Scheitern gebracht hat. —

Sieben Jahre lang war Forckenbeck Vorsitzender des preußischen Abgeordnetenhauses, fünf Jahre lang Präsident des deutschen Reichstags gewesen, zu jeder dieser höchsten aus Volkswahl hervorgehenden Würden wiederholt einstimmig berufen. Auch andere Präsidenten nach ihm haben gleiche Unparteilichkeit erwiesen, indem sie der von ihm so rühmlich begründeten Ueberlieferung folgten. Aber keiner hat eine gleich wichtige Rolle gespielt. Das lag zum Theil an der Thatsache, daß er jene hohen Aemter in der großen und entscheidenden Zeit der Begründung des neuen deutschen Reiches verwaltete. In überwiegendem Maße aber hat er ihnen selber die historische Bedeutung verliehen, indem er mit ebenso viel Entschiedenheit und Klarheit wie Besonnenheit und Geduld, mit der reinsten Vaterlandsliebe und Verzichtleistung auf eigenen Vortheil und Ehrgeiz in die Ereignisse eingriff; vermittelnd, Schwierigkeiten ebnend, Auswege findend, wo unheilbarer Zwist drohte; nie seine Grundsätze opfernd, aber in Nebendingen versöhnlich und nachgiebig. Man darf sagen, er hat hier zum Wohle Preußens, Deutschlands und des Liberalismus in einem Umfange und mit einer Nachhaltigkeit gewirkt, von denen hoffentlich die von uns zum ersten Male mitgetheilten Thatsachen einen Begriff gegeben haben.

Das war nun alles vorüber, und mit diesem die politisch wirksame und einflußreiche Zeit im Leben Forckenbecks. Er hat das selber bitter genug empfunden.

Mit ihm fiel aber auch die nationalliberale Partei. Ihr Sturz, wie der seine, war die Folge ihrer eigenen innern Zersetzung. Seitdem hat sie noch als eine der drei Kompagnien des Reichskanzlers unter dessen Befehl gestritten, selbständige Bedeutung hat sie nicht mehr erlangt. Sobald sie sich auf eigene Füße zu stellen suchte, erlitt sie schwere Niederlagen. Bismarck traute ihr keinerlei eigene Kraft mehr zu und hat demgemäß auch keinerlei Rücksicht auf sie mehr

genommen. Ihre Rolle wurde eine dienende, nicht mehr eine beſtimmende: die Aera Bennigſen nach der Aera Forckenbeck.

Die Freunde Forckenbecks fühlten das voraus. Von allen Seiten kamen ihm herzliche Glückwünſche zu ſeinem männlichen Auftreten auf dem Städtetage, zu ſeiner Niederlegung des Präſidiums in einem reaktionär-ultramontanen Reichstage, zur Klärung einer unerträglich verworrenen Lage. Allgemein war die Anſchauung, der Berthold Auerbach den Ausdruck gab[1]): „Die That Forckenbecks iſt hoffentlich erweckend für die Nation, denn es iſt kein Geringes, daß der erſte Bürger des deutſchen Reiches, der Oberbürgermeiſter von Berlin, erklärt: da kann ich nicht mehr mitthun, und wieder ſich in Reih und Glied zur Oppoſition ſtellt.“

Der Vorſtand des nationalliberalen Vereins in Poſen übermittelte an Forckenbeck, auf Grund des Auftrages einer zahlreichen Verſammlung von Parteifreunden, die Reſolution:

„Der Rücktritt des Herrn von Forckenbeck von dem Präſidium des Reichstages iſt eine That männlicher Charakterfeſtigkeit und ernſter Pflichttreue. Sie reiht ſich ebenbürtig den großen Verdienſten an, welche Herr von Forckenbeck bei der Gründung des deutſchen Reiches und um die weitere Ausbildung ſeiner Verfaſſung ſich in unabläſſiger, patriotiſcher Thätigkeit erworben.

„In der gegenwärtigen Zeit des entfeſſelten Intereſſenkampfes iſt ſein muthvoller Schritt eine läuternde That, ein leuchtendes Vorbild und eine Bürgſchaft für beſſere Zeiten.“

Seine Freunde ermahnten ihn vielfach, dieſe beſſeren Zeiten vorzubereiten, indem er eine Scheidung in der unheilbar zerfallenen nationalliberalen Partei herbeiführe.

---

[1]) An Jak. Auerbach, 25. Mai 1879.

XXII.

Die Sezession.

Die Kundgebung im Zoologischen Garten hatte Forckenbeck die Rolle eines Führers des Widerstandes gegen die gesammte Richtung der innern Politik des Kanzlers und der Reichstagsmehrheit übertragen. Er hat sie nicht angenommen. Zunächst fühlte er sich von den Erregungen jener Tage thatsächlich angegriffen und krank. So wies er jede Theilnahme an Kundgebungen, Zustimmungsversammlungen und Agitationsbestrebungen, zu denen er von den verschiedensten Seiten aufgefordert wurde, zurück und nahm dann auf drei Wochen Urlaub zur Herstellung seiner Gesundheit. Damit war die ganze Anti-Kornzoll-Liga sofort nach der Geburt erstickt.

Forckenbecks gesammte Thätigkeit während der vorhergehenden zwölf Jahre war eine schöpferische, positive gewesen, in möglichstem Zusammenhange mit den leitenden Persönlichkeiten des Reiches, dem Kaiser und dem Kanzler. Er wollte und konnte nicht seine ganze Vergangenheit verleugnen, indem er nunmehr ein großes Duell mit Bismarck auf sich nahm. Das verbot ihm bei ruhiger Ueberlegung sein zartfühliges Gewissen; wohl auch die Empfindung ermattender Kraft und die Ueberzeugung, daß ihm dabei der unbedingt nöthige Rückhalt im Bürgerthume fehlen würde. Er sah die Liberalen bestürzt, niedergeschlagen, in schlimmerer Lage denn je zuvor, selbst als in der Konfliktszeit. Denn damals herrschte ein zuversichtlicher Idealismus, der sich durch keine augenblickliche

Niederlage in seiner Erwartung eines endlichen Sieges dauernd beirren ließ. Jetzt wollten die idealen Interessen nicht mehr verfangen, überwogen einzig und allein die materiellen. Und doch war die Stellung, die Forckenbeck am 17. und 20. Mai genommen, der Art, daß kein anderer ihn dabei ersetzen konnte. Er wollte nicht der Agamemnon des Liberalismus sein, sondern nur als einer unter den Führern des Heeres seine Pflicht thun in dem schweren und, wie er fürchtete, für die nächste Zeit aussichtslosen Kampfe. Damit war aber von vornherein die Niederlage der politischen und ökonomischen Opposition entschieden.

Die Freunde erwogen schriftlich mit ihm die Frage, ob die Trennung von den Rechtsnationalliberalen, die eigentlich die Lage schon damals erfordert hätte, wirklich zu vollziehen sei. Bennigsen schien einer solchen Lösung gleichfalls nicht abgeneigt, wie er es in einer zu Hannover gehaltenen Rede andeutete. Jedenfalls sollte die Scheidung einen durchaus freundschaftlichen Charakter tragen[1]).

Bennigsen unterhandelte schon mit Bismarck, um zu versuchen, ob die Nationalliberalen, nach Ausstoßung der entschiedenern Elemente, im Bunde mit den Freikonservativen wieder bestimmenden Einfluß gewinnen könnten. Er mußte sich bald davon überzeugen, daß der Kanzler seine Wahl nach einer andern Seite hin getroffen habe.

Bismarck versprach dem Zentrum Revision und allmähliche Aufhebung der „Maigesetze", Aufhören des Kulturkampfes. Die Klerikalen stellten ihm dafür ihre Unterstützung zur Durchführung der Tarifreform zur Verfügung. Die Konservativen waren die dritten im Bunde.

Nunmehr hielten auch die Nationalliberalen und die Freikonservativen mit liberalerer Färbung ihr Verbleiben im Ministerium für unmöglich. Mit Falk nahmen Anfang Juli 1879 Hobrecht und der Landwirthschaftsminister Friedenthal, ein Freund und Berather des Kronprinzen, ihre Entlassung. Falk wurde durch den Extrem-Konservativen Puttkamer, einen

[1]) Ms. Korrespondenz Forckenbecks aus dem Juni 1879.

Anhänger des schärfsten Konfessionalismus in Kirche und Schule, ersetzt; Friedenthal durch Bismarcks Vertrauten Lucius; Hobrecht durch den Unterstaatssekretär des Innern, Bitter. Die Neukonservativen fanden, daß sie nun nichts mehr von den Altkonservativen trenne, und traten wieder zu ihnen zurück.

Diese Ereignisse hatten selbstverständlich ihren Nachklang im Reichstage. An Stelle der auch von Bennigsen verlangten „konstitutionellen Garantien" brachte der vom Zentrum und Konservativen zum ersten Vizepräsidenten erwählte Freiherr von Franckenstein den Antrag ein, denjenigen Theil der neuen Steuern, der 130 Millionen — den wahrscheinlichen Bedarf des Reiches — übersteigen werde, den Einzelstaaten zu überweisen. Hierin erkannte, mit aller Welt, Bennigsen eine Schwächung des Reichstags, eine Stärkung des Partikularismus, da das Reich für seine zukünftigen Bedürfnisse ganz einfach von dem Belieben der Einzelstaaten, anstatt von der Zustimmung der gesammtdeutschen Volksvertretung abhängig gemacht war. Aber trotz seiner Ankündigung, daß für ihn und seine politischen Freunde der gesammte Zolltarif mit der Franckenstein'schen Klausel unannehmbar sei, fiel Bismarck ihr bei, und dann nahm die Zolltarifkommission sie mit 16 gegen 11 Stimmen an.

Bennigsen sah nach allen diesen Vorgängen ein, daß der Kanzler sich selbst zu dem gemäßigtesten Liberalismus in entschiedene Opposition stelle. Sagte doch Bismarck ganz offen, daß er den Nationalliberalen „kühl bis ans Herz hinan" gegenüberstehe. Bennigsen hatte es zuerst versucht, sich selbst mit der Franckensteinschen Klausel abzufinden, und deshalb scharfe Angriffe von Seiten Laskers und Forckenbecks erfahren. Forckenbeck zumal warf ihm geradezu vor: er suche abermals die Energie der Partei zu lähmen. Am 5. Juli hatte Forckenbeck dann in der Fraktionssitzung den ausdrücklichen Antrag gestellt: die Abstimmung gegen den Tarifentwurf mit der Franckensteinschen Klausel zur Parteisache zu machen; gegen den Partikularismus müsse wenigstens die Partei einig, geschlossen und thatkräftig dastehen. Rickert kündigte für den

Fall der Ablehnung des Antrages den Austritt der Linken an. Trotz Bennigsens Mahnungen zum Frieden erhoben sich jedoch die äußersten Rechtsliberalen in großem Grimme gegen die Linke. Völk sprach es geradezu aus, er werde auf alle konstitutionellen Garantien verzichten. Treitschke verließ bereits die Partei [1]).

Gegen die Franckensteinsche Klausel stimmten freilich in der Reichstagssitzung vom 9. Juli alle Nationalliberalen, mit Fortschritt und Sozialdemokratie. Trotzdem wurde sie mit 211 gegen 122 Stimmen angenommen. Soweit war die Partei auf dem von ihrer Linken angewiesenen Boden einig geblieben. Als aber am 12. Juli die endgültige Abstimmung über den ganzen Schutzzolltarif, mit Inbegriff der Klausel, stattfand, erhoben sich dafür Völk, der sogar eine Rede zu Gunsten des Entwurfs hielt, und 14 süddeutsche Nationalliberale. So wurde das vielumstrittene Gesetz mit 217 gegen 117 Stimmen gebilligt!

Sofort trat die nationalliberale Fraktion zusammen. Die Linke, die offenbar den Liberalismus und Unitarismus nicht aus Gefälligkeit gegen den Reichskanzler bis zum Schatten abblassen wollte, stellte den Antrag einer Mißbilligung Völks und seiner Genossen. Es mußte der lange währende Zwist endlich zur Entscheidung kommen. Die Mehrheit der Partei war über die Vorgänge der letzten Wochen, zumal über Bismarcks Kapitulation vor dem Ultramontanismus, so entrüstet, daß sie dieses Mal der Linken zufiel. Die Mißbilligung wurde, allerdings nur mit 45 gegen 35 Stimmen ausgesprochen, und nun schieden Völk, Hölder und die 13 andern Süddeutschen aus der Partei aus.

Es war ein entschiedener Sieg der Linken innerhalb des Nationalliberalismus. Bennigsen war entmuthigt. Mit der Mehrheit der eigenen Partei war er damals zerfallen, von Bismarck zurückgestoßen; die ausschlaggebende Fraktion waren die bisher von ihm bitter bekämpften Ultramontanen geworden, die die Majorität im Reichstage entschieden und damit ihren

[1]) Dies alles nach Hölders Tagebuch.

Beistand dessen Parteien und der Regierung nach Belieben verkaufen konnten. Bennigsen drohte, kein Mandat für die bevorstehenden Abgeordnetenwahlen mehr annehmen, sich vom politischen Leben ganz zurückziehen zu wollen[1]).

Die Vorbereitung für die Landtagswahlen übernahm also der siegende linke Flügel der Partei, als dessen unbestrittener Führer, trotz seiner Zurückhaltung während des ersten Sommermonats, Forckenbeck galt. „Sie müssen," hatte ihm Stauffenberg am 10. Juli geschrieben, „die Fraktionsführung, und zwar nicht nominell, sondern mit Aufbietung aller Kraft übernehmen — Lasker und ich haben nicht die Autorität, die hier vor allem nothwendig ist." In der That, wenn der Oberbürgermeister es auch nicht wagte, an die Spitze einer umfassenden Agitation für die von ihm selbst verlangte große liberale und antischutzzöllnerische Partei zu treten, so führte er doch energisch die Leitung der Nationalliberalen — das hatte er in deren Fraktionssitzungen schon vor dem Eintreffen von Stauffenbergs Aufforderung erwiesen. Mit dem unermüdlich thätigen Freunde Rickert, der sehr vortheilhaft durch seine Regsamkeit Forckenbecks unüberwindliche Abneigung gegen alles Schreibwerk ergänzte, sehen wir ihn während der nächsten Monate mit der Wahlagitation für die nationalliberale Partei beschäftigt. Forckenbeck stellte ihr und sich selbst dabei folgendes Programm:

„Erstens, unabhängige feste liberale Partei.

„Zweitens, Widerstand gegen die Verlotterung des öffentlichen Geistes und der Vaterlandsliebe durch unmäßige Pflege des Materialismus und aller lokalen, Berufs- und einzelnen Sonderinteressen auf Kosten der allgemeinen Staatsidee. Wir halten die alte Fahne der liberalen Partei: „Treue dem Könige und Kaiser, gewissenhafte Beobachtung der Verfassung im Reiche und Staate, und festes Streben für den Ausbau beider in wirklich konstitutionellem Sinne", unentwegt und gerade in gegenwärtiger Zeit fest. Diesem Streben müssen alle Sonderinteressen nachstehen. Wir können nicht in eine zweijährige Budgetperiode willigen. Sie würde unsere eben gewonnene Einheit gefährden. Zur Prüfung und Revision der Maigesetze im Einzelnen sind wir bereit, nach dem Grundsatze, daß die Bedürfnisse der Gewissensfreiheit nur der strengsten Nothdurft des Reiches und des Staates weichen dürfen. Die Schule halten wir fest.

---

[1]) Ms. Lasker an Forckenbeck, 26. Juli 1879.

„Drittens, Ausbau und Fortschritt der Selbstverwaltung im liberalen Sinne.

„Viertens, Eisenbahn (Verstaatlichung) frei, aber jedenfalls Prüfung nach der finanziellen Lage und Garantien gegen wirthschaftlichen und reaktionären Mißbrauch.“

Man sieht, Forckenbeck war auch als Oppositionsmann weder ein Revolutionär noch ein Feind der Kirche!

In Berlin und den Provinzen wurden zahlreiche Versammlungen von Vertrauensmännern abgehalten. Ueberall erschien der linke Flügel als der eigentliche Repräsentant der nationalliberalen Partei. Der in einer Berliner Versammlung am 24. August festgestellte Wahlaufruf ließ, zur großen Befriedigung Forckenbecks, „das Wort nationalliberal ganz unter den Tisch fallen und redete nur von „liberal“ oder „liberaler Mittel-Partei““. Die Idee einer großen liberalen Partei, mit Aufgabe aller kleinlichen Fraktionsunterschiede, als einziges Mittel, Staat und Reich vor der Reaktion zu retten, drängte sich Forckenbecks politischem Scharfblick immer wieder auf.

Eben deshalb weigerten sich zahlreiche Rechtsnationalliberale, die das eventuelle Zusammengehen mit der Fortschrittspartei verabscheuten, den Aufruf mit zu unterschreiben. Auch Minister Delbrück hatte keine Lust, theilzunehmen. „Besser aber ein kleiner Kutter mit einem Steuermann, der weiß, wo er hinfährt, als ein großes Schiff, das sich vom Winde treiben läßt,“ schreibt an Forckenbeck sein Freund Lipke.

Anderweitigen Widerstand fand Forckenbeck bei seinen nächsten politischen Freunden. Sie zogen mit größerer Entschiedenheit, als er selber, die Folgerung aus seinem Verlangen nach Gründung einer umfassenden liberalen Partei. Stauffenberg, Lasker und Bamberger waren der Ansicht, daß solche nur zu schaffen sei, wenn man den Nationalliberalismus in aller Freundschaft einstweilen Bennigsen überlasse, der daraus eine homogenere Fraktion bilden möge, und inzwischen an der Herstellung jener großen Partei für die Zukunft arbeite — kurz sie verlangten, trotz des schwer erkämpften und, wie sie meinten, nur vorübergehenden Sieges in der Fraktion, die Sezession[1]).

[1]) Alle diese für den Ursprung der Sezession interessanten Thatsachen ergeben sich aus Forckenbecks schriftlichem Nachlasse.

Das war nicht Forckenbecks Meinung, der vielmehr die Anſchauungen des kampfesfreudigen Rickert theilte, zunächſt zu verſuchen, ob man nicht die nationalliberale Partei mit fortreißen und in ihr den ſo gegebenen Kern für die große liberale Bewegung finden könne. Freilich ſahen Forckenbeck wie Rickert voraus, daß der Wahlkampf ungünſtig ausfallen, die Nationalliberalen vierzig bis fünfzig Sitze verlieren würden. Allein das ſchien immer noch beſſer als ſofortiges Verlaſſen der Partei. Wie konnte man die acht oder zehn Genoſſen, die Stauffenberg in Ausſicht ſtellte, zur Begründung der „großen“ liberalen Partei benutzen? Man hätte ſich damit einfach lächerlich gemacht und zu guter Letzt bedingungslos Eugen Richters Fortſchrittspartei unterwerfen müſſen. Forckenbeck hielt alſo einſtweilen bei den Nationalliberalen aus, und mit ihm ſeine Freunde.

Das Ergebniß der Abgeordnetenwahl vom 8. Oktober 1879 übertraf die ſchlimmſten Erwartungen. Die Nationalliberalen verloren zwei Fünftel ihrer bisherigen Mitgliederzahl — ſie waren nur noch 105 anſtatt 168; und dabei fielen beſonders altpreußiſche, alſo entſchiedenere Mitglieder aus. Die Fortſchrittspartei war anſtatt 48, nur noch 34 Mitglieder ſtark. Dagegen hatte die Zahl der Konſervativen ſich beinahe verdreifacht (auf 115), hatten auch die Freikonſervativen (50) und das Zentrum (96) zugenommen. Selbſtverſtändlich ward nun nicht mehr Bennigſen, ſondern der Konſervative von Köller zum Präſidenten des Abgeordnetenhauſes erwählt.

Der Zug nach rechts im Volke war unverkennbar. Die Folgerung daraus zog die national-liberale Fraktion des Reichstags; ſie ging ganz zu Bennigſen über, der ſich immer unbedingter in den Dienſt des Kanzlers ſtellte. Dem Fraktionsdiner am 10. Dezember 1879 wohnten weder Forckenbeck noch Lasker bei. Bennigſen ſprach dort von der Unentbehrlichkeit der nationalliberalen Partei, die ruhig ihren Weg fortſetzen werde; die konſervativ-ultramontane Mehrheit ſei auf die Länge unfruchtbar. Das war ja eine kaptivirende Redeweiſe.

Bennigſen vergaß nur, daß Bismarck gewillt und im Stande war, bald dieſe Mehrheit, bald eine nationalliberal-konſervative für ſich fruchtbar zu machen, wie es ihm gerade gut dünkte. Der Unterſchied war dann weiter, daß ſowohl die Konſervativen wie die Ultramontanen ihre Dienſte nur gegen reellen Vortheil leiſteten, während die Nationalliberalen Bennigſenſcher Richtung ſie mit Freuden für nichts dem Kanzler zu Gebote ſtellten.

Der Landtag genehmigte die Ausführung des Staatseiſenbahnſyſtems ohne die von Forckenbeck geforderten konſtitutionellen Bürgſchaften. Ein großes Beamtenheer und Tauſende von Millionen Mark wurden der Regierung zur Verfügung geſtellt. „Die Haſt, mit der man alles aus den Händen gegeben hat," war einem der beſonnenſten und gemäßigteſten Mitglieder der nationalliberalen Partei, dem Juſtizrath Leſſe, ſo „degoutirend", daß er aus ihr ſchied und abermals Forckenbeck lebhaft zur Bildung einer neuen, auf wirthſchaftlicher Freiheit und Selbſtbeſtimmung beruhenden Partei aufforderte [1]).

Im Februar 1880 trat der Reichstag zuſammen. Die Regierung hatte ihm vor allem eine doppelte Aufgabe zugedacht: ein neues Militärſeptennat mit Erhöhung der Friedensſtärke auf 427000 Mann und Verlängerung des Sozialiſtengeſetzes um ſechs Jahre.

Das letztere Verlangen genehmigte der Reichstag ohne Schwierigkeit, indem er nur die Gültigkeitsdauer des Geſetzes auf vier Jahre verkürzte.

Größer war die Meinungsverſchiedenheit wegen des Militärſeptennats. Die Konſervativen, Freikonſervativen, Bennigſen und deſſen Anhänger waren für unbedingte Annahme des ganzen Entwurfes. Stauffenberg wollte die der Bevölkerungszunahme entſprechende Vermehrung der Friedenspräſenzſtärke, aber nicht das Septennat. Die Ultramontanen, Polen, Elſäſſer, Sozialdemokraten verwarfen den ganzen Vorſchlag.

---

[1]) 12. Dezember 1879; in Forckenbecks handſchriftlichem Nachlaß.

Forckenbeck nahm eine vermittelnde Stellung ein. Die Erhöhung der Belaſtung des Volkes durch die vergrößerte Friedensſtärke des Heeres ſchien ihm ſo bedeutend, daß er dem nächſtfolgenden Reichstage die Möglichkeit gewähren wollte, die Sache von neuem zu prüfen, und deshalb eine Bewilligung nur auf drei Jahre vorſchlug.

Ueber dieſe Frage kam es nun innerhalb der nationalliberalen Partei zu heftigen Debatten, bei denen die beiden Flügel ſich ſchroff gegenüberſtanden. Die ſachliche Differenz war im Grunde keine grundſätzliche und tiefgehende. Allein man war gegenſeitig ſo erbittert, daß jede Meinungsverſchiedenheit ein Grund zu ſcharfem Kampfe wurde. Lasker, aus eigentlich politiſchen, Bamberger aus wirthſchaftlichen Gründen, drängten eifrig zum Bruche. Und Forckenbeck, von der Unhaltbarkeit der Zuſtände in der Partei überzeugt, ſchien nunmehr geneigt, ihn herbeizuführen. Er beantragte die umfaſſende Beſprechung aller vorliegenden politiſchen Angelegenheiten, um zu ſehen, ob die Partei wirklich noch die zu ihrem Fortbeſtande erforderliche Homogenität beſitze. Indeſſen nun kamen zahlreiche Freunde, ihn abzumahnen. Kieſer, der Führer der badiſchen Nationalliberalen, warnte eifrig vor dem Austritte aus der Fraktion wegen hauptſächlich wirthſchaftlicher Fragen. Das würde nur auf den Liberalismus, zumal Süddeutſchlands, verwirrend und ſchwächend einwirken, und eine neue lebenskräftige Partei laſſe ſich auf den jetzt vorhandenen Streitpunkten nicht herſtellen. Roepell in Breslau wies mit vollem Rechte darauf hin, daß die Frage, ob Triennat oder Septennat viel zu nebenſächlich ſei, um die Trennung von der Partei zu rechtfertigen. Aus ſolchem Grunde würde ſie der öffentlichen Meinung unverſtändlich ſein und nur zur Folge haben, daß die bisher noch ſtärkſte liberale Fraktion untergehe, deren meiſte Wähler konſervativ oder beſten Falles indifferent würden, Forckenbeck ſelber mit ſeinen wenigen Genoſſen jeden Halt im Land- und jeden Einfluß auf den Reichstag verliere. Auch Rickert, der als Politiker, Arbeitsgenoſſe und Charakter in den letzten Jahren Forckenbeck ſehr nahe getreten war, widerſetzte ſich aus Kräften der Sezeſſion.

Er hoffte von dem im Herbſte zu berufenden nationalliberalen Parteitage Klärung und Befeſtigung.

So mochte ſich Forckenbeck nicht entſcheiden; er konnte ſich dem Gewichte der Gegengründe nicht verſchließen, und doch war ſeinem klaren Geiſte und ſeiner ſichern Rechtlichkeit das ſchwankende Verhältniß in der Fraktion unerträglich. Lasker ſchied wirklich aus ihr am 14. März, mit der Begründung, daß er ſich mit ihr und ihrer Leitung nicht mehr in Harmonie befinde. Sein Vorgehen wurde durch die weitere Entwickelung der Dinge gerechtfertigt. Zwei Tage ſpäter half der größere Theil der Nationalliberalen das Septennat nach der Vorlage der Regierung annehmen. Forckenbeck hatte mit Lasker, Bamberger, Stauffenberg dagegen geſtimmt. Auch bei anderen, minder wichtigen Angelegenheiten ſehen wir Bennigſen und ſeine Anhänger ſtets gegen Forckenbeck und deſſen Freunde votiren, während die Mehrheit der Fraktion ſich bald auf die eine, bald auf die andere Seite neigte und damit auch im Reichstage nach verſchiedenen Richtungen hin den Ausſchlag gab.

Forckenbeck wollte dieſes Schaukelſyſtem nicht mehr mitmachen, er hoffte die Mehrheit der nationalliberalen Wähler zu ſich herüberzuziehen, wenn er austrete. Rickert theilte dieſe Hoffnung nicht, hielt den alten Parteinamen und die alte Parteiorganiſation für allzu ſtark, meinte aber, mit gehöriger Agitation eine feſte Majorität in der Fraktion zu gewinnen und damit den Einfluß des linken Flügels zu ſichern. Indes der Oberbürgermeiſter, wohl auch von ſeiner Berliner fortſchrittlichen Umgebung beeinflußt, hatte ſeinen Entſchluß gefaßt. Er berieth mit ſeinen Freunden die Erklärung des Austritts. Man ſtellte ihm vor, daß der Sommer, wo alles verreiſt ſei, eine ſchlechte Zeit für die jedenfalls ſchwierige Gründung der neuen Partei ſein werde. So willigte er in einen Aufſchub von einigen Monaten[1]).

Was inzwiſchen geſchah, konnte ihn lediglich in ſeiner Entſcheidung beſtärken. Die kluge Zurückhaltung des Zen-

[1]) Dies alles nach der Korreſpondenz in Forckenbecks handſchriftlichen Mittheilungen und einigen uns von anderer Seite freundlichſt vorgelegten Briefen.

trums, das zuerſt die Regierung unterſtützte, dann — da ihm noch keine wirklichen Opfer gebracht waren — in der jüngſten Reichstagsſeſſion wieder entſchieden Oppoſition gemacht hatte, trug ihre Früchte. Bismarck mußte ſich bequemen, die läſtigen Bedingungen ſeines Präliminarfriedens mit den Klerikalen auszuführen. Obwohl die päpſtliche Kurie die Verhandlungen mit der preußiſchen Regierung auf das ſchroffſte abbrach, legte dieſe doch dem noch im Mai einberufenen Landtage ein Geſetz vor, das ihr ermöglichte, die Waffen gegen die Hierarchie niederzulegen. Eine ſolche diskretionäre Vollmacht genügte aber den Ultramontanen nicht, und obwohl Bennigſen nach urſprünglich geleiſtetem Widerſtande ſich wieder fügte, wurde der Entwurf doch bis zur Unkenntlichkeit und faſt völligen Unbrauchbarkeit vom Abgeordnetenhauſe verſtümmelt. Dieſen Stumpf drückte dann Bennigſen mit vier Stimmen Mehrheit im Abgeordnetenhauſe durch, und die Regierung nahm ihn an, um ihren guten Willen den Klerikalen zu zeigen, denen ſie ſofort weitere Zugeſtändniſſe in Ausſicht ſtellte.

Das aber war klar geworden: die Regierung war entſchloſſen, durch ſchrittweiſe Preisgabe der kirchenpolitiſchen Geſetze den Beiſtand des Zentrums gegen die Liberalen zu erkaufen; und Bennigſen war im Großen und Ganzen bereit, ihr auch auf dieſem Wege zu folgen.

Forckenbeck dagegen war nicht gewillt, ihn zu beſchreiten. Ein längeres Verbleiben in der Partei würde, ſo fürchtete er, wie halbe Billigung von Bennigſens Vorgehen erſcheinen und die Verwirrung der öffentlichen Meinung noch erhöht haben, die ohnehin in einer unerhörten Zerſetzung begriffen war. In den egoiſtiſchen Beſtrebungen, in dem Ueberwiegen des kraſſeſten Nützlichkeitsprinzipes, in dem Zurücktreten des Idealismus und der idealen Gedanken ſah er — wie er das ein Jahr ſpäter ſeinen Wählern entwickelte — eine große Gefahr für die Zukunft Deutſchlands, ja für deſſen einheitlichen Beſtand. Hiergegen zu wirken, die öffentliche Meinung zu klären, erſchien ihm als die wichtigſte Aufgabe, und dieſe glaubte er nur für ſich durch das Ausſcheiden aus der verfahrenen und uneinigen nationalliberalen Partei löſen zu können!

Inzwiſchen war er nach Tarasp in Unterengadin zur Kur gegangen, um ſich für die bevorſtehenden harten Kämpfe zu kräftigen. Die Schwierigkeiten, die ſich dem Gelingen nicht ſowohl der Sezeſſion an ſich als vielmehr einer daraus hervorgehenden neuen Parteibildung entgegenſtellten, waren ſehr groß. Forckenbeck und ſeine Freunde wollten ſich weder ſchmollend in den Winkel ſtellen, noch der, ihrer Meinung nach viel zu negativ auftretenden Forſchrittspartei anſchließen. Sie beabſichtigten den Kern zn einer großen, alle gut Liberalen umfaſſenden Partei zu bilden, von der ſie nicht für den Augenblick, aber für die Zukunft die Geſundung der öffentlichen Zuſtände erwarteten. Deshalb wünſchte ihr Forckenbeck den Namen „Liberale Vereinigung“ zu geben. Momentan hegte er nicht die Hoffnung zahlreichen Beitritts; es kam ihm auch auf ſolchen weniger an, als auf die Gewinnung zuverläſſiger, geſinnungstreuer und von perſönlichem Ehrgeiz freier Genoſſen.

Aber ſchon die erſten Schritte dazu waren mühſam und zunächſt wenig verſprechend. Ein öffentliches Organ für die neue Partei zu finden oder neu zu ſchaffen, mißlang durchaus. Und der fleißigſte und eifrigſte von Forckenbecks Freunden, Heinrich Rickert, widerſetzte ſich nach wie vor der Sezeſſion. Er blieb der Anſicht, es werde ſich erreichen laſſen, durch einen Appell an die Wähler für den nächſten Reichstag dem linken Flügel der Nationalliberalen das Uebergewicht in der Fraktion zu verſchaffen; er wollte dazu vorarbeiten, indem er einen nationalliberalen Parteitag für den Herbſt einzuberufen vorſchlug. Wenn der Parteitag im Sinne Bennigſens entſchiede, dann ſollten die Linksnationalliberalen einen beſonderen „liberalen Wahlverein“ bilden, im Bündniß mit den gemäßigteren Fortſchrittsmännern, aber ohne formell aus der Fraktion auszuſcheiden. Er meinte, „bei einer neuen Fraktionsbildung werde man ſchlechte Geſchäfte machen“ — eine Beſorgniß, die ſich in ſpäteren Jahren bewährt hat. Es gelang ihm auch, den von Forckenbeck ſehr hoch geſchätzten Abgeordneten Juſtizrath Leſſe zu ſeiner Meinung zu bekehren. Lasker, Lipke, Bamberger, Stauffenberg dagegen meinten, es

ſei höchſte Zeit, mit der von zahlreichen Wählern laut geforderten Trennung von den Nationalliberalen vorzugehen. Man müſſe den Augenblick benutzen, wo die liberale Meinung in der That über das ſchwächliche Benehmen Bennigſens gegenüber dem kirchenpolitiſchen Geſetze der letzten Landtagsſeſſion, wobei derſelbe ſich überdies vollſtändig hatte düpiren laſſen, aufgebracht war. Verſäume man dieſen Moment, ſo werde die ganze Bewegung im Sande verlaufen. Der Parteitag dürfe höchſtens als Inſcenirung dienen, ihm müſſe das wahrhaft liberale Programm ſchon fix und fertig vorgelegt werden. Stauffenberg lud Forckenbeck zu einer Zuſammenkunft ein, um das Nöthige ſofort zu verabreden; eine größere Vereinigung aller Führer in Berlin wurde gleichfalls in Ausſicht genommen.

Das waren die Nachrichten und Erwägungen, die Forckenbeck während ſeiner Kur in Tarasp beſchäftigten und ſeinen Entſchluß wieder wankend machten. Sein ruhiger, methodiſcher und gründlicher Geiſt konnte ſich über Rickerts und Leſſes Einwendungen, die nicht ohne Gewicht waren, ſchwer hinwegſetzen. Anderſeits fürchtete er, den richtigen Augenblick zum Handeln zu verpaſſen, wie die Mehrzahl ſeiner Freunde es ihm auf das eindringlichſte vorſtellte. Und doch, er mußte ſich entſchließen, denn darüber waren Alle einig: nur von ihm hing das Verfahren aller Linksnationalliberalen ab, er war der einzige Führer, der in der öffentlichen Meinung allgemein anerkannte, entſcheidende Autorität beſaß. Nach langer reiflicher Erwägung beſtimmte er ſich definitiv für ſofortigen Austritt.

Ende Juli begab er ſich von Tarasp nach Interlaken, als Gaſt Ludwig Bambergers, der dort eine Villa beſitzt. Von dem ſchweizeriſchen Kurorte reiſte er auf zwei Tage zu Stauffenberg nach München. An beiden Orten wohnten noch einige Parteifreunde den Unterredungen bei.

„In uns allen," ſchreibt er am 11. Auguſt an Rickert, „war in voller Uebereinſtimmung die Ueberzeugung lebendig, daß die Dinge ſo nicht fortgehen dürfen. Die Unzufriedenheit iſt allgemein und tief, dieſelbe greift am Ende des erſten Dezenniums des Reichs an die Grundlagen deſſelben, die Leute werden radikal oder ſozialiſtiſch-kon-

ſervativ. Dieſelbe Anſicht iſt mir überall von Leuten aller Stände und Berufskreiſe entgegen getragen worden. Zum überwiegenden Theil liegen ja die Urſachen außerhalb der liberalen Partei. Aber übereinſtimmend waren wir alle der Ueberzeugung, daß weſentlich auch die gegenwärtige geradezu verderbliche Organiſation der liberalen Partei mit die bedrohliche Lage verſchuldet hat.

„Der ſeit Jahren maßgebenden Macht eines einzelnen hoch verdienten und begabten aber auf das äußerſte aufgeregten und immer rückſichtsloſer werdenden Mannes, deſſen Politik alle Intereſſen aufregt und durchwühlt, kann nur durch ein wahrhaft konſtitutionelles Syſtem entgegen getreten werden, und ganz unerläßliche Vorbedingung deſſelben, vereint mit wirklicher Macht und Würde des Parlamentes, iſt eine Organiſation der liberalen Partei, die in den weſentlichen Fragen einiges Handeln möglichſt verbürgt.

„Die Fortſchrittspartei kann zwar jetzt einige Sitze gewinnen. In ihrer jetzigen Engherzigkeit wird dieſelbe aber nie entſcheidende Macht gewinnen. Die Firma „nationalliberal“ kann, glauben Sie mir das, nicht mehr retten! Die kräftigen Geiſter verlaſſen die Fahne, und ſelbſt die Hauptredakteure der Kölniſchen Zeitung, die ich auf Bürgenſtock ſprach, konnten mir den Niedergang der Partei nicht beſtreiten.

„Seit zwei Jahren iſt die nationalliberale Partei auch nicht mehr eine Partei. Zwiſchen denjenigen, welche das Bennigſenſche machtloſe Anhängſel an die konſervative Partei für den Kern politiſcher Weisheit halten, und denjenigen, welche ſelbſtändig den liberalen Gedanken hochhalten wollen, iſt zur Zeit keine Gemeinſamkeit.“

In dieſen entſcheidenden Zuſammenkünften wurde auch das Programm für die nächſte Zukunft feſtgeſtellt:

„Wir ſind einſtimmig in dem Entſchluß,

1) in den nächſten Wochen formell aus der nationalliberalen Partei auszuſcheiden;

2) den Schritt vorher den uns politiſch näher ſtehenden Freunden zum eventuellen Beitritte mitzutheilen; gleichviel aber, wie viel und welche beitreten, auch ganz allein — Bamberger, Stauffenberg und ich — den Austritt erklären.

3) Wir wollen nicht blos austreten, ſondern gleichzeitig die gemeinſchaftlichen Grundlagen der liberalen Partei für eine Neubildung zu fixiren ſuchen.

Der Text für die entſprechende Erklärung ward gleichfalls in Interlaken und München bereits feſtgeſtellt. Er lautete nicht ablehnend gegen die bisherigen Parteigenoſſen, wenigſtens nur innerhalb der Grenzen des Nothwendigen, und gab ganz objektiv die unentbehrlichſten und unbeſtreitbaren Grundlagen einer liberalen Partei, im Gegenſatze zu dem augenblicklich herrſchenden Regierungsſyſtem.

Nach Berlin zurückgekehrt, bemühte ſich Forckenbeck, den in ſeinem unpraktiſchen Idealismus immer neue Schwierigkeiten erhebenden Lasker mit ſeiner großen geiſtigen Kraft und zündenden Beredſamkeit, ſowie den muthigen, thatkräftigen, allezeit ſchlagfertigen Rickert zu gewinnen. Darüber vergingen freilich wieder Wochen: ein Aufſchub, der die ſchon entſchiedenen Freunde der Sache mit Unmuth erfüllte. Wenigſtens gelangen ſeine Bemühungen bei Rickert. In ausführlicher Weiſe theilte er ihm brieflich wiederholt die gefaßten Beſchlüſſe und deren Begründung mit und beſprach das nächſte Vorgehen. Am 20. Auguſt ſtimmte der Abgeordnete für Danzig endgültig zu und warf ſich nun mit dem ihm eigenen Feuereifer in die Arbeit des Unterſchriftenſammelns und der Organiſation. Forckenbeck wollte zur Austrittserklärung zuvörderſt nur Parlamentarier hinzuziehen, und zwar wenige aber bedeutende Namen. Ebenſo wünſchte er für die nächſte Zeit nur Werbung politiſch wichtiger Perſönlichkeiten und Anſammlung eines möglichſt großen Agitationsfonds; öffentliche Verſammlungen, Zuſtimmungserklärungen und dergleichen hielt er für „alte und verbrauchte Mittel“, die nur unnöthig Staub aufwirbelten. „Junglithauen,“ ſagte er, „begann mit 12, die nationalliberale Partei mit 18.“ Ueberhaupt faßte er das ganze Werk als ein vorbereitendes für eine fernere Zukunft auf. „Ein großer Schlag für die liberale Partei iſt es ſicherlich nicht,“ ſchreibt er an Rickert. „Der liberale Gedanke iſt meiner Anſicht nach in ſeinem innerſten Weſen ſchon ſo gefährdet, daß es ſich nur fragt, ob die Sezeſſion dazu beiträgt, ihm wieder aufzuhelfen oder nicht. Iſt das letztere der Fall, nun ſo hat man wenigſtens ſeine Schuldigkeit gethan. Ich aber hoffe ſicher, daß der Schritt zur Geſundung unſerer Verhältniſſe beitragen wird. Natürlich werden Angriffe von allen Seiten kommen.“

Es mußte ihn befriedigen, daß er vielmehr von rechts und links Zuſtimmungen erhielt, ehe noch ein öffentlicher Schritt geſchehen war. Hänel, der Führer des gemäßigten Theiles der Fortſchrittspartei, und Falk, der bisherige Kultusminiſter, ſprachen ihm ihren Beifall zu ſeinem wichtigen Unternehmen aus.

So erfolgte am 28. Auguſt das Manifeſt, unterzeichnet von 28 Reichstags- und Landtagsabgeordneten, darunter Baumbach, von Bunſen, Seyffart, Thilenius und viele andere bedeutende Parlamentarier. Es begründete den Austritt der Unterzeichner mit der Uneinigkeit der nationalliberalen Partei und enthielt eine ſcharfe Abſage an die Regierung. Als Ziel wurde die Einigung des geſammten Liberalismus in allen weſentlichen Fragen zu „einer in ſicheren Bahnen ruhig fortſchreitenden Entwickelung unſerer in Kaiſer und Reichsverfaſſung ruhenden Einheit“ und für die „Wirkſamkeit eines wahrhaft konſtitutionellen Syſtems“ bezeichnet. „Feſter Widerſtand gegen die rückſchrittliche Bewegung“, „enge Verbindung der wirthſchaftlichen mit der politiſchen Freiheit“ ſollten die nächſten Aufgaben der Partei ausmachen. Die kirchliche und religiöſe Freiheit ſoll angeſtrebt, aber ihre Durchführung darf nicht von politiſchen Nebenzwecken abhängig gemacht, die unveräußerlichen Staatsrechte müſſen gewahrt, die Schule nicht der kirchlichen Autorität untergeordnet werden.“ Es war in der That das Programm des gemäßigten, monarchiſchen aber aufrichtigen Liberalismus, wie er 1866 die Gründer der nationalliberalen Partei beſeelt hatte, ſeitdem aber innerhalb dieſer immer mehr verwiſcht und verwäſſert worden war. Forckenbeck war 1880 genau derſelbe, der er 1866 geweſen!

Das Manifeſt war ſo wenig revolutionär oder antimonarchiſch, daß es die volle Zuſtimmung des zukünftigen deutſchen Kaiſers und Königs von Preußen fand. Kronprinz Friedrich Wilhelm, der damals in München weilte, beſtellte ſich bei ſeiner Abreiſe ganz offiziell durch den preußiſchen Geſandten den Herrn von Stauffenberg auf den Zentralbahnhof, nahm ihn dann mit ſich in ſeinen Extrazug und unterhielt ſich mit ihm allein $2^1/_2$ Stunden lang, um ſich ausführlich über die Sezeſſion Bericht erſtatten zu laſſen. Der hohe Herr ſtimmte dem Vorgefallenen mit voller Ueberzeugung bei. Das Ganze trug faſt den Charakter einer Demonſtration des Thronfolgers zu Gunſten der neuen Partei[1]).

[1]) Ms. Stauffenberg an Forckenbeck, 1. Sept. 1880.

Forckenbeck hatte sie „liberale Vereinigung“, Bamberger schlechthin „liberale Partei“ nennen wollen; aber der von der Presse ihr gegebene, sehr schlechte und beirrende Name „Sezession“ wurde schnell so allgemein angenommen, daß er nicht mehr zu beseitigen war. Er hat ihr unendlichen Schaden gethan.

Am 8. September fand ihre konstituirende Versammlung, in engerm Kreise, zu Berlin statt. Ein Exekutivausschuß wurde ernannt, die Agitation und Geldsammlung begonnen, und eine Liberale Korrespondenz zur Vertretung ihrer Anschauungen in der Oeffentlichkeit ward begründet.

Einige Monate später, am 19. November 1880, rief dann die „Liberale Vereinigung“ einen „Wahlverein der Liberalen“ ins Leben. Er wurde geschaffen durch eine Versammlung von 120 Personen aus allen Theilen Deutschlands. Bamberger sprach begeistert zu Gunsten der Bildung einer großen liberalen Partei, die einstweilen, von Fall zu Fall, möglichst Bündniß mit der Fortschrittspartei suchen müsse. Aber die praktisch entscheidende Rede hielt, dem Pessimismus Mommsens gegenüber, Forckenbeck. Zwar werde es, erkannte er an, große Schwierigkeiten haben, die bestehenden, trennenden Parteigrenzen zu verwischen; doch finde die Bewegung im Lande so beifällige Aufnahme und so allgemeine Unterstützung, daß ein Gelingen wohl zu hoffen sei. Das Bedürfniß, daß der Liberalismus klar und unverrückbar die Grenze zwischen sich und der Reaktion ziehe, werde überall empfunden.

Das war völlig richtig. Die Sezession war ganz von selbst aus den Kreisen der Wählerschaft entstanden, diese hatten sie gefordert. An Forckenbeck wie an viele Andre der Linksnationalliberalen waren aus allen Kreisen die Ermahnungen gekommen, sich von der ihrem ursprünglichen Geiste entfremdeten nationalliberalen Partei zu trennen. Es war eben nicht jedem gegeben, der an sich löblichen Verehrung für den großen Kanzler alle politischen Grundsätze zu opfern. Zahllose Wähler wie ihre Abgeordneten waren zu diesem sacrifizio dell' intelletto nicht geeignet. Die Sezessionisten hatten, solange noch

ein Ausgleich zwischen dem Liberalismus und dem Kanzler möglich schien, diesem in vielen wichtigen Dingen nachgegeben. Sobald aber die ganze Richtung des Staatsschiffes auf Umkehr genommen war, sobald die Regierung offenes Bündniß mit Konservativen und Ultramontanen abgeschlossen hatte, blieb wirklich Liberalen keine Möglichkeit des Kompromisses mehr.

Man hat damals und später im Ernst und im Spotte gefragt: weshalb die Sezessionisten nicht zur Fortschrittspartei übergetreten seien? Ich hoffe, daß die ganze hier berichtete Haltung Forckenbecks und seiner Freunde die Antwort auf solche Frage giebt. Sie stellten nicht die abstrakte konstitutionelle Theorie in den Vordergrund, wie die Fortschrittspartei Richterscher Observanz, sondern suchten den Liberalismus mit den Anforderungen der thatsächlichen Verhältnisse zu versöhnen. Sie sagten nicht, wie jene: alles oder nichts; sondern: lieber ein weniger Gutes als nichts. Das war nicht nur ein quantitativer, sondern ein grundsätzlicher Unterschied. Freilich konnten sie nicht sagen, wie die Rechtsnationalliberalen: lieber das Schlechte als nichts!

Und doch waren sie nicht im Zorn von den früheren Freunden geschieden. Unmittelbar nach der Sezession schrieb derselbe Bamberger, der mit am lebhaftesten die Trennung betrieben hatte, in einem von ihm veröffentlichten Aufsatze: „Als eine Wohlthat muß erkannt werden, daß eine Verbindung sich löst, in welcher das gegenseitige Vertrauen und die Uebereinstimmung rettungslos verloren gegangen waren, daß eine Form zerbricht, welche keine Wahrheit mehr in sich barg. Für jeden der beiden Theile ist die Richtung vorgezeichnet. Die im alten Verbande Gebliebenen mögen, wenn es gelingen kann, dem Begründer des Reiches, die Ausgeschiedenen sollen der freisinnigen Bevölkerung die verlorenen Wege wiederfinden helfen zum Wohle des Ganzen."

XXIII.

Die Fusion.

Mit schwerem Herzen hatte Forckenbeck die Scheidung vollzogen, die ihm nach langem, bangem Erwägen als nothwendig erschienen war. Wer, wie er, viele Jahre hindurch bestimmend mitgewirkt hatte an der inneren Entwickelung eines großen Staates und des mächtigen vaterländischen Reiches, konnte sich nur mit tiefer Wehmuth in die Rolle einer einstweilen unfruchtbaren Opposition gedrängt sehen. So wenig Gewicht er stets auf irdische Größe gelegt hatte, es schmerzte ihn tief, daß er dem greisen Heldenkaiser, den er aufrichtig, ja mit herzlicher Begeisterung verehrte, nunmehr als Gegner erschien. Er war schon früher an Hoffesten dem Kaiser als der gehörigen Achtung vor dem Träger der Krone entbehrend denunzirt worden, weil er vor diesem nicht in der Hoftracht mit Escarpins auftrat; allein der gütige Herrscher hatte diese Beschuldigung mit dem Hinweis abgelehnt, daß der Oberbürgermeister durch seine goldene Amtskette als städtischer Würdenträger hinreichend gekennzeichnet sei. Aber Forckenbecks Abstimmung gegen das Septennat hatte den in militärischen Angelegenheiten so empfindlichen Monarchen gründlich verletzt, und Bismarck hatte ihn darauf bestimmt, Forckenbeck, trotz seiner Stellung an der Spitze der hauptstädtischen Verwaltung, aus der Zahl der zu den Hoffesten einzuladenden Persönlichkeiten streichen zu lassen. Der Oberbürgermeister mußte es erleben, daß an seiner Stelle der zweite Bürgermeister ostentativ eingeladen wurde. Die Sezession

ließ ihn dem Kaiſer vollends als Widerſacher erſcheinen. Und doch konnte und wollte Wilhelm I. die Dienſte nicht vergeſſen, die Forckenbeck ihm und dem Vaterlande geleiſtet hatte. Wir wiſſen, daß er ihm durch ſeinen Kabinetsſekretär ſagen ließ: einladen dürfe er ihn nicht mehr, aber ſeine Gunſt bewahre er ihm dennoch. Auch dieſe ſoll erloſchen ſein, als Forckenbeck ſpäter einmal in einer Wahlrede von der „Blutſteuer" ſprach. Dieſer allzu draſtiſche Ausdruck, gebraucht in der Aufregung einer polemiſchen Improviſation, wurde ſofort dem Herrſcher überbracht, der ihn als eine perſönliche Beleidigung auffaßte. Die Spannung verurſachte Forckenbeck gerade deshalb, weil er dem Kaiſer mit echt preußiſcher Treue anhing, ſchweren und bleibenden Kummer.

Dem Fürſten Bismarck hatte Forckenbeck in den letztverfloſſenen Jahren bereits fremder gegenüber geſtanden. Freilich äußerlich war ein freundliches Verhältniß aufrecht erhalten worden: der Reichstagspräſident wurde von dem Kanzler zu Diners geladen, hielt es auch für ſeine Pflicht, zu einer Zeit, wo ſelbſt Bennigſen ſich fern hielt, die parlamentariſchen Soireen des Kanzlers regelmäßig zu beſuchen und mit dieſem in engerem Verkehr über die Angelegenheiten des Reichstages zu verhandeln. Allein Bismarcks lebhaftes und durch die wunderbaren Erfolge noch geſteigertes Selbſtgefühl ließ ihn in jeder abweichenden Meinung ein Verbrechen ſehen, dem er ſich fügte, wenn er es nicht beſeitigen konnte, das er aber mit aller Macht züchtigte, wenn er ſtark genug dazu war. Seit der Sezeſſion hat er nur ausnahmsweiſe einem der Betheiligten eine Einladung mehr zu Theil werden laſſen — den Freiſinnigen wohl, den beſtändigen Gegnern, aber faſt keinem der Sezeſſioniſten, die er als abtrünnige Freunde betrachtete. Unter ihnen war Dr. Thilenius aus Soden, ein alter Vertrauter des Bismarckſchen Hauſes; die Fürſtin hatte ſogar während ihrer Kur in Soden bei ihm gewohnt — aber nunmehr waren alle alten Bande und Verpflichtungen vergeſſen, Thilenius aus Bismarcks Kreis verbannt[1]).

[1]) v. Poſchinger, Bismarck und die Parlamentarier, III 135.

Besondern Haß zeigte der Fürst dem angesehensten und einflußreichsten Führer der Sezession, dem Oberbürgermeister von Berlin. Er griff ihn als solchen und persönlich wiederholt auf das schwerste an. Aber Forckenbeck bethätigte auch solcher Feindschaft gegenüber seinen gerechten und edlen Sinn. Obwohl er den Gang der innern Politik Bismarcks scharf verurtheilte, bewahrte er dem Einiger Deutschlands, dessen kraftvollem und genialem Leiter durch alle Gefahren der europäischen Politik bewundernde Anerkennung und Hochschätzung. Ja, er hat ihn immer wieder für unentbehrlich erklärt, auch Anfragen von sehr hoher Seite gegenüber.

Denn das tröstete ihn einigermaßen über das eigene und des Liberalismus Mißgeschick, daß der Kronprinz und dessen erlauchte Gemahlin — das künftige deutsche Kaiserpaar — ihm beständig treue Gnade und Hochachtung bezeugten. Er selber verehrte sie mit Innigkeit; er wußte, daß auch die Frau Kronprinzessin unbedingtes Vertrauen auf seinen Charakter und seine Einsicht setzte. Zum Kronprinzen selbst konnte er jederzeit kommen, aber im Stillen, durch eine Hinterthür. Das ist einmal das Loos der Thronerben, daß sie die gebundensten und unfreisten Menschen des Staates sind! Aber Forckenbeck bewahrte auch diesem Fürstenpaar gegenüber seine männliche Unabhängigkeit. Als Friedrich Wilhelm ihn, den in Tarasp Weilenden, auffordern ließ, zur goldenen Hochzeit des Kaisers in Berlin zu erscheinen — es war unmittelbar nach dem Städtetage und der Niederlegung des Reichstagspräsidiums — lehnte Forckenbeck dies ab, um den Oberbürgermeister von Berlin nicht einer ungnädigen Aufnahme auszusetzen[1]).

Das Interesse an der Politik des Tages war bei Forckenbeck seit allen den Enttäuschungen und üblen Erfahrungen dieser Jahre wesentlich verringert; er begann, sich mehr und mehr auf seine hochwichtige, schwierige und umfassende Thätigkeit als Lenker der Reichshauptstadt zurückzuziehen. „Ich bin vor allem regierender Bürgermeister von Berlin," pflegte er oft im Scherze, aber im Grunde nach ernster Anschauung zu sagen.

[1]) Schriftlicher Nachlaß Forckenbecks.

Dieſe im Allgemeinen beobachtete Zurückhaltung hat ihn übrigens nicht verhindert, in wichtigen Zeitfragen grundſätzlich Stellung zu nehmen und, wenn es ihm nothwendig oder erſprießlich ſchien, kräftig einzugreifen.

Seit der Zeit des Antrittes ſeines hohen hauptſtädtiſchen Amtes war Berlin der Tummelplatz der wüſten und pöbelhaften antiſemitiſchen Agitation geworden, der von hoher Stelle aus auffallende Berückſichtigung zu Theil wurde. Forckenbeck erkannte ſofort den wahren Zuſammenhang. Im Frühjahr 1880 ſagte er zu einem israelitiſchen Bekannten in Magdeburg: „Die antiſemitiſche Bewegung richtet ſich in letzter Reihe nicht gegen die Juden, ſondern gegen den Liberalismus.“ Schon in Breslau hatte er den Antiſemitismus ein „gemeingefährliches Treiben“ genannt. Aber nicht nur aus parteitaktiſchen Rückſichten, ſondern auch aus voller herzlicher Ueberzeugung bekämpfte Forckenbeck eine Bewegung, die eine ganze Klaſſe von Staatsbürgern wegen ihrer Religion oder Abſtammung beſchimpfte und der bürgerlichen Rechte berauben wollte. Er war darin der Anſicht ſeines erlauchten Freundes, des Kronprinzen, der den Antiſemitismus bekanntlich als „die Schmach des Jahrhunderts“ brandmarkte. Forckenbeck hatte ſtets nur jeden Menſchen an ſich, nach deſſen eigenem Weſen und Verdienſt beurtheilt, konfeſſionelle und Kaſten-Vorurtheile waren ihm eben unfaßbar. Zählte er ja eine große Anzahl Israeliten der verſchiedenſten Berufszweige und Richtungen unter ſeine langjährigen und von ihm mit größter Treue behandelten Freunde. So war er es, der im November 1880 die Initiative ergriff, um von ſechzig der hervorragendſten Berliner Notabilitäten auf allen Gebieten des Lebens — Gelehrten, hohen Beamten, Großkaufleuten und Fabrikanten — eine Gegenerklärung wider den Antiſemitismus hervorzurufen, der in den Provinzen dann viele Hunderte ausgezeichneter Männer zuſtimmten. —

Mit bewundernswerthem Scharfblick erkannte Bismarck, unter allen europäiſchen Staatsmännern als der erſte, die Thatſache, daß den Beſchwerden und Forderungen der Sozialdemokraten, ſo übertrieben und der Wirklichkeit widerſprechend

ſie auch ausfielen, doch ein berechtigter Kern innewohne, daß es für die europäiſche Geſellſchaft Zeit ſei, der beklagenswerthen Lage der unteren Klaſſen nach Möglichkeit Abhilfe zu ſchaffen und die furchtbare, ſich immer erweiternde und immer drohendere Kluft auszufüllen, die ſich zwiſchen den Wohlhabenden und Gebildeten auf der einen, den Armen und Ungebildeten auf der andern Seite in allen ziviliſirten Ländern aufgethan hatte. Nur daß er, mit ſeiner nicht minder ſtaunenswerthen diplomatiſchen Kunſt, die Hilfeleiſtung zu benutzen gedachte, um nicht allein der Sozialdemokratie den gefährlichen Charakter zu nehmen, ſondern auch die geſammte Arbeiterklaſſe von der Regierung abhängig zu machen — es war die Tendenz, die man mit einem viel verketzerten und doch den Kern der Sache treffenden Ausdruck „Staatsſozialismus“ genannt hat. Während das Sozialiſtengeſetz die demokratiſche Richtung des Sozialismus entwaffnete, ſollte dieſer überhaupt in eine gouvernementale Richtung hinübergeführt werden. Den erſten Schritt dazu that Bismarck in der Reichstagsſeſſion vom Winter 1881 durch Einbringung der Vorlage über Unfall- und Krankenverſicherung der Arbeiter; der zweite war die ſchöne ſozialhumanitäre Botſchaft des Kaiſers vom 4. Januar 1882.

Forckenbeck ſah in dieſen Beſtrebungen nur den Wunſch, den Staat, das heißt die regierenden Männer und deren Werkzeuge, allmächtig zu machen und unter ihrem alles beherrſchenden Einfluſſe die individuelle Freiheit zu erſticken. Daß dieſe Abſicht den Maßregeln theilweiſe zu Grunde lag, iſt unzweifelhaft. Er brachte ſolche Richtung zuſammen mit dem Schutzzollſyſtem, der Verſtaatlichung der Eiſenbahnen, der verſuchten Verſtaatlichung des geſammten Verſicherungsweſens, dem Tabaksmonopol, dem Aufhören der Selbſtverwaltungsgeſetzgebung, das gerade damals den jüngeren Eulenburg zum Ausſcheiden aus dem Miniſterium des Innern zwang, und ſchloß aus der Geſammtheit dieſer Vorgänge, nicht mit Unrecht, daß man auf möglichſte Zerſtörung der individuellen und korporativen Freiheit hinziele. Deshalb, und nur deshalb ſtellte er ſich in ſcharfen Gegenſatz zu der ſozialpolitiſchen

Gesetzgebung der achtziger Jahre. Auch hier konnte er sich auf die gesammte politische Entwickelung Preußens seit dem Jahre 1808 berufen, die Staat und Volk groß und stark gemacht hatte [1]).

Er erhielt zunächst die Genugthuung, den Widerspruch gegen des Reichskanzlers innere Politik auf allen Seiten wachsen zu sehen. Ein Sezessionistentag in Halle, am 29. Januar 1881, nahm eine Resolution an, die die Erklärung vom 28. August 1880 billigte; Forckenbeck wurde allgemein als Führer der neuen Partei anerkannt. Die Landtagssession endete mit großen Mißerfolgen der Regierung. Selbst Bennigsen sah sich genöthigt, sich der rückläufigen Bewegung auf dem Gebiet der innern Politik zu widersetzen. Mit seiner Hilfe wurden im Reichstage der Entwurf zweijähriger Budgetperioden sowie die erhöhte Brausteuer und der Kredit für einen, von der Regierung zu ernennenden deutschen Volkswirthschaftsrath zu Falle gebracht. Bismarck war auf das äußerste gereizt. Während er Bennigsen zurief: „Laß nicht vom Linken Dich umgarnen!“ griff er am 29. April 1881 den „Berliner Fortschrittsring“ und die Berliner Stadtverwaltung sehr scharf an und drohte, Reichsregierung und Reichstag von Berlin fortzuverlegen. Die nächste Veranlassung war, daß der Reichskanzler für seinen Pferdestall 3,50 Mark und für seine Dienstwohnung 116,20 Mark an Miethssteuer hatte zahlen müssen. Deshalb hatte er einen Gesetzentwurf wegen anderweiter Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten vorgelegt. Forckenbeck ergriff am folgenden Tage das Wort zu einer glänzenden und nach seiner Weise mit Zahlen und Daten belegten Vertheidigung der hauptstädtischen Verwaltung. Er nahm die ganze Verantwortung für die etwas höhere Besteuerung des Reichskanzlerpalais auf sich. „Wir wußten, was kommen würde,“ sagte er, „und sahen voraus, welche Unannehmlichkeiten entstehen würden. Wir haben daher sorgfältig nach den Gesetzen geprüft, ob wir eine Ausnahme machen könnten; wir konnten sie aber nach den

[1]) S. Forckenbecks Wahlrede am 10. Oktober 1881.

bestehenden Reglements dem Fürsten gegenüber nicht machen, wir mußten ihm gegenüber wie jedem andern Bürger gegenüber die Reglements aufrecht erhalten." Er bewies, daß die Berliner Verwaltung nicht nach Laune oder politischer Zu- und Abneigung, sondern nach ein für alle Male feststehenden, auf gesetzlicher Basis beruhenden Grundlagen verfahre. Er bewies ferner, daß es sich bei dem ganzen Gesetze um 250 Mark und 20 Pfennige handle, die zukünftig die Reichsbeamten in Berlin weniger zahlen würden; davon die erwähnten 116,20 Mark für den Reichskanzler, 87 Mark für den Präsidenten der Reichskanzlei Tiedemann, 47 Mark zusammen für elf andere Beamte! — Der Nationalliberale von Benda selber nannte den Gesetzentwurf ad personam, seine Parteigenossen stimmten dagegen: trotzdem nahm ihn eine konservativ-klerikale Koalition mit 135 gegen 134 Voten an.

Die Wahlbewegung für den Reichstag, im Herbst 1881, gestaltete sich für die Linke sehr günstig. Die Mißstimmung über die innere Lage war allgemein. Viele Wahlkreise erkoren von selbst Sezessionisten, ohne daß die Parteileitung das mindeste dazu gethan hatte. Forckenbeck erhielt mehrfache Anerbietungen und wurde selbst in Oels gegen den Führer der Freikonservativen, von Kardorf, und in noch einem andern schlesischen Kreise gewählt; er blieb aber seinem alten Kreise Neuhaldensleben-Wolmirstedt treu, der ihm, trotz der unerhörten Anstrengungen zu Gunsten des konservativen Kandidaten Grafen Limburg-Stirum, 7000 Stimmen gegen 3000 gab. Die Sezessionisten erhielten 46 Abgeordnete — ein großer Sieg, da sie früher nur 18 im Reichstage gehabt hatten; die Fortschrittspartei 26 mehr, so daß sie 54 zählte. Dazu kamen acht Volksparteiler und acht andere entschieden Liberale. Die Linke umfaßte also 116 Mitglieder. Dreizehn Sozialdemokraten stimmten in den meisten Fällen gleichfalls mit ihr. Die Nationalliberalen, einst die bei weitem größte Partei, hatten nur noch 42 Mitglieder. Die Konservativen und Freikonservativen hatten sich um ein volles Drittel auf 79 vermindert.

Aber das Zentrum mit seinem welfisch-dänisch-polnisch-

franzöſiſchen Anhange war jetzt die vom Kanzler begünſtigte Partei! Am 30. November ſprach er offen aus, daß er den Kulturkampf zu beendigen, das heißt ſich der Kirche gegenüber für überwunden zu erklären wünſche, weil er lieber mit den Klerikalen als mit dem Liberalismus paktiren wolle. Das brachte ſelbſt die in jeder Beziehung gedemüthigten Nationalliberalen in Harniſch. Sie wieſen die Wahl Bendas in das Präſidium zurück und beſchloſſen, ſich mit den andern beiden liberalen Parteien von Fall zu Fall zu verſtändigen. Zu ſpät: der Liberalismus war macht- und wehrlos geworden gegenüber dem konſervativ-klerikalen Bündniß. Die Kirchengeſetzgebung fiel Stück für Stück. Wenigſtens verſiegte die Koalition in den Steuerfragen. Das Zentrum wollte wohl die ihm von der Regierung ſo verſchwenderiſch gebotenen Vortheile einſtreichen, nicht aber ſeine Volksthümlichkeit durch Bewilligung des Tabaksmonopols und der Zollerhöhungen aufs Spiel ſetzen. Dieſe und das Monopolideal Bismarcks fielen in der Reichstagsſeſſion des Winters 1882.

Und nun zeigte ſich endlich eine Ausſicht, die von Forckenbeck, Stauffenberg, Bamberger ſo lebhaft betonte und begehrte Bildung einer großen liberalen Partei zu verwirklichen. Im Hinblick auf die bevorſtehenden Landtagswahlen wünſchte Hänel, der Führer des rechten Flügels der Fortſchrittspartei, der die Sezeſſion von Beginn an lebhaft begrüßt hatte, eine Einigung mit dieſer und ſogar mit den Nationalliberalen herbeizuführen, die ſich von den „überſtürzenden“ Tendenzen des Reichskanzlers zurückgeſtoßen fühlten. Ein großer Parteitag aller Liberalen wurde auf den 1. Oktober nach Gotha einberufen und hier thatſächlich das Zuſammengehen aller liberalen Fraktionen während der Wahlen in Ausſicht genommen. Dieſe hoffnungsvolle Perſpektive wurde aber durch Eugen Richter zerſtört, der ſich gegen jede Gemeinſamkeit mit den Nationalliberalen erklärte und, da er von Berlin aus über die Parteiorganiſation der Fortſchrittsleute verfügte, ſeinen Willen durchſetzte.

Dieſes Vorgehen hat die Hoffnungen des Liberalismus auf lange hin zerſtört. Die nächſte Folge war bei den Land-

tagswahlen des 26. Oktober 1882 der Sieg der Konservativen, die um 23 Stimmen anwuchsen, auf Kosten allerdings nur der Nationalliberalen. Die Sezessionisten bewahrten im Abgeordnetenhause ihre zwanzig Mandate.

Im Reichstage war Forckenbeck während dieses ganzen Jahres sehr wenig hervorgetreten. Um so eifriger hatte er den Fraktionssitzungen der Sezession beigewohnt. Diese Partei, äußerlich niemals sehr stark, enthielt eine Sammlung von politischen, ökonomischen und publizistischen Kapazitäten, wie wohl niemals eine andere in Deutschland. Die Zusammenkünfte waren stets interessant und anregend, für jeden der Betheiligten, auch für Forckenbeck, eine Quelle der Befriedigung. Die Mißstimmung, die sich anfänglich in der Fraktion gegen Forckenbeck kundgegeben hatte, weil er sich allzu sehr von thätiger Betheiligung an dem politischen Kampfe auf seinen Oberbürgermeisterposten zurückgezogen, verschwand allmählich. Aber es ist zweifellos, daß er die Stellung als Führer der Partei durch seine freiwillige Abstention eingebüßt hatte. Er legte auf jene selber keinen Werth mehr. Und so wurde er denn durch eine neue Bewegung eigentlich gegen seinen Willen ergriffen und mit fortgerissen.

Die Absicht bei der Sezession war, wie schon öfters hervorgehoben, die Bildung einer großen liberalen Partei gewesen. Diese ließ sich nur denken, indem ohne Unterschied die Elemente von links und von rechts sich gemeinsam an die Sezession ankrystallisirten. Ein einseitiger Anschluß an die Nationalliberalen mußte die Fortschrittler, ein ebenso einseitiges Zusammentreten mit diesen die Nationalliberalen abstoßen. Jede solche partielle Vereinigung war daher stets von Forckenbeck bekämpft worden. Allein ganz natürlicher Weise wirkte die einmal begonnene Linksbewegung der Sezessionisten durch das Gesetz des Beharrens weiter fort. Schon auf dem Parteitage der „Liberalen Vereinigung“ in Halle am 29. Januar 1881 hatte der Gymnasiallehrer Richter den Antrag auf nähern Anschluß an die Fortschrittspartei gestellt, und es war dieser nur mit Stimmengleichheit abgelehnt worden. Von der andern Seite arbeitete Hänel, der weder mit der politischen

noch mit der persönlichen Haltung Eugen Richters einverstanden war, unaufhörlich an der Verschmelzung der Fortschrittspartei mit der Sezession. Im Februar 1884 fand er damit plötzlich auch bei diesem seinen intimen Gegner Anklang, weil derselbe wünschte, die finanziell potenten Männer des reichen Bürgerstandes, die sich in großer Anzahl der Sezession angeschlossen hatten, für die Parteikasse der Fortschrittspartei fruchtbar zu machen. Hänel war glücklich, seine längst gehegten Wünsche auf Fusion der beiden entschieden liberalen Fraktionen zur Verwirklichung bringen zu können.

Allein seine wohlgemeinten Anträge fanden bei den meisten Mitgliedern der sezessionistischen Parteileitung keinen Anklang: weder bei Baumbach und Witte, noch bei Bamberger oder Forckenbeck. Sie meinten, es sei viel besser, wenn die Elite des Fortschritts zu der Sezession, dem wahren Kern der liberalen Partei, übertrete, als wenn das Umgekehrte geschehe, was ja abstoßend auf die Nationalliberalen wirken, diese, die zuletzt etwas nach links eingelenkt waren, wieder nach rechts werfen mußte. Forckenbeck im Besondern fürchtete, damit der Sezession den Zusammenhang und die innere Kraft zu nehmen, ohne der Fortschrittspartei wesentliche Verstärkung zu bringen. Seine Voraussicht hat sich hier wieder vollkommen bewährt. Es kam dazu, daß dem milden und versöhnlichen Charakter Forckenbecks sowie seiner stets auf das Große gerichteten wahrhaft staatsmännischen Betrachtungsweise das herbe, autokratische Wesen Eugen Richters, der scharfe Ton seiner rednerischen Angriffe sowie dessen mehr den parlamentarisch taktischen Einzelerfolg als den umfassenden strategischen Sieg berücksichtigendes Verfahren bei aller Hochachtung für dessen hervorragende Gaben wenig zusagten.

Anders war die Stellung Rickerts und Georg von Bunsens.

Der Antrag Richters und Hänels lautete nicht auf gegenseitige Annäherung beider Parteien — wie etwa vor kurzem zwischen den Freisinnigen und der Süddeutschen Volkspartei — sondern auf völlige Verschmelzung, auf Fusion. Auch Rickert und Bunsen hegten gegen die Verbindung mit Eugen

Richter die schwersten Bedenken. Andrerseits meinten sie aber ein Anerbieten, das in der Richtung des von ihnen stets vertretenen Programms der Einigung aller Liberalen lag und des ihnen so nahe stehenden Hänel Stellung verstärken mußte, nicht ablehnen zu können. Nun darf nicht übersehen werden, daß Rickert, der die überwiegende Summe aller parteiorganisatorischen Arbeiten mit ebenso unermüdlichem Fleiße wie stets reger Geistesfrische auf sich genommen hatte, dafür auch in der Partei sich eines großen und gerechten Ansehens und Einflusses erfreute, unter den Gefährten das unentbehrlichste und damit das eigentlich leitende Element geworden war.

Forckenbeck, der übrigens auch mit Bunsen eng befreundet war, und Bamberger haben sich den beiden Anhängern der Fusion nicht offen widersetzt, schon um jeden Riß in der eigenen Fraktion zu verhüten. Sie begnügten sich, solche Bedingungen für die Verschmelzung zu stellen, von denen sie voraussetzten, daß Richter sie nicht werde billigen können noch wollen. Virchow, der die Vermittelung übernommen hatte, erhob thatsächlich gegen die von den beiden ausgesprochenen Forderungen lebhafte Bedenken. Nichts Erwünschteres konnte es für sie geben. Ohne geradezu einen Bruch herbeizuführen, suchten sie die unbequeme Angelegenheit endlos in die Länge zu ziehen, indem sie erklärten, so wichtige Meinungsverschiedenheiten nicht ohne die Mitwirkung Stauffenbergs entscheiden zu können und dessen Ankunft in Berlin abwarten zu müssen. Sie wußten, daß Stauffenberg mit ihnen ganz übereinstimmte und das Gewicht der Gegner der Fusion beträchtlich verstärken würde [1]).

Die Verhandlungen schienen auf unbestimmte Zeit vertagt und sich im Sande verlaufen zu sollen. Allein Rickerts Eifer und Thatkraft ließ es dazu nicht kommen. Er wie viele andere Sezessionisten waren durch die schnöde Art, mit der die Regierung das Andenken des soeben auf einer Reise in Amerika verstorbenen Lasker mißhandelte, auf das äußerste erbittert. Um so mehr war Rickert zum Anschluß an die

[1]) Dies alles natürlich nach ganz authentischem Material.

Fortschrittspartei geneigt. Eine Vorstandssitzung der freisinnigen Vereinigung wurde in die Wohnung des zu dieser Partei gehörigen Eisenbahndirektors Karl Schrader einberufen, und hier nahmen nach langen Verhandlungen, die bis drei Uhr Morgens dauerten, auf das energische Drängen Rickerts und Bunsens Forckenbeck und Bamberger die von Richter acceptirten Bedingungen der Fusion ihrerseits an. Die Verschmelzung der beiden Fraktionen der enschieden liberalen Partei war eine Thatsache, und als solche wurde sie der bisher nichts ahnenden Mehrzahl ihrer Mitglieder kund gethan.

Die meisten von ihnen zeigten sich damit einverstanden. Allgemein hegte man die Hoffnung, daß nunmehr eine große, mächtige liberale Partei entstanden sei, die eine starke Anziehungskraft ausüben werde. Um überkommene Abneigung und Eifersucht zu vermeiden, wurden die alten Fraktionsnamen aufgegeben und der Name Deutsch-Freisinnige Partei gewählt. Bismarck selber sah nicht ohne Besorgniß diesen, wie es schien, aussichtsreichen Versuch der Wiederbelebung des Liberalismus. Dessen hoher Gönner, der Kronprinz, sprach dagegen unverhohlen seine Befriedigung über die Fusion aus, in der er eine Gesundung der zerfahrenen parlamentarischen Verhältnisse und für seine zukünftige Regierung die Möglichkeit erblickte, sich auf eine liberale Mehrheit zu stützen [1]).

Forckenbeck theilte weder solche Befriedigung über das Geschehene noch die Hoffnung auf die Zukunft. Die Rückkehr zu der 18 Jahre früher nach reiflicher Erwägung verlassenen Fortschrittspartei war ihm durchaus antipathisch, und so hohe Achtung er auch vor den rednerischen Gaben, dem scharfen Verstande und der rücksichtslosen Thatkraft Eugen Richters hegte, so war ihm dieser als Parteiführer in jeder Hinsicht bedenklich. Er sah voraus, daß die Wähler in den „Freisinnigen" nicht Liberale schlechthin, sondern ausschließlich verkappte Fortschrittler erblicken und sich von der neuen

[1]) Daß, wie man oft behauptet hat, der Kronprinz den Anstoß zur Fusion gegeben habe, ist nach dem Zeugniß der bei dieser Betheiligten, soweit sie noch leben, durchaus falsch.

Partei, mit Einschluß der früheren Sezessionisten, nicht weniger abwenden würden, als bisher vom Fortschritt.

Indes er hatte die Fusion nicht zu hindern vermocht, und er konnte sie noch weniger ungeschehen machen. Am 5. März 1884 veröffentlichte die deutsch-freisinnige Partei ihr Programm, das im ganzen auf den Forderungen der Sezession beruhte, darüber hinaus die Erlangung eines verantwortlichen Reichsministeriums, Abkürzung der Dienstzeit bei den Fahnen, sowie Feststellung der Friedenspräsenzstärke des Heeres innerhalb der dreijährigen Dauer jedes Reichstages verlangte. Besondere Parteitage des Fortschritts und der Sezession, in der Mitte des Märzmonats, hießen die Fusion gut. Der Streit zwischen Hänel und Richter war damit beendet, anscheinend im Sinne des erstern. Allein der kühne und ehrgeizige Richter übte bald Vergeltung, indem er mit Erfolg bestrebt war, über die gesammte freisinnige Partei dieselbe Autokratie zu bethätigen, wie früher über den Fortschritt. Im Gegentheil, bisher hatte er auf Forckenbeck, Stauffenberg, Rickert als auf Führer einer beträchtlichen entschieden liberalen Fraktion noch Rücksicht nehmen müssen und genommen: jetzt, wo er sie in der eigenen Partei hatte, wollte er sie mit der ganzen Gewalt seines heftigen Willens und mit der Kraft der von ihm geleiteten Parteiorganisation seiner Herrschaft unterwerfen.

Forckenbeck und seine Freunde machten noch im Anfang Versuche des Widerstandes. Dem Reichstage lag der Antrag der Regierung auf Verlängerung des Sozialistengesetzes vor. Die alte Fortschrittspartei war entschlossen, sie zu verwerfen; Forckenbeck aber bestimmte die früheren Sezessionisten, dafür zu votiren, weil er die Auflösung des Reichstages wegen einer Frage fürchtete, in der damals die öffentliche Meinung weit überwiegend auf Seiten der Regierung stand. So war der Zwiespalt in den Reihen der kaum gebildeten Partei sofort wieder fertig und, was vielleicht noch schlimmer war, der ganzen Welt offenkundig. — Die Verlängerung des Sozialistengesetzes wurde vom Reichstage angenommen. Georg von Bunsen aber, einer der hauptsächlichsten Veranlasser der

Fusion, war bereits im Januar 1885 so enttäuscht, daß er mit der Absicht nach Berlin kam, entweder die zehn Monate vorher gegründete Deutschfreisinnige Partei zu sprengen oder selber sie zu verlassen; nur mit Mühe verhinderten ihn daran seine Freunde[1]).

Keine der von Forckenbeck, Stauffenberg und Bamberger vorausgesehenen üblen Folgen der Fusion blieb aus. Die Nationalliberalen, die sich schon der Sezession genähert hatten, schreckten vor einer Verbindung mit dem Fortschritt zurück und zogen sich auf die rechte Seite. Am 23. März versammelte sich ihr, hauptsächlich von Süddeutschen besuchter Parteitag zu Heidelberg, der sich gegen jede Fusion und, mit schwacher Betonung des Liberalismus, vor allem für die Zugehörigkeit zur Partei Bismarck aussprach. Eine große nationalliberale Parteiversammlung trat zwei Monate später in Berlin zusammen. 550 Delegirte aus ganz Deutschland erklärten sich hier mit der Heidelberger Resolution einverstanden und forderten die Parteigenossen zur Unterstützung der Regierung in deren sozialpolitischen Bestrebungen auf. Als der entschiedenst liberale unter den Genossen erschien jetzt Bennigsen! Er selber erschrak über die fast völlige Verwischung jedes Unterschiedes zwischen den Nationalliberalen und den gemäßigten Konservativen und sprach auf der Landesversammlung der Nationalliberalen in Hannover sehr scharf gegen die in Preußen sich geltend machende Reaktion. Es war vergebens: man hörte nicht mehr auf die Stimme des alten Führers, wie man früher die Laskers und Forckenbecks überhört hatte.

Das waren also die Ergebnisse der Fusion: Zwiespalt im eigenen Innern der neuen Partei, Kriegserklärung seitens der Nationalliberalen. Die Wähler aber hegten keinerlei Zutrauen zu dem unsichern und zerrissenen Freisinn; sie fielen entweder nach rechts oder nach links ab. Bei den im Herbste stattfindenden Reichstagswahlen büßten die Fortschrittler-Sezessionisten mehr als zwei Fünftel ihrer früheren Sitze ein:

[1]) Ms. Brief Bunsens an seinen Bruder Theodor, vom 26. Juni 1885; freundlichst mitgetheilt von Frl. M. v. B.

von 110 sanken sie auf 64 herab. Der Gewinn fiel weniger den Nationalliberalen, als den extremen Parteien anheim: den Konservativen, die die sechs östlichen altpreußischen Provinzen fast ganz eroberten, dem Zentrum und den Welfen und endlich der Sozialdemokratie. Es war eine furchtbare Niederlage der deutsch-freisinnigen Partei, wenige Monate nach ihrer Gründung.

Forckenbeck hatte den persönlichen Schmerz zu empfinden, daß sein alter Wahlkreis Neuhaldensleben-Wolmirstedt ihn verließ, der ihm siebzehn Jahre lang treu geblieben und mit erdrückender Mehrheit noch in die Sezession gefolgt war! Zwar vertraute ihm dafür in der dem Freisinn noch am meisten ergebenen Provinz Schlesien der Kreis Sagan-Sprottau ein Mandat an, und zwar ohne daß er sich dort nur gezeigt hätte; allein das konnte ihn über seine Trennung von den langjährigen Wählern nur unvollkommen trösten.

Die konservativ-klerikale Reaktion triumphirte im Reiche wie in Preußen. Der Reichstag nahm nunmehr (1885) die früher wiederholt verworfene Erhöhung der Zölle auf Getreide, Holz und Vieh an; der Landtag übertrug die daraus erfließenden Mehreinkünfte auf die Kreise, das heißt hauptsächlich auf das flache Land und den auf diesem herrschenden Großgrundbesitz, und führte dann die Börsensteuer ein. Die Nationalliberalen stimmten zum Theil für diese ganze äußerste wirthschaftliche Reaktion. Die neuen Landtagswahlen im Herbste 1885 verstärkten lediglich die konservativ-klerikale Mehrheit. Der Liberalismus lag hilflos zu Boden.

Forckenbeck war von der Gestaltung der Dinge auf das peinlichste berührt. Er sah, wie das deutsche Bürgerthum, für das er seit seinen Jünglingsjahren seine ganze Kraft eingesetzt, auf das er alle seine Hoffnungen für die Zukunft der Nation gestellt hatte, immer mehr in das konservative, ja reaktionäre Lager überging, sich zu denjenigen Elementen gesellte, die es stets bekämpft, geschädigt, gedemüthigt hatten; während die breiten Volksmassen in den Städten nur noch in der Sozialdemokratie ihr Heil suchten. Seine Zeit war vorüber, eine ersprießliche Wirksamkeit in der großen Politik unmöglich. Unwillen und das wachsende Gefühl der Müdig-

keit und Abspannung bemächtigten sich des dem Greisenalter zuneigenden Mannes. Hatte ihn der ungestüme Lasker schon früher den Cunctator getauft, so wurde er jetzt thatsächlich langsam, mühselig im Entschlusse und in der That. Auch seine mächtige Gestalt beugte sich und ward schwerfällig. Allein er bewahrte sich bis zu seinem Ende den klaren und scharfen Blick für die thatsächliche Lage der Dinge. Und deshalb beschloß er, den Rest seiner Kräfte ganz überwiegend der Verwaltung der Hauptstadt zu widmen, in der er noch Ersprießliches leisten zu können hoffte.

„Die Verhältnisse," hatte er schon am 13. Februar 1884 an seinen jungen Freund Kirschner in Breslau geschrieben, „sind unangenehm und schwer zu tragen. Ich kann — wenigstens für die nächste Zeit — nichts in denselben ändern. So lange es möglich erscheint, die Gemeindeverwaltung Berlins in ihrer Unabhängigkeit und in liberalem Sinne und in ihrer kräftigen Wirksamkeit allen mächtigen Feinden zum Trotz aufrecht zu erhalten, so lange muß ich diesem Zweck vorzugsweise und fast allein dienen, und dann bleibt keine Kraft und keine Zeit für die Führung und resp. die Arbeit der Partei übrig. Die Gemeindeverwaltung Berlins ist eine der wenigen noch übrig gebliebenen Selbständigkeiten, und bei ihren besonderen sorgfältig gepflegten Beziehungen eine Selbständigkeit von einigem Einfluß, und das wiegt schwerer als der Kampf in den Parlamenten, die in den jetzt mehr als 25 Jahren meiner Parlamentsthätigkeit nie so tief, äußerlich wie innerlich, gesunken waren wie heute."

Er sprach schon damals die Befürchtung aus, daß man versuchen werde, auch diese Selbständigkeit zu brechen. Es war in der That der lebhafte Wunsch des Fürsten Bismarck. Den „Sturm auf das rothe Haus" — auf das Berliner Rathhaus — den die antisemitische „Bürgerpartei" in Szene setzte, hat der Reichskanzler durch seine Angriffe auf die Berliner Verwaltung nach Möglichkeit unterstützt. Dann, aber nur dann, nahm Forckenbeck im Reichstage das Wort zur Vertheidigung, die zwar stets eine von warmer Ueberzeugung getragene, aber rein sachliche war und sich von persönlicher Heftigkeit vollkommen fern hielt. Das ist ein Verdienst, welches um so mehr anerkannt werden muß, je inniger sich Forckenbeck nach all' den übrigen Enttäuschungen mit der freisinnigen Selbstverwaltung Berlins identifizirte.

Hier hat er thatsächlich mit unermüdlicher Arbeit Großes und Bleibendes gewirkt.

XXIV.

Forckenbeck und die Stadt Berlin.

Aus einem unbedeutenden wendischen Fischerdorfe hatte sich Berlin durch lange sechs Jahrhunderte hindurch zur Hauptstadt Preußens und Deutschlands entwickelt. Diese Entfaltung war aber in der Vergangenheit nicht sowohl der eigenen Kraft des städtischen Gemeinwesens und der Bürgerschaft als vielmehr dem Anwachsen des Staates und der Herrscherfamilie zu danken gewesen. Solange das Kurfürstenthum Brandenburg klein und unbedeutend war, blieb es auch Berlin. Der Aufschwung der Stadt beginnt mit der Erhebung Brandenburg-Preußens zu europäischer Geltung durch den Großen Kurfürsten. Von da an wuchs sie beständig durch die Pflege der Herrscher und als Hauptstadt eines sich immer mehr ausdehnenden Staatswesens. Von innerer Kraft war aber in Berlin wenig zu spüren. Die Unfruchtbarkeit und Nüchternheit der Umgebung schien auf die Bewohner zu wirken. Es waren fleißige und strebsame Leute, aber ohne rege geistige und künstlerische Initiative, ohne große und umfassende Gesichtspunkte. Die Stadtverwaltung war, auch nach der erlangten kommunalen Selbständigkeit in der Stein-Hardenbergschen Periode, kleinlich und engherzig. Selbst als Berlin äußerlich zu einer Großstadt mit mehr als einer halben Million Einwohner angewachsen war, glich es einer riesigen Kleinstadt. Wenig Verkehr auf den Straßen; unbedeutende und häßliche Gebäude; elende Holzbrücken; bei dem Mangel gehöriger Kanalisation übelriechende Rinnsteine; eine Steinwüste ohne Pflanzenschmuck; im Innern der Häuser

äußerste Einfachheit und Schmucklosigkeit. Das Spießbürgerthum drückte dem Ganzen seinen Stempel auf.

Es ist häufig mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die großen Kriege von 1866 und 1870 auf den Charakter und Geist des deutschen Volkes nicht den erhebenden Einfluß geübt haben, den man von so riesenhaften nationalen Thaten und Erfolgen hätte erwarten sollen. Aber auf Berlin haben sie thatsächlich durchaus umgestaltend gewirkt. Bürger und Verwaltung wurden sich plötzlich der Aufgaben bewußt, die die Erhebung der Stadt zum Mittelpunkte des ganzen großen Deutschland an sie stellte. Das fortwährende und starke Zuströmen thatkräftiger und begabter Männer aus dem Reiche führte Berlin frisches und lebensvolles Blut zu. Reges Schaffen entfaltete sich auf allen Gebieten. Wie der politische, so wurde Berlin schnell auch der geistige Mittelpunkt der Nation. Das alles hatte eine völlige, innere und äußere Umwandlung der Stadt zur Folge, die der Gesinnung, dem Leben und Verkehr, sowie der architektonischen Gestaltung nach sich binnen zweier Jahrzehnte in eine wahre Großstadt modernen Gepräges verwandelte, während sich in der gleichen Zeit die Ziffer ihrer Bevölkerung verdreifachte.

Eine so plötzliche und gewaltige Wandlung legte selbstverständlich der städtischen Verwaltung außerordentlich schwierige Verpflichtungen auf. Im Grunde war alles neu zu schaffen und neu zu ordnen, und zwar innerhalb von Verhältnissen, die sich infolge der verblüffend gewaltigen Vermehrung der Volkszahl beständig verschoben und erweiterten. Niemals sind der Selbstverwaltung verwickeltere Aufgaben gestellt worden. Sie bedurfte zu deren Lösung gleichzeitig schöpferischer Kraft, weiser Umsicht, gründlicher Erwägung und zäher Energie.

Die besondere Stellung Berlins als Residenzstadt brachte weitere Komplikationen und Schwierigkeiten.

Es galt, trotz des scharfen politischen Gegensatzes, ein leidliches Verhältniß zum Hofe zu erhalten. Eine große Anzahl von Straßen und Brücken gehörte dem Fiskus; die Krone hatte direkt die letzte Bestimmung über zahlreiche Punkte der Straßenverwaltung. Die Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 und die Organisation der all-

gemeinen Landesverwaltung vom 26. Juli 1880 schieden die Stadt Berlin aus der Provinz Brandenburg aus, bildeten aus ihr einen eigenen Verwaltungsbezirk, in dem der Polizeipräsident die Stelle des Regierungspräsidenten einnahm, unter der Aufsicht des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg. So kam Berlin in eine sehr üble Lage, da es ohne die in den übrigen Provinzen übliche Mitwirkung des Laienelements lediglich staatlichen Beamten unterstellt war. Zumal der Polizeipräsident fühlte sich stets in gewissem Gegensatze zu der politisch radikal gesinnten städtischen Verwaltung und behinderte sie auf alle Weise, indem er jeder Reform in zäher Ausdauer Schwierigkeiten in den Weg legte.

Zum Glücke sah Berlin in jener entscheidenden Epoche seiner Entwickelung hintereinander drei ausgezeichnete Oberbürgermeister an seiner Spitze: Seydel, Hobrecht und Forckenbeck.

Seydel war ein außerordentlich energischer, ja selbstherrlicher Mann, voll eigener Ideen, die er freilich so weit möglich allein zu gestalten und auszuführen liebte. Hobrecht dagegen war ein feiner, diplomatischer und scharfsinniger Kopf, der Magistrat und Stadtverordnete mit großer Geschicklichkeit und eindringender Sachkenntniß zu leiten verstand. Er hatte das hohe Verdienst, das in Berlin besonders schwierige Kanalisationswerk auf die geistvollste und praktischste Weise zu ordnen und dessen Durchführung mustergültig zu beginnen.

Und dann, 1878, kam Forckenbeck. Es wurde ihm nicht leicht, als Siebenundfünfzigjähriger dieses ungeheure Arbeitsfeld zu beherrschen.

Die Berliner Verwaltung war gänzlich auf dem System der Arbeitstheilung organisirt, dem Oberbürgermeister selbst waren verwickelte und zeitraubende Dezernate übertragen. Dadurch kam es, daß er mit Detailgeschäften überhäuft und ihm zugleich die Initiative in den anderen Verwaltungszweigen unmöglich gemacht oder doch sehr erschwert war. Es wäre wohl richtiger gewesen, dem Oberbürgermeister die höchste, maßgebende Leitung über das Ganze anzuvertrauen

und ihm die Einzelheiten möglichst zu ersparen. Indes es war einmal das entgegengesetzte System üblich. Forckenbeck hatte sich nun in seine Dezernate auf einem gewaltigen, ihm ganz unbekannten Gebiete einzuarbeiten. Kein Wunder, daß er sich genöthigt sah, vielfach sich auf den Rath und die Belehrung seitens ihm persönlich besonders nahestehender Mitglieder des Magistrates zu verlassen, unter denen in erster Reihe der Stadtrath und Syndicus Eberty stand, ein Mann von schöpferischer Begabung, fruchtbarem Geiste, aber auch ungestümem Temperament. Hierdurch wurde ganz natürlich ein Gegensatz zu anderen Mitgliedern des Magistrats hervorgerufen; ein Gegensatz, der noch durch politische Meinungsdifferenzen sowie durch den Umstand verschärft wurde, daß die freie, große Betrachtungsweise, die Forckenbeck eigen war, den Widerspruch mancher mehr bureaukratisch gesinnter, vor allem auf das Detail blickender Kollegen erweckte. Zu diesen Reibungen innerhalb des Magistrates kam noch die Gegnerschaft Bismarcks, des Hofes und des Polizeipräsidiums, die dem Oberbürgermeister unzählige Hemmnisse schuf. Sie waren für ihn um so schwerer zu überwinden, als ein gewisser Hang zur Bequemlichkeit, der ihm stets innegewohnt hatte, durch die Mattigkeit nach so vielen harten politischen Kämpfen und Anstrengungen und das natürliche Ruhebedürfniß des Alters vielfach gesteigert war, zumal seit dem Bruche mit seiner ganzen politischen Vergangenheit, der sich im Jahre 1884 vollzogen hatte. Wenn er sich zur Arbeit einmal hingesetzt hatte, schaffte er in früherer Weise tüchtig und gründlich; aber es mußte ihm dazu einigermaßen das Feuer auf den Nägeln brennen. Uebrigens hat er alles, was er zu erledigen hatte, auch damals noch sorgfältig vorbereitet. Bei seinen auswärtigen, im städtischen Einzeldienst erfahrenen Freunden: von Winter, Dohrn, Kirschner und anderen zog er sorgfältige Erkundigungen ein und suchte auch sonst den Rath tüchtiger Fachmänner außerhalb Berlins. Er ließ sich vor jeder Sitzung des Magistrates und der Stadtverordneten über die vorliegenden Angelegenheiten eingehenden Vortrag halten, so daß er, dem sein vorzügliches Gedächtniß

ſtets treu geblieben iſt, immer das geſammte Aktenmaterial im Kopf hatte, wenn die Verhandlung begann. Sein klarer Geiſt hatte es ſich vollſtändig zurecht gelegt, der Art, daß er es durchaus beherrſchte. Wenn er in jener Zeit mehr fremder Initiative folgte, als aus eigener handelte, ſo faßte er doch die Dinge immer leicht, frei von Kleinlichkeiten und Vorurtheilen, mit weitem Blicke und geſundem Verſtändniß, von großem Geſichtspunkte aus — was, verbunden mit ſeiner gründlichen Durcharbeitung, für den Leiter eines ſo umfaſſenden und verwickelten Gemeinweſens jedenfalls die Hauptſache war und am meiſten Nutzen brachte.

Immer gleich blieb ſich ſein edler und ſchöner Charakter. Er erwies ſich als durchaus zuverläſſig; auf ſein Wort konnte man unbedingt zählen. Seine Untergebenen behandelte er kurz aber freundlich und zeigte für ihre Intereſſen, bis zu denen des letzten Hilfsarbeiters hinab, gütigſte Theilnahme. Er war, bisweilen allzu ſehr, geneigt, jede Bitte, die von ihnen an ihn gerichtet wurde, zu erfüllen und bei dienſtlichen Vergehungen Gnade für Recht eintreten zu laſſen. Sein gerades und menſchenfreundliches Weſen iſt, trotz aller Bitterniſſe und Enttäuſchungen, trotz politiſcher, perſönlicher und adminiſtrativer Gegnerſchaft, bis zu ſeinem letzten Athemzuge unberührt und unverändert geblieben.

Er verſtand es vorzüglich, die ſchwierige, zum Frondiren gegen den Magiſtrat geneigte, aus den verſchiedenſten Elementen zuſammengeſetzte Stadtverordneten-Verſammlung zu beherrſchen. Auch ihr gegenüber erſchien er ſtets als der leitende Oberbürgermeiſter. Wenn er ſich unbehilflich mit ſeinem gewaltigen Körper erhob und ſeine ſtets ſachgemäße, fließende, von wahrem und einfachem Herzenspathos getragene Rede begann, brachte er auf dieſe ſkeptiſchen Berliner einen bezwingenden Eindruck hervor.

Ebenſo leitete er in vorzüglicher Weiſe die Arbeiten und Sitzungen des Magiſtrates. Auch hier bewährte er ſich als der geborene Präſident. Sehr urban, aber immer ſeine Würde wahrend, fein und ſachkundig in jeder ſeiner Bemerkungen, ließ er ſich nur durch wirklich begründete Ein-

wendungen von seiner reiflich durchdachten Meinung abbringen. Er bewährte so viel Takt wie Geduld und hob die Sitzung nicht eher auf, als bis alle Gegenstände der Tagesordnung erschöpfend durchgearbeitet waren. Im entscheidenden Augenblicke wußte er das aus so vielen ausgezeichneten und fachkundigen Leuten zusammengesetzte Kollegium zu überzeugen und mit sich fortzureißen.

Die ebenso schwierige wie umfassende Aufgabe der Leitung der Berliner Stadtverwaltung erfüllte mehr und mehr das ganze Wesen und Interesse Forckenbecks. Auch in eigentlich politischen Angelegenheiten gewöhnte er sich darauf Rücksicht zu nehmen, welchen Zusammenhang sie mit den Berliner Verhältnissen haben könnten. Klug erwägend, wie er stets war, weigerte er sich einst, einen von ihm selbst mitverfaßten Wahlaufruf zu unterschreiben, weil er für eine bevorstehende Anleihe der Hauptstadt der Genehmigung von Seiten der Regierung bedurfte. Für seine eigene Person hat er derartige Vorsicht den Anforderungen der Partei gegenüber nie bethätigt; für die ihm anvertrauten kommunalen Interessen sah er darin ein Gebot der Pflicht.

Als ein solches betrachtete er auch die möglichste Pflege guter Beziehungen zur Königsfamilie, wie solche, trotz aller Opposition in den politischen Tagesfragen, bei der Berliner Verwaltung eine stets aufrecht erhaltene Ueberlieferung waren und übrigens nur der Stimmung der Bevölkerung entsprachen. Der Berliner Witz verschont auch die Person des Herrschers nicht; aber im Grunde fühlt die Einwohnerschaft der Hauptstadt sehr lebendig, was diese und der Staat der Dynastie verdanken, und ist ihr von Herzen ergeben. Als der Kaiser am 5. Dezember 1878 zum ersten Male nach dem Nobilingschen Attentate wieder nach Berlin kam, wurde er in der festlich geschmückten Stadt mit brausendem Jubel begrüßt, am Bahnhof vom Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadtverordnetenvorsteher und dessen Stellvertreter empfangen. An Forckenbeck selbst richtete da der greise Monarch herzliche Worte tiefbewegten Dankes. Dem mit seiner jugendlichen Braut am 26. Februar 1881 einziehenden Prinzen Wilhelm hielt Forckenbeck die Begrüßungs-

rede; am letzten Tage des Hochzeitsfestes — 1. März — feierten die Jungfrauen Berlins das erlauchte Paar, wobei die jüngste Tochter des Oberbürgermeisters den von Julius Wolff gedichteten Festgruß sprach. Auch bei dieser Gelegenheit wurde der Dank der Majestäten mit einer offizielle Banalität weit übersteigenden Wärme ertheilt.

Mit liebendem und verehrendem Herzen leitete Forckenbeck im Januar 1883 die Abordnung Berlins und vierzehn anderer Städte zur Beglückwünschung des kronprinzlichen Paares bei dessen silberner Hochzeitsfeier, zu der Berlin drei prachtvolle Geschenke widmete.

Dieser loyale Sinn der Reichshauptstadt bewährte sich unter des Freisinnigen Forckenbeck Führung bei jeder Gelegenheit.

Im Gedächtnisse der Zeitgenossen lebt noch die wahrhaft vom Herzen kommende und mit künstlerischer Verklärung umwobene Trauer, die bei dem Abscheiden und Begräbniß des ersten deutschen Kaisers die Stadt Berlin unter Leitung ihres Oberbürgermeisters bethätigte. Nun war der erhabene Freund und Gönner Forckenbecks Kaiser, derselbe Fürst, der ihn einst laut und fast öffentlich als seinen eigentlichen Vertrauensmann bezeichnet hatte — aber Kaiser als ein todtkranker, ja sterbender Mann. Alle hochfliegenden politischen Hoffnungen, alle persönlichen Erwartungen, die Forckenbeck so lange Jahre hindurch für Friedrichs III. Thronbesteigung gehegt hatte, verflatterten unwiederbringlich, für immer. Man weiß, wie der hilflose Kaiser dem preußischen Staatsministerium nur mit Mühe die Ertheilung des Rothen Adler-Ordens zweiter Klasse mit dem Stern an Forckenbeck abrang, und auch nur in der ungewöhnlichen Form offizieller Motivirung: „in Anerkennung der Thätigkeit desselben zur Unterstützung der Ueberschwemmten", damit man ja nicht glaube, daß ein Oppositionsmann als solcher je eine kaiserliche Anerkennung erhalten könne. Unter dieser Bedingung hat übrigens Bismarck die Dekorirung des Oberbürgermeisters gegen das immer noch widerstrebende Ministerium durchgesetzt[1]). Daß Forcken-

[1]) Ms. Schreiben Forckenbecks an eine seiner Töchter v. 26. Mai 1888.

beck von anderen Souveränen — wie dem Kaiser von Brasilien und dem Könige von Italien — mit deren höchsten Orden geehrt worden war, kam für den Fürsten Bismarck nicht in Betracht. „Ich bin vielleicht der einzige Mensch, der mit öffentlichen Urkunden belegen kann, warum er eigentlich die beiden Sterne trägt, und bin ich mit dieser besondern Stellung zufrieden“ — scherzte Forckenbeck.

Die Kaiserin Friedrich hat dem Oberbürgermeister ihre gütige Freundschaft stets bewahrt. Unmittelbar nach dem Tode ihres unglücklichen Gemahls beschied sie jenen telegraphisch nach Friedrichskron; Forckenbeck bestieg sofort den bereit stehenden Extrazug, fand sich aber infolge des von dem neuen Herrscher ertheilten allgemeinen Befehls am Eintritt in das Schloß behindert. Die Kaiserin Friedrich ließ ihm und seiner Familie, inmitten ihrer eigenen tiefen Trauer, bei dem Tode seines Enkelkindes an der Diphtherie durch die Gräfin Perponcher am 6. September 1888 ihr Beileid aussprechen: „Ihre Majestät haben mit großem Antheil von der Trauer, die Sie und Ihre Familie betroffen hat, gehört, um so mehr als dieselbe schreckliche Krankheit, deren Opfer jetzt Ihr Enkelkind geworden ist, so tief schmerzlich in die Familie Ihrer Maj. der Kaiserin Friedrich eingegriffen hat, als vor Jahren S. Kgl. Hoh. Prinz Waldemar ihr erlag.“

Zu dem jetzt regierenden Kaiser hat Forckenbeck niemals in einem engern Verhältniß gestanden. Man weiß, mit welcher Pietät der junge Herrscher alle Ueberlieferungen seines erlauchten kaiserlichen Großvaters pflegte, und Wilhelm I. hatte in den letzten acht Jahren seines Lebens allen Verkehr mit Forckenbeck abgebrochen. Dazu kam, daß ein schlesischer Regierungspräsident allerhöchsten Ortes die ganz aus der Luft gegriffene Behauptung angebracht hatte, Forckenbeck habe bei einer Wahlrede geringschätzig vom Kaiser Wilhelm I. gesprochen — eine Angabe, die allerdings vorzüglich geeignet war, Forckenbeck bei dessen Enkel unmöglich zu machen. Der Oberbürgermeister war über diesen Vorgang um so mehr entrüstet, als er dem Heldenkaiser immer die aufrichtigste Verehrung gewidmet und ihr selbst im intimsten Familienkreise stets Ausdruck gegeben hatte.

Freilich, die ungnädige Annahme des Geschenkes, das die Berliner Stadtverwaltung dem Kaiser Wilhelm II., bei seiner Rückkehr von seiner ersten Friedensreise, in Gestalt eines Monumentalbrunnens auf dem Schloßplatze am 28. Oktober 1888 anbot, war nicht der Abneigung des Monarchen gegen den Oberbürgermeister, sondern seiner Entrüstung über die Haltung der freisinnigen Presse zuzuschreiben, von der er irrthümlicher Weise annahm, sie stehe mit der städtischen Verwaltung im Zusammenhange. Allein es mußte doch als ein Beweis unmittelbaren Gegensatzes erscheinen, wenn die Bestätigung der am 27. Februar 1890 geschehenen Wiederwahl des hochverdienten Oberbürgermeisters durch den Kaiser erst nach acht Monaten, am 10. Oktober 1890, erfolgte. Die Verzögerung hatte selbst unter den Konservativen Berlins, deren Vertreter in der Stadtverordneten-Versammlung fast sämmtlich für die Wiederwahl des ebenso gerechten wie unparteiischen Stadthauptes gestimmt hatten, peinlichstes Aufsehen erregt. Nach der Entlassung des Fürsten Bismarck gelangte indes der Monarch bald zu freundlicherer Würdigung der Person und der Verdienste des Oberbürgermeisters. Als Forckenbeck die Herstellung des neuen Brunnens Begas übergeben ließ und denselben „Schloßbrunnen" taufte — beides nach dem Wunsche des Herrschers — zeigte sich dieser ihm bei der Enthüllung des Monumentes, 1891, sehr gnädig, beglückwünschte ihn nachträglich zum siebzigsten Geburtstage und forderte ihn auf, sich direkt zum Vortrage bei ihm zu melden, wenn neue interessante Projekte seitens der Stadt vorlägen, für deren Entwickelung er lebhafte Theilnahme hege. Zu Hoffesten ist übrigens der Oberbürgermeister seit dem Beginne von Kaiser Wilhelms II. Regierung wieder eingeladen worden.

Die Selbständigkeit seiner Stellung zu der Stadt hat Forckenbeck immer, bei aller schicklichen Ergebenheit für die Herrscherfamilie, mit vollem Nachdruck aufrecht erhalten. Er kämpfte für die Freiheit und die Rechte der Kommune, wie er früher für die Freiheit und die Rechte der Volksvertretung gekämpft hatte. In den Verwaltungen der großen Städte hat er damals die einzige Stütze und Bethätigung des liberalen Gedankens

erblickt[1]). Als der erzreaktionäre und städtefeindliche Minister des Innern von Puttkamer bei Gelegenheit der Neueintheilung der Wahlbezirke für die Berliner Stadtverordneten-Versammlung deren Auflösung aussprechen wollte, weil er hoffte, daß eine völlige Neuwahl eine konservative und antisemitische Mehrheit bringen würde, protestirte Forckenbeck bei dem Oberpräsidenten von Achenbach wiederholt (1882) gegen eine solche Gesetzesverletzung. Er wies nach, daß der § 79 der reaktionären Städteordnung vom 30. Mai 1853 dem Könige nur als „Strafmaßregel" das Recht giebt, auf Antrag des Staatsministeriums die Auflösung einer Stadtverordnetenversammlung zu verordnen. Zu einer Strafmaßregel sei aber keinerlei Anlaß, da die Mehrheit der bestehenden Stadtverordnetenversammlung von Berlin, obwohl der entschieden liberalen Partei angehörend, stets „Loyalität und Eifer, die Wohlfahrt der Bürgerschaft zu fördern, große gemeinnützige Unternehmungen zu gründen, die Hauptstadt des Reiches zu verschönern", gezeigt hat; wie das Kaiser Wilhelm I. immer anerkannt habe. Es half das indes nichts. Fürst Bismarck glaubte, der günstige Augenblick zum „Sturme auf das rothe Haus" sei gekommen, und so erklärte Puttkamer mit der souveränen Gesetzesverachtung, die er auch sonst erwiesen hat: der König könne die Stadtverordneten-Versammlung auflösen, wenn er wolle. — Freilich machte dann die Neuwahl diese Hoffnungen zu nichte, da sie in ganz überwiegendem Maße zu Gunsten des Liberalismus ausfiel. Dessen Antwort war eine glänzend schöpferische und unermüdliche Thätigkeit für die Entwickelung des Berliner Gemeinwesens!

Glücklicher war Forckenbeck in seinem, auf die bestehenden Gesetze und Reglements gestützten Kampfe gegen die Uebergriffe des Polizeipräsidiums. Er erzwang im Jahre 1883 selbst von Puttkamer die Anerkennung, daß die straßenpolizeilichen Anordnungen des Polizeipräsidiums ihm zur Bestätigung vorgelegt werden müßten[2]).

[1]) Ms. Brief an Bürgermeister K. vom 30. Okt. 1890.

[2]) Ueber diese Dinge sehe man die trefflichen, von Bürgermeister Duncker verfaßten „Berichte der Gemeinde-Verwaltung der Stadt Berlin, 1877—81 und 1882—88", sowie L. Rowe, Die Gemeindefinanzen von Berlin und Paris (Jena 1893).

Einen noch größeren Erfolg erlangten Forckenbeck und die ſtädtiſche Verwaltung in demſelben Jahre. Nach langen vergeblichen Petitionen ſetzten ſie es durch, daß die Aufſicht über die ſtädtiſche Verwaltung Berlins durch die Geſetze vom 30. Juli und 1. Auguſt 1883 einer zum größten Theile aus freigewählten Nichtbeamten zuſammengeſetzten Behörde, dem Bezirksausſchuſſe, überwieſen wurde. Seitdem können Beſchlüſſe der ſtädtiſchen Behörden nicht mehr durch bloße Regierungsverfügungen, ſondern nur im Verwaltungsſtreitverfahren aufgehoben werden, können andrerſeits Bürger gegen Beſchlüſſe der Gemeindebehörden bei dem Bezirksausſchuß vorſtellig werden. Es blieben freilich noch genug Anomalien zum Schaden Berlins, da deſſen Bezirksausſchuß nicht alle die Aufſichtsrechte erhielt, wie die Bezirks- und Provinzialausſchüſſe der ganzen übrigen Monarchie; aber es war doch hier ein weſentlicher und erfreulicher Fortſchritt gemacht.

Der zweiten damals herrſchenden Gewalt gegenüber, der Kirche, bewies Forckenbeck ſtets, bei allem perſönlichen Freiſinn, Achtung und Bewahrung der ihr zukommenden Rechte. Er hat mit der katholiſchen Kirche nie gebrochen. Trotz des Zuredens von verſchiedenen Seiten, auch von der Leopold Rankes, nahm er an dem Gottesdienſte bei der von der Stadt 1883 veranſtalteten Jubelfeier Luthers keinen Antheil. Kaiſer Wilhelm I., dem das mitgetheilt wurde, billigte es durchaus und ließ ihm ſolches auch ſagen. Wie wenig er die ſchnöde Behandlung, die die katholiſche Geiſtlichkeit ihm nach ſeinem Tode zu Theil werden ließ, um die Kirche verdient hatte, beweiſt das Schreiben, das der fürſtbiſchöfliche Delegirte und Probſt zu St. Hedwig in Berlin, Dr. Jahnel, wenige Monate vor jenem Ereigniſſe — am 21. Oktober 1891 — zu ſeinem ſiebzigſten Geburtstage an ihn gerichtet hatte:

„Morgen dürften Sie vielleicht einige Augenblicke Zeit erübrigen, um bei dieſem feſtlichen und ſeltenen Anlaß den Dank für das Wohlwollen entgegen zu nehmen, welches Sie, Herr Oberbürgermeiſter, gegen die Katholiken Berlins jeder Zeit während Ihrer geſegneten Amtsthätigkeit bewährt und bewieſen haben. Ew. Hochwohlgeb. wollen geſtatten, daß ich ſowohl

im Namen der Berliner Katholiken überhaupt, als in meinem Namen insbesondere mit diesem ergebensten und verbindlichsten Dank die innigsten und aufrichtigsten Glücks- und Segenswünsche für ein noch recht langes Wirken und Schaffen für das Wohl der Stadt Berlin und ihrer Bewohner verknüpfe. Möge der liebe Gott die Bitten und Gebete, die heute für Ihr stetes Wohlergehen zum Himmel emporsteigen, gnädigst erhören!"

Allerdings in höherm Grade, als der Kirche, war wie in Breslau so auch in Berlin dem Schulwesen die lebhafte Theilnahme Forckenbecks gewidmet. Er arbeitete, besonders mit Ludwig Löwe, Stadtrath Borchardt und Stadt-Schulrath Bertram zusammen, an einer gründlichen Reform der Berliner städtischen Schuleinrichtungen. In allen Stadtvierteln entstanden neue praktische, helle und gesunde, aber durchaus einfache Schulhäuser. Während für Schulbauten im Finanzjahr 1881/82 anderthalb Millionen ausgegeben wurden, kosteten solche $3^1/_3$ Millionen im Jahre 1890/91. Im Ganzen sind während der sechs Jahre 1882 bis 1888 nicht weniger als $12^3/_4$ Millionen für Schulbauten verwandt worden. Die Aufgabe der Volksbildung erfüllte unter Forckenbecks Leitung die Stadt in einer die gesetzlichen Verpflichtungen weit übersteigenden Weise, wie das die Aufsichtsbehörde selber anerkannte. Das Schulgeld wurde der überwiegenden Mehrzahl der Volksschüler von der Stadt erlassen — 1888 zahlten von 198000 nur 36000, also $^2/_{11}$, Schulgeld — eine im besten Sinne demokratische Maßregel. Die Stadt gab schon 1888/89 für ihre dreitausend Elementarklassen 7 689 000 Mark aus. Im letzten Verwaltungsjahre Forckenbecks war die Ausgabe für die gesammte Unterrichtsverwaltung Berlins auf 11 085 000 Mark gestiegen — mehr als das ganze Budget eines Mittelstaates[1])!

Forckenbeck hat sich ganz besonders um die praktische, sachmäßige Bildung des kleinen Bürgerstandes bemüht, um

[1]) Für letztere, sowie für manche andere Angaben: R. Böckh, Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin.

dieſen auf eine geiſtig und techniſch höhere Stufe zu erheben. Deshalb betrieb er eifrig die Errichtung von Real-, Bürger- und Fortbildungsſchulen und wußte die Mittel dafür zu beſchaffen. Die höheren Bürgerſchulen wurden ſeit 1884 eingeführt; Ende 1888 beſtanden fünf ſolcher Schulen mit 1314 Zöglingen. Daneben wurde aber der eigentlich höhere Unterricht keineswegs vernachläſſigt. Innerhalb jener Zeit wurden zahlreiche neue ſtädtiſche Gymnaſien und Realgymnaſien, ſowie Oberrealſchulen angelegt. Der höhere Knabenunterricht koſtete allein der Stadt jährlich 1 288 000 Mark, dagegen blieb die Fürſorge für den höheren Mädchenunterricht leider zurück, indem man dieſen zum überwiegenden Theil der Privatſpekulation anheimgab: eine ſchwer begreifliche Unterlaſſungsſünde, ſo Gutes einzelne dieſer Privat-Töchterſchulen auch wirken.

Es entſpricht lediglich dem religiöſen, aber nicht konfeſſionellen, dem durchaus gerechten Geiſte Forckenbecks, wenn er veranlaßte, daß auf den ſtädtiſchen Schulen ein geordneter nicht nur katholiſcher, ſondern auch israelitiſcher Religionsunterricht eingeführt wurde.

Wie menſchenfreundlich die Stadt damals für die trefflich organiſirte Armenpflege ſorgte, iſt daraus erſichtlich, daß unter Forckenbecks Verwaltung die entſprechenden jährlichen Ausgaben von nicht ganz 6 auf $8^1/_2$ Millionen ſtiegen.

Aber nicht allein Bildung und Barmherzigkeit, auch die Kunſt fand bei dem ſtädtiſchen Oberhaupte immer bereite Pflege und Sorgfalt. Für die große Jubiläums-Kunſtausſtellung 1886 ließ er die Stadt 100 000 Mark beitragen. Zum Leſſingdenkmal, zu dem großartig angelegten Lutherdenkmal gab die Stadt bedeutende Zuſchüſſe. Der Stolz und die Freude des Oberbürgermeiſters aber war der Schloßbrunnen. Außer dem Bildhauer wurde dann auch der Maler bedacht. Den hervorragenden Künſtlern Mühlenbruch, Vogel, Simmler und Bleibtreu war die künſtleriſche Ausſchmückung der Innenräume des Rathhauſes übertragen.

Es entſprach ſo recht der innigen Verehrung Forckenbecks für das Andenken des edlen, unglücklichen Kaiſers

Friedrich, wenn er veranlaßte, daß in Hinblick auf das lebendige Interesse, das jener Fürst schon als Kronprinz allen die Wohlfahrt und Schönheit Berlins fördernden Unternehmungen zugewandt hatte, die städtischen Behörden die Errichtung eines Kaiser-Friedrich-Denkmals beschlossen. Indessen der regierende Kaiser behielt sich, unter freundlichem Dank an die städtischen Behörden, die Aufstellung eines Monumentes für seinen erlauchten Vater selbst vor. Der Stadt blieb es unbenommen, ihren zu gleicher Zeit gefaßten Beschluß auszuführen: 500000 Mark einer wohlthätigen Kaiser-Friedrich-Stiftung zu widmen, was dann am 18. Oktober 1888, dem Geburtstage des theuren Verstorbenen, durch eine Adresse an dessen hohe Wittwe verwirklicht wurde.

Von künstlerischem Standpunkte wie von dem der Verkehrserleichterung war die Zerstörung mancher todter Winkel, die Durchlegung und Weiterführung zahlreicher Straßen nothwendig. Hierbei hatte Forckenbeck mit der zähen Habgier des Fiskus, die keine Gebietsabtretung an die Stadt zum öffentlichen Wohle anders als gegen ungeheuerliche Entschädigungsansprüche gewähren wollte, manchen harten Strauß zu bestehen. Allein schließlich führten die Unterhandlungen, geschickt und zielbewußt geleitet, fast immer zum gewünschten Ende. Eine Menge kleinstädtischer Ueberbleisel verschwanden, und sämmtliche Neuerungen bewährten sich selbst für den Säckel der Stadt als wohlthätig, indem Häuser und Pferdebahnbetrieb schnell an den neueröffneten Verkehrswegen entstanden. In den sieben Jahren nach 1881/82 kosteten diese wichtigen Veränderungen insgesammt nur $9^{3}/_{4}$ Millionen: ein Beweis, mit welcher Umsicht, Selbstbeschränkung und strengen Sparsamkeit Forckenbeck und seine Verwaltung auf einem Gebiete verfuhren, das in anderen Hauptstädten zum Tummelplatz wüster Spekulationen und niedrigster Gewinnsucht aller Betheiligten geworden war.

Neben der sorgfältigen Reinigung und sommerlichen Besprengung des Berliner Straßennetzes, die bekanntlich geradezu mustergiltig in Europa sind, war die gärtnerische Ausschmückung der Plätze und Straßen eine Hauptsorge der

Forckenbeckschen Verwaltung. Hier blieb fast noch alles für eine Stadt zu thun, die man zehn Jahre vor der Ernennung Forckenbecks zum Oberbürgermeister mit den Worten: Steine und Rinnsteine, nur allzu treffend charakterisirt hatte. Der Beginn der Forckenbeckschen Verwaltung bezeichnet hier den Anfang völliger Umgestaltung. Zahlreiche Straßen und Plätze wurden mit Bäumen bepflanzt, neue Straßen zumeist mit Baumreihen angelegt, die ihnen einen ästhetischen Anblick sowie in des Sommers Hitze und Ausdünstungen Schatten und vegetabilische Luft verschafften. Der Pariser Platz erhielt seine schöne gärtnerische Ausstattung. Dann erlaubte gerade die Gründung von Markthallen, nach schweren Kämpfen, die Bepflanzung und gärtnerische Verzierung der bisher von den Wochenmärkten beanspruchten Plätze, wie des Dönhoffs-, Alexander-, Andreas-, Wörther, Dennewitzer und Lausitzer Platzes, des Gensdarmen- und Neuen Marktes. Diese Aufzählung beweist schon, daß die Sorgfalt der städtischen Behörde für Verschönerung und Gesundung der Stadt sich durchaus nicht vorzugsweise auf die Viertel der Reichen, sondern gerade auch auf die ärmeren Quartiere richtete. So übernahm sie in dem großen Fabrikenviertel Moabit vom Fiskus den Kleinen Thiergarten, den sie beträchtlich verbesserte. Im äußersten Süden wurde 1886 die Anlage des Viktoriaparkes am Kreuzberge beschlossen. Auch hier gab es langwierige Verhandlungen mit dem Fiskus, dem ein großer Theil des betreffenden Grund und Bodens gehörte. Trotzdem konnte die Herstellung des schönen Parkes mit seinem prächtigen Wasserfalle 1888 begonnen und schon 1891 vollendet werden. Die aufgelassenen Kirchhöfe im Innern der Stadt kaufte man an und wandelte sie in kleine Erholungsparke um. Dort wie in anderen Parken und auf den Schmuckplätzen wurden Spielplätze für die Jugend eingerichtet. Kurz, wenn Berlin jetzt eine der gesündesten und schönsten Städte Europas ist, so verdankt man das zum großen Theile der eifrigen und beharrlichen Forckenbeckschen Verwaltung.

Einer der dringendsten Wünsche des Oberbürgermeisters war, die Stadt mit dem hellen, schönen reinen und nicht-

heizenden elektrischen Lichte zu versehen. Die Beschaffung dieser Erleuchtungsquelle auf städtische Kosten und in städtischen Betrieb zu übernehmen, davor schreckte Forckenbecks vorsichtiger Geist zurück, der ohnedies grundsätzlich gewerbliche Unternehmungen lieber der Privatindustrie überließ. Es war dazu ein gewaltiges Kapital nothwendig, und das Risiko für die Stadt wäre um so größer gewesen, als die Elektrotechnik unaufhörlich Fortschritte machte, also immer neue und veränderte Einrichtungen forderte. Er zog es deshalb vor, die elektrische Beleuchtung auf andere Weise finanziell der Stadt nutzbar zu machen, indem er der Privatindustrie die Abtretung eines bedeutenden Theiles ihres eventuellen Reinertrages auferlegte. Aus diesen Gesichtspunkten gingen die Verträge mit der Deutschen Edison-Gesellschaft, deren Nachfolger die Berliner Elektrizitätswerke wurden, vom Februar 1884 und August 1888 hervor: sie mußten für Benutzung der Straßen zur Kabellegung zehn Prozent von der Brutto-Einnahme zahlen und, wenn der Reinertrag über sechs Prozent stieg, noch fünfundzwanzig Prozent von dieser Mehreinnahme. Die elektrische Beleuchtung wurde übrigens auch für einige der hauptsächlichsten Straßenzüge der Stadt selbst von dieser eingeführt.

Auch auf diesem Verwaltungsgebiete herrschte, bei aller Freigebigkeit, soweit das öffentliche Interesse solche forderte, strengste und gewissenhafteste Sparsamkeit. Während die Straßenfläche in Paris gerade doppelt so groß ist, wie die Berlins, kostete die nicht splendidere Straßenbeleuchtung der französischen Hauptstadt 1891 zweiundeindrittelmal so viel, wie die der preußischen Residenz.

Die Ausdehnung der Stadt, die immer beträchtlichern Entfernungen innerhalb des bebauten Weichbildes erforderten gebieterisch ein schnelles, bequemes und billiges Beförderungsmittel für die minder begüterten Schichten der Bevölkerung zur Zeit- und Kräfteersparung Forckenbeck erkannte solches in dem Pferdebahnwesen, das damals in Berlin nur in dürftigen Anfängen vorhanden war. Die Entwickelung desselben hielt er für eine seiner hauptsächlichsten Aufgaben und hat

sich infolge dessen ernstlich und mit nie ermüdendem Eifer darum bemüht[1]). Auch hier wollte er nichts von einem sozialistischen Betriebe durch die Stadt wissen, sondern die Privatinitiative benutzen, um sie im städtischen Interesse zu leiten und für den Stadthaushalt nutzbar zu machen — gerade wie bei der elektrischen Beleuchtung. Von diesen Grundsätzen gingen die Verträge der Stadt mit der Großen Berliner Pferdebahn-Aktiengesellschaft vom Juli und August 1880 aus. Für die Konzession bis zum Jahre 1909 mußte sie eine beträchtliche, mit der Einnahme progressive Abgabe zahlen, die bei einem jährlichen Bruttoertrage von 15 Millionen bis auf acht Prozent desselben stieg. Ein Monopol erhielt dabei die Gesellschaft nur für die ihr bewilligten und noch zu bewilligenden Strecken. Jedermann weiß, daß unter dem Zusammenwirken der Stadt und dieser Gesellschaft Berlin das ausgedehnteste und am zweckmäßigsten angelegte Straßenbahnnetz sämmtlicher europäischer Hauptstädte erhalten hat.

Hauptsächlich von Eberty angeregt, wandte Forckenbeck ferner sein Augenmerk auf eine für die Wohlfahrt der Bevölkerung höchst wichtige, aber sehr komplizirte und schwierige Angelegenheit: die Gründung öffentlicher Schlachthäuser, Einführung des Schlachtzwanges in denselben, Errichtung eines zentralisirten Marktes für alle Gattungen von Schlachtvieh; damit verbunden, Ersatz der unter freiem Himmel stattfindenden Wochenmärkte durch zweckmäßig im Stadtgebiete vertheilte Markthallen. Er überzeugte sich, daß das eine Aufgabe sei, deren Lösung für große Bevölkerungs- und Kulturzentren unabweisbar ist. Besonders nothwendig waren solche Einrichtungen zur strengen Kontrole aller Nahrungs- und Genußmittel durch sachverständige öffentliche Beamte.

Allein die Durchführung dieser Absichten war nur um den Preis harter Kämpfe zu erreichen — von den technischen Schwierigkeiten ganz abgesehen. Der im Jahre 1872 ge-

[1]) Die Kenntniß dieser Thatsache verdanke ich den freundlichen Mittheilungen mehrerer älterer Herren Stadträthe und Stadtverordneten, die mir auch sonst viele schätzenswerthe Aufklärungen über Forckenbecks Berliner Thätigkeit gütigst ertheilt haben.

machte Verſuch der Herſtellung einer Markthalle war geſcheitert. Die hundertjährigen Ueberlieferungen der kleingewerblichen Bevölkerung Berlins ſetzten ſich gegen die große Neuerung entſchieden zur Wehr. Es beſtand ſchon ein privater, von Dr. Strauberg begründeter Viehhof mit Schlachthäuſern im Norden Berlins, den 23 große Berliner Vieh-Kommiſſionshandlungen bis zum Jahre 1881 gemiethet hatten. Sie beherrſchten von hier aus faſt den geſammten Viehhandel Berlins, der ſich um ſo wichtiger und einträglicher geſtaltete, als ſich Berlin zum bedeutendſten Viehhandelsplatz Mitteleuropas aufgeſchwungen hatte und hierin einen gewaltigen internationalen wie lokalen Verkehr beſaß. Einen Zwang konnte dieſer private Viehhof ſelbſtverſtändlich nicht ausüben, und ſo ſchlachteten zahlreiche Fleiſcher noch ganz unkontrollirt im eigenen Hauſe: gerade das, was Forckenbeck und Eberty zu beſeitigen ſuchten. Aber alle die privaten Intereſſen bekämpften leidenſchaftlich das Projekt ſtädtiſcher Einrichtungen auf dieſem Gebiete. Indem ſie über Zerſtörung vollberechtigter individueller Rechte und Kapitalien klagten, wußten ſie ſich die Unterſtützung vieler Stadträthe und Stadtverordneten zu ſichern, die namentlich gegen Eberty die heftigſten Angriffe richteten. Der Oberbürgermeiſter indes ſtand ſeinem Freunde und Berather treu zur Seite, und ſchließlich fochten ſie es durch.

Da langjährige, immer wiederholte Verhandlungen mit der Viehhofs-Aktiengeſellſchaft und den Viehkommiſſionären an deren ungeheuerlichen Forderungen ſcheiterten, ging die Stadt ohne Rückſicht auf ſie vor. Sie nahm eine Anleihe von 55 Millionen auf und legte bis zum 1. März 1881 Viehhof und Schlachthäuſer an, die freilich alsbald noch erweitert werden mußten. Nun hatten ſich die Aktionäre und Kommiſſionäre zu fügen; gegen billige Entſchädigung verzichteten ſie auf die bisherigen Verträge, und am 1. März 1881 ſiedelten die geſammten Handlungen nach dem ſtädtiſchen Viehhof über.

Allein noch war der Kampf um Sicherung geſunden Fleiſches für die Berliner Bevölkerung nicht abgeſchloſſen;

Forckenbeck und Eberty führten ihn entschlossen weiter. Den Schlachtzwang innerhalb des eigenen Weichbildes konnte die Stadt wohl auferlegen, jenseits ihrer Grenzen übte sie keine Gewalt. Nun hatten sich viele Schlächter in den unmittelbar angrenzenden Vororten niedergelassen, um dem Schlachtzwange zu entgehen, und verkauften ihr oft schlechtes und krankes Fleisch billiger als die in der eigentlichen Stadt wohnenden Genossen. Der Magistrat suchte das durch gesetzliche Maßregeln zu verhindern. Obwohl auch hier die privaten Interessen heftigen Widerstand leisteten, drang er doch endlich mit seinen Petitionen an den Landtag durch, die von vielen anderen Städten sowie Vereinen für die öffentliche Gesundheitspflege unterstützt wurden. Am 9. März 1881 erging das Gesetz, das in Städten, die mit kommunalen Schlachthäusern versehen waren, nur dort geschlachtetes Fleisch zu verkaufen gestattete.

Nunmehr konnte die Berliner Verwaltung mit der Einrichtung genauester und zuverlässigster Kontrole über das lebende und getödtete Vieh auf seinen Anstalten vorgehen. Uebrigens wurden sehr niedrige Schlachthausgebühren eingerichtet, um das Fleisch nicht zu vertheuern: während z. B. der Schlächter in Paris für jedes getödtete Rind 4,40 Mark Gebühren entrichten muß, zahlte der Berliner nur eine Mark! Doch jetzt entspann sich ein dritter Krieg: das Polizeipräsidium verlangte seinerseits das Recht, die städtischen Veterinärbeamten zu beaufsichtigen. Das war aber eine Frage kommunaler Unabhängigkeit, und hier verwarf Forckenbeck grundsätzlich jedes Nachgeben. „Das Gemeindeschlachthaus und die Gemeinde-Fleischbesichtigung," schreibt er an Eberty, „ist unsere gemeindepolizeiliche Institution, und ein doppelter Organismus in demselben ist gesetzlich unzulässig und geradezu auch bei einem Gedeihen der Anstalt unmöglich. Innerhalb des Schlachthauses darf nur unser Ober-Thierarzt herrschen. Direktes Einschreiten der (staatlichen) Veterinärpolizei ist deshalb unzulässig."

Schließlich wurde der Streit dahin entschieden, daß das Polizeipräsidium das Bestätigungsrecht für das thierärztliche

Personal des Viehhofes erhielt, aber mit eigenen Beamten nicht in des letzteren Angelegenheiten eingreifen durfte: ein Ergebniß, das freilich Forckenbecks kommunalen Unabhängigkeitssinn nur theilweise befriedigte.

Kaum mindere Mühe verursachte die Anlage der städtischen Markthallen, deren Bedeutung nicht allein in dem Schutze gegen Unbill der Witterung sondern auch darin bestand, daß sie die Bildung eines Marktpreises und damit die Anregung eines über die lokalen Interessen hinausgehenden Verkehrs ermöglichten: wie sie denn thatsächlich Berlin zu einem hochwichtigen Stapelplatze für den Verkehr mit Lebensmitteln gemacht haben. Die Existenz der Stadtbahn bot die Möglichkeit, die Eisenbahn überhaupt für die Markthallen nützlich zu machen. Aber welche Hindernisse bereiteten auch hier wieder der Eisenbahnminister, das Polizeipräsidium mit seinen diktatorischen Anforderungen und Herrschergelüsten, die Grundbesitzer und die von dem Kleinhandel aufgestachelten Stadtverordneten! Es gehörte der ganze lebendige Eifer Eberty's, die ganze Willensfestigkeit und Autorität des Oberbürgermeisters dazu, aller dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Endlich wurde der generelle Plan zur Anlage von Markthallen für die ganze Stadt im Juni 1881 von der Stadtverordneten-Versammlung gebilligt. Für den Preis von 8½ Millionen wurde der Grund für acht Markthallen erworben, deren Bau etwas über 8 Millionen kostete. Sie waren sehr praktisch, luftig und hell angelegt, auch architektonisch anmuthend, trotz möglichster Billigkeitsrücksichten. Die Benutzung wurde im Sinne thunlichster Freiheit geordnet. Aber auch hier mußte die Stadt ihre Rechte als Besitzerin theilweise der staatlichen Marktpolizei unterordnen. Alle die Kämpfe, Studien, Mühen, Aergernisse wurden wenigstens dadurch belohnt, daß der Markthallenverkehr sich sofort in einem Umfange entwickelte, der alle Befürchtungen Lügen strafte, die kühnsten Hoffnungen übertraf. Zumal in der Zentral-Markthalle am Alexanderplatz entfaltete sich neben dem lebhaftesten Kleinhandel ein riesenhafter Großhandel; besonders nachdem es durch den Vertrag vom 1. Mai 1887 gelungen war, die kleinlichen und kostspieligen

Formalitäten zu beseitigen, die die Eisenbahnverwaltung im Beginne erzwungen hatte. Seitdem ist Berlin erst eines der wichtigsten Emporien für den Handel mit Lebensmitteln geworden. In dieser Zentralhalle hat sich bis zum Jahre 1887/88 der Verkehr schon von den anfänglichen vier Millionen Kilogramm Einfuhr und nur 54 000 Kilo Ausfuhr auf 12 Millionen Einfuhr und 2¼ Millionen Kilo Ausfuhr gehoben: letztere Ziffer bedeutet eben den Fernverkehr der Markthalle. Die finanziellen Ergebnisse waren dabei für die Stadt so günstig, daß das Standgeld bedeutend herabgesetzt werden konnte.

Wenn Berlin jetzt gesunde, reichliche und verhältnißmäßig billige Nahrungsmittel besitzt, wenn es seinen Großverkehr in solchen gewaltig gesteigert hat, so verdankt es das in erster Linie dem geistvollen, eifrigen und ausdauernden Bemühen Forckenbecks und Ebertys.

Dem Verkehre Berlins sollte auch ein anderer Plan dienen, dessen wärmster Förderer Forckenbeck war: nämlich die Spree in ihrem Hauptarme zwischen Mühlendamm und Kupfergraben zu reguliren und ihre Sohle innerhalb der Stadt tiefer zu legen, um so größeren Schiffen den Verkehr auf dem Flusse zu gestatten. Nur seinen Bemühungen ist es zuzuschreiben, daß zwischen der Staatsregierung und der Stadt ein Vertrag geschlossen wurde, durch den jene 3 400 000, diese drei Millionen Mark zu dem wichtigen Werk beizutragen versprachen. Die Stadt aber erneuerte, um den Flußverkehr zu erleichtern, nicht weniger als fünf der alten, allzu flachen Brücken, und zwar in einer, der Großstadt würdigen architekturalen Form und Beschaffenheit, mit einem weitern Kostenaufwande von 3½ Millionen[1]).

Der gesunden Ernährung der Bürger aber war die Anlage der großen städtischen Wasserwerke am Müggelsee, im Jahre 1888, gewidmet, da die Werke am Stralauer und Tegeler See dem Bedarfe an Trink- und Kochwasser nicht mehr genügten. Zugleich wurden in Tegel 83 Filter zur

[1]) „Nord und Süd", Bd. 58 (1891), S. 194 f.

Reinigung des Wassers und besonders zur Fernhaltung der Algen angebracht. Die Kosten dieser bedeutenden Arbeit betrugen nicht weniger als zwanzig Millionen[1]).

Trotz der großen Unternehmungen zum allgemeinen Besten wurden unter Forckenbeck die städtischen Finanzen Berlins mit größtmöglicher Sparsamkeit verwaltet. Während in Paris auf den Kopf der städtischen Bevölkerung kommunale Steuern in Höhe von 62 Mark 10 Pfennigen kamen, betrugen sie in Berlin nur 25 Mark 27 Pfennige, also noch nicht die Hälfte. In Berlin waren aber auch von 275½ Millionen Mark städtischer Schulden 213 Millionen nutzbar angelegt, so daß sie ihre Verzinsung und Amortisation selber einbrachten. Wirkliche Schulden blieben nur 62½ Millionen, so daß von der Stadtgemeinde an Zinsen und Amortisation jährlich nicht mehr als 2 100 000 Mark zu zahlen waren. In Paris dagegen betrug 1891 die jährliche Ausgabe für die Schuld 71 150 000 Mark, mehr als das Dreißigfache! Und doch war in Paris bei weitem nicht so viel Neues zu schaffen, wie bei den veralteten Einrichtungen der preußischen Hauptstadt und bei deren plötzlicher und riesiger Ausdehnung. Ein besseres Zeugniß kann es für die umsichtige und sparsame Verwaltung der Reichshauptstadt zu Forckenbecks Zeit nicht geben.

Die außerordentlichen Verdienste, die sich Forckenbeck um das Wohl der Stadt erworben, fanden in ihr allgemeine und freudige Anerkennung. Als die zwölf Jahre, für die er zunächst zum Oberbürgermeister erkoren war, sich 1890 ihrem Ende nahten, empfahl der Ausschuß der Stadtverordneten einstimmig seine Wiederwahl, die auch vom Plenum der Versammlung am 25. Februar mit 85 gegen 2 Voten, also so gut wie einstimmig, vollzogen wurde. Sämmtliche Parteien einigten sich auf den trefflichen Mann, der alle Kraft seines Alters, alle Fähigkeiten seines Geistes, alle Vorzüge seines reinen Charakters in den Dienst des großen Gemeinwesens gestellt hatte. Wir wissen, daß und weshalb erst nach langem

[1]) Verwaltungsbericht des Polizeipräsidiums von Berlin 1881—91 (Berlin 1892), S. 156.

Zögern die königliche Bestätigung erfolgte. Man fühlte aber die Nothwendigkeit, vor dem Verdikte der öffentlichen Meinung den Aufschub mit dem Vorwande zu entschuldigen, die Bestätigung habe erst nach dem thatsächlichen Ablaufe der ersten Wahlperiode eintreten können.

Der Geist, in dem Forckenbeck die Verwaltung Berlins leitete, kann nicht besser bezeichnet werden, als durch seine Worte Leopold von Ranke gegenüber, als er am 8. August 1885 dem berühmten Historiker den Ehrenbürgerbrief der Hauptstadt überreichte und dieser ihn zu zweistündigem Gespräche zurückbehielt:

„Die städtische Gesetzgebung erfordert die Umsicht eines Steuermannes; man muß die Maßregeln nach der jedesmaligen Lage abwägen. Das Unterrichtswesen der Hauptstadt ist überaus umfassend und kostspielig. Würde man aber die Stadt fragen, ob sie dessen entledigt zu sein wünschte, so würde die Antwort verneinend ausfallen. Die Bürger fühlen sich selbständig und wollen es bleiben."

XXV.

Forckenbecks letzte Lebensjahre.

In Jugend und Mannesalter war Max von Forckenbeck ein heiterer, froher Mensch, ein Freund der Geselligkeit gewesen, nicht nur im Kreise weniger guter Bekannten, sondern auch in der Gastlichkeit größeren und feineren Stiles, wo er alle Welt durch seinen herzlichen Humor zu erfreuen und hinzureißen pflegte. Im Gedächtniß derjenigen aber, die ihn als Greis in Berlin gekannt haben, lebt er fort als ein schwerfälliger, langsamer Mann, der wohl ein gutes Glas Wein nicht scheute, aber im Ganzen abgeschlossen für sich blieb, und dessen Interesse so gut wie allein auf seine städtischen Angelegenheiten gerichtet war.

Sein Leben war ein sehr beschäftigtes. Ein Frühaufsteher war er nie gewesen und wurde es auch in seinem Alter nicht. Um neun Uhr erhob er sich und sah kurz die eingegangenen Briefe durch, um dann in Muße zu frühstücken und bei der Zigarre die Zeitung zu lesen. Während dieser Zeit war er unnahbar für jeden, mit Ausnahme der etwa zum Besuch anwesenden Enkel, die das Vorrecht hatten, ihn zu jeder Stunde zu stören, und mit denen zu scherzen er stets einige Minuten erübrigte. Nach dem Frühstück wurde noch etwas gearbeitet, um elf Uhr auf das Rathhaus gefahren. Dort verblieb er bis fünf Uhr, häufig noch länger, ohne etwas zu genießen. Erst in den letzten Jahren nöthigte ihn der Arzt, eine halbe Semmel und ein Glas Rothwein als zweites Frühstück zu sich zu nehmen; auch daran mußte

ihn meist der Magistratsdiener mahnen. Das Mittagessen, oft verspätet, erfolgte dann hastig, und der Gedanke an seine Arbeiten und Aufgaben beschäftigte ihn dabei noch so völlig, daß er kaum merkte, was er aß. Eine Tasse Kaffee und die Lektüre der Abendzeitung folgte, wobei er sich sehr ungern stören ließ, aber wünschte, daß er die Stimme der sich laut unterhaltenden Familienmitglieder hörte. Ein kurzer Schlaf gab die Kraft zu neuer Arbeit, die, durch das kalte Abendbrot und einen Teller Suppe unterbrochen, oft bis spät in die Nacht dauerte. Lag keine wichtige Aufgabe vor, so blieb er nach dem Abendbrote, um zehn Uhr, im Familienkreise und freute sich, wenn seine Töchter ihm etwas sangen oder auf dem Klavier vorspielten. Hier hegte er, wie so zahlreiche Vieldenker, eine ausgesprochene Vorliebe für Beethoven, hatte sich indes auch mit Wagner ausgesöhnt. Ueberhaupt kehrte er in seinem Alter wieder zu dem Interesse an der Musik zurück, das ihm seine geliebte Gattin eingeflößt, das er aber unter den Aufregungen des politischen Lebens in den Hintergrund gedrängt hatte. Soweit es ihm seine Zeit erlaubte, folgte er den Bilseschen Konzerten, dann auch den Symphoniekonzerten in der Philharmonie. Zur litterarischen Erholung aber diente dem Vielbeschäftigten meist nur leichte Lektüre oder, selten genug, ein Theaterbesuch.

Auch am Sonntag wurde gearbeitet, aber doch Zeit zu einem Spaziergange oder zu einer Spazierfahrt im Thiergarten oder nach dem Grunewalde gewonnen. Die lebhafte Freude an der Natur hat sich Forckenbeck bis in sein höchstes Alter bewahrt. Der Sonntag-Abend brachte ihm das Vergnügen einer Partie Whist oder Schach.

Außer seiner engsten Familie stand Forckenbeck der seines Schwagers von Wildowski sehr nahe, in dessen Hause er gern eine Mußestunde zubrachte. So verschieden beide Männer an Charakter, Anschauungen und Beruf waren, es verband sie durch 34 Jahre eine wahrhaft brüderliche Freundschaft, bis Wildowski 1889 im Tode voranging. Der verwittweten Schwägerin blieb Forckenbeck dann in innigster Zuneigung bis zum eigenen Ende ergeben. Er war eben ein aufrichtiger und treuer Mensch, voll Güte und Herzensreinheit.

Sein lebhafter Wunsch war, seine Töchter an Juristen, wie er selber einer war, zu vermählen. Da aber die jungen Damen geselliges Leben größern Stils nicht im eigenen Hause, sondern nur in der weiteren Familie fanden, so verkehrten sie fast nur in Offizierskreisen. Die Folge davon war, daß sie alle Offiziere heiratheten. An einem und demselben Tage — 28. September 1880 — vermählten sich Klara von Forckenbeck mit dem Hauptmann Heinrich Freiherrn von Gablenz und Marie mit dem Artillerielieutenant Ernst Bothe. Die letzte, um mehrere Jahre jüngere Tochter Anna wurde am 15. Dezember 1885 mit dem Artillerielieutenant Konstantin von Bentheim verbunden. Der Sohn — Franz — folgte dem juristischen Berufe des Vaters; er hat erst nach dessen Tode die Lebensgefährtin gefunden, in Fräulein Lisbeth Hagens, der Tochter eines alten treuen Freundes seines Vaters, des Oberlandes-Gerichtspräsidenten Hagens in Frankfurt am Main, die Max von Forckenbeck schon als liebliches Kind gesehen und als solches in einem Briefe an seine Gattin mit herzlicher Zuneigung geschildert hatte.

Die Gatten der beiden jüngeren Töchter waren gläubige Katholiken, und auch die politischen und sozialen Anschauungen der Schwiegersöhne wichen ihrer Berufstellung gemäß vielfach von denjenigen des Oberbürgermeisters ab. Allein dessen natürliche Duldsamkeit bewährte sich auch den Meinungsäußerungen seiner Schwiegersöhne gegenüber, mit denen ihn die denkbar innigsten Beziehungen verbanden, deren Erlebnissen und Interessen er eine wahrhaft väterliche Theilnahme schenkte, und die noch dem Dahingeschiedenen treue kindliche Liebe bewahrten. Keine größere Freude gab es für den Oberbürgermeister, als dem Haushalte der Töchter bei Feier- und Geburtstagen beträchtliche und glänzende Geschenke zu übersenden.

Das schönste Fest für Forckenbeck war stets der Besuch der Enkelkinder, denen er ein zärtlicher, fast allzu nachsichtiger Großvater war, und mit denen er selber, der ernste, von Arbeit erdrückte Greis, wie ein Kind spielte. Wie in alle Lebenserscheinungen, wußte er sich auch in die Regungen der Kindesseele mit einem aus der Tiefe seines großen und einfachen Herzens kommenden Verständniß zu versetzen.

Forckenbeck war niemals für die Anforderungen des täglichen Lebens sehr geeignet, vielmehr immer das gewesen, was man einen unpraktischen Menschen nennt. Der Gedanke, sich den kleinen Mühen und Sorgen zu unterziehen, die die Veranstaltung einer Gesellschaft erfordert, war ihm furchtbar. Deshalb verschloß er, auf seinen Wittwerstand sich berufend, sein schönes Heim in der Voßstraße 15 jeder größeren Geselligkeit. Nur am Freitag Abend pflegte er, vor seinen allerletzten Lebensjahren, einige gute Bekannte in zwangloser Weise bei sich zu sehen. Es bedurfte der Vermittelung und Mühewaltung seiner nächsten Freunde, um für ihn die nothwendigsten offiziellen Diners in einem Restaurant anzuordnen. Dagegen liebte er es, von Zeit zu Zeit bei den ihm Nahestehenden als Gast zu erscheinen und bis spät in die Nacht bei einem guten Glase Mosel- oder Rothwein zu sitzen. Nur auf Pünktlichkeit des Erscheinens mußte man nicht rechnen. „Ich bin immer, seit meinen Schuljahren, zu spät gekommen," sagte er wohl scherzend. Manche Thräne haben seine Töchter vergossen, wenn sie mit dem Vater auf einen Ball gehen sollten, und er sich ihnen erst so spät zu Gebote stellte, daß schon die Hälfte des Festes vorüber war, ehe sie anlangten.

Seine edle, offene und schöne Natur erhielt ihm auch in dem hohen Alter, das Andere egoistisch macht und in sich selbst konzentrirt, die Fähigkeit, frühere Freundschaften treu zu bewahren und neue einzugehen. Wer ihn einmal genauer kennen gelernt, wandte sich nie wieder von ihm ab. Wie gern verzieh man dieser anima candida ihre kleinen Schwächen, zum Beispiel die fast unüberwindliche Abneigung gegen das Briefschreiben! Selbst auf den konservativen, streng urtheilenden Ranke machte der Berliner Oberbürgermeister einen bleibenden und imponirenden Eindruck.

Rücksichtslosigkeit war die Saumseligkeit in der Korrespondenz nicht, sondern eine angeborene, fast unwiderstehliche Unachtsamkeit den äußeren Dingen gegenüber, die sich ja auch in der Formlosigkeit seiner Haltung und seiner Kleidung aussprach. Im Gegentheil, nichts kam seiner Freundlichkeit und Gutherzigkeit gleich. Von Temperament leicht auf-

brausend und heftig, bedauerte er solche Wallungen im nächsten Augenblicke und suchte durch verdoppelte Güte das in der Erregung angethane Unrecht wieder auszugleichen. Trat ihm Entbehrung oder gar Elend nahe, so half er, häufig bis zur äußersten Grenze des eigenen Könnens, ohne ein Wort darüber zu verlieren, und ohne daß jemand davon erfuhr. Stets war er bereit, sich dem Dienste Anderer zu widmen. Seine Güte spielte selbst seiner sonst so unverbrüchlichen und besonnenen Klugheit arge Streiche und ließ ihn in Personen Vertrauen setzen, die es gar nicht oder doch nicht genügend verdienten. Zumal städtischen Beamten und Angestellten that er mit einer Freigebigkeit wohl, die mit der Sparsamkeit für seine eigene Person in glänzendem Gegensatze stand. Viele Familien hat er vom Untergange gerettet; und dabei verfuhr er in einer Weise, die die Beschenkten nicht demüthigte, sondern nur erfreute und erhob. Ist es nicht eine Freude, einem solchen Menschen zu begegnen?

Gewinnsucht ist ihm im Alter wie in der Jugend stets fern geblieben. Seine amtliche Stellung und Kenntniß zur Anlage von Geldern zu benutzen, vermied er selbstverständlich; aber auch sonst hat er sich, inmitten der Gründerzeit und noch später im Umgange mit so vielen Finanzkreisen, jeder Art der Spekulation enthalten. Diesen Dingen war, obwohl sie an sich nicht gerade tadelnswerth, sein Gedankenkreis eben verschlossen.

Der alte Frohsinn, die alte Elastizität und Frische waren freilich seit dem Tode der Gattin und seit der gründlichen Veränderung der politischen Verhältnisse von ihm gewichen. Eine gewisse Schwere in der körperlichen und geistigen Bewegung lastete auf dem einst so frischen und entschlossenen Manne schon seit dem Ende der siebziger Jahre des Säculums. Selbst das als richtig Erkannte auszuführen, verstand er sich nur langsam. Allein die Festigkeit seines Willens und die innere Vornehmheit seiner Natur ließen darüber hinwegsehen und sicherten ihm in den meisten Fällen den endlichen Erfolg.

Wie sein kaiserlicher Freund, Friedrich III., war er sich bewußt, daß eine Zeit gekommen war, die ihn nicht verstand,

und die er nicht mehr verstehen konnte. Die große Niederlage der neu gegründeten freisinnigen Partei bei den Reichstagswahlen im Februar 1887 war eine abermalige, schmerzliche Enttäuschung. „Das eigentlich Bedeutende und Furchtbare derselben," schreibt er am 22. Februar 1887 einem Freunde, „ist nicht der Verlust von 10—20 Stimmen für uns, sondern das furchtbare Ansteigen der Sozialdemokratie und damit die Verurtheilung der gegenwärtigen Repressions- und Sozialpolitik." Nur in der Rückkehr zu gerechter und gleicher Behandlung aller Volksklassen, zu wirthschaftlicher und politischer Freiheit sah er noch drei Jahre später die Rettung gegen die „unheimliche" Ausdehnung der Sozialdemokratie. Und auf der anderen Seite das „Kartell" zwischen Nationalliberalen und Konservativen, in dem er seiner ganzen persönlichen Auffassung nach eine Kapitulation des Bürgerthums vor nicht minder gefährlichen Gegnern, als die Sozialdemokraten waren, erblicken mußte! „Die Interessen-Wirthschaft und -Politik," schreibt er noch am Ende des Jahres 1890, „die unser Bürgerthum infolge der Bismarckschen Staatskunst seit Jahren verführt hat, infizirt noch weite Kreise desselben. Ich erwarte von der gegenwärtigen Zeit nichts, hege vielmehr große Besorgnisse." In den Anschauungen des deutschen Liberalismus der dreißiger und vierziger Jahre zum Manne geworden, fühlte er sich, wie Friedrich III., veraltet und vereinsamt innerhalb eines Geschlechtes, das, unter dem Eindrucke mächtiger Siege und einer gewaltigen staatsmännischen Persönlichkeit aufgewachsen, nur die Kraft, den Zwang, den äußern Erfolg bewunderte und auf idealere Bestrebungen mit verächtlichem Lächeln herabsah; oder auch in nicht minder gewaltsamem Zerstören alles Bestehenden das Ziel erblickte. „In solchen Zeiten," schrieb er, „ist es richtig, nicht unnütz die Kräfte zu verbrauchen." Es berührte ihn tief traurig und machte ihn für die Zukunft des deutschen Volkes besorgt, daß die Menschen entweder zur Reaktion oder zur äußersten Revolution schworen, immer uniformer würden und der Originalität entbehrten. Er schrieb die Schuld daran einer verkehrten Erziehung zu,

die Alle in eine Schablone presse und, was darüber hinausgehe, herunterdrücke. Die gewaltige Umwälzung zu würdigen, die sich in den Ueberzeugungen und den äußeren Verhältnissen der Nation trotz aller Hemmnisse mit unwiderstehlicher Gewalt vollzieht, blieb ihm versagt.

Selbst der verhältnißmäßige Erfolg der Liberalen bei den Reichstagswahlen im Februar 1890, die auch ihm wieder, ohne jedes Zuthun seinerseits, das alte Mandat von Sagan-Sprottau brachten, bereitete ihm nur geringe Freude. Er wußte wohl, daß die Besserung zum großen Theile der freiern Haltung des jungen Kaisers zu verdanken war, also nicht einer inneren Gesundung des deutschen Bürgerthums. Andrerseits flößte ihm das Anwachsen der Sozialdemokratie, das Erscheinen von vier Antisemiten im Reichstage erhöhte Besorgniß für die Zukunft ein. Er sah alle die materiellen und moralischen Befürchtungen, die er einst an die Einführung hoher Zölle auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse geknüpft hatte, noch über Erwarten hinaus bestätigt. Gerade ihnen schrieb er die Zunahme der revolutionären Partei und die immer allgemeinere Unzufriedenheit des kleinen Bürger- und des Arbeiterstandes zu. So regte bei ihm in den letzten Lebensjahren nur noch diese politische Angelegenheit wirkliches Interesse an: „Bei dem Ablauf der bedeutenden Handelsverträge in den nächsten fünf Jahren werden diese ernsten Fragen wieder aktuell werden, und ich würde es sehr bedauern und für ein Unglück erachten, wenn dann die Majorität des Reichstags aus egoistischen Vertretern bereits unbillig bevorzugter großer Interessen bestände; während meiner Ueberzeugung nach nur durch die strengste Gerechtigkeit und Billigkeit die bestehende Gesellschaftsordnung vor ernsten Gefahren bewahrt werden kann.“ —

Am 21. Oktober 1881 war der sechzigste Geburtstag des Oberbürgermeisters durch ein gemeinschaftliches Mittagessen der Stadträthe im Rathhauskeller gemüthlich gefeiert worden. Der Stuhl des Oberbürgermeisters im Sessionssaale des Rathhauses war mit Rosen geschmückt. Größer, offizieller und umfassender waren die Vorbereitungen für den

siebzigsten Geburtstag, den 21. Oktober 1891, der ungefähr mit dem gleichen Feste Virchows zusammenfiel. Beider berühmter Männer Bildniß ließen die städtischen Behörden durch den großen Meister in der Portraitkunst Lenbach für das Rathhaus ausführen. Noch mehr aber im Sinne des Oberbürgermeisters war der Beschluß der Stadtverordneten, eine Forckenbeckstiftung in Höhe von 200000 Mark zu gründen, deren Zinsen zur Unterstützung bedürftiger ehemaliger städtischer Beamten und Hilfsarbeiter sowie deren Hinterbliebenen bestimmt waren, mit dem schönen und herzlichen Zusatze, daß Forckenbeck während der Dauer seiner Amtsführung allein die Verfügung über die Vertheilung der Zinsen zustehen solle. Eine volle Anerkennung der stillen Wohlthätigkeit des Oberbürgermeisters für nothleidende Angestellte der Stadt!

Am frühen Morgen des festlichen Tages trafen sehr zahlreiche Blumenspenden, Glückwunschschreiben und Telegramme ein, darunter ein überaus huldvoll gehaltenes längeres Schreiben der Kaiserin Friedrich, auch ein Telegramm vom Oberpräsidenten von Achenbach. Um neun Uhr brachte die Familie ihre Gratulation dar: Kinder, Schwiegersöhne und Enkel waren vollzählig um den theuern Jubilar versammelt. Um zehn Uhr erschienen die Vertreter der politischen Parteigenossen im Reichstage und Abgeordnetenhause: Richter, Rickert, Alexander Meyer, Horwitz und Pachnicke. Der Sprecher der Abordnung, Rickert, übergab dem Gefeierten im Namen der Freunde einen sehr kunstvoll mit Eicheln und Eichelnäpfchen gearbeiteten Eichenkranz aus massivem Golde, der die Inschrift trug: „Ihrem Führer, Freunde und Mitstreiter Dr. Max von Forckenbeck die deutsch-freisinnige Partei im Reichstage und Abgeordnetenhause.“ Der greise Oberbürgermeister antwortete mit dem Ausdrucke des Dankes und mit der Versicherung seiner Gesinnungstreue und Anhänglichkeit an die Parteigenossen. „Aber ich kann nicht umhin,“ fuhr er gemäß seiner ganzen, seit sieben Jahren bewahrten Haltung fort, „mir gegenwärtig zu halten, daß die stetig fortschreitende Entwickelung der Reichshauptstadt große Anforderungen an denjenigen stellt, der an der Spitze ihrer Ver-

waltung steht. Ich werde, da niemand zweien Herren dienen kann, mir die agitatorische Thätigkeit auf politischem Gebiete versagen müssen, ohne deshalb aufzuhören, vereint mit meinen Freunden für die gemeinsame politische Ueberzeugung zu kämpfen und zu wirken."

Nun kamen die städtischen Behörden: erst Oberbürgermeister Bender und Stadtverordneten-Vorsteher Justizrath Freund aus Breslau mit dem Entwurfe einer später ausgeführten künstlerisch schönen Adresse; dann Magistrat und Stadtverordnete von Berlin. Da das erste Portrait Forckenbecks durch Lenbach nicht den Beifall der Auftraggeber gefunden, hatte der Künstler es dem Oberbürgermeister persönlich zum Geschenke gemacht; es ist jetzt ein schönes Besitzthum des Sohnes. — Auch der Wahlkreis Sagan-Sprottau hatte an seinen Reichstagsabgeordneten Vertreter gesandt.

Der Minister des Innern, Herrfurth, ließ es sich nicht nehmen, persönlich dem Jubilar seine Wünsche und, in sehr schmeichelhaften Worten, die rühmlichste Anerkennung seiner administrativen Verdienste auszudrücken. Forckenbeck wies, mit der ihm eigenen Bescheidenheit, das gespendete Lob zurück, indem er allen Erfolg den hohen Bürgertugenden der Berliner Bevölkerung zuschrieb; er selber habe nur dafür gesorgt, die Kräfte möglichst zusammenzuhalten. Halb wehmüthig, halb scherzhaft gedachte er des Beginnes seiner kommunalen Laufbahn in Mohrungen, als er dort mit der Schaffung von sechs Petroleumlampen zur städtischen Beleuchtung seinen ersten Lorbeer verdient!

Ein Galamahl im Rathhaussaale beschloß die erhebende Feier, der am folgenden Tage durch ein großes, dem Oberbürgermeister in den glänzenden Räumen der Philharmonie von den unbesoldeten Gemeindebeamten gegebenes Fest ein würdiges Nachspiel bereitet ward.

Diese herrliche, von allgemeiner Liebe und Anerkennung zeugende Feier war der letzte, verklärende Lichtblick in Max von Forckenbecks Leben.

Schon seit dem Jahre 1879 war seine früher so kräftige Gesundheit erschüttert und öfters durch Krankheiten beeinträch-

tigt worden. Er mußte zur Herstellung seiner Gesundheit wiederholt Tarasps Heilquellen aufsuchen. Im Winter 1890 hatte dann eine bösartige Influenza den Greis arg mitgenommen und geschwächt, so daß er sich wochenlang kaum auf den Füßen zu halten vermochte. Im Dezember desselben Jahres hatte er eine schwere Erkrankung durchzumachen, die in eine Unterleibs-Entzündung überzugehen drohte, aber noch glücklicherweise gehoben wurde. Wenige Wochen später, am 23. Februar 1891, hatte ihn, als er um 5½ Uhr Nachmittags, vom Rathhaus kommend, die Ecke der Mohren- und Mauerstraße passirte — also nicht weit von seiner Wohnung in der Voßstraße — zwischen zwei schnell dahinfahrenden Wagen ein Schwindelanfall getroffen, der ihn auf das Hinterrad eines der beiden Wagen fallen ließ. Den blutüberströmt und bewußtlos Daliegenden hoben Vorübergehende auf und brachten ihn nach der nahen Feuerwache, wo die Samariter der Feuerwehr den ersten Nothverband anlegten. Außer zwei leichteren Wunden hatte er eine stark blutende, halbkreisförmige Wunde oberhalb der rechten Augenbraue davon getragen. Nach Hause überführt, mußte er genäht werden, zeigte aber bei der schmerzhaften Operation großen Gleichmuth und empfing sofort die theilnehmenden Freunde. Seine kräftige Natur bewährte sich noch einmal: er blieb fieberfrei und am 10. März präsidirte er bereits wieder der Magistratssitzung.

Allein der rauhe Winter des Jahres 1892 brachte ihm einen hartnäckigen Katarrh. Um sich von diesem zu befreien, begab er sich in der zweiten Hälfte des März nach Wiesbaden, dessen warme Luft und heiße Quellen ihm schon vier Jahre vorher gute Dienste geleistet hatten. Hier erholte er sich zusehends, besuchte einige Male seine Tochter im nahen Mainz, erfreute sich an längeren Spaziergängen und Fahrten in die freundliche Umgebung des schönen Badeortes und nahm an kleinen geselligen Vergnügungen Antheil. Geistig und körperlich erfrischt, trug er sich mit großen Plänen für die Zukunft, in kommunalen und sogar in politischen Angelegenheiten: er hoffte noch viele fruchtbringende Arbeitsjahre vor sich zu haben. Am Sonntage nach Ostern trat er in Begleitung seiner Tochter

Klara von Gablenz die Rückreise an. Auf dieser verkühlte er sich in der Bahn beim Passiren des Thüringer Waldes und klagte schon des Abends, als er in Erfurt im Gablenzschen Hause einkehrte. Der Sohn holte ihn von dort ab. Stark erkältet, aber noch froher Stimmung kam er nach Berlin. Allein hier steigerte sich, bei kalter unfreundlicher Witterung, das Leiden, so daß er nur einmal noch das Rathhaus aufsuchen konnte. Im Uebrigen erledigte der gewissenhafte Mann, der die Schwere der Erkrankung nicht ahnte, zu Hause die städtischen Arbeiten. Seine treue Schwester Julie und seine schnell herbeigeeilten drei Töchter pflegten ihn. Es war vergebens: eine Lungenentzündung entwickelte sich, und am 23. Mai trat Besinnungslosigkeit ein. Noch einmal, am 25. Mai Abends, flackerte das erlöschende Lebenslicht kräftiger auf, so daß der alte Freund und Hausarzt, Geheimrath Dr. Körte, Fräulein Julie freudestrahlend umarmte und die Hoffnung aussprach, den theuern Patienten durchzubringen. Es war eine Täuschung: am Himmelfahrtstage, 26. Mai 1892, fand eine Lungenlähmung statt, an der Max von Forckenbeck, Schlag drei Uhr, ruhig und ohne Kampf verschied.

Am 30. Mai 1892 war die Beerdigung. Sie sollte dem dahingeschiedenen Kämpfer noch nachträglichen Kampf bringen.

Derselbe Probst und fürstbischöfliche Delegat Dr. Jahnel, der wenige Monate zuvor Forckenbeck herzlichen Dank für dessen Sorge für die katholischen Interessen in Berlin ausgedrückt hatte, verweigerte ihm nunmehr das kirchliche Begräbniß. Der wackere Geistliche hatte diesen Akt der Unduldsamkeit nicht aus eigenem Antriebe begangen, sondern nur auf besondern Befehl des Fürstbischofs Dr. Kopp von Breslau. Als Grund wurde angegeben, daß Forckenbeck dem staatlichen Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten angehört habe — einer Behörde, die seit vielen Jahren nicht mehr existirte.

Das Leichenbegängniß gestaltete sich nur um so feierlicher und großartiger. Der Kaiser, mit seinem jedem Verdienste und jedem Schmerze offenen Herzen, sandte dem Sohne ein Beileidstelegramm. Die regierende Kaiserin ließ

sich durch ihren Oberhofmeister Herrn von Mirbach, die dem Verstorbenen so wohlwollende Kaiserin Friedrich durch den General von Mischke vertreten. Auch die großherzoglich badischen Herrschaften hatten ihre Theilnahme telegraphisch zum Ausdruck gebracht. Die Staatsbehörden waren in glänzendster Weise repräsentirt durch den Reichskanzler Grafen Caprivi, den Ministerpräsidenten, sämmtliche Staatssekretäre des Reiches und preußischen Minister. Unter den Präsidenten der Parlamente fehlten nur in demonstrativer Weise die klerikalen Vizepräsidenten Graf Ballestrem und Herr von Heeremann. Die zahllosen Freunde und Verehrer Max von Forckenbecks waren in großer Menge herbeigeeilt, dem theuern Todten die letzte Ehre zu erweisen; die ganze Bevölkerung Berlins zeigte den innigsten Antheil.

Im Trauerhause sprachen Bürgermeister Zelle und Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Stryck. Dann wurde die Leiche zum Friedhofe der ältesten Pfarrkirche Berlins, St. Nicolai, gebracht und dort von dem evangelischen Pfarrer Hosbach zur Ruhe bestattet, mit einer kurzen, markigen Ansprache. „So betten wir denn," schloß der Geistliche, „den Sohn der westfälischen Erde in den märkischen Sand, den Sohn der katholischen Kirche auf evangelischem Friedhofe."

Es war wie eine Verklärung des versöhnlichen und über allen politischen und kirchlichen Hader hinaus nur auf des Vaterlandes und Volkes Wohl gerichteten Strebens Max von Forckenbecks, dieses Begräbniß auf der Ruhestätte Andersgläubiger, unter der Theilnahme des ganzen kaiserlichen Hauses, der Regierung und aller Klassen und Richtungen der Reichshauptstadt.

Am folgenden Tage beklagte Georg von Bunsen in einem Briefe an einen englischen Freund „das Hinscheiden eines unserer besten politischen Männer, Herrn von Forckenbeck, der in unser aller Augen kostbar war als der einzige Liberale, dem in Preußen oder im Reiche die Möglichkeit gegeben war, administrative Fähigkeiten von der größten Bedeutung zu erweisen."

Forckenbeck hatte in der erfolgreichen Verwaltung von

Gemeinweſen, die umfaſſender und ſchwieriger iſt als die mancher Königreiche, dargethan, daß der Liberalismus regierungsfähig iſt. Er hat die ideale Bedeutung und praktiſche Tüchtigkeit dieſes Liberalismus in ſchönſter, ehrenvollſter und fruchtbringendſter Weiſe zur Anſchauung gebracht. Er hat ſegensreich in der Zeit und für die Zeit gewirkt. Sein politiſches Schaffen war ein ſtilles, geräuſchloſes, aber darum nicht minder bedeutſames, wenn es auch auf den vom Schlachtenlärm und Diplomatentreiben erfüllten Blättern der offiziellen Geſchichtſchreibung unerwähnt geblieben iſt. Inmitten des wüſten Streites der Konfliktsperiode hat er konſtitutionelle und adminiſtrative Geſichtspunkte aufgeſtellt und hoch gehalten, die ſpäter zum großen Theile ihre Verwirklichung erhalten haben. Nur ſeiner ebenſo einſichtigen und kräftigen wie verſöhnlichen und opfervollen Thätigkeit iſt die Begründung und Befeſtigung der deutſchen Reichsverfaſſung zu danken. Und während ſeit zwei Jahrzehnten ſeine Geſinnungsgenoſſen zu einflußloſer Oppoſitionsſtellung verurtheilt ſind, hat ihm ein gütiges Geſchick vergönnt, bis zum letzten Athemzuge ſeine Fähigkeiten in der Leitung der ſich fröhlich und mächtig entwickelnden Reichshauptſtadt zu bethätigen. Max von Forckenbeck gebührt eine der hervorragendſten Stellen im Walhalla einer großen, jetzt abgeſchloſſenen aber noch auf lange nachwirkenden Zeit.

Berichtigungen.

Seite 353 Zeile 5 von oben: anstatt „auf das energische Drängen Rickerts und Bunsens Forckenbeck und Bamberger“ **vielmehr:** „alle Anwesenden trotz der schweren Bedenken, die Forckenbeck fortdauernd hegte“.

Seite 353 Zeile 3 von unten: anstatt „sah voraus“ **vielmehr:** „fürchtete“.

Seite 354 Zeile 9 von unten: anstatt „bestimmte die früheren“ **vielmehr:** „bestimmte eine Anzahl der früheren“.

Seite 355 Zeile 6 von oben: anstatt „von Forckenbeck, Stauffenberg und Bamberger vorausgesehenen“ **vielmehr:** „von Forckenbeck und seinen Gesinnungsgenossen gefürchteten“.

Seite 356 Zeile 4 von unten: anstatt „nur noch“ **vielmehr:** „zumeist“.

Digitized by Google

3 2044 024 075 749

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine is incurred by retaining it beyond the specified time.

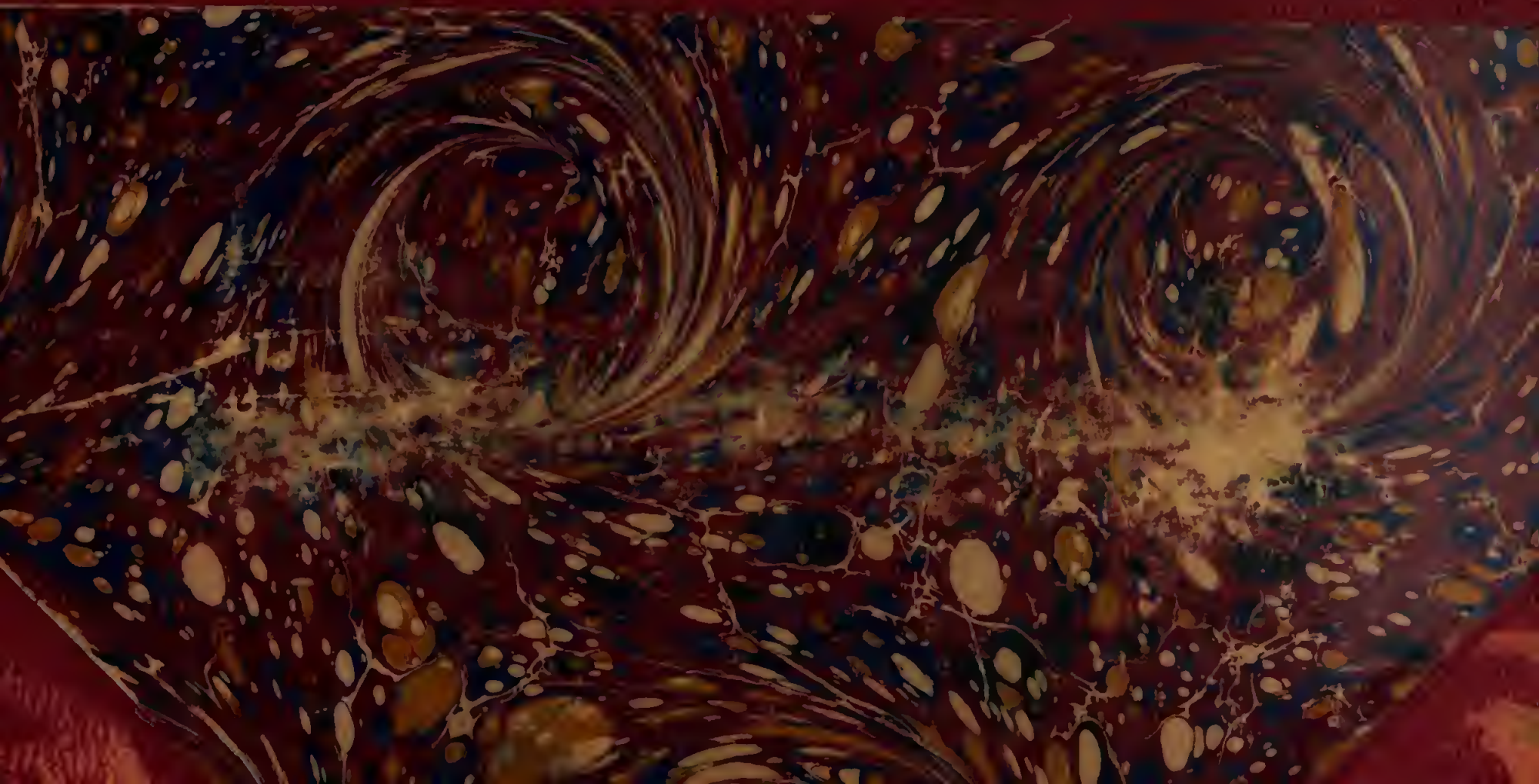
Please return promptly.

WIDENER
FEB 10 1995
AUG 2 1994
CANCELLED

3326730

CANCELLED

STAFF-STUDY
CHARGE

CANCELLED
JUN 23 1989
JUN 24 1989
3045059

Digitized by Google